

Brigitta Heine
Klaus Neitmann
(Hrsg.)







Der Landkreis Barnim

Eine Kreiskunde

be.bra
wissenschaft verlag

Der Landkreis Barnim

Barnimer Historische Forschungen, Bd. 2

Einzelveröffentlichungen der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V.
Bd. XXI

Brigitta Heine · Klaus Neitmann (Hg.)
unter Mitwirkung von Lucas Lebrenz

Der Landkreis Barnim

Eine Kreiskunde

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2019
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag und Satz: typegerecht, Berlin
Schrift: FoundrySans 10/15 pt
Druck und Bindung: Finidr, Český Těšín
ISBN 978-3-95410-236-5

Open-Access-Ausgabe veröffentlicht 2026
DOI https://doi.org/10.62936/FGGD8772

Die digitale Ausgabe ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell-Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0). https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Die Weiterverwendung von in dieser Publikation enthaltenen Abbildungen erfordert ggf. die Einholung weiterer Genehmigungen der entsprechenden Rechteinhaber (siehe Bildnachweis).

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

6 Vorwort

Christof Krauskopf
9 Der Barnim aus archäologischer Sicht

Klaus Neitmann
41 Die spätmittelalterliche Ausbildung des Barnim und der Kreise Ober- und Niederbarnim

Frank Göse
63 Der Barnim in der Frühen Neuzeit

Wolfgang Blöß
83 Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1815 bis 1945/52

Heinrich Kaak
113 Agrargeschichte auf dem Gebiet des Landkreises Barnim vom 16. bis 19. Jahrhundert

Carsten Seifert
139 Industriegeschichte

Helmut Suter
173 Streifzüge durch die Forst- und Jagdgeschichte des Barnim

Kristina Hübener
199 Entwicklungslinien einer Gesundheitsfürsorge im Barnim

Steffen Alisch
223 Das Kreisgebiet in der SBZ/DDR 1945 bis 1990

Christiane Büchner und Jochen Franzke
251 Der Landkreis in der Bundesrepublik

Ilona Rohowski
307 Denkmale im Landkreis Barnim und ihre kulturhistorische Nutzung

342 Landräte und Vorsitzende des Kreises 1815–2019
344 Bürgermeister der Städte Bernau und Eberswalde 1809–2019
346 Weiterführende Literatur (Auswahl)
349 Abbildungsnachweis
351 Die Autorinnen und Autoren
352 Dank

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Barnimerinnen und Barnimer,

als Barnim wurde ursprünglich ein pleistozäner Höhenzug bezeichnet, der sich im Norden vom Hügelland der Uckermark bis zum Prenzlauer Berg im Süden zieht und im Osten von der alten Oder, im Westen von der Havel begrenzt wird.

In seiner jetzigen Form als Landkreis existiert der Barnim nach einer Kreisgebietsreform im Land Brandenburg aber erst ein Vierteljahrhundert. Die Altkreise Bernau und Eberswalde zuzüglich diverser Gemeinden wurden am 5. Dezember 1993 zum Landkreis Barnim zusammengeführt. Der Barnim ist heute einer von insgesamt 14 Großkreisen, die sich strahlenförmig um Berlin anordnen.

Die zurückliegenden 25 Jahre waren aufregend, waren sie doch geprägt von zahlreichen Umbrüchen. Egal ob diese Umbrüche nun politischer, wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer oder aber ganz privater Natur waren – immer hatten sie weitreichende Folgen.

Ablesen lassen sich diese Veränderungen an den Lebensbiografien der Menschen, die in unserem Landkreis leben. Viele von ihnen waren gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt in anderen Regionen Deutschlands zu verdienen. Manche suchten auch das Abenteuer in der Welt. Wieder andere blieben oder kamen nach und nach zurück, um an der Neugestaltung des Landkreises mitzuwirken, sich hier in der neu gewonnenen Freiheit – etwa in einer kommunalen Vertretung – einzubringen.

Ein Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre war der Ausgangspunkt für das nun vorliegende Werk. In der Zusammenarbeit zwischen der Brandenburgischen Historischen Kommission und dem Kreisarchiv des Landkreises Barnim entstand ein Buch, das die Umbrüche und Neuausrichtungen dieser Zeit dokumentiert.

Der Anspruch des Buches endet aber nicht im Jahr 1993. Ausgehend von archäologischen Spuren im heutigen Landkreis Barnim werden Entwicklungslinien seiner über 800 Jahre zurückliegenden Geschichte aufgearbeitet und dargestellt. Die Autorinnen und Autoren geben einen Überblick über wichtige Ereignisse, fassen Handlungsstränge zusammen und ordnen diese ein.

Ein Schwerpunkt ist dabei die Entwicklung seit 1815 in der neu geschaffenen Provinz Brandenburg. Es gibt fallstudienartig Beiträge zu den archäologischen Spuren, zur agrar-, industrie-, forst- und medizingeschichtlichen Entwicklung des Kreises Barnim sowie zum Thema Denkmalpflege und Tourismus.

Das Buchprojekt bietet zudem die Möglichkeit, sich mit der Verwaltungsgeschichte auseinanderzusetzen. So gibt es bis heute noch keine Aufarbeitung der Stellung des Landratsamtes im Dritten Reich beziehungsweise in der DDR.

Das Buch richtet sich auch an interessierte Laien, bietet dazu viel Wissenswertes und arbeitet mit Bildern und Grafiken. Es will neugierig machen auf diesen interessanten Landstrich im Nordosten Berlins.

Den Autorinnen und Autoren dieses Buches, der Brandenburgischen Historischen Kommission sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Kreisarchiv des Landkreises Barnim und der Barnimer Kreisverwaltung, die an diesem Band mitgewirkt haben, möchten wir an dieser Stelle Dank sagen für die mühevolle Fleißarbeit, mit der die Puzzleteile zusammengetragen wurden.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Barnimerinnen und Barnimer, wünschen wir eine spannende Lektüre. Wir hoffen, dass Sie das eine oder andere Neue über unseren Landkreis erfahren. Vielleicht bekommen Sie durch das Buch ja sogar Lust, sich an weiteren Projekten zur geschichtlichen Aufarbeitung unserer Region zu beteiligen und Ihr Wissen einzubringen.





Ihr

Daniel Kurth
Landrat des Landkreis Barnim

Ihr

Bodo Ihrke
Landrat des Landkreises Barnim 1993–2018



Der Goldschatz von Eberswalde.

Der Barnim aus archäologischer Sicht

Christof Krauskopf

Finowtal und Barnim – Landschaften der Eiszeit

Der Barnim ist weit größer als der heutige Landkreis. Hält sich die Verbreitung von ur- und frühgeschichtlichen Funden schon selten an Landschaftsgrenzen, so haben heutige Verwaltungsgrenzen in diesem Zusammenhang noch weniger Bedeutung. Die folgende Darstellung greift also an einigen Stellen über den Landkreis, den diese Kreiskunde eigentlich beschreiben soll, hinaus und berührt den Nordosten von Berlin. Auch benachbarte Landschaften werden genannt und Vergleichsfunde aus anderen Regionen kommen vor. In diesen Fällen wird die jeweilige Landkreiszugehörigkeit angegeben.[1] Wenn es um den Barnim geht, ist jeweils die gesamte Landschaft gemeint.

Während des letzten Eisvorstoßes zwischen etwa 115.000 und 11.600 Jahren vor heute dehnte sich die Vereisung weit über den heutigen Barnim nach Süden aus und bildete die Brandenburger Eisrandlage. Als am Ende der letzten Eiszeit, dem Weichsel-Spätglazial vor etwa 12.000 Jahren, die Gletscher schmolzen, entstanden das Berliner und nördlich davon das Eberswalde-Thorner Urstromtal. Sie markieren das Abschmelzen des weitesten Eisvorstoßes bis nach Brandenburg im Westen und die Gegend südlich von Berlin (Brandenburger Staffel) sowie den stufenweisen Rückzug bis zur Frankfurter und dann zur Pommerschen Staffel. Die Wassermassen des abschmelzenden Eises spülten das Thorn-Eberswalder und das Berliner Urstromtal aus.[2]

Zwischen den beiden Urstromtälern blieb ein Rest der älteren Grundmoränenplatte der Saaleeiszeit erhalten – der Barnim. Er erstreckt sich vom nordöstlichen Berliner Stadtbereich und der Havel im Westen bis zum Unterlauf der Finow im Norden, im Osten zum Rand des Oderbruchs und im Süden zum Roten Luch mit der Seenkette vom Kletzer über den Buckower bis zum Stienitzsee und weiter zum Berliner Urstromtal. Die Weichseleiszeit gab dem Barnim landschaftlich »den letzten Schliff«: Einerseits »hobelten« die Weichsel-Eisvorstöße die Grundmoränenplatte ab, andererseits hinterließ das abschmelzende Eis auch auf den Hochflächen Sande und Kiese.[3] Die Urstromtäler wirkten dabei als »Sedimentfallen«.[4]

Der Barnim ist in zwei landschaftlich unterschiedliche Regionen gegliedert, den weit gehend wasserlosen hohen Barnim im Osten und den flacheren Niederbarnim. Letzterer wird durch den Oberlauf der Finow und das Pregnitzfließ gegliedert.

Frühe Nutzungs- und Siedlungsgenese

Für den Beginn menschlicher Landschaftsnutzung ist die Forschung auf archäologische Hinterlassenschaften angewiesen. Die Aufdeckung von Fundplätzen bleibt jedoch meist dem Zufall überlassen – selten gibt es großflächige systematische Surveys. Die Nachzeichnung der frühen Nutzungs- und Siedlungsgenese basiert deshalb auf der Kartierung der Fundplätze, die seit Beginn der archäologischen Forschung – im weitesten Sinne – registriert wurden. In Deutschland sind die Aufzeichnungen und Funde in der Regel in den Fachbehörden für Archäologie und Denkmalpflege archiviert, in Brandenburg im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum (BLDAM), in Berlin im Landesdenkmalamt.[5] Die aus den vorhandenen Daten erstellten Kartierungen bilden jeweils den aktuellen Forschungsstand, oft aber auch nur einen »Erfassungsstand« ab. Ständig kommen neue Funde dazu, die das Bild verfeinern können. Die »großen Linien« der Nutzung und Besiedlung lassen sich heute recht gut



Die Eisvorstöße der Inlandsvereisung in Brandenburg.

nachzeichnen und es lassen sich Gründe für diese Entwicklungen benennen.

Legt man die Fundplätze der unterschiedlichen Epochen auf einer Karte übereinander, so wird deutlich, dass eine frühe Landschaftsnutzung für weite Bereiche des Barnims nicht nachweisbar ist. Paläolithische Funde treten in Ostbrandenburg nur vereinzelt entlang des Oderbruchs und am westlichen Rand des Niederbarnims auf. Aber auch mesolithische Funde fehlen sowohl aus dem Niederbarnim als auch von der Hochfläche. Funde kamen an den Rändern des Finowtals und im Süden in Richtung Spree zutage.

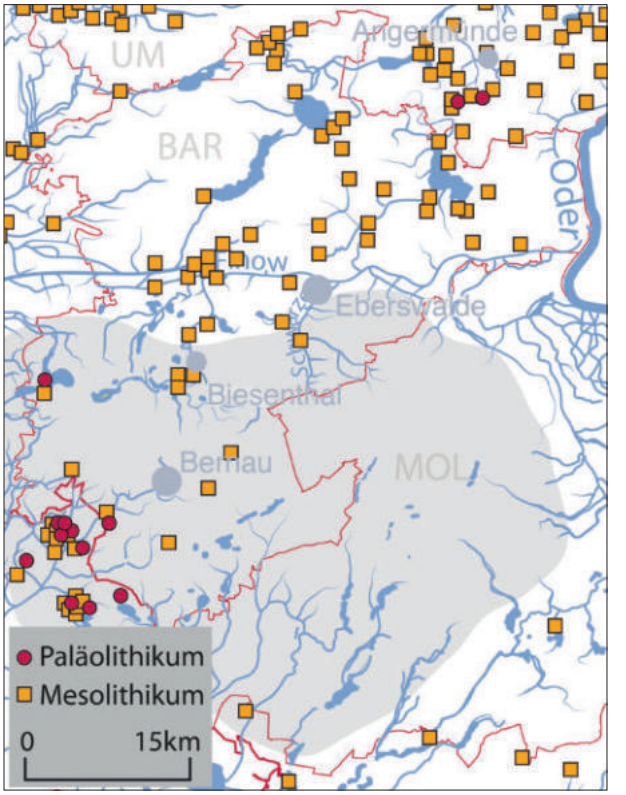
Neolithische Fundplätze schieben sich an Gewässerläufen in Richtung Hochfläche, auch auf der Hochfläche sind vereinzelt Funde bekannt. Besonders deutlich wird der Rand des Oderbruchs, hier beginnt etwas, das während der gesamten weiteren Ur- und Frühgeschichte bestehen bleibt: Entlang der Oderhänge reihen sich Sied-

lungen und andere Fundplätze aneinander. In dieser Ökotopgrenzlage konnten die Menschen die Landschaft optimal nutzen. Auf den Oderhängen war es möglich, in Wald und Offenland Nahrung und Rohstoffe – in erster Linie Holz und Tiere als Rohstofflieferanten – zu gewinnen, die Wasserläufe im Odertal waren als Verkehrswege und für den Fischfang wichtig. Gleichzeitig waren die Siedlungen auf der Höhe vor Hochwasser geschützt.

Die Hochfläche war für die ur- und frühgeschichtliche Wirtschaftsweise noch nicht erschließbar, sie wurde aber in jedem Fall aus unterschiedlichen Gründen begangen. Auch die südlichen und westlichen Ränder der Hochfläche zeichnen sich in der Fundplatzverteilung ab. Die Anzahl der Fundplätze verdichtete sich im Laufe von Bronze- und Eisenzeit sowie in der Römischen Kaiserzeit. Dabei bevorzugten die Menschen aber im Wesentlichen zuvor besiedelte Areale.

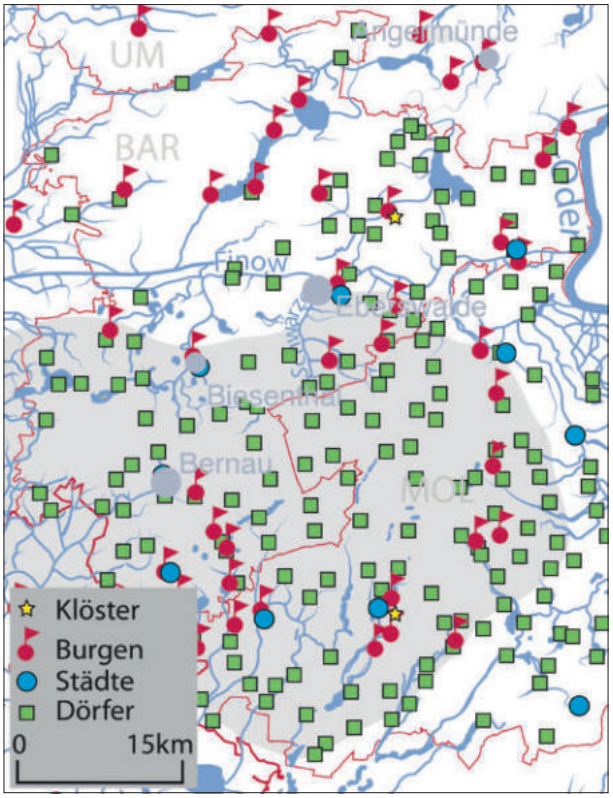
Die aus den Daten der Landesarchäologie generierten Karten geben so die groben Linien der Siedlungs- und Nutzungsentwicklung wieder. Dabei ist jedoch zu beachten, dass innerhalb der klassischen archäologischen Forschungsepochen längere Zeiträume zusammengefasst werden. In Spätpaläolithikum und Mesolithikum sind es etwa 8.000 Jahre, in der kürzesten hier genannten Epoche, der Römischen Kaiserzeit, immerhin noch rund 500 Jahre. Über diese Zeiträume verteilen sich die Fundplatzeinträge auf den Karten – eine Fundplatzdichte bedeutet also keineswegs eine dichte Besiedlung im heutigen Sinne. Kapazitätsgrenzen für die Landschaftsnutzung waren besonders seit der Sesshaftwerdung des Menschen immer mit den Möglichkeiten der Nahrungsgewinnung verbunden und diese war in erster Linie von der zur Verfügung stehenden Agrartechnologie abhängig. Weitere Faktoren für die Gründung oder Aufgabe von Siedlungen waren die klimatischen Bedingungen, die beispielsweise durch den Grad der Trockenheit günstige oder ungünstige Voraussetzungen schufen.

Auch für die Slawenzeit ändert sich wenig an der Fundplatzverteilung. Die Wirtschaftsweise in den slawischen Siedlungen entsprach der ur- und frühgeschichtlichen. Sie war auf Subsistenzwirtschaft ausgelegt, jede Siedlung produzierte im Wesentlichen alle nötigen Dinge selbst.[6] Natürlich gab es auch Handel untereinander sowie Fernhandel, bei dem man dringend benötigte Güter austauschte.



Verbreitung von paläolithischen und mesolithischen Fundplätzen im Barnim. Grau: Landschaft »Barnim«.

Eine grundsätzliche Änderung des Siedlungsbildes ergab sich jedoch erst im Zuge des hochmittelalterlichen Landesausbaus. Migranten aus den Gebieten westlich der Elbe brachten neue Agrartechnologien mit, die es ermöglichten, auch schwere Böden zu bearbeiten.[7] Hierbei ist zu beachten, dass die früher postulierte sofortige Ausprägung der Dorfneugründungen als Angerdörfer nicht mehr haltbar ist. Neuere Ausgrabungen wie etwa in Diepensee (LDS) haben gezeigt, dass es Vorformen gegeben haben kann.[8] Auch bei der Verwendung von Ackergeräten und der Ausprägung der Flurformen werden Vorformen und Parallelitäten angenommen. Die Verwendung des Hakenpflugs kann genauso wie die Anlage von Blockfluren noch im 13. Jahrhundert beobachtet werden. Eike Gringmuth-Dallmer geht jedoch davon aus, dass dies nur bei der Beteiligung von Slawen am Landesausbau denkbar ist und dass bei Neugründungen durch Siedler aus dem Westen von Anfang an auf den Wendepflug und die Streifenflur gesetzt wurde.[9] Gleichzeitig änderte sich die Wirtschaftsweise dahingehend, dass die Siedler nicht mehr komplett



Klöster, Burgen, Dörfer und Städte im Mittelalter.

Subsistenzwirtschaft betrieben, sondern Überschüsse, v. a. Getreide, produzierten, die in Form von Abgaben und als Handelsgut den Warenaustausch ankurbelten. Die Entstehung von Märkten und Städten war gleichzeitig Folge und weiterer Motor dieser Entwicklung.[10] Die Grenzen der Nutzbarkeit von Landschaft schwanden mehr und mehr und es entstand ein regelmäßiges Netz von Dörfern und Städten, auch auf den zuvor nicht oder kaum besiedelten Hochflächen. Dieses Siedlungsnetz besteht im Wesentlichen bis heute. Mit der Ausnahme der Wüstungen, die im Verlauf des Mittelalters, besonders im Spätmittelalter, aufgegeben wurden,[11] und einiger weniger frühneuzeitlicher Neugründungen geht die heutige Besiedlung des Landes Brandenburg auf die mittelalterliche Besiedlung zurück.

Spuren der Steinzeit

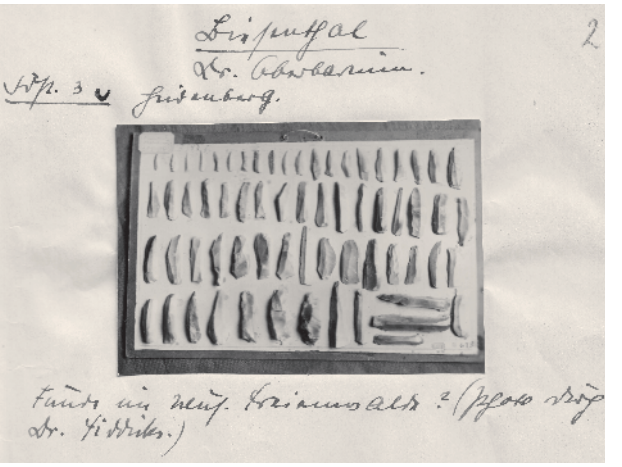
»Solchergestalt mussten die Alten ihre zuflucht, sonderlich auch zu den Steinen nehmen um die Stärke der Faust damit zu vereinigen.«[12] So beschrieb Johann Christoph Bekmann die Beschaffenheit und die Nutzung steinzeitlicher Artefakte. Die ältesten Funde im Land Brandenburg stammen aus der Zeit nach dem Ende der vorletzten Eiszeit. Sie sind rund 128.000 Jahre alt und wurden im Zuge des Braunkohlentagbaus in der Lausitz entdeckt.[13] Funde des Mittelpaläolithikums sind äußerst selten und oft nur schwer genauer datierbar. Bevor die Funde aus dem Tagebau Jänschwalde (SPN) – die systematisch ausgegraben wurden und deshalb gut datierbar sind – zutage traten, lagen einige Feuersteinartefakte vor, die allgemein anhand der Bearbeitungstechnik in die Zeit um 50.000 v. Chr. datiert werden, darunter ein Artefakt aus Panketal vom Westrand des Barnim. Diese ältesten Funde Brandenburgs werden anhand der Bearbeitungstechnik und der Datierung ins Mittelpaläolithikum (300/200.000 bis 40.000 vor heute) dem Neandertaler zugewiesen. In den spätpleistozänen Landschaften jagten die Neandertaler Riesenhirsche, Wildpferde und andere Großsäuger. Nur selten werden Spuren solcher Jagdereignisse gefunden.[14]

Die Erforschung des Spätpaläolithikums und des Mesolithikums kann sich in Brandenburg auf einige herausragende Fundstellen stützen. Wichtig dafür ist die gute Funderhaltung, die uns seit dem 19. Jahrhundert immer wieder mit über die Steinartefakte hinausgehenden organischen Fundobjekten versorgt. Von großer Bedeutung sind die Fundplätze Friesack (HVL), Zeestow (HVL), Wustermark (HVL), Jühnsdorf (TF), Hartmannsdorf (LOS) und Horno (SPN), die jedoch alle außerhalb des hier zu behandelnden geografischen Raumes liegen.[15] Problematisch sind aber immer noch die Datierungen, da bislang nur wenige organische Funde naturwissenschaftlich direkt datiert wurden. Die Gegenüberstellung direkter Daten mit den Ergebnissen der üblichen stilistischen Datierungsmethoden zeigt Widersprüche.[16]

Überlegungen zur »Besiedlungsdichte« im Spätpaläolithikum und im Mesolithikum lassen sich anhand ethnologischer Vergleiche anstellen. Bei Jäger- und Sammlergemeinschaften liegt die durchschnittliche Bevölkerungsdichte bei etwa 0,1 Personen pro Quadratkilometer oder bei einer Person pro zehn Quadratkilometer. Für das heutige Gebiet von Berlin und Brandenburg, das sich auf etwa 30.000 Quadratkilometer ausdehnt, können so etwa 1.500 Menschen geschätzt werden. Die Halbie-



Mittelpaläolithisches Feuersteingerät aus Panketal.



Funde des Mesolithikums vom »Heidenberg« bei Biesenthal.

rung der rechnerisch zu ermittelnden Zahl ergibt sich aus der Überlegung, dass nur etwa die Hälfte der Fläche für die alt- und mittelsteinzeitlichen Gruppen nutzbar war. Bei einer durchschnittlichen Gruppengröße von 25 Personen hätten 60 Gruppen die Wälder Brandenburgs durchstreift.[17]

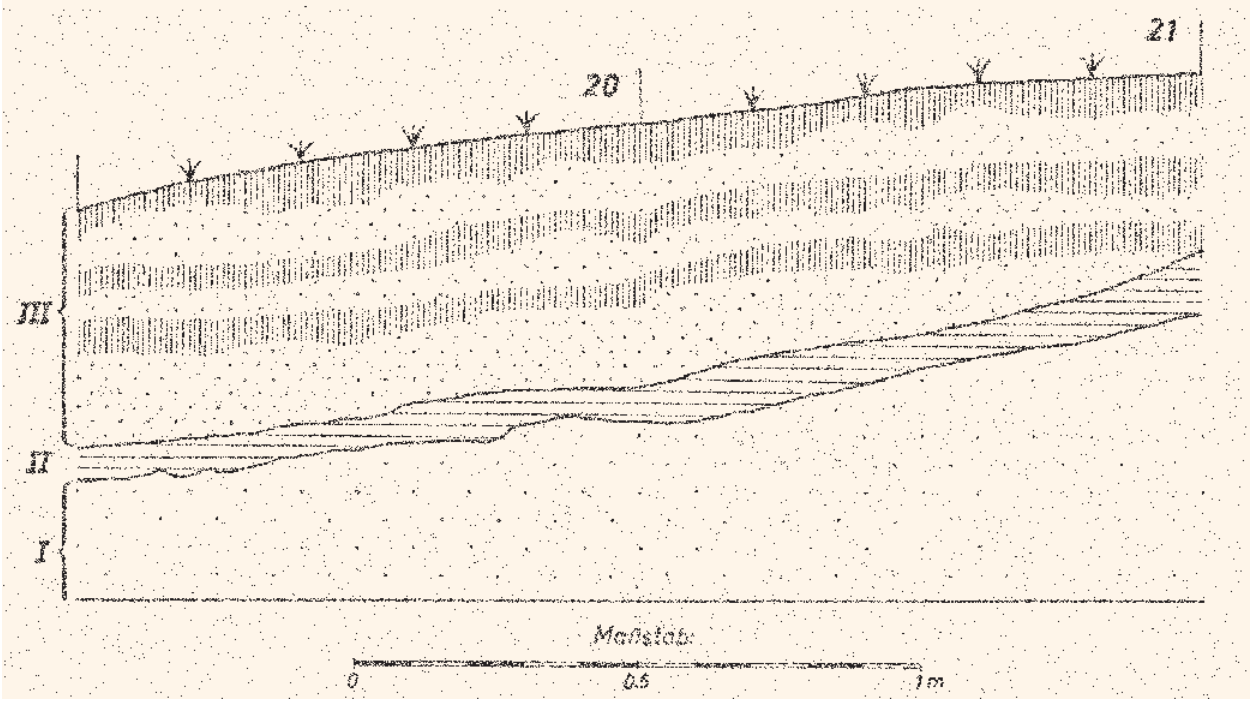
Die Hochfläche des Barnim verfügt kaum über Oberflächenwasser und blieb so bis zum Mittelalter nur spärlich besiedelt. Aus der gesamten Steinzeit liegen von der Hochfläche keine Artefakte vor. An den Rändern der Hochfläche und im Niederen Barnim gibt es allerdings Funde. Vor dem Hintergrund der oben genannten Berechnungsgrößen muss also überlegt werden, ob die gesamte Fläche des Barnim von rund 2.000 Quadratkilometern oder nur der Niedere Barnim sowie die Plateauränder herangezogen werden dürfen. Beim Niederen Barnim wären jedoch die feuchten Bereiche auszuschließen. Für den gesamten Barnim könnten gleichzeitig 100 Menschen geschätzt werden. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass derartige Zahlen sehr grobe Schätzungen darstellen. Deutlich wird in jedem Fall, dass nur sehr wenige Menschen gleichzeitig vor allem in den Niederungen und in den Bereichen von Gewässern unterwegs waren.

Das einzige derzeit in der Datenbank des BLDAM für den Barnim verzeichnete Feuersteinartefakt der Altsteinzeit stammt aus dem Ortsgebiet von Panketal. Es handelt sich um ein grob bearbeitetes Gerät. Die Bearbeitungstechnik lässt erkennen, dass es vor der Ankunft des Homo sapiens mutmaßlich von Neandertalern gefertigt wurde. Eine Rengeweihhacke aus Eberswalde wird ins Spätpaläolithikum datiert.[18]

Mittelsteinzeitliche Feuerstein- und Knochengeräte stammen ebenfalls aus dem Niederbarnim oder aus Flusstälern und von Seen, wie etwa aus der Gegend um Biesenthal und dem Finowtal.[19] Die Verbreitung erstreckt sich dabei vom nordöstlichen Stadtareal Berlins über Bernau, Biesenthal und Eberswalde in die südliche Uckermark. Das Finowtal war dabei ein wichtiges Siedlungsgebiet. Fundplätze gibt es bis zum Oberlauf der Finow und besonders an den kleinen Seen bei Biesenthal. Im Norden wurden ebenso die Umfelder der süduckermärkischen Seen, wie der Parsteiner See, der Grimnitzsee, der Angermünder See und der Felchowsee, aufgesucht. Im Süden des Untersuchungsgebietes gibt es vergleichsweise wenige Fundplätze, meist im Bereich von Seen oder weiter südlich entlang der Spree.

Mehrere ertragreiche Fundplätze liegen im Umfeld von Biesenthal. Hier ist besonders der »Heidenberg« zu nennen, ein sich etwa 40 Meter über das Umfeld erhebendes, hochwasserfreies Plateau. Dort sind bereits seit dem späten 19. Jahrhundert Funde von Mikrolithen registriert.[20] 1933 erließ der Bürgermeister von Biesenthal ein polizeiliches Verbot von Sandabgrabungen, »um altertums-wissenschaftliche Feststellungen auf dem Gelände des Heidenbergs nicht zu gefährden«.[21]

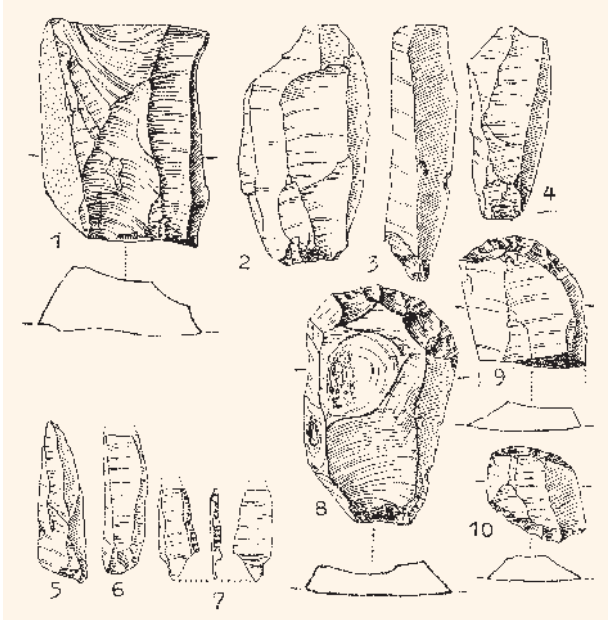
Ein bedeutendes archäologisches Denkmal ist die Düne bei Münchehofe. Seit 1914, als man die ersten durch die Erosion der Sanddüne freigelegten Feuerstein-



Münchehofe, Dünenprofil mit der Fundschicht.

artefakte entdeckte,[22] werden immer wieder Artefakte des Spätpaläolithikums und des Mesolithikums gefunden. In der Düne, überdeckt durch fundfreie Sande, ist eine Kulturschicht erhalten, aus der diese Funde stammen. Bernhard Gramsch nahm im Zuge einer Probegrabung im Jahr 1958 ein Dünenprofil auf, das die mit einer 0,2 bis 0,45 Meter starken Flugsandlage überdeckte Kulturschicht zeigt. An Funden sind Stielspitzen, Bohrer, Klingenschaber und andere Geräte zu nennen. Die Schicht barg auch kleinere Holzkohlestücke, die vermutlich von der temporären Besiedlung herrühren.[23] Bei weiteren Fundplätzen der Region sind die spätpaläolithischen und mesolithischen Artefakte, wie auch beim Dünenfundplatz Münchehofe 11, mit Funden der Jungsteinzeit vergesellschaftet.[24]

Münchehofe, Dünenfundplatz, Flintartefakte.



Derartige temporäre Stationen dienten vermutlich der Jagd. Die Menschen lebten in Zelten oder temporären Bauten, wie sie auch bei den Native Americans im Zuge der europäischen Expansion in der Neuzeit noch zu beobachten waren.[25] Ethnologische Vergleiche dienen auch hier dem Verständnis archäologischer Befunde. Vom Barnim sind Spuren von Behausungen bislang jedoch nicht bekannt. Im Raum Berlin-Brandenburg liegen solche Befunde beispielsweise aus Berlin-Tegel[26] und aus Hartmannsdorf (LOS) im Einzugsbereich der Spree, also etwas südlich des Barnims, vor.[27] Eine gefährliche Waffe der an diesen Plätzen lebenden mittelsteinzeitlichen Jä-



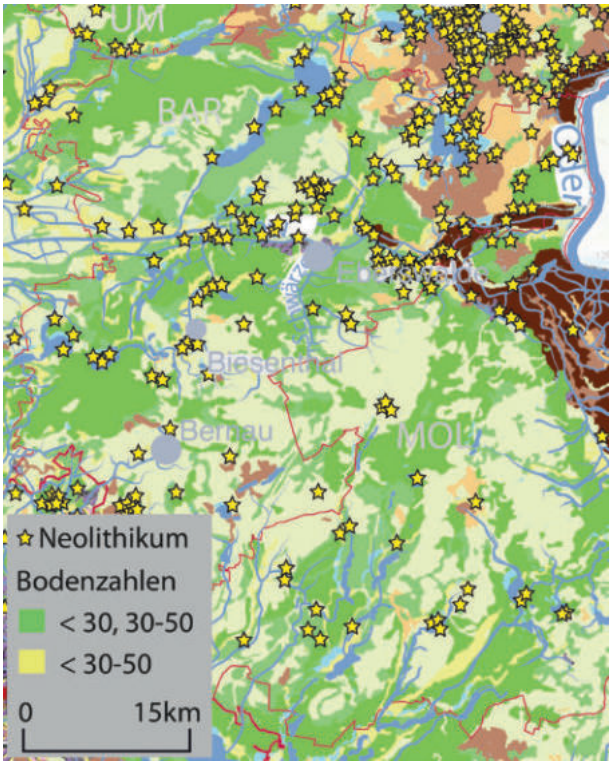
Mittelsteinzeitliches Jagdlager.

ger war der Bogen, mit dem sie geschäftete Stielspitzen verschossen.

Wesentlich dichter werden die Fundplätze im Neolithikum, wobei die Verbreitungslinien ähnlich bleiben. Für Brandenburg ist insgesamt festzustellen, dass die Anzahl der Fundplätze im Vergleich mit anderen Regionen Europas deutlich geringer ist.[28] Das Finowtal weist jedoch in seiner ganzen Ausdehnung bis ins Odertal gegenüber dem restlichen Landkreis Barnim zahlreiche Fundplätze auf, was zunächst seine Fruchtbarkeit, aber auch seine Bedeutung als Verkehrsweg anzeigt. Anders als für die vorhergehenden Epochen beobachteten frühe Forscher bereits neolithische Relikte, wie etwa Großsteingräber. Hervorzuheben ist Christoph Ludwig Bekmann, der 1751 in seinen einleitenden Bemerkungen zu den »Altertümern« dafür plädiert, keine voreiligen Zuweisungen vorzunehmen und nicht in den altbekannten antiken Quellen nach Hinweisen zu suchen, sondern zunächst die in der Landschaft erhaltenen Spuren selbst sprechen zu lassen, also immerhin eine – wenn auch positivistische – moderne archäologische Methodik propagiert: »Wir wollen uns aber zu den sachen selbst wenden, und den anfang von den allerältesten begebenheiten oder vielmehr überbleibseln und fragmentis aus den uralten Geschichten dieser Lande machen; nicht zwar vermittelst einiger muthmassungen über eine und andere stelle bei den alten Griechischen und Römischen Geschichtsschreibern; sintemalen wenig gewisses daraus zu nehmen [...] sondern lediglich in solchen stükken, welche von den uralten zeiten her sich bishero erhalten, und als unverwerfliche zeugnüsse der alten Einwohner dieser orten, wer die auch immer mögen gewesen sein, der welt vor augen stehen.«[29] Bekmann beschreibt in der Folge ver-

Stielspitzen und geschäftete Stielspitze.





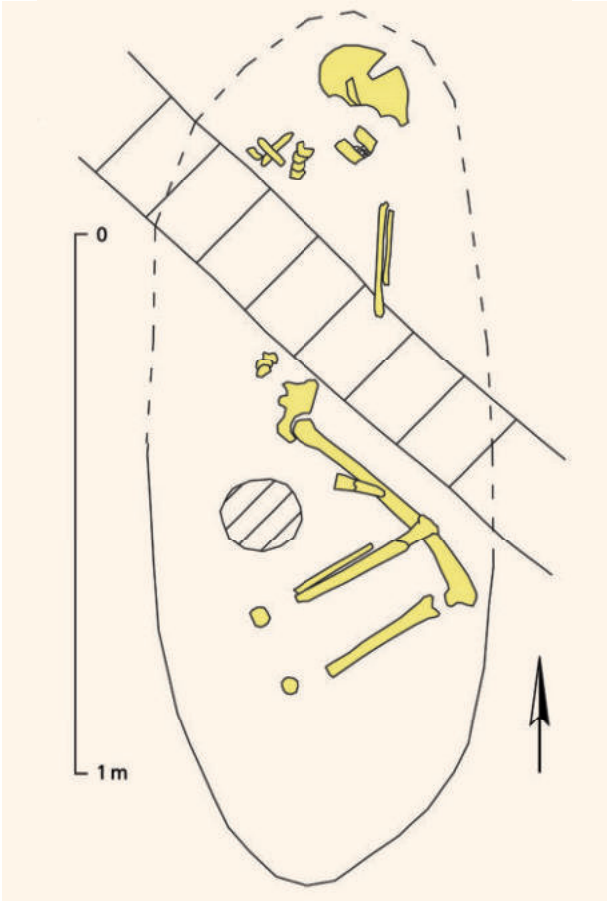
Verbreitung von neolithischen Fundplätzen in Relation zu den Bodenzahlen.

schiedene archäologische Denkmale des Landes, darunter auch einige jungsteinzeitliche Großsteingräber oder Reste davon. Ein heute zerstörtes Grab bei Bad Freienwalde (MOL), in dem Sprockhoff, Beier und Kirsch ein Großsteingrab vermuten,[30] beschreibt er mit den Worten »aber er ruht auf oder an dreien anderen und mag daher den Grabaltären in der Altmark zugezählt werden.«[31] Er nennt weitere Großsteingräber beim Schlossberg westlich von Oderberg und andere.[32] Der einzelne große Stein von Stolzenhagen bei Wandlitz soll einen Handabdruck gezeigt haben – ein Beweis für seine Aufstellung durch einen Riesen.[33] Die meisten dieser Denkmale sind nicht erhalten, sie fielen vermutlich der Steingewinnung zum Chausseebau oder anderen Baumaßnahmen zum Opfer. Dabei ist die Region im nordöstlichen Brandenburg im Vergleich zu anderen Verbreitungsgebieten von Megalithbauten überproportional von Zerstörung betroffen.[34] Die abgegangenen Bauten sind heute schwer einzuschätzen. Ob es sich bei dem Monolithen von Sternebeck (MOL) tatsächlich um einen Menhir oder möglicherweise doch um einen jüngeren »Steintanz« handelte, kann nicht mehr entschieden werden.[35] Für den ehemaligen Kreis Eberswalde führt Hans Joachim Beier immerhin 15 Megalithgräber auf, die meisten davon jedoch nördlich der Finow.[36] Im Bereich von Bad Freienwalde (MOL) sind es nur zwei. Beide sind verschwunden, ebenso die Gräber von Altranft[37], Ratsdorf bei Wriezen[38] (beide MOL) oder Lichterfelde[39]. Die Megalithbauten sind in jedem Fall der Uckermärkischen Gruppe zuzurechnen. Sie stehen damit im Zusammenhang mit der Trichterbecherkultur, der Elb-Havel-Kultur und der Kugelamphorenkultur.[40]

Das Fundmaterial ist im nördlichen Landkreis Barnim sowie entlang einer Linie durch das Biesenthaler Becken über Bernau nach Süden zahlreich. Der Nordwesten des Landkreises ist genauso fundarm wie die Hochfläche des Barnim. Dabei lassen manche Fundplätze die heute veränderten Wasserverhältnisse erkennen. In Beiersdorf (MOL), auf der Hochfläche zwischen Bernau und Bad Freienwalde gelegen, kam im Jahr 2016 eine beigabenlose Hockerbestattung zum Vorschein. Trotz fehlender Beigaben scheint es wahrscheinlich, dass es sich um ein endneolithisches Grab handelt, in der Glockenbecherkultur Zeit wäre es »geradezu ein Klassiker«.[41] Bislang waren endneolithische Fundplätze um den Barnim herum bekannt, wie beispielsweise ein Becher der Oderschnurkeramik aus Oderberg.[42] Das Grab aus Beiersdorf ist der erste Fund im inneren Barnim. Die heute verlandeten »Teufelsgründe« sind Reste einer glazialen Abflussrinne, die eine Besiedlung in der Steinzeit begünstigte und die wohl bis ins Mittelalter noch Wasser führte.[43]

Der Siegeszug der Landwirtschaft und die Sesshaftwerdung, eine Folge der Migration von Gruppen aus dem südöstlichen Europa in unsere Region, bedeuten aber keineswegs, dass die mittelsteinzeitliche Bevölkerung einfach und schnell verschwand oder assimiliert wurde. Die Jäger- und Sammlerkulturen bestanden noch jahrhundertelang weiter.[44] Besonders beim Übergang zur sesshaften Lebensweise und der Einführung von Ackerbau und Viehzucht zeigt sich die Bedeutung von Migration für die Entwicklung des Menschen. Migration wird zunehmend als Beginn von Entwicklung erkannt.

Wie Assimilierungs- oder Verdrängungsprozesse abliefen, lässt sich schwer feststellen. Sicher wird das Nebeneinander von sesshaften und mobilen Gruppen auch zu Konflikten geführt haben – die Interessengegensätze





Neolithische Hockerbestattung aus Beiersdorf.

zwischen der Notwendigkeit frei ziehen zu können auf der einen sowie Ackerland und Grund und Boden zu schützen auf der anderen Seite weisen auf die Konfliktlinien hin. Derartige Konflikte sind sowohl ethnologisch als auch politisch immer wieder festzustellen. Zu denken ist dabei an Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Sesshaften in Nordafrika oder zwischen Viehzüchtern und Farmern in der Frühzeit der USA.

Gehenkelter Becher der Oderschnurkeramik aus Oderberg.





Jungsteinzeitliche Siedlung. Lebensbild im Archäologischen Landesmuseum Brandenburg.

Die neue Wirtschaftsweise war jedoch auf die besten Böden angewiesen. Funde der frühneolithischen Linienbandkeramik finden sich dementsprechend auf guten Böden, die Siedlungen verteilten sich seit etwa 5200 v. Chr. inselartig zwischen Elbe und Oder.[45] Die Bodenwertzahlen auf dem Barnim, aber auch nördlich davon, überschreiten kaum die 50. Ausnahmen sind das Odertal und die Region nördlich von Oderberg. In weiten Bereichen liegen die Zahlen unter 30. Diese Gebiete wurden von den neolithischen Bauern offenbar gemieden, zumindest gibt es dort nur wenige Fundplätze.

Die Menschen des Frühneolithikums bauten zunächst wenige Kulturpflanzen an, bekannt sind Emmer und Einkorn als Getreide sowie Lein, Erbsen und Linsen. Beackert

Neolithisches Langhaus.





Rinder ziehen den Pflug in der frühen Bronzezeit. Lebensbild im Archäologischen Landesmuseum Brandenburg.

wurden fruchtbare, leicht zu bearbeitende Böden, da man mit den einfachen Hakenpflügen keine Furchen in schweren Böden ziehen konnte. Im Verlauf des Neolithikums kamen weitere Kulturpflanzen hinzu.[46] Die Felder waren klein, die Eingriffe in den Wald wohl noch gering. Wohnhäuser und Felder lagen direkt beieinander. So konnten die angebauten Früchte am besten bewacht und vor dem Einbruch von Tieren bewahrt werden.

Gleichzeitig begann der Mensch, Tiere von der Wildpopulation zu trennen, sie bei den eigenen Behausungen zu halten und durch Zucht zu verändern. Für unsere Region sind Hund, Schaf, Ziege, Schwein, Rind und seit dem Spätneolithikum auch das Pferd bekannt.[47]

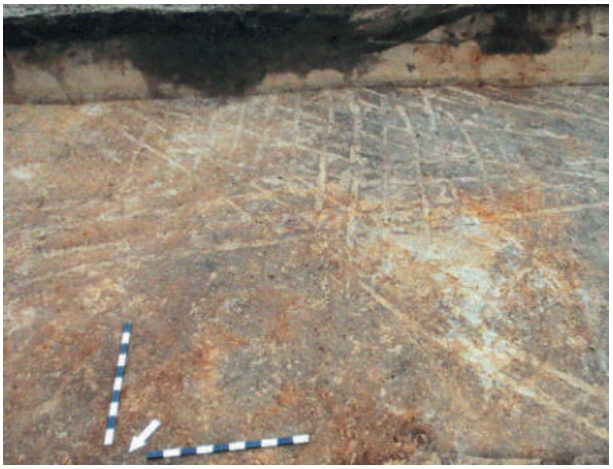
Die Menschen errichteten lange, reet- oder schilfgedeckte Häuser mit Wänden aus Lehmflechtwerk. In den Gebäuden lebten Mensch und Tier zusammen. Die Aufteilung in Wohnbereich und Stallteil erinnert an die Hallenhäuser, wie sie im ländlichen Raum Nordwestdeutschlands bis in die Neuzeit hinein errichtet wurden.

Die Metallzeiten

Der Übergang zur Bronzezeit brachte die Verwendung von Metallen, zunächst – noch in der Jungsteinzeit – in einem sehr geringen Umfang. Aus Brandenburg liegen einige wenige Funde von neolithischen Metallen vor, allen voran die Goldringe aus dem Grab von Wustermark (HVL).[48] Aus Biesenthal gab es ein Flachbeil, das wahrscheinlich aus Kupfer bestand und möglicherweise noch aus dem Neolithikum stammt. Es befand sich im Staatlichen Museum für Ur- und Frühgeschichte Berlin und gilt heute als verschollen.[49]

Ein limitierender Faktor für die Verwendung und Ausbreitung von Metallen war der Mangel an Rohstoffen in der norddeutschen Tiefebene. Alle Metalle – mit Ausnahme von Eisen – mussten importiert werden. Diese Tatsache führte dazu, dass Ludwig Lindenschmit, Mitbegründer und bis 1893 Direktor des Römisch-Germanischen Museums in Mainz, der nordischen Bronzezeit eine eigene Metallurgie absprach. Alle Bronzen seien aus Griechenland, dessen Kolonien oder Etrurien importiert worden.[50] Wenn er damit auch irrte, so betonte er zu Recht die führende Rolle des Mittelmeerraums in der Bronzemetallurgie.

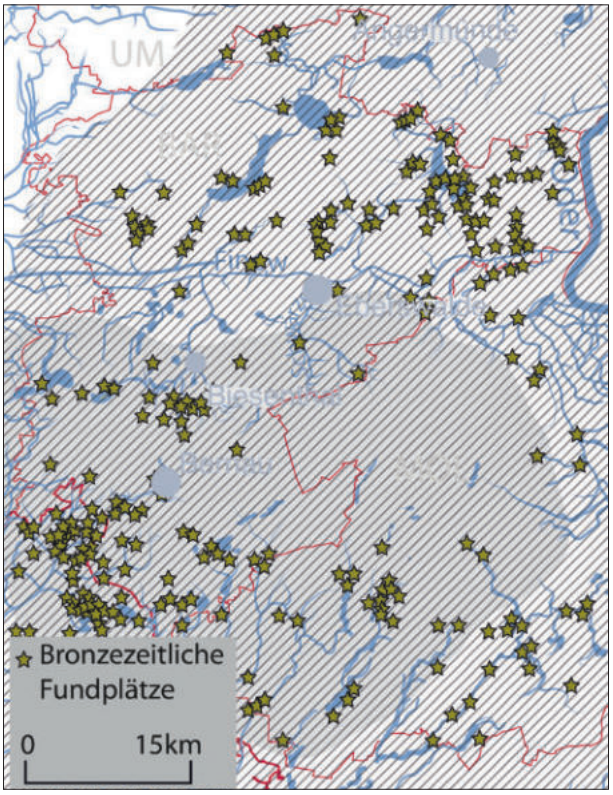
Eine entscheidende Veränderung brachte die Bronzezeit mit einer Neuerung in der Agrartechnik. Das Rind wurde zum Ziehen des Hakenpflugs eingesetzt. Trotz einer Verschlechterung der klimatischen Bedingungen konnten die Menschen der Bronzezeit die Erträge mit



Hakenpflugspuren in einem endneolithischen bis frühbronzezeitlichen Ackerhorizont in Altgaul.

dem Anbau unterschiedlichster Kulturpflanzen steigern. Neben der Gerste bauten sie Ackerbohnen als Eiweißlieferanten sowie Erbsen, Linsen und weitere Pflanzen an. Das Rind war nicht nur Zugtier und Nahrungsquelle für Fleisch und Milch, sondern auch Rohstofflieferant für Felle, Leder, Horn und Sehnen.[51]

Bronzezeitliche Fundstellen. Die Schraffur zeigt die Verbreitung der Lausitzer Kultur.



Während man die Bronzezeit lange Zeit nur über die Welt der Toten, über die Gräberfelder, zu verstehen versuchte, sind auch in Brandenburg in den letzten Jahrzehnten bemerkenswerte Befunde zum Hausbau hinzugekommen. In den Braunkohlenabbauflächen im Süden des Landes gelang es erstmals, Hausgrundrisse der Bronzezeit nachzuweisen. Dabei konnten zwei Haustypen unterschieden werden, einmal seit der älteren Bronzezeit Langhäuser mit Pfosten und Wandgräbchen und in der Jüngstbronzezeit kurzrechteckige Häuser mit auf Steinfundamenten sitzenden Schwellrahmen.[52]

Auch in der Bronzezeit war die Hochfläche des Barnim weitgehend siedlungsleer. An den Flussläufen wie etwa dem Oberlauf der Finow oder um Eberswalde bildeten sich jedoch Siedlungskammern mit teilweise bedeutenden Funden heraus. Der gesamte Barnim wird der Lausitzer Kultur zugeordnet, die Grenze zur Nordischen Bronzezeit verläuft in etwa entlang der Havel. Im Norden weicht sie vom Haveltal nach Osten ab und quert die Uckermark bis ans Stettiner Haff.

Besondere Bedeutung haben die Hortfunde in der Umgebung von Eberswalde. In erster Linie ist der Hortfund von Eberswalde-Messingwerk zu nennen, der als größter und bedeutendster Goldschatz der Bronzezeit in Deutschland gilt. 1913 bei Bauarbeiten gefunden, löste er eine Kontroverse zwischen Carl Schuchhardt und Gustav Kossinna aus. Beide Prähistoriker publizieren ihre unterschiedlichen Ansichten.[53]

Der Schatz besteht aus 81 Goldobjekten mit insgesamt 2,6 Kilogramm Gewicht, die in einem Keramikgefäß verborgen worden waren. Nachgrabungen durch die Vorgeschichtliche Abteilung des Königlichen Museums zu Berlin ergaben keine Hinweise auf ein Grab. Letztendlich bleibt das Umfeld des Schatzfundes – trotz mehrfacher archäologischer Überprüfung – bis heute ohne weitere Befunde. Die Errichtung der Messingwerksiedlung hat offenbar alle Spuren beseitigt. Dachte man zunächst an ein Grabinventar oder das Lager eines Händlers oder eines Goldschmieds, gehen die Überlegungen mittlerweile in eine andere Richtung. Die verzierten Trinkgefäße, in der Bronzezeit sowohl aus Bronze als auch aus Gold weit verbreitet, lassen sich mit den in den antiken Texten genannten Symposien, also prunkvollen Trinkgelagen der Oberschicht, in Verbindung bringen. Möglicher-

weise stammt der Eberswalder Hort aus dem Besitz eines bedeutenden Fürsten der jüngeren Bronzezeit, von Alix Hänsel wird er zur Kategorie der Schätze gezählt.[54] Trotz fehlender eindeutiger Befunde könnte in der Umgebung von Eberswalde ein bedeutender Zentralort bestanden haben.[55] Der Ort liegt an einer wichtigen Fernhandelsroute von der Weichsel über die Warthe, die Oder, die Havel und die Elbe bis an die Nordseeküste – über die Wasserwege mit kurzen dazwischenliegenden Landtransportrouten waren so Osteuropa, die Ostsee und die Nordsee miteinander verbunden.[56]

Wasserwege waren bis zur Erfindung der Eisenbahn und bis zu deren Verbreitung die wichtigsten Transportwege. Knotenpunkte dieser Transportrouten eigneten sich für die Anlage von Siedlungen, sie garantierten den nötigen Austausch von Menschen, Gütern und Ideen und erlaubten die Kontrolle von Handel und Verkehr. Damit boten sie die Voraussetzungen, an die Mobilität von Menschen und Gütern gebundene wirtschaftliche Potenziale zu nutzen. Die Finow war in jedem Fall bis Eberswalde schiffbar, von dort aus mussten die Wasserscheide zwischen Finow und Havel überwunden und dazu die Güter von Booten auf Karren umgeladen werden.[57] Die Entstehung eines Platzes mit zentralörtlichen Funktionen unter der Herrschaft eines bedeutenden Fürsten, der diesen Reichtum ansammelte, ist an dieser Stelle denkbar – die verkehrsgünstige Lage und ihre Wirkung auf das Siedlungsgeschehen verdeutlicht auch die Entwicklung in Mittelalter und Früher Neuzeit.

Aber nicht nur die Schatzfunde, zu denen noch die Hortfunde von Heegermühle und Lichterfelde, beide ebenfalls aus dem Umfeld von Eberswalde, zu zählen wären, geben Auskunft über Leben und Gesellschaft der Bronzezeit.[58] Die zahlreichen Bodeneingriffe der letzten Jahrzehnte brachten immer wieder Reste von Siedlungen zutage. Die oft linearen, begrenzten Eingriffe erlauben meist wesentlich weniger Interpretation als die großflächigen Grabungen im Braunkohlevorfeld. Trotzdem bieten sie interessante Details. In Zepernick konnten bei der Sanierung der Ortsdurchfahrt gleich drei jungbronzezeitliche Siedlungsplätze teiluntersucht werden. Eine der Siedlungen erbrachte ein umfangreiches Keramikinventar mit zahlreichen verzierten Keramikbruchstücken. Am auffallendsten sind die Turbanränder sogenannter Köpenicker Teller. Bodenscherben zeigen, dass die Spiegel der Teller ebenfalls verziert waren, etwa mit konzentrischen Riefen und dazwischen eingedrückten Dellen. Das Zentrum des Spiegels ist erhöht und mit einer warzenartigen Verdickung versehen. Zwei Löcher im Turbanrand lassen vermuten, dass diese Teller als Wandschmuck aufgehängt werden konnten.[59] Ein gut vergleichbarer Teller kam in der mehrperiodigen Siedlung von Altgaul (MOL) zum Vorschein.[60] Ganz in der Nähe, bereits in Berlin-Pankow, aber immer noch auf dem Barnim gelegen, konnte eine spätbronzezeitliche Siedlung mit mehr als 2.000 Befunden untersucht werden.[61] Es gelang die Identifikation von mehreren Gehöften, umfangreiches Fundmaterial wurde geborgen. Zwischen den erstgenannten Siedlungen in Zepernick und dieser liegt der bekannte und ausführlich publizierte bronzezeitliche Siedlungsplatz von Berlin-Buch.[62]



Turbanrandteller aus Altgaul.

Nur wenig südlich von Zepernick, in Schwanebeck, bestand ein jungbronzezeitlicher Komplex aus dichter Besiedlung und Gräberfeld. Bei einer Untersuchung des nicht besiedelten, lehmigen Areals östlich der auf einem Sandhang gelegenen Siedlung kamen zwei gut erhaltene Erdherde zum Vorschein. Die Herde dienten zum Kochen, konnten aber auch handwerkliche Zwecke haben. Sie ließen sich nicht bestimmten Wohnplätzen zuweisen. Es wird vermutet, dass sie Gemeinschaftsgut waren. Derartige Erdherde sind bis heute in anderen Regionen Europas in Gebrauch, in der Ukraine wurde eine solche Einrichtung zur Käseherstellung beobachtet.[63]

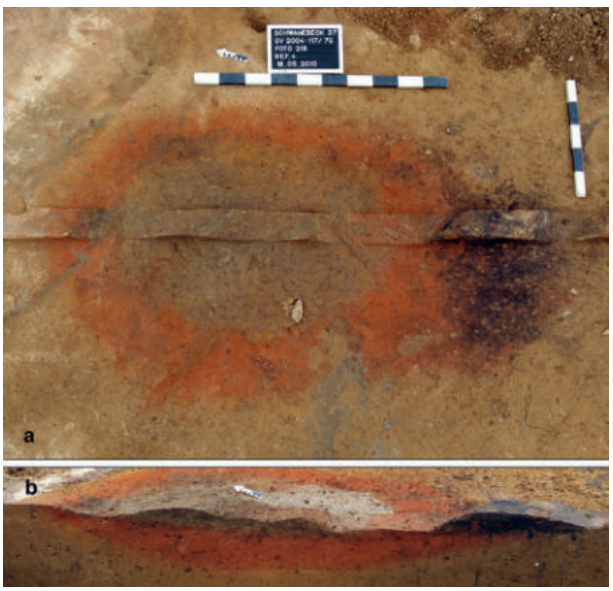


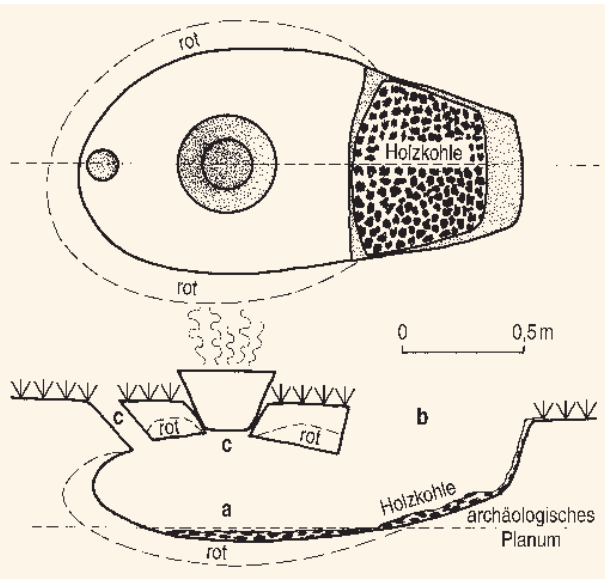
Gefäßdepot der jüngeren Bronzezeit aus der Schönerlinder Straße in Berlin-Pankow.

Eine Siedlung in Lindenberg bei Ahrensfelde erweitert die im südwestlichen Barnim, an der Grenze zwischen Berlin und Brandenburg, bestehende jungbronzezeitliche Siedlungskammer räumlich nach Süden und zeitlich in die frühe Eisenzeit. Von den gut 1.200 Befunden sind etwa 70 Prozent runde oder ovale Siedlungsgruben. Sie erbrachten zahlreiches Fundmaterial. Auch ein Gebäudegrundriss ließ sich identifizieren.[64] Der Übergang zur Eisenzeit brachte in Brandenburg eine Trennung zwischen den südlichen und südöstlichen Regionen einerseits und dem Norden und Westen des Landes andererseits.[65] In den südlichen Gebieten, entlang der Spree bis nördlich von Beeskow, entwickelte sich aus der spätbronzezeitlichen Lausitzer Kultur die früheisenzeitliche Billendorfer Gruppe. Die von der Spree eingefasste Region südlich des Barnim blieb weitgehend siedlungsleer. Nördlich der Spree breiteten sich die Jastorfkultur und die Göritzer Gruppe erst seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. aus. So bestanden spätbronzezeitliche Kulturen im Norden und Westen sowie früheisenzeitliche Kulturen im Süden für etwa 250 Jahre parallel.[66]

Der westliche Barnim wurde von der Jastorfkultur erfasst, die Mitte und der Osten mit der Hochfläche blieben weitgehend siedlungsleer und zur Oder hin breitete sich die Göritzer Gruppe aus.[67] Die Verbreitung letzterer zieht sich an der Oder entlang. Während die Anzahl der Grabfunde noch immer unzureichend erscheint, um die Chronologie der Göritzer Gruppe zu verifizieren, ist die Siedlungsforschung durch einige neuere Ausgrabungen im Zuge des Oderprojektes der 1990er Jahre[68] und durch die Arbeiten zum Bau der das gesamte Land von Nord nach Süd querenden Gasleitung OPAL vorangekommen. In Altgaul (MOL) konnte eine mehrperiodige Siedlung untersucht werden, die vom Endneolithikum bis in die frühe Eisenzeit datiert. Aus den der Göritzer Gruppe zuweisba-

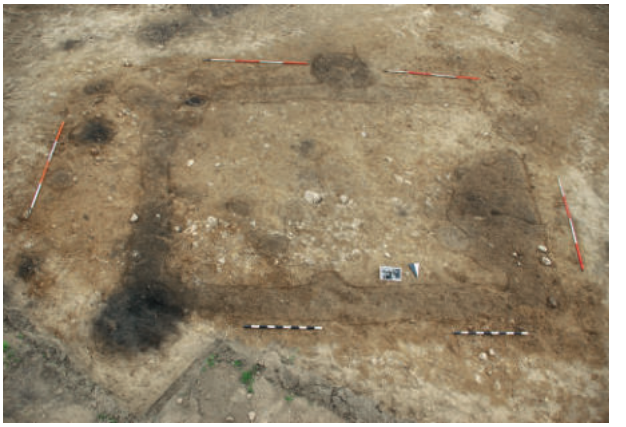
Erdherd der Bronzezeit in Schwanebeck und zeichnerische Rekonstruktion.







Knöcherne Pfeilspitze aus Lindenberg.



Gebäudegrundriss mit Wandgräbchen bei Lindenberg.

ren Befunden kamen zahlreiche Kleinobjekte wie Pfrieme und Spitzen aus Knochen, Spinnwirtel, Tonkugeln und Bronzefunde zutage. Ein Halsring war mit einem Eisenniet verschlossen, symbolisch kann er für die aufkommende Verwendung von Eisen stehen. Hinweise auf Bronzeverarbeitung geben Fragmente von Gussformen.[69]

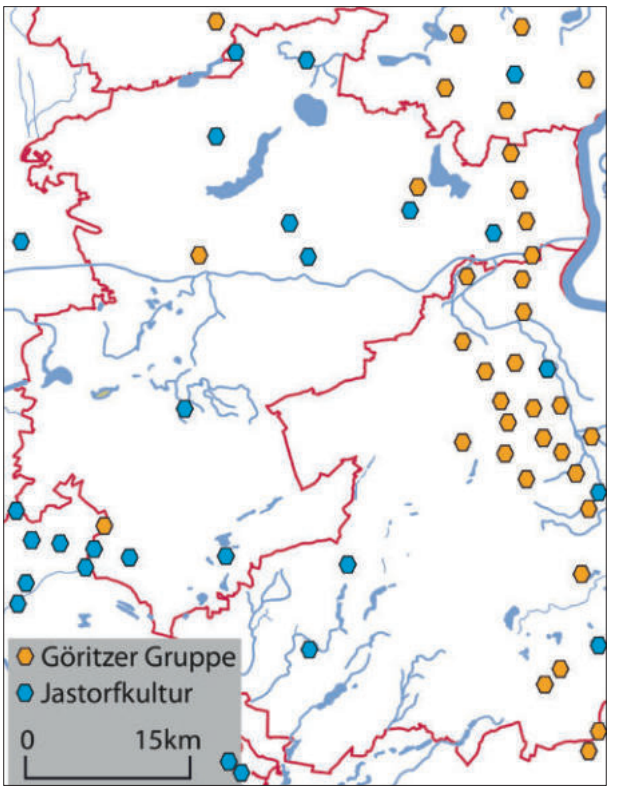
Die Agrartechnik änderte sich durch den Einsatz von Eisen entscheidend. Eine wichtige Innovation war die Eisensichel, die den bodennahen Schnitt von Ährenbüscheln erleichterte. Als neue Getreideart wurde Roggen kultiviert. Fleischlieferanten waren weiterhin Rind, Huhn und Schwein, die Katze hielt als Haustier Einzug bei den Menschen.[70]

Die Siedlungsstrukturen der Römischen Kaiserzeit und der Völkerwanderungszeit lassen kaum grundsätzliche Änderungen erkennen. Insgesamt war die Region zwischen Elbe und Oder relativ dünn besiedelt. Entlang von Elbe und Spree liegen die Fundplätze dichter, weitere Konzentrationen gibt es um die Uckerseen sowie um den Tollensesee in Mecklenburg.[71] Wie auch im Havelgebiet scheint die Siedlungsdichte in Ostbrandenburg seit spätestens der Zeit um 400 n. Chr. abgenommen zu haben.[72] Die Besiedlung ist jedoch bis mindestens ins frühe 5. Jahrhundert nachgewiesen.[73] Es kommen auch jüngere Funde vor, wie beispielsweise ein kleines Grabinventar aus Berlin-Rosenthal, das bereits 1890 zutage kam.[74]

Nach wie vor waren die Ränder der großen Hochebenen besiedelt, die Hochebenen selbst erweisen sich als fundarm. Siedlungen konzentrierten sich auf die Täler der Plattenhänge und auf hochwasserfreie Inseln in den Niederungen.[75] Deutlich zeichnet sich der Rand des Oderbruchs ab, aber auch um Strausberg (MOL) sowie am westlichen Rand des Barnims gab es Siedlungskammern, ebenso im unteren Finowtal.

Erneut erweist sich der südwestliche Bereich um Schwanebeck als Fundgrube. Die seit der Steinzeit besiedelte und bereits mehrfach erwähnte Region des süd-

Eisenzeitliche Fundplätze und Kulturen.





Grabungsprofil mit spätneolithischen und frühbronzezeitlichen Siedlungsschichten in Altgaul.



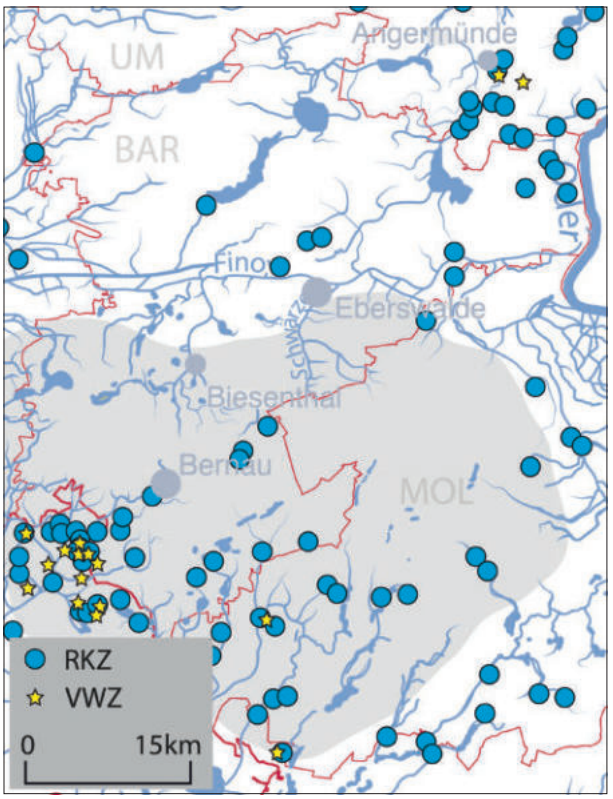
Die Hauskatze ist seit der Bronzezeit nachgewiesen. Lebensbild im Archäologischen Landesmuseum Brandenburg.

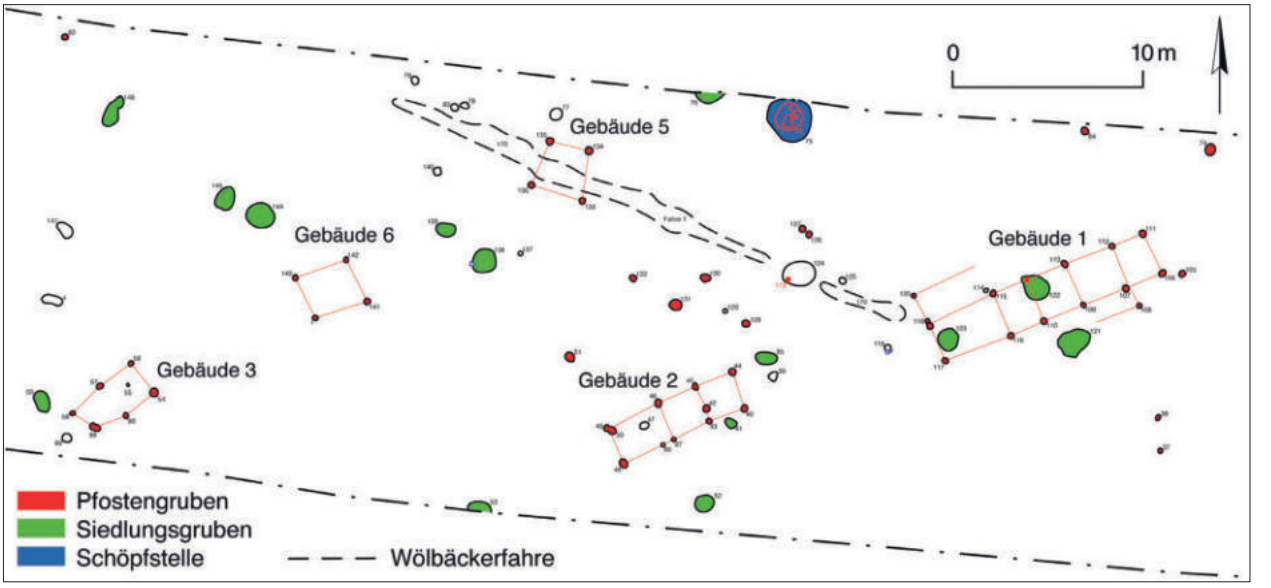
westlichen Barnim war auch in der Römischen Kaiserzeit und der beginnenden Völkerwanderungszeit intensiv besiedelt. Zu nennen sind die Siedlungen Berlin-Buch,[76] die Siedlungskammer im Wuhletal[77] und wiederum Fundplätze bei Schwanebeck. Hier konnte im Rahmen des Autobahnausbaus eine Siedlung teiluntersucht werden, die Speicher- und Langhausgrundrisse der älteren römischen Kaiserzeit erbrachte.[78]

Einwanderung aus dem Südosten: Die Slawenzeit

Das Ende der späten römischen Kaiserzeit ist von einem starken Siedlungsrückgang gekennzeichnet. Ging man in der älteren Forschung davon aus, dass durch die Bevölkerungsverschiebungen im Zuge der »Völkerwanderung« bereits seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. siedlungsleere Räume entstanden, so sieht man heute Argumente, die dagegen sprechen.[79] Zum einen weisen Pollenprofile auch in der »Zwischenzeit« zwischen Spätantike und frühem Mittelalter ungebrochen Siedlungszeiger aus, wenn auch in geringerem Umfang als zuvor.[80] Zum anderen gibt es topografische Bezeichnungen, die aus dem Altgermanischen in die slawischen Sprachen und weiter ins Mittelhochdeutsche übertragen wurden. Aus diesen Gründen wird ein Kontakt zwischen »germanischer« Restbevölkerung und den einwandernden Slawen angenommen.[81] Allerdings gelang bisher noch kein direkter Nachweis dieses Kontaktes über Befunde oder Fundmaterial.[82] Namen in Gewässersystemen überdauern häufig Bevölkerungswechsel, was mit ihrer Funktion im Wegenetz begründet wird.[83] Die Übermittlung der topografischen Bezeich-

Fundplätze der Römischen Kaiserzeit (RKZ) und der Völkerwanderungszeit (VWZ).





Reste von Langhäusern der Römischen Kaiserzeit in Schwanebeck.

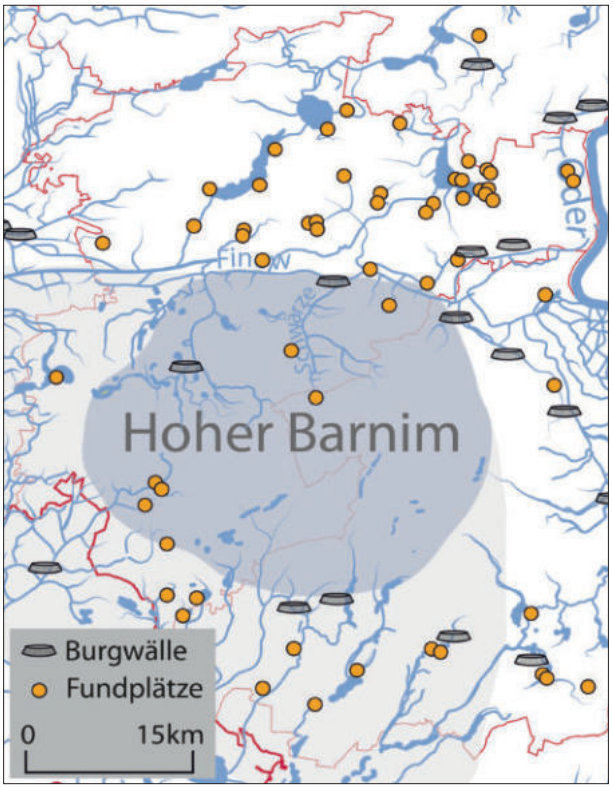
nungen könnte beispielsweise auch durch über die Siedlungsumbrüche hinweg die Region durchreisende Händler geschehen sein.[84]

Den pollenanalytischen Befunden stehen deutliche chronologische Lücken im Fundmaterial gegenüber. Ein Problem ist hier die »Samenbank« im Boden – Getreide und andere Kulturpflanzen vermehren sich auch nach einer Siedlungsaufgabe zumindest eine Zeit lang weiter.[85]

Für die Zeit seit dem letzten Drittel des 7. Jahrhunderts sind die ältesten slawischen Funde in Brandenburg nachzuweisen.[86] Die Einwanderer brachten neue Siedlungs-, Bau- und Gerätetraditionen mit. Es entwickelte sich eine Siedlungslandschaft, die besiedelte Areale mit dazwischenliegenden siedlungsleeren Wald- und feuchten Niederungsgebieten erkennen lässt. In verschiedenen Quellen seit dem 9. Jahrhundert sind slawische »Stämme« genannt, die in der Forschung mit den unterschiedlichen Siedlungsarealen in Verbindung gebracht werden. Bei derartigen Zuweisungen ist jedoch immer zu beachten, dass hier »Stammesnamen« von Außenstehenden überliefert werden. Wie es sich tatsächlich mit der Selbstwahrnehmung der so Bezeichneten verhielt – ob die durch die Namen suggerierten Zusammengehörigkeiten eine Bedeutung hatten und wenn ja welche, ist schwer zu klären. Der nördliche Barnim dürfte nach den derzeit in der Forschung herrschenden Meinungen an den Bereich der um 930 erstmals erwähnten Ukranen gegrenzt haben, der südliche an den Bereich der Sprewanen.[87] Die letztere Bezeichnung wird jedoch bereits seit den 1950er Jahren sehr kritisch betrachtet.[88]

Zwischen dem 9. und dem 12. Jahrhundert erfuhren die Siedlungskammern durch Bevölkerungswachstum eine immer stärker werdende Siedlungsverdichtung. Neue Siedlungskammern wurden kaum erschlossen.[89]

Insgesamt änderte sich an der Siedlungsverteilung im Vergleich zu den vorgeschichtlichen Epochen wenig. Wie in den Jahrhunderten zuvor bevorzugten die slawischen Siedler Wasserläufe, stehende Gewässer und Niederungen. Die trockeneren Hochflächen mit ihren schweren Lehmböden blieben siedlungsleer.[90] So war auch der Hohe Barnim weitgehend unbesiedelt.[91] Lediglich an den Wasserläufen schoben sich Siedlungen in Richtung der Hochebene. Der Hohe Barnim, aber auch weitere Bereiche des Eberswalder Urstromtals blieben bewaldet. Die Hochebene eignete sich nicht für die slawenzeitliche Landwirtschaft. Die fruchtbaren, aber schweren Böden waren mit dem slawenzeitlichen Hakenpflug nicht zu bewirtschaften, der Wassermangel verhinderte andere Nutzungen. Sicher wurden die Wälder zur Jagd oder zum Sammeln begangen. Das Eberswalder Urstromtal sowie Teile des Niederen Barnims schieden in weiten Bereichen wegen der Vernässung als Siedlungsraum aus.



Slawenzeitliche Fundplätze und Burgen.

Deutlich wird bei der Siedlungsverteilung der Bezug zum Gewässernetz. Der besonders bei der Barnim-Hochfläche sich scheinbar abzeichnende Höhenbezug stellt nicht wirklich den begrenzenden Faktor dar. Hier decken sich Höhenentwicklung und Verfügbarkeit von Gewässern, entscheidend ist Letzteres.[92] Die slawische Wirtschaftsweise der »ungeregelten Feld-Gras-Wirtschaft«[93] erforderte eine Ansiedlung in Ökotopgrenzlagen, für die Gewässer ebenso ausschlaggebend waren, wie die Erreichbarkeit von Wäldern, Acker- und Gartenland.[94]

Slawenzeitlicher Kastenbrunnen aus Berlin-Biesdorf.



Herrschaftsmittelpunkte mit zentralörtlichen Funktionen entstanden so – wie in den Jahrtausenden zuvor – an den Rändern des Barnims und um den Barnim herum. Im Südosten war dies das Land Lebus mit dem gleichnamigen Hauptsitz, im Osten folgte die Siedlungsverbreitung den Oderhängen. Im Norden lag die dichte Siedlungskammer um Oderberg und den Parsteiner See, Zentren könnten hier die Burgen und Siedlungen bei Oderberg gewesen sein. Finowaufwärts dünnten die Siedlungen aus. Im Südwesten finden sich die Ausläufer der Siedlungsgebiete entlang der Spree. Auf den Barnim schoben sich Siedlungen entlang von Gewässern vereinzelt vor.[95]

Es entstanden zunächst vorwiegend offene Siedlungen, in denen die Gebäude sowohl in Reihen als auch als Haufen angeordnet sein konnten.[96] Die Gebäude waren in der Regel als Blockbauten konstruiert – was die archäologische Erforschung erschwert. Blockbauten hinterlassen kaum Spuren im Boden. Die Häuser waren häufig mit Feuerstellen oder Lehmkuppelöfen ausgestattet. Zu den Wohnhäusern gesellten sich Freiluftherde, Dörröfen, Abfallgruben und andere archäologisch nachweisbare Einrichtungen.[97] So kam einer der frühesten dendrodatierten slawischen Brunnenbefunde des Landes am südwestlichen Rand des Barnims, in Berlin-Marzahn, zutage.[98] Er konnte in die Zeit um 739 n. Chr. datiert werden. Auch die Kastenbrunnen aus der 2007 ausgegrabenen Siedlung in Berlin-Biesdorf datieren ins 8. Jahrhundert.[99]

Die für die Slawenzeit geradezu als charakteristisch angesehenen Burgen entstanden erst seit der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts und auch nicht im ganzen Land. Im Süden des heutigen Brandenburgs kam diese Entwicklung erst seit der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in Gang. Im Umfeld des Barnims lagen bedeutende slawische Burgen, von denen einige auch für die spätere mittelalterliche Entwicklung eine wichtige Rolle spielten. In erster Linie sind die Burgen bei Oderberg zu nennen. Auf der später Albrechtsberg genannten Höhe über der Stadt lag ein mittelslawischer Burgwall, es gibt auch Funde spätslawischer Keramik,[100] unter dem Bärenkasten in der Niederung wird ein Burgwall vermutet.[101] In den



Slawenzeitliche Blockbauten.

Die Reste der slawenzeitlichen Burg liegen auf der Höhe über der Stadt Oderberg.



Schriftquellen ist die nach 1200 seitens der Askanier errichtete Burg auf dem Albrechtsberg erwähnt (s. u.).

Die slawenzeitlichen Burgen lagen meistens an den Rändern der Hochfläche oder in den Niederungen. Nur einige wenige schoben sich in Tälern von Wasserläufen in höhere Lagen. Neben der bereits erwähnten Anlage bei Oderberg müssen Biesenthal, Köpenick an der Spree und Bad Freienwalde (MOL) genannt werden.[102] Köpenick, schon außerhalb des Barnims gelegen, hatte für die Eroberung und Erschließung seit der Zeit um 1200 große Bedeutung. Erst die Einnahme von Köpenick ermöglichte es den Wettinern auf den Barnim vorzudringen.

Burgen, Dörfer und Städte: Das Mittelalter

Mit dem »Wendenkreuzzug« im Jahr 1147 und der Eroberung der Brandenburg 1157 begann für die Gebiete zwischen Elbe und Oder die Phase der Erschließung und des Landesausbaus durch westelbische Adlige. Diese Vorgänge, die sich bis zum Ende des Jahrhunderts hinzogen, liefen in vielen Fällen kriegerisch ab. So musste zunächst Albrecht der Bär (um 1100–1170) seine Ansprüche auf das Fürstentum der Heveller, das er vom letzten slawischen Fürsten Pribislaw-Heinrich († 1150) vererbt bekommen hatte, gegen Jacza von Köpenick durchsetzen.

Über die Details des Vormarsches der Askanier erfahren wir aus den Quellen wenig. Gegen Ende des Jahrhunderts erreichten sie die Finowmündung, wo es zu einem gewaltsamen Konflikt mit einem dänischen Heer kam. Der dänische König Knut VI. (1162/63–1202) hatte eine Flotte unter Peter Suneson, dem Bischof von Roskilde, die Oder aufwärts geschickt, offenbar um die Expansion der askanischen Markgrafen zu stoppen. Das Königreich Dänemark hatte die südliche Ostseeküste und damit auch das Herzogtum Pommern unter seiner Herrschaft, was ihm die Vorherrschaft auf der Ostsee garantierte. Erst nach der Schlacht bei Bornhöved in Schleswig-Holstein im Jahr 1227 sollte die dänische Vorherrschaft enden. 1198 war es den Dänen nicht gelungen, die Askanier zurückzudrängen. Diese hatten das mit den Pommern und verschiedenen slawischen Stämmen verbündete Heer geschlagen. Die Askanier selbst hatten ebenfalls Slawen als Verbündete – was ein Schlaglicht auf die komplizierten Bündnis- und Herrschaftsverhältnisse wirft.[103]

Der Barnim selbst war zu dieser Zeit von den Eindringlingen aus dem Westen noch nicht erschlossen. Erst im frühen 13. Jahrhundert scheinen die Brandenburgischen Markgrafen in den Besitz des Barnims gelangt zu sein. »Von dem Herrn Barnim erlangten sie die Länder Barnim, Teltow und viele andere.«[104] So stellt die Märkische Fürstenchronik der Zeit um 1280 den Erwerb des Barnim durch die Brandenburgischen Markgrafen Johann I. (1213–1266) und Otto III. (1215–1267) dar und erklärt beiläufig die Herkunft des Namens Barnim. Wie gewöhnlich waren die Vorgänge doch etwas komplexer, als eine derartige erzählende Quelle sie suggeriert. Es wird angenommen, dass die Hochfläche des Barnim als nicht besiedelte »Wildnis« zu slawischer Zeit keinen Namen trug, sondern dieser sich auf das Finowtal als dicht besiedelte Region bezog. Eine Beziehung zum slawischen Personennamen Barnim mag bestanden haben, allerdings kommt auch die Herkunft vom altpolabischen *bara für Sumpf infrage – auch wenn diese unwahrscheinlicher erscheint.[105]

Die mittelalterliche Besiedlung des gesamten Barnims erfolgte von unterschiedlichen Richtungen aus. Die frühesten mittelalterlichen Dörfer sind wohl erst im Verlauf der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden.[106] Nachdem die Markgrafen von Meißen im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts oder um 1200 die slawische Fürstenburg Köpenick eingenommen hatten,[107] drangen sie nach Norden vor und begannen in den Gebieten nördlich der Spree Siedlungen zu gründen.[108] Altlandsberg, Freienwalde, Strausberg,[109] Werneuchen und eventuell Wriezen, wo mit der Laurentiuskirche ein von den Wettinern bevorzugtes Patrozinium auftaucht, werden als Gründungen den Markgrafen von Meißen zugeschrieben.[110]

Im Zuge ihres erfolgreichen Vorstoßes bis nach Oderberg im Jahr 1198 sicherten die Askanier den nördlichen Grenzsaum ihres Einflussgebietes mit Burgen: Bötzow, Steinfurth, Eberswalde, Hohenfinow, Oderberg.[111] In Oderberg entstand um oder vor 1214 die Burg Oderbergen »contra sclavos«[112], also explizit gegen Pommern gerichtet. Westlich davon lagen sich die Dörfer Steinfurth und Schöpfurth sowie Niederfinow und Liepe am Fluss Finow gegenüber an Flussübergängen. Ähnliches kann für das bei der Burg oberhalb der späteren Neustadt



Die Burgstelle bei Hohenfinow.

Eberswalde gelegene Dorf Ebersberg und das vermutlich nördlich von Eberswalde gelegene Jacobsdorf vermutet werden.[113] Nach der Sicherung des Grenzsaums drangen die Askanier nach Süden auf den Barnim vor. Dieser wird in einer Urkunde von 1232 als *nova terra nostra Barnem* bezeichnet,[114] wobei es wahrscheinlich ist, dass zu dieser Zeit der gesamte Barnim noch nicht unter askanischer Herrschaft stand.[115] Noch im Jahr 1250 taucht die Bezeichnung in Urkunden auf, es kann also davon ausgegangen werden, dass der Landesausbau seitens der Askanier noch bis mindestens Mitte des 13. Jahrhunderts im Gang war.[116] Die wettinischen Konkurrenten konnten erst mit der Halberstädter Fehde (1239–1245) endgültig vom Barnim vertrieben werden, 1245 wird in Köpenick – das für den südlichen Zugang zum Barnim wichtig war – ein askanischer Vogt genannt.[117] Diese spärlichen Hinweise aus den Quellen werden durch archäologische und bauforscherische Ergebnisse gestützt. Die ältesten Dendrodaten von Bauhölzern vom Barnim streuen zwischen 1218 und 1230, wobei es sich nicht bei allen um Waldkantendaten handelt. Eine zweite »Welle« von Datierungen liegt etwa eine Generation später. Die Hölzer stammen aus Feldsteinquaderkirchen, deren Errichtung als Ersatzbauten von Holzkirchen rund 30 Jahre nach deren Erbauung nicht erstaunen würde.[118]

Die Datierung anhand von archäologischem Fundmaterial scheint in den meisten Fällen für detaillierte historische Interpretationen zu ungenau. Bei den Untersuchungen von Jens Henker zu den Dorfgründungen auf dem Barnim geriet jedoch eine Gruppe von Dörfern im nördlichen Barnim und der südlichen Schorfheide in den Blick, die – im Gegensatz zu den Dörfern weiter südlich – ältere Kugeltopfscherben der farbuneinheitlichen Ware und helle, rot bemalte Ware erbrachte, die bereits ans Ende des 12. Jahrhunderts datiert werden kann. In den restlichen Bereichen des Barnim findet sich flächendeckend graue Irdenware der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts.[119]



Scherben der älteren farbuneinheitlich gebrannten Ware.



Kugelbecher aus grauer Irdenware aus Oderberg, 13. Jahrhundert.

Es zeichnet sich so das Bild einer frühen Aufsiedlung westlich von Oderberg ab. Im Verlauf der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts wird dann auch die Hochfläche besiedelt, es entsteht ein recht regelmäßiges Netz von Dörfern. Diese Ergebnisse bestätigen die zuvor geäußerten Hypothesen einer askanischen Okkupation, die nach der Sicherung des Finowtals erfolgte. Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts setzen sich die Askanier gegen ihre wettinischen Konkurrenten durch. Deren Einfluss könnte sich im Osten des Barnims im Auftreten von Standbodenkeramik manifestieren. Diese Warenart lässt einen Einfluss aus dem sächsischen Bereich, möglicherweise aber auch aus den Gebieten östlich der Oder, vermuten.[120] Ob ihre Verbreitung jedoch als Beleg für herrschaftspolitische Entwicklungen herangezogen werden kann, bleibt dahingestellt.

Bereits angeschnitten wurde das Thema der zentralen Orte. Die Expansion in die slawisch besiedelten Gebiete erforderte die Anlage von Verwaltungsmittelpunkten. Im Zuge des Vorrückens entstanden zunächst Burgen als Verwaltungs- und Schutzorte. In einigen Fällen okkupierten die Eindringlinge mittel- oder spätslawische Anlagen, namentlich Oderberg, hier einen möglichen Vorgänger des »Bärenkastens«[121] und den Burgwall auf dem »Albrechtsberg«, [122] Hohenfinow,[123] den Reiherberg in Biesenthal,[124] den Mühlenberg in Bad Freienwalde (MOL) sowie die Burgwälle von Wriezen (MOL)[125] und von Garzin (MOL).[126] Alle diese Burgen liegen an den Rändern des Barnims, auf der Hochfläche selbst finden sich weder frühe Anlagen noch Burgen mit hohem Ausbaugrad. Ähnliche Verhältnisse gab es in anderen Regionen Brandenburgs, etwa in der sehr früh in askanischem Besitz stehenden Zauche.[127] Die Datierung der Burganlagen ist schwierig, da in den wenigsten von ihnen Ausgrabungen stattfanden. Meist stützen sich die Datierungen auf Lesefunde, wie etwa in Hohenfinow, wo neben Keramik und Bauschutt auch ein mecklenburgischer Denar aus der Zeit um 1220 gefunden wurde. Von den Burgen Oderbergen, Garzin (MOL) und Biesenthal liegen beispielsweise im Wesentlichen geringe Mengen an Scherben vor.[128]

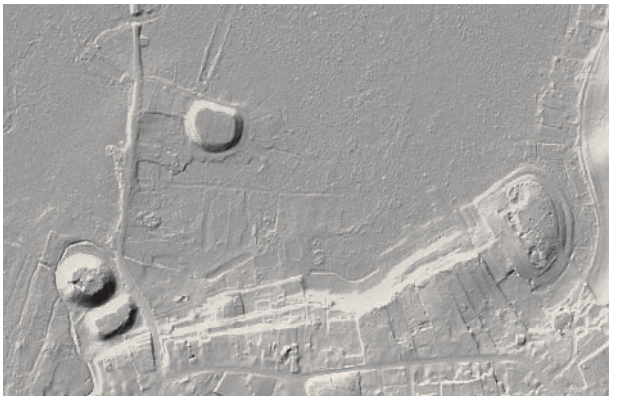
Die von Uwe Michas kartierten kleineren Burgen und Adelssitze auf der Hochfläche, wie etwa Löhme, Seefeld[129] und Prädikow (MOL)[130] können nur aus den Schriftquellen erschlossen werden, eine Datierung ihrer Entstehung ist damit kaum möglich. Löhme und Seefeld sind erstmals 1375, Prädikow (MOL) 1361 erwähnt. Im Landbuch Karls IV. von 1375 sind dann auch auf der Hochfläche einige Curiae genannt, etwa in Steinbeck (MOL), Börnicke[131] und Beerbaum (MOL).[132] Archäologi-

sche Funde sind nicht bekannt, viele der erwähnten Curiae sind nicht lokalisiert.

Eine Ausnahme bildet in gewisser Hinsicht die Burg von Trampe.[133] Sie wurde irrtümlich lange Zeit für die in den Quellen genannte Burg Breydin gehalten. Von der Burg Trampe sind etwa ein Meter hohe Mauerreste erhalten. Im Außenbereich kamen Verputzreste mit Fugenstrich zum Vorschein, ein Hinweis darauf, dass viele Burgen nicht dem für heutige Betrachter gewohnten steinsichtigen Bild entsprachen. An Keramik kam bislang nur harte Grauware der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts zutage. Die »curia Breden« dagegen ist erstmals 1308 bezeugt – zu diesem Zeitpunkt existierte die Burg Trampe vermutlich nicht mehr.[134] Sie war nach Aussage der Keramik vermutlich schon Ende des 12. Jahrhunderts entstanden und stand wohl mit der Expansion der Askanier bis an die Finow im Zusammenhang. Der Weg vom Biesenthaler Becken, wo sich auf dem Reiherberg ebenfalls eine früh okkupierte slawische Burg befand,[135] führte über Trampe nach Eberswalde. Bei Trampe querte der Weg die Feuchtgebiete der Schwärze und des Nonnenfließes, der Weg durch die Niederung führt direkt an der Burg Trampe vorbei.[136] So muss Trampe als wichtige Wegesicherung angesehen werden. Sie schob sich nicht wirklich auf die Hochfläche, sondern liegt noch im Bereich der Wasserläufe in den Randbereichen der Hochfläche. Nach der Erschließung des gesamten Barnims durch die Askanier wurde sie noch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts aufgegeben.[137]

Viele Burgen verloren als Zentral- und Verwaltungsorte bald an Bedeutung. Von Anfang an war die Siedlungspolitik der askanischen Markgrafen – wie auch anderer Landesherren – darauf ausgerichtet, Märkte und Städte zu gründen und die Erträge des Landes zu mehren.[138] Ziel war es, Dörfer als Produktionsorte für landwirtschaftliche Produkte mit einem regelmäßigen Netz von Märkten und Städten zu kombinieren, um das Land möglichst effektiv wirtschaftlich nutzen zu können. Dabei war nicht nur der Absatz im engeren Umfeld im Blick. Winfried Schich wies darauf hin, dass die Erschließung des Barnims entlang einer Route von Berlin nach Oderberg erfolgte, die Gebiete mit für den Roggenanbau günstigen Böden querte. Die Verkehrsverbindungen spielten eine wichtige Rolle, weil vom Barnim aus über Berlin auf dem Wasserweg Hamburg und über Oderberg die Oder mit Zugang zur Ostsee erreicht werden konnten[139] – Absatzmärkte für Getreide wurden also auch im Fernhandel gesucht. Burgen verloren vor diesem Hintergrund häufig rasch an Bedeutung. Ein gutes Beispiel für die Ablösung einer landesherrlichen Burg durch eine Stadt, sozusagen als Großburg, ist Eberswalde. Die ursprünglich auf dem Hausberg gelegene Burg[140] wird noch 1375 im Landbuch genannt, aber noch im 14. Jahrhundert aufgegeben. Die Markgrafen verfügten in der Stadt, wie auch in anderen Städten, über einen Hof. Die Rolle der Anbindung an Fernhandelsrouten wird durch die Verlegung des Straßenzwangs von Niederfinow nach Eberswalde im Jahr 1317 deutlich.[141]

Die Bedeutung der Stadt für die Markgrafen ergibt sich sowohl aus den Schriftquellen als auch aus den umfangreichen archäologischen Ausgrabungen. Markgraf



Reiherberg (oben) und Schlossberg (unten) bei Biesenthal.

Burg Trampe.





Portal der Maria-Magdalenen-Kirche in Eberswalde.



Bronzetaufe in der Maria-Magdalenen-Kirche in Eberswalde.

Albrecht III. (um 1250-1300), der nach der Landesteilung 1284 den Norden der Markgrafschaft und auch die Stadt Eberswalde übernommen hatte, hielt sich recht häufig in Eberswalde auf.[142] Er tätigte 1294 umfangreiche Stiftungen für die Maria-Magdalena-Kirche mit ihrem für die Region ungewöhnlichen Portalschmuck. Der Kirchenbau war im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts entstanden.[143] Vermutlich wurde während seiner Regentschaft auch das bronzene Taufbecken angefertigt.[144] Vor dem Hintergrund der Verzierung mit dem brandenburgischen Adler ist anzunehmen, dass die Anfertigung auf den Markgrafen zurückgeht. Im Jahr seines Todes ließ Albrecht eine Urkunde ausfertigen in der uns Eberswalde erstmals als Stadt gegenübertritt.[145] In dem Schriftstück werden *civitates* genannt sowie die Grenzen der Stadtgemarkung beschrieben.[146]

Die Ergebnisse der umfangreichen archäologischen Untersuchungen in der Altstadt von Eberswalde stützen den Eindruck, dass Albrecht III. ein spezielles Interesse an der Stadt hatte und sie offenbar zur Residenzstadt ausbauen wollte.[147] Bereits die ersten Auswertungen der rund 1.200 Dendrodaten ließen erkennen, dass im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts umfangreiche Bauarbeiten in der Stadt vorgenommen wurden. Bei der weiteren Auswertung der Dendrodaten und ihrer komplexen Kombinationen erhärtete sich diese Ansicht. Große Bereiche des Stadtareals, in erster Linie die untere Talterrasse, wurden nicht vor den 1280er Jahren besiedelt.[148] Die detaillierte Auswertung durch Jenny Wiese präzisiert den Vorgang des Stadtausbaus, der in mehreren Phasen geschah.[149] Wenn der Stadtausbau sich doch länger hinzog, als ursprünglich angenommen, so bestätigen doch alle Untersuchungen die Annahme, dass Albrecht III. einen großen Anteil daran hatte und als Initiator der Stadtgründung angesehen werden kann. Seine Nachfolger unterstützten die Stadt mit der Übertragung des Marktzolls an den Rat der Stadt im Jahr 1306 und mit der Verlegung des Straßenzwangs von Niederfinow nach Eberswalde im Jahr 1317. Die Archäologie kann in diesem Fall dank guter Bedingungen hinsichtlich der Datierung – die nicht im-

mer gegeben sind – dazu beitragen, aus den Schriftquellen abgeleitete Hypothesen wahrscheinlicher zu machen. Zusätzlich gewährt sie tiefen Einblick in die Stadtbaugeschichte, die Lebensbedingungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Stadtbevölkerung des späten 13. und des 14. Jahrhunderts in der Mark Brandenburg.

Ausblick in die Neuzeit

Die Archäologie endet jedoch nicht bei der Erforschung des Mittelalters, einer Epoche, für die sie immer noch eine der »Hauptbeschaffungsmethoden« für Quellen ist. In der Neuzeit mit ihrer immer stärker ansteigenden Schriftquellenfrequenz tritt die Archäologie langsam hinter die vielfältigen anderen historischen Quellen zurück. Gleichwohl kann sie bis in die jüngste Zeit wesentliche historische Informationen beisteuern. Aus den zahlreichen Neuzeit-Grabungen, die auch auf dem Barnim und in seinen Nachbarregionen stattfanden, seien drei Beispiele herausgegriffen.

Seit vielen Jahren erforschen und betreuen Taucher die im Werbellinsee gesunkenen Lastkähne des 18. und des 19. Jahrhunderts. Sie stellen wichtige Quellen zur Geschichte von Transport, Verkehr und Handel der Neuzeit dar. Immerhin trugen die Kaffenkähne dazu bei, die Stadterweiterungsquartiere von Berlin zu errichten. Schüttgut, Steine, Ziegel, Holz und vieles andere mehr wurden auf dem Wasserweg in die Stadt transportiert. Gerade der Werbellinsee stellte mit seiner Länge von zehn Kilometern und einer Breite von bis zu 1,3 Kilometern für die Schiffer der flachen Lastenkähne eine Herausforderung dar – viele kenterten in tückischen Winden. Und nicht umsonst heißt eine Landzunge bei Altenhof Kap Hoorn – dort liegen allein vier Kaffenkähne auf Grund.[150] In der Kajüte eines der Kähne fand sich noch die komplette Ausstattung, neben einem Ofen und den Stiefeln des Schiffers ein Stiefelknecht, eine Kaffeemühle und weiterer Hausrat.

Mittlerweile werden nicht nur einzelne Kähne betreut und vermessen. Mit moderner Technik wird der See weiter nach Wracks abgesucht und von den einzelnen Wracks werden Messbilder angefertigt.[151] Sehr wichtig für den Schutz der fragilen Kulturdenkmale ist auch die Information der Bevölkerung, besonders aber der Taucherinnen und Taucher, die einen Blick auf die Originale werfen wollen. Anschauen ja, anfassen nein, ist die Devise, mit der die Wracks vor unbeabsichtigten Zerstörungen geschützt werden sollen.



Grabungsareal auf der Baufläche des Wunderlich-Hauses in Eberswalde mit erhaltenen Gebäuderesten der Zeit um 1300 im Jahr 2004.

Ein ganz anderes Feld, auf dem die Neuzeitarchäologie in Brandenburg aktiv ist, sind Konzentrations-, Kriegsgefangenen-, Zwangsarbeiter- und Arbeitslager. Ein solches konnte in Groß Schönebeck untersucht werden. Dort waren Häftlinge der Strafanstalt Tegel seit den späten 1920er Jahren in einer schon seit Ende des 19. Jahrhunderts betriebenen Mülldeponie eingesetzt. Der Müll

Mittelalterliches Fundmaterial aus Eberswalde.

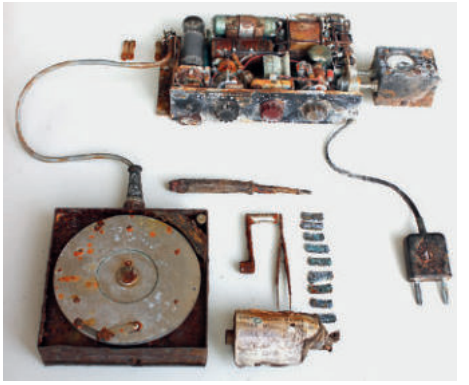




Lederstiefel aus der Kajüte des Kaffenkahns.



Fundmaterial aus Müllgruben der 1920er Jahre in Groß Schönebeck.



Spionagefunkgerät des Bundesnachrichtendienstes aus den 1950er Jahre aus der Burg Biesenthal.

kam mit einer Kleinbahn aus Berlin, die Gefangenen mussten ihn in die Deponie verbringen. Seit Dezember 1941 kamen auch Zwangsarbeiter aus Polen und der Ukraine zum Einsatz. Die archäologische Untersuchung des Geländes und einer Baracke erlaubte die Abgrenzung des Lagers als Bodendenkmal. Die Deponie selbst wurde nicht unter Schutz gestellt, gleichwohl barg man aber besonders aus den ältesten Müllgruben der 1920er Jahre etliche Gegenstände.[152]

Fast als Kuriosum ist ein archäologischer Fund aus DDR-Zeiten zu bezeichnen. In der Burg Biesenthal kam im Zuge von Sanierungsarbeiten ein Spionage-Funkgerät aus der Zeit des Kalten Krieges zum Vorschein. Das Gerät besteht aus zwei Einheiten, dem Sender FS-8 und einem Kurzsignalgeber, die von 1957 bis 1960 im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes (BND) hergestellt worden waren. Derartige Geräte wurden in unbekannter Zahl von der »Organisation Gehlen« und deren Nachfolger, dem BND, auf dem Gebiet der DDR versteckt. Mit ihnen konnten vorkodierte Kurzmeldungen abgesetzt werden, man konnte aber auch direkt kodierte Morsesignale senden. Eine große Anzahl von Sendegeräten, die in der Bevölkerung verteilt worden waren, sollte im Konfliktfall dabei helfen, Einzelbeobachtungen für ein Lagebild in den Westen zu übermitteln.[153]

Archäologie und Landesgeschichte

Archäologische Beobachtungen erlauben es, wesentliche Beiträge zur Erforschung der Geschichte einer Landschaft zu liefern. Im Lauf der Jahrtausende steigt die Dichte der Überlieferung. Sind es in den älteren Phasen der Steinzeit nur wenige Funde von weit verstreuten Fundplätzen, so zeigt sich seit dem Neolithikum eine sich in Wellen verdichtende Landschaftsnutzung. Seit der slawischen Zeit nimmt die Zahl anderer Quellen stetig zu. Die archäologischen Funde können seit dem Mittelalter kaum noch alleine betrachtet werden, sie sind durch Schrift- und Bildquellen zu ergänzen – auch wenn die direkte Verbindung von archäologischem Befund und historischer Nachricht oft schwer nachzuweisen ist. Für das Gesamtbild ergibt die Zusammenschau der Quellen wichtige Hinweise. Selbst für die jüngsten Zeiten liefern archäologische Funde interessante und ergänzende Informationen.

Über den gesamten Zeitraum hinweg lassen archäologische Funde auch die hohe Bedeutung von Migration erkennen. Sowohl die Migration von Menschen als auch von Objekten und Ideen sind immer erkennbar. Migration war schon immer ein Motor von Entwicklung und ein wesentlicher Faktor in der archäologischen Forschung.[154]



Epochen der Menschheitsgeschichte.

1 HVL: Havelland; LDS: Dahme-Spreewald; LOS: Landkreis Oder-Spree; MOL: Märkisch-Oderland; SPN: Spree-Neiße; TF: Teltow-Fläming.
2 S. dazu Werner Stackebrandt/Dietrich Franke (Hrsg.), Geologie von Brandenburg. Stuttgart 2015, bes. S. 11.
3 Vgl. Johannes H. Schroeder (Hrsg.), Nordwestlicher Barnim - Eberswalder Urstromtal: Naturpark Barnim (= Führer zur Geologie von Berlin und Brandenburg, Bd. 5), Berlin 2004, Abb. F1.
4 Ebd., S. 50 f.
5 Archäologisches Informations- und Dokumentationszentrum (AIDZ) des BLDAM. Die Nutzung der Daten ist aufbauend auf das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz in der Nutzungsordnung des AIDZ geregelt. Für die Fundplatzdaten aus dem Zuständigkeitsbereich des Berliner Landesdenkmalamts danke ich Herrn Gunnar Nath (LDA Berlin).
6 Zur Wirtschaftsweise in den westlichen slawischen Siedlungsgebieten vgl. Sebastian Brather, Archäologie der westlichen Slawen. Siedlung, Wirtschaft und Gesellschaft im früh- und hochmittelalterlichen Ostmitteleuropa, 2. Aufl., Berlin/New York 2008, S. 164 ff.
7 Eike Gringmuth-Dallmer, Frühgeschichtliche Pflugspuren in Mitteleuropa, in: Zeitschrift für Archäologie 17 (1983), S. 105–221; Ders., Frühformen in der hochmittelalterlichen Ostsiedlung – auch bei den Fluren?, in: Rainer Atzbach/Patrick Cassitti/Hauke Kenzler/Luitgard Löw (Hrsg.), Archäologie, Mittelalter, Neuzeit, Zukunft. Festschrift für Ingolf Ericsson, Bonn 2017, S. 87–94.
8 Blandine Wittkopp, Diepensee. Gründung, Umgestaltung und Wachstum einer ländlichen Siedlung im Mittelalter, in: Gründung im archäologischen Befund. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit 27, Paderborn 2014, S. 163–165.
9 Gringmuth-Dallmer, Frühformen, S. 91 f.
10 Winfried Schich, Stadtwerdung im Raum zwischen Elbe und Oder im Übergang von der slawischen zur deutschen Periode. Beobachtungen zum Verhältnis von Recht, Wirtschaft und Topographie an Beispielen aus der Mark Brandenburg, in: Germania Slavica I, Berlin 1980, S. 191–238; Ders., Die Herausbildung der mittelalterlichen Stadt in der Mark Brandenburg. Der Wandel der Topographie, Wirtschaft und Verfassung, in: Helmut Jäger (Hrsg.), Stadtkernforschung. Städteforschung A/27, Köln 1980, S. 213–243; Ders., Die Bedeutung des Marktes für den Landesausbau östlich der Elbe im 12. und 13. Jahrhundert – mit Überlegungen zu den Anfängen der Doppelstadt Berlin-Cölln, in: Carola Fey/Steffen Krieb (Hrsg.), Adel und Bauern in der Gesellschaft des Mittelalters, Korb 2012, S. 45–64.
11 Jens Henker, Archäologische Dorfkernforschung, in: Jens Henker/Tilo Schöfbeck/Uwe Weiß, Slawen und Deutsche im Hochmittelalter östlich der Elbe. Archäologisch-historische Studien zur Siedlungsentwicklung. Bonn 2008, S. 54–58, Karte 9.
12 Bernhard Ludwig Bekmann/Johann Christoph Bekmann, Historische Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg nach ihrem Ursprung, Einwohnern, Natürlichen Beschaffenheit, Gewässer, Landschaften, Stäten, Geistlichen Stiftern etc. Band 1, Berlin 1751, S. 418.
13 Eberhard Bönisch/Marcus Schneider, Archäologisch-paläontologische Ausgrabung des Eem-Vorkommens und mittelpaläolithische Schlachtplätze des Saale-Spätglazials von Jänschwalde, in: Arbeitsberichte zur Bodendenkmalpflege in Brandenburg 28 (2016), S. 25–64.
14 Ebd., S. 41–53.
15 Siehe zusammenfassend Erwin Cziesla/Stefan Pratsch, Zwei Jahrzehnte nach der Wende – Forschungsstand zum Paläolithikum und Mesolithikum in Berlin-Brandenburg, in: Michael Meyer/Franz Schopper/Matthias Wemhoff (Hrsg.), Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel. Archäologie in Berlin und Brandenburg seit der Wende, Petersberg 2017, S. 19–38; zu Friesack: Bernhard Gramsch, Das Mesolithikum im Flachland zwischen Elbe und Oder (= Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Bd. 7), Berlin 1973; Ders., Ausgrabungen auf dem mesolithischen Moorfundplatz Friesack, Bezirk Potsdam, in: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Bd. 21, Berlin 1987, S. 75–100; Ders., Friesack: Letzte Jäger und Sammler in Brandenburg, in: Jahrbuch des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz 47, 1, 2000 (2002), S. 51–95; Ders., Mesolithische Knochenartefakte von Friesack, Fundplatz 4, Lkr. Havelland (= Veröffentlichungen der Brandenburgischen Landesarchäologie, Bd. 45), 2011 (2012), S. 7–58; Norbert Benecke/Bernhard Gramsch/Susanne Jahns (Hrsg.), Subsistenz und Umwelt der Feuchtbodenstation Friesack 4 im Havelland. Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Untersuchungen (= Arbeitsberichte zur Bodendenkmalpflege in Brandenburg, Bd. 29), Wünsdorf 2016.
Auswahl: Bernhard Gramsch, Mesolithische Knochen- und Geweihartefakte mit intentionellen Ritzungen von Friesack, Fundplatz 4, Lkr. Havelland, in: Veröffentlichungen der Brandenburgischen Landesarchäologie 48, 2018, S. 7–54; zu Jühnsdorf: Erwin Cziesla, Jühnsdorf 8. Haus und Herd im Mesolithikum in Mitteleuropa (= Internationale Archäologie, Bd. 128). Rahden/Westf. 2017.
16 Cziesla/Pratsch, Zwei Jahrzehnte nach der Wende, S. 32 u. Abb. 24.
17 Ebd., S. 19.
18 Friedrich Dehmlow, Materialien zur Vor- und Frühgeschichte des Oberbarnim. Unter besonderer Berücksichtigung der Bestände des Staatlichen Museums für Vor- und Frühgeschichte und des Märkischen Museums zu Berlin, in: Acta Praehistorica et Archaeologica 7/8, 1976/77, S. 128, 153.
19 Friedrich Dehmlow, Die Vor- und Frühgeschichte des Oberbarnim, in: Heimatbuch Oberbarnim-Eberswalde, Detmold 1972, S. 36, Taf. 1, 1a; Dehmlow, Materialien, S. 128.
20 Leopold von Ledebur, Die heidnischen Altertümer des Regierungsbezirks Potsdam. Ein Beitrag zur Alterthümer-Statistik der Mark Brandenburg, Berlin 1852, S. 78; Fundmeldungen von 1893 und 1901 ans Märkische Museum im AIDZ.
21 AIDZ, Ortsakte Biesenthal.
22 Bernhard Gramsch, Neufunde von Feuersteingeräten bei Münchehofe, Kr. Strausberg, in: Ausgrabungen und Funde 1957, S. 158–162.
23 Ders., Probegrabung auf dem spätpaläolithischen Rastplatz bei Münchehofe, Kr. Strausberg, in: Ausgrabungen und Funde 1959, S. 67–70.
24 AIDZ, Münchehofe 1, SK.Nr. 2011:679; AIDZ, Münchehofe 2, SK.Nr. 2011:345; 440.
25 Stefan Wenzel, Behausungen im Späten Jungpaläolithikum und im Mesolithikum in Nord-, Mittel- und Westeuropa (= Monographien des Römisch-Germanischen Zentralmuseums, Bd. 81), Mainz 2009, S. 5–13.
26 Ebd., S. 76–89.
27 Ebd., S. 103–117.
28 Eberhard Kirsch, Beiträge zur älteren Trichterbecherkultur in Brandenburg (= Forschungen zur Archäologie im Land Brandenburg 2), Potsdam 1994, S. 11.
29 Bekmann, Historische Beschreibung, S. 345 f.
30 Ernst Sprockhoff, Die Kulturen der jüngeren Steinzeit in der Mark Brandenburg, in: Vorgeschichtliche Forschungen 4, Berlin 1926, S. 140; Hans-Jürgen Beier, Die megalithischen, submegalithischen und pseudomegalithischen Bauten sowie die Menhire zwischen Ostsee und Thüringer Wald (= Beiträge zur Ur- und Frühgeschichte Mitteleuropas, Bd. 1), Wilkau-Haßlau 1991, S. 42; Eberhard Kirsch,

Funde des Mittelneolithikums im Land Brandenburg (=Forschungen zur Archäologie im Land Brandenburg 1), Potsdam 1993, S. 85.
31 Bekmann, Historische Beschreibung, S. 378.
32 Ebd., S. 371.
33 Ebd., S. 377; Kirsch, Funde des Mittelneolithikums, S. 77.
34 Beier, Bauten, S. 141.
35 Ebd., S. 107.
36 Ebd., Tab. 58.
37 Kirsch, Funde des Mittelneolithikums, S. 85.
38 Ebd., S. 87.
39 Ebd., S. 80.
40 Beier, Bauten, S. 141.
41 Andrea Hahn-Weishaupt, Lange Siedlungsgeschichte im Barnim. Neolithische Funde in Beiersdorf, Lkr. Märkisch-Oderland, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2016, Stuttgart 2018, S. 39–40.
42 Ulrich Dirks, Ohne Spuren im Sand. Ein Gefäßfund der Oderschnurkeramik bei Oderberg, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2012, Stuttgart 2014, S. 40.
43 Hahn-Weishaupt, Lange Siedlungsgeschichte, S. 39.
44 Cziesla/Pratsch, Zwei Jahrzehnte nach der Wende, S. 38; Günter Wetzel, Neues zur Jungsteinzeit nach 25 Jahren, in: Meyer/Schopper/Wemhoff (Hrsg.), Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel, S. 39 und Abb. 1.
45 Wetzel, Neues zur Jungsteinzeit, S. 39.
46 Susanne Jahns/Susanne Hanik/Bettina Jungklaus/Tina Swierczynski, Klima, Knochen, Blütenstaub. Die Mensch- und Umwelt-Stationen im Archäologischen Landesmuseum Brandenburg, Wünsdorf 2011, S. 16f.
47 Ebd., S. 17f.
48 Silke Schwarzländer, Ältestes Gold Brandenburgs. Reiche Sonderbestattung der Glockenbecherkultur in Wustermark, Lkr. Havelland, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2004, Stuttgart 2005, S. 34–35; Wetzel, Neues zur Jungsteinzeit, Abb. 19.
49 Dehmlow, Materialien, S. 149; Kirsch, Funde des Mittelneolithikums, S. 75.
50 Hans Jürgen Eggers, Einführung in die Vorgeschichte, 6. Aufl., Schöneiche 2010, S. 50.
51 Jahns u. a., Klima, Knochen, Blütenstaub, S. 25f.
52 Eberhard Bönisch, Lausitzer Kultur aus neuer Perspektive. Grabungsergebnisse zur Bronzezeit in Berlin und Brandenburg um die Jahrtausendwende, in: Meyer/Schopper/Wemhoff (Hrsg.), Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel, S. 51f.
53 Gustav Kossinna, Der Goldfund vom Messingwerk bei Eberswalde und die goldenen Kultgefäße der Germanen (= Mannus-Bibliothek, Bd. 12), Würzburg 1913; Carl Schuchhardt, Der Goldfund vom Messingwerk bei Eberswalde, Berlin 1914.
54 Alix Hänsel, Diesseits und Jenseits – Hort und Grab in der Spätbronzezeit Mitteleuropas, in: Jürgen Kunow, Das »Königsgrab« von Seddin in der Prignitz (= Arbeitsberichte zur Bodendenkmalpflege in Brandenburg, Bd. 9), Wünsdorf 2003, S. 29.
55 Detlev Ellmers, Die Aussagen der Goldschatzfunde von Langendorf, Eberswalde und Lienewitzer Forst zur Nutzung des Gewässernetzes zwischen Elbe und Oder, in: Gold und Kult der Bronzezeit. Ausstellungsbegleitband, Nürnberg 2003, S. 165.
56 Alix Hänsel, Der Hortfund von Eberswalde und die Goldschätze der späten Bronzezeit in Nordeuropa, in: Bronzezeit. Europa ohne Grenzen. 4.–1. Jahrtausend vor Christus, Sankt Petersburg 2013, S. 508.
57 Ebd.
58 Heegermühle: Dehmlow, Materialien, S. 157; Lichterfelde: AIDZ, Fundmeldung 1996:124; dazu gibt es Nachrichten über ältere Funde vom »Wunderberg«, über die jedoch nichts Näheres bekannt ist (Dehmlow, Materialien, S. 129 u. 185f.). Ob es sich tatsächlich um Hortfunde handelt, ist nicht bekannt.
59 Wolfgang Schmiederer, Wandschmuck der Jungbronzezeit. Notbergungen auf Siedlungsplätzen in Zepernick, Landkreis Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1999, Stuttgart 2000, S. 49f.
60 Ralf Lehmphul, In/unter/auf der Düne. Eine endneolithische bis früheisenzeitliche Siedlungsstratigrafie aus Altgaul, Lkr. Märkisch-Oderland, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2009, Stuttgart 2011, S. 47.
61 Uwe Michas/Hans-Peter Vietze, Gehöftsiedlung der späten Bronzezeit. Ausgrabungen in Berlin-Pankow, Schönerlinder Straße, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1999, Stuttgart 2000, S. 51f.
62 Hans-Peter Vietze, Die bronzezeitliche Siedlung an der Schönerlinder Straße in Berlin-Buch (= Berliner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte N.F., Bd. 15), Berlin 2009.
63 Blagoje Govedarica, Kochstelle im Lehmboden. Bronzezeitliche Erdherde aus Schwanebeck, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2010, Stuttgart 2012, S. 61–63.
64 Renata Faron-Bartels, Häuser und Speichergruben. Eine Siedlung der jüngsten Bronze- und vorrömischen Eisenzeit bei Lindenberg, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2015, Stuttgart 2017, S. 63f.
65 Markolf Brumlich/Michael Meyer, Eisenzeit in Berlin und Brandenburg, in: Meyer/Schopper/Wemhoff (Hrsg.), Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel, S. 73f. und Abb. 1.
66 Ebd., S. 74.
67 Siegfried Griesa, Die Göritzer Gruppe (= Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Bd. 16). Berlin 1982, S. 17f.
68 Jerzy Lewczuk/Bettina Suhr, Die vorrömische Eisenzeit, in: Eike Gringmuth-Dallmer/Lech Leciejewicz (Hrsg.), Forschungen zu Mensch und Umwelt im Odergebiet in ur- und frühgeschichtlicher Zeit, Mainz 2002, S. 277–295.
69 Lehmphul, In/unter/auf der Düne, S. 47.
70 Jahns u. a., Klima, Knochen, Blütenstaub, S. 28f.
71 Achim Leube, Germanische Völkerwanderungen und ihr archäologischer Fundniederschlag. Das 5. und 6. Jh. östlich der Elbe. Ein Forschungsbericht (I), in: Ethnografisch-Archäologische Zeitschrift 36 (1995), S. 3 und Abb. 1.
72 Ebd., S. 3 und Abb. 4.
73 Ebd., S. 38.
74 Ebd., S. 27f. und Abb. 23a; Adrian von Müller, Völkerwanderungszeitliche Körpergräber und spätgermanische Siedlungsräume in der Mark Brandenburg, in: Berliner Jahrbuch für Vor- und Frühgeschichte 2 (1962), Abb. 11b.
75 Achim Leube, Die römische Kaiserzeit im Oder-Spree-Gebiet, Berlin 1975, S. 13.
76 Leube, Germanische Völkerwanderungen I, S. 39; Michael Hofmann, Die Ausgrabung einer germanischen Siedlung in Berlin-Buch (= Berliner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte N.F., Bd. 11), Berlin 2003.
77 Leube, Germanische Völkerwanderungen I, S. 40; Heinz Seyer, Die spätgermanische Siedlung von Berlin-Marzahn, in: Ethnografisch-Archäologische Zeitschrift 43 (2002), S. 245–274.
78 Joachim Stark, Heute wäre es dort zu laut … Siedlung um Christi Geburt am Autobahndreieck Schwanebeck, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2011, Stuttgart 2012, S. 71–74.
79 Leube, Germanische Völkerwanderungen I, S. 3.
80 Johanna Brather/Susanne Jahns, Siedlungsleere Landschaft?, in: Archäologische Landschaften. Veränderung und Nutzung von Landschaft im Spiegel der Archäologie. Begleitheft zur Ausstellung, Wünsdorf 2015, S. 36.

81 Achim Leube, Germanische Völkerwanderungen und ihr archäologischer Fundniederschlag. Bemerkungen zu den germanisch-slawischen Kontakten. Ein Forschungsbericht (II), in: Ethnografisch-Archäologische Zeitschrift 36 (1995), S. 266.
82 Für den Barnim und den Berliner Raum: Leube, Germanische Völkerwanderungen II, S. 278f.
83 Jens Schneeweiß, Die Rolle des Gewässersystems bei der slawischen Einwanderung am Beispiel des Werders bei Neubrandenburg – ein Beitrag zur Kontinuitätsdiskussion, in: Felix Biermann/Thomas Kersting (Hrsg.), Siedlung, Kommunikation und Wirtschaft im westslawischen Raum. Beiträge der Sektion zur slawischen Frühgeschichte des 5. Deutschen Archäologenkongresses in Frankfurt an der Oder (= Beiträge zur Ur- und Frühgeschichte Mitteleuropas, Bd. 46), Langweißbach 2007, S. 24.
84 Felix Biermann/Thomas Kersting, Archäologie der Slawenzeit – 25 Jahre nach der Wende, in: Meyer/Schopper/Wemhoff (Hrsg.), Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel, S. 101.
85 Leube, Germanische Völkerwanderungen II, S. 265.
86 Biermann/Kersting, Archäologie der Slawenzeit, S. 101.
87 Ebd., S. 106f.
88 Ebd., S. 108 und Anm. 13.
89 Ebd., S. 108.
90 Joachim Herrmann (Hrsg.), Die Slawen in Deutschland. Berlin 1970, S. 49f.
91 Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 26; Eberhard Bohm, Teltow und Barnim. Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte und Landesgliederung brandenburgischer Landschaften im Mittelalter (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 83), Köln/Wien 1978, S. 191.
92 Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 27.
93 Anneliese Krenzlin, Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Täler und Platten östlich der Elbe (= Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 70), Remagen 1952, S. 15.
94 Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 27.
95 Ebd., S. 26.
96 Biermann/Kersting, Archäologie der Slawenzeit, S. 109.
97 Ebd., S. 109f.
98 Heinz Seyer, Germanische und slawische Brunnenfunde in der Siedlung von Berlin-Marzahn, in: Zeitschrift für Archäologie 14 (1980), S. 225–241.
99 Kai Schirmer, Nun auch Slawen in Berlin-Biesdorf. Fortsetzung der Siedlungsgrabung in Habichtshorst, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2007, Stuttgart 2009, S. 95.
100 Antonia Schütz, Die hoch- und spätmittelalterlichen Burgen und Adelssitze in der Uckermark, Land Brandenburg. Bestandsaufnahme und vergleichende Untersuchungen vom späten 12. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, Humboldt-Universität zu Berlin: http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/schuetz-antonia-2007-05-10/PDF/schuetz.pdf, S. 99 u. 272; Kerstin Kirsch, Slawen und Deutsche, S. 299.
101 Schütz, Burgen und Adelssitze, S. 99 und Anm. 150; Uwe Michas, Befestigungsanlagen zwischen Havel und Oder in Hoch- und Spätmittelalter. Zusammenfassende Untersuchungen für das 12. bis 16. Jh. auf dem Barnim und dem Nordteltow (= Materialien zur Archäologie in Brandenburg, Bd. 10), Rahden/Westf. 2016, S. 32.
102 Kerstin Kirsch, Die Slawen im Nordosten Brandenburgs. Die slawische Besiedlung von Uckermark und Barnim zwischen dem 7. und 12. Jahrhundert. Entdeckungen entlang der märkischen Eiszeitstraße 15. Eberswalde 2012, S. 55.
103 J. M. Lappenberg (Hrsg.), Arnoldus Lubecensis, Arnoldi Chronica Slavorum, Hannover 1868, S. 229.
104 Georg Sello, Chronica Marchionum Brandenburgensis, in: Forschungen zur Brandenburgischen und. Preußischen Geschichte 1 (1888), S. 111f.; Winfried Schich, »Berlyn, Struzberch, Vrankenvorde ... et alia loca plurima extruxerunt.« Zum Bau der Städte in der Mark Brandenburg im 13. Jahrhundert, in: Wilhelm Janssen/Margret Wensky (Hrsg.), Mitteleuropäisches Städtewesen in Mittelalter und Frühneuzeit. Edith Ennen gewidmet, Köln u. a. 1999, S. 105.
105 Ableitung vom slawischen Personennamen *Barnimir*; Bohm 1978, S. 202 und Anm. 1, Ableitung vom altpol. **bara* vgl. Gerhard Schlimpert, Die Ortsnamen des Barnim (= Brandenburgisches Namenbuch, Bd. 5; Berliner Beiträge zur Namenforschung, Bd. 6), Weimar 1984, S. 90ff. u. 96f.; s. dazu Wolfgang Hermann Fritze, Zu Deutung und ursprünglicher Beziehung des Landnamens »Barnim«, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 37 (1986), S. 41–50.
106 Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 31f.
107 Michael Lindner, Conradus Orientalis marchio und die urkundliche Ersterwähnung Köpenicks im Jahre 1210, in: Michael Lindner/Gunnar Nath (Hrsg.), Köpenick vor 800 Jahren. Von Jacza zu den Wettinern. Archäologie – Geschichte, Berlin 2014, S. 25; Michas, Befestigungsanlagen, S. 15.
108 Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 31f. u. 70f.
109 Vgl. Schich, Die Bedeutung des Marktes für den Landesausbau östlich der Elbe im 12. und 13. Jahrhundert – mit Überlegungen zu den Anfängen der Doppelstadt Berlin-Cölln, In: Fey/Krieb (Hrsg.), Adel und Bauern, S. 54f.; Rolf Barthel, Die Besiedlungsgeschichte des Barnim, in: Schlimpert, Die Ortsnamen des Barnim, Weimar 1984, S. 34f. u. 42f.
110 S. auch Ellen Franke/Winfried Schich, Die Besiedlung des Barnim im 13. Jahrhundert auf der Grundlage verschiedener Quellengattungen, in: Felix P. Biermann/Günter Mangelsdorf (Hrsg.), Die bäuerliche Ostsiedlung des Mittelalters in Nordostdeutschland. Untersuchungen zum Landesausbau des 12. bis 14. Jahrhunderts im ländlichen Raum. Beiträge einer interdisziplinären Tagung des Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte der Universität Greifswald, 16. und 17. April 2004, Frankfurt/M. u. a. 2005, S. 227.
111 Joachim Herrmann, Burgen und Befestigungen des 12. und 13. Jahrhunderts in landesherrlicher Territorialpolitik und bäuerlicher Siedlung in der weiteren Umgebung von Berlin, in: Zeitschrift für Archäologie 20 (1986), S. 230f.
112 Sello, Chronica, S. 120.
113 Christof Krauskopf, Castles, Towns and Villages. An Archaeological and Historical Approach to Askanian Settlement Policy in Medieval Brandenburg, in: Alexis Wilkin/John Naylor/Derek Keene/Arnoud-Jan Bijsterveld (Hrsg.), Town and Country in Medieval North Western Europe. Dynamic Interactions, Turnhout 2015, S. 234.
114 Hermann Krabbo/Georg Winter, Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause, Teil 1 (= Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg). Leipzig 1910/55, S. 132 Nr. 607a.
115 Fritze 1986, S. 48
116 Franke/Schich, Besiedlung des Barnim, S. 228f.
117 Michas, Befestigungsanlagen, S. 16; Henker, Archäologische Dorfkernforschung, S. 31f.
118 Ebd., S. 31 und Karte 4.
119 Ebd., S. 31f.
120 Ebd., S. 32; Jens Henker, Objektlandschaften: Besiedlung und Keramik. Kugeltöpfe, Standbodentöpfe, Bügelkannen, in: Archäologische Landschaften. Veränderung und Nutzung von Landschaft im Spiegel der Archäologie. Begleitheft zur Ausstellung, Wünsdorf 2015, S. 47–48.
121 Michas, Befestigungsanlagen, S. 15; Herrmann, Burgen und Befestigungen, S. 230; Kirsch, Slawen und Deutsche, S. 298, Nr. 100.

122 Michas, Befestigungsanlage, S. 103, Nr. 134; Kirsch, Slawen und Deutsche, S. 299.
123 Michas, Befestigungsanlagen, S. 24 u. 31.
124 Ebd., S. 30.
125 Ebd., S. 66 u. 107, Nr. 201; Herrmann, Burgen und Befestigungen, S. 226.
126 Michas, Befestigungsanlagen, S. 99, Nr. 79.
127 Christof Krauskopf, Mittelalterliche Burgen in der Zauche, auf dem Teltow und im Fläming, in: Ausflüge im Südwesten Brandenburgs. Zauche, Teltow, Fäming (= Ausflüge zu Archäologie, Geschichte und Kultur in Deutschland, Bd. 54), Stuttgart 2012, S. 112 und Karte S. 113.
128 Nähere Informationen zu diesen und anderen Burgen bei Michas, Befestigungsanlagen, im Katalog.
129 Ebd., S. 58.
130 Ebd., S. 47.
131 Ebd., S. 105.
132 Ebd., S. 41 u. 96.
133 Ebd., S. 106.
134 Ebd., S. 81.
135 Kirsch, Slawen, S. 55; Michas, Befestigungsanlagen, S. 30.
136 Ebd., S. 80.
137 Ebd., S. 81.
138 Schich, Bedeutung des Marktes für den Landesausbau östlich der Elbe im 12. und 13. Jahrhundert – mit Überlegungen zu den Anfängen der Doppelstadt Berlin-Cölln, In: Fey/Krieb (Hrsg.), Adel und Bauern, S. 45 u. 51 f.; Franke/Schich, Besiedlung des Barnim, S. 228.
139 Ebd., S. 60 f. und Abb. 3.
140 Alexander Sachse, Die Gründung der Stadt Eberswalde, in: Ch. Popp/J. Stephan (Hrsg.), An Elbe und Oder. Beiträge zur Brandenburgischen Landesgeschichte. Winfried Schich zum 70. Geburtstag, Einhausen 2008, S. 55.
141 Ebd., S. 58 und Anm. 63.
142 Hans-Joachim Fey, Reise und Herrschaft der Markgrafen von Brandenburg 1134–1319 (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 84), Köln/Wien 1981, S. 196–198.
143 Ernst Badstübner, Kunstlandschaftliche Prozesse in der Mark Brandenburg am Beispiel der architekturgeschichtlichen Entwicklung im Mittelalter, in: Ernst Badstübner/B. Labuda/Peter Knüvener/Dirk Schumann (Hrsg.), Die Kunst des Mittelalters in der Mark Brandenburg. Tradition, Transformation, Innovation, Berlin 2008, S. 41; Mara Maroske, Die Westportale der Maria-Magdalena-Kirche in Eberswalde, In: Ebd., S. 158 f. und Anm. 3; Rohowski, Eberswalde, S. 43; A. F. Riedel, Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellen für die Mark Brandenburg und ihrer Regenten. 1. Hauptteil, Band 12, Berlin 1857, S. 283.
144 Ilona Rohowski, Denkmale in Brandenburg, 5.1: Landkreis Barnim, Stadt Eberswalde, Worms 1997, S. 43; Mara Maroske, Die Westportale der Maria-Magdalena-Kirche in Eberswalde, in: Badstübner/Labuda/Knüvener/Schumann (Hrsg.), Die Kunst des Mittelalters in der Mark Brandenburg. Tradition, Transformation, Innovation, S. 158, Anm. 2; dagegen steht ein abweichender Datierungsansatz in das zweite Viertel des 14. Jahrhunderts (Ch. Tetzlaff, Die Bronzetaufe der Kirche St. Maria Magdalena zu Eberswalde, in: Eberswalder Jahrbuch 2003/04, S. 176).
145 Riedel, Codex, S. 284.
146 S. dazu Krauskopf, Castles, Towns and Villages, S. 217–240.
147 Zu den Ausgrabungen s. Peter Kranendonk, Eine Stadt aus Holz und Lehm. Die erste Bebauung eines Quartiers der Altstadt von Eberswalde, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1995/96, S. 160–163; Christof Krauskopf, Archäologie in Eberswalde, in: Eberswalder Ausgrabungs(Ge)schichten. Archäologie und Geschichte einer märkischen Stadt. Ausstellungsbegleitband. Eberswalde 2004, S. 19-46.
148 Christof Krauskopf/Jenny Wiese, Altholz oder Stapelholz? Wiederverwendung und Lagerung von Bauholz im Mittelalter am Beispiel der Holzbefunde aus Eberswalde, in: Vom Schicksal der Dinge: Spolie - Wiederverwendung – Recycling. Tagung in Brandenburg an der Havel, 13. u. 14. Juni 2013 (= Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 26), Paderborn 2014, S. 131–142.
149 Jenny Wiese, Hausbau und Hausnutzung im mittelalterlichen Eberswalde. Analytische und siedlungstopographische Studie zum Bauen, Leben und Wirtschaften im 13. bis 15. Jahrhundert, Diss., Cottbus 2017; Dies., Etappen einer Stadtgeschichte. Mittelalterlicher Hausbau in Eberswalde, Lkr. Barnim. Archäologie in Berlin und Brandenburg 2018, Stuttgart 2019 (im Druck).
150 Klaus Grünwald/Franz Schopper, Vor Kap Hoorn gesunken. Notbergung des Kajüteninhalts eines Kaffenkahns im Werbellinsee, Landkreis Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1998, Stuttgart 1999, S. 146 f.
151 Michaela Reinfeld/Gerd Knepel, »Und wenn jetzt ein goldenes Schiff den See herunter käme …«. Unterwasserarchäologische Forschungen an den Kaffenkähnen im Werbellinsee, in: Felix Biermann/Karl-Uwe Heußner (Hrsg.), Historische Gewässernutzung im norddeutschen Gebiet (= Studien zur Archäologie Europas, Bd. 28), Bonn 2016, S. 297–307.
152 Anja Grothe, Erzwungene Dienstleistung. Arbeitslager und Wirtschaftsbetrieb bei Groß Schönebeck, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2006, Stuttgart 2007, S. 129–131.
153 Torsten Dressler/Matthias Pytlik, Spione in Biesenthal? Funkgerät aus dem Kalten Krieg vom Schlossberg in Biesenthal, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2014, Stuttgart 2016, S. 174 ff.
154 Matthias Wemhoff/Michael M. Rind, Bewegte Zeiten: Eine Einführung, in: Matthias Wemhoff/Michael M. Rind (Hrsg.), Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland. Begleitband zur Ausstellung. Petersberg 2018, S. 17.



Älteste Urkunde aus der Frühzeit der deutschen Besiedlung des Barnim: Das Kloster Lehnin erhält das halbe Dorf Stolzenhagen, 1244.

Die spätmittelalterliche Ausbildung des Barnim und der Kreise Ober- und Niederbarnim

Klaus Neitmann

Regionalismus in der »zusammengesetzten« Mark Brandenburg

Regional- und lokalgeschichtliche Forschungen wie die hier vorliegende über die Geschichte und Vorgeschichte des heutigen Kreises Barnim streben an, die Vergangenheit der kleinen kommunalen Einheiten des historischen Prozesses zu beleuchten und sie den heutigen Bewohnern eines Dorfes, einer Stadt oder eine Landschaft zu vermitteln, und sie haben dadurch zunächst ihren Wert an sich.

Aber darüber hinaus haben sie ihren unverzichtbaren und unentbehrlichen Wert für die Landes-, National- und europäische Geschichte, wenn man bedenkt, dass – in den Worten des bedeutenden deutsch-amerikanischen Historikers Dietrich Gerhard – »Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema europäischer Geschichte« deren Gang vom hohen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert maßgeblich bestimmt haben, »daß Landschaftsbewußtsein und ständische Ordnung konstitutive Element des alten Europa gewesen sind« und dass die in ihnen erkennbare »Vielfältigkeit und Stetigkeit zu den Grundlagen aller Kultur gehören«.[1] Und auch im 19. und 20. Jahrhundert haben die Landschaften und Regionen innerhalb größerer staatlicher und nationaler Einheiten allen nivellierenden Integrations- und Vereinheitlichungsbemühungen zum Trotz ihre Eigenständigkeit und ihr Selbstbewusstsein in unterschiedlicher Weise bewahrt, wie man etwa in den aktuellen politischen Debatten den Fortbestand der Problematik am Schlagwort vom »Europa der Regionen« abliest. Die deutschen Länder in der Gestalt, die sie nach 1945/46 bzw. 1990 gewonnen haben, sind in sich nicht homogen, wie man sich durch den Blick nach Bayern oder Baden-Württemberg schnell vergegenwärtigt, wo politische Kontroversen um landsmannschaftlichen oder regionalen Proporz darauf verweisen, dass Landschaften mit unterschiedlicher historischer Herkunft ihre prägende Kraft nicht verloren haben.

Auch das heutige Land Brandenburg ist nicht so einheitlich und gleichförmig, wie es Außenstehenden erscheinen mag. Denn hinter Landschaftsnamen wie der Prignitz, dem Ruppiner Land, der Uckermark, dem Barnim oder der Niederlausitz verbergen sich nicht Naturräume, sondern historisch gewachsene, letztlich auf die hoch- und spätmittelalterliche Siedlungs- und Landesbildung zurückgehende Einheiten. Und ihre Geschichte offenbart, dass die mittelalterliche und frühneuzeitliche Mark Brandenburg, wie der große Verfassungshistoriker Otto Hintze einmal beiläufig bemerkt hat, »eine zusammengesetzte politische Bildung« war, dass »auch die territoriale Staatsbildung … trotz ihrer Kleinheit einen verwickelten Bildungsprozeß durchgemacht« hat,[2] dass die Mark wegen der Umstände der jeweiligen Gebietsvermehrungen vom 13. bis 16. Jahrhundert in sich vielfältig abgestuft gegliedert war und dass ihre einzelnen Gebiete mehr oder minder stark ausgeprägt ein Eigendasein führten und ihr Sonderleben vornehmlich von ihren jeweiligen Ständen, also von den zur politischen Mitbestimmung berechtigten Inhabern einer lokalen Herrschaft über Land und Leute, getragen wurde.



Beschreibung der Mark Brandenburg. Kupferstich von Wolfgang Jobst, 1588.

Die Kreiseinteilung der preußischen Provinz Brandenburg zwischen 1815 und 1945[3] beruhte im Kern auf ihrem frühneuzeitlichen Vorgänger, auf der Zusammensetzung der Mark Brandenburg aus zweierlei Kreisen, auf der oberen Ebene aus fünf sogenannten Hauptkreisen, nämlich der Altmark, der Prignitz, der Mittelmark (einschließlich des Landes Ruppin), der Uckermark und der Neumark (einschließlich der ursprünglich schlesischen bzw. niederlausitzischen sogenannten inkorporierten Kreise), und auf der unteren Ebene aus kleineren Unterkreisen, in die allerdings nur die Mittelmark und die Neumark zerfielen. Die Mittelmark bestand aus sieben Unterkreisen, nämlich aus Havelland, Glien-Löwenberg, Zauche, Teltow, Niederbarnim, Oberbarnim und Lebus. Hauptkreise und Unterkreise waren nicht einmal planmäßig durch eine überlegte Verwaltungsorganisationsentscheidung geschaffen worden, sondern sie waren über längere Zeiträume früher oder später bereits im Rahmen des (spät-)mittelalterlichen Territorialbildungsprozesses gewachsen und hatten dabei manche Eigenheiten ihrer Verfassung ausgebildet und bewahrt. Die gängige Geschichtserzählung richtet ihr Augenmerk allzu einseitig auf die das gesamte Land umfassende und sie betreffende landesherrliche und ständische Politik, droht dabei aber den besonderen historisch-politischen Charakter der Kreise und ihr Eigengewicht zu übersehen, obwohl zumindest bis in das 19. Jahrhundert hinein von einem gleichförmigen und einheitlichen Verfassungsaufbau keinesfalls gesprochen werden kann. Dieser knappe einleitende Hinweis mag bewusst machen, daß die Untersuchung der Barnimer Kreisgeschichte zwar vor allem der Regionalgeschichtsforschung dient, aber darüber hinaus auch die allgemeine brandenburgische Verfassungs- und Strukturgeschichte erhellt und in deren Rahmen eingefügt werden muss.

Im Hinblick auf ein solches angedeutetes Grundsatz-



Die »Neueste und akkurate Karte des Oberbarnimschen Kreises« mit frühneuzeitlicher Bewaldung, 1683.

problem der inneren Ordnung der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Mark Brandenburg kreisen die nachfolgenden Ausführungen zum Barnim vom 13. bis zum 16. Jahrhundert um die zentrale Frage, ab wann bzw. in welchen Stufen und unter welchen Umständen das Land Barnim bzw. die Kreise Ober- und Niederbarnim konkrete Gestalt im Sinne einer historisch-politischen Einheit angenommen haben.

Um die Entstehung des historischen Landes Barnim in hoch- und spätmittelalterlichen Besiedlungs- und Herrschaftsvorgängen zu erläutern,[4] ist es erhellend, zunächst seine natürlichen Grundlagen zu berühren. Der Barnim ist im Kern eine Grundmoränenplatte, die in allen Himmelsrichtungen von Niederungen umgeben ist. Im Süden wird er durch die Spree vom Teltow, im Westen durch die Havel vom Havelland, im Norden durch die Finow von der Uckermark getrennt, im Osten und im Südosten reicht er bis zum Oderbruch bzw. grenzt in der Niederung der Stobberow, Stöbber und Löcknitz an das Land Lebus. In der slawischen Zeit bis etwa 1200 war die Hochfläche wegen der Trockenheit und Unfruchtbarkeit der Böden, abgesehen von wenigen kleinen Siedlungskammern und Einzelsiedlungen, nahezu gänzlich unbesiedelt. Stattdessen war sie fast vollständig von schwer durchdringbaren Wäldern bedeckt, von denen sich umfangreiche Reste bis auf den heutigen Tag erhalten haben.

Slawen siedelten vor allem im Spreetal (die Sprewanen), ferner in deutlich geringerem Umfange im Havel- und im Finowtal (die Rezanen und Ukranen). Autonome politische Kräfte mit nennenswerter Strahlkraft vermochten sich aufgrund dieser Siedlungsstreuung nicht zu entwickeln, eine politische Kräftekonzentration und damit der Ansatzpunkt für eine politische Landschafts- und Organisationsbildung waren unter solchen Gegebenheiten ausgeschlossen.

Der Name Barnim

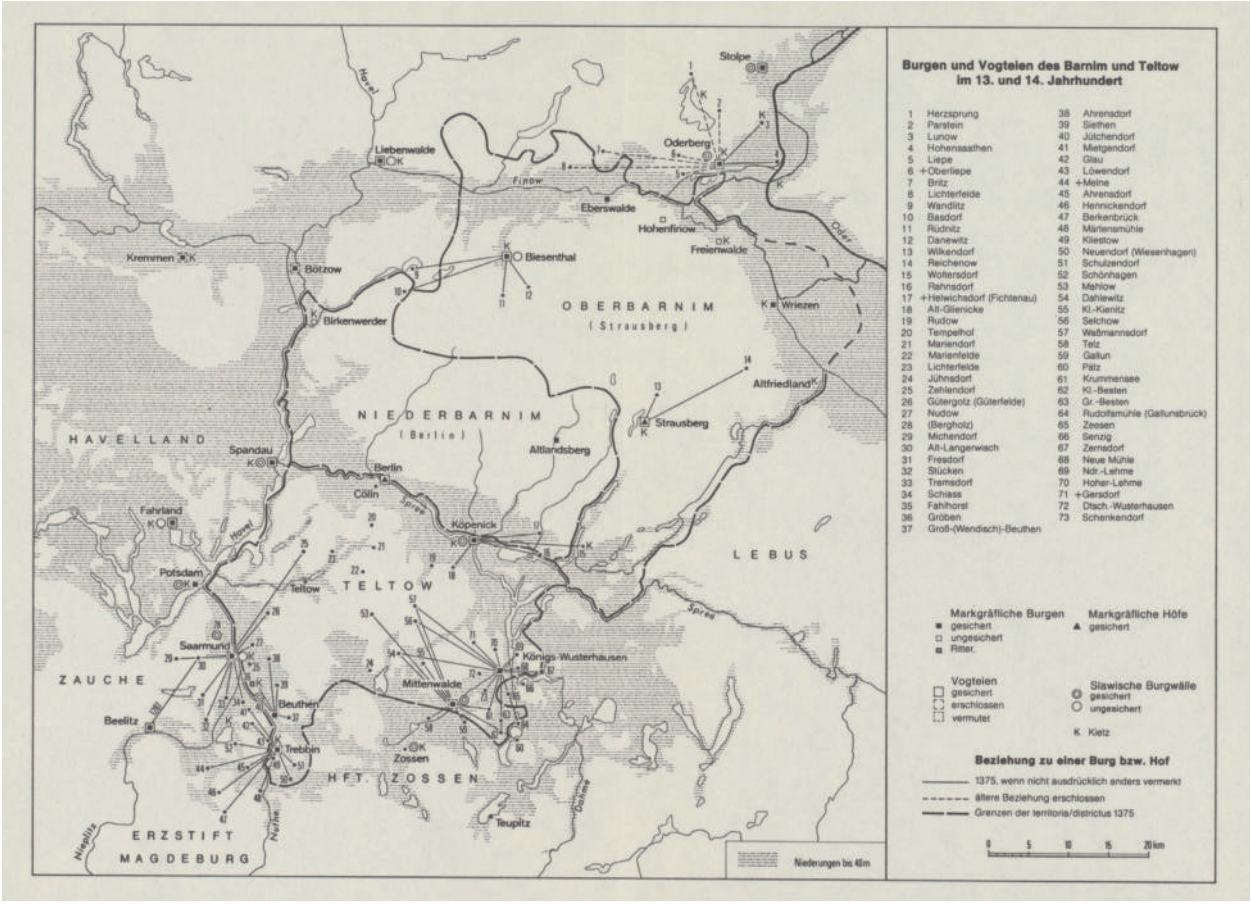
Der Name Barnim wird sprachwissenschaftlich von einer Kurzform des slawischen Personennamens Barnimir abgeleitet. Es wird vermutet, dass er wegen der vorhandenen Streusiedlung ursprünglich an einer spätslawischen Siedelkammer mit Burgwall, entweder derjenigen um Biesenthal oder derjenigen um Oderberg, gehaftet hat und sich von einem solchen Kleinbezirk mit der im frühen 13. Jahrhundert einsetzenden deutschen Besiedlung und Landesausbau bis zum ausgehenden 13. Jahrhundert auf das spätere Land Barnim ausgedehnt hat. Bemerkenswerterweise werden in einigen urkundlichen Zeugnissen aus dem zweiten Drittel des 13. Jahrhunderts Orte wie Strausberg oder Rüdersdorf und Gebiete, die im 14. Jahrhundert nachweislich dem damals so benannten Barnim zugehörten, aus dem Blickwinkel der havelländischen askanischen Herrschaft des 12. Jahrhunderts als »nova terra«, als »neues Land« jenseits von Havel und Spree bezeichnet, das eindeutig mit dem südöstlichen Teil des Barnim identifiziert werden kann; eine Gesamtbezeichnung für das Gebiet des späteren Barnim gab es somit um 1250 noch nicht. Der Landes- oder Landschaftsname Barnim taucht urkundlich erstmals in der markgräflichen Urkunde von 1232 über die Verleihung von brandenburger Stadtrecht an die Bürger von Spandau auf; es wird darin verfügt, daß »alle aus dem Land Teltow, alle aus dem Glien und alle aus dem Neuen Land, [aus] unserem Barnim (nec non et omnes de nova terra nostra Barnem)« ihr Recht in Spandau zu empfangen haben. Da die Urkunde aber in ihrer Echtheit heftig umstritten und gerade die zitierte Passage unter Fälschungsverdacht steht, wird der Beleg allenfalls für die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts verwendet werden dürfen. Jenseits solcher Zweifel steht der nächste frühe Beleg für den Landesnamen Barnim in einer auf 1298/1300 zu datierenden Urkunde des deutschen Königs Albrechts I.: Dieser nimmt das Kloster Lehnin in seinen Schutz mit allem Eigentum, das es von den Markgrafen Albrecht III. und Hermann, dem Schwiegersohn des Königs, in der »terra que dicitur bernam (im Land, das Barnim genannt wird)« innehat.[5] Das folgende Namenszeugnis stammt aus einer Vereinbarung des Jahres 1329 über einen Waffenstillstand, die »den ganzen Barnim bis an die Havel und an die Spree, das Haus zu Biesenthal und die Vogtei zu Strausberg« einschloss.[6] Die Belege deuten klar darauf hin, daß »Barnim« damals eine reine Landschaftsbezeichnung ohne politischen Inhalt, ohne Bezug auf eine administrative Einheit war, denn einen politischen Bezirk, der das gesamte fragliche Gebiet vollständig oder größtenteils umfasst hätte, gab es nicht. Eine Kontinuität der Landesgliederung zwischen slawischer und deutscher Zeit ist für den Barnim zu verneinen, allein schon wegen der völlig umgewandelten Siedlungsverhältnisse.

Darstellung der Anlage eines Rodungsdorfes aus dem »Sachsenspiegel« des Eike von Repgow, um 1220.



Die landesherrlichen Vogteien auf dem Barnim im 14. und 15. Jahrhundert

Die askanische Inbesitznahme des späteren Barnim begann mit Markgraf Albrecht II., der im Jahr 1214 nach dem Bericht der Märkischen Fürstenchronik »Oderberg an der Oder gegen die Slawen [= Pommern] gebaut hat«, also an einer von Slawen dicht besiedelten Stelle, an der das Tal der Oder sich verengt und an der ein Oderübergang bestand, eine Burg gegen die Pommern errichtete, und zwar im Gegensatz zum slawischen Burgwall in der Niederung auf der Höhe zur besseren Kontrolle von Hochfläche, Niederung und Fluss. Der Besitz des Oderberger Landes setzt den Besitz des nördlichen und west-



Markgräfliche Landesverwaltung: Burgen und Vogteien des Barnim und Teltow im 13. und 14. Jahrhundert.

lichen Barnim voraus; von den dortigen Siedelkammern um Birkenwerder, Biesenthal und Blankenburg-Blankenfelde aus werden die Markgrafen weitere Teile des Barnim unter dem Schutz der Burgen Spandau, Biesenthal, Liebenwalde und Oderberg besetzt und besiedelt haben. Um 1230 dürften die Herzöge von Pommern endgültig auf ihre Herrschaftsansprüche über den Barnim und Teltow verzichtet haben. Im Süden stieß der wettinische Markgraf von Meißen Heinrich der Erlauchte 1240 von dem damals in seiner Hand befindlichen Köpenicker Land während seiner Verwüstung des »gesamten neuen Landes« bis nach dem askanischen Strausberg vor. 1231 wird zum ersten Mal ein Vogt von Oderberg, 1247 ein solcher von Strausberg genannt: Die Markgrafen haben mithin zur inneren Gliederung ihres Herrschaftsgebietes Vogteien geschaffen, in denen ihr Vertreter vor Ort, der Vogt, ihre Herrschaftsrechte gegenüber all ihren Untertanen, ihren ritterlichen Vasallen, Bürgern und Bauern, wahrnahm. Die Ausbildung der Vogteifassung war mit der etwa gleichzeitig nachdrücklich einsetzenden deutschen Besiedlung verbunden: Die Hochflächen des Barnim wurden durch die Anlage von großen, regelmäßig gestalteten Dörfern und der dazugehörigen Hufengewannflur planmäßig erschlossen. Umfang, Art und Namen der dörflichen und städtischen Siedlung und der politischen Organisation deuten darauf, dass die Askanier nur in geringem Maße an die Verhältnisse der Slawenzeit anknüpften.

Anzahl und Grenzen der Vogteien auf dem Barnim haben sich wegen der Größe der Landschaft im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts mehrfach verändert, wobei allerdings die natürlichen Grenzen, also die umgebenden Niederungen mit ihren Wasserläufen, nicht überschritten wurden. Die letztmals 1245 durch einen Amtsträger belegte Vogtei Oderberg wurde vermutlich im Rahmen einer Teilung der Mark Brandenburg 1258, die die beiden

regierenden Brüder Otto. III. und Johann I. zur Ablösung ihrer Samtregierung und zur Schaffung getrennter Herrschaftsbereiche vereinbarten, zum größten Teil mit der seit 1251 bezeugten Vogtei Stolpe vereinigt, was daraus abzuleiten ist, dass Stolper Vögte wiederholt über früher der Oderberger Vogtei zugehörige Orte verfügten. Die ursprüngliche Orientierung der Vogtei an einer vorgefundenen slawischen Siedelkammer und ihre Erweiterung durch neubesiedelte Gebiete waren damit schon bald zugunsten einer Landesgliederung nach dynastischen Gesichtspunkten ersetzt worden. Der 1258 erstmals erwähnte Vogt zu Biesenthal saß auf einer unabhängig vom bestehenden slawischen Burgwall neu errichteten, mit einem deutschen und nicht einem slawischen Namen bezeichneten Burg in einer ohne slawischen Vorläufer geschaffenen deutschen Stadt. Burg und Stadt lagen zwar in einem vom Slawen besiedelten Gebiet, aber zugleich am Nordrand eines damals siedlungsleeren Raumes auf der Hochfläche, sodass infolge des Landesausbaues der Sprengel der Vogtei über den engeren Bezirk um die Burg hinaus vornehmlich im Süden um weite Gebiete des neuen Rodelandes vergrößert worden ist; selbst wenn es eine (in den Quellen nicht ausdrücklich belegte) »terra« (= Land) Biesenthal gegeben haben sollte, wäre sie durch die deutsche Besiedlung in Art und Umfang völlig umgewandelt worden. Die Vogtei Biesenthal ist vermutlich um 1337 in die »Vogtei Barnim« aufgegangen, nachdem Burg und Stadt mit Zubehör erstmals vom Markgrafen an einen Ritter verpfändet worden waren, und erscheint 1375 als Teil des Distriktes Strausberg. Das 1344 angelegte markgräfliche Auslaufregister stellt die darin abgeschriebenen Urkunden zwar unter die Überschrift »advocacia Barnim«, aber die betroffenen Orte liegen fast alle im Gebiet des Distriktes Strausberg von 1375, sodass die »Barnimer Vogtei« mit ihm gleichzusetzen ist. Das 1240 erstmals genannte Strausberg steht für eine zweite Phase des Landesausbaues auf dem Barnim: Es lag in einem Gebiet mit sehr dünner slawischer Besiedlung, wie schon die fehlenden slawischen Ortsnamen in seiner Umgebung zeigen. Die Stadt war »aus wilder Wurzel« gegründet inmitten des seit ca. 1230 neubesiedelten Rodelandes und schon 1254 ummauert (anstelle der fehlenden Burg), ein slawischer Siedlungs- und Herrschaftsbezirk ist also nicht vorausgegangen. Die 1247 belegte Strausberger Vogtei dehnte sich in der Mitte des 14. Jahrhunderts durch die Einfügung der Vogtei Biesenthal und der brandenburgisch verbliebenen Teile der Vogtei Stolpe ansehnlich aus, sodass das Landbuch Kaiser Karls IV. von 1375 den Barnim in die »Distrikte« Strausberg und Berlin aufteilt. 1324 und 1338 bestätigten die Markgrafen ihren »getreuen Vasallen und Ratmannen in Strausberg« bzw. ihren »getreuen, geliebten Bürgern unserer Stadt Strausberg und den rings um diese Stadt sitzenden Rittern und Knechten« ihre Rechte, und 1344/45 versammelten sich »die Vasallen aus der Vogtei Strausberg« im Strausberger Markgrafenhof und wurden auf landesherrliche Kosten bewirtet. Die Aussagen deuten darauf hin, dass die Ritterschaft der gesamten Vogtei auf landesherrliche Veranlassung zu Zusammenkünften einberufen oder zumindest die Ritterschaft eines größeren regionalen Bezirks um den Vogtsitz als geschlossener privilegierter Empfängerkreis verstanden wurde – was auf Anfänge ständischer Einheiten schließen lässt.

Wappensiegel Markgraf Ludwigs d. Ä., 1338.



Die Vogtei Berlin ist zwar in den Quellen nachweislich erst 1356 und 1361 belegt, wurde vermutlich aber schon im späteren 13. Jahrhundert im Rahmen einer askanischen Landesteilung für den südwestlichen Barnim



Markgraf Albrecht III. verleiht der Stadt Eberswalde Rechte zur Förderung ihres Handels und Gewerbes, 24. August 1300.

einschließlich der vormaligen Vogtei Köpenick geschaffen. Um die Mitte des 14. Jahrhunderts waren anscheinend kurzzeitig die Vogteien Havelland, Teltow und Niederbarnim (= Berlin) miteinander verbunden, während im Landbuch 1375 der »Distrikt Berlin« – ebenso wie der Distrikt Strausberg – unter der Überschrift »Barnim« erscheint, also beide zusammen den Barnim ausmachten. Das »Land auf dem Barnim« wurde offensichtlich als eine denkbare oder tatsächliche territoriale Einheit behandelt, als es zusammen mit der Neumark und dem Land Lebus 1364 unter bestimmten Voraussetzungen aus der Mark Brandenburg ausgegliedert und dem Königreich Böhmen angeschlossen werden sollte.[7] Wenn Kaiser Karl IV. 1350 etliche märkische Städte, darunter Berlin, Bernau, Strausberg und Eberswalde, sowie alle »Ritter und Knechte«, die im Havelland, auf dem Glien und auf dem Barnim »gesezzen sind«, aufforderte, die wittelsbachischen Markgrafen als ihre rechten Landesherren anzuerkennen,[8] setzte er stillschweigend voraus, dass die märkische Ritterschaft sich landschaftsweise gruppiert und dass die Ritterschaft auf dem Barnim sich regional zusammengeschlossen hatte.



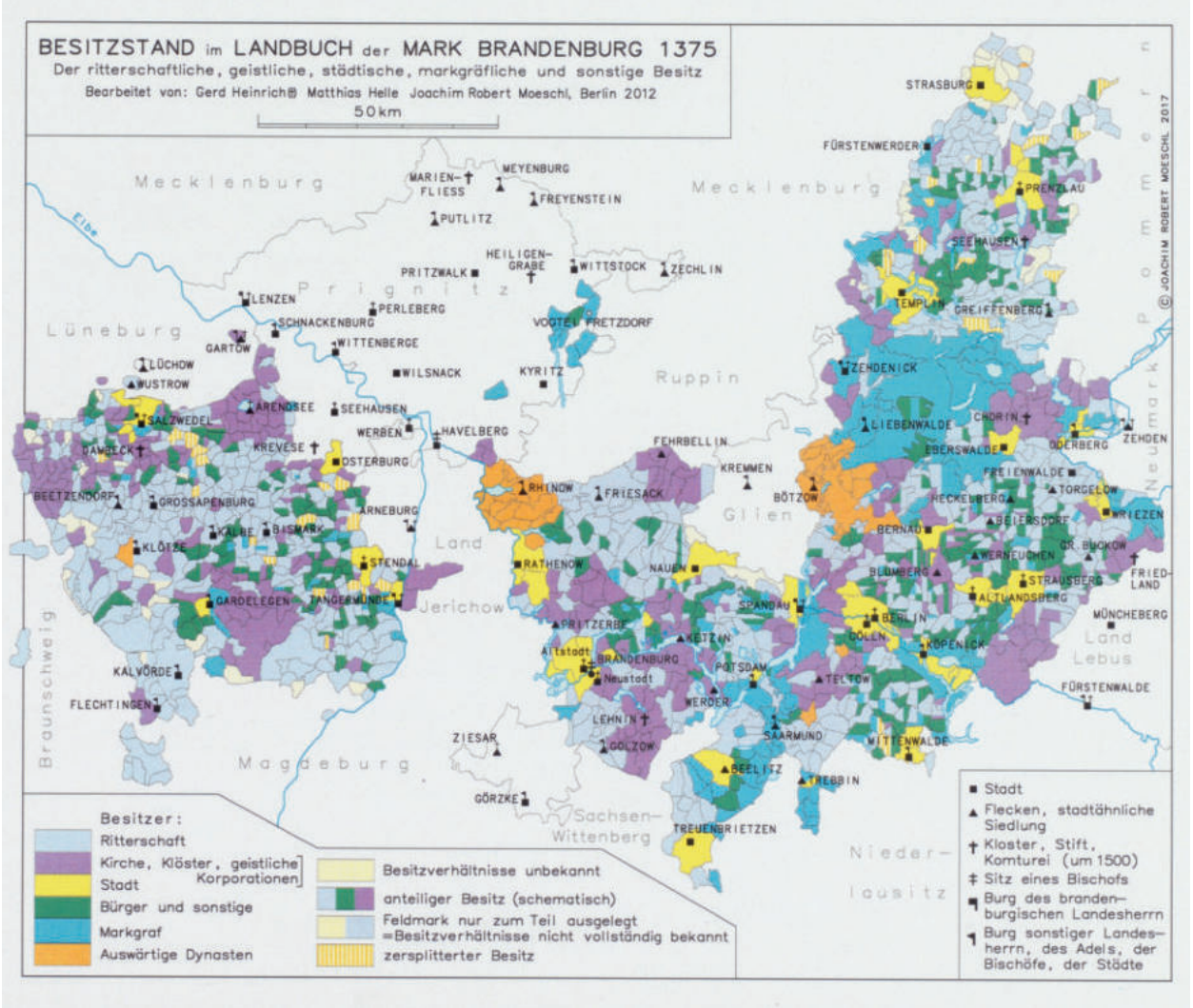
Kaiser Karl IV. erneuert der Stadt Eberswalde ihre Rechte und Freiheiten, 27. August 1373.

Der Barnim im »Landbuch« Kaiser Karls IV. von 1375

Das »Landbuch« der Mark Brandenburg, das 1375 nach deren Erwerb durch Kaiser Karl IV. und nach ihrer Verbindung mit der Krone Böhmens angefertigt worden ist,[9] beruht in seiner wohlüberlegten Ordnung des Stoffes, vor allem in der Beschreibung der Besitz- und Abgabenverhältnisse der Dörfer, auf der inzwischen entstandenen Landesgliederung, auf der Einteilung der gesamten, von Ost nach West weitgestreckten Markgrafschaft Brandenburg in einzelne Landschaften, die nicht als Natur- und geografische Räume einzustufen, sondern als politische, von Menschen unter Berücksichtigung der Siedlungsverhältnisse und der Herrschaftsordnung geschaffene Einheiten zu verstehen sind. Mit dem Landbuch wollte sich der neue Landesherr einen umfassenden Einblick in die inneren Verhältnisse der Mark, in ihre Rechts-, Sozial- und Finanzverfassung vornehmlich im Hinblick auf die landesherrlichen Gerechtsame aneignen, sodass die im Verständnis der Zeitgenossen grundlegende Struktur und die bestimmenden Elemente der Landesherrschaft sichtbar gemacht werden. Auszugehen ist von der topografischen Beschreibung der Mark: Sie zerfällt in drei Hauptteile, in die »Marchia transalbeana alio nomine antiqua Marchia dicitur (in die jenseits [= westlich] der Elbe gelegene Mark oder, mit einem andern Namen, in die Altmark)«, in die »Marchia Media (Mittelmark)« zwischen Elbe und Oder und in die »Marchia transoderana (die jenseits östlich der Oder gelegene Mark«, die seit dem 15. Jahrhundert so genannte Neumark). Weil die Mittelmark so groß ist, wird sie in neun »Territorien« unterteilt («subdividitur in novem territoria«), nämlich in: Lebus, Barnim, Zauche, Teltow, Havelland, Glien, Prignitz, Uckermark, Grafschaft Lindow (= Herrschaft Ruppin der Grafen von Lindow). Da der Barnim zu den »Territorien« der Mittelmark gezählt wird und die Dorfregister, die mit ihrer Schilderung der dörflichen Besitzverhältnisse den Kern des Landbuches ausmachen, vornehmlich nach diesen Territorien geordnet sind, enthält deren Inhaltsverzeichnis die Überschrift »Nomina villarum Barnym (Namen der Dörfer des Barnim)«. In den folgenden Dorfregistern schließt sich nach dem Titel »Barnym« der »Distrikt Berlin« an, und nach der Beschreibung seiner Dörfer folgt der »Barnim. Distrikt Strausberg«. Der Barnim erscheint mithin sowohl als Einheit als auch in zwei Bezirke gegliedert, die offensichtlich aus den Vogteien Berlin und Strausberg hervorgegangen sind. Das Verhältnis der beiden Distrikte zum »Territorium Barnim« bleibt in den Quellen völlig unbestimmt, und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass dieses in der politischen Landesgliederung zwischen der unteren Ebene der Vogteien/Distrikte und der oberen Ebene der Landvogtei der Mittelmark jemals eine konkrete politische Gestalt mit bestimmten politischen Aufgaben angenommen hätte.

Welche Angaben stellt nun der Verfasser des Landbuches zum Barnim zusammen? Welche erscheinen ihm der Aufzeichnung wert? Angeführt seien hier beispielhaft und zur Veranschaulichung nur sehr wenige Ermittlungsergebnisse der Landbuch-Verfasser, aus denen aber bereits wesentliche Einsichten zum Verfassungsgefüge der Mark bzw. des Barnim abzuleiten sind. Der Barnim »hat [19] Städte, Burgen und Städtchen (habet civitates, castra et opida)«: Berlin, Bernau, Strausberg, [Alt-]Landsberg, Wriezen, Eberswalde oder Neustadt, Liebenwalde, Neumühl [= Burg bei Oranienburg], Bötzow [= Oranienburg], Breden [= Burg am Werbellinsee], Oderberg, Biesenthal – sie gehören dem Markgrafen; Freienwalde haben Arnold und Hasso von Uchtenhagen vom Markgrafen als Lehen erhalten; [Alt-]Friedland gehört dem Benediktinernonnenkloster; Finow gehört N. von Pannwitz; Heckelberg; Beiersdorf gehörte dem verstorbenen Hennig von Stegelitz und ist nach dessen Tod an den Markgrafen zurückgefallen; Werneuchen haben die Bürger »Trebbus« als Lehen vom Schenken von Sydow und jener wiederum vom Markgrafen; Blumberg haben die [Berliner] Bürger Honow als Lehen vom Bischof von Brandenburg inne.

In der systematischen Zusammenstellung verschiedenartiger markgräflicher Einnahmen werden diejenigen aus den Burgen gesondert zusammengefasst, wobei für den Barnim nur die Burg Biesenthal genannt ist. Beschrieben werden die Besitzungen, Dienste, Abgaben und Recht, die der Burg bzw. dem Herrn der Burg sowohl im Städtchen Biesenthal als auch in zahlreichen umliegenden Dörfern gehören, z. B. die Urbede, der Grundzins und vier Mühlen im Städtchen, Getreide- und Geldleistungen, Hoch- und Niedergericht, Wagen- und gemeine Dienste, Patronatsrechte aus den Dörfern. In



Der ritterschaftliche, geistliche, städtische, markgräfliche und sonstige Besitz auf dem Barnim und in der Mark Brandenburg (nach dem Landbuch Kaiser Karls IV.), um 1375.

gleicher Weise werden die markgräflichen Einkünfte aus den Städten in einem eigenen Gliederungspunkt erfasst. Die (acht) Städte des Barnim sind dabei ohne eigene, wohl nur versehentlich ausgelassene Überschrift eingeordnet zwischen die Städte des »Distriktes Sternberg« (einschließlich derjenigen des Lebuser Landes) und den Städten des »Territorium Teltow«. Aufgeführt werden für Freienwalde, Wriezen, Eberswalde, Bernau, Strausberg, Altlandsberg und Berlin-Cölln die dem Markgrafen oder anderen Herren und Institutionen zustehenden Abgaben und Rechte wie etwa die Urbede, das oberste Gericht, der Zoll, das Patronat. Die Höhe der dem Markgrafen gezahlten »Urbede«, einer Steuer, gibt die unterschiedliche Finanz- und Wirtschaftskraft der genannten Städte zu erkennen. Der Bogen reicht von Freienwalde, Altlandsberg und Wriezen mit 10, 15 und 16 Mark über Eberswalde und Bernau mit jeweils 30 Mark sowie Strausberg mit 60 Mark bis hin zu Berlin-Cölln mit 150 Mark. Oberstes Gericht, Zoll und Patronatsrecht stehen mehrheitlich, aber nicht ausnahmslos dem Markgrafen zu. So hat in Berlin-Cölln das oberste Gericht der Berliner Schultheiß Tilo Brugge inne, der Zoll in Wriezen und Berlin-Cölln ist verpfändet, in Strausberg gehört er dem Rat und das Patronatsrecht in Wriezen steht den Benediktinerinnen von Alt Friedland und in Altlandsberg den Prämonstratensern von Gramzow zu.[10]



Stadtansicht Eberswalde, nach Merian, 1650.

Den größten Teil des Landbuches füllen die sogenannte Dorfregister aus, die auf der Grundlage eines vorgegebenen Fragenkataloges vornehmlich die Besitz- und Abgabenverhältnisse der dörflichen Siedlungen beschreiben, unter Berücksichtigung der sozialen Gruppen, aus denen sich die Dorfbevölkerung zusammensetzte, sodass der Pfarrer, die ritterlichen Vasallen, der Schulze (Dorfvorsteher), die Hüfner (Vollbauern), Kossäten (Kleinbauern), Krüger (Wirtsleuten) und Müller erscheinen, sowie nach der Art der von ihnen jeweils zu leistenden Abgaben und Dienste wie Pacht (abgeleitet aus dem Zehnten), (Grund-) Zins und Bede (Steuer), wie die Wagendienste der Bauern und die Roß- und Manndienste der Vasallen, Schulzen und sonstigen Lehnsträger. Das den Dorfregistern vorangestellte, alphabetisch nach den einzelnen Ländern geordnete Ortsverzeichnis beinhaltet für den Barnim, wie bereits ein Zusatz aus dem Ende des 15. Jahrhunderts zu Recht festgestellt hat, 196 Namen: »Summa Barnim 196 ville (Summe des Barnim: 196 Dörfer)«. Damit liegt der Barnim in der Zahl der Ortschaften mit großem Abstand vor dem Teltow (93 Dörfer), dem Havelland (103 Dörfer) und der Zauche (106 Dörfer). Vier Einträge seien zur Konkretisierung der Ortsbeschreibungen hier in verkürzter, zusammengefasster Darstellung wiedergegeben:[11]

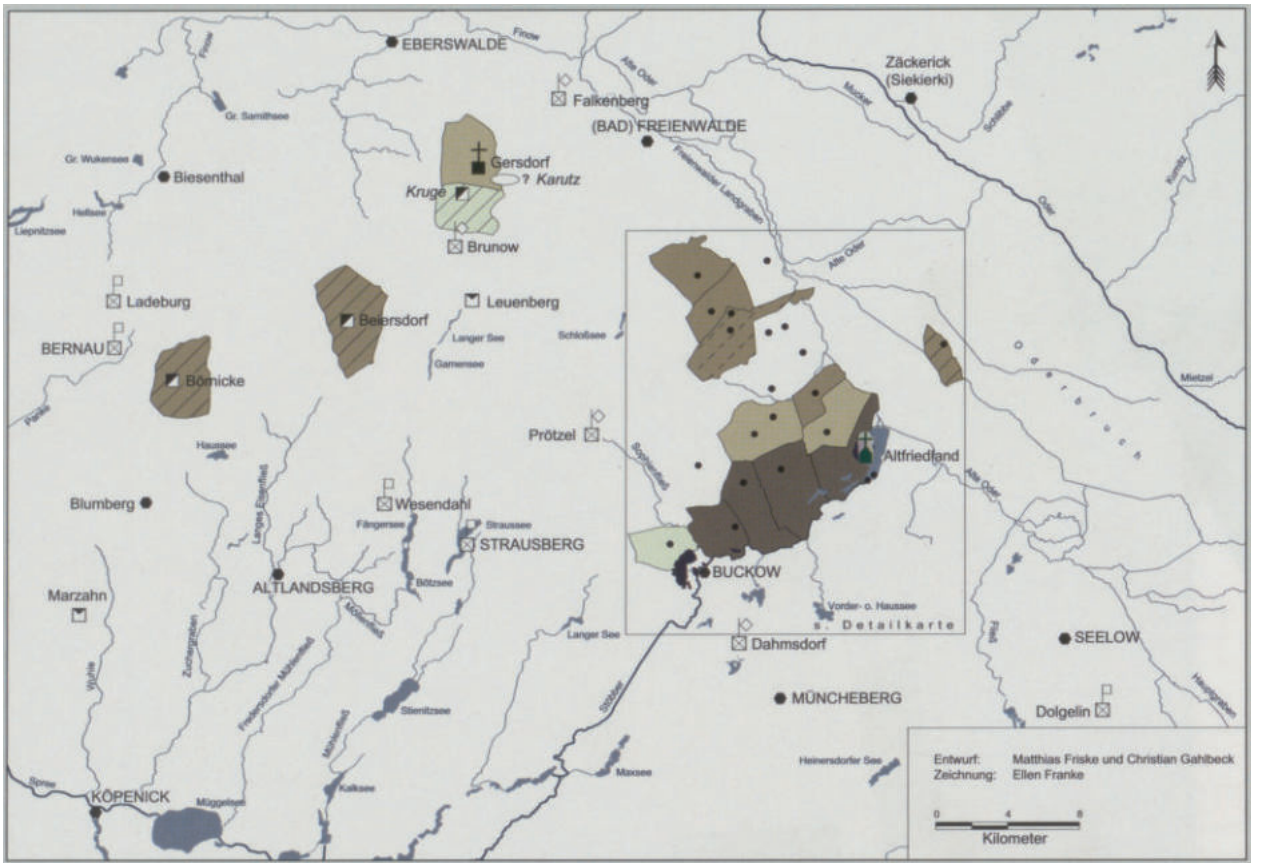
– das Städtchen Blumberg: hat 124 Hufen, davon vier für den Pfarrer, eine für die Kirche, 14 für die Schulzen; als Pacht, Zins und Bede gibt eine jede Hufe 14 Schillinge; eine Windmühle; ganz Blumberg mit Hoch- und Niedergericht, mit Wagendiensten und jeglichem anderen Dienst, allen Nutzungen und Rechten gehört dem Bischof von Brandenburg bzw. der bischöflichen Tafel bzw. seinen Vasallen, während der Markgraf dort niemals etwas besessen hat.
– das Dorf Petershagen: hat 52 Hufen, davon vier für den Pfarrer und eine für die Kirche; als Pacht, Zins und Bede entrichtet jede Hufe Getreideabgaben (Roggen, Gerste, Hafer) und Geldzahlungen; jeder der acht Kossäten zahlt einen Schilling und gibt ein Huhn; der Krug gibt zehn Schilling der [ritterlichen] Familie Gynow, die auch das Hoch- und Niedergericht, die Wagendienste und das Kirchenpatronat von Busse Glutzen gekauft hat.
– das Dorf Hönow: hat 118 Hufen, davon sechs für den Pfarrer und eine für die Kirche; als Pacht, Zins und Bede entrichtet jede Hufe Getreide- (Roggen, Hafer, Gerste) und Geldabgaben; zwei Krüge; von Pacht und Zins haben das Kloster Zinna zwei Teile und ein Berlin Bürger einen (seit unverdenklichen Zeiten); die Bede mit dem Wagendienst haben der Berliner Propst Apetzko und



Der Bernauer Bürger Hans Schröder verkauft seinem Mitbürger Bartholomeus Tymmermann das Gericht und Schulzenamt zu Bernau, mit denen er von den Markgrafen belehnt worden ist, 29. Januar 1389.

Heinrich von Buden, die sie von denen von Greifenberg, diese wiederum von dem Ritter Hermann von Kleptzik gekauft haben, dessen Vater Albert sie vom Markgrafen schon vor den Zeiten des Markgrafen Woldemar als Lehen besessen hat – und jetzt ist Jordan von Niendorf mit diesen Rechten von Kaiser [Karl IV.] belehnt worden; die acht Kossäten oder Gärtner geben jeweils einen Schilling.

– die Stadt Freienwalde: gehört den Brüdern Arnold und Heinrich von Uchtenhagen, die sie vom Markgrafen erhalten haben; »vom Rathaus«, also vom Stadtrat, wird ihnen jährlich die Urbede von 18 »Stück« (Recheneinheit) und Zinsen von den Weingärten, den Fleischbänken und den Hofstellen entrichtet; die Mühle ist mehreren Berechtigten zu Zahlungen verpflichtet, so zwei Schulzen in Frankfurt, dem Kloster Zehden, den Uchtenhagen, wie auch den genannten Schulzen und Uchtenhagen sowie einem Cöllner Bürger Anteilen am Zoll zusteht.
– Im Distrikt Strausberg stehen drei Klöstern, nämlich Alt-Friedland, Zinna und Chorin, ansehnliche Besitzungen und Rechte in etlichen Dörfern zu.



Klösterliche Herrschaft und Herrschaftsstand: der spätmittelalterliche Besitz des Klosters Altfriedland.

Ziehen wir eine kleine Bilanz aus den referierten Einträgen des Landbuches im Hinblick auf die ständische und verfassungsrechtliche Ordnung des Barnim. Wichtige Stützpunkte der Herrschaft des Markgrafen sind die Burgen, Städte und Städtchen, weil sie ihm größtenteils unmittelbar unterstellt sind (als sogenannte Immediatstädte), mit der Folge, dass ihre Bürger und Einwohner ihm ihre Dienste und Abgaben zu entrichten haben und sie seiner Gerichtsbarkeit unterliegen. Aber die Verhältnisse in Blumberg zeigen, dass der Barnim nicht vollständig allein dem Markgrafen gehört, dass seine Landesherrschaft eingeschränkt und durchlöchert wird durch den Besitz eines bischöflichen Grund- und (minderrangigen) Landesherrn mit eigener Gerichtsbarkeit und eigener Vasallenschaft. Und Freienwalde ist eine sogenannte adlige Mediatstadt, also eine Stadt, mit der eine Adelsfamilie vom Markgrafen belehnt worden ist, sodass sie ihm nur noch mittelbar untersteht und infolgedessen die Abgaben des Rates bzw. der Bürgerschaft dem neuen adligen Stadtherrn zufließen. Eine andere geistliche Einrichtung, das Kloster, darf nicht übergangen werden, wegen seines eigenen Besitzes und der erworbenen Herrschaftsrechte wie etwa des Patronats. Die finanzielle und politische Leistungsfähigkeit der städtischen Bürgerschaften ist daran abzulesen, dass sie dem Markgrafen gegen Geldzahlungen ertragreiche Nutzungen wie die Zölle oder die gewichtige Ausübung der hohen und niederen Gerichtsbarkeit abgenommen haben. Die Besitz- und Rechtszersplitterung offenbart sich am meisten in den Dörfern und unter den verschiedenen Gruppen ihrer Einwohnerschaft. Die Besitz- und Herrschaftsrechte sind vielfach nicht in einer Hand vereint, sondern aufgesplittert, weil sie durch den Einzug der Geldwirtschaft »kommerzialisiert« wurden, an unterschiedlichste zahlungskräftige Interessenten veräußert, verpfändet oder verkauft wurden. Der Markgraf ist an den Rand gerückt, stattdessen profitieren städtische Bürger wie insbesondere die ritterlichen Vasallen von den von ihnen erworbenen bzw. erkauften



Adlige Mediatstadt des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit: Ansicht der Stadt Freienwalde mit dem umliegenden Oderbruch und den Alaunwerken, Berlin 1779.

Dienst- und Abgabenleistungen, die ihnen von Schulzen, Hüfner, Kossäten, Krügern und Müllern zustehen, oder von erworbenen bzw. erkauften Anteilen an den Erträgen von Mühlen oder Zöllen. Die bäuerliche und unterbäuerliche Bevölkerung auf den Dörfern befindet sich, wie die von ihnen geforderten finanziellen und Arbeitsverpflichtungen zeigen, in herrschaftlicher Abhängigkeit, und infolge ihrer hierarchischen Unterordnung sind sie von jeglicher Mitwirkung an den politischen Vorgängen der Markgrafschaft ausgeschlossen. Hingegen stehen unter dem Markgrafen die ihm unmittelbar untergeordnete Geistlichkeit (Klöster), Ritterschaft und Bürgertum mit eigenen angeeigneten oder nach Lehnrecht übertragenen Herrschaftsbefugnissen und Grundherrschaften, und mit ihnen hat er sich über die allgemeinen Landesangelegenheiten auseinanderzusetzen, wenn er allein aus seinem eigenen Grundbesitz seine Aufgaben nicht in vollem Umfang zu erfüllen vermag. Diese zur politischen Mitsprache befugten »Stände« machen sich bereits seit dem späten 13. Jahrhundert bemerkbar, im 15. Jahrhundert sind sie insbesondere im Zusammenhang mit Steuererhebungen nicht mehr zu umgehen.

Landesherrschaft und Stände auf dem (Hohen und Niederen) Barnim im 14. und 15. Jahrhundert

Die Landesbeschreibung des Landbuches Karls IV. deutet auf einen grundlegenden verfassungsgeschichtlichen Wandel in der inneren politischen Ordnung der Mark hin. Die Vogteien waren im Verlaufe des 14. Jahrhunderts immer mehr an Zahl zurückgegangen und an Umfang geschrumpft, weil die Zuständigkeit ihrer Vögte merklich verringert worden war. Hatte die Vogteiverfassung des 13. Jahrhunderts auf dem unmittelbaren Besitz der Markgrafen an Grund und Boden sowie auf seiner über alle seine Untertanen ausgeübte, in Abgabenerhebung und Gerichtsherrschaft greifbare Herrengewalt beruht, so war sie schon seit der späten Askanierzeit und erst recht in der Wittelsbacherzeit durch die Feudalisierung, also die Verpfändung, den Verkauf, die Verschenkung von landesherrlichen Besitzungen, Einkünften und Rechten an Klöster, Stifte, Städte und adligen Herren ausgehöhlt worden: Die Feudalgewalten und ihre Hintersassen wurden von der Vogtei ausgenommen (eximiert), der Vogt durfte



Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg verleiht Otto von Lossow das Schloss Biesenthal, das dieser Hans von Uchtenhagen abgekauft hat, zu Mannlehenrecht, 16. Juli 1423.

auf sie nicht mehr zugreifen. Die Bemühungen der Wittelsbacher um eine Reorganisation der Landesverwaltung mündeten infolge des Umfang- und Bedeutungsverlustes der bisherigen vielen kleinen Vogteien in der Schaffung größerer Verwaltungseinheiten, in »Vogteiverbindungen« bzw. in Landvogteien. Aber innerhalb der großen Landvogteien wie der 1386 eindeutig belegten Landvogtei der Mittelmark verschwanden die älteren politischen Einheiten, die Vogteien bzw. Distrikte, nicht, sie blieben als Kreise bestehen.

Mit dem Feudalisierungsvorgang wandelte sich zugleich das Zusammenwirken zwischen Landesherrschaft und Feudalgewalten bzw. zwischen landesherrlichen Landvögten und den regionalen Ständen. Ihre wichtigste Aufgabe war die Herstellung und Sicherung des Landfriedens innerhalb des einzelnen Bezirkes bzw. innerhalb des gesamten Territoriums, die nicht ohne die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten zu lösen war. Die Landvögte entstammten daher in der Regel den führenden, angesehenen Adelsgeschlechtern der jeweiligen Region, und deren Stände vereinigten sich zu gemeinsamem politischem Handeln. Für den Barnim zeichnen sich die neuen Verhältnisse zum ersten Mal im frühen 15. Jahrhundert eindeutig in den Quellen ab, innerhalb eines Zeitraumes, in dem die Herrschaft über die Mark Brandenburg schrittweise von der luxemburgische auf die hohenzollernsche Dynastie überging.

1411 forderte König Sigismund aus dem Geschlecht der Luxemburger alle »Mannen« der Lande auf dem Teltow, auf dem Barnim, im Havelland und auf dem Glien dazu auf, den Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg (aus dem Geschlecht der Hohenzollern) als von ihm eingesetzten obersten Verweser und Hauptmann der Mark Brandenburg anzuerkennen und ihm gehorsam und untertänig zu sein.[12] 1412 befahl er zum wiederholten Male »allen und jeglichen Mannen uf dem Hohen und Niedern

Barnimb«, dem Landesverweser Friedrich von Nürnberg zu huldigen, was sie bislang verweigert hätten.[13] Sigismund wandte sich, als er seine märkischen Untertanen zum Gehorsam gegenüber dem von ihm bestellten Vertreter zu bringen trachtete, in zahlreichen Schreiben an sie, die jeweils an die Stände einzelner Regionen der gesamten Markgrafschaft gerichtet waren. Damit deutete er indirekt an, dass sie sich in solchen und nach solchen zu ansprechbaren Vereinigungen verbunden hatten. Die königlichen Mandate enthalten nicht nur die ältesten Belege für die Begriffe Ober-(Hoher)Barnim und Niederbarnim, sondern vor allem geben sie durch die Benennung der Empfänger zu erkennen, dass sich die Mannen (= die adligen Ritter) des Ober- und Niederbarnim korporativ zusammengeschlossen hatten: Die Ritterschaften der beiden »Kreise« werden jeweils als Gruppe angesprochen, weil offenkundig ihr politischer Zusammenschluss vorausgesetzt wird. Wenig später, 1415, wandte sich ein Herzog von Mecklenburg in einem Streitfall mit Berlin an die Gesamtheit der Stände des Barnim: »Wetet gy stede und gy manne uppe den Barnimme ... (Wisst Ihr Städte und Ihr Mannen auf dem Barnim ...)«. Die beiden Barnimer Bezirke, die früheren Vogteien Strausberg und Berlin, die späteren Kreise Nieder- und Oberbarnim, offenbaren sich als die maßgebliche politische Organisation der Stände auf der unteren, regionalen Ebene.



Belehnung Friedrichs VI. von Hohenzollern mit der Mark Brandenburg am 18. April 1417.

Der Landesherr seinerseits ging ebenfalls in seinem Verkehr mit den Ständen von diesen Kreisen, der einzigen vorhandenen Raumgliederung, aus, indem er für sie Landreiter zur Übermittlung seiner Befehle und Anliegen an die dort Ansässigen bestellte; deren Zuständigkeitsbereich, ihr »Beritt«, war identisch mit dem ständischen Bezirk. 1450 erscheinen der »Distrikt Hoher Barnim« und der »Distrikt Nieder Barnim um Berlin« unter den Bezirken des Schoßregisters, eines Steuerverzeichnisses, die hier sicherlich mit den Beritten der Landreiter identisch sind. 1453 und 1470 werden die ersten Landreiter auf dem Hohen und Niederen Barnim erwähnt. Zu den landesherrlichen Amtsträgern, die im Juni 1470 dem neuen Kurfürsten Albrecht und seinem Sohn und Statthalter Markgraf Johann Treue und Gehorsam schworen, gehörten neben den Landreitern im Havelland und auf dem Teltow auch die beiden Landreiter »Erfurt uffim Nidern Barnim« und »Becke uffim Hoen Barnim«.[14] 1505 verschrieben Kurfürst Joachim I. und sein Bruder Markgraf Albrecht ihrem reitenden Boten Andreas Wilcke wegen seiner getreuen, bereits ihrem Vater Johann geleisteten Dienste das Landreiteramt auf dem Niederbarnim in der Weise, dass er es nach dem Tode des jetzigen Inhabers, des alten Andreas, lebenslang innehaben sollte.[15] Anlässlich der Huldigung für Kurfürst Joachim I. und seinen Bruder Markgraf Albrecht in den Jahren 1499/1500 verzeichnet ein Register innerhalb der Erbarmannschaft der Mittelmark etliche adlige Lehnsleute aus dem Niederbarnim.[16] Im Ergebnis zeigt der Kreis dualistischen Charakter: Er ist regionaler Rahmen sowohl für die ständische als auch die landesherrliche politische Tätigkeit. Es blieb auf Dauer bei den beiden Kreisen Nieder- und Oberbarnim, ein Gesamtkreis Barnim ist niemals nicht einmal in Ansätzen in längerfristige politische Wirksamkeit getreten. Wenn etwa 1349 in den Auseinandersetzungen um den Falschen Wolde-



Arndt von Krummensee zu Altlandsberg verpflichtet sich gegenüber seiner Ehefrau zur Anerkennung des ihr in seiner markgräflichen Belehnungsurkunde verliehenen »Leibgedinges«, d. h. ihrer lebenslänglichen Nutznießung seiner ihm erblich zustehenden fünf Barnimer Dörfer, 14. Februar 1485.

mar politische Festlegungen für den Barnim wie andere märkische Landschaften (Teltow, Zauche, Glien) getroffen wurden oder 1415 die Mannschaft im Barnim (neben der im Teltow und Havelland) finanzielle Verpflichtungen einging,[17] ist daraus zu schlussfolgern, dass zuweilen Ober- und Niederbarnim unter aktuellen Zwecken als Einheit behandelt wurden, aber nicht in einen dauerhaften höheren Verbund zusammengefasst wurden.



Kurfürst Joachim I. von Brandenburg, Gemälde von Lucas Cranach d. Ä., 1529.



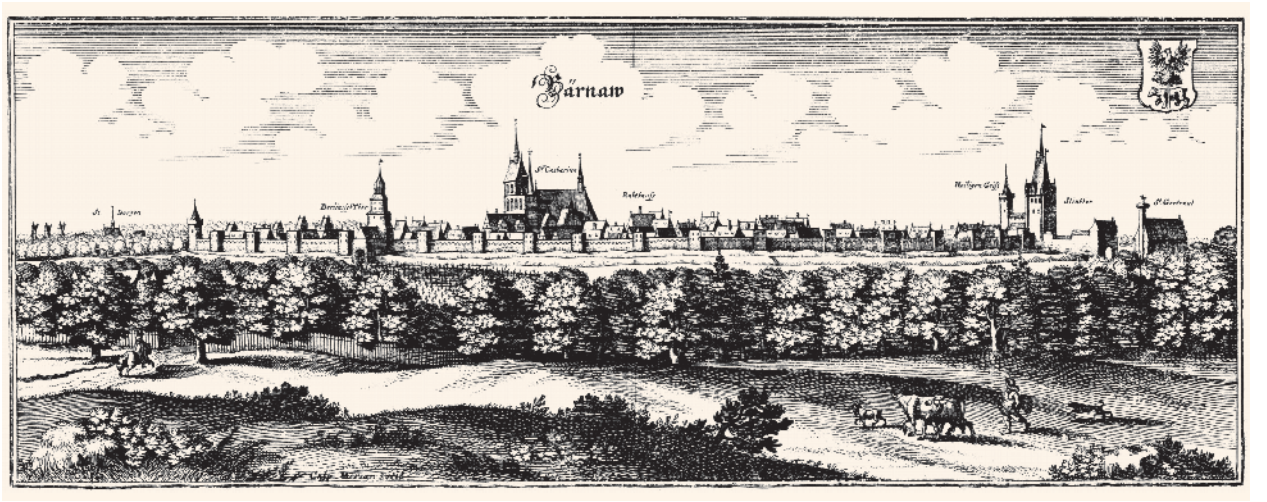
Großes Siegel des falschen Waldemar, der von Karl IV. mit der Mark Brandenburg zwischen 1348 und 1350 belehnt war.



Kurfürst Joachim II. von Brandenburg, Gemälde von Lucas Cranach d. Ä., um 1570.

Die Kreise Hoher und Niederer Barnim im 16. Jahrhundert

Die Verhandlungen Kurfürst Joachims II. mit den märkischen Ständen um die Steuererhebung und Finanzierung der Landesaufgaben in den 1540er bis 1560er Jahren belegen erneut und nachdrücklich die längst verfestigte Landesgliederung. Sie zeigen die Lande bzw. die gelegentlich schon so genannten Kreise, aus denen die Mark sich zusammensetzte, und sie offenbaren, dass auf der unteren, regionalen Ebene der Landesherr ebenso wie seine Stände die Lande bzw. Kreise als maßgebliche Handlungseinheiten und als zugrunde gelegten Handlungsräume ansahen. Wenn der Kurfürst seine Anliegen gegenüber seinen zur politischen Mitsprache berechtigten Untertanen in Vorbereitung oder auch zur Vermeidung eines (all)gemeinen Landtages in Berlin verfechten und durchsetzen wollte, schickte er seine Kommissare in die einzelnen Lande, zu deren Prälaten, Ritterschaften und Städten, ließ die »Kreisstände« einberufen und ihnen seine Forderungen vortragen. Prälaten und Ritterschaft wurden zu bestimmter Zeit an bestimmten Ort zur Entgegennahme der von den Kommissaren vorgetragenen kurfürstlichen Instruktion berufen, so das Land zu Lebus und die beiden Barnim nach Müncheberg oder nach Strausberg oder die mittelmärkischen und Ruppinschen Landstände an drei verschiedene Orte, darunter die aus dem Hohen und Niederen Barnim, Teltow, Land Lebus und Zauche nach Bernau.[18] Oder Joachim II. entschloss sich dazu, zur Sicherung des Friedens im Kurfürstentum und im Reich »unser landstende jeden seines orths und kreises zu bescheiden und ine dieselbigen sachen also ankundigen und anzeigen zu lassen«, und forderte die Stände aus beiden Barnim bzw. des Hohen und Niederen Barnim dazu auf, persönlich in Bernau zur Anhörung seiner Kommissare und zur Beratung ihres Antrages zu erscheinen. Als die Versammlung allzu schwach besucht worden war, befahl er ihre Wiederholung und ließ seinen Landständen auf beiden Barnim vortragen, sie sollten sich der Bewilligung seiner Landstände »andern Orts« anschließen und ggf. bevollmächtigte Vertreter aus ihren Reihen nach Berlin schicken.[19] Die 40 adligen Mitglieder des landständischen Ausschusses für die Landtagsverhandlungen setzten sich 1564 aus Angehörigen der verschiedenen märkischen Landschaften wie v. a. Altmark, Pringitz, Ruppin, Uckermark und Lebus zusammen, darunter vier Adlige aus beiden Barnim.[20]



Stadtansicht Bernau, nach Merian, 1652.

Ebenfalls wurde die Umsetzung allgemeiner kurfürstlicher Weisungen wie beispielsweise zur Einziehung von Steuern landschaftsweise befohlen, wurden den landesherrlichen Beamten aufgetragen, in den jeweiligen Landen ihre Befehle zu erfüllen. So sollte etwa der Wert der bäuerlichen Güter von den bestellten Verordneten im Barnim und im Teltow bzw. auf dem Hohen Barnim ermittelt werden, sie sollten sich zur Durchsetzung und Beaufsichtigung der von den märkischen Ständen beschlossenen Taxierung in den Teltow, auf den Hohen und Niederen Barnim und in die Altmark begeben. Den erhobenen Landschoß (Landsteuer) hatten die Stände und die Bauern aus beiden Barnim, aus dem Teltow, Trebbin, der Herrschaft Zossen, Teupitz und Köpenick in Bernau in den bereitgestellten Kasten einzulegen.[21] Aus den frühen 1540er Jahren sind Einnahme- und Ausgabeverzeichnisse über die im Hohen und Niederen Barnim erhobene und in Bernau zusammengetragene Landsteuer und über die aus dem Kreise der Prälaten und des Adels des Hohen und Niederen Barnim erzielten Einnahmen überliefert; den Steuerschätzern, »so zum Hogen und Nydern Barnym vorordent«, wurden ihre Unkosten erstattet.[22] Die Biergeldregister der 1550er Jahre ordnen die Einnahmen nach Landschaften, darunter die des Hohen und Niederen Barnim, und ebenso ist das Register des Rossdienstgeldes der Prälaten und des Adels von 1555 geordnet, es stellt die dienstpflichtigen Adligen des Niederen und Hohen Barnim zusammen.[23] Kurfürstliche Verordnungen für den Gesindelohn, also die Entlohnung von Dienstknechten und Dienstmägden, Ackerknechten, Tagelöhnern, Maurern und Zimmerleuten, wurden erlassen für einzelne Lande, u.a. für den Hohen und Niederen Barnim bzw. für beide Barnim.[24] Als ein kurfürstlicher Beamter das Vermögen der Städte und des Landvolkes (außerhalb der Ritterschaft) im Hinblick auf mutmaßliche Steuererträge abschätzte, gliederte er sein Verzeichnis nach den brandenburgischen Landschaften: Für den Niederen Barnim vermerkte er 73 Dörfer, 959 Hüfner, 698 Kossäten und 3.215½ Hufen, für den Hohen Barnim 94 Dörfer, 831 Hüfner, 857 Kossäten, 3.094½ Hufen, also zusammen für beide Barnim 167 Dörfer, 1.790 Hüfner, 1.555 Kossäten und 6.310 Hufen, wobei beide Barnim jeweils mit ihrer Hufenzahl innerhalb der Mittelmark an zweiter Stelle nach dem Havelland (3.056½ Hufen), aber vor Ruppin (2.952 Hufen), Teltow (2.550½), Zauche (1.878) und Lebus (1.866½) lagen.[25]

Die referierten Beispiele bezeugen die regionale Verankerung der Politik, die politische Verhandlung und Beschlussfassung im Kreis zwischen den dortigen Ständen und den kurfürstlichen Kommissaren ebenso wie die regionale Regelung sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse. Die Kreisstände hatten sich als eigenständige handlungsfähige Einheiten etabliert, sie waren die entscheidenden Ansprechpartner des Kurfürsten und seiner Beauftragten auf der unteren Ebene jenseits der zentralen Organe in Berlin auf der oberen Ebene. Und landesherrliche Verwaltungsmaßnahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik

orientierten sich an den Kreisen, wurden kreisweise umgesetzt, auch wenn sie nicht nur den einzelnen Kreis, sondern die gesamte Mark betrafen. Dabei wurden einzelne Lande bzw. Kreise wiederholt miteinander kombiniert, so etwa der Barnim mit dem benachbarten Land Lebus, oder Hoher und Niederer Barnim wurden zusammengestellt und zusammengefasst, aber offensichtlich doch als zwei bestehende selbstständige Einheiten betrachtet.

Die landständische Verfassung der Mark Brandenburg, wie sie sich im 15. und 16. Jahrhundert herausbildete,[26] unterschied, wie schon eingangs bemerkt, – nach einer jedenfalls im 17. Jahrhundert nachgewiesenen Terminologie – zwischen den »Hauptkreisen« und den »Unterkreisen«, d.h. zwischen den fünf Hauptkreisen der Altmark, Prignitz, Mittelmark (einschließlich Land Ruppin), Uckermark und Neumark (einschließlich der sogenannten inkorporierten Kreise) einerseits und den allein in der Mittel- und Neumark bestehenden kleineren Unterkreisen andererseits. Die politische Tätigkeit der Stände spielte sich lange Zeit auf der Ebene der Hauptkreise ab, wie ein Blick auf ihr Kernstück, die Finanzverwaltung, die vornehmlich aus der Übernahme und Tilgung der kurfürstlichen Schulden entfaltet worden war, zeigt: Während nur die Neubiergeldkasse den Hauptkreisen und ihren drei Ständen Prälaten, Adel und Städten gemeinsam oblag, trug jeder Hauptkreis für sich besonders die Verantwortung für die besonderen ritterschaftlichen Hufen- und Giebelschosskassen, in denen die Steuern des platten Landes von Mitgliedern der Ritterschaft verwaltet wurden. Die kleinen Kreise wählten wohl die Deputierten der Ritterschaft zu deren Ausschüssen und Kreistagen, erteilten ihnen vielleicht Instruktionen für ihre Arbeit, aber von einer eigentlichen Verwaltungstätigkeit in ihnen fehlen bis zum Dreißigjährigen Krieg alle Anzeichen.

1 Dietrich Gerhard, Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema europäischer Geschichte, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, hrsg. v. Hellmut Kämpf (Wege der Forschung, Bd. 2), Darmstadt 1956, S. 332–364 (zuerst 1952), Zitate S. 364.

2 Otto Hintze, Der Ursprung des preußischen Landratsamts in der Mark Brandenburg, in: ders., Geist und Epochen der preußischen Geschichte, hrsg. v. Fritz Hartung (Gesammelte Abhandlungen, Bd. III), Leipzig 1943, S. 172–237, hier S. 174.

3 Berthold Schulze, Die Reform der Verwaltungsbezirke in Brandenburg und Pommern 1809–1818 (Einzelschriften der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin, Bd. 3), Berlin 1931. – Vgl. auch demnächst: Klaus Neitmann, … muß jeder Kreis eine regelmäßige, in sich gehörig abgesonderte Figur erhalten. Die preußische Kreisreform im frühen 19. Jahrhundert zwischen rationalem Fortschrittsglauben und konservativer Beharrungskraft (i.Vorb.).

4 Die folgenden Ausführungen zum Barnim des 13. bis 15. Jahrhunderts beruhen auf der sorgfältigen Untersuchung von Eberhard Bohm, Teltow und Barnim. Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte und Landesgliederung brandenburgischer Landschaften im Mittelalter (Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 83), Köln, Graz 1978, S. 191–304, die sämtliche hier nicht wiederholte Einzelbelege für Quellen und Literatur liefert. – Allgemeine Überblicke über die Geschichte des Barnim bzw. des Ober- und Niederbarnim zur ersten Orientierung: Johannes Schultze, Der Oberbarnim – Ein geschichtlicher Rückblick, in: Heimatbuch Oberbarnim-Eberswalde, Bd. 1, Detmold 1972, S. 95–122; Arnold Freiherr v. Eckardstein, Verwaltung, ebd., S. 123–144. – Berthold Schulze, Die Besiedlung des Niederen Barnim, in: Zwischen Schorfheide und Spree. Heimatbuch des Kreises Niederbarnim, hrsg. v. M. Weiß u. Max Rehberg, Berlin 1940, S. 89–126; M. Weiß, Verwaltung, ebd., S. 127–159.

5 Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause, bearb. v. Hermann Krabbo u. Georg Winter (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg), München u. Berlin 1910–1955, Nr. 1800.

6 Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, hrsg. v. Adolph Friedrich Riedel (im Folgenden zitiert: CDB), 41 Bde., Berlin 1838–1869, hier CDB II 2, S. 60.
7 CDB II 2, S. 465–467 Nr. 1072; S. 471 Nr. 1075. – Vgl. auch CDB II 3, S 132f. Nr. 1246: Markgraf Wilhelm von Meißen verlangt, dass der Barnim und die dortigen Landstraßen geschützt werden sollen.
8 CDB II 2, S. 314f. Nr. 937.
9 Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375, hrsg. v. Johannes Schultze (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin, VIII, 2; Brandenburgische Landbücher, 2), Berlin 1940.
10 Ebd., S. 51f.
11 Ebd., S. 115f. (Blumberg u. Petershagen), 105f. (Hönow), 155 (Freienwalde), 126–128 (Altfriedland, Zinna), 156f. (Chorin).
12 CDB II 3, S. 181–183 Nr. 1296.
13 CDB II 3, S. 198 Nr. 1310. – Das folgende Zitat des Herzogs von Mecklenburg in: CDB I 12, S. 244.
14 CDB III 1, S. 530–532 Nr. 376. – Vgl. auch die Erwähnung eines Landreiters auf dem Hohen Barnim 1459, CDB, Supplement, S. 310, Nr. 121.
15 CDB III 3, S. 169 Nr. 142.
16 CDB III 2, S. 429ff., hier S. 430.
17 Regesten der Urkunden Kurmärkische Stände (Rep. 23 A) des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, bearb. v. Friedrich Beck (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 16), Frankfurt am Main u.a. 2006, Nr. 56, 149.
18 Kurmärkische Ständeakten aus der Regierungszeit Kurfürst Joachims II., hrsg. v. Walter Friedensburg (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg), 2 Bde., München/Leipzig 1913–1916, hier Bd. 1, S. 235, 238; Bd. 2, S. 147, 152.
19 Ebd., Bd. 1, S. 311f., 318f., 322–324.
20 Ebd., Bd. 2, S. 341–343; vgl. a. S. 347f.
21 Ebd., Bd. 1, S. 112f., 127f., 212. Vgl. auch S. 527f.
22 Ebd., Bd. 2, S. 674f., 678f.
23 Ebd., Bd. 2, S. 709–711, 728f., 735–737, 741f., 748f., 816.
24 Ebd., Bd. 2, S. 817, 819, 828, 832.
25 Ebd., Bd. 2, S. 305–307.
26 Zum Folgenden vgl. Hintze Ursprung (wie Anm. 2); ders., Die Wurzeln der Kreisverfassung in den Ländern des nordöstlichen Deutschlands, in: ders., Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hrsg. v. Gerhard Oestreich (Gesammelte Abhandlungen, Bd. I), Göttingen 3. Aufl. 1970, S. 186–215.

Vollständige Angaben zu den abgebildeten Urkunden:

S. 40: Urkunde aus der Frühzeit der deutschen Besiedlung des Barnim: Die Markgrafen Johann I. und Otto III. von Brandenburg überlassen dem Kloster Lehnin die Hälfte des Dorfes Stolzenhagen sowie den Rahmer- und Wandlitzsee und befreien die Dorfbewohner von jeder weltlichen Gewalt, Vogtei, Landgericht, Bede, Burgarbeit, Heerbann und jedem anderen Dienst. 1244 (BLHA, Rep. 10 B Kloster Lehnin, U 14 C: Original, Pergament, zwei anhängende Siegel der Aussteller).

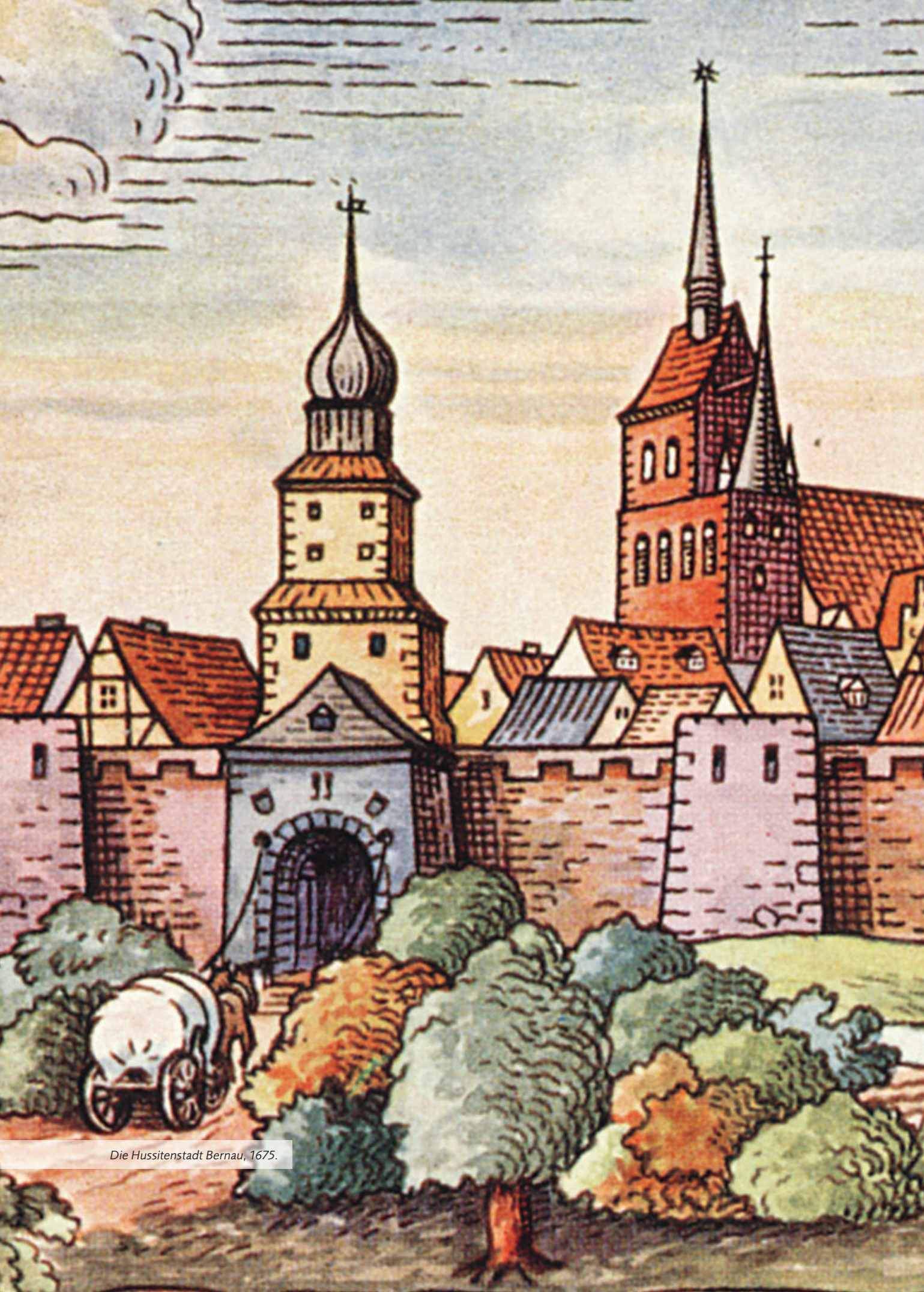
S. 47: Landesherrliche Privilegierung einer städtischen Bürgerschaft und ihres Handels und Gewerbes: Markgraf Albrecht III. von Brandenburg gewährt Ratmannen und Bürgern der Stadt Eberswalde die Grenzfestlegung, die Zinserhebung von bestimmten Gärten und die Einkünfte von Kaufhaus, Krämerbuden, Brot- und Fleischbänken. 1300 August 24 (BLHA, Rep. 8 Stadt Eberswalde, U 1 E: Original, Pergament, anhängender Siegelrest des Ausstellers).

S. 48: Landesherrliche Bestätigung der städtischen Rechte nach dem Herrscherwechsel: Kaiser Karl IV. erneuert nach seiner Erwerbung der Mark Brandenburg den Bürgern der Stadt Eberswalde ihre Rechte und Freiheiten, insbesondere ihren Gerichtsstand vor dem Stadtgericht und ihre ewige Zugehörigkeit zur Mark Brandenburg. 1373 August 27 (BLHA, Rep. 8 Stadt Eberswalde, U 24 C: Original, Pergament, anhängendes Siegel des Ausstellers).

S. 52: Die »Kommerzialisierung« von markgräflichen Herrschaftsrechten und ihr Übergang in bürgerliche Hand: Der Bernauer Bürger Hans Schröder verkauft seinem Mitbürger Bartholomeus Tymmermann das Gericht und Schulzenamt zu Bernau, mit denen er von den Markgrafen belehnt worden ist. 1389 Januar 29 (BLHA, Rep. 8 Stadt Bernau, U 2 B: Original, Pergament, anhängendes Siegel des Ausstellers).

S. 55: Landesherrliche Besitzübertragung an einen kurfürstlichen Lehnsmann und »Kommerzialisierung« des Lehnsbesitzes: Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg verleiht Otto von Lossow das Schloss Biesenthal, das dieser Hans von Uchtenhagen abgekauft hat, zu Mannlehenrecht. 1423 Juli 16 (BLHA, Rep. 10 B Kloster Lehnin, U 57 A: Original, Pergament, anhängendes Siegel des Ausstellers).

S. 57: Besitz- und Versorgungsabsprache eines adligen Ehepaares: Arndt von Krummensee zu Altlandsberg verpflichtet sich gegenüber seiner Ehefrau zur Anerkennung des ihr in seiner markgräflichen Belehnungsurkunde verliehenen »Leibgedinges«, d. h. ihrer lebenslänglichen Nutznießung seiner ihm erblich zustehenden fünf Barnimer Dörfer. 1485 Februar 14 (BLHA, Rep. 37 Herrschaft Altlandsberg, U 2 E: Original, Pergament, anhängendes Siegel des Ausstellers).



Die Hussitenstadt Bernau, 1675.

Der Barnim in der Frühen Neuzeit

Frank Göse

Auch die Entwicklung des Barnim während der drei frühneuzeitlichen Jahrhunderte wurde bestimmt von den allenthalben die brandenburgische Geschichte prägenden Signaturen dieser Epoche: der seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert forcierten Ausbildung des Landesstaates, den Wirkungen der im Zuge der Reformation einsetzenden Veränderungen, der sich auf dem Lande durchsetzenden »ostelbischen Gutsherrschaft«, dem Dreißigjährigen Krieg, der Ausstrahlung der sich herausbildenden Berliner Residenzlandschaft und schließlich den bereits auf die Moderne hinweisenden Veränderungen im späten 18. Jahrhundert.

Die Ausbildung des Landesstaates seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert

Im Verlauf des 15. und 16. Jahrhunderts hatte die sich seit dem Hochmittelalter abzeichnende Untergliederung zwischen Ober- und Niederbarnim eine schärfere Konturierung erfahren. Damit gehörten beide Teillandschaften zu den sich im 17. Jahrhundert – neben Havelland, Lebus, Teltow, Ruppin, Glien-Löwenberg und das einen Sonderfall darstellende Beeskow-Storkower Land – in der Mittelmark herausbildenden Kreisen.[1] In diesen übten die sich im Verlauf des Spätmittelalters herausbildenden Stände, oder vielmehr deren Repräsentanten, den bestimmenden Einfluss aus. An erster Stelle rangierte hier der Adel, auch als »Oberstand« bezeichnet. Zwar gehörte der Barnim im Gegensatz zu Altmark, Uckermark und Prignitz nicht zu den klassischen märkischen Adelslandschaften, dennoch spielten natürlich auch hier die adligen Rittergutsbesitzer den wichtigsten Part innerhalb der ständischen Gremien. Aufgrund der im 16. und 17. Jahrhundert noch recht dünnmaschig entwickelten landesherrlichen Verwaltung waren es Institutionen wie das Ständische Kreditwerk und die Kreistage, die diese administrativen Defizite ausglichen. Neben reichen Rittergutsbesitzern hatten vermögende Stadtbürger hier Kapital zu vergleichsweise günstigen Zinssätzen angelegt und konnten ggf. auch selbst Kredite für größere Investitionen aufnehmen, denn im Verlauf des 16. Jahrhunderts erfreuten sich die Kommunen noch eines gewissen Wohlstandes, wenngleich es auch schon Anzeichen gab, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die brandenburgischen Städte hindeuteten. Von der zuerst genannten Tendenz künden im Barnim zum Beispiel die Zunahme der Jahrmärkte, aber auch die Anlage von »frühindustriellen« Unternehmen im Finowtal. Zudem profitierten die Barnimer Städte von der wachsenden Bedeutung Berlin-Cölln. Zum Teil belegten auch wirtschaftliche Aktivitäten der Barnimer Landbevölkerung die zunehmende Anziehungskraft der brandenburgischen Residenz. Nachweislich durch Berliner Quellen sind seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vermehrt Kalksteine aus Woltersdorf in die Hauptstadt geliefert worden; ebenso finden sich Einträge darüber, dass die Woltersdorfer »Holz herübergeflößt« hätten.[2] Hingegen gerieten die märkischen Kommunen, um noch einmal auf die eher bedenklich stimmenden wirtschaftlichen Trends im Städtewesen zu verweisen, im Verlauf des 16. Jahrhunderts verstärkt unter den Druck des Adels. Gerade die kleineren Städte bekamen die wachsende Konkurrenz der märkischen Ritterschaft infolge des durch den vom Kurfürsten gewährten freien Korn- und Viehverkaufes zu spüren. Insbesondere beeinträchtigte der direkte Verkauf der Agrarprodukte durch den Adel fortan den städtischen Zwischenhandel.[3] Zudem wurde der Handel durch infrastrukturelle Probleme beim Abtransport der Waren erschwert, denn der im frühen 17. Jahrhundert begonnene

Bau des Finowkanals verfiel bald wieder. Dies wog umso mehr, da die Flusslinien in damaliger Zeit als die wichtigsten Verkehrswege galten, auf denen der größte Teil der Massengüter transportiert wurde.[4]

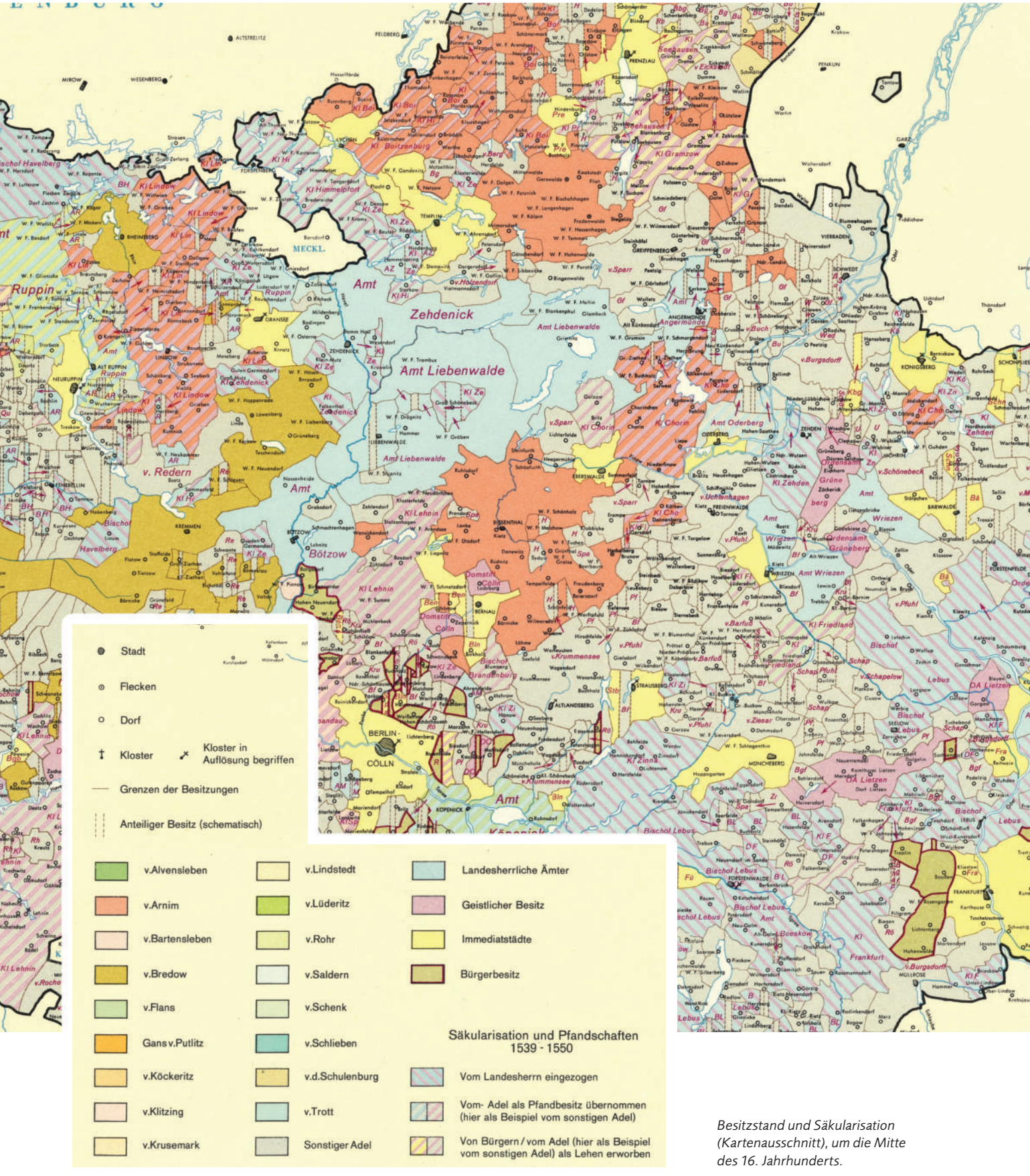
Des Weiteren belasteten auch die wachsenden Steuern die Kommunen – dies war der Preis des weiter voranschreitenden Staatsbildungsprozesses. Dieser administrative und wirtschaftliche Druck führte im Verlauf des 16. Jahrhunderts in einigen Barnimer Städten zu Beschwerden und Unmutsbekundungen. Mehrheitlich schlugen sich diese in Eingaben (sogenannten Gravamina) im Vorfeld von Landtagsverhandlungen nieder. Zu diesen durften die Immediatstädte – dazu zählten im Barnim vor allem Bernau, die Neustadt Eberswalde und Wriezen – Verordnete entsenden, während die adligen bzw. domanialen Mediatstädte (u. a. Altlandsberg, Biesenthal, Freienwalde, Werneuchen) dieses Repräsentationsrecht nicht genossen. Die Eberswalder Gewerke forderten zum Beispiel in ihrem Gravamen von 1572 die Beibehaltung ihres Rechtes zum Holzschlagen auf der Großen Heide und der ihnen seit vielen Jahren gewährten Zollfreiheit bei der Ausfuhr von agrarischen Produkten.[5] Mitunter konnte sich dieser Protest aber auch in markanteren Formen entäußern. So geschehen zum Beispiel 1515 in Strausberg, wo ein Aufruhr der Bürger eine Strafaktion des Kurfürsten nach sich zog, bei der die Stadt 100 Gulden Strafe an den Landesherrn zu zahlen hatten.[6]

Die Durchsetzung der »ostelbischen Gutsherrschaft« und die Wirkungen der Reformation

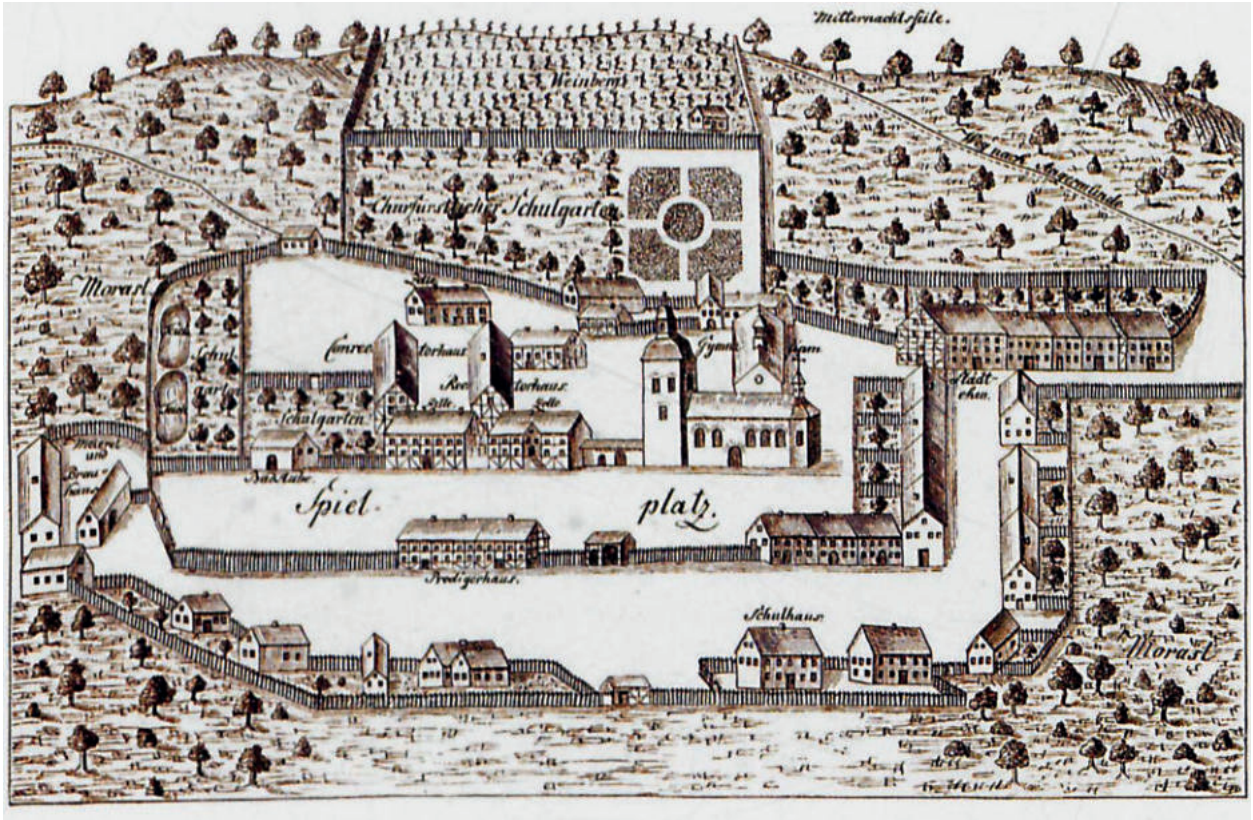
Wie in der gesamten Mark Brandenburg war auch in den Dörfern des Ober- und Niederbarnim im 16. Jahrhundert eine Entwicklung zu beobachten, die auf eine Erweiterung der Eigenwirtschaften der Rittergutsbesitzer zielte. Es handelte sich dabei um einen Prozess, der mit der Entstehung der sogenannten »Gutsherrschaft« verbunden war, inspiriert vor allem durch einen zunehmend am Getreideexport interessierten Adel. Dies ging einher mit der Einziehung von Bauernstellen und der Erhöhung der Frondienste der bäuerlichen Bevölkerung. Auch die Barnimer Ritterschaft konnte es 1572 durchsetzen, dass die bäuerlichen Hintersassen zu drei Tagen an Frondiensten verpflichtet wurden.[7] Natürlich wird man auch innerhalb des rittergutsbesitzenden Adels im Barnim jene Differenzierungen vorzunehmen haben, wie sie auch in anderen märkischen Teillandschaften anzutreffen waren. So wie etwa die Uckermark durch das Geschlecht von Arnim oder das Havelland durch die von Bredow dominiert wurden, galten im Barnim die von Barfuß und von Sparr als die einflussreichsten ritterschaftlichen Geschlechter. Das in einem Landstrich zwischen Bernau, Eberswalde und Angermünde im Volksmund als »Sparrenland« bezeichnete Gebiet deutete noch lange auf die Dominanz der zuletzt genannten Familie im populären Bewusstsein hin.

Das Patronatsrecht bildete neben der Gerichtsherrschaft und der »Policey«-Gewalt ein weiteres wichtiges Privileg eines adligen Gutsherrn. Er hatte demnach ein entscheidendes Wort bei der Auswahl und Versorgung der Pfarrer seiner Dorfgemeinden mitzureden. Aus diesen Konstellationen im ländlichen Kirchenwesen leiteten sich im Übrigen die spezifischen Interessenlagen der Rittergutsbesitzer ab, als auch die Mark Brandenburg in den Sog jener grundstürzenden Entwicklungen gerissen wurde, die mit dem 1517 im fernen Wittenberg ausgehenden Thesenanschlag ihren Ausgang nahmen. Zunächst blieben die Wirkungen der Reformation innerhalb der Mark Brandenburg noch begrenzt, so auch im Barnim. Allenfalls konnte man von einer »heimlichen« oder »stillen Reformation« vor der 1539 offiziell verfügten Einführung der neuen Lehre sprechen.[8]

Vor allem unter dem neuen Kurfürsten Joachim II. (reg. 1535–1571) verbesserte sich der Spielraum für die Anhänger der neuen Lehre, die nun auch in den brandenburgischen Städten schrittweise die lutherische Reformation einführen wollten. Behutsamkeit war allerdings auch jetzt noch angesagt. Obgleich der neue Kurfürst zunehmend durchblicken ließ, sich gewissen Neuerungen im Kirchenwesen nicht entgegenzustellen, musste man taktisch klug vorgehen. Schließlich wollte der Landesherr Herr des Geschehens bleiben und keinesfalls vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Eberswalder Stadtrat erhielt zum Beispiel am 16. August 1538 das erbetene Patronatsrecht über die Pfarre und den Maria-Magdalenen-Altar, nachdem dem Kurfürsten eine 60 Zentner schwere Glocke überlassen wurde.[9] Diese benötigte er für sein



Besitzstand und Säkularisation (Kartenausschnitt), um die Mitte des 16. Jahrhunderts.

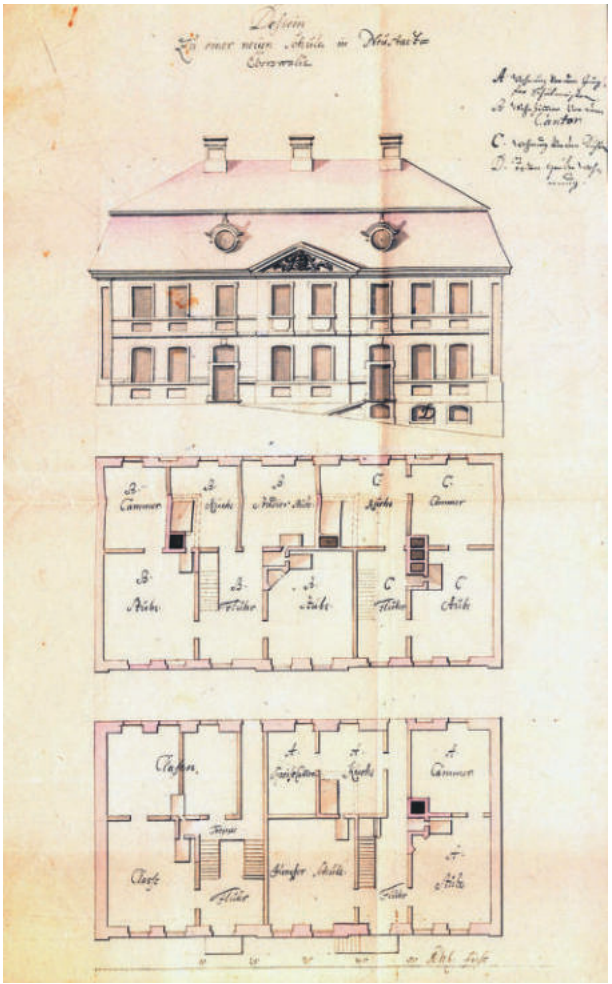


Lageplan der Fürstenschule zu Joachimsthal, 1607–1636.

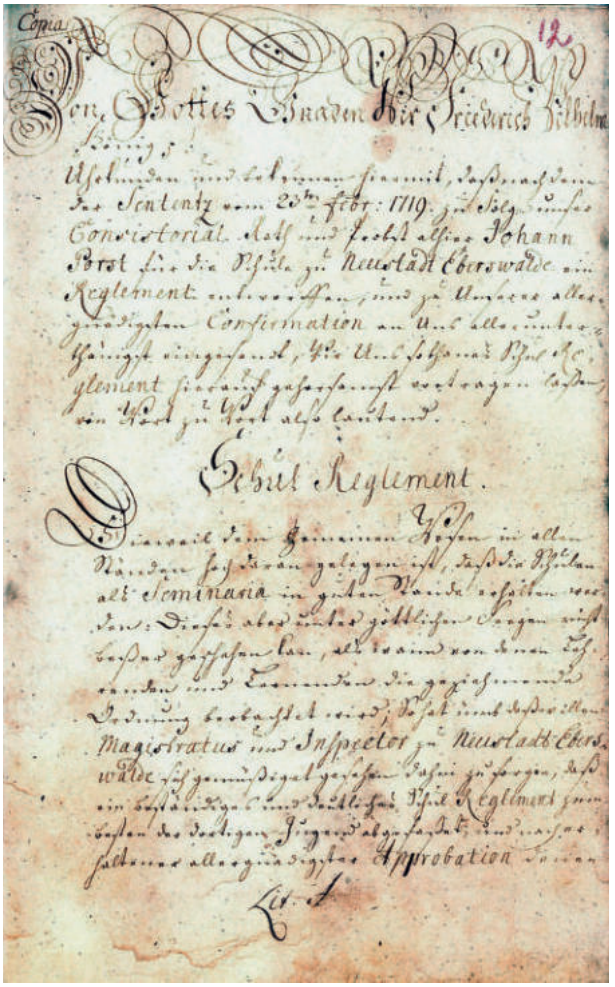
aufwendiges Programm zum Ausbau des Domstifts zu Cölln an der Spree. Dagegen wurde die offenbar schon zu sehr vorgepreschte Stadt Bernau vermahnt, an den herkömmlichen Gottesdienstformen festzuhalten und weitere Entscheidungen abzuwarten. Lediglich die Verbreitung der Rechtfertigungslehre hatte der Landesherr den Bernauer Stadtherren schon freigestellt.[10]

Mit dem im November 1539 erfolgten offiziellen Bekenntnis des Kurfürsten Joachim II. zur lutherischen Lehre konnte nunmehr auch in Barnimer Städten und Dörfern die Reformation eingeführt werden. In den folgenden Jahren wurde die kirchliche Administration den weltlichen Verwaltungsgrenzen angepasst. Die früher für die geistlichen Obliegenheiten im Barnim höchste Autorität, der Bischof von Brandenburg, verlor relativ rasch seinen Einfluss. Der Landesherr wuchs nun selbst in die Rolle eines Landesbischofs, eines »Summus episcopus« hinein. Die bisherigen bischöflichen Diözesan-Grenzen fielen weg, an ihrer Stelle entstanden Superintendenturen, also kirchliche Verwaltungseinheiten mit Superintendenten an der Spitze. Im Barnim wurde jeweils in Eberswalde und Wriezen eine Superintendentur eingerichtet; einige Ortschaften gehörten zur Superintendentur Angermünde.

Neben der Bekanntmachung und Durchsetzung der neuen Kirchenordnung erwies sich zunächst eine Bestandsaufnahme der bisherigen Verhältnisse als erforderlich. Dazu dienten sogenannte »Visitationen«.[11] Den damit beauftragten Amtsträgern ging es zunächst darum, einen Überblick über den realen kirchlichen Besitz zu erhalten, der eine wichtige Grundlage für die Absicherung der materiellen Ausstattung der Pfarrstellen bildete. In einigen Städten und Dörfern war es inzwischen schon zur Entfremdung eines Teils des Kirchenbesitzes gekommen. Die Visitationen vermittelten den neuen Kirchenbehörden aber auch ein Bild über die Fähigkeiten der nun die neue Lehre verkündenden Geistlichen in Stadt und Land. Ausgehend davon wurden Vorkehrungen getroffen, um sowohl die neuen Anforderungen an das alltägliche Wirken der Pfarrer als auch die von den Kirchengemeinden



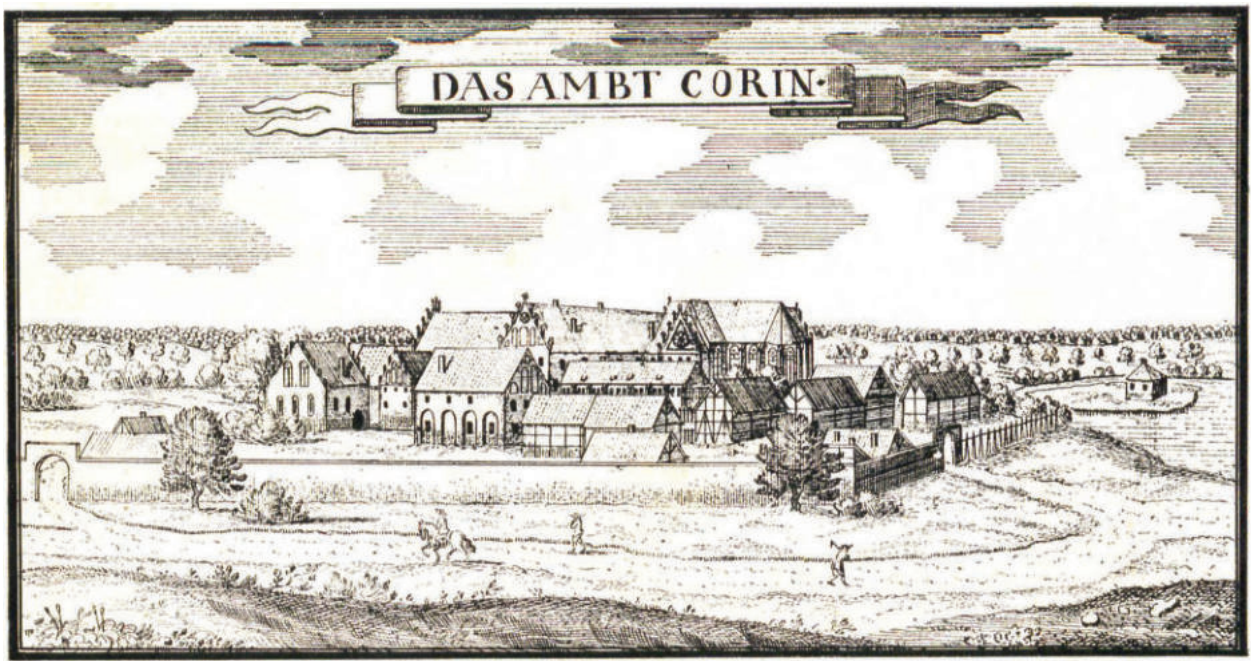
Ansicht Schulhaus, um 1740.



Schulreglement, 1721.

künftig wahrzunehmenden Aufgaben materiell ausreichend abzusichern. Die aus den bisherigen kirchlichen Stiftungen stammenden Einkünfte wurden eingezogen und den sogenannten »Gemeinen Kästen« zugewiesen. Im Zuge der Reformation kam es auch zu Veränderungen in der Besitzstruktur in den brandenburgischen Teillandschaften, so auch im Barnim. So konnte der kurfürstliche Domänenbesitz durch den Anfall säkularisierter Klostergüter am Wandlitzsee (vom Kloster Lehnin) und in dem Gebiet um Rüdersdorf (ehemalige Zinnaer Klosterdörfer) beträchtlich erweitert werden. Das Kloster Chorin wurde 1542 säkularisiert, was die Einziehung des Kloster-Vermögens einschloss. Der mobile Besitz wurde größtenteils in die Berliner Residenz verbracht. Der Kurfürst verpfändete das Kloster dann 1543 an den Potsdamer Amtmann Caspar von Köckritz für 20.000 Reichstaler.[12]

Der Charakter der brandenburgischen Reformation zeichnete sich einerseits durch die Übernahme zentraler Elemente des evangelischen Kirchenverständnisses wie der lutherischen Abendmahlsauffassung oder der Rechtfertigungslehre aus. Andererseits blieben viele Elemente der altgläubigen liturgischen Praxis und des alten Festkalenders des Kirchenjahres erhalten. Diese Ambivalenz führte mitunter zu Spannungen zwischen dem Kurfürsten sowie den seinen Auffassungen nahestehenden Theologen und solchen Pfarrern und Stadträten, die auf eine Durchsetzung einer in ihren Augen »reinen« lutherischen Lehre setzten. So wurde etwa 1547 der Bernauer Pfarrer »zwecks ernstlicher Vermahnung« vorgeladen, weil dieser sich über die in seinen Augen zu konservativen Zeremonie-Bestimmungen hinweggesetzt hatte.[13] Besonderen Unmut dürfte es in Berlin-Cölln zudem hervorgerufen



Ansicht vom Amt Chorin, um 1710.

haben, dass sich auch der Bernauer Stadtrat den Positionen des Pfarrers angeschlossen hatte.

Auf dem Lande wird man hingegen von einem recht langen Fortbestehen älterer Traditionsbestände des Kirchenlebens auszugehen haben. Für das Berliner Umland finden sich zum Beispiel Belege dafür, dass bis zur Wende zum 17. Jahrhundert jährlich noch über 100 Prozessionen stattfanden, »jahraus, jahrein an jedem Sonn- und feiertag vormittags; an besonderen Festen dazu auch am Nachmittag«. [14] Und noch im ausgehenden 17. Jahrhundert beharrte die Landbevölkerung mitunter auf den alten religiösen Traditionen. So versuchten in dem damals zum Niederbarnim gehörenden Dorf Malchow die Gemeindemitglieder anlässlich des Umbaus ihres Gotteshauses, »einige alte Götzenbilder, welche in der alten Kirche daselbst stehen blieben, (...) wieder hineinzutragen und aufzurichten«.[15] Dagegen spiegelte die Ausstattung einiger Stadtpfarrkirchen im Barnim schon eher die Veränderungen seit der Reformation wider. So wurde in der Eberswalder St. Magdalen-Kirche 1605/06 ein – auch im überregionalen Vergleich – hochwertiger Altaraufsatz mit protestantischem Bildprogramm errichtet.[16]

Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648)

Der zu Recht als »Urkatastrophe« bezeichnete Dreißigjährige Krieg hatte auch die Bevölkerung des Barnim mit Truppendurchzügen, Einquartierungen, Kontributionserhebungen und im weiteren Kriegsverlauf auch wahllosen Plünderungen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Mark wurde erst ab der Mitte der 1620er Jahre in die Kriegshandlungen einbezogen, als dänische Truppen und Einheiten des Grafen Ernst von Mansfeld brandenburgisches Territorium durchquerten. Die zuvor getroffenen Vorkehrungen kamen zu spät bzw. waren nicht ausreichend. Weder die in den Kommunen recht halbherzig organisierte Landesdefension noch der Ausbau von Befestigungsanlagen, so zum Beispiel des sogenannten »Bärenkasten« in Oderberg, vermochten das Wüten der Kriegsfurie aufzuhalten. Wie in fast allen brandenburgischen Teillandschaften wurden auch im Barnim vonseiten der Landesherrschaft Kommissare eingesetzt, denen die wahrlich nicht leichte Aufgabe zufiel, den durchziehenden Armeen bei ihren Durchzügen und Einquartierungen behilflich zu sein, vor allem aber die Einziehung der Kontributionen zu organisieren. In der Regel handelte

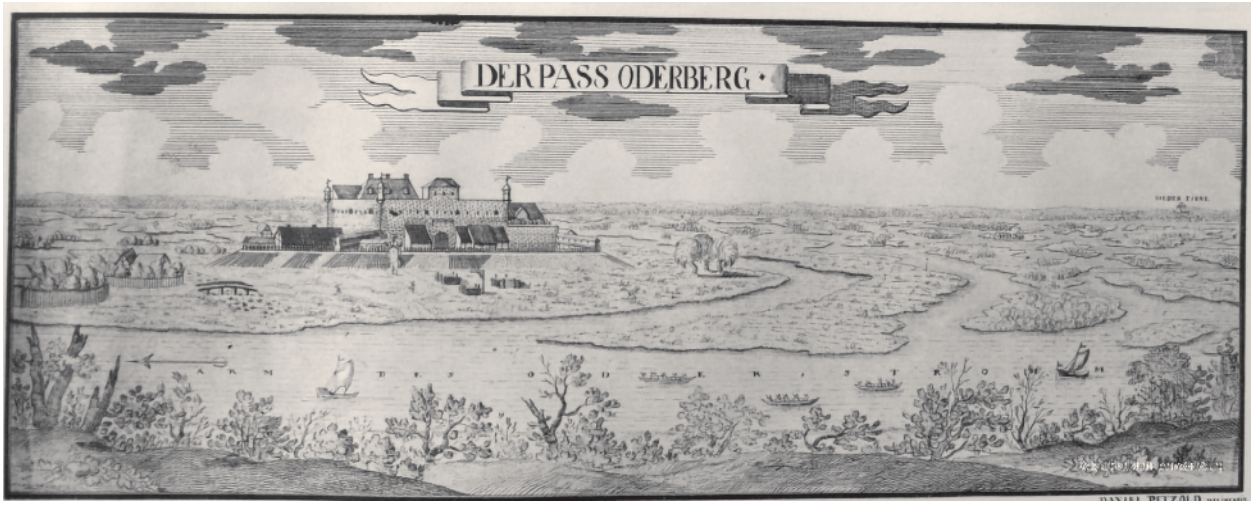


Kloster Chorin von Süden, um 1912.

Altar der Maria-Magdalenenkirche in Eberswalde, 2019.



es sich dabei um Angehörige der einheimischen Ritterschaft, denn den Truppenführern wie der Landesherrschaft war daran gelegen, dass man hier solche Persönlichkeiten im Amt wusste, die sowohl über Kunde von Land und Leuten verfügten, als auch eine gewisse Autorität als Angehörige der Oberstände ausstrahlten. Im Barnim amtierten in dieser Funktion u. a. Bernt von Arnim, Otto von Barfus oder Valtin von Pfuel.[17] Doch bot die adlige Herkunft dieser Amtsträger mitunter keinen Schutz vor Übergriffen, denn die Truppenführer und marodierenden Söldnerhaufen machten kaum einen Unterschied zwischen den verschiedenen Ständegruppen. Adlige Rittergutsbesitzer waren der Willkür der Soldateska ebenso ausgesetzt wie die Stadt- und Dorfbevölkerung. Zur Kriegswirklichkeit gehörte aber auch, dass sich mitunter Angehörige der Barnimer Ritterschaft selbst unter den das Territorium durchziehenden Truppen befanden. Das prominenteste Beispiel bildete sicher Otto Christoph von Sparr.[18] Er stammte aus einer alten Barnimer Adelsfamilie, wurde 1605 in Lichterfelde geboren und stand mit seinem Lebensweg paradigmatisch für die Biografien adliger Militärs in der Zeit des Großen Krieges. Er machte Karriere in der kaiserlichen Armee, in der er 1637 als Obrist bestallt wurde. Als er mit den von ihm befehligten



Bärenkasten bei Oderberg, Darstellung von Daniel Petzold, 1710.

Truppen in angrenzenden Landschaften (Neumark und Uckermark) operierte, konnte die dortige Bevölkerung auf keine schonendere Behandlung hoffen.[19] Sein Vetter Ernst Georg von Sparr stand bereits seit 1627 in kaiserlichen Diensten und zog im Sommer dieses Jahres mit seinen Truppen, die zum Regiment des aus dem uckermärkischen Adel stammenden Hans Georg v. Arnim gehörten, auch durch den Barnim.

Während des Aufenthalts der Einheiten in den Städten brachen des Öfteren Feuer aus, auch wenn nicht immer genau rekonstruiert werden kann, ob dies aus Mutwillen oder Unachtsamkeit geschah. Werneuchen brannte zum Beispiel am 14. Juli 1637 bis auf zwei Gärtnerwohnungen völlig nieder.[20] Es blieb jedoch nicht nur bei den Gewalterfahrungen im Zuge der Truppendurchmärsche und -einquartierungen. Auch die Pest forderte einen mitunter erheblichen Tribut von der Bevölkerung. In allen Barnimer Städten kam es während des Krieges mehrfach zu Pest-Epidemien: Besonders häufig wütete diese Krankheit in Freienwalde, wo sie zwischen 1624 und 1638 insgesamt sieben Mal ausbrach.[21] Und der Strausberger Stadtschreiber vermerkte in der recht nüchternen Diktion des Chronisten: »Anno 1630 und 31 hat der große Gott unser Strausbergisches Vaterland mit der schädlichen Seuche der Pestilenz beleget. 600 Menschen sind hingeraffet worden.« Der spätere brandenburgische Historiograf Bekmann schien diesen tragischen Ereignissen noch etwas Gutes abgewinnen zu wollen und fügte die lakonische Bemerkung hinzu: »Die Pest verscheucht wenigstens die Einquartierung.«[22]

So wie man bei der für das gesamte Reich anzustellenden Schadensbilanz große regionale Unterschiede ausmachen kann, gilt es auch für die brandenburgischen Teillandschaften, solche Differenzierungen vorzunehmen. Auf der Grundlage der auf Anordnung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm (reg. 1640–1688) zu Beginn der 1650er Jahre erarbeiteten Landreiter-Berichte verfügen wir hierzu über vergleichsweise detailliertes Zahlenmaterial. Demnach zählten der Ober- und Niederbarnim neben der Prignitz, Ruppin und der Uckermark zu jenen Gebieten mit außerordentlich großen Bevölkerungsverlusten. Hier lagen 1652 noch 58,4 Prozent aller Höfe wüst.[23] Zum Kriegsende wird man durchaus eine noch höhere Zahl veranschlagen müssen, weil in den ersten Friedensjahren schon einige Höfe wieder besetzt worden waren.

In den folgenden Jahren wurden vielfältige Bemühungen unternommen, die Kriegsfolgen zu beseitigen und zur Normalität zurückzukehren. Jedoch waren die Voraussetzungen dafür alles andere als günstig. Aufgrund der regional umfassenden Verwerfungen war es kaum möglich, die demografischen Defizite aus anderen Landschaften rasch zu kompensieren. Hier bedurfte es eines langen Atems. Einige wenige Orte, wie etwa Bernau, Oranienburg oder Altlandsberg, profitierten von der Aufnahme der in ihrer Heimat verfolgten Hugenotten. Mit



Otto Christoph von Sparr (1605 bis 9. Mai 1668).





Schloss Lichterfelde, um 1900 (o.) und 2015.

der Ansiedlung dieser das Gewerbeleben in den Kommunen bereichernden Familien entstanden dort französisch-reformierte Kirchgemeinden, und die Refugées erhielten eine eigene Gerichtsbarkeit.[24] Die Bevölkerungszahlen des Vorkriegsstandes konnten zumeist erst in den 1720er Jahren wieder erreicht werden. Ein anderes nicht minder gravierendes Problem stellte die Kapitalarmut dar. Es fehlte aufgrund der noch aus der Vorkriegszeit stammenden und während der Kriegszeit weiter angewachsenen hohen Verschuldung schlichtweg an jenen Ressourcen, um die so notwendigen Investitionen in der Landwirtschaft und im Handwerk vorzunehmen. Mühsam erreichte der Kurfürst über Schuldenmoratorien, dass die Geldkreisläufe allmählich wieder in Gang kamen. Zarte Keime einer wirtschaftlichen Belebung zeichneten sich bald ab. Vor allem der residenznahe Raum, damit also auch Teile des Barnim, profitierte von der wachsenden Metropole Berlin. Rückblickend wurden aus der Sicht der Eberswalder Einwohner zum Beispiel die 1690er Jahre als jene Zeitspanne angesehen, in der es zu einer nachhaltigen Verbesserung der demografischen Lage gekommen sei. Demnach habe die Bürgerschaft sich »in geraumer Zeit nicht wieder erhohlen können, bis endlich dieselbe anno 1690 mercklich zu wachsen angefangen«.[25] Und in der Tat spiegelten zahlreiche bauliche Aktivitäten im frühen 18. Jahrhundert den wachsenden Wohlstand der Stadt wider.[26] Auch die bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg zu beobachtenden Ansätze einer frühen Industrialisierung im Raum Eberswalde wurden seit dem Ende des 17. Jahrhunderts wieder aufgegriffen und vor allem dank erheblicher landesherrlicher Unterstützung fortgeführt. Ein Kupferhammer, eine Eisenspalterei und ein Messingwerk – das erste seiner Art in Brandenburg! – kündeten von diesen Bemühungen.[27] Angesichts der notorischen finanziellen Schwäche des einheimischen Bürgertums musste aber häufig die Landesherrschaft in die Bresche



Papiermanufaktur Spechthausen im Jahr 1787.

springen, so auch bei diesen frühindustriellen Eberswalder Unternehmen: 1719 hat der preußische Staat das 1700 fertiggestellte Messingwerk übernommen, das allerdings schon 1709 wieder bankrott ging und danach unter der Leitung hugenottischer Unternehmer stand.

Landesherrliche Initiativen waren es letztlich auch, die dazu beitrugen, umfassende infrastrukturelle Maßnahmen in die Wege zu leiten. Sowohl der in den 1660er Jahren in Angriff genommene Bau des Oder und Spree verbindenden Friedrich-Wilhelm-Kanals als auch der in den 1740er Jahren neu angelegten Finow-Kanal bewirkten »eine stärkere Binnenintegration des märkischen Wirtschaftsraumes« mit unmittelbaren Folgen auf den Barnim.[28] Dass solche im gewerblichen Bereich liegenden Initiativen auch vom Adel ausgehen konnten, belegt das Beispiel des Baron Matthäus von Vernezobre, eines Gutsherrn auf Hohenfinow hugenottischer Herkunft. Er errichtete ganz in der Nähe seines Gutes an einem Ausläufer der Finow eine Barchent- und Leinenwaren-Manufaktur (Amalienhof), einige Jahre später folgte der Bau von zwei Drahtmanufakturen.[29]

Modernisierung der städtischen Verfassung

Auch auf die innerstädtischen Verfassungen richtete sich in wachsendem Maße das Interesse der Landesherrschaft. Bislang verfügten die Kommunen über ein recht hohes Maß an Selbstverwaltung, sie bestimmten weitgehend autonom die Zusammensetzung des Stadtrates. In den meisten Städten rekrutierten sich die Magistrate über Kooptationen aus der Gruppe der ratsfähigen Familien. Wenn ein Ratsherr in der Regel für ein Jahr in sein Amt gewählt wurde, hatte er de facto aufgrund des Rotationsprinzips das Amt auf Lebenszeit inne. Eine Neubesetzung erfolgte nur bei Wegzug, Krankheit oder Tod des Ratsangehörigen. Im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert wuchs allerdings die Kritik der Bürgerschaft in vielen märkischen Kommunen, so auch im Barnim, an der Amtsführung ihrer Stadträte. Die Kritik entzündete sich vor allem am Finanzgebaren, an der »Vetternwirtschaft« des Rates und des Öfteren auch an der Unprofessionalität der Amtsführung – besonders dann, wenn sich Unfähigkeit mit einem hochfahrenden Auftreten einiger Ratsangehöriger verband.[30] In den 1680er Jahren ordnete deshalb Kurfürst Friedrich Wilhelm die Untersuchung des »Rathäuslichen Policeywesens« an. Eine damit beauftragte Kommission zog dann von Stadt zu Stadt und nahm die Überprüfung und Neueinrichtung der Stadtverwaltungen vor. So wurden zum Beispiel die Kommissionsmitglieder am 6. Juli 1684 vom Kurfürsten angehalten, »euch alsdann nach Neustadt Eberswalde zu begeben, und gleich wie ihr zu Angermünde mit Untersuchung der Rathäuslichen intraden [Einkünfte – F.G.] und administration des Magistrats den anfang gemacht, also auf ebenmäßige art auch zu Eberswalde die Untersuchung vorzunehmen«.[31] Das Ergebnis war recht ernüchternd: Es offenbarten sich Kapitalarmut und Unprofessionalität bei der Rechnungslegung. So hätten »die anwesenden nicht nachricht zu geben vermocht«. Der Bürgermeister schien sichtlich überfordert, einer der fünf Ratsherren sei dauerkrank, zwei weitere überaltert und der Stadtschreiber habe kürzlich »resigniret«.[32]

Auch in Strausberg[33] und Wriezen gaben in den 1690er Jahren die fehlende Professionalität im Finanzgebaren des Rates Veranlassung für eine kommissari-



Marktplatz in Eberswalde, um 1750.

sche Untersuchung. Neben der Ermahnung zur genauen Buchführung drängten die landesherrlichen Kommissare in Wriezen vor allem auch darauf, die der Stadtkämmerei zustehenden Einnahmen auch wirklich einzuziehen. Der Magistrat habe künftig mehr Obacht darauf zu legen, »damit die Cämmerey das ihrige vor woll bekomme«.[34] Finanzielle Verluste konnten sich auch aus der Konkurrenz zur wachsenden Hauptstadt Berlin-Cölln ergeben. Denn obgleich die Residenznähe für die Barnimer Kommunen durchaus wirtschaftliche Vorteile bringen konnte, waren auch gegenläufige Effekte nicht zu übersehen: So sahen sich die Bernauer Bürger durch die Berliner Konkurrenz stark beeinträchtigt, weil »hier viel fremdes Bier verzapft« werde.[35] Das Brauereiwesen stellte ja in allen Barnimer Städten ein wichtiges Gewerk dar. In Bernau, dessen Bier überregional vertrieben wurde, waren zum Beispiel bis zu 140 Bürger brauberechtigt. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts wurde im berühmten »Bier-Buch« des Heinrich Knaust gerühmt, dass »das Bernawisch Bier (…) einen großen Namen in der Marck und fast in ganz Sachsen« habe. Für die Qualität dieses Bieres spreche zudem, dass es selbst von der Hamburger Kaufmannschaft zu deren »ergetzung« bestellt werde.[36]

Die seit den 1680er Jahren arbeitenden landesherrlichen Untersuchungskommissionen hatten für etliche der von ihnen inspizierten Kommunen sogenannte »Ratsreglements« verfügt, die das städtische Finanzwesen auf eine stabilere Grundlage stellen sollten. Ein gewisser Erfolg dieser zunehmenden landesherrlichen Kontrolle stellte sich während der Regierungszeit Kurfürst Friedrichs III. (reg. 1688–1713) durchaus ein. Verfolgt man zum Beispiel die seit 1693 alle zwei Jahre durch landesherrliche Kommissionen abgenommenen Rechnungen der Stadtkämmerei von Wriezen, wird deutlich, dass die Beanstandungen zusehends geringer geworden waren. Auch erste Erfolge bei der Sanierung der Stadtfinanzen wurden nach wenigen Jahren sichtbar. 1703 belief sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben von 1.738 zu 1.601 Reichstaler.[37] Und auch mit Blick auf den beklagten Nepotismus bei der Besetzung der Ratsherrenstellen zeigten sich bereits um 1700 Veränderungen: Vermehrt konnte eine größere Mobilität infolge des Eintritts aus-

wärtiger Kandidaten in die Magistrate beobachtet werden. So übte etwa in Wriezen von 1678 bis 1715 der in Berlin-Cölln geborene Wilhelm de Reve das Bürgermeisteramt aus. Seine 1690 erfolgte Heirat mit der Tochter des Amtmannes des unmittelbar vor den Toren der Residenz liegenden Amtes Mühlenhof belegt seine nach wie vor bestehenden Verbindungen zur kurmärkischen Amtsträgerschaft auf mittlerer Ebene.[38] Die Herkunft der 1707 in Bernau amtierenden Magistratsmitglieder dokumentiert ebenfalls eine ausgeprägte regionale Heterogenität: Der Regierende Bürgermeister Simer kam aus Berlin, der »Neben-Bürgermeister« Nocrè war ein hugenottischer Zuwanderer, und der Kämmerer Zizo stammte ebenso wie der »Ratsverwandte« Rohn aus Kursachsen. Die restlichen Ratsmitglieder hatten ihre Herkunft im Anhaltinischen, in der Neumark und Vorpommern, und nur zwei waren gebürtige Bernauer Bürger.[39]

Somit erschienen also die ab 1719 unter König Friedrich Wilhelm I. (reg. 1713–1740) eingeleiteten gravierenden Veränderungen in der innerstädtischen Verfassungsstruktur nicht völlig voraussetzungslos, sondern wären auch als ein Reflex auf den schon lange zuvor in vielen Gravamina geäußerten Unmut des städtischen Bürgertums zu interpretieren. Diese Reformen führten flächendeckend zur Einführung der sogenannten Magistratsverfassung. Auch in den Barnimer Kommunen wurden nunmehr die jährlichen Ratswechsel aufgehoben und zugleich die Anzahl der Ratsmitglieder reduziert. Die kommunalen Finanzverhältnisse unterlagen einer strengeren Kontrolle – eine wichtige Rolle spielte hierbei der königliche Steuerrat. Für den geringeren Teil der Barnimer Städte wie Eberswalde, Freienwalde und Oderberg war der in Neustadt Eberswalde ansässige Steuerrat zuständig, die meisten Kommunen der beiden Barnimer Kreise standen indes unter der Ägide des Berliner Steuerrates.[40] Dieser königliche Amtsträger hatte mindestens zweimal im Jahr alle Kommunen seines Bezirkes zu inspizieren.[41] Die Stadträte verantworteten ihm gegenüber nicht nur die Rechnungslegung der Akzise-Einnahmen, sondern mussten auch Nachweise über Verpachtungen und andere Veräußerungen städtischen Besitzes vorlegen, denn dieser hatte sich im letzten Jahrhundert zum Teil erheblich reduziert.

Die Ausstrahlung der sich herausbildenden Berliner Residenzlandschaft

Die in den Barnimer Städten im Verlauf des 18. Jahrhunderts wachsende Einwohnerzahl resultierte jedoch nicht nur aus dem sich günstiger gestaltenden Verhältnis zwischen Mortalitäts- und Natalitätsziffern, also der »natürlichen« Regeneration innerhalb der Stadtbevölkerung, sondern war auch das Ergebnis weitgespannter königlicher Siedlungsmaßnahmen im Berliner Umland, die im Norden besonders markant ausfiel. So hatte die Einwohnerzahl im Niederbarnim zwischen 1734 und 1801 um 96 Prozent zugenommen, eine im Vergleich zu den anderen Berlin-nahen Kreisen sehr hohe Zuwachsrate.[42] Dies korrespondierte mit einer kontinuierlichen Zuwanderung in die Städte des Barnim. Die »Bürgerbücher«, in denen die Vergabe des Bürgerrechts vermerkt wurde, vermitteln zu dieser Problematik aufschlussreiche Informationen. Stellvertretend seien hier die Bürgerrechts-Verleihungen in Eberswalde für den Zeitraum zwischen 1724 und 1780 vorgestellt.[43] Der größte Teil der insgesamt 925 in den Genuss des Bürgerrechtes gelangten Personen kam aus weit entlegenen Orten außerhalb der Mark Brandenburg. Dies stellte eine Besonderheit in Eberswalde dar, da in den meisten anderen Kommunen Bürgerrechte vor allem an bereits in der Stadt geborene bzw. schon lange dort wohnende junge Männer verliehen wurden. Die wichtigste Herkunftsregion der 367 während des genannten Zeitraumes nach Eberswalde zugezogenen »ausländischen« Neubürger bildeten die sächsisch-thüringischen Landschaften. Im Zuge des Ausbaus des metallurgischen Gewerbes in dieser Stadt und ihrem Umland waren besonders Spezialisten (z. B. Messerschmiede) aus dem thüringischen Ruhla, aber auch aus Solingen gefragt, die sehr häufig in den Bürgerbüchern erwähnt wurden. Eine große Zahl von Bürgerrechtsverleihungen (285) erfolgte des Weiteren an Männer, die aus Eberswalde selbst stammten. Hier fand sich oft der Eintrag »ein Stadtkind«. 194 Personen kamen aus anderen brandenburgischen Landschaften, darunter etliche aus Berlin. Den geringsten Anteil an Verleihungen des Bürgerrechts (79) machten jene Kandidaten aus, die aus dem direkten ländlichen Umland nach Eberswalde gezogen waren. In kaum nennenswerter Zahl waren indes in Eberswalde ehemalige



Schloß Dammsmühle, 2019.



Schloss Grüntal, 2019.

Militärs unter den Neubürgern zu finden. Während zum Beispiel in der damals zum Oberbarnim zählenden Garnisonstadt Bad Freienwalde 26 verabschiedete Soldaten unter den Bürgerrechtsverleihungen auftauchten, was einem Anteil von 13 Prozent entsprach, spielte dies in den kleineren Garnisonen in Bernau und Eberswalde, wo zumeist nur einzelne Kompanien eines Infanterie-Regiments stationiert waren, nur eine geringe Rolle.[44]

Während des 18. Jahrhunderts differenzierte sich das Handwerk in den Barnimer Kommunen weiter aus, auch wenn die traditionelle agrarische Prägung in den kleineren Städten bestimmend blieb. Dies belegt die recht hohe Zahl der sogenannten »Ackerbürger«, die zugleich stets den wohlhabendsten und einflussreichsten Teil der Bürgerschaft bildeten. Diese Konstellation blieb in einigen Barnimer Städten, so in Wriezen, bis in das frühe 19. Jahrhundert erhalten. Dort kam zum Beispiel 1813 »kein einziger Handeltreibender auf einen Steuerbetrag von 100 Talern und mehr (…), dafür aber drei Braueigner«. Diese Berufsgruppe brachte »41,3 Prozent des Gesamtaufkommens der Stadt« auf![45] In Freienwalde und Oderberg blieb die Fischerei und der Fischhandel ein wichtiger Gewerbezweig, während sich in der Neustadt Eberswalde der seit dem 16. Jahrhundert zu beobachtende Trend der Entwicklung einer metallurgischen Industrie fortsetzte. Einige Gewerbezweige profitierten von Aufträgen für die preußische Armee, so zum Beispiel die Strausberger Tuchmacher, die Futterboi für die Uniformen herstellten.

Das Landratsamt

Auf dem Lande blieben die gutsherrschaftlichen Verhältnisse noch lange bestehen. Berühmt wurde der 1653 abgeschlossene Kurmärkische Landtagsrezess, in dem der Ritterschaft die rechtliche Verfügungsgewalt über ihre bäuerlichen Hintersassen belassen wurde, während diese dem Kurfürsten die finanziellen Mittel zum Aufbau des stehenden Heeres bewilligten. Auch wenn die Werte im Barnim nicht so hoch ausfielen wie in anderen märkischen Teillandschaften, war hier seit dem 16. Jahrhundert eine Reihe von bäuerlichen Besitzstellen in die Hände von Rittergutsbesitzern geraten. So hatte man bis 1670 im Niederbarnim auf diese Weise 30 Bauern- in Ritter-Hufen verwandelt.[46] Noch im Jahr 1744, als man behutsame Veränderungen in der Agrarverfassung in Angriff nehmen wollte, klagte der Oberbarnimer Kreistag: »Sollte dieses alles aufgehoben werden, so hat alle Untertänigkeit und zu leistender Gehorsam der Untertanen ein Ende, geschweige der hieraus folgenden fehlenden Dienste, so der Edelmann, wo er anders bestehen will, höchst benötiget.«[47] Der Landesherrschaft war aber aus fiskalischen Gründen zunehmend daran gelegen, diese Umsetzung kontributionspflichtiger Bauernhufen in steuerfreie Ritterhufen einzudämmen. Die relative Stärke der Ritterschaft spiegelte sich auch in der Verwaltungsorganisation der beiden Barnimer Kreise wider.[48] Vor allem in Gestalt des Landrates konnte der Barnimer Adel entscheidenden Einfluss ausüben. Denn obgleich es sich dabei

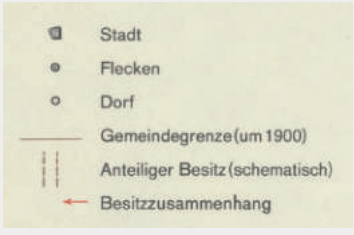
zum Teil um eine landesherrliche Charge handelte, erwarteten die kreisangesessenen Rittergutsbesitzer, aus deren Mitte der Landrat in der Regel gewählt wurde, von diesem eine Berücksichtigung ihrer Interessenlagen. Allerdings muss bedacht werden, dass den Landräten nur ein sehr kleiner, meist aus zwei bis drei Personen bestehender »Stab« von Gehilfen zur Verfügung gestanden hatte. Die Amtsgeschäfte führten sie in der Regel von ihrem Rittersitz aus, so wie etwa die Niederbarnimer Landräte Caspar Ernst von Platen auf Stolpe, Carl Gottlob von Nüßler auf Weißensee oder im Oberbarnimer Kreis der Landrat von Barfuß auf Möglin. Unterstützt von den in der Regel zweimal jährlich tagenden Kreisversammlungen, hatten diese Amtsträger eine Vielzahl von Entscheidungen zu treffen, so etwa für solche Infrastrukturmaßnahmen wie den Neubau bzw. Ausbesserung von Straßen und Brücken. Auch mussten sie auf jähes Unheil reagieren, beispielsweise auf Missernten, Viehsterben oder Überschwemmungen. Zu den Obliegenheiten der Landräte gehörten ferner die mit dem Kantonsystem in Verbindung stehenden Einquartierungs- und Rekrutierungsangelegenheiten. Besonderen Herausforderungen waren die kreisständischen Gremien während der Kriegszeiten ausgesetzt, auch wenn es im 18. Jahrhundert selten direkte Auswirkungen der militärischen Ereignisse auf das Barnimer Kreisgebiet gab. So klagte die Niederbarnimer Kreisversammlung während des Siebenjährigen Krieges (1756–1763), dass die Finanzen in solch schlechtem Zustand seien, dass das geforderte Kreis-Kontingent für Kavalleriegeld und die Versorgung der Landmiliz nicht aufgebracht werden könne.[49]

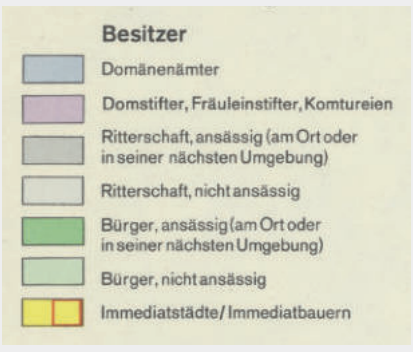
Angesichts der größer werdenden Sogwirkung Berlins zählten auch Teile des Barnim (vor allem des Niederbarnim) zu dem sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts herausbildenden »und auf die Residenzlandschaft (...) orientierten Konsumtions- und politischen Zentrum«.[50] Zu den Folgen gehörten erhebliche Preissteigerungen adliger Güter im Barnim, wie auch Besitzwechsel hier vergleichsweise häufig vorkamen. In der Tat hatten sich innerhalb der Struktur des Barnimer Adels gravierende Veränderungen vollzogen. Während in beiden Kreisen vor dem Dreißigjährigen Krieg die Ritterschaft noch 37 Geschlechter zählte, waren ein Jahrhundert später nur noch acht dieser Familien unter den dortigen Oberständen vertreten. 26 Adelsfamilien waren unterdessen neu in diese Teillandschaften gekommen, darunter solche Geschlechter, deren Angehörige in der Folgezeit ihre Karriere innerhalb der nahe gelegenen Berliner Hof- und Residenzgesellschaft vorantreiben konnten.[51]

Veränderungen im späten 18. Jahrhundert

Auch wenn es eher »ein stiller, ein schleichender Strukturwandel« war, den die märkischen Teillandschaften, so auch die beiden Barnimer Kreise, »vor und um 1800« erlebten – die Veränderungen waren kaum zu übersehen.[52] (Abb. Besitzstand um 1800) Dank der unmittelbaren Nähe zu Berlin blieben die Artikulationen einer räsonierenden Öffentlichkeit, die sich in vermehrten Eingaben, aber auch in Gesellenkrawallen äußern konnte, in den Barnimer Städten nicht ohne Widerhall.

Ebenso zeigten sich in der Landwirtschaft schon vor der Jahrhundertwende Vorboten der Moderne, die insbesondere zu einer allmählichen Erosion der starren gutsherrschaftlichen Verhältnisse führten. Diese Entwick-





Besitzstandsverhältnisse (Kartenausschnitt) in Brandenburg, um 1800.

Domänenämter

2 Badingen
4 Beeskow
7 Biesenthal
14 Chorin
23 Freienwalde
25 Fürstenwalde
28 Görlsdorf
30 Grimnitz
36 Köpenick
37 Altlandsberg
40 Liebenwalde
42 Löhme
44 Mühlenbeck
45 Mühlenhof
48 Neuenhagen
52 Niederschönhausen
53 Oranienburg
60 Rüdersdorf
65 Spandau
66 Stahnsdorf
73 Wriezen
75 Zehden

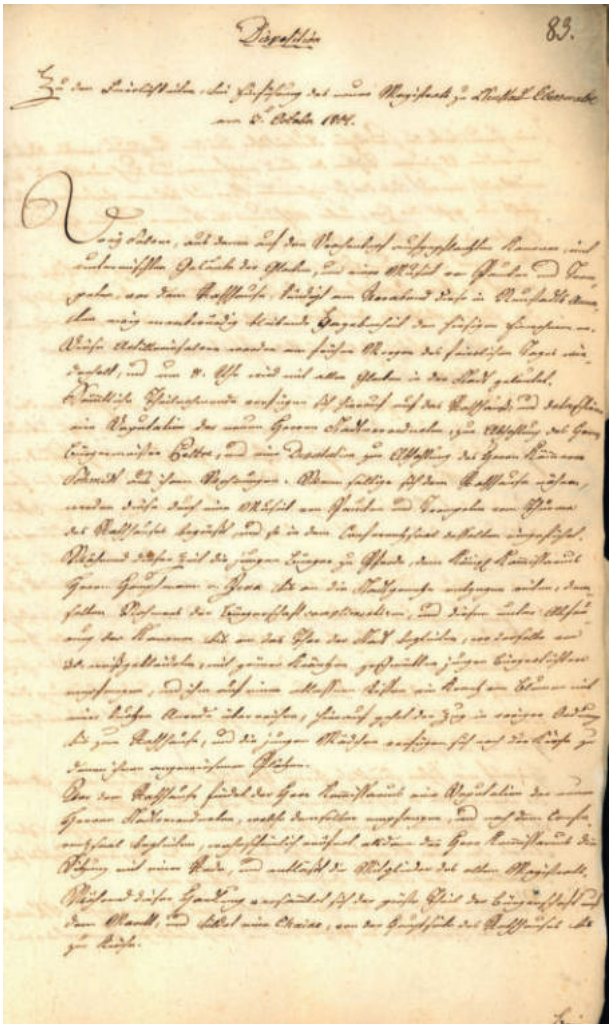

Schulamt Joachimsthal
Schul. Neuendorf
Universität Frankfurt
ANGERMÜNDE
ODERBERG
ZEHDEN
LIEBENWALDE
EBERSWALDE
FREIENWALDE
BIESENTHAL
BERNAU
WRIEZEN
STRAUSBERG
ALTLANDSBERG
MÜNCHEBERG
FÜRSTENWALDE
KÖPENICK
COLLN
BERLIN
JOACHIMSTHAL
Wolfsthal
Festungswerder
Hohen-Saathen
Neuenzoll
Hohen-Wutzen
Alt-Custrinchen
Neu-Custrinchen
Neuenhagen
Hoppegarten
Neuendorf im Sande
Braunsdorf
Kirchhofen
Langendamm
Rauen
Ketschendorf
Langewahl
Streitberg
Briesenluch
Neu Waltersdorf
Skaby
Friedrichshof
Uckeley
Hohen-Lehme
Brusendorf
Dahlewitz
Gr.-Kienitz
Rolzis
Glasow
Selchow
Waltersdorf
Waßmannsdorf
Diepensee
Schmöckwitz
Schmöckwitzerwerder
Rodeland
Schulzendorf
Zeuthen
Wernsdorf
Meiersdorf
Spreenhagen
Neu-Hartmannsdorf
Alt-Hartmannsdorf
Rauensche Ziegelei
Neu-Wulkow
Alt-Wulkow
Markgrafpieske
Petersdorf
Neu Madlitz
Berkenbrück
Falkenberg
Demnitz
Wilmersdorf
Georgenthal
Steinhöfel
Buchholz
Trebus
Hangelsberg
Neu Zittau
Freienbrink
Starkowfurt
Münchwinkel
Alt-Münchwinkel
Gosen
Bohnsdorf
Schmöckwitz
Schönefeld
Groß Ziethen
Klein-Ziethen
Rudow
Alt-Glienicke
Grünau
Adlershof
Johannisthal
Ndr. Schönweide
Britz
Rixdorf
Tempelhof
Treptow
Stralau
Rummelsburg
Rosenfelde (Friedr.-)
Bockshagen
Lichtenberg
Marzahn
Hohen-Schönhausen
Weißensee
Pankow
Blankenburg
Blankenfelde
Buchholz
Franz.
Schönerlinde
Wilhelmsruh
Schönwalde
Summt
Wittenau
Reinickendorf
Tegel
Hermsdorf
Frohnau
Hohen-Neuendorf
Bergfelde
Borgsdorf
Birkenwerder
Schildow
Wensickendorf
Basdorf
Zühlsdorf
Wandlitz
Klosterfelde
Prenden
Stolzenhagen
Lanke
Bernau
Ladeburg
Schönow
Zepernick
Börnicke
Wilmersdorf
Weesow
Lehme
Werneuchen
Seefeld
Wegendorf
Krummensee
Wesendahl
Hirschfelde
Heidekrug
Prötzel
Gielsdorf
Wilkendorf
Klosterdorf
Pritzhagen
Ballersdorf
Rüdnitz
Buchholz
Mehrow
Hönow
Seeberg
Radebrück
Eggersdorf
Neuenhagen
Fredersdorf
Petershagen
Rehfelde
Werder
Zinndorf
Hennickendorf
Tasdorf
Rüdersdorf
Lichtenow
Herzfelde
Kl.-Schönebeck
Hinterberge
Altegrund
Hortwinkel
Woltersdorf
Kagel
Liebenberg
Kienbaum
Gölsdorf
Heinersdorf
Tempelberg
Eggersdorf
Schönfelde
Jänickendorf
Beerfelde
All-Buchhorst
Grüneheide
Fangschleuse
Erkner
Rahnsdorf
Hessenwinkel
Neu Buchhorst
Gosen
Müggelheim
Grünau
Grünlinde
Friedrichshagen
Altes Schloß
Hasenholz
Gorzin
Obersdorf
Dahmsdorf
Trebnitz
Jahnsfelde
Behlendorf
Hasenfelde
Arensdorf
Buckow
Münchehofe
Hermersdorf
Wulkow
Rosenthal
Alt-
Neu-Hardenberg
Quappendorf
Karlsdorf
Friedland
Ringenwalde
Reichenberg
Grunow
Reichenow
Prädikow
Ihlow
Batzlow
Paulshof
Metzdorf
Neu-Trebbin
Trebbin
Herrenhof
Marienhof
Burgwall
Sutzin
Grube
Möglin
Sternebeck
Biesow
Dahl
Hornekop
Frankenfelde
Schulzendorf
Emilienhof
Künersdorf
Vevay
Neu-Biesdorf
Alt-Biesdorf
Lüdersdorf
Haselberg
Alt-Kietz
Wollenberg
Platz
Sonnenburg
Alt Gaul
Neu Gaul
Rathsdorf
Ranftsche Berge
Ranft
Alaunwerk
Gesundbrunnen
Tornow
Kölhen
Falkenberg
Broichsdorf
Hohenfinow
Neu Tornow
Schiffmühle
Gabow
Amalienhof
Karlswerk
Struvenberg
Brahlitz
Neuenhagen
Sommerfeld
Wolfswinkel
Marienwerder
Schöpfurth
Ruhlsdorf
Kienitz
Kupferhammer
Machenslust
Kahlenberg
Neuehütte
Sandkrug
Polenzwerder
Lichterfelde
Rosenbeck
Papiermühle
Holländ.
Klondorf
Böhmerheide
Werbellin
Altenhof
Golzow
Werbellin-See
Senftenhütte
Serwest
W. F. Buchholz
Bölkendorf
Parstein
Lüdersdorf
Lunow
Stolzenhagen
Bellinchen
Pehlitz
Broadwin
Chorinchen
Britz
Zaun
Liepe
Neuendorf
Hohen-
Schwein
Nieder-Lübbichow
Zachow
Karlstein
Grüneberg
Eichhorn
Rüdnitz
Gliezen
Alt-
Neu Rüdnitz
Brücken
Ferdinandshof
Gustebin
Neu-Lietzen
Alt-Wuttrow
Neu-Wuttrow
Hein-richshof
Rustenwerder
Eichwerder
Neu-Hardenberg
Tornow
Alt-Kietz
Neu-Kietz
Crussow
Stutzkow
Neu-
Alt-
Galow
Raduhn
Dobberzin
W. F. Schöneberg
W. F. Dessen
Crieven
Felchow
Flemsdorf
Zützen
Meyenburg
Berkholz
Pinnow
Frauenhagen
Ndr.-Landin
Mon Plaisir
Welsow
Bruchhagen
Peetzig
Kerkow
Mürbw
W. F. Görlsdorf
Neukünkendorf
Gelmersdorf
Herzsprung
Kl.-Ziethen
Gr.-Ziethen
Alt-Hüttendorf
W. F. Schmargendorf
W. F. Grumsin
Alt Künkendorf
Wolletz
Dobberzin
Parlow (Schmelze)
Mellin
Glambeck
Friedrichswalde
Ahlimbswalde
Reiersdorf
Ringenwalde
W. F. Pörstel
Neuhaus
W. F. Libbesicke
Ahlimbsmühle
W. F. Hohenwalde
Vietmannsdorf
Bassdorf
Storkow
Dargersdorf
W. F. Stempnitz
Hammelspring
Bebersee
Großväter
Kl. Dölln
Gr. Dölln
Dölln
Kurtschlag
Wesendorf
Grünewald
Bergluch
Trämmer
Schluft
Kappe
Krewelin
Uhlenhof
Höpen
Groß Schönebeck
Liebenthal
W. F. Drögnitz
Böhmerheide
Klondorf
Papiermühle
Holländ.
Rosenbeck
Hammer
Zerpenschleuse
Berg
Kienitz
Kreuzbruch
Ruhlsdorf
Marienwerder
Schöpfurth
Wolfswinkel
Steinfurth
Messingwerk
Heegermühle
Kahlenberg
Finow
Sommerfeld
Struvenberg
Karlswerk
Amalienhof
Schiffmühle
Gabow
Neu Tornow
Tornow
Hohenfinow
Broichsdorf
Falkenberg
Neu-Kietz
Alt-Kietz
FREIENWALDE
Crussow
Neu Custrinchen
Adlig-
Königl. Reetz
Alt-
Neu-
Alt-Gaul
Neu Gaul
Alt-Wuttrow
Alt-Mödewitz
Neu-
Alt-Kietz
Neu-Kietz
WRIEZEN
Eichwerder
Neu-Hardenberg
Thoringswerder
Lewin
Neu-Biesdorf
Alt-
Vevay
Schulzendorf
Emilienhof
Künersdorf
Frankenfelde
Sternebeck
Biesow
Dahl
Hornekop
Möglin
Neu-Trebbin
Trebbin
Herrenhof
Marienhof
Burgwall
Sutzin
Grube
Metzdorf
Paulshof
Reichenow
Prädikow
Ihlow
Batzlow
Friedland
Ringenwalde
Reichenberg
Grunow
Karlsdorf
Quappendorf
(Quilitz)
Neu-Hardenberg
Pritzhagen
Ballersdorf
Rüdnitz
Buchholz
Hermersdorf
Wulkow
Münchehofe
Obersdorf
Dahmsdorf
Trebnitz
Jahnsfelde
Behlendorf
Hasenfelde
Arensdorf
Buckow
Hasenholz
Gorzin
W. F. Sieversdorf
Gorzau
Anitz
W. F. Schlagenthin
Bienenwerder
Hoppegarten
Eggersdorf
Schönfelde
Gölsdorf
Heinersdorf
Tempelberg
Jänickendorf
Beerfelde
Buchholz
Steinhöfel
Georgenthal
Wilmersdorf
Demnitz
Alt-
Falkenberg
Neu Madlitz
Berkenbrück
Rauensche Ziegelei
Ketschendorf
Langewahl
Streitberg
Ketzdorf
Petersdorf
Briesenluch
Neu Waltersdorf
Skaby
Friedrichshof
Uckeley
Hohen-Lehme
Brusendorf
Dahlewitz
Gr.-Kienitz
Rolzis
Glasow
Selchow
Waltersdorf
Waßmannsdorf
Diepensee
Schmöckwitz
Schmöckwitzerwerder
Rodeland
Schulzendorf
Zeuthen
Wernsdorf
Meiersdorf
Spreenhagen
Neu-Hartmannsdorf
Alt-Hartmannsdorf
Rauensche Ziegelei
Neu-Wulkow
Alt-Wulkow
Markgrafpieske
Petersdorf
Neu Madlitz
Berkenbrück
Falkenberg
Demnitz
Wilmersdorf
Georgenthal
Steinhöfel
Buchholz
Trebus
Hangelsberg
Neu Zittau
Freienbrink
Starkowfurt
Münchwinkel
Alt-Münchwinkel
Gosen
Bohnsdorf
Schmöckwitz
Schönefeld
Groß Ziethen
Klein-Ziethen
Rudow
Alt-Glienicke
Grünau
Adlershof
Johannisthal
Ndr. Schönweide
Britz
Rixdorf
Tempelhof
Treptow
Stralau
Rummelsburg
Rosenfelde (Friedr.-)
Bockshagen
Lichtenberg
Marzahn
Hohen-Schönhausen
Weißensee
Pankow
Blankenburg
Blankenfelde
Buchholz
Franz.
Schönerlinde
Wilhelmsruh
Schönwalde
Summt
Wittenau
Reinickendorf
Tegel
Hermsdorf
Frohnau
Hohen-Neuendorf
Bergfelde
Borgsdorf
Birkenwerder
Schildow
Wensickendorf
Basdorf
Zühlsdorf
Wandlitz
Klosterfelde
Prenden
Stolzenhagen
Lanke
Bernau
Ladeburg
Schönow
Zepernick
Börnicke
Wilmersdorf
Weesow
Lehme
Werneuchen
Seefeld
Wegendorf
Krummensee
Wesendahl
Hirschfelde
Heidekrug
Prötzel
Gielsdorf
Wilkendorf
Klosterdorf
Pritzhagen
Ballersdorf
Rüdnitz
Buchholz
Mehrow
Hönow
Seeberg
Radebrück
Eggersdorf
Neuenhagen
Fredersdorf
Petershagen
Rehfelde
Werder
Zinndorf
Hennickendorf
Tasdorf
Rüdersdorf
Lichtenow
Herzfelde
Kl.-Schönebeck
Hinterberge
Altegrund
Hortwinkel
Woltersdorf
Kagel
Liebenberg
Kienbaum
Gölsdorf
Heinersdorf
Tempelberg
Eggersdorf
Schönfelde
Jänickendorf
Beerfelde
All-Buchhorst
Grüneheide
Fangschleuse
Erkner
Rahnsdorf
Hessenwinkel
Neu Buchhorst
Gosen
Müggelheim
Grünau
Grünlinde
Friedrichshagen
Altes Schloß
Hasenholz
Gorzin
Obersdorf
Dahmsdorf
Trebnitz
Jahnsfelde
Behlendorf
Hasenfelde
Arensdorf
Buckow
Münchehofe
Hermersdorf
Wulkow
Rosenthal
Alt-
Neu-Hardenberg
Quappendorf
Karlsdorf
Friedland
Ringenwalde
Reichenberg
Grunow
Reichenow
Prädikow
Ihlow
Batzlow
Paulshof
Metzdorf
Neu-Trebbin
Trebbin
Herrenhof
Marienhof
Burgwall
Sutzin
Grube
Möglin
Sternebeck
Biesow
Dahl
Hornekop
Frankenfelde
Schulzendorf
Emilienhof
Künersdorf
Vevay
Neu-Biesdorf
Alt-
Lüdersdorf
Haselberg
Alt-Kietz
Wollenberg
Platz
Sonnenburg
Alt Gaul
Neu Gaul
Rathsdorf
Ranftsche Berge
Ranft
Alaunwerk
Gesundbrunnen
Tornow
Kölhen
Falkenberg
Broichsdorf
Hohenfinow
Neu Tornow
Schiffmühle
Gabow
Amalienhof
Karlswerk
Struvenberg
Brahlitz
Neuenhagen
Sommerfeld
Wolfswinkel
Marienwerder
Schöpfurth
Ruhlsdorf
Kienitz
Kupferhammer
Machenslust
Kahlenberg
Neuehütte
Sandkrug
Polenzwerder
Lichterfelde
Rosenbeck
Papiermühle
Holländ.
Klondorf
Böhmerheide
Werbellin
Altenhof
Golzow
Werbellin-See
Senftenhütte
Serwest
W. F. Buchholz
Bölkendorf
Parstein
Lüdersdorf
Lunow
Stolzenhagen
Bellinchen
Pehlitz
Broadwin
Chorinchen
Britz
Zaun
Liepe
Neuendorf
Hohen-
Schwein
Nieder-Lübbichow
Zachow
Karlstein
Grüneberg
Eichhorn
Rüdnitz
Gliezen
Alt-
Neu Rüdnitz
Brücken
Ferdinandshof
Gustebin
Neu-Lietzen
Alt-Wuttrow
Neu-Wuttrow
Hein-richshof
Rustenwerder
Eichwerder
Neu-Hardenberg
Tornow
Alt-Kietz
Neu-Kietz
Crussow
Stutzkow
Neu-
Alt-
Galow
Raduhn
Dobberzin
W. F. Schöneberg
W. F. Dessen
Crieven
Felchow
Flemsdorf
Zützen
Meyenburg
Berkholz
Pinnow
Frauenhagen
Ndr.-Landin
Mon Plaisir
Welsow
Bruchhagen
Peetzig
Kerkow
Mürbw
W. F. Görlsdorf
Neukünkendorf
Gelmersdorf
Herzsprung
Kl.-Ziethen
Gr.-Ziethen
Alt-Hüttendorf
W. F. Schmargendorf
W. F. Grumsin
Alt Künkendorf
Wolletz
Dobberzin
Parlow (Schmelze)
Mellin
Glambeck
Friedrichswalde
Ahlimbswalde
Reiersdorf
Ringenwalde
W. F. Pörstel
Neuhaus
W. F. Libbesicke
Ahlimbsmühle
W. F. Hohenwalde
Vietmannsdorf
Bassdorf
Storkow
Dargersdorf
W. F. Stempnitz
Hammelspring
Bebersee
Großväter
Kl. Dölln
Gr. Dölln
Dölln
Kurtschlag
Wesendorf
Grünewald
Bergluch
Trämmer
Schluft
Kappe
Krewelin
Uhlenhof
Höpen
Groß Schönebeck
Liebenthal
W. F. Drögnitz
Böhmerheide
Klondorf
Papiermühle
Holländ.
Rosenbeck
Hammer
Zerpenschleuse
Berg
Kienitz
Kreuzbruch
Ruhlsdorf
Marienwerder
Schöpfurth
Wolfswinkel
Steinfurth
Messingwerk
Heegermühle
Kahlenberg
Finow
Sommerfeld
Struvenberg
Karlswerk
Amalienhof
Schiffmühle
Gabow
Neu Tornow
Tornow
Hohenfinow
Broichsdorf
Falkenberg
Neu-Kietz
Alt-Kietz
FREIENWALDE
Crussow
Neu Custrinchen
Adlig-
Königl. Reetz
Alt-
Neu-
Alt-Gaul
Neu Gaul
Alt-Wuttrow
Alt-Mödewitz
Neu-
Alt-Kietz
Neu-Kietz
WRIEZEN
Eichwerder
Neu-Hardenberg
Thoringswerder
Lewin
Neu-Biesdorf
Alt-
Vevay
Schulzendorf
Emilienhof
Künersdorf
Frankenfelde
Sternebeck
Biesow
Dahl
Hornekop
Möglin
Neu-Trebbin
Trebbin
Herrenhof
Marienhof
Burgwall
Sutzin
Grube
Metzdorf
Paulshof
Reichenow
Prädikow
Ihlow
Batzlow
Friedland
Ringenwalde
Reichenberg
Grunow
Karlsdorf
Quappendorf
(Quilitz)
Neu-Hardenberg
Pritzhagen
Ballersdorf
Rüdnitz
Buchholz
Hermersdorf
Wulkow
Münchehofe
Obersdorf
Dahmsdorf
Trebnitz
Jahnsfelde
Behlendorf
Hasenfelde
Arensdorf
Buckow
Hasenholz
Gorzin
W. F. Sieversdorf
Gorzau
Anitz
W. F. Schlagenthin
Bienenwerder
Hoppegarten
Eggersdorf
Schönfelde
Gölsdorf
Heinersdorf
Tempelberg
Jänickendorf
Beerfelde
Buchholz
Steinhöfel
Georgenthal
Wilmersdorf
Demnitz
Alt-
Falkenberg
Neu Madlitz
Berkenbrück
Rauensche Ziegelei
Ketschendorf
Langewahl
Streitberg
Ketzdorf
Petersdorf
Briesenluch
Neu Waltersdorf
Skaby
Friedrichshof
Uckeley
Hohen-Lehme
Brusendorf
Dahlewitz
Gr.-Kienitz
Rolzis
Glasow
Selchow
Waltersdorf
Waßmannsdorf
Diepensee
Schmöckwitz
Schmöckwitzerwerder
Rodeland
Schulzendorf
Zeuthen
Wernsdorf
Meiersdorf
Spreenhagen
Neu-Hartmannsdorf
Alt-Hartmannsdorf
Rauensche Ziegelei
Neu-Wulkow
Alt-Wulkow
Markgrafpieske
Petersdorf
Neu Madlitz
Berkenbrück
Falkenberg
Demnitz
Wilmersdorf
Georgenthal
Steinhöfel
Buchholz
Trebus
Hangelsberg
Neu Zittau
Freienbrink
Starkowfurt
Münchwinkel
Alt-Münchwinkel
Gosen
Bohnsdorf
Schmöckwitz
Schönefeld
Groß Ziethen
Klein-Ziethen
Rudow
Alt-Glienicke
Grünau
Adlershof
Johannisthal
Ndr. Schönweide
Britz
Rixdorf
Tempelhof
Treptow
Stralau
Rummelsburg
Rosenfelde (Friedr.-)
Bockshagen
Lichtenberg
Marzahn
Hohen-Schönhausen
Weißensee
Pankow
Blankenburg
Blankenfelde
Buchholz
Franz.
Schönerlinde
Wilhelmsruh
Schönwalde
Summt
Wittenau
Reinickendorf
Tegel
Hermsdorf
Frohnau
Hohen-Neuendorf
Bergfelde
Borgsdorf
Birkenwerder
Schildow
Wensickendorf
Basdorf
Zühlsdorf
Wandlitz
Klosterfelde
Prenden
Stolzenhagen
Lanke
Bernau
Ladeburg
Schönow
Zepernick
Börnicke
Wilmersdorf
Weesow
Lehme
Werneuchen
Seefeld
Wegendorf
Krummensee
Wesendahl
Hirschfelde
Heidekrug
Prötzel
Gielsdorf
Wilkendorf
Klosterdorf
Pritzhagen
Ballersdorf
Rüdnitz
Buchholz
Mehrow
Hönow
Seeberg
Radebrück
Eggersdorf
Neuenhagen
Fredersdorf
Petershagen
Rehfelde
Werder
Zinndorf
Hennickendorf
Tasdorf
Rüdersdorf
Lichtenow
Herzfelde
Kl.-Schönebeck
Hinterberge
Altegrund
Hortwinkel
Woltersdorf
Kagel
Liebenberg
Kienbaum
Gölsdorf
Heinersdorf
Tempelberg
Eggersdorf
Schönfelde
Jänickendorf
Beerfelde
All-Buchhorst
Grüneheide
Fangschleuse
Erkner
Rahnsdorf
Hessenwinkel
Neu Buchhorst
Gosen
Müggelheim
Grünau
Grünlinde
Friedrichshagen
Altes Schloß



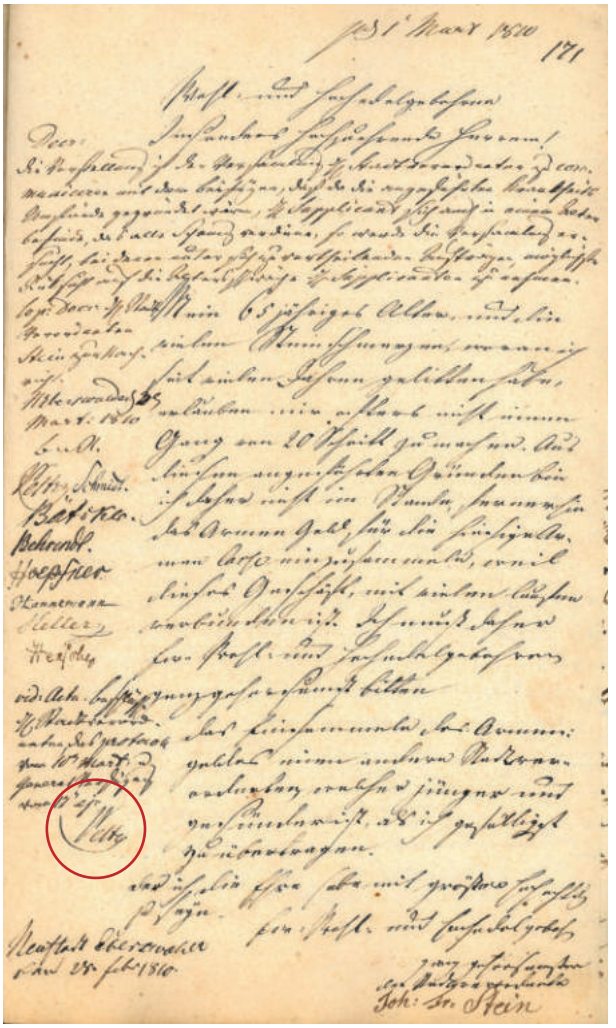
Das Gutshaus Möglin, um 1900.



Albrecht Daniel Thaer (14. Mai 1752 bis 26. Oktober 1828).



Disposition zu den Feierlichkeiten anlässlich der Einführung des neuen Magistrats zu Neustadt Eberswalde am 3. Oktober 1809.

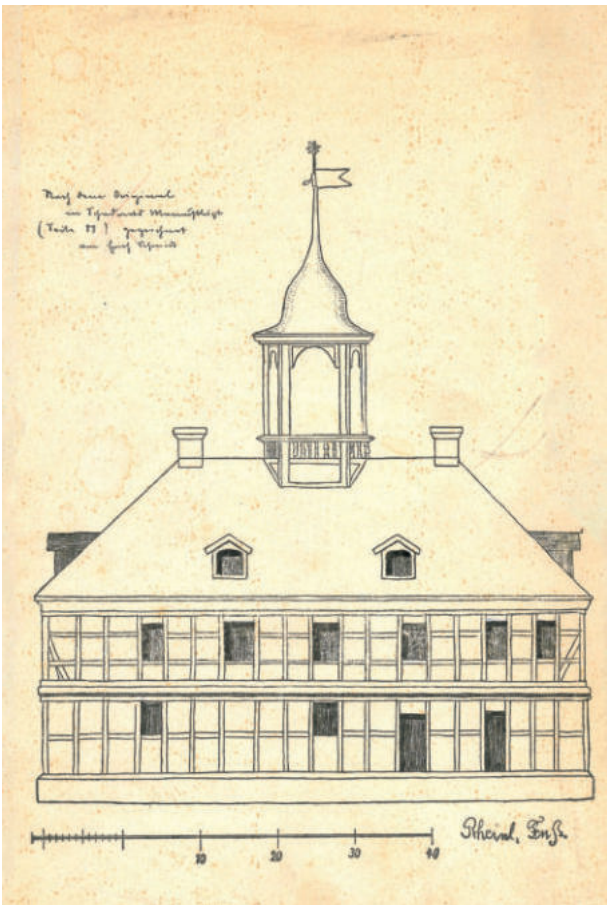


Verteilung städtischer Aufgaben an die Stadtverordneten, mit Unterschrift von Bürgermeister Peltre, März 1810.

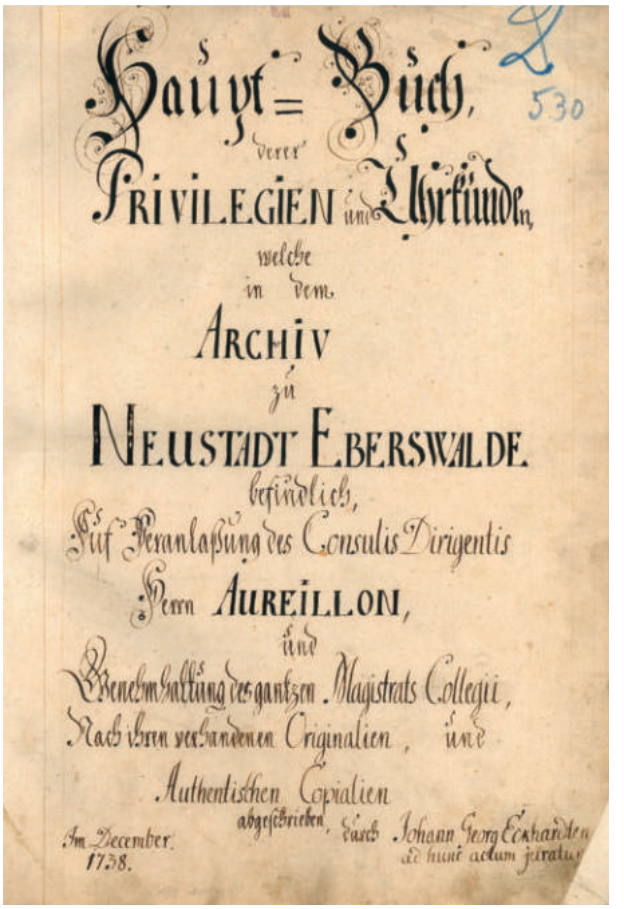
lung war nicht nur auf den königlichen Domänen des Niederbarnim, wie etwa in Mühlenbeck oder (Nieder-) Schönhausen zu beobachten, auch einige adlige Rittergutsbesitzer erwiesen sich auf diesem Terrain als recht experimentierfreudig. Allen voran ging Helene Charlotte von Friedland, bekannt als die berühmte »Frau von Friedland«, die gemeinsam mit ihrem Schwiegersohn P. L. von Itzenplitz die Gutsherrschaften Friedland und Cunersdorf umgestaltete und ihre Bauern von den Dienst-Leistungen ablöste. Eine besondere Wirkung erzielte der auf Möglin (Oberbarnim) ansässige Albrecht Daniel Thaer, der nicht nur neue Anbaumethoden, wie etwa die Fruchtwechselwirtschaft, popularisierte oder neue technische Geräte ausprobierte, sondern sich vor allem für die Einführung kapitalistischer Produktionsmethoden einsetzte.[53]

Die Niederlage gegen die napoleonische Armee 1806 kam für Preußen überraschend; nicht nur die politisch-höfische Elite in der Berliner Residenz, auch die Bevölkerung des Umlandes wurde schlichtweg überrumpelt von den Zeitläuften und dem kurz darauf fast widerstandslos erfolgenden Einmarsch der französischen Truppen in die Mark Brandenburg.

Unterdessen vollzogen sich in den nächsten Jahren die berühmten preußischen Reformen, die auch das Bild der brandenburgischen Gesellschaft merklich zu verändern begannen. Mit dem Oktoberedikt von 1807 setzte die Aufhebung der »Erbuntertänigkeit« ein, wie man die Leibeigenschaftsverhältnisse in der Mark bezeichnete. Es sollte allerdings noch bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts dauern, bis der Prozess der Ablösung der Landbevölkerung von feudalen Leistungen abgeschlossen war. In den brandenburgischen Kommunen stellten ab Ende des Jahres 1808 »Städteordnungen« einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der kommunalen



Rathaus Eberswalde, 1773.



Titelblatt Hauptbuch Archiv Neustadt Eberswalde, im Dezember 1738.

Selbstverwaltung dar. Das Stimmungsbild innerhalb der Stadtbevölkerung im Vorfeld dieser Veränderungen war allerdings ambivalent, wie aus dem Bericht des Eberswalder Steuerrates Laue hervorging: demnach erwarte zwar ein Teil der Einwohnerschaft sehnsüchtig die Einführung der Städteordnung, »wo sie in Wirklichkeit gesetzt werden wird, und ihr Ehrgeiz sieht sie schon als Magistrats-Personen, Districts-Vorsteher, Stadtverordneten; (...) andere bezweifeln gänzlich die Nothwendigkeit, Nützlichkeit und Ausführbarkeit derselben und wünschen die Beibehaltung der alten Ordnung der Dinge und seit Jahrhunderten bewährt gefundenen alten Verfassung«. Zur ersten Gruppe gehörten nach Auffassung des Steuerrates jene, »die sich von jeher als unruhige Bürger ausgezeichnet« hätten. Demnach erhob man Bedenken gegen zu weitgehende Vollmachten der künftigen Stadtverordneten. Zudem wurde bezweifelt, dass die »Bildung und Aufklärung des gemeinen Bürgers, vorzüglich in denen mittleren und kleinen Städten (...) soweit vorgerückt [sei], daß sie die Qualifikation eines Magistratsgliedes oder Stadtverordneten (...) zu beurtheilen wissen«. Diese Einwände des Eberswalder Steuerrates wurden jedoch seitens der die Reformen vorantreibenden Berliner Staatsbürokratie mit dem Bemerken zurückgewiesen, dass »Ihr voraussetzen müßt, daß solche (Bedenken – F.G.) vor der Vollziehung derselben (der Städteordnung – F.G.] werden erwogen worden seyn. Ihr habt es Euch bloß zur Pflicht zu machen, die Euch in dieser Angelegenheit gewordenen Anordnungen genau und schleunig zu befolgen.«[54]

Ungeachtet dieser Diskussionen wurden die Städteordnungen wie geplant eingeführt. Sie gaben der Bevölkerung das Recht, Stadtverordnetenversammlungen zu wählen, wenngleich sich der Staat solche Bereiche wie die Polizei seiner Kontrolle vorbehielt. Die im Zuge der Gewerbereform verfügte Aufhebung der Zünfte sollte eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung eines wirtschaftlichen Klimas bieten, das zunehmend durch freien Wettbewerb charakterisiert wurde.

1 Vgl. Otto Hintze, Die Wurzeln der Kreisverfassung in den Ländern des nordöstlichen Deutschlands, in: Gerhard Oestreich, Gesammelte Abhandlungen. Bd. 1: Staat und Verfassung (= Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte), Göttingen 1962, S. 176–205.
2 Max Haselberger (bearb. nach Urkunden und amtlichen Quellen), Woltersdorf (Kr. Niederbarnim). Die 700jährige Geschichte eines märkischen Dorfes, o. O. 1931, S. 23.
3 Vgl. hierzu: Richard Dietrich, Die Städte Brandenburgs im 16. Jahrhundert, in: Wilhelm Rausch (Hrsg.), Die Stadt an der Schwelle zur Neuzeit, Linz/Donau 1980, S. 153–191, v. a. S. 172 ff.
4 Vgl. Wolfgang Neugebauer, Marktbeziehung und Desintegration. Vergleichende Studien zum Regionalismus in Brandenburg und Preußen vom 16. bis zum frühen 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 45 (1999), S. 157–207, hier S. 166.
5 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (nachfolgend GStA PK) I. HA Rep. 21, Nr. 104 (1306–1668), unpag.
6 Vgl. Rolf Barthel, Struzeberg – Strausberg. Von der Markgrafenburg zum Generalstabsquartier, Strausberg 1995, S. 24.
7 Vgl. Martin Haß, Die kurmärkischen Stände im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts, München/Leipzig 1913, S. 145.
8 Vgl. Gerd Heinrich, Neue Kirchenordnung und »stille« Reformation. Die Landesfürsten und die »Luthersache« in der Mark Brandenburg, in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 57 (1989), S. 65–98.
9 Vgl. Felix Engel, Stadt und Reformation in der Mark Brandenburg, Phil. Diss, Potsdam 2018, S. 110.
10 Adolph Friedrich Riedel (Hrsg.), Codex Diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, A 24, Berlin 1863, S. 494.
11 Eine durch Christiane Schuchard vorbereitete Edition der mittelmärkischen Visitationsakten steht kurz vor dem Abschluss.
12 Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Winfried Schich (Hrsg.), Brandenburgisches Klosterbuch. Handbuch der Klöster, Stifte und Kommenden bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, Bd. 1, Berlin 2007, S. 329–353, hier S. 332 f.
13 Zit. nach Engel, Stadt und Reformation, S. 132.
14 Zit. nach Ernst Walter Zeeden, Katholische Überlieferungen in den lutherischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts, Münster 1959, S. 56.
15 GStA PK I. HA Rep. 47 M 8 »Malchow«, unpag.
16 Vgl. Ilona Rohowski, Landkreis Barnim. T. 1: Stadt Eberswalde (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale in Brandenburg, Bd. 5.1), Worms am Rhein 1997, S. 50.
17 Otto Hintze, Der Ursprung des preußischen Landratsamtes in der Mark Brandenburg, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 28(1915), S. 357–422, hier S. 395 f.
18 Vgl. zu ihm ausführlich Frank Göse, Der erste brandenburg-preußische Generalfeldmarschall Otto Christoph Freiherr von Sparr 1605–1668, Berlin 2006.

19 Vgl. hierzu ebd., S. 27–29.
20 Vgl. Rudolf Schmidt (bearb. im Auftrag des Kreisausschusses des Kreises Oberbarnim), Werneuchen – Weesow – Willmersdorf – Wegendorf – Wesendahl. Heimatkundliche Mitteilungen, Freienwalde (Oder) 1925, S. 23.
21 Lieselott Enders/Evamaria Engel/Gerd Heinrich/Winfried Schich (Hrsg.), Städtebuch Brandenburg und Berlin (= Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Bd. 2), Stuttgart 2000, S. 11.
22 Zit. nach Haselberger, Woltersdorf, S. 27.
23 Zahlen nach Günther Franz, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte (= Arbeiten zur Landes- und Volksforschung, Bd. 6), 2. verm. Aufl., Jena 1943, S. 24.
24 Vgl. hierzu jüngst: Matthias Asche, Neusiedler im verheerten Land – Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006, S. 134ff., 522ff. u. ö.
25 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (nachfolgend BLHA) Rep. 8 Eberswalde Nr. 2, Bl. 5.
26 Vgl. Rohowski, Landkreis Barnim, S. 16f. und 40.
27 Vgl. Harald Bodenschatz/Werner Lorenz/Carsten Seifert, Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie, Berlin 1998, S. 14–17.
28 Neugebauer, Marktbeziehung, S. 167.
29 Vgl. Siegfried Passow, Ein märkischer Rittersitz. Aus der Orts- und Familien-Chronik eines Dorfes. Bd. 1, Eberswalde 1907, S. 171.
30 Vgl. übergreifend dazu: Frank Göse, Die Städtepolitik Friedrich Wilhelms I., in: Hans-Christof Kraus/Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Historiker und Archivar im Dienste Preußens. Festschrift für Jürgen Kloosterhuis, Berlin 2015, S. 63–101.
31 GStA PK I. HA Rep. 21 Nr. 104 (1682–1722), Bl. 2.
32 Ebd., Bl. 5f.
33 Vgl. Bartel, Strausberg, S. 61ff.
34 BLHA Rep. 8 Wriezen Nr. 137, Bl. 3.
35 GStA PK I. HA Rep. 21 Nr. 12, unpag.
36 Heinrich Knaust, Fünff Bücher Von der Göttlichen und Edlen Gabe der Philosophischen, hochthewren und wunderbaren Kunst Bier zu brauen (...). Drittes Buch, Erfurt 1575, unpag. [hier zit. nach der Ausgabe von 1614].
37 BLHA Pr. Br. Rep. 8 Wriezen Nr. 137, Bl. 23.
38 Rudolf Schmidt, Wriezen. Geschichte der Stadt in Einzeldarstellungen, Bd. 1, Bad Freienwalde 1931, S. 59.
39 BLHA Rep. 10 C Bernau U 8, Bl. 7.
40 Vgl. zu seinen Kompetenzen und der in der jüngeren Forschung etwas abwägenderen Bewertung seiner Stellung zwischen den städtischen Magistraten und der Zentralverwaltung: Gerd Heinrich, Staatsaufsicht und Stadtfreiheit in Brandenburg-Preußen unter dem Absolutismus (1660–1806), in: Wilhelm Rausch (Hrsg.), Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert, Linz (Donau) 1981, S. 155–177, hier S. 165.
41 Vgl. Rolf Straubel, Adlige und bürgerliche Beamte in der friderizianischen Justiz- und Finanzverwaltung. Ausgewählte Aspekte eines sozialen Umschichtungsprozesses und seiner Hintergründe 1740–1806 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 59), Berlin 2010, S. 175.
42 Felix Escher, Berlin und sein Umland (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 47), Berlin 1985, S. 131.
43 Zahlen nach: Kreisarchiv Barnim A. II. HistAE 6774, Bl. 132–279.
44 Die Zahlen zu Bad Freienwalde nach Rudolf Schmidt (Bearb.), Bad Freienwalde. Geschichte der Stadt in Einzeldarstellungen, Bd. 2, Bad Freienwalde 1935, S. 253–260. Vgl. hierzu übergreifend die für diese Thematik von Otto Büsch erarbeitete Karte: Garnisonen und Garnisonsorte in Brandenburg 1640–1806 (= Historischer Handatlas für Brandenburg und Berlin, Lfg. 17), Berlin 1967.
45 Rolf Straubel, Kaufleute und Manufakturunternehmer. Eine empirische Untersuchung über die sozialen Träger von Handel und Großgewerbe in den mittleren preußischen Provinzen (1763 bis 1815), Stuttgart 1995, S. 323.
46 Vgl. Carl Ludwig August von Eickstedt, Beiträge zu einem neueren Landbuch der Marken Brandenburg, Magdeburg 1840, S. 361f.
47 BLHA Rep. 2 S 1905, unpag.
48 Vgl. hierzu ausführlich Frank Göse, Die Barnimer Kreisverwaltungen des 18. Jahrhunderts im Spannungsfeld von Ständeinteressen und staatlicher Reglementierung, in: Klaus Neitmann/Brigitta Heine (Hrsg.), Kreise und Landräte auf dem Barnim vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin 2015, S. 34–48.
49 Vgl. GStA PK II. HA, Tit. CCXXXVI Niederbarnim Nr. 2, unpag.
50 Neugebauer, Marktbeziehung, S. 177.
51 Zahlen nach Peter-Michael Hahn, Neuzeitliche Adelskultur in der Provinz Brandenburg, in: ders./Hellmut Lorenz (Hrsg.), Herrenhäuser in Brandenburg und der Niederlausitz. Kommentierte Neuausgabe des Ansichtswerks von Alexander Duncker, Bd. 1, Berlin 2000, S. 19–57, hier S. 32.
52 Wolfgang Neugebauer, Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert, in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 382.
53 Vgl. Hans-Heinrich Müller, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Potsdam 1967, S. 126–129.
54 BLHA Rep. 2A Regierung Potsdam I KOM Nr. 119, Bl. 115–154.

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

No. 9.

(No. 287.) Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Behörden. Vom 30sten April 1815.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc.

Bei der definitiven Besitznahme der mit Unserer Monarchie vereinigten Provinzen, sind Wir zugleich darauf bedacht gewesen, den Provinzial-Behörden in dem ganzen Umfange Unserer Staaten, eine vereinfachte und verbesserte Einrichtung zu geben, ihre Verwaltungsbezirke zweckmäßig einzutheilen, und in dem Geschäftsbetriebe selbst, mit der kollegialischen Form, welche Achtung für die Verfassung, Gleichförmigkeit des Verfahrens, Liberalität und Unpartheilichkeit sichert, alle Vortheile der freien Benutzung des persönlichen Talents und eines wirksamen Vertrauens zu verbinden.

Wir haben dabei alle ältere, durch Erfahrung bewährt gefundene Einrichtungen bestehen lassen, und sind bei den hinzugefügten neuern Bestimmungen von dem Grundsatze ausgegangen, jedem Haupt-Administrationszweige durch eine richtig abgegrenzte kraftvolle Stellung der Unterbehörden, eine größere Thätigkeit zu geben, das schriftliche Verfahren abzukürzen, die minder wichtigen Gegenstände ohne zeitraubende Formen zu betreiben, dagegen aber für alle wichtigen Landesgeschäfte eine desto reifere und gründlichere Berathung eintreten zu lassen, um dadurch die, in Unserer Kabinets-Ordre vom 3ten Juni v. J., über die neue Organisation der Ministerien, angedeuteten Zwecke durch ein harmonisches Zusammenwirken aller Staatsbehörden desto gewisser zu erreichen.

Gesetz zur Neuorganisation der preußischen Verwaltung auf Provinzebene, 1815.

(Ausgegeben zu Berlin den 8ten Juli 1815.)

Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1815 bis 1945/52

Wolfgang Blöß

Der Verwaltungsraum im Lauf der Zeit

Nach dem Sieg gegen Napoleon schickte man sich in Preußen an, das in den Jahren seit 1807 mit Bauernbefreiung, Städteordnung und Neuaufbau des zentralen Staatsapparates Begonnene zu vollenden. Da Verwaltung[1] an Grenzen gebunden ist, soll als Einstimmung und Rahmen zunächst ein Überblick über die wechselvolle Grenzgeschichte der Barnim-Kreise vermittelt werden. Erhebliche Landgewinne – für Brandenburg große Teile der Lausitz und das Gebiet um Belzig – mussten eingeordnet, die regionalen Verwaltungsstrukturen modernisiert werden. Reformatorischer Schwung allerdings war unter den von den Beschlüssen des Wiener Kongresses gespeisten, wie Meltau über Europa lastenden, Restaurationsbestrebungen erstickt worden. Aus Landesteilen wurden in Regierungsbezirke geteilte Provinzen. Nach der von der »Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden« vom 30. April 1815[2] ausgegebenen Devise »In der Regel soll die schon stattfindende Einteilung beibehalten werden«, bestanden die Kreise als politische Machtbasis des grundbesitzenden herrschenden Adels in ihrer überkommenen Einteilung fort, so auch die beiden Barnim-Kreise. Sie wurden dem Regierungsbezirk Potsdam zugeordnet. Zwischen beiden und anderen Nachbarkreisen kam es lediglich zu kleineren Grenzänderungen. Bis zum Ende Preußens und darüber hinaus wurde an dieser Strategie festgehalten. Die über einen Zeitraum von fast 150 Jahren vorgenommenen Änderungen waren deshalb marginaler Natur. Sie folgten Bestrebungen, Zipfel und Ausbuchtungen zu beseitigen, die Grenzen zu begradigen und Kreisbewohnern den Weg in die Kreisstadt zu erleichtern.

Erst die gesellschaftliche Umwälzung in der SBZ/DDR führte zu völliger Auflösung der gewohnten inneren Strukturen. In zwei Reformschritten[3] über die Gebietsreform von 1950 und die Verwaltungsreform von 1952 entstand eine der neuen Gesellschaftsordnung adäquate Struktur. Die alte Ordnung des Barnim wurde aufgehoben und für nahezu 40 Jahre aus den Landkarten gelöscht. Umriss und Gemeindebestand des historischen Territoriums jedoch blieben, wenn auch umgruppiert, im Kern erhalten. An die Stelle von zwei Alt- traten fünf Neukreise. Von diesen vereinigten zwei (Bernau, Bad Freienwalde)

Preußische Landwehr-Infanterie in den Befreiungskriegen, 1813 bis 1815.



nur Barnimer Gemeinden. Die übrigen drei (Eberswalde, Oranienburg, Strausberg) bestanden überwiegend aus solchen. Von ihren insgesamt 224 Gemeinden stammten 54, das waren 24 Prozent, aus den benachbarten Kreisen Angermünde, Fürstenwalde/Spree, Osthavelland, Ruppin.[4] Schwerer wog die Aufteilung des Barnim, wie bereits 1945 über einen kurzen Zeitraum geschehen, unter zwei Oberverbände: Der Kreis Oranienburg fand sich im Bezirk Potsdam; die übrigen vier Kreise zählten zum Bezirk Frankfurt (Oder). Die Reform beseitigte auch die alten Kreisnamen. Wie von Landesplanern und Kommunalpolitikern seit langem gefordert, erhielten sie den Namen der jeweiligen Kreisstadt. Die so getroffene Einteilung hatte bis zum Ende der DDR Bestand. Zuvor hatte es geringfügige Grenzänderungen, die lediglich einwohnerlose Flächen betrafen, vor allem aus der in Folge der Bodenreform erforderlichen Flurbereinigung gegeben.[5]

Die Strategie, die Kreise in ihrer äußeren Form zu belassen, schloss allerdings Eingriffe von außen und solche höherer Gewalt nicht aus. Beide Kreise waren davon betroffen. Niederbarnim verlor, Oberbarnim gewann Gebiete. Niederbarnim umschloss im Osten und Norden Berlin. In dem Maße, in dem die Stadt zur Metropole und gleichzeitig zum Standort großer Industrien aufwuchs, verstärkte sich deren Tendenz, ins Umland vorzustoßen, d. h. sich Teile der benachbarten Körperschaften einzuverleiben. In Vorahnung auf das Kommende hatte die Regierung Potsdam es früh für erforderlich erachtet, die Grenze des Kreises gegen Berlin amtlich zu definieren.[6] An deren Änderung wird von beiden Seiten, ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit besonderer Intensität, bis zur endgültigen Regelung gewirkt. Für Berlin hatte Stadtarchivar Fidicin wissenschaftliche Vorarbeit geleistet. Seine Arbeit über die Territorien der Mark Brandenburg, die das Landbuch Kaiser Karls IV. fortsetzen sollte, hatte er mit der Geschichte der Kreise Teltow und Niederbarnim begonnen. Sie brachte ausführliche Beschreibungen aller Orte der beiden Kreise.[7]

Noch bevor erste Verschiebungen der Verwaltungsgrenzen zwischen den Kreisen stattfanden, wurden zwischen 1855 und 1856 die in den an Berlin angrenzenden Orten ansässigen Juden dem Berliner Synagogenbezirk einverleibt. Im Jahr 1860 gab es den ersten Gebietsverlust, kleinere Abgaben folgten 1878. Gegenwehr seitens des Kreises hatte nicht stattgefunden, im Gegenteil: Der Kreistag hätte auch Boxhagen und Rummelsburg dazugegeben. Zwölf Jahre später ergab sich ein ähnlich widersprüchliches Bild. Die preußische Staatsregierung

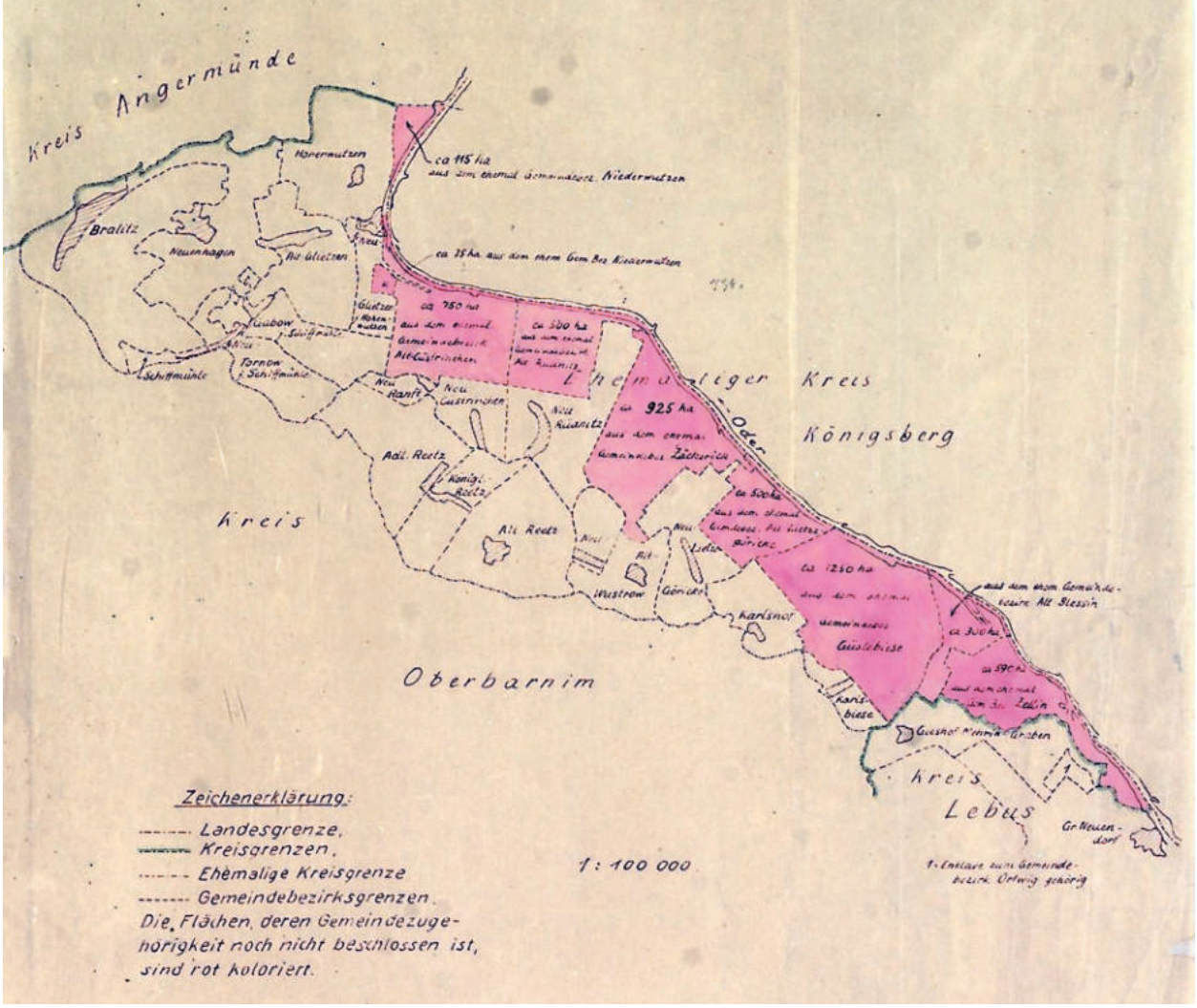
Flächengröße und Einwohnerzahlen 1817–1950

	FLÄCHE (KM²)		EINWOHNER	
	NIEDERBARNIM	OBERBARNIM	NIEDERBARNIM	OBERBARNIM
1817	1.740	1.215	33.846	36.135
1858	1.740	1.215	88.991	63.119
1871	1.740	1.215	88.654	71.514
1895	1.742	1.213	229.233	87.286
1900	1.742	1.213	293.233	92.180
1905	1.727	1.214	391.527	96.815
1910	1.733	1.214	445.265	72.982
1920	1.399	1.186	455.194/ 124.687	74.470
1930	1.400	1.184	163.657	80.733
1933	1.397	1.188	185.477	85.729
1939	1.397	1.188	234.278	88.659
1946	1.382	1.272	222.992	100.838
1950			201.164	131.022



Regierungsbezirk Potsdam, 1857.

hatte im Zusammenhang mit Plänen zur Vergrößerung Berlins auch die Teilung des Kreises Niederbarnim, der mit 190.000 Einwohnern weit über die übliche Bevölkerungszahl preußischer Landkreise hinausgewachsen war, erwogen. Kreisausschuss, Kreistag und besonders Landrat Scharnweber traten mit aller Konsequenz dagegen an. Der Kreistag votierte am 22. Januar 1890 einstimmig gegen die Teilung.[8] Die Randgemeinden hingegen drängten nach Berlin; Kreis und Provinz wollten sie nicht aufhalten. Diese Orte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, die sozialdemokratisch wählte und den Kreis nach Landrat Busch zu einem »roten« Kreis machte, sah man lieber gehen als bleiben; für die dort herrschenden Notstände wollte man nicht in Verpflichtung genommen werden. Dieser erste Versuch, Berlin zu arrondieren, scheiterte jedoch an der unterschiedlichen Interessenlage der Beteiligten. Erst in den Jahren 1908/09 traten die Gemeinden Boxhagen-Rummelsburg und Stralau sowie die Stadt Lichtenberg dem Landespolizeibezirk Berlin hinzu.[9] 1911 wurde Berlin mit den umliegenden Körperschaften der



An Oberbarnim gefallener Teil des Kreises Königsberg/NM.

Provinz Brandenburg zu einer Zweckgemeinschaft vereinigt.[10] Wenn die Grenzen der Stadt nicht ins Umland hinausgeschoben werden konnten, sollten auf diese Weise dringende Fragen des Armen- und Schulwesens, der Versorgung mit Gas, Elektrizität und Wasser, der Abwasserbeseitigung, des Verkehrs und geordneten Bauens gemeinsam gelöst werden. Weitergehende Tendenzen zu Grenzänderungen zugunsten Berlins deuteten sich zunächst auf einem gänzlich anderen Gebiet an. Zwischen 1911 und 1913 erhielten 15 Gemeinden den Namenzusatz »Berlin«, von Hermsdorf bei Berlin bis Berlin-Buchholz. Die Zwangslage des Krieges führte zu weiterer Annäherung. Berlin und Teile seines Umlandes fanden sich 1915 in der Brotkarten-, 1916 in der Kartoffelkartengemeinschaft, 1917 im Lebensmittelverband Groß-Berlin, bis die Versorgungszuständigkeit 1917 in der Staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin zusammengefasst wurde.[11]

Die Kriegsniederlage, die anschließende revolutionäre Bewegung und wohl auch die zentralistische Gesamtrichtung der Zeit begünstigten die lange angestrebte große Lösung. 17 Stimmen Mehrheit in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung genügten, um die Stadtgemeinde Berlin zu errichten. An diese fielen aus dem Kreis Niederbarnim 25 Gemeinden und 17 Gutsbezirke. Diesem verblieben von seinem ursprünglichen Gebiet von 1.728 Quadratkilometern noch 1.400 Quadratkilometer sowie von ursprünglich 455.194 Einwohnern sogar nur 124.687.[12] Der Kreis verlor damit 75 Prozent seiner Steuereinnahmen.

Die zweite Kriegsniederlage brachte die letzte Änderung der Niederbarnimer Grenze zu Berlin mit sich. Über einen Flugplatz in ihrem Sektor verfügten die Amerikaner mit Tempelhof und die Briten mit Gatow. Im französischen Sektor fand sich weder ein Flugplatz noch ein geeignetes Areal dafür. Ein solches wurde in der Gemarkung von Stolpe ausgemacht und dieses kurzerhand durch ein Übereinkommen zwischen sowjetischen und französischen Besatzungsstellen nach Berlin einverleibt. Zu ei-

nem Flugplatzbau kam es allerdings nicht. Also kehrte der Ort durch ein ebensolches Übereinkommen Ende 1948 wieder in den Kreis Niederbarnim zurück.[13] Namensänderungen begleiteten den doppelten Grenzwechsel. Von der Abgabe an Berlin war nur das eigentliche Bauerndorf Stolpe betroffen gewesen, ein in etwa 5 km Entfernung liegender Ortsteil dagegen nicht. Dieser konstituierte sich zu einer selbstständigen Gemeinde mit dem Namen »Stolpe-Süd«. Die Stammgemeinde nahm die Bezeichnung „Stolpe-Dorf" an. Nach der Rückgliederung erfolgte durch Beschluss des Kreistags Niederbarnim vom 28. April 1950 deren Rückbenennung in »Stolpe«. Oberbarnim profitierte von der von den Siegermächten bestimmten Nachkriegsgrenzziehung an der Oder. Der Strom hatte auch für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) keine Grenzlinie repräsentiert. Der neumärkische Kreis Königsberg reichte vielmehr mit einem zwischen Oderberg und Bad Freienwalde verlaufenden Keil über die Oder nach Westen. Dieser Rest fand sich nach der Grenzziehung isoliert und ohne eigenen Verband. Für ein Weiterbestehen als Kreis war das Gebiet zu klein; sein größter Teil wurde dem Kreis Oberbarnim zugewiesen.[14] Dessen Fläche erweiterte sich um 142 Quadratkilometer; die Zahl seiner Gemeinden nahm zunächst um 27 zu.

Die mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmenden Bestrebungen großer Städte, aus ihren Kreisen auszuscheiden (Auskreisung)[15], betrafen auch den Barnim. Sie brachten zwei neue kommunale Körperschaften auf dessen Landkarte. Nach § 4 der »Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen« vom 13. Dezember 1872[16] galt ein subjektiver Anspruch auf Auskreisung, sobald eine gewisse Einwohnerzahl erreicht worden war. Diese war auf mindestens 25.000 Einwohner festgesetzt worden. Sowohl Lichtenberg als auch Eberswalde hatten sie erheblich überschritten bzw. erreicht. Nachdem die Gemeinde Lichtenberg am 15. Oktober 1907[17] zur Stadt erhoben worden war, erfolgte am 13. März 1908[18] ihre Erklärung zum Stadtkreis. Damit schied sie zum 1. April 1908 aus dem Verband des Kreises aus.

Eberswalde zählte nach der Volkszählung vom Dezember 1910 gut 26.064 Einwohner. Die Stadt nahm das darauf begründete Recht in Anspruch. Der Minister des Innern erklärte daraufhin am 12. März 1911 das Ausscheiden der Stadt aus dem Landkreis.[19] Zeitversetzt folgte beiden Städten je eine Gemeinde durch Eingemeindung. Diese verließen somit ebenfalls den angestammten Kreisverband.

Die räumlichen Veränderungen der beiden Kreise spiegeln sich in deren Flächengröße und Einwohnerzahlen. Während Niederbarnim von ursprünglich ca. 1.740 Quadratkilometer auf ca. 1.400 Quadratkilometer schrumpfte, blieb die Fläche von Oberbarnim mit ca. 1.300 Quadratkilometer über die Zeit bis zur Auflösung im Wesentlichen gleich. Ebenso unterschiedlich verlief auch die Bevölkerungsentwicklung. Die Einwohnerzahl von Niederbarnim stieg in dem Maße, in dem die Berliner Industrie wuchs, geradezu hektisch an. Die Verluste großer Randgemeinden machten sich kaum bemerkbar. Über die Hälfte der Einwohner und damit nahezu der gesamte bis dahin angesammelte Bevölkerungsgewinn aber ging durch die Gebietsabtretungen von 1920 an Berlin verloren. Diese Einbußen konnte auch die Rückwanderung nicht ausgleichen. Die Einwohnerzahlen von Oberbarnim stiegen in moderatem Maße parallel zur allgemeinen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung. Einschnitte im negativen und positiven Sinn brachten die Aus- und Einkreisung von Eberswalde. Hinzu kamen Teile des Kreises Königsberg/NM mit ca. 11.000 Menschen.

Die Kreisverwaltung

Im Zuge der Reorganisation des Preußischen Staates erfolgte seine Neugliederungung in Provinzen, kreisfreie Städte, Kreise und kreisangehörige Städte. Mit Blick auf die brandenburgischen Kreise kann festgestellt werden, dass sich in Stellung und Verwaltung der Kreise die Restaurationsbestrebungen ihrer Entstehungszeit in besonderem Maße zum Ausdruck kamen: Die alten Spitzen des Adels setzten ihre Herrschaft auf dem Lande fort. Der Kreis hatte sein ritterschaftliches Gepräge beibehalten.[20] Bestes Beispiel: Die Landräte in beiden Kreisen, Albrecht Wilhelm von Pannwitz und Friedrich Ludwig von Vernezobre, führten ihr Amt über die Umgestaltung des Staatswesens hinaus. Die Reform-Verordnung von 1815, die »Kreisordnung der Kur- und Neumark Brandenburg« vom 17. August 1825[21] und die nahezu inhaltsgleiche »Kreisordnung für das Königreich Preußen« vom 17. März



Kommunale Entwicklung des Berliner Raumes bis zum Großberlin-Gesetz 1920.

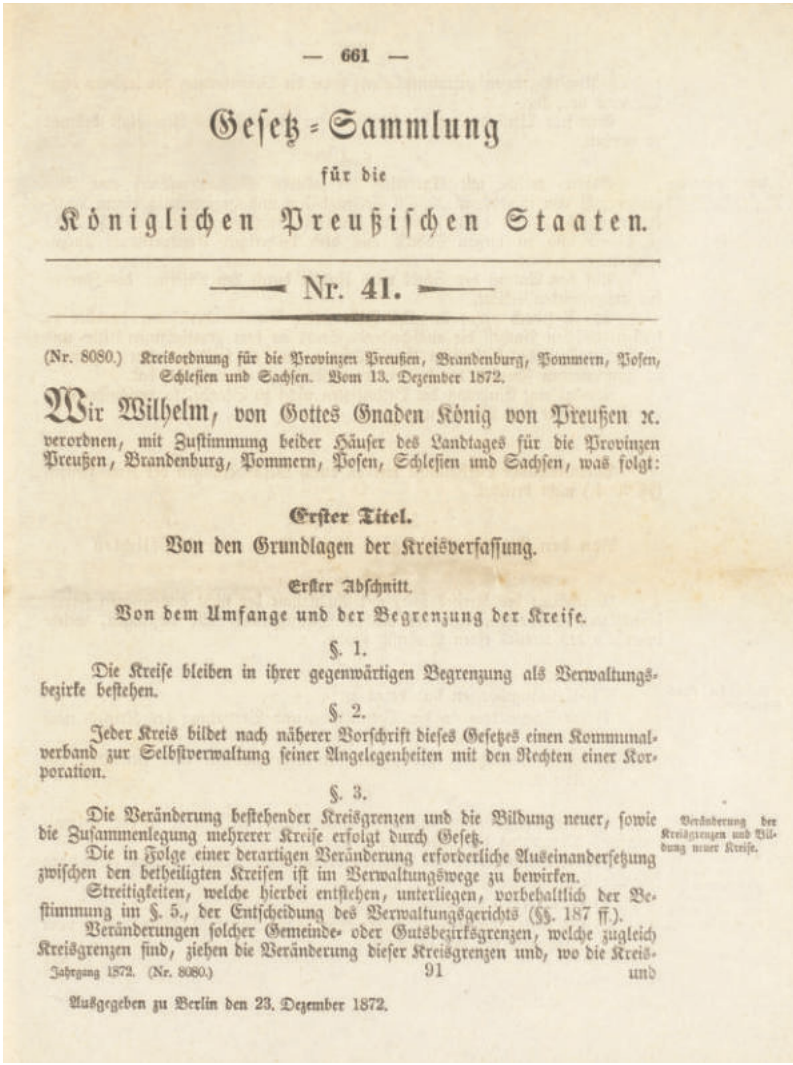
1828[22] gingen wie selbstverständlich von der Doppelfunktion des Kreises als ständische Korporation und staatlicher Verwaltungsbezirk aus. Sie enthielten keine bindenden Bestimmungen über sachliche Zuständigkeit und Verwaltungsorganisation. Erstere regelte Kreiseinteilung und Kreisgrenzen und stellte lakonisch fest: »Jeder Kreis hat einen Landrat.« Die anderen beiden begründeten in Verbindung mit der »Bekanntmachung wegen Ausführung der Kreisordnung der Kur- und Neumark« vom 17. August 1825[23] die Kreisversammlung als Vereinigung der Kreisstände. Diese sollte den Landrat in Kommunalangelegenheiten unterstützen und begleiten. Die staatlichen Aufgaben des Landrats waren bereits durch die »Instruktion für die Landräte und die ihnen untergeordneten Kreisoffizianten« vom 31. Dezember 1816[24] und nicht durch die kommunalen Grundgesetze bestimmt worden. Das sym-

bolisiert die Identität von Amt und Person – der Landrat war das Amt – in monarchischer Zeit. Die Instruktion bot eine Mischung aus Qualifikationsanforderungen an den Landrat, Zuständigkeitsfestlegungen und Vorschriften für Geschäftsführung und Geschäftsgang. Als Geschäftsbereich des Landrats als untere Staatsbehörde bestimmte sie ausschließlich Gegenstände, die von der ersten Abteilung der Regierung ressortierten. Das umschloss die gesamte innere Verwaltung. Von Verwaltungsausübung im modernen Sinne allerdings kann noch nicht gesprochen werden.

Die Zusammensetzung der Kreisversammlung und das Wahlverfahren zur Präsentation des Landrates sicherten den Rittergutsbesitzern den entscheidenden Einfluss im Kreis. Neben diesen waren eine Anzahl städtischer Deputierter und drei Deputierte der Bauern wahlberechtigt. Im Kreis Niederbarnim verfügten die Städte über zwei Deputierte: Bernau sowie Altlandsberg und Liebenwalde zusammen je einen. Im Kreis Oberbarnim waren es vier Deputierte: Neustadt-Eberswalde, Strausberg, Wriezen sowie Biesenthal und Freienwalde zusammen je einer.

Ohne jede Aussicht auf Mehrheit im Kreistag waren die Vertreter der Städte und Bauern bei der Landratswahl vollends chancenlos. Das »Reglement wegen des Verfahrens bei den Wahlen der Landräte und Kreisdeputierten in den Provinzen Brandenburg und Niederlausitz sowie auch in Pommern und Rügen« vom 22. August 1826[25] und die Anweisung [des Oberpräsidenten] für das Verfahren bei Landratswahlen in der Provinz Brandenburg vom 18. Februar 1833[26] ordneten darüber hinaus an, dass als Kandidaten für die Landratswahl nur Rittergutsbesitzer aus dem entsprechenden Kreis von Rittergutsbesitzern vorgeschlagen werden durften. Die Beurteilung von Henning, die Dominanz des Adels in den Kreisen sei ein Zugeständnis an das absolutistische System gewesen,[27] gilt auch noch für die Zeit nach den Stein-Hardenbergschen Reformen. Die Regelung der Qualifikationsanforderungen an die Kandidaten[28] ließ dem König alle Möglichkeiten, diese von den angeordneten Prüfungen zu entbinden.

Die aus den revolutionären Ereignissen von 1848 hervorgegangene »Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung für den preußischen Staat« vom 11. März 1850[29] war eine bloße Episode und blieb auf dem Papier. Sie hatte



— 661 —

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 41.

(Nr. 8080.) Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen. Vom 13. Dezember 1872.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erster Titel.

Von den Grundlagen der Kreisverfassung.

Erster Abschnitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Kreise.

§. 1.

Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungsbezirke bestehen.

§. 2.

Jeder Kreis bildet nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation.

§. 3.

Die Veränderung bestehender Kreisgrenzen und die Bildung neuer, sowie die Zusammenlegung mehrerer Kreise erfolgt durch Gesetz. Veränderung der Kreisgrenzen und Bildung neuer Kreise.

Die in Folge einer derartigen Veränderung erforderliche Auseinandersetzung zwischen den betheiligten Kreisen ist im Verwaltungswege zu bewirken.

Streitigkeiten, welche hierbei entstehen, unterliegen, vorbehaltlich der Bestimmung im §. 5., der Entscheidung des Verwaltungsgerichts (§§. 187 ff.).

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, ziehen die Veränderung dieser Kreisgrenzen und, wo die Kreis-

Jahrgang 1872. (Nr. 8080.) 91 und

Ausgegeben zu Berlin den 23. Dezember 1872.

Kreisordnung von 1872.

die Kreise als Korporation und Verwaltungsbezirk bestätigt und ihnen die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zugestanden. Dazu zählten Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau, Meliorationen, das Armenwesen und das Recht, Kreiseigentum zu erwerben, zu benutzen und zu veräußern. In der Restaurationsperiode nach der Revolution wurde die Kreisordnung sistiert und schließlich aufgehoben. In zeitlicher Nähe jedoch sahen sich sowohl der Kreis in seinen Wirkungsmöglichkeiten als auch der Landrat in seiner Stellung gestärkt. Den Kreisen wurde ein gewisses Besteuerungsrecht zugesprochen.[30] Die Einkünfte und deren Verwendung allerdings standen unter der Kontrolle der Regierung. Die nach der März-Revolution erlassenen Verfassungen legten eindeutige Berufungsre-

Tätigkeitsbereiche der Kreisverwaltungen

VERKEHRS-WESEN	WIRTSCHAFTS-PFLEGE	WOHLFAHRTS-PFLEGE	HYGIENE	KULTUR-PFLEGE	KREDIT- UND VERSICHE-RUNGSWESEN	FEUER-LÖSCHWESEN	AUSSER-ORDENTLICHES
Chaussee- und Wegebau	Gas-, Wasser- und Stromversorgung	Gesundheits-wesen	Müllabfuhr	Schulwesen	Versicherungen	Feuerbekäm-pfung und -prophylaxe	Leistungen im Bedarfsfall
Klein-, Neben- und Straßen-bahnbau	Kanalisation	Sozialfürsorge	veterinärmed. Überwachung	Freizeit- und Erholungs-wesen	Kreissparkasse	–	–
Wasserbau	Hebung der Landwirtschaft	–	Impfwesen	Volksbildung	–	–	–
–	Siedlungswesen	–	Lebens-mittelkontrolle	–	–	–	–

gularien fest. Die von 1848 hatte dem Staatsministerium die Befugnis übertragen, die Landräte zu ernennen; die von 1850 sprach dieses Recht wieder dem Monarchen zu. In zeitlicher Nähe dazu wurde die Verfügung über den Amtsinhaber an ein Disziplinarverfahren oder einen königlichen Machtspruch gebunden und die Versetzung in ein anderes Amt wider dessen Willen untersagt.[31]

Es währte fast ein halbes Jahrhundert, und es bedurfte erheblicher politischer Auseinandersetzungen, bis die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872[32] verabschiedet werden konnte. Sie schrieb die staatsrechtliche Ausformung von Kreis und Kreisverwaltung in ihrer Doppelfunktion fest. Als untere staatliche Ebene war der Kreis in die allgemeine Landesverwaltung und damit in die Verwaltungsorganisation und deren Instanzenzug integriert.

Schwerpunkt Chaussee- und Wegebau: Herstellung von Hartgussasphalt, um 1935.

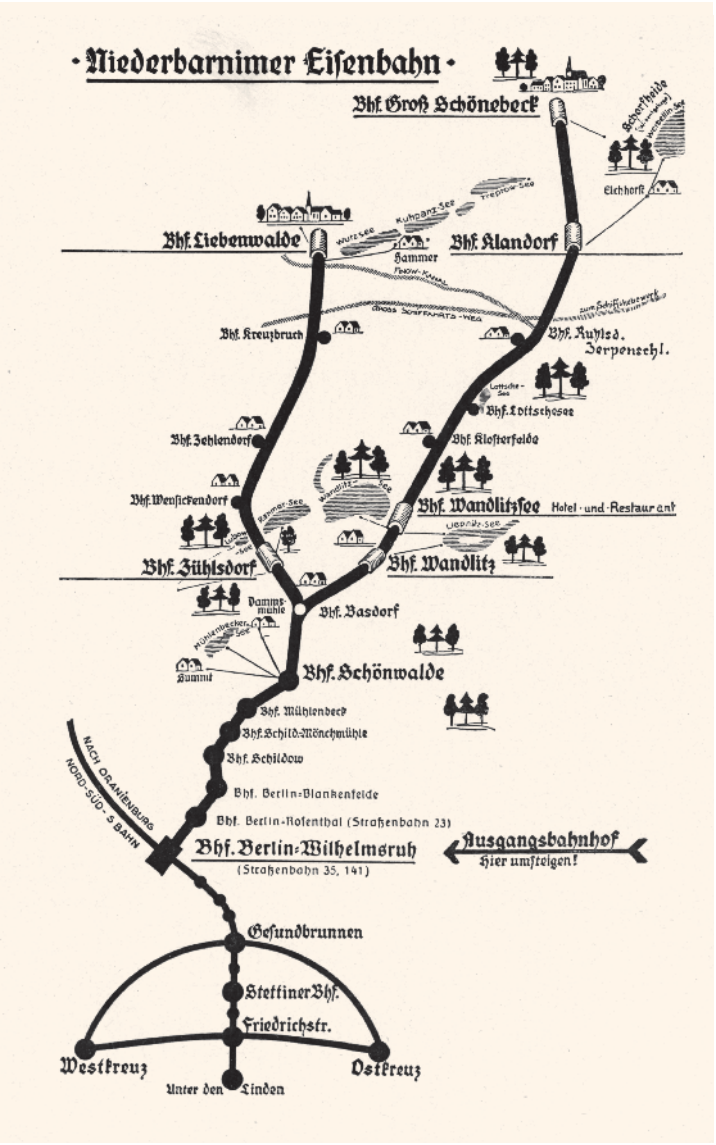


Daraus flossen ihm Aufgaben auf den Gebieten von Armen-, Wege-, Feld-, Gewerbe- und Feuerpolizei, Zuständigkeiten für Wasser-, Ansiedlungs-, Dismembrations-, Schul-, Gesundheits- und Justizverwaltungssachen, endlich die Verantwortung für Kommunalangelegenheiten der Amtsbezirke, Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke zu.

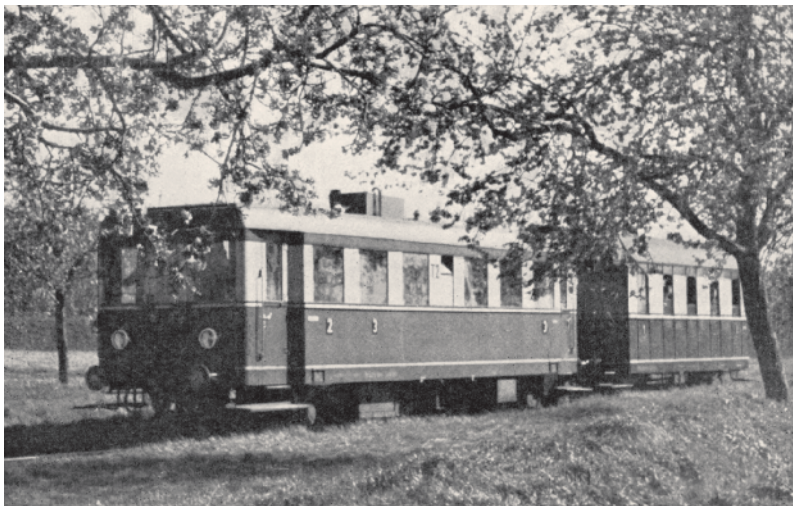
Als Kreiskommunalverband mit der Befugnis, im Rahmen der geltenden Gesetze statutarische Anordnungen und Reglements über besondere Einrichtungen des Kreises zu erlassen, verwaltete er seine Angelegenheiten selbst. Dazu gehörten vor allem der Chauseebau, der Bau und Betrieb von Eisenbahnen, der Kanalbau, die Viehzucht, die Krankenhausversorgung und das Sparkassenwesen. In der Person des Landrats vereinigten sich diese beiden unterschiedlichen Bereiche. Als Organ der Staatsverwaltung führte er die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung; als Vorsitzender des Kreistages leitete er die Kommunalverwaltung des Kreises.

Die Aufsicht über die Kreiskommunalangelegenheiten nahmen die Bezirksregierung, der Oberpräsident und der Minister des Innern wahr. In jedem Regierungsbezirk wurde ein Verwaltungsgericht gebildet.

Für die Vertretungskörperschaft des Kreises führte die Kreisordnung die alternativen Bezeichnungen »Kreisversammlung« und »Kreistag« ein. Letztere setzte sich im folgenden Gebrauch durch. Der vom Landrat mindestens zweimal im Jahr einzuberufende Kreistag vertrat den Kreiskommunalverband. Die Zahl seiner Abgeordneten richtete sich nach den Einwohnerzahlen der Kreise:



Streckenplan Niederbarnimer Eisenbahn, um 1935.



Triebwagen der Niederbarnimer Eisenbahn (Heidekrautbahn), um 1935.



Kreissparkasse Niederbarnim als wirtschaftliche Stütze, um 1935.

Bis 25.000 Einwohner gab es 25 Abgeordnete; zwischen 25.000 und 100.000 Einwohner kam pro 5.000 Einwohner je ein Vertreter hinzu. Das vom Dreiklassenwahlrecht bestimmte Wahlprozedere bot ein kompliziertes Geschehen: Drei Wahlverbände, einer aus den größeren ländlichen Grundbesitzern, einer aus den zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern aus den Gemeinden und einer der städtischen Deputierten wählten den Kreistag. Die Vertretung der beiden letzteren Wahlverbände unterlag einem weiteren komplizierten Zensus. Der Kreistag wiederum wählte den Kreisausschuss mit sechs auf sechs Jahre gewählten Mitgliedern, dem der Landrat vorsaß. Dieser Ausschuss verwaltete die Kommunalangelegenheiten des Kreises.

Der Kreistag des Kreises Niederbarnim trat am 2. Dezember 1873 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach dem »Gesetz, betreffend die Bildung des Wahlverbandes der größeren ländlichen Grundbesitzer und des Wahlverbandes der Städte in den Kreisen Teltow und Niederbarnim« vom 6. Juni 1900[33] galten Landgemeinden über 6.000 Einwohner als Städte. Sie wurden damit dem Wahlverband der Städte zugewiesen. Das betraf in Niederbarnim neun Gemeinden, die bis auf Niederschönhausen (9.100 Einwohner) wesentlich mehr Einwohner

zählten als die größte Stadt Oranienburg mit 10.000 Einwohnern.[34] Die in den Kreistagswahlen von 1901 gewählten Barnimer Vertretungskörperschaften boten ein Abbild der gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in den abgelaufenen 100 Jahren vollzogen hatten: Landadel und Gutsbesitzer sahen sich jetzt in der Minderheit. Es überwogen die Repräsentanten des Bürgertums.[35]

Zwischen dem Kreis auf der einen, Gemeinden und Gutsbezirken auf der anderen Seite wurden Amtsbezirke angeordnet. Dadurch sollten vor allem Macht und Einfluss des gutsbesitzenden Adels, der sich auf das Institut der Gutsbezirke stützte, zurückgedrängt werden. Auf Vorschlag des Kreistages vom Oberpräsidenten ernannte Amtsvorsteher leiteten die neuen Verwaltungen. Diesen Zwischeninstanzen war die Verwaltung der Polizei, insbesondere der Sicherheits-, Ordnungs-, Sitten-, Gesundheits-, Gesinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Feld-, Forst-, Fischerei-, Gewerbe-, Bau-, Feuerpolizei, zugeordnet. Sie sollten in einem räumlich zusammenhängenden und abgerundeten Flächengebiet eine Reihe von Gemeinden umfassen. Im Kreis Niederbarnim waren es 56, im Kreis Oberbarnim 27 Amtsbezirke. Sie vereinigten zwei bis acht zugehörige Gemeinden und – je nach Lage – mehrere Gutsbezirke. Die als Amtsbezirk etablierten Forstgutsbezirke waren jeweils nur für ihr eigenes Gebiet zuständig. Als Ausnahme hat die Ausweisung von Selbstständigen Gutsbezirken als Amtsbezirk zu gelten.

Die Kreisordnung von 1872 blieb trotz zahlreicher Ansätze in der Weimarer Zeit und im »Dritten Reich« mit Einschränkungen bis zu dessen Ende in Kraft. Alle Versuche, ein einheitliches kommunales Grundgesetz für den Gesamtstaat oder eine Reichs-Kreisordnung zu erlassen, waren gescheitert. Änderungen wurden durch allgemeine und spezielle Rechtsvorschriften und in der Zeit des Nationalsozialismus durch äußere Eingriffe bewirkt. Das »Gesetz, betreffend die Dotation der Provinzial- und Kreisverbände« vom 30. April 1873[36] stattete die Landkreise für die Durchführung der Kreisordnung, insbesondere zur Bestreitung der Kosten des Kreisausschusses und der Amtsverwaltung, mit einer Summe von insgesamt einer Million Taler aus. Die Verteilung der als »Dotation« bezeichneten Zuwendung erfolgte je zur Hälfte nach Fläche und Einwohnerzahl der Kommunalverbände. Das »Kreis- und Provinzial-Abgabengesetz« vom 23. April 1906[37] berechtigte die Kreise, zur Deckung ihrer Ausgaben Gebühren und Beiträge sowie direkte und indirekte Steuern zu erheben. Es verpflichtete die Gemeinden und Gutsbezirke dazu, die direkten Kreissteuern aufzubringen. Das kreisliche Steuerwesen konnte durch eine vom Kreistag beschlossene Steuersatzung geregelt werden. Um die Jahrhundertwende waren die Steuereinnahmen in beiden Kreisen der größte Posten auf der Habenseite. Niederbarnim erwartete ca. 770.000 RM, Oberbarnim ca. 207.000 RM. Demgegenüber traten die Dotationen von 36.500 RM (Niederbarnim) bzw. 27.500 RM (Oberbarnim) zurück. An Kapitalvermögen verfügten die beiden Kreise über 780.000 RM (Niederbarnim) bzw. 853.730 RM (Oberbarnim).[38] Weitere Regelungen statteten Kreisausschuss und Landrat mit zusätzlichen Kompetenzen aus. Ersterer erhielt das Entscheidungsrecht über die Veränderung der Grenzen ländlicher Gemeindebezirke und von Gutsbezirken. Die Position des Landrates wurde eindeutig beschrieben. Danach stand er an der Spitze der Kreisverwaltung und führte den Vorsitz im Kreisausschuss.[39]

Kriegsniederlage und Novemberrevolution verhie-

Barnim: Ergebnisse der Kreistagswahlen 1925–1933

	29.11.1925		17.11.1929		12.3.1933		
	NIEDERBARNIM	OBERBARNIM	NIEDERBARNIM	OBERBARNIM	NIEDERBARNIM	OBERBARNIM	STADTKREIS EBERSWALDE
SPD	12.674	5.836	27.201	9.551	20.655	7.556	2.825
USPD	661						
KPD	7.842	4.410	25.263	6.086	16.929	5.123	5.123
NSDAP	499	1.188	17.165	2.668	46.780	22.292	8.458



Kreisbauernführer Walter Scheerer, 1937.



Landrat Max Weiß (1933–1944).



Kreisleiter Fritz Heermann, 1940.

ßen Aussicht auf Demokratisierung des kommunalen Lebens. Die »Verordnung, betreffend die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnungen« vom 18. Februar 1919[40] beseitigte den Wahlverband der Großgrundbesitzer. Sie teilte die Wahlberechtigten in den Wahlverband der Städte und den der Landgemeinden. Das Recht zur Ernennung der Landräte wurde dem Preußischen Staatsministerium zuerkannt. Das «Gesetz über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen« vom 2. Dezember 1920[41] beendete das Wahlverfahren in Wahlverbänden. Es führte auch für die Kreistagswahlen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein.

In den danach in den Barnim-Kreisen gewählten Kreistagen waren die Linksparteien zunächst in der Mehrheit. Einzelne bemerkenswerte Ergebnisse konnten auch Parteien erzielen, die nicht zu allen Wahlen antraten. Im Kreis Niederbarnim kamen 1925 die Nationale Arbeitsgemeinschaft für Stadt und Land auf 11.132, die Deutsch Nationale Volkspartei 1929 auf 11.290 und 1933 die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot auf 10.241 Stimmen. Im Kreis Oberbarnim erreichten 1925 die Bürgerliche Vereinigung 7.445, 1929 die Brandenburgische Heimatliste für Stadt und Land 9.496 Stimmen. Das eigentliche Phänomen war jedoch der Stimmenzuwachs der NSDAP. Schon die Wahlen 1929 ließen das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erahnen, die der NSDAP einen Anstieg von zwölf auf 107 Mandate erbrachten. Die ersten Kreistagswahlen nach der Machtübernahme ergaben in beiden Barnim-Kreisen ein ähnliches Bild. Über die Zeit der Weimarer Republik lässt sich eine beträchtliche Übereinstimmung zwischen den Wahlergebnissen auf kommunaler und den auf Staats- und Reichsebene feststellen. Allein bei dem Volksentscheid über die Auflösung des Preußischen Landtags am 9. August 1931 stimmte Niederbarnim gegen den Trend. Von 50.705 abgegebenen Stimmen hatten sich 48.813 für dessen Auflösung ausgesprochen.

Nach der Machtübernahme war es ein besonderes Anliegen der Nationalsozialisten, die Staats- und Kommunalverwaltung zu einem Machtinstrument ihrer Herrschaftsausübung umzugestalten. Der Kreis galt dabei als organischer Führungsraum, in dem »politisch – biologische und dynamische Gesichtspunkte und Gesetzmäßigkeiten« mit dem Landrat als »Vater und Führer« seines Kreises wirkten.[42] In rascher Folge wurden von Reich und Preußen entsprechende Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.[43] Spar-, Vereinfachungs- und Verbilligungsverordnungen in der letzten Phase der Weimarer Republik hatten in gewisser Weise den Weg dafür bereitet. Personelle Kontinuitäten erleichterten das Vorhaben. Als entscheidende Hebel boten sich die Beseitigung der Vertretungskörperschaften und die Einführung des Führerprinzips. Der Kreistag wurde durch den Kreisausschuss ersetzt, dieser nach kurzer Zeit ebenfalls beseitigt. Die NSDAP und ihre Funktionsträger erhielten Mitspra-

che- und Entscheidungsrechte, was sich auch äußerlich zeigte: Die Kreisgeschäftsstelle Niederbarnim der NSDAP residierte im Amtsgebäude der Kreisverwaltung in Berlin wie die SA-Standarte 208. Im Kreis Oberbarnim hatte Kreisleiter Walter Scheerer seine Geschäftsstelle in Wriezen untergebracht. Landrat Weiß und Kreisleiter Fritz Heermann[44] traten gemeinsam auf. Weiß hob die »engste Fühlungnahme und Zusammenarbeit« mit dem Kreisleiter besonders hervor. Der Landrat bemühte sich um Kontakt mit hohen NS-Funktionären. Die Lage seines Amtssitzes in Berlin und die von Görings Landsitz in seinem Kreis erleichterten dieses Bestreben. Der Erfolg stellte sich früh ein: Im August 1935 richtete Gauleiter Wilhelm Kube eine Botschaft an den Kreis: »Der Kreis Niederbarnim ist im Dritten Reich durch die vorbildliche Zusammenarbeit des Kreisleiters Heermann und des Landrats Dr. Weiß zu einer Hochburg des Nationalsozialismus geworden.«[45] Die NSDAP hatte hier schon vor 1933 Fuß gefasst. Seine Lage bei Berlin prädestinierte den Kreis als einen Rückzugsraum für die Partei. Als sie 1927 in der Hauptstadt verboten wurde, traten viele Berliner Parteimitglieder in Niederbarnimer Ortsgruppen der NSDAP ein. Gauleiter Goebbels verlegte Berliner Versammlungen in den Kreis. Im Herbst 1927 hielt er den Berliner Gautag in Oranienburg ab. Ab 1. September 1931 erschien mit den »NS-Nachrichten des Kreises Niederbarnim« ein eigenes Presseorgan.[46]

Ein besonderes Beispiel für Machtdurchsetzung und -ausübung war in der Endphase des Kreistages von Oberbarnim zu beobachten.[47] Am 12. März 1933 hatten Kreistagswahlen stattgefunden; am 31. März war die Auflösung des Kreistags verkündet worden. Die erste Sitzung der neuen Vertretung war auf den 6. April anberaumt worden. Die gewählten Vertreter der KPD hatten keine Einladung erhalten. In der Debatte beantragte Studienrat Dr. Karl Grawe (NSDAP), die Wahl des Gewerkschaftssekretärs Erich Gierke (SPD) für ungültig zu erklären. Als Vorwand diente ein bis dahin nicht bemängelter Umstand: Gierke hatte keinen Wohnsitz im Kreis. Mit 19 gegen fünf Stimmen kam der Kreistag dem Antrag nach. Gierke verließ daraufhin mit den Abgeordneten Georg Kurtze und Gustav Stein (beide SPD) den Saal.

In dem Maße, in dem alle demokratischen Mitwirkungsrechte beseitigt wurden, verfestigte sich die Einflussnahme der NSDAP und ihrer Gliederungen auf den Verwaltungsapparat. Je mehr dieser jedoch auf das Führerprinzip ausgerichtet wurde, desto mehr verlor er an Wirkungsmächtigkeit. Am Ende stand eine durch »polykratische Führungszersplitterung« heillos zerrüttete, von parasitärer Zersetzung gekennzeichnete Verwaltungsorganisation.[48] Der Landrat war bereits durch Vereinfachungs-Verordnung vom September 1932[49] zum Leiter der Kreisverwaltung bestimmt und zur Ausübung der allgemeinen Landesverwaltung im Kreis ermächtigt worden; die Anordnung vom 28. Dezember 1939 hatte dieses noch einmal bekräftigt. Entsprechend entwickelte sich auch die Struktur der Kreisverwaltung: Sie bestand aus acht Abteilungen sowie Kreiskasse und Rechnungsprüfungsamt. Trotzdem sah er sich zum Ende von einer Vielzahl Stellen staatlicher und ständischer Provenienz mit eigener Zuständigkeit umgeben, die seinen Wirkungskreis einengten und seine Führungsrolle in Frage stellten.

Nach Kriegsende formierte sich Verwaltung in den Kreisen unter Besatzungshoheit, von antifaschistischen Kräften getragen, zunächst unabgestimmt und ohne Einflussnahme einer übergeordneten Ebene – die Provinzialverwaltung wurde erst am 4. Juli 1945 eingesetzt. Diese war – u. a. wegen der schwierigen Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse – in ihren Wirkungsmöglichkeiten außerordentlich eingeschränkt. Deshalb wurde am 25. Juli 1945 wie in allen Kreisen auch über die Barnimer Kreise eine zusätzliche Ebene eingeschoben. Es war keine Instanz zwischen ihnen und der Provinzialverwaltung, etwa in Fortführung der erloschenen Regierungsbezirke. Die Bezeichnung als »Oberlandratsämter« ist deshalb irreführend. Sie fungierten als detachierte Stellen der Provinzialverwaltung. Neue Grenzziehung ergab sich daraus nicht; sie definierten sich über die ihnen zugeordneten Kreise. Zum ersten Mal aber wurden sie unterschiedlichen Oberverbänden zugewiesen: Niederbarnim gehörte zum Oberlandratsamt Berlin, Oberbarnim zum Oberlandratsamt Eberswalde. Nach den Kommunalwahlen vom Herbst 1946 und nach der Verabschiedung der Kreisordnung wurden die Ämter am 20. Januar 1947 aufgelöst.[50]

Beide trafen nicht nur auf bereits handelnde Gemeinde- und Kreisverwaltungen, sondern auch auf eine weitere neue Verwaltungsebene, die Bezirksbürgermeistereien. Sie lehnten sich an die sowjetischen Rayonkom-

Gesetz- u. Verordnungsblatt

der Provinzialregierung Mark Brandenburg

Herausgegeben von der Provinzialregierung Mark Brandenburg / Verlagsort Potsdam / Erscheint nach Bedarf / Bezug durch die Post / Bezugspreis vierteljährlich 5.- RM zuzüglich Postgebühren. Einzelhefte 1.- RM / Anzeigen 4gespaltene Millimeterzeile 0,25 RM / Verantwortlich für die Schriftleitung und Anzeigen Rudolf Flemming, Potsdam, Seestr. 43

Jahrgang 2 | Potsdam, den 20. Dezember 1946 | Heft 20

Inhalt des amtlichen Teils

Tag		Seite
19. 12. 46	Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg	469
18. 12. 46	Gesetz über die Bestimmung der kreisfreien Gemeinden	471
	Finanzen	
4. 12. 46	Verordnung betreffend das Berufungsverfahren nach der Reichsabgabenordnung	472
	Amtliche Bekanntmachungen	
	Öffentliche Zustellungen	472
	Aufgebote	473
	Beschlüsse	474
	Grundbuch	
	Aufgebote	474
	Für kraftlos erklärt	477
	Sparkassenbücher	
	Aufgebote	477
	Sparkassenbücher für kraftlos erklärt	477
	Handelsregister	478
	Genossenschaftsregister	479
	Güterrechtsregister	480
	Vereinsregister	483
	Musterregister	483
	Als Rechtsberater zugelassen	483
	Wegeeinziehung	483

Landtag der Mark Brandenburg

Der Landtag hat das nachstehende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg

Inhalt

1. Allgemeines, § 1—5
2. Kreisangehörige, § 6 und 7
3. Vertretung und Verwaltung des Kreises, § 8—32
   A) Kreistag, § 8—17
   B) Kreisrat, § 18—32
4. Kreissatzungen, § 33 und 34
5. Wirtschaft und Finanzen, § 35—41
   C) Übergeordnetes Organ, § 42 und 43
6. Schlußbestimmung, § 44

I. Allgemeines

§ 1.

Die Selbstverwaltung der Kreise muß im Rahmen der Verfassung und der Gesetze des einigen und unteilbaren demokratischen Deutschlands und der Mark Brandenburg geführt werden.

§ 2.

Der Kreisordnung unterliegen die Landkreise.

Landkreise sind Kommunalverbände der Gemeinden, die nicht durch Gesetz als kreisfrei bestimmt sind.

§ 3.

Die Kreise haben in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, die nicht den Gemeinden oder dem Lande obliegen oder durch Gesetz anderen Stellen zugewiesen sind. Sie erfüllen diese Aufgabe als Selbstverwaltungs- oder Auftrags-Angelegenheiten.

§ 4.

Als Selbstverwaltungs-Angelegenheiten können und sollen die Kreise auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet alle Aufgaben übernehmen, die das Wohl ihrer Einwohner fördern oder das Aufgabengebiet einer einzelnen Gemeinde überschreiten.

Zu den Selbstverwaltungs-Aufgaben der Kreise gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kreispolizei) nach den Weisungen der Regierung.

Leiter der Kreispolizei ist der Landrat.

§ 5.

Auftrags-Angelegenheiten werden den Kreisen durch Gesetz oder durch die Regierung zugewiesen.

II. Kreisangehörige

§ 6.

Kreisangehörige sind alle Personen, die im Kreisgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Alle Kreisangehörigen haben das gleiche Recht, die öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises zu benutzen.

Die Staffelung von Gebühren und sonstigen Abgaben nach der Leistungsfähigkeit ist zulässig.

Alle wahlberechtigten Kreisangehörigen haben die Verpflichtung, bei der Verwaltung des Kreises ehrenamtlich mitzuarbeiten. Über eine Befreiung von der Verpflichtung aus wichtigem Grund entscheidet der Kreisrat, gegen dessen Entscheidung die Beschwerde an den Kreistag gegeben ist.

§ 7.

Im Dienst des Kreises ehrenamtlich tätige Kreisangehörige haben Anspruch auf Ersatz barer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienstes in angemessenen Grenzen. Es können Durchschnitts- oder Pauschalsätze festgesetzt werden. Die Ansprüche auf diese Bezüge sind nicht übertragbar und pfändbar. Näheres wird durch Satzung geregelt.

III. Vertretung und Verwaltung des Kreises

A. Kreistag

§ 8.

Willens- und Beschlußorgan des Kreises ist der Kreistag.

Der Kreistag wird in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts für zwei Jahre gewählt.

Der Kreistag beschließt über die Kreissatzungen, den Haushaltplan und sonstige Kreisangelegenheiten. Er stellt die Richtlinien für die Kreisverwaltung auf und überwacht deren ordnungsgemäße Durchführung.

Der Kreistag gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9.

Der Kreistag tritt spätestens einen Monat nach der Neuwahl zusammen. Die erstmalige Einberufung er-

Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg, 1946.



Karl Kracht (1945).



Hermann Paatz (1945–1949).



Arthur Bey (1949–1950).



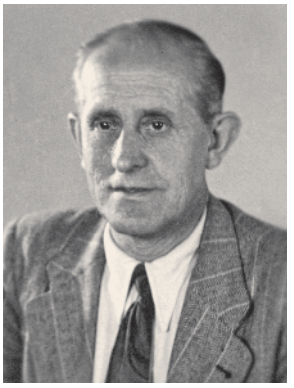
Paul Wuttke (1952–1954).

mandanturen an und entwickelten Tendenzen zur Eigenständigkeit. Ihr Dasein endete im August/September 1946. Immer noch nicht konnte völlig auf solche Instanzen verzichtet werden. Am 11. September 1946 wurde deshalb die Bildung von Amtsbezirken »in früherer Form« angeordnet. Neben der eigentlichen Polizeizuständigkeit hatten diese vor allem Aufgaben auf den Gebieten Erfassung landwirtschaftlicher Produkte und Versorgung der Bevölkerung wahrzunehmen.[51] Bis zur Wahl von ordentlichen Kreistagen sollte demokratische Mitwirkung gewährleistet werden. Eine solche wurde auf Anregung von Präsident Steinhoff vom Februar 1946 durch »Verordnung über die Errichtung von Beratenden Versammlungen bei der Provinzialverwaltung, den Bezirksverwaltungen und den Selbstverwaltungskörperschaften« vom 13. Juni 1946[52] eingeführt. Die erste Beratende Versammlung in der Provinz Brandenburg und in der gesamten SBZ trat am 22. Juni 1946 im Kreis Niederbarnim zusammen. Ihre zweite und letzte Sitzung fand am 15. Juli 1946 statt.

Am 19. Dezember 1946 wurde die »Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg« erlassen.[53] Sie definierte den in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts auf zwei Jahre gewählten Kreistag als Willens- und Beschlussorgan des Kreises.[54] Zu seinem ausführenden Organ bestimmte sie den Kreisrat, der aus dem Landrat, einem bis zwei Stellvertretern und bis zu sechs besoldeten bzw. unbesoldeten, auf zwei Jahre gewählten Mitgliedern, den Kreisräten, bestand und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden war. Für dessen Beschlussfassung galt einfache Mehrheit; die Stimme des Landrates als Vorsitzender entschied bei Stimmengleichheit. Die Aufsicht übte im Gegensatz zu den früheren Kreisverfassungen der als übergeordnetes Organ bezeichnete Landtag aus. Die Kreisverwaltung Niederbarnim gab ein eigenes Verkündungsblatt heraus.[55]

Als Kommunalverbände der Gemeinden definiert, wurden den Kreisen Selbstverwaltungsangelegenheiten auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet übertragen. Zu diesen Angelegenheiten gehörte auch die Kreispolizei mit dem Landrat an der Spitze. Auftragsangelegenheiten konnten durch Gesetz oder Verordnung der Regierung zugewiesen werden. Die Aufgaben des Landrates hatte bereits der Runderlass des Präsidenten der Provinzialverwaltung »Die Funktion des Landrats« vom 18. Dezember 1945[56] geregelt. Er habe in seinem Kreis das antifaschistisch-demokratische Fundament des neuen Deutschland zu schaffen und sei für die klare politische Linie des Kreises verantwortlich.

Die Wahlen zu den Kreistagen fanden am 20. Oktober 1946 statt. Nach der »Wahlordnung für die Landtags- und Kreistagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands« vom 11. September 1946[57] konnten in Kreisen bis zu 50.000 Einwohner 30, in Kreisen bis zu 70.000 Einwohner 40 und in Kreisen über 100.000 Einwohner 50 Abgeordnete gewählt werden. In größeren Kreisen erhöhte sich deren Zahl pro zusätzliche 20.000 Einwohner um jeweils einen Abgeordneten. Die Vertretungskörperschaften beider Kreise unterschieden sich gravierend von ihren Vorgängern. Zur Wahl standen die von den Besatzungsbehörden zugelassenen Parteien und deren Kandidaten. Unter den gewählten Abgeordneten



Erich Hannemann (1945–1946).



Dr. Wilhelm Eisenführ (1946–1950).

befanden sich zum ersten Mal Frauen. Im Kreistag Niederbarnim z. B. waren von 56 Abgeordneten 13 Frauen (SED: 7, CDU: 5. LDP: 1). Die nächsten Kommunalwahlen hätten im Jahr 1948 stattfinden müssen, wurden jedoch verschoben. Die Erste Staatspolitische Konferenz im Juli 1948 hatte den Umbau des gesamten Staatswesens eingeläutet, der schließlich mit der Gründung der DDR ein vorläufiges Ende fand.[58] Die letzten Kreistagswahlen vor der Verwaltungsreform von 1952 fanden deshalb erst am 15. Oktober 1950 statt. Dazu traten die Parteien und Organisationen nicht, wie gewohnt und üblich, mit eigenem Programm und eigenen Kandidaten an. Zur Wahl stand vielmehr eine gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front. Im Ergebnis stimmten im Kreis Niederbarnim von 147.073 Wählern 146.977, im Kreis Oberbarnim alle 90.452 Wähler für die Kandidaten der Nationalen Front.[59]

Außerhalb der Kreisverwaltung bestanden zahlreiche Sonderbehörden weiter.[60] Einigen unter ihnen, vor allem den Bodenkultur- und den Katasterämtern, war durch die Umgestaltung des ländlichen Raumes eine besondere Aufgabenfülle zugefallen. Auch neue Sonderbehörden wurden errichtet. Das war den außergewöhnlichen Umständen der Nachkriegszeit und der Reaktion auf Katastrophen geschuldet. Von April 1946 bis Februar 1947 wirkte in Bad Freienwalde die Geschäftsstelle für Bauvorhaben der Bodenreform. Sie wurde von Zweigstellen der Brandenburgischen Landbaugesellschaft mbH in beiden Barnimer Kreisstädten abgelöst. Als Antwort auf die Kriegszerstörungen im Kreis Oberbarnim und seinen an der Oder liegenden Nachbarkreisen arbeitete das Aufbauamt Ost in Eberswalde vom 30. August 1946 bis 1. Juni 1948. Alle anderen Sonderbehörden wurden im Zuge der Neuordnung des Staatswesens in der Folge der Gebietsreform von 1950 aufgelöst, ihre Aufgaben zum größten Teil den Kreisverwaltungen übertragen.[61] Als letzte gelangten die Kreisforstämter 1952 in die Kreisverwaltungen. Die seit dem Ende des Ersten Weltkrieges angestrebte Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung auf Kreisebene war erreicht worden.

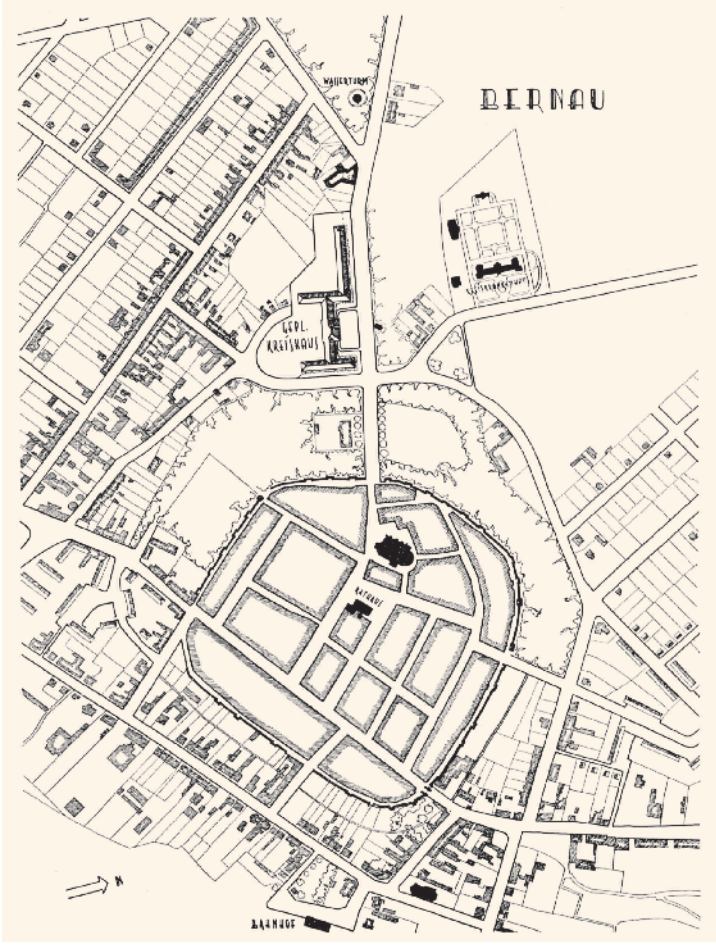
Amtsbezeichnung und Strukturen

Für ein Amt, das über Jahrhunderte die untere Verwaltung prägte und bestimmte, geradezu zu deren Symbol aufgestiegen war, ist es bemerkenswert, dass es ihm über lange Zeit an einer rechtlich definierten Amtsbezeichnung mangelte. Zweifellos ist der Grund dafür in seinen Ursprüngen zu suchen.[62] Der Landrat alter Zeit repräsentierte das Amt nicht nur; er war das Amt selbst. Obwohl nur im Range eines Regierungsrates, bot es seinem Inhaber eine gute Ausgangsposition für den weiteren Aufstieg. Treffend ist die Charakterisierung: »Ein Gott im Himmel, ein König in Berlin und ein Landrat im Kreise.«[63] Die Kreisordnungen von 1825, 1828 und 1872 verfügten keine Legaldefinition. In der Regel firmierte das Amt unter »Der Landrat des Kreises …« Nachdem eine Provinzialregierung als Adresse »An den Herrn Landrat zu …« ohne Namensnennung und Kurialien vorgeschrieben hatte, verfügte das Ministerium des Innern am 1. April 1881, den Landräten komme wie anderen Beamten auch Namensnennung in der üblichen Form samt den Prädikaten ihres Standes und Ranges zu.[64] Im Zuge der Bürokratisierung der Verwaltungsarbeit wurden die Amtsbezeichnungen »Landratsamt« und »Kreisverwaltung« gebräuchlich. Die »Dritte Verordnung über den Neuaufbau des Reichs« führte eine amtliche Bezeichnung ein. Sie lautete »Der Landrat« und galt für sämtliche Kreisverwaltungen des Deutschen Reiches.[65]

In der SBZ veranlassten die Mehrdeutigkeit des Begriffs »Kreisrat« und seit 1948 eingeleitete Maßnahmen, die Selbstverwaltungsobliegenheiten in die allgemeine Staatsverwaltung zu integrieren, zu eindeutiger Bestimmung.[66] In der Kreisordnung war das Beschlussorgan des Kreistages als »Kreisrat« bezeichnet worden. Diese Bezeichnung trugen auch dessen Mitglieder. Die Glieder der SBZ reagier-

ten unterschiedlich darauf. In Brandenburg wurde durch Verfassungsänderung[67] für das Beschlussorgan Kreisrat die Bezeichnung »Rat des Kreises« bestimmt, für die der Städte und Gemeinden die Bezeichnung »Rat der Stadt« bzw. »Rat der Gemeinde« eingeführt. Das brandenburgische Ministerium des Innern erklärte am 21. Januar 1948 diese Bezeichnungen auch als amtliche Anschriften der örtlichen Organe. Nach dem Prinzip Pars pro Toto stand nun der Name des Beschlussorgans für den der gesamten Kreisverwaltung. Widerstand war nur aus dem Kreis Niederbarnim gekommen. Landrat Paatz hatte sich für die Beibehaltung der bisherigen Bezeichnung ausgesprochen. Nachdem 1952 eine völlig neue Verwaltungsstruktur[68] geschaffen worden war, wurden diese Benennungen bindend für alle örtlichen Organe der DDR vorgeschrieben.[69] Die Amtsbezeichnung »Landrat«, die bis dahin im amtlichen Gebrauch gewesen war, wich der Titulatur »Der Vorsitzende des Rates des Kreises«.

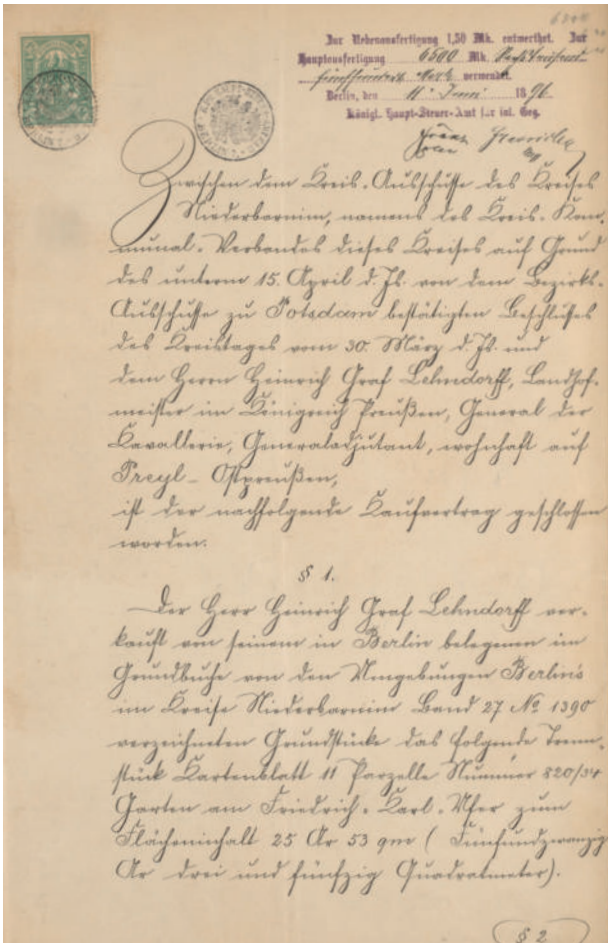
Entsprechend der Aufgabenstellung und bedingt durch überschaubaren Arbeitsanfall, war die Organisationsstruktur der landrätlichen Verwaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wenig konturiert und ganz auf die Person des Landrats zugeschnitten. Mit einem Kreissekretär als Gehilfen, einem Boten und einem Kreis-Ausreiter konnte er sich begnügen. Erst die Ausstattung mit ausreichenden eigenen finanziellen Mitteln und die Verfügungsgewalt über diese führten zu einer sich im Laufe der Zeit verfestigenden inneren Struktur. Diese erhielt weiter Impulse von dem seit dem Ersten Weltkrieg zunehmenden Ausbau der Leistungsverwaltung. Im Jahr 1900 waren bei der Kreisverwaltung Niederbarnim fünf Kreisausschuss-Sekretäre, ein Kreisausschussassistent, ein Registrator, vier Büroassistenten, drei Kanzlisten und ein Bote beschäftigt. Der Kreis Oberbarnim hatte als Kreisbeamte einen Kreisausschuss-Sekretär, einen Kreisbaumeister, einen Kreisbautechniker, einen Büroassistenten, einen Rendanten der Kreiskommunal- und Kreissparkasse und einen Kassenassistenten. Im Jahr 1927 arbeiteten im Kreis Oberbarnim acht Beamte in der staatlichen Kreisverwaltung; die Kreiskommunalverwaltung gliederte sich in acht Abteilungen: Allgemeine Kreisausschussverwaltung, Steuerabteilung, Rechtsabteilung, Kreiswohlfahrtsamt, Kreisbauamt, Kreissiedlungsgesellschaft, Kreiskommunalkasse und Kreisbank.[70]

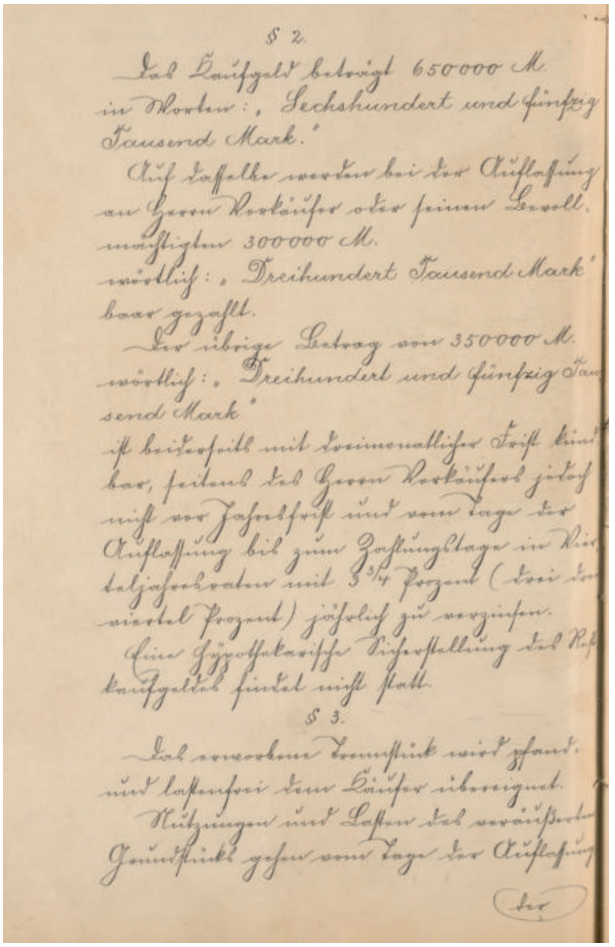


Stadtplan Bernau, 1938.

In der SBZ/DDR wurden Aufgaben und Struktur der Kreisverwaltungen von dem sich vollziehenden Umbruch bestimmt. Dieser war durch die Zentralisierung des gesamten Staatswesens und dem damit einhergehenden Erfordernis nach adäquater Gestaltung des Verwaltungssystems in der Folge von Leitung und Planung des vergesellschafteten Teils der Wirtschaft geprägt. In diesem Prozess mutierte Selbstverwaltung zu staatlicher Verwaltung; die Kreisverwaltungen wurden Bestandteile des hierarchisch organisierten Staatsapparates.[71] Der Verlust der Haushaltshoheit markierte den Endpunkt dieser Entwicklung.[72] Weitere rechtliche Regelungen definierten den Staatsapparat, dem danach alle Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen angehörten.[73]

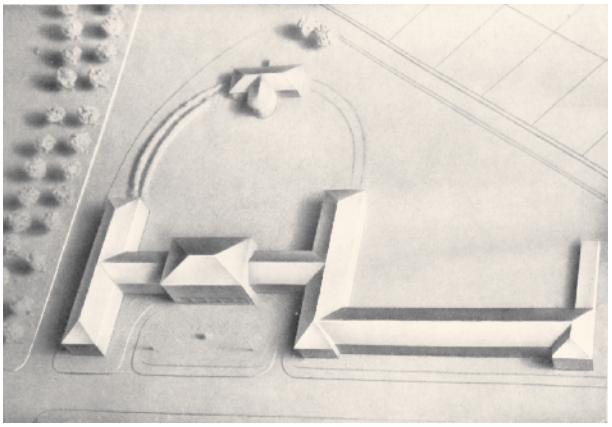
Die erste Strukturentscheidung nach dem Beginn der Verwaltungstätigkeit orientierte sich an den Besonderheiten der Nachkriegszeit. Um die erforderliche reibungs-

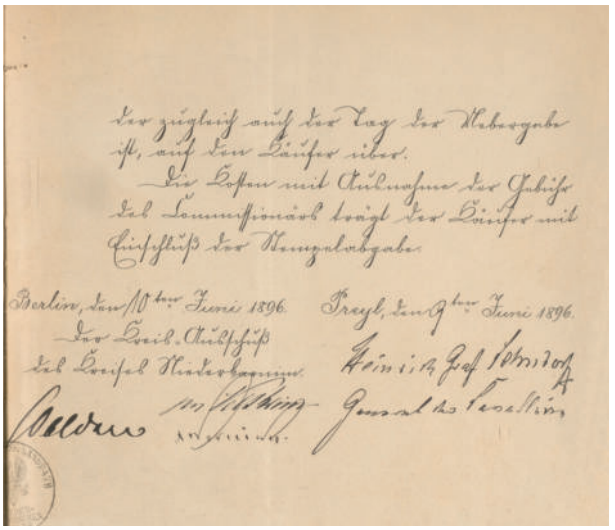




Kaufvertrag zwischen dem Kreis Niederbarnim und dem General Heinrich Graf Lehndorf, Juni 1896.

Geplantes Modell des neuen Niederbarnimer Kreishauses, 1938.





lose Zusammenarbeit mit der Provinzialverwaltung zu ermöglichen, bestimmte diese im Dezember 1945, dass die Struktur der Kreisverwaltungen der von der »Verfassung für die Provinz Mark Brandenburg« vom 26. September 1945[74] für die Provinzialverwaltung vorgegebenen zu entsprechen habe.[75] Danach bestanden neun Abteilungen: Personal und Verwaltungsapparat; Industrie, Wirtschaft, Verkehr, Gewerbe; Ernährung und Landwirtschaft; Volks-

bildung; Finanzen; Sozial- und Gesundheitswesen; Bauwesen; Polizei; Kreisbetriebe.

Die wesentlichen Impulse für die weitere strukturelle Ausgestaltung gingen von der Einbindung der Kreisverwaltungen in das System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft aus. Nachdem ein Experiment, dafür Kreisplanungsausschüsse einzurichten, gescheitert war, wurden im Februar 1949 Abteilungen für Planung, Materialversorgung und Statistik geschaffen. Die Kreise erhielten Verfügungsgewalt über Wirtschaftsunternehmen.[76] Ihre Leitung übernahm das Sachgebiet »Örtliche Industrie« im Dezernat Wirtschaft, Aufbau und Verkehr. Im Zuge des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsplanung wurden die Kreise bis 1952 vollständig in den Instanzenzug der Wirtschaftsplanung integriert.

Kreisstadt und Kreissitz

Da die Reformregelungen von 1815/16 davon ausgegangen waren, die Kreisstrukturen im Wesentlichen beizubehalten, bestanden die bisherigen Kreisstädte fort. Lediglich eine Verwaltungsvorschrift wurde für erforderlich erachtet, sie zu benennen. Die Bekanntmachung der Regierung Potsdam vom 8. Februar 1817[77] bestimmte Berlin für Niederbarnim und Freienwalde für Oberbarnim zu Kreisstädten. Die Amtsgeschäfte besorgten die Landräte von ihren Gütern aus. Diese wurden in der zitierten Bekanntmachung genannt. Zunächst hatten die Kreisstädte ausschließlich Bedeutung als Tagungsorte der Kreisversammlungen. Lediglich die Kreiskasse musste ihren Sitz in der Kreisstadt haben. Die Dienstwohnung im Gebäude des Landratsamtes wurde erst spät in Anspruch genommen. Noch Landrat Felix von Bethmann Hollweg wohnte auf seinem Gut Hohenfinow und kam zur Erledigung der Amtsgeschäfte mit dem Wagen in das rund zehn Kilometer entfernte Freienwalde. Niederbarnimer Kreisstadt war bis 1938 Berlin. Am 14. März 1938[78] beschloss das Preußische Staatsministerium, den Amtssitz nach Bernau zu verlegen. Das Kreishaus stand den Planungen Speers im Wege. Die Ausweitung des Geschäftsbetriebs forderte entsprechende Geschäftslokale und hatte schließlich die Einrichtung bzw. den Bau von Kreishäusern zur Folge.[79]

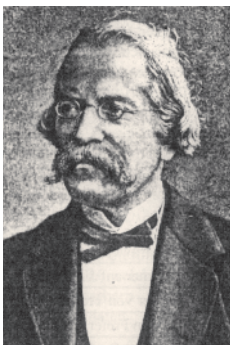


Die Niederbarnimer Kreishäuser, Friedrich-Karl-Ufer 5/6, um 1935.

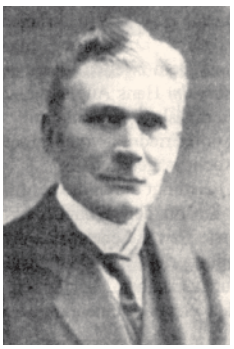
Der Niederbarnimer Kreissitz war über ein halbes Jahrhundert ein Provisorium. Er befand sich bis 1825 in der Oranienburger Straße, bis 1861 in der Markgrafenstraße, ab 1861 in der Charlotten-/Ecke Dorotheenstraße. Erst im September 1863 konnte in der Kochstraße ein eigenes Haus bezogen werden, das für 41.000 Taler erworben und mit einem Aufwand von 16.000 Talern umgebaut worden war. 1898 bezog die Kreisverwaltung ihr repräsentatives, von Franz Schwechten gebautes Domizil am Friedrich-Karl-Ufer.[80] Das Grundstück von 2.553 Quadratemertern war vom General der Kavallerie Heinrich Graf Lehndorf für 650.000 RM erworben worden; der Bau samt Nebenkosten hatte eine ebensolche Summe erfordert, die Innenausstattung fast 54.000 RM gekostet. Das konnte durch den Verkaufspreis von 380.000 RM für das Vorgängergebäude nicht aufgewogen werden. Aus seiner beschaulichen Ruhe als Verwaltungssitz rissen es die revolutionären Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg. Am Montag, dem 6. Januar 1919, besetzten über 100 Aufstän-



Sitzung des Niederbarnimer Kreisausschusses, um 1935.



Georg Scharnweber (1843–1891).



Wilhelm von Waldow (1892–1898).



Graf Siegfried von Roedern (1905–1911).



Felix Busch (1911–1917).



Franz Schlemminger (1920–1933).

Großer Saal des Niederbarnimer Kreishauses, um 1935.



dische das Gebäude. Sie verschafften sich Zugang zur Waffenkammer des Landratsamtes.

Das Kreishaus von Oberbarnim in (Bad) Freienwalde befand sich bis 1876 in der Uchtenhagenstraße, danach in der Gesundbrunnenstraße. Hier war ein In-Geschäft abgewickelt worden. Das Haus hatten die Oberbarnimer Kreisstände 1836 von Landrat Carl Eduard Graf von Zedlitz-Trützschler erworben. Die Erweiterung von Aufgabenbereich und Zuständigkeit zwang zum Bau eines neuen Kreishauses, das im Herbst 1876 eingeweiht wurde. Es entsprach von Beginn an nicht den Anforderungen. Die folgende Zeit war deshalb von Um- und Erweiterungsbauten und andauernden Provisorien gekennzeichnet. Hatte im Kreis Niederbarnim die Verlegung des Kreissitzes Planungen für einen Neubau veranlasst, führten im Nachbarkreis Bestrebungen zur Auflösung dieser Provisorien ebenfalls dazu, einen Neubau zu planen. Beide Vorhaben gediehen über Entwürfe nicht hinaus.

Landräte

Die 34 Landräte, die im behandelten Zeitraum auf dem Barnim tätig waren (20 im Kreis Niederbarnim, 14 im Kreis Oberbarnim), sind in der Literatur hinreichend sowohl in biografischen Daten als auch im Wirken für ihren Kreis vorgestellt worden.[81] Deshalb sollen hier einige kurze Querschnitte und das Eingehen auf diejenigen unter ihnen genügen, die im Besonderen auf sich aufmerksam gemacht haben. Soziale Herkunft und politische Heimat entsprachen den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie wirkten.

Während der Zeit der Monarchie entstammten alle Landräte bis auf Scharnweber, der allerdings selbst Großgrundbesitzer war, und Busch dem grundbesitzenden Adel. Landrat Schlemminger, der den Posten über die gesamte Zeit der Weimarer Republik hinweg bekleidete, gehörte der SPD, der stärksten Kraft in seinem Kreise, an. Die Landräte während der Zeit des »Dritten Reiches« waren NSDAP-Mitglieder[82], die von 1945 bis 1952 amtierenden Mitglieder der SED oder einer ihrer Vorgängerparteien. Bei Scharnweber, Busch, Theobald von Bethmann Hollweg, Mengel, Paatz und Eisenführ soll kurz verweilt werden.

Scharnweber war der Landrat mit der längsten Dienstzeit. Ein Blick über die Grenzen des Barnim und der Provinz Brandenburg würde wohl ergeben, dass er zu den dienstältesten preußischen Landräten überhaupt zu rechnen ist. Er, dessen Vater zu den Reformern vom Beginn des 19. Jahrhunderts gehört hatte, wollte anscheinend seine bürgerliche Herkunft durch besonders konservative Gesinnung kompensieren. Er zählte zu den preußischen Beamten und Politikern, die die Kreisordnung von 1872 wegen der von dieser angeordneten Aufhebung der gutsherrlichen Polizeigewalt abgelehnt hatten. 20 Jahre später wehrte er sich entschieden gegen die von dem Potsdamer Regierungspräsidenten betriebene Teilung seines Kreises, gab aber seine an der Grenze gegen Berlin gelegenen Orte ohne Weiteres zur Abgabe an die Stadt frei. Er war froh, diese roten Bestandteile seines Amtsbereiches loszuwerden.[83]

Busch, als einziger Landrat jüdischer Herkunft, verdankte seine Anstellung vor allem dem Bestreben Berlins, sich auf Kosten der angrenzenden brandenburgischen Kreise zu arrondieren. Vorbildung, Kenntnisse und Erfahrungen hatten in Potsdam und Berlin zu der Auffassung geführt, er werde in den zu erwartenden Auseinandersetzungen die Interessen von Kreis und Provinz mit Erfolg behaupten. Das bestätigte sich. Er hinterließ aufschlussreiche Erinnerungen, deren Landratskapitel überwiegend dem Grenzstreit gewidmet ist. Dieser veranlasste ihn zu dem Ausruf: »Es war schauderhaft, mit der Stadt Berlin politische Angelegenheiten zu erledigen!«[84] Theobald von Bethmann Hollweg sticht durch seinen Karriereweg aus dem Kreis der Landräte hervor. Nach Scharnweber trat er als jüngster Landrat den Dienst an. Dieser führte ihn über die Stationen Regierungspräsident, Oberpräsident, preußischer Innenminister, Staatssekretär des Innern bis zum deutschen Reichskanzler.

Mengel setzte nicht nur neue Akzente in der Verwaltungstätigkeit, indem er die Pflege von Kultur und Tradition integrierte und in diesem Zusammenhang u. a. den Kreishistoriker Rudolf Schmidt[85] förderte und die Arbeit an dessen Geschichte des Kreises zu seinem Anliegen machte. Er trat darüber hinaus für die Einbeziehung der Kreisinsassen in die Kreispolitik ein und wandte sich mit eigenen Pressebeiträgen an diese. Als Deichhauptmann des Oderbruchs zeichnete er für die Herausgabe eines



Friedrich Ludwig von Vernezobre (1810–1821).



Alexander von der Schulenburg (1821–1825).



Carl Eduard von Zedlitz (1825–1844).



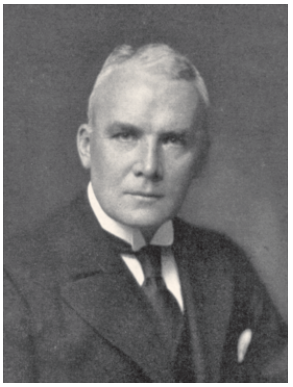
Alexis von Haefeler (1845–1874).



Theobald von Bethmann Hollweg (1885–1896).



Heinrich von Oppen (1896–1909).



Peter Friedrich Mengel (1919–1932).



Kreishaus Oberbarnim (Landratsamt) in Bad Freienwalde (Oder), 1929.

bedeutenden landeskundlichen Werkes über dieses Gebiet verantwortlich und behandelte dort selbst den Abschnitt über die Deichverwaltung. Auch zu anderen Sachfragen äußerte er sich öffentlich.[86] Auf der Tagung der Kreisabteilung Oberbarnim des Verbandes der Preußischen Landgemeinden am 13. Februar 1933 in Bad Freienwalde verabschiedete er sich als dessen Vizepräsident. Ein Übermaß an Arbeit und die augenblickliche politische Lage habe sein Erscheinen sehr infrage gestellt. Er blickte auf seine Tätigkeit als Landrat zurück und bezeichnete sie in Anlehnung an Reichskanzler von Bethmann Hollweg als die schönste Zeit seines Lebens.[87]

Es war wesentlich auf Paatz zurückzuführen, dass in seinem Kreis die kurze Phase des Wirkens der Beratenden Versammlungen auf Kreisebene ihren Anfang nahm. Das verdeutlichte früh, dass er nicht nur seinen engeren Verantwortungsbereich im Blick hatte.[88] Er erfasste als einer der wenigen brandenburgischen Landräte die Bedeutung der von der Ersten Staatspolitischen Konferenz ausgehenden Veränderungen und trug sie mit: Die Umgestaltung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse verlange zwingend die Anpassung des gesamten Verwaltungsapparates an die neuen Umstände. Nach seiner Abberufung wählte ihn der Kreistag Niederbarnim zu seinem Vorsitzenden.

Eisenführ verwendete sich für die Integrität seines Kreises, für die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden sowie für die Einräumigkeit der Verwaltung. Er setzte sich energisch, allerdings vergeblich, für die Ausgemeindung von Herzhorn aus Reichenow ein. Er verfocht die Auflösung der Forstgutsbezirke und kämpfte in der Gebietsreform von 1950 gegen die Abgabe des Gebietes um Werneuchen an den Kreis Niederbarnim.[89] Über die Grenzen seines Kreises hinaus bekannt wurde er jedoch durch seine parteipolitische Volte: Im Oktober 1945 der LDP beigetreten, in der er bald zum Kreisvorsitzenden und zweiten Vorsitzenden der Partei in der Provinz Brandenburg aufgestiegen war, wechselte er ein Jahr später in die SED.

Gemeinden – Gutsbezirke – Städte

Auf dem Barnim, innerhalb der Kreise, lebten die Insassen in unterschiedlich verfassten Gemeinwesen: in Gemeinden, Gutsbezirken und Städten.[90] Seit dem Erlass der ersten preußischen Verfassung wurde die Existenz von Städten und Gemeinden als Teile des Staatsgebietes höchstgesetzlich garantiert. Die [Oktroyierte] »Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat« vom 5. Dezember 1848[91] setzte kurz und bündig fest: »Das Gebiet des preußischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden.« Die »Verfassung des Freistaates Preußen« vom 30. November 1920[92] führte zur Unterscheidung der in einem Kreis vereinigten kommunalen Körperschaften, die bisher unter dem Begriff »Gemeinde« subsumiert worden waren, den verfassungsrechtlichen Begriff »Landgemeinde« ein und erhob die kreisangehörigen Städte zu Subjekten des Verfassungsrechtes. Sie bestimmte: »Der Staat gliedert sich in Provinzen, Städte, Landgemeinden und andere Gemeindeverbände.« Die »Verfassung für die Mark Brandenburg« vom 6. Februar 1947[93] wiederum schloss Landgemeinden und kreisangehörige Städte wieder unter dem Begriff »Gemeinde« zusammen. Der entsprechende Paragraph lautete: »Die Mark Brandenburg ist in Kreise, die Kreise sind in Gemeinden gegliedert.«

Auch nach den Stein-Hardenbergschen Reformen basierte das Gemeindeleben auf den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von 1794. Eine Mischung aus älterem Recht, partiellen Reformen und regionalen Gültigkeitsbereichen bewahrte die Macht des Adels über das platte Land und sicherte seine »harte Klassenherrschaft über das Bauerntum«.[94] Den aus der Revolution von 1848 geborenen Ansatz zur Demokratisierung machte die folgende Restaurationsperiode zunichte.[95] 1856 wurden den Gemeinden lediglich ihre Gemarkungen bestätigt und garantiert sowie die Modalitäten der Wahl und des Zusammentretens von Gemeindeversammlung bzw. Gemeindevertretung geregelt.[96]

Es währte bis zum Jahr 1891, bis die »Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie« vom 3. Juli 1891[97] erlassen wurde. Die Ordnung sprach den Gemeinden unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechts das Selbstverwaltungsrecht zu und erklärte sie zu öffentlichen Körperschaften. Als Interessenvertretung fungierte bei Gemeinden unter 40 Stimmberechtigten die Gemeindeversammlung. In größeren Gemeinden wurde eine Gemeindevertretung gewählt.

Die Wahlperiode betrug sechs Jahre. Stimmberechtigt waren steuerpflichtige Gemeindeinsassen. Nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Steuern einer Klasse zugeteilt, wählten sie jeweils ein Drittel der Gemeindeverordneten. Die Vertretungskörperschaft bestimmte den Gemeindevorsteher und zwei Schöffen. Der Gemeindevorsteher war die Obrigkeit der Gemeinde; er führte deren Verwaltung und hatte den Vorsitz in der Gemeindevertretung mit vollem Stimmrecht. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Gemeindevorsteher zu Versammlungen bei der Kreisverwaltung zusammengerufen.[98] Die Landgemeindeordnung von 1891 galt trotz andauernder Versuche, sie den neuen Bedingungen anzupassen und eine für ganz Preußen geltende Kommunalordnung zu begründen, bis auf die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nach dem Ersten Weltkrieg über den Untergang der Monarchie hinaus.

Die Nationalsozialisten gestalteten das Gemeindeleben nach dem Führerprinzip und schrieben die Einflussnahme ihrer Partei fest. Das »Gemeindeverfassungsgesetz« vom 15. Dezember 1933[99] beseitigte die demokratische Mitwirkung der Bürger an den Gemeindegeschäften. Die Stelle der Vertretungskörperschaften nahmen Gemeinderäte ein, zu denen der oberste örtliche Leiter der NSDAP, der rangälteste Führer der SA oder SS und »sonstige erfahrene und verdiente Männer« berufen werden sollten. Die Verwaltung der Gemeinde führte ein Dorf- oder Gemeindeschulze nach den Maßstäben der nationalsozialistischen Machtausübung. Die »Deutsche Gemeindeordnung« vom 30. Januar 1935[100], die erstmals ein einheitliches kommunales Verfassungsrecht für das ganze Deutsche Reich kodifizierte, übernahm den wesentlichen Rechtsinhalt der preußischen Regelung. Sie sicherte den totalen Zugriff des Regimes auf die Gemeinden. Der Leiter der Gemeinde wurde durch das »Vertrauen von Partei und Staat« in sein Amt berufen. Dem »Beauftragten der NSDAP« wurde das Recht zugesprochen, bei »bestimmten Angelegenheiten« (Berufung und Abberufung des Bürgermeisters, Verabschiedung der Hauptsatzung, Verleihung der Ehrenbürgerrechte und von Ehrenbezeichnungen) mitzuwirken. Die an die Stelle der Gemeindevertretung getretenen Gemeinderäte wurden im Benehmen mit dem Bürgermeister ebenfalls von dem Beauftragten der NSDAP bestimmt.

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches war seine Rechtsordnung hinfällig geworden. Es galt das von den Siegermächten gesetzte Recht. Darunter begann Verwaltung in den Gemeinden, die sich des Selbstverwaltungsrechtes bedienten und damit den Tenor der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vorwegnahmen, dass die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen anordnen sollte. Bis zur Wahl von Gemeindevertretungen sollte den Gemeindebürgermeistern nach zitierter Verordnung über die Errichtung Beratender Versammlungen vom 13. Juni 1946 eine Gemeindekommission beratend zur Seite gestellt werden. Nennenswertes konnten diese Gremien nicht verrichten, denn schon am 14. September 1946 wurde von der Provinzialverwaltung Brandenburg eine Gemeindeordnung erlassen. Sie sollte als Muster für die gesamte SBZ dienen und trug deshalb die Bezeichnung »Demokratische Gemeindeverfassung für die sowjetische Besatzungszone«.[101] Ihr § 1 lautete: »Die sich selbst verwaltende Gemeinde ist die Grundlage der demokratischen Ordnung.«

Als Vertretung der Gemeindeangehörigen und oberstes Willens- und Beschlussorgan fungierte danach die in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl auf zwei Jahre gewählte Gemeindevertretung.[102] Bei Gemeinden unter 200 Einwohner konnten die Stimmberechtigten beschließen, dass an deren Stelle die aus sämtlichen Stimmberechtigten gebildete Gemeindeversammlung tritt. Ausführendes Organ der Gemeindevertretung war der Gemeinderat aus dem Bürgermeister und zwei bis 14 Ratsmitgliedern, übergeordnetes Organ der Kreistag. Dieser wählte zur Wahrnehmung der sich daraus ergebenden Rechtspflichten einen Ausschuss für Gemeindeangelegenheiten. Die Gemeinden nahmen Selbstverwaltungsaufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zur Förderung des Wohles der Bürger wahr. Auftragsangelegenheiten wurden ihnen durch Gesetz oder Anordnung der Landesregierung überwiesen. In der Anfangszeit befanden sich die Vertretungskörperschaften in Konkurrenz zu den Gemeindebodenkommissionen. Diese bestimmten das politische Leben in den von der Bodenreform betroffenen Gemeinden.

Die neben den Gemeinden existierenden Gutsbezirke waren der Machtausdruck der ostelbischen Guts-

herrschaft.[103] Sie prägten bis 1928/29 das platte Land. Ihre rechtliche Begründung hatte ebenfalls im Allgemeinen Landrecht seinen Anfang genommen. Es sprach Rittergutsbesitzern das Recht zu, Untertanen zu haben und über diese Herrschaft ausüben zu können. Im Zuge der weiteren Verrechtlichung wurden sie von der Kreisordnung von 1872 und der Landgemeindeordnung von 1891 den Gemeinden als öffentliche Körperschaften gleichgestellt, durch erstere mit diesen in Amtsbezirken vereinigt, durch letztere zu den Pflichten und Leistungen einer Gemeinde angehalten. Der Gutsbesitzer oder ein von diesem Beauftragter nahm das Amt des Gutsvorstehers wahr. Dieser vertrat Interessen und Rechte der Gutsinsassen nach außen und vereinte sämtliche obrigkeitliche Gewalt in seiner Person. Obwohl diese im Laufe der Anpassung an das Rechtssystem abgebaut wurde, waren die Gutsinsassen dem Gutsherrn weiterhin untertan. Für sie galt bis zum Ende der Monarchie außerordentliches Recht.[104] Bis zur Auflösung der Gutsbezirke waren sie vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen. Den Umbruch von 1928/29 überlebten lediglich die Forstgutsbezirke.[105] Diese bestanden in der SBZ/DDR ohne rechtliche Legitimierung als bloße Hüllen fort. Im Kontext der Gebietsreform von 1950 und als Folge des Umbaus der Forstverwaltung mit der Einrichtung von Kreisforstämtern zum 1. Januar 1950 aufgelöst, wurden sie spätestens mit der Bildung von Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben im Februar 1952 vollends obsolet.

Die Mehrzahl der Städte wird zur Unterscheidung von den kreisfreien Städten (Stadtkreise) als kreisangehörige Städte definiert. Im Kreis Niederbarnim gab es nach der Auskreisung von Lichtenberg vier (Altlandsberg, Bernau, Liebenwalde, Oranienburg), im Kreis Oberbarnim fünf (Biesenthal, Bad Freienwalde, Strausberg, Werneuchen, Wriezen) solcher kommunaler Körperschaften. Dort wurde Finow 1935 zur Stadt erhoben.[106] Weitere Änderungen an deren Anzahl ergaben sich aus Status- und Kreisgrenzenänderungen. Eberswalde kehrte 1950 durch Einkreisung in den Kreis Oberbarnim zurück,[107] Biesenthal und Werneuchen wechselten im selben Jahr nach Niederbarnim. Aus dem Kreis Angermünde gelangte Joachimsthal und nach über einem Jahrhundert Abwesenheit auch Oderberg zurück nach Oberbarnim.

Die Städte waren aus den Stein-Hardenbergschen Reformen als die eigentlichen Gewinner hervorgegangen. Ihnen waren Selbstverwaltungsrechte zugesprochen worden; die spätmittelalterliche Parole »Stadtluft macht frei« hatte einen neuen Inhalt bekommen. Die »Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie« vom 19. November 1808[108] befreite sie aus der Abhängigkeit von den Steuerräten. Sie wurden in die Kreise integriert, in denen sie im Gegensatz zu den Gemeinden und Gutsbezirken ein eigenständiges kommunales Leben entwickeln konnten.[109]

Diese Rechte wahrzunehmen kam allerdings nur den Bürgern zu. Die zweite Kategorie der Stadtbewohner, die »Schutzverwandten«, war davon ausgeschlossen. Das Bürgerrecht besaßen die mit Grundbesitz Ausgestatteten und die Gewerbetreibenden, also die Steuerpflichtigen. Dieses berechtigte sie, den Magistrat als kollegial organisiertes Vollzugsorgan der Stadtverwaltung zu wählen. An deren Spitze stand der Bürgermeister. In kleinen (unter 3.000 Einwohner) und mittleren (über 3.500 Einwohner) Städten trugen diese die Bezeichnung Bürgermeister, in großen Städten (über 10.000 Einwohner) war ihnen die Bezeichnung Oberbürgermeister zugestanden. Eine weitere Differenzierung folgte aus den Insignien des Amtes: Oberbürgermeister trugen goldene Amtsketten mit goldener Medaille, Bürgermeister mittlerer Städte silberne Ketten mit silberner Medaille, Bürgermeister kleiner Städte lediglich eine silberne Medaille am Bande. Die »Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie« vom 30. Mai 1853[110] änderte an dem bestehenden Rechtszustand nichts. Sie traf nur eine andere Größeneinteilung. Weitere Städteordnungen folgten nicht. Es hatte mit der Wahlrechtsänderung als Ergebnis der Novemberrevolution sein Bewenden. In der SBZ/DDR und auch im Land Brandenburg wurde keine Städteordnung erlassen. Für die kreisangehörigen Städte galt die jeweilige Gemeindeordnung. Sie garantierte diesen das Recht, die Bezeichnung »Stadt« zu führen. In Brandenburg wurde das noch einmal bestätigt.[111] Eine solche Zusicherung erhielten auch die Stadtkreise. Das »Gesetz über die Bestimmung der kreisfreien Gemeinden« vom 18. Dezember 1946[112] legte neun Städte, darunter Eberswalde, weiterhin als kreisfrei fest.

Von Gemeinden, Gutsbezirken und Städten gingen erhebliche Impulse zur Änderung der inneren Struktur

der Kreise aus. Sie waren nicht immer erfolgreich. Das Gemeindenetz blieb im Wesentlichen über den gesamten Zeitraum stabil. Mit der Verabschiedung der Landgemeindeordnung von 1891 einsetzende, in der Weimarer Republik, im »Dritten Reich« und in der DDR verstärkte Bestrebungen, die Zahl der Gemeinden durch Eingemeindung bzw. Zusammenschluss zu verringern und auf diese Weise leistungsfähige Körperschaften zu schaffen, hatten nur geringen Erfolg. Die größten Veränderungen brachte die Auflösung der Gutsbezirke in den Jahren 1927 bis 1929.[113] Eine unzureichende Gemeindestruktur dauerte wie im übrigen Brandenburg über die Zeiten an.

Im Kreis Niederbarnim setzten die wenigen Eingemeindungen zeitversetzt 1904 nach dem Erlass der Landgemeindeordnung ein, im Kreis Oberbarnim erst 1928. 1939 geplante Reformschritte endeten bereits mit Kriegsbeginn, ehrgeizige Zielstellungen der Gebietsreform von 1950 scheiterten an dem Selbstbehauptungswillen der Orte, die ihre Selbstständigkeit verlieren sollten. So sind über den gesamten Zeitraum von 1816 bis 1950 nur drei Zusammenschlüsse und zwei Eingemeindungen zu notieren.

Etwas größer war die Zahl der kommunalen Veränderungen im Kreis Oberbarnim. Hier wirkten jedoch besondere Einflussfaktoren. Zwischen 1928 und 1935 fanden 13 Eingemeindungen bzw. Zusammenschlüsse statt. Die neun Gemeindebezirksänderungen, die sich unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vollzogen, waren der Nachkriegssituation geschuldet. Sie betrafen überwiegend Orte des neumärkischen Kreises Königsberg, die an Oberbarnim gefallen waren. Sie hatten sich außerstande gesehen, ein selbstbestimmtes kommunales Leben zu führen. In der Gebietsreform von 1950 war die Zusammenfassung von 14 zu sieben Gemeinden geplant; das Ergebnis verzeichnete lediglich drei Eingemeindungen.[114]

Der gegenteilige Verlauf, die Konstituierung einer selbstständigen Gemeinde aus einem Ortsteil einer bestehenden, ist äußerst selten anzutreffen. Die Auflösung der Gutsbezirke[115] aber führte zur Neugestaltung der kommunalen Verhältnisse auf dem platten Land. Sie erfolgte im Einzelnen durch Beschlüsse des Preußischen Staatsministeriums in den Jahren 1928/29.[116] Dadurch wurden im Kreis Niederbarnim 39 Gutsbezirke (616 Quadratkilometer, 6.000 Einwohner) mit benachbarten Gemeinden vereinigt, aus Resten von sechs aufgelösten Forstgutsbezirken vier Forstgutsbezirke neu gebildet. Die Zahlen für den Kreis Oberbarnim: 64 Gutsbezirke (576 Quadratkilometer, 11.500 Einwohner) mit benachbarten Gemeinden vereinigt, ein Forstgutsbezirk aus den Resten von zwei aufgelösten Forstgutsbezirken neu gebildet.[117] Gleichzeitig erfuhr das Gemeindenetz eine gewisse Straffung. Die in den neu geschaffenen Kommunen erforderlichen Neuwahlen fanden am 2. Dezember 1928 statt.

Im Ergebnis schwanken die Zahlen der unteren kommunalen Körperschaften.[118] Im Kreis Niederbarnim bestanden über die Zeit seiner Existenz um 90 Gemeinden, um 60 Gutsbezirke (ab 1928: vier) und zwischen vier und sieben Städte. Im Kreis Oberbarnim waren es zwischen 80 und 100 Gemeinden, um 65 Gutsbezirke (ab 1928: einer) und zwischen sechs und acht Städte. Im Jahr 1950 wies Niederbarnim 76, Oberbarnim 87 Gemeinden aus. Mit dieser Anzahl ging es auch in die Verwaltungsreform von 1952.

Daneben kam es in beiden Kreisen zur Änderung von Ortsnamen. Das betraf im Kreis Niederbarnim 28 Orte. Den größten Anteil mit 20 nahmen die Änderungen ein, die dem Ortsnamen den Praefix »Berlin« hinzufügten oder die geografische Lage mit der Erklärung »bei Berlin« verdeutlichten. Die Schreibweise wurde in einem Fall geändert. Im Kreis Oberbarnim waren sieben Orte von Namenänderungen betroffen. 1932 wurde für 14 Orte mit den Namenbestandteilen »Alt«, »Neu«, »Groß«, »Klein« Schreibung in einem Wort verfügt.

Der 1952 in Angriff genommene Übergang zu völlig neuen gesellschaftlichen Verhältnissen bedingte eine andere Aufstellung und eine andere Arbeitsweise der staatlichen Verwaltung. Die Liquidierung hergebrachter kommunaler Traditionen war eine der notwendigen Voraussetzungen. Während aber die kreislichen Strukturen grundstürzend neu geformt wurden, behaupteten sich die Gemeinden wie in den vorangegangenen Zeiten.

1 Die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Barnim in dem behandelten Zeitraum ist Teil der allgemeinen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Preußens, der Provinz und des Landes Brandenburg und der DDR. Sie repräsentiert demgemäß das Einzelne im Allgemeinen. Das Einzelne ergibt sich aus der Eigenart der natürlichen und wirtschaftlichen Struktur der beiden Kreise, aus der Persönlichkeit und der Amtsführung der Landräte, aus der Erledigung der kommunalen und der Auftragsangelegenheiten. Bis auf die Spezifik der Grenzänderungen in beiden Kreisen kann darauf nicht eingegangen werden.

2 PrGS. S. 85.

3 Vgl. dazu im einzelnen Wolfgang Blöß, Kommunale Strukturen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Umwälzungen. Die Grenzen von Gemeinden und Kreisen in Brandenburg 1945–1952 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 71), Berlin 2018, S. 431–613.

4 Vgl. dazu im einzelnen Wolfgang Blöß, Niederbarnim – Oberbarnim – Barnim. Die Landkreise Nieder- und Oberbarnim 1945–1952, in: Klaus Neitmann/Brigitta Heine (Hrsg.), Kreise und Landräte auf dem Barnim vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 7/Barnimer Historische Forschungen, Bd. 1), Berlin 2015, S. 99 ff.

5 Gesetz über Änderung von Gemeindegrenzen im Zuge der Bodenreform vom 10. Oktober 1948 (GVBl. I S. 24) und Durchführungsbestimmungen vom 2. Juni 1949 (GVBl. II S. 281), Regierungsbeschluss Nr. 52/51 vom 6. November 1951 (GVBl. II S. 329). Vgl. dazu im einzelnen Wolfgang Blöß, Brandenburgische Kreise und Gemeinden 1945–1952. Grenzänderungen, Eingemeindungen und Ausgemeindungen (= Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 6), Potsdam 2010, S. 4 f.

6 Bekanntmachung wegen der Organisation der Regierung zu Potsdam vom 8. März 1816 (Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 94).

7 Ernst Fidicin, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim und der in demselben belegenen Städte, Rittergüter, Dörfer etc. (= Die Territorien der Mark Brandenburg oder Geschichte der einzelnen Kreise, Städte, Rittergüter und Dörfer in derselben als Fortsetzung des Landbuchs Kaiser Karls IV., Bd. 1, T. 2), Berlin 1857.
Zu den Vorgängen im Einzelnen aus Berliner Sicht Ernst Kaeber, Das Weichbild der Stadt Berlin seit der Steinschen Städteordnung, in: Ders., Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin, Bd. 14), Berlin 1964, S. 234–376; Felix Escher, Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 47), Berlin 1985. Vgl. auch Burkhard Hofmeister, Die Siedlungsentwicklung Groß-Berlins, in: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 1 (1983), S. 39–63; Ders., Von Alt-Berlin zum Bundesland Berlin. Berlin und die Eingemeindungsfrage, in: Geographie und Schule 26 (2004), S. 13–20 (mit Skizzen); Michael Erbe, Berlin im Kaiserreich (1871–1918), in: Geschichte Berlins, Bd. 2, München 1987, S. 752 f. (mit Skizze); Ariane Leendertz, Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 7), Göttingen 2008, S. 43 f. Die amtliche Berliner Darstellung in: Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, H. 1: Einleitung und Allgemeine Verwaltung, Berlin 1926, S. 9–29. Aus der Sicht des Kreises: Felix Busch, Aus dem Leben eines königlich-preußischen Landrats, hrsg. von Julius Schoeps (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 8), Berlin 1991, S. 161–192.

8 Zu den Teilungsplänen im einzelnen Blöß, Kommunale Strukturen, S. 306 f.

9 Gesetze, betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin vom 7.3.1908 (PrGS. S. 21) bzw. 23.6.1909 (PrGS. S. 533).

10 Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin vom 19.7.1911 (PrGS. S. 123). Dem Verband gehörten an: die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Rixdorf, Schöneberg, Spandau; die Landkreise Niederbarnim und Teltow.

11 Ernst Kaeber, Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit, Berlin 1921, bes. S. 92–99.

12 Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27.4.1920 (PrGS. S. 123). Grenzbeschreibung in: Wie sieht der Kreis Niederbarnim jetzt aus?, in: Kalender für den Kreis Niederbarnim 1925, S. 29. Niederbarnimer Kreisblatt Nr. 107 vom 19.5.1920. Vgl. auch Erster Verwaltungsbericht, S. 171–173; Friedrich Beck u. a. (Hrsg.), Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2010, S. 82 ff.

13 Vgl. dazu im einzelnen Wolfgang Blöß, Grenzen und Reformen in einer Umbruchgesellschaft. Vom Land Brandenburg zu den Bezirken 1945–1952 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 66), Berlin 2014, S. 87–89; Dieter Schröder, Die räumliche Entwicklung des Berliner Stadtgebiets in der Vier-Mächte-Zeit 1945–1990, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1995, S. 11.

14 Beschluss des Präsidiums der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die Auflösung des Restkreises Königsberg (Neumark) und Änderung der Grenzen der Landkreise Oberbarnim, Lebus und Angermünde vom 25.1.1946 (VOBlB. S. 110). Vgl. dazu Blöß, Kommunale Strukturen, S. 219–222; Ders., Brandenburgische Kreise, S. 11, 41. Karte und Liste der westlich der Oder liegenden Orte bei Reinhard Schmook, Der alte Landkreis Königsberg/Neumark, Erfurt 2013, S. 9, 12.

15 Zur Problematik von Aus- und Einkreisung allgemein: Wolfgang Blöß, »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?«. Die kreisfreien Städte in Brandenburg und den anderen Gliedern der SBZ/DDR 1945–1952, T. I, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 149 (2013), S. 327–427; T. II, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 150 (2014), S. 463–521.

16 PrGS. S. 661.

17 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 503.

18 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 133.

19 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 183; Wissenswertes aus der Verwaltung, in: Kalender für den Kreis Oberbarnim 8 (1915), S. 80. Rudolf Schmidt, Geschichte der Stadt Eberswalde, Bd. 2: Von 1740 bis 1940, Eberswalde 1941, S. 349, belässt es bei der bloßen Information über die Auskreisung. In seinem Aufsatz Eberswalde. Ein märkisches Städtebild, in: Oberbarnimer Kreiskalender 13 (1924), S. 39–49, erwähnt er sie überhaupt nicht. Auch Eberswalde-Finow. Kurzer Abriss der geschichtlichen Entwicklung, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1979, S. 43–46, geht darauf nicht ein; Blöß, »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?« T. II, S. 501–508.

20 Johannes Schulze, Die Mark Brandenburg, 4. Aufl., Berlin 2011, S. 169.

21 PrGS. S. 203.

22 PrGS. S. 34.

23 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 227.

24 BLHA Rep. 3B I P Nr. 1784, o. Bl.; abgedr. bei H. A. Mascher, Das Institut der Landräthe in Preußen. Historisch, juristisch und ökonomisch skizziert, Berlin 1868, Anhang.

25 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 217.

26 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 83.

27 Friedrich-Wilhelm Henning, Rahmenbedingungen und Grundzüge der Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands von 1815 bis 1945, in:

Gerd Heinrich u. a. (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 56.

28 Regulativ über die Prüfung der Landratsamts-Kandidaten vom 13.5.1838 (PrGS. S. 423).

29 PrGS. S. 251.

30 Verordnung über die Befugnisse der Kreisstände in der Kur- und Neumark Brandenburg und dem Markgrafentum Niederlausitz, Ausgaben zu beschließen und die Kreis-Eingesessenen dadurch zu verpflichten vom 25.3.1841 (PrGS. S. 159) in Verbindung mit der Ergänzung der Verordnung vom 25. März 1841 … vom 7.3.1845 (PrGS. S. 53).

31 Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 21.7.1852 (PrGS. S. 465).

32 Novelliert durch das Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen … vom 13. Dezember 1872 und die Ergänzung derselben vom 19.3.1881 (PrGS. S. 155). Vgl. dazu Hans Gerhard Benzig, Bismarcks Kampf um die Kreisordnung von 1872, Hamburg 1996.

33 PrGS. S. 147.

34 Boxhagen-Rummelsburg (32.989), Friedrichsfelde (14.082), Friedrichshagen (13.231), Niederschönhausen (9.164), Oberschöneweide (14.098), Pankow (29.077), Reinickendorf (22.445), Vogelsdorf (12.202), Weißensee (37.608).

35 BLHA Rep. 1 Nr. 1340, o. Bl.

36 PrGS. S. 187.

37 PrGS. S. 159.

38 BLHA Rep. 1 Nr. 1337, Bl. 8; Nr. 1340, o. Bl.

39 Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1.8.1882 (PrGS. S. 237); Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30.7.1883 (PrGS. S. 195).

40 PrGS. S. 23.

41 PrGS. 1921 S. 1.

42 Wilhelm Becker, Kreis und Kreisverwaltung. Entstehung, Sinn und Bedeutung, in: Der Kreis Anklam. Ein Heimatbuch des Kreises, Magdeburg 1935, S. 98; Ders., Neugliederung der Verwaltung in organischen Führungsräumen, in: RVerwBl. 63 (1942), S. 124 f. Zur nationalsozialistischen Kommunalpolitik an einem Einzelbeispiel siehe Wolfgang Blöß, Verwaltungsstrukturreform im Dritten Reich. Das Beispiel Vorpommern und seine Folgen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 152 (2016), S. 463–508.

43 Die wichtigsten in chronologischer Reihenfolge: – Zweite Anweisung zur Ausführung der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 25.3.1933 (MBliV. I Sp. 327); – Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3.1933 (RGBl. I S. 153); – Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinzial-(Kommunal)Landtage, der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Kreistage auf die Provinzial-(Landes)Ausschüsse, den Verbandsausschuss und die Kreisausschüsse vom 17.7.1933 (PrGS. S. 257); – Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates vom 15.12.1933 (PrGS. S. 499); –Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30.1.1934 (RGBl. I S. 75); – Dritte Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 28.11.1938 (RGBl. I S. 1675); – Gesetz über die Vereinheitlichung im Behördenaufbau vom 5.7.1939 (RGBl. I S. 1197); – Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28.8.1939 (RGBl. I S. 1535); – Verordnung über die Aufhebung von Beschlusszuständigkeiten und Anhörungsrechten von Verwaltungskörperschaften und kollegialen Behörden in der Kreisinstanz vom 26.9.1939 (RGBl. I S. 1981); – Zweite Verordnung über die Vereinfachung der Verwaltung vom 6.11.1939 (RGBl. I S. 2168); – Anordnung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen vom 28.12.1939 (RGBl. 1940 I S. 45); – Erlaß des Führers über die weitere Vereinfachung der Verwaltung vom 25.1.1942 (nicht veröff., abgedr. bei Martin Moll (Hrsg.), »Führer-Erlasse«. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, S. 231); – Verordnung über die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf die kreisangehörigen Gemeinden vom 26.5.1944 (RGBl. I S. 124); – Erlass des Führers über den totalen Kriegseinsatz vom 25.7.1944 (RGBl. I S. 161).

44 Heermann war ein alter Kämpfer. Im Oktober 1920 mit der Mitgliedsnummer 112 in die NSDAP eingetreten, leitete er in Berlin den Bezirk Kreuzberg. Nachdem er 1925 nach Malz umgezogen war, betätigte er sich im Kreis Niederbarnim für die Partei, um im Herbst 1930 zum Kreisleiter aufzusteigen. 1942 wurde er in den Kreis Sorau versetzt. Siehe Niederbarnimer Kreisblatt vom 3.2.1942. Zum NS-Gau Brandenburg siehe Kristina Hübener/Wolfgang Rose, Der brandenburgische NS-Gau – Eine Bestandsaufnahme, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue – Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat« (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), München 2007, S. 263–279.

45 Kalender für den Kreis Niederbarnim 1935, S. 56; Max Weiß, Verwaltung, in: Max Weiß/Max Rehberg (Hrsg.), Zwischen Schorfheide und Spree. Heimatbuch des Kreises Niederbarnim, Berlin 1940, S. 143.

46 Geschichte der NSDAP im Kreise Niederbarnim, in: Weiß/Rehberg (Hrsg.), Zwischen Schorfheide und Spree, S. 160–175.

47 BLHA Rep. 6B Oberbarnim Nr. 6, o. Bl.

48 Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939 – 1945 (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 29), Stuttgart 1989, S. 533; Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 29), Stuttgart u. a. 1970, S. 419 f.; Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945, 2., durchges. Aufl., München 1970, S. 173 f.

49 Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3.9.1932 (PrGS. S. 283).

50 Hans-Joachim Schreckenbach, Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 49–80; Blöß, Kommunale Strukturen, S. 208–218.

51 BLHA Rep. 203 Nr. 2, Bl. 22; Nr. 29, Bl. 14, 17; Nr. 330, o. Bl.; Nr. 811, Bl. 1, 7; BLHA Rep. 250 Niederbarnim Nr. 124, Bl. 22; Nr. 284, o. Bl. Vgl. auch Blöß, Kommunale Strukturen, S. 31 ff. Die Amtsbezirke wurden zum 17.11.1948 aufgehoben.

52 VOBlB. S. 158. Hugo-Otto Zimmer, Beratende Versammlungen, in: Neuer Weg 1 (1946), H. 4, S. 17 f.; Die Beratenden Versammlungen, in: Demokratischer Aufbau 1 (1946), S. 100.

53 GuVOBlB. S. 469; GuVOBlB. I S. 1. Aufgehoben durch Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18.1.1957 (GBl. I S. 65). Walter Beckmann/Werner Lufft, Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg vom 19. Dezember 1946, Potsdam 1947; Dieter-Marc Schneider, Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 481 f.

54 Hugo-Otto Zimmer, Die neuen Kreistage in der sowjetischen Besatzungszone, in: Demokratischer Aufbau 1 (1946), S. 259 ff.

55 Ab Nr. 1 vom 13. Juli 1947: Informationsblatt des Kreises Nieder-

barnim; ab Nr. 6 vom 1. November 1947: Kreisblatt. Amtliches Informationsblatt des Kreises Niederbarnim.

56 VOBlB. 1946 S. 71. Auch abgedr. in: Demokratischer Aufbau 1 (1946), S. 50.

57 VOBlB. S. 323.

58 Vgl. dazu im einzelnen Blöß, Kommunale Strukturen, S. 353–358.

59 KA Barnim K I Zepernick Nr. 10881, o. Bl.; Endarchiv Nr. 2479, o. Bl.

60 Auflistung der Ende 1945 in Brandenburg bestehenden Sonderbehörden bei Hans-Joachim Schreckenbach, Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: Werner Stang, (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 251. Diskussionen, Konzeptionen und Entscheidungen über die Zuordnung der Arbeitsämter bei Dierk Hoffmann, Arbeitsmarkt, Zweijahresplan und Wirtschaftsverwaltung. Die Auseinandersetzung über Kommunalisierung oder Zentralisierung der Arbeitsämter, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hrsg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR (= Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sonderheft), München 2000, S. 107–132.

61 Blöß, Kommunale Strukturen, S. 599–603.

62 Otto Hintze, Der Ursprung des preußischen Landratsamts in der Mark Brandenburg, in: Ders., Regierung und Verwaltung, 2., durchges. Aufl, Göttingen 1907, S. 164–203.

63 Mascher, Das Institut, S. 84. Christiane Eifert, Die kleinen Könige. Zu Selbstverständnis und Herrschaftspraxis brandenburgischer Landräte im 19. Jahrhundert, in: Historische Anthropologie 7 (1999), S. 381–403, beschreibt das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte Selbstverständnis der Landräte als »kleine Könige«.

64 BLHA Rep. 2A I P Nr. 469, o. Bl.

65 Wilhelm Sievers, Die Stellung des Landrats im nationalsozialistischen Staat, in: Die Landgemeinde 42 (1933), S. 371 f.

66 Wolfgang Blöß, »Die landrätliche Verwaltung existiert nicht mehr«. Vom Landratsamt zum Rat des Kreises: Die neue Amtsbezeichnung, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 63 (2012), S. 194–201.

67 Gesetz über die Änderung der Verfassung der Mark Brandenburg vom 9.1.1948 (GVBl. I S. 1).

68 Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23.7.1952 (GBl. S. 613).

69 Bekanntmachung der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane über die einheitliche Bezeichnung der örtlichen Organe der Staatsmacht vom 16.8.1952 (GBl. S. 750).

70 BLHA Rep. 1 Nr. 1340, o. Bl.

71 Vgl, dazu im einzelnen Blöß, »Die landrätliche Verwaltung ...«; Ders., Kommunale Strukturen, S. 348–364; Ders., »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?« T. II, S. 491 ff.

72 Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens vom 15.12.1950 (GBl. S. 1201).

73 Verordnung über die Verbindlichkeit der Anweisungen; Formblätter, Nomenklaturen und Terminpläne für die Aufstellung des Planes zum Aufbau und zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Republik für das Jahr 1951 vom 20.7.1950 (GBl. S. 707); Instruktion über die Technik und Methodik des Volkswirtschaftsplanes 1951 vom 25.4.1951 (GBl. S. 333).

74 VOBlB. S. 26.

75 BLHA Rep. 250 Zauch-Belzig Nr. 104, Bl. 232.

76 Verordnung über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Kreise (Kommunalwirtschaftsverordnung) vom 24.11.1948 (ZVOBl. S. 558); Verordnung über die Organisation der volkseigenen Industrie und der kommunalen Einrichtungen vom 22.2.1951 (GBl. S. 143). Blöß, Kommunale Strukturen, S. 348–358.

77 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 51.

78 Amtsblatt der Regierung Potsdam S. 91.

79 BLHA Rep. 6B Niederbarnim Nr. 163, o. Bl.; Niederbarnimer Kreisblatt Nr. 9 vom 11.1.1919, Nr. 84 vom 9.4.1938. Peter-Fritz Mengel, Die Unterbringung des Landratsamtes und der Kreisverwaltung Oberbarnim in Bad Freienwalde (Oder), in: Oberbarnimer Kreiskalender 16 (1927), S. 133–140; Hans-Joachim Graeßner, Neubaupläne der Kreisverwaltung Oberbarnim, in: Oberbarnimer Kreiskalender 30 (1941), S. 94–105; Reinhard Schmook, Die Oberbarnimer Kreishäuser in Wriezen und Freienwalde, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 2016, S. 88–94.

80 BLHA Rep. 6B Niederbarnim Nr. 163.

81 Claudia Wilke, Die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim im Kaiserreich. Eine biographisch-verwaltungsgeschichtliche Studie zur Leistungsverwaltung in der Provinz Brandenburg (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 2), Potsdam 1998; Frank Schmidt, Landräte auf dem Barnim 1816– 1945. Herkunft und Karrieren regionaler Verwaltungsspitzen, in: Neitmann/Heine (Hrsg.), Kreise und Landräte, S. 58–81; Rudolf Schmidt, Oberbarnimer Landräte, in: Oberbarnimer Kreiskalender 29 (1940), S. 66–69; Heinrich von Oppen. Landrat des Kreises Oberbarnim 1. Mai 1896 bis 30. Juni 1909 [Nachrufe von Peter-Fritz Mengel und Rudolf Schmidt], in: Oberbarnimer Kreiskalender 16 (1927), S. 153 ff.; Dem Andenken des Landrats Theobald von Bethmann Hollweg. Landrat des Kreises Oberbarnim vom 5.8.1885 bis 30.4.1886, in: Oberbarnimer Kreiskalender 11 (1922), S. 81 f.; Torsten Hartisch, »Auf die Dauer als Landrat nicht geeignet«. Biographische Skizzen zu den Landräten der Kreise Nieder- und Oberbarnim 1945–1952, in: Neitmann/Heine (Hrsg.), Kreise und Landräte, S. 102–116; Niederbarnimer Kreisblatt Nr. 58 vom 9.3.1920.

82 Bundesarchiv Berlin R 1501 Nr. 3819, o. Bl.

83 Blöß, Kommunale Strukturen, S. 306 f.

84 Busch, Aus dem Leben, S. 161–192, bes. S. 182.

85 Zu Schmidt s. Klaus Neitmann, Rudolf Schmidt und der Nationalsozialismus. Beobachtungen und Schlussfolgerungen, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 2012, S. 40–43.

86 Peter-Fritz Mengel (Hrsg.), Das Oderbruch, Bd. 1, Eberswalde 1930; Bd. 2, Eberswalde 1934; Ders., Die Deichverwaltung des Oderbruches, in: Ders. (Hrsg.), Das Oderbruch, Bd. 2, Eberswalde 1934, S. 292–405; Ders., Die Unterbringung; Ders., Die Auflösung der Gutsbezirke im Kreise Oberbarnim, in: Kreiskalender Oberbarnim 20 (1931), S. 145–150; Ders., Einige Bemerkungen über Chausseefragen, in: Oberbarnimer Kreiskalender 18 (1929), S. 173–186; Ders., Die Kreisbaumschule Oberbarnim, in: Oberbarniner Kreiskalender 18 (1929), S. 195 f.; Ders., Das Wappen des Kreises Oberbarnim, in: Oberbarnimer Kreiskalender 19 (1930), S. 155.
Ganz anders der Niederbarnimer Landrat Weiß. Er benutzte den von seiner Verwaltung herausgegebenen Kreiskalender, um in Kriegserinnerungen zu schwelgen: Max Weiß, Hindenburg. Persönliche Erlebnisse aus der Kriegszeit, in: Kalender für den Kreis Niederbarnim 1935, S. 87 ff.

87 Märkischer Stadt- und Landbote. Eberswalder Zeitung Nr. 41 vom 17.2.1933.

88 Kreisblatt. Amtliches Informationsblatt des Kreises Niederbarnim Nr. 16 vom 27.4., Nr. 17 vom 14.5.1949. Blöß, Kommunale Strukturen, S. 361.

89 Ebd., S. 153 f., 186 f., 536 f.

90 Für Besitzverhältnisse und Ortsbeschreibungen der beiden Kreise (Stand: Mitte 19. Jahrhundert) s. Fidicin, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim; Ders., Geschichte des Kreises Ober-Barnim und der in demselben belegenen Städte, Rittergüter, Dörfer etc. (= Die Territorien der Mark Brandenburg oder Geschichte der einzelnen

Kreise, Städte, Rittergüter und Dörfer in derselben als Fortsetzung des Landbuches Kaiser Karls IV., Bd. 2, T. 2), Berlin 1858; für statistische Angabe über deren Orte (Stand: Mitte 20. Jahrhundert) siehe Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. VI: Barnim, bearb. von Lieselott Enders unter Mitarbeit von Margot Beck (= Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 16), Weimar 1980.

91 PrGS. S. 375.

92 PrGS. S. 543.

93 GVBl. I S. 4.

94 Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, 2., überarb. Aufl., Stuttgart 1969, S. 98; Benzig, Bismarcks Kampf, S. 446.

95 Gemeinde-Ordnung für den Preußischen Staat vom 11.3.1850 (PrGS. S. 213). Aufgehoben durch Allerhöchsten Erlass vom 19.6.1852 (PrGS. S. 388) und das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Gemeinde-Ordnung vom 11.3.1850 sowie der Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung vom 11.3.1850 vom 24.5.1853 (PrGS. S. 238).

96 Gesetz, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 14.4.1856 (PrGS. S. 359). Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, S. 331, bescheinigt dem Gesetz, nicht mehr als eine Novelle zum Allgemeinen Landrecht gewesen zu sein.

97 PrGS. S. 233. Karlheinz Kitzel, Die Herrfurth'sche Landgemeindeordnung (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V. Berlin, Bd. 3), Stuttgart 1957.

98 Oberbarnimer Kreiskalender 19 (1930), S. 152ff.

99 PrGS. S. 427.

100 RGBl. I S. 49. Udo Krauthausen, Die Deutsche Gemeindeordnung und die Einheit der Verwaltung, in: Reich und Länder 10 (1936), H. 2, S. 33–39; Carl Goerdeler, Die Deutsche Gemeindeordnung, in: Deutsche Verwaltungsblätter 83 (1935), S. 73–78; Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 29), Stuttgart u. a. 1970; Hiltrud Naßmann/Karl-Heinz Naßmann, Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999, S. 52f.

101 BLHA Rep. 250 Osthavelland Nr. 43, Bl. 607. Brandenburgische Gesetzsammlung 1945/47, hrsg. vom Landtag des Landes Brandenburg, Potsdam 1948, S. 176 (im brandenburgischen Verordnungsblatt nicht abgedruckt). Durch Runderlass des Ministers des Innern vom 11.2.1947 (GVOBl. II S. 72) umbenannt in Demokratische Gemeindeordnung ..., wurde sie zusammen mit den übrigen Gemeindeordnungen durch Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18.1.1957 (GBl. I S. 65) mit Wirkung zum 25.1.1957 aufgehoben. Karl Steinhoff, Die Demokratische Gemeindeverfassung, in: Demokratischer Aufbau 1 (1946), S. 225–227; Henning Mielke, Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945–1952 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 66), Stuttgart 1995, S. 29–35; Schneider, Renaissance, bes. S. 479f.; Blöß, Kommunale Strukturen, S. 54–57, 627f.; Lutz Maeke, Auf der Suche nach Anleitung. Das MdI als Kommunalministerium der DDR, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (= Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945, Bd. 1), Göttingen 2018, S. 682–685.

102 Die demgemäß 1948 abzuhaltenden Gemeindewahlen wurden wie die Kreistagswahlen verschoben.

103 BLHA Rep. 202C Nr. 1159, Bl. 9, 19. Vgl. dazu im einzelnen Wolfgang Blöß, »Die Auflösung der Gutsbezirke ist also eine Frage von eminent politischem Charakter ...«. Die Gutsbezirke in der Provinz Brandenburg, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 61 (2015), S. 201–287. Zur Nachkriegsproblematik siehe Ders., Kommunale Strukturen, S. 169–189.

104 Gesinde-Ordnung für sämtliche Provinzen der Preußischen Monarchie vom 8.10.1810 (PrGS. S. 101).

105 Kreis Niederbarnim: Barnimer Heide, Anteil Kr. Niederbarnim; Oranienburger Heide, Anteil Kr. Niederbarnim; Rüdersdorfer Heide, Anteil Kr. Niederbarnim; Schorfheide, Anteil Kr. Niederbarnim. Kreis Oberbarnim: Barnimer Heide, Anteil Kr. Oberbarnim.

106 Amtsblatt der Regierung Potsdam, S. 200. Finows Erhebung zur Stadt, in: Oberbarnimer Kreiskalender 26 (1937), S. 69ff.

107 Vgl. dazu im einzelnen Blöß, »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?« T. II, S. 495–508.

108 PrGS. 1806–1808 S. 324.

109 Ernst von Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg, 2. Aufl., Leipzig 1912, S. 379f. Zur allgemeinen Entwicklung des Städte-Status und zu der besonderen Problematik »Stadtkreis« vgl. Wolfgang Blöß, Stadtrechtsdiskussionen in den Ländern der SBZ/DDR, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 58 (2012), S. 96–100; Ders., »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?«, T. I, S. 334f.

110 PrGS. S. 261.

111 Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur demokratischen Gemeindeordnung der Provinz Brandenburg vom 29.10.1946 (VOBlB. S. 157).

112 VOBlB. S.471; GVBl. I 1947 S.1.

113 Auch Eigentumswechsel und Flurbereinigung berührten die Gemeindegrenzen; sie hatten jedoch nicht solche Folgen wie Eingemeindungen oder Zusammenschlüsse. Lieselott Enders, Veränderungen brandenburgischer Gemeindegrenzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Archivmitteilungen 10 (1960), S. 41, zählt für die Zeit zwischen 1857 und 1900 solche geringfügigen Änderungen im Kreis Niederbarnim in 137, im Kreis Oberbarnim in 56 Fällen. Niederbarnim stand damit an der Spitze aller Kreise in der Provinz Brandenburg.

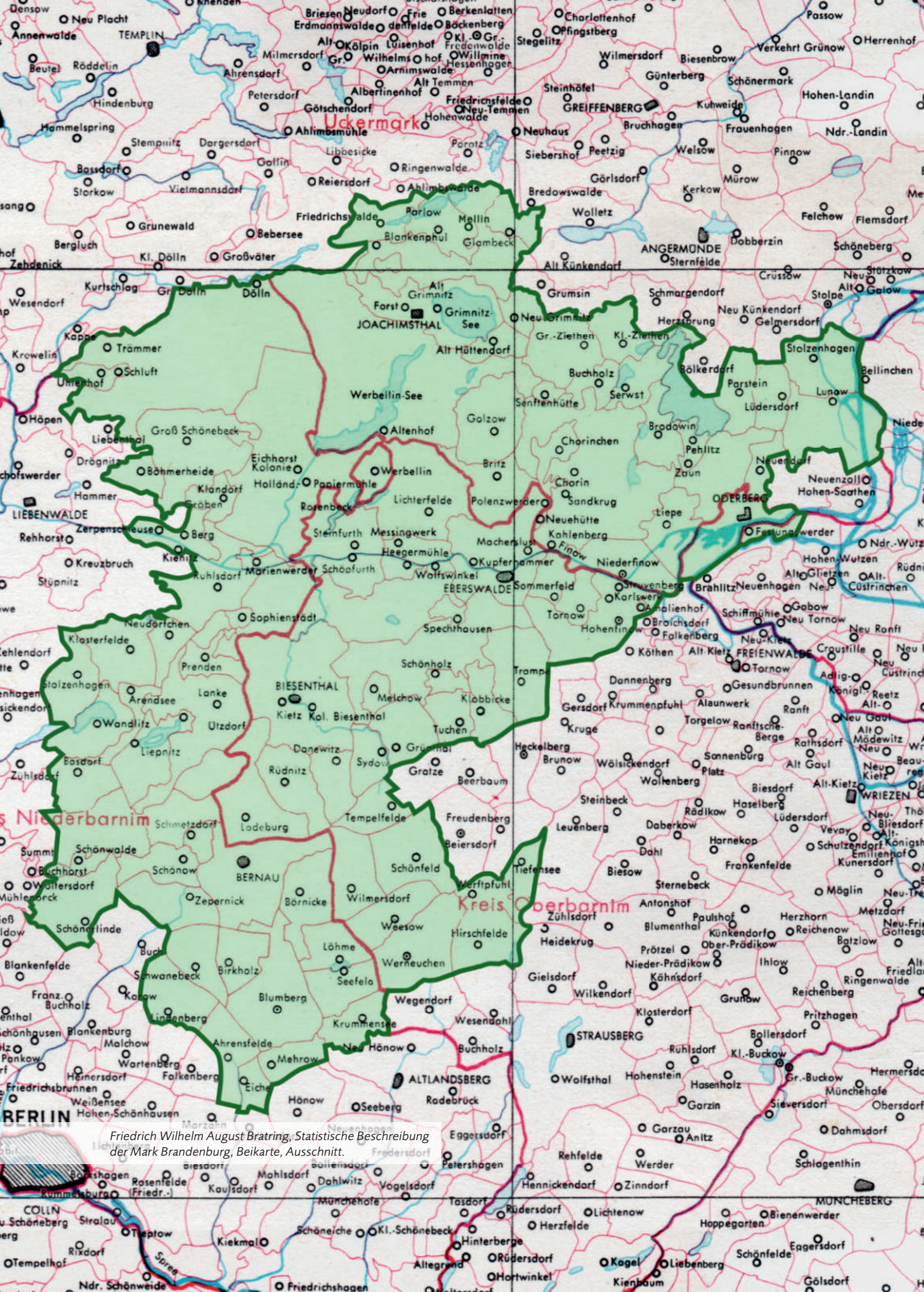
114 Blöß, Kommunale Strukturen, S. 492ff.

115 Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27.12.1927 (PrGS. S. 211).

116 Barnimer Tageblatt Nr. 291 vom 13.12.1927, Nr. 5 vom 19.1., Nr. 129 vom 5.6., Nr. 198 vom 24.8., Nr. 242 vom 15.10., Nr. 248 vom 22.11.1928, Nr. 12 vom 15.1.1929. Blöß, Die Auflösung.

117 Mengel, Die Auflösung.

118 Die Anzahl der kommunalen Körperschaften ist keine feste Größe. Sie ist Schwankungen durch Ein- und Ausgemeindungen, durch Zusammenschlüsse und durch Wechsel in andere Kreise oder aus anderen Verbänden unterworfen. Stadterhebungen, Aus- und Einkreisungen von Städten treten hinzu.



Friedrich Wilhelm August Bratring, Statistische Beschreibung der Mark Brandenburg, Beikarte, Ausschnitt.

Agrargeschichte auf dem Gebiet des Landkreises Barnim vom 16. bis 19. Jahrhundert

Heinrich Kaak

Der Landkreis Barnim als Agrarfläche in vorindustrieller Zeit

Für die Agrargeschichte des Landkreises Barnim vom 16. bis 19. Jahrhunderts ist von Bedeutung, dass sich dieser[1] nur mehr zur Hälfte mit der geologischen Platte des Barnim und auch nur zum Teil mit den alten brandenburgischen Kreisen Nieder- und Oberbarnim deckt. Insgesamt liegt der 1993 gebildete Kreis nördlicher als seine beiden Vorgänger. Einmal entfallen die Dörfer, die seit 1920 Teil Berlins sind, dann zählen die Kolonisationsgebiete an der Havel in Niederbarnim und an der Oder in Oberbarnim nicht mehr dazu. Auch die Gebiete in denen die englische Wirtschaft in Brandenburg eingeführt wurde, liegen heute in den Kreisen Oberhavel und Märkisch-Oderland. Stattdessen greift der Landkreis in die südliche seenreiche Uckermark aus, Joachimsthal und Chorin gehören jetzt dazu. Damit besteht der Kreis, der mit 1.479,7 Quadratkilometern etwas kleiner ist, als es jeweils die frühneuzeitlichen Kreise Nieder- und Oberbarnim (1.588,5 bzw. 1.531,7 Quadratkilometer) waren, aus dem östlichen Nieder- und dem westlichen und nördlichen Oberbarnim sowie dem Süden der Uckermark. Für das Gebiet, das die Grenze des Landkreises Barnim heute umfasst, werden in der Übersichtskarte zur »Statistisch-topographischen Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg« Friedrich Wilhelm August Bratrings[2] für das Jahr 1800 112 Siedlungseinheiten (Dörfer, Vorwerke, Kolonien, Wohnplätze und Produktionsstätten) ausgewiesen. Davon lag jeweils etwa ein gutes bis ein knappes Drittel in den früheren Kreisen Niederbarnim (42), Oberbarnim (36) und Uckermark/Stolpe (34). Grundsätzlich wurde den Kreisen jeweils als Ganzem eine unterschiedliche Bodenqualität und Fruchtbarkeit zugemessen. Die Weizenaussaat war ein Gradmesser dieser Unterschiede. Einen Hinweis gibt dazu die Generaltabelle der Getreideaussaat von 1805.[3]

Weizenaussaat nach der Generaltabelle von 1805

Niederbarnim	4 Wispel	9 Scheffel
Oberbarnim	48 Wispel	20 Scheffel
Summe	53 Wispel	5 Scheffel
Uckermark	**1.919 Wispel**	**20 Scheffel**

Dieser deutliche Gegensatz zeigt sich allerdings im Einzelnen anders. Der niedere Barnim war, wie Friedrich Wilhelm August Bratring 1800 schrieb, ein mäßig fruchtbares Gebiet: »Im Ganzen genommen ist der Boden sehr gemischt, doch überall leicht und nur in feuchten Jahren besonders zuträglich.« Hiervon nahm er »die Bruchgegenden bei Liebenwalde« aus. »Der Kreis hat eigentlich gar keinen Weizacker, sondern nur Gerst- Hafer- und dreijähriges Roggenland.«[4] In Oberbarnim bestand der größere, nordöstliche Teil aus Höhe, der kleinere, östliche Teil aus Oderbruch. »Die Höhe (…) enthält im Ganzen genommen einen fruchtbaren Boden, der in einigen Gegenden aus dem besten Weizenlande, in andern aus gutem Gerstboden, in noch andern aber nur aus Haferboden bestehet.«[5] Der obere Barnim war im Durchschnitt also fruchtbarer

als der niedere Barnim. Von dem fruchtbareren Gebiet gehört indes heute nur ein kleiner Teil im Nordosten zum Landkreis Barnim. Dazu passt die Einschätzung zur Karte Konrad Merkels, die dieser zu den Bodenqualitäten in Deutschland erstellt hat. »Sonst weist die Karte deutlich aus, daß die Böden in dieser großräumigen Darstellungsweise relativ schlecht sind; dies trifft besonders auf die Gegend um Biesenthal (…) zu.«[6] Die Uckermark ist unter den drei genannten Gebieten die fruchtbarste Region. Jedoch sind es »die nördlichen und östlichen Gegenden, längs der Oder, Welse, Randow, und Ueker (…), die sich durch vorzüglich fruchtbaren Getreideboden auszeichnen«. Zu den schlechteren »dürfte man wohl die Gegenden zwischen Lychen und Boitzenburg, oder zwischen Chorin und Oderberg rechnen. Diesen hohen, leichten und sandigen Gegenden fehlt es sehr an Wiesewachs, wogegen sie aber einen großen Reichtum an Holz besitzen.«[7]

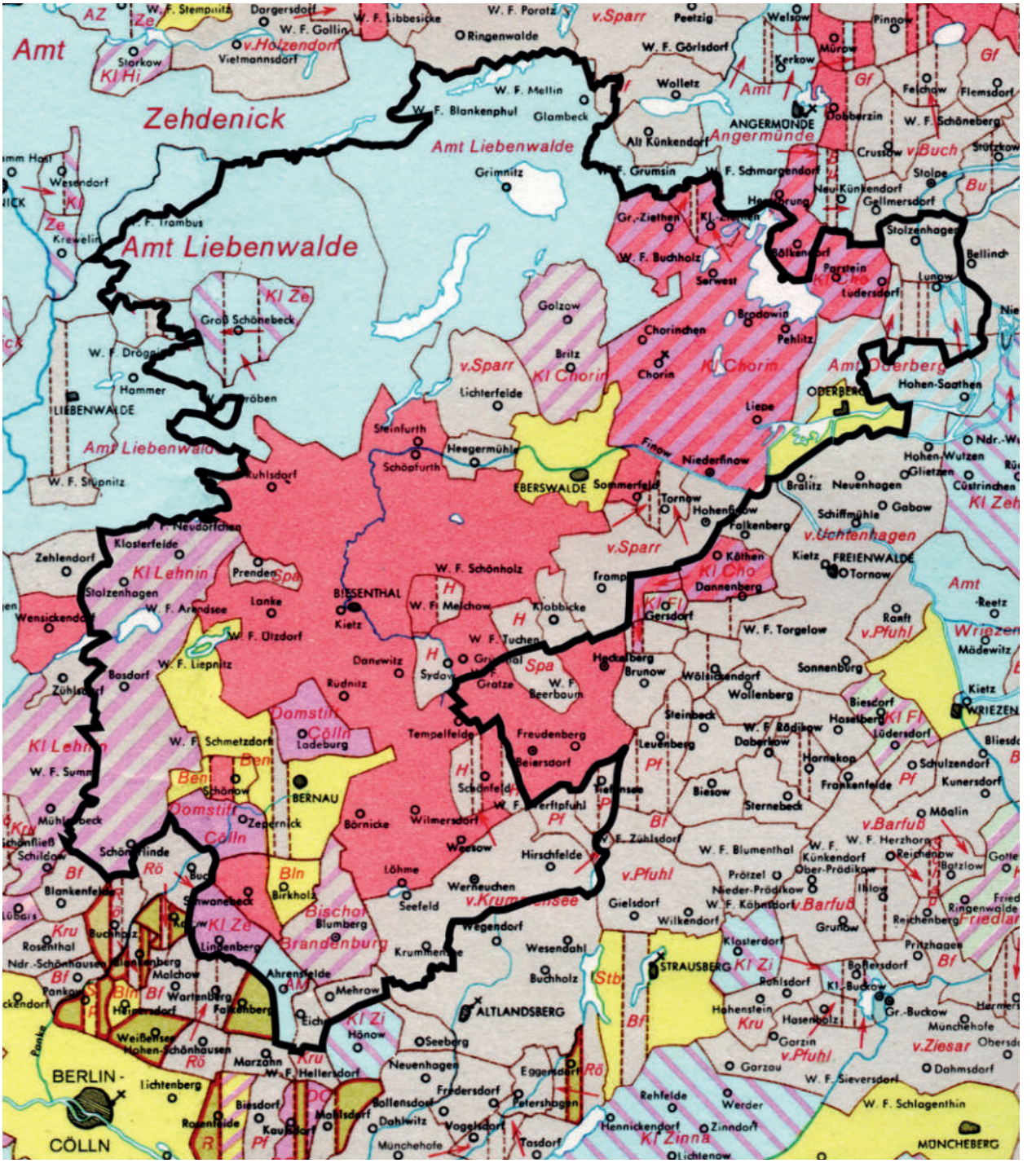
Zwar wird der Boden in den Grenzen des Landkreises somit tendenziell von Süden nach Nordosten fruchtbarer, er bildet aber insgesamt kein Gebiet besonderer Fertilität. Auch wenn Bratring kleineren Gebieten wie um Werneuchen guten Boden zuerkannte,[8] ist es doch etwa das, was man meinte, wenn bezüglich Brandenburgs im 18. Jahrhundert von der Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches gesprochen wurde. Gerade der hohe Waldanteil ist Zeichen dafür, dass sich der Boden vielfach nur mäßig für den Ackerbau eignete. Das kannten die Siedler bereits aus dem Süden und wichen dem Norden aus.

Die herrschaftliche Verteilung im Gebiet des Landkreises Barnim um 1500/1550

Beherrscht wurde die Fläche des Landkreises um 1500 im Norden von ausgedehnten Gebieten des Domänenamtes Liebenberg im Besitz der Kurfürsten von Brandenburg mit seinen großen Waldanteilen (heute: Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin) und im Zentrum zwischen Oranienburg und Eberswalde von einem weiteren bedeutenden Waldgebiet des Landesherrn (heute: Naturpark Barnim). Von Süden her reichte aber auch dörfliche Siedlung in das Zentrum, so im Bereich des Großgrundbesitzes der Adelsfamilie v. Arnim, und in den Nordosten, wo sich der Besitz kleinerer Adelsfamilien auf die Nord- und Osträndern verteilte. Im Norden befanden sich noch kleinere Teile des Klosters Zedenick, im Süden des Klosters Lehnin und im Nordosten der umfangreiche Besitz des Klosters Chorin. Im Süden gab es kleineren adligen und bürgerlichen Dorfbesitz. Der vergleichsweise kleine Stadtbesitz verteilte sich auf Bernau im Süden, Eberswalde im Zentrum und Oderberg im Nordosten.

Als 1540 die Reformation in Brandenburg Einzug hielt, verschoben sich die Besitzverhältnisse. Kurfürst Joachim II. von Brandenburg zog das Kirchengut ein und vergab es zur Schuldentilgung an Adelsfamilien. Die Herren v. Arnim erweiterten so ihren Lehnsbesitz im Nordosten deutlich um Teile des Klosters Chorin. Kleinere Adelsfamilien wurden dort Pfandbesitzer. Im Süden kamen Flächen des Bischofs von Brandenburg und des Klosters Lehnin als Pfand an Adelsfamilien.[9] Die Mehrheit der 112 in der Übersichtskarte Bratrings verzeichneten Siedlungseinheiten bilden Dörfer aus dem Mittelalter, in denen Bauern und Kossäten – sowie Häusler auf Kleinststellen – Ackerbau betrieben. Diese Dörfer waren meist in Dreifelderwirtschaft organisiert, die lokalen Entscheidungen über den Arbeitsablauf trafen die Bauerngemeinden, und Verstöße gegen die dörfliche Ordnung bestrafte der Schulze. Um 1500 war bei der Landbevölkerung noch das Erbzinsrecht verbreitet, das sicheren Besitz mit Freizügigkeit verband. Bauern und Kossäten waren gegenüber den Inhabern der herrschaftlichen Rechte in den Dörfern (Adel, Landesherren, Städte, Klöster, Orden, Institutionen) vor allem zu Abgaben und weniger zu Diensten verpflichtet. Die genannten Feudalherren hatten als Lehnsleute der Kurfürsten den Oberbesitz über die Dörfer, übten über die Dorfbevölkerung in der Regel die hohe und niedere Gerichtsbarkeit aus und erhielten im Zuge der Reformation das Kirchenpatronat.

Der Anteil der feudalen Eigenwirtschaften in den Dorffluren in Form von Adelsgütern, landesherrlichen Amtsvorwerken und Ordensvorwerken befand sich seit etwa 1470 gegenüber dem Mittelalter in einer Wachstumsphase und umfasste um 1500 etwa 20 Prozent der dörflichen Ackerfluren. In den Dörfern, die Städten und Klöstern gehörten, wurde diese Entwicklung weniger intensiv mitvollzogen.[10]



Besitzstand und Säkularisation in Brandenburg um die Mitte des 16. Jahrhunderts, Ausschnitt.

Zahlreiche Dorffluren waren infolge der Wüstungsperiode des Mittelalters noch komplett unbebaut. Zu diesen zählten im Landkreisgebiet um 1550 Arendsee, Blanckenpfuhl, Buchholz, Gröben, Liepnitz, Mellin, Neudörfchen, Schmetzdorf, Schönholz und Tuchen.[11] Auch in den in Betrieb befindlichen Dörfern waren häufig Hufen noch unbesetzt. Zunehmende Getreidenachfrage bewirkte seit etwa 1470, dass die lokalen Feudalherren versuchten, diese Flächen wieder zu bewirtschaften. Eine Mehrzahl der nach den mittelalter-



Blumberg, Schloss, um 1850.



Groß Schönebeck, Angerdorf.

lichen Wirtschaftsvorstellungen üblichen Bauern- und Kossätenstellen galt es daher zu besetzen, um deren Inhaber zu Diensten auf den Adels- und Domänenhufen heranzuziehen. Vor und nach 1500 ließen sich zahlreiche Siedlungsbewerber gewinnen, die bereit waren, auch umfangreichere Dienste auf den entstehenden Gütern und Vorwerken zu leisten. Sie akzeptierten überdies – vermutlich aufgrund fehlender Geldmittel – ein unsicheres Besitzrecht; die Höfe und Hufen wurden ihnen nämlich zur Nutzung überlassen, woraus sich später die auch juristisch verwendeten Ausdrücke »Laßbauern« oder »Lassiten« entwickelten.[12]

Börnicke, Kirche, 13. Jahrhundert.



Das 16. und frühe 17. Jahrhundert – Entstehung von Gutsuntertänigkeit und Gutsherrschaft

Seit 1517 änderten sich die Herrschaftsverhältnisse in den brandenburgischen Dörfern grundlegend. Von den Kurfürsten wurden einzelne Veränderungen in der Agrarverfassung vorgenommen, die sich bis 1572 zur neuen Ordnung der Gutsherrschaft verbanden. Die Feudalherren durften seit 1517 erledigte Lehnschulzenhöfe[13] – also größte Höfe im Dorf, bei denen die Erbfolge abgerissen war – einziehen. 1518 wurden die Gesindedienste der Untertanenkinder auf dem Gutshof als Zwang eingeführt. 1527 wurde bestimmt, dass bei Konflikten mit den Untertanen die Herren zuerst vor Gericht gehört und die Untertanen nur bei weiterem Bedarf zur Aussage zugelassen werden sollten. Seit 1536 – ganz entscheidend – durften die Untertanen nur noch mit herrschaftlicher Zustimmung und bei Stellung eines Gewährsmanns wegziehen, der herrschaftliche Abzugsbrief wurde obligatorisch. Ab 1540 durften in Betrieb befindliche Lehnschulzenhöfe zur



Trampe, Gutshaus, um 1750.

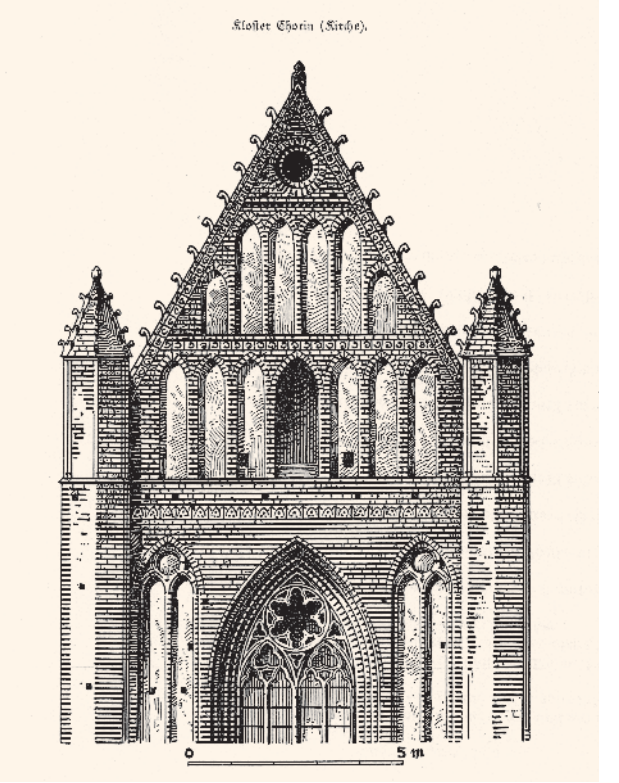


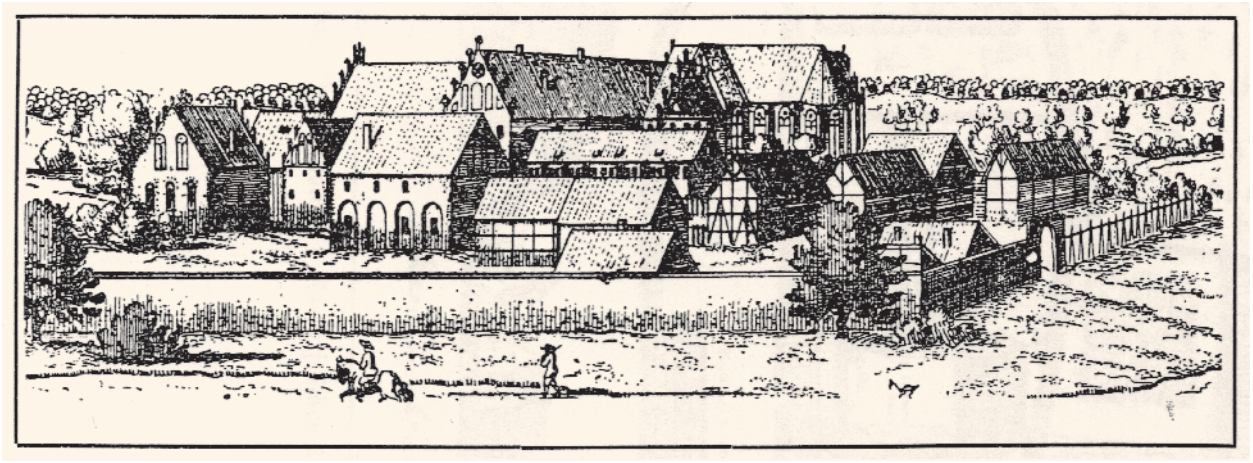
Ruhlsdorf, Lehnschulzenhof.

Anlage von Ritterhöfen ausgekauft werden. 1572 schließlich wurden zwei Tage Ackerdienst die Woche als »landesüblich« für die Bauern definiert, und zwar mit Personal, Gespann und Gerät.[14] Der Kreis war geschlossen: Die schrittweise vergrößerten Gutwirtschaften mussten von Bauern, Kossäten und Häuslern, die nicht mehr ohne Erlaubnis wegziehen durften, im Zwang bestellt werden. Auf immer mehr Bauern- und Kossätenhöfen trat bei Abreißen der Erbfolge an die Stelle des Erbzinsrechtes das lassitische Recht, das der Herrschaft den Entzug der zur Nutzung überlassenen Bauernstelle teilweise oder komplett erlaubte.[15]

Auf dem Gebiet des Landkreises lässt sich die weitere Entwicklung an folgenden Besitzungen nachvollziehen: dem Kloster Chorin im uckermärkischen und dem Großgrundbesitz der Herren von Arnim im oberbarnimschen, die beide 1542 bzw. 1577 Domänenämter wurden, sowie dem adligen Gutsbesitz im niederbarnimschen Teil. Aus dem Kloster, das 1258 als Mariensee gegründet und 1273 nach Chorin verlegt worden war, hatte sich im Mittelalter eine umfangreiche Grundherrschaft entwickelt. 1543 verpfändete Joachim II. von Brandenburg Chorin nach der Säkularisierung an einen Caspar von Köckeritz, löste den Besitz aber 1549/50 wieder ein. Abgesehen von den Jahren 1653 bis 1663, als es dem Joachimsthalschen Gymnasium zugewiesen war, blieb es bis 1839 ein großes Domänenamt.[16] Adliger Großgrundbesitz der Familie von Arnim war im Mittelalter – am Ende durch Anschluss von Dörfern des Klosters Chorin – um Biesenthal entstanden. Der Familieverband von Arnim zog sich jedoch 1577 aus dem Barnim zurück, überließ seinen umfangreichen Großgrundbesitz teils durch Verkauf, teils durch Tausch dem Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg und verbesserte sich mit beträchtlichen Ländereien in der Uckermark.[17] Die Gebiete um Biesenthal und Chorin sowie die

Chorin, Klosterkirche, 13. Jahrhundert, Giebel des Nordkreuzarmes.





Chorin, Klosteranlage, um 1710.

umfangreichen Waldgebiete der Schorfheide zählten zu den wenig ertragreichen Regionen der Mark. Im 18. Jahrhundert erhielten diese Wälder aber eine große Bedeutung als Holzressource.[18]

Der Dreißigjährige Krieg – die Agrargesellschaft Brandenburgs am Tiefpunkt

Zuerst kamen die Truppen Peter Ernsts von Mansfeld, die nach ihrer Niederlage an der Dessauer Elbbrücke das protestantische, aber kaisertreue Brandenburg nach Osten durchquerten und dabei 1626 zeitweilig Blumberg und Umgebung besetzten. 1627 drangen dänische Verbände nach ihrer Niederlage bei Lutter am Barenberge in die Mark ein; allein diese Durchzüge kosteten die Bevölkerung Vorräte und Geld, und es kam bereits zu Zerstörungen der Infrastruktur. Als dann die verbündeten kaiserlichen und sächsischen Streitkräfte diesen auf dem Boden Brandenburgs entgegentraten, verbesserte sich für das Gebiet des Landkreises Barnim kaum etwas. Auch sie forderten Geld und requirierten Nahrungsmittel, wovon im September 1627 z. B. das Domänenamt Chorin in einer Plünderung betroffen war.[19] Als der kaiserliche Feldherr Albrecht v. Wallenstein als Verbündeter bei seinem Durchzug nach Stralsund vom 20. auf den 21. Juni 1628 in Eberswalde Quartier nahm, war auch das eine enorme Last für die Stadt.[20]

Seit 1630 operierten schwedische Truppen in Brandenburg und behandelten das Kurfürstentum zunächst als Feind. Gegen sie wurden zu Ende des Jahres 1630 kaiserliche Einheiten aus dem Raum Klosterfelde nach Pommern in Marsch gesetzt.[21] Als Brandenburg 1631 zwangsweise eine Unterstützungsvereinbarung mit Schweden einging, wurden die ursprünglichen Verbündeten Brandenburgs zu Feinden. Vom 25. bis zum 29. März 1631 bezog Gustav II. Adolf in Eberswalde Quartier, denn der Marsch nach Süden, der seinen ersten Höhepunkt im schwedischen Sieg bei Breitenfeld im September des Jahres hatte, stand bevor. Nach seinem Tod bei Lützen im November 1632 wurde der Leichnam des Königs in einer Art Triumphzug nach Schweden überführt und dabei am 18./19. Dezember zur öffentlichen Abschiednahme in Eberswalde aufgebahrt. Inzwischen gab es in verschiedenen Teilen des Barnim als Folge des Krieges bereits Pestwellen, so 1631 in Brodowin mit 268 und 1637 mit 316 Pestopfern, wozu ca. 500 anonym verscharrte Pesttote kamen.[22]

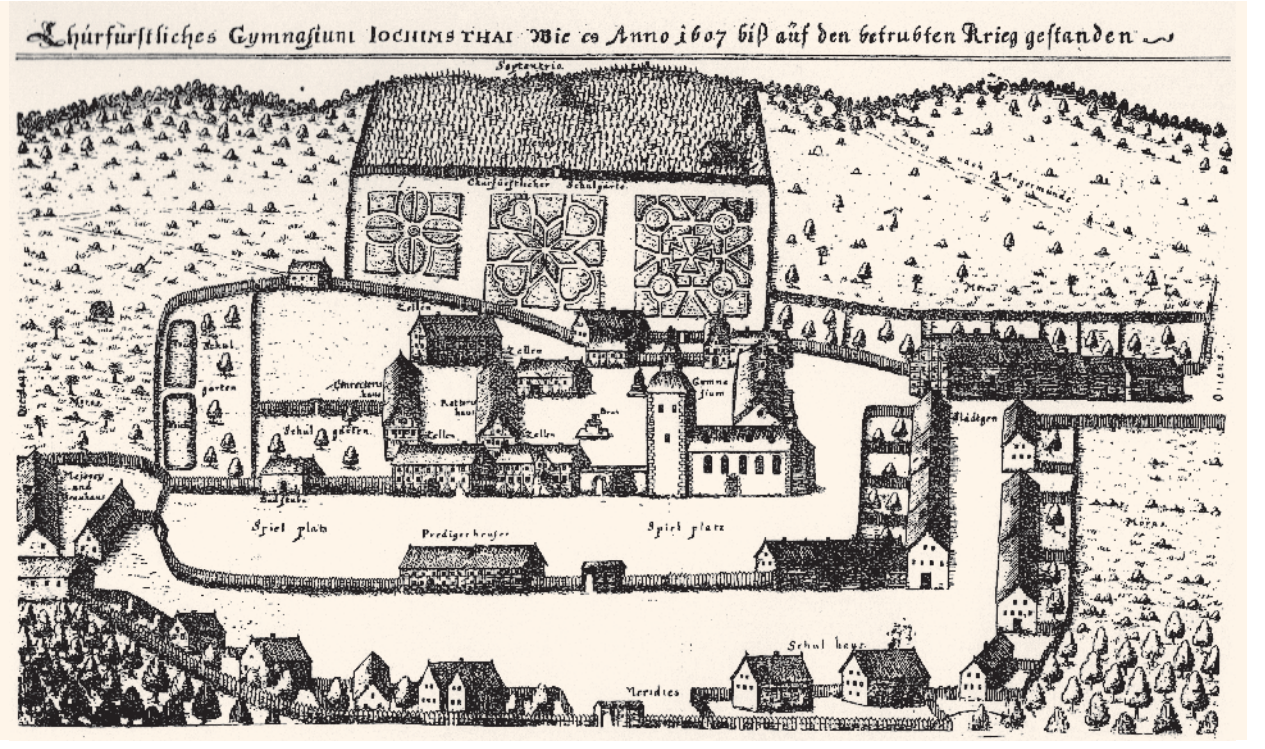
Zur Zeit des Prager Friedens (30. Mai 1635, Beitritt Brandenburgs 8. August 1635) stand die schwedische Militärmacht mit dem Rücken zur Ostsee, schloss jedoch keinen Frieden, sondern nahm mit finanzieller Unterstützung Frankreichs die Kriegstätigkeit wieder auf – dazu ein kleiner Ausschnitt: Im Winter 1635/36 wurden kaiserliche und sächsische Truppen auf dem nördlichen Barnim und in der südlichen Uckermark für einen Aufmarsch gegen die Schweden einquartiert. Am 4. Januar 1636 verließ der sächsische Kurfürst Johann Georg, nachdem Artille-

rie und Stab bereits Bernau erreicht hatten, »mit etzlichen Regiementern« Spandau und nahm in Bernau Quartier.[23] Jetzt war Truppenversorgung gefragt, und in einem der Requirierungszüge der kaiserlichen Truppen wurde am 5. Januar 1636 die Fürstenschule Joachimsthal verwüstet.[24] Der Prenzlauer Chronist Christoph Süring hat zu den Forderungen in diesen Tagen festgehalten: »Als Churfürst Johan Georg von Sachsen sampt der kayserlichen Armee von Bernaw bis an Templien her lage, wie man sagte in die 40.000 Mann starck, muste die Stadt Prentzlow am 6 Januarii (...) nach Templien hinschaffen 12.000 Pfund Brot, und 200 Tonnen Biers.«[25] Eine enorme Menge, die durch andere Städte und Dörfer ergänzt wurde.

Am 7. Januar 1636 zog der sächsische Kurfürst mit seinen Hauptkräften nach Steinfurt und verlegte die Infanterie nach Groß Schönebeck. Zehn Regimenter blieben um Bernau liegen und folgten am 8. Januar, denn an diesem Tag ließ der sächsische Kurfürst Teile seiner Streitmacht weiter nach Templin vorrücken.[26] Bereits am 7. Januar 1636 hatten gemäß einem Bericht des örtlichen Pfarrers Georg Korn sächsische und kaiserliche Truppen das Dorf Zepernick bei Bernau besetzt und die Kirche ruiniert. Zwei Regimenter sächsische Reiter unter General August Vitzthum v. Eckstädt und ein Regiment unter Oberst Adolph Friedrich August v. Rochow hinterließen Zepernick nach drei Tagen völlig zerstört. Ein Großbrand vernichtete zudem die Getreidevorräte.[27] Diese Einquartierung, die der Länge nach in großen Teilen des Landkreises Barnim in einem Raum von über 80 Kilometern vorgenommen wurde, ging an die Reserven der Landbevölkerung mit dem überraschenden Ergebnis, dass die kaiserlichen Streitkräfte im Frühjahr nicht zum Angriff gegen die Schweden übergingen, sondern sich auf die Belagerung des schwedisch besetzten Magdeburgs konzentrierten, dessen Kapitulation am 3. Juli erfolgte.[28]

1635 aus der Bindung an Schweden gelöst, war Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg wieder Verbündeter Kaiser Ferdinands II. geworden, und seine Untertanen erlebten, wie das Kurfürstentum noch einmal Hauptkriegsschauplatz wurde, auf dem einquartiert, requiriert, gebrandschatzt, getötet und zerstört wurde und auf dem Kontributionen zu leisten waren. Dem schwedischen Sieg bei Wittstock (4. Oktober 1636) folgten weitere fünf Kriegsjahre, und zwar die schlimmsten. Am Ende nahmen bran-

Joachimsthalsches Gymnasium vor der Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg.



denburgische Einheiten noch am Kampf gegen Schweden teil.[29] Weitere Orte wurden 1637 ruiniert, als die Schweden – Banér hatte sich Anfang Juli mit Wrangel in Eberswalde koordiniert[30] – sich vor den Truppen des kaiserlichen Befehlshabers Matthias Gallas nordwärts nach Pommern zurückzogen. 1637 wurde Oderberg bei der Belagerung durch die Schweden verwüstet.[31] Auch Gallas ließ bei der Verfolgung eine große Zahl von Dörfern zerstören. 1638 landeten schwedische Verstärkungen in Greifswald und auf Usedom, und bei ihrem erneuten Vormarsch nach Süden wurde Bernau unter großen Zerstörungen von ihnen erobert.[32] Da Banér die sich zurückziehenden kaiserlichen Truppen verfolgte, wurden Teile Brandenburgs noch einmal schwer mitgenommen.[33] Der Durchzug der Schweden unter Befehlshaber Lennart Torstensson 1640 brachte weitere Verluste.[34] Seit Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, 1641 mit Schweden einen Waffenstillstand geschlossen hatte und die Schweden bei Breitenfeld im November des Jahres unter Torstensson erneut einen großen Sieg über die kaiserlich-sächsische Armee errungen hatten, verlagerte sich die Kriegstätigkeit.[35] Durchzüge, Besatzungen und Zerstörungen setzten sich jedoch bis 1648 fort. Erst in den 1650er Jahren verließen die letzten nicht-brandenburgischen Truppen das Territorium.[36]

Choriner Siedlungen im Landkreis Barnim vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg

Um am Domänenamt Chorin die Verluste an Stellen und Familien deutlich zu machen, dient das von 1573 bis 1577 errichtete Erbregister.[37] In den Akten des Joachimsthalschen Gymnasiums gibt es Angaben für 1620.[38] Zum Jahr 1624 liegen die Schosskataster für die Uckermark und die Mittelmark vor.[39] Diese Quellen ermöglichen einen Vergleich mit den Daten von 1649 bis 1652.[40]

Britz (Dorf und Amtsvorwerk mit Ackerbau/seit 1607 mit Vorwerk aus Lehnschulzengut) 1574: 4 Vierhüfner, 2 Dreihüfner, 6 Zweihüfner, 8 Kossäten; 1624: 13 Bauern, 8 Kossäten, 1 Meierei, <<>> 1653: 1 Freischulze, 4 Hüfner und 1 Kossät.[41]

Brodowin (Dorf mit Ackerbau) 1573: 8 Vierhüfner (darunter Lehnschulze), 2 Zweihüfner, 19 Kossäten; 1620: 9 Bauern, 18 Kossäten, 1624: 9 Bauern, 20 Kossäten <<>> 1650: 3 Kossäten, 1687/88: 8 wüste Hüfnerstellen, 11 wüste Kossätenstellen.

Buchholz (um 1550 Wüstung, dann Vorwerk; 1573: kombinierte Ackerbau-Viehhaltungs-Siedlung) 1620: 1.200 Schafe <<>> 1650: 176 Schafe.[42]

Chorin (Amtssitzvorwerk mit Ackerbau und Tierhaltung) 1573: 141 Morgen Land mit Roggen, Gerste und Hafer, 80 100 Rinder; 1620: Ackerbau, 500 Schafe <<>> 1652: schwieriger Wiederaufbau, 1656/57: erneute Schäden durch mehrmaligen Durchmarsch von Polen und Pommern.[43]

Chorinchen (Name seit 1676, Dorf mit Ackerbau) 1573: Lehnschulze (4 Hufen), 2 Sechshüfner, 5 Vierhüfner, 1 Pfarrhufe, 24 Kossäten; 1620: 7 Bauern, 24 Kossäten <<>> 1650: 3 Kossäten.[44]

Golzow (Dorf mit Ackerbau) 1573/77: Lehnschulze (4 Hufen), 9 Dreihüfner, 13 Zweihüfner, 1 Einhüfner, Pfarre 4 Hufen, 25 Kossäten; 1578: 23 Bauern (mit Schulze), 24 Kossäten, 1 Schmied, 1 Hirte; 1620: 19 Bauern, 25 Kossäten, 25 Hausleute; 1624: 23 Bauern, 26 Kossäten <<>> 1649: 2 Hüfner.[45]

Liepe (Fischersiedlung) 1573: 3 Ackerleute, 14 Fischer (darunter Lehnschulze); 1620: 3 Bauern, 14 Fischer, 2 Leineweber, 1 Töpfer <<>> 1650: 1 Freischulze, 2 Ackerleute, 10 Kossäten.[46]

Lüdersdorf (Dorf mit Ackerbau) 1573: Lehnschulze mit 4 freien Hufen, 4 Vierhüfner, 1 Dreihüfner, 3 Zweihüfner, 14 Kossäten mit Haus und Hof, 4 Pfarr-, 1 Kirchenhufe; 1624: 29 Hufen mit Schulze und 8 Bauern, 12 Kossäten <<>> 1650: 1 Hüfner, 3 Kossäten.[47]

Niederfinow (kleine Landstadt, 1308 civitas, 1334 oppidum, 1750 Flecken mit Ackerbau- und Fischersiedlung) 1573: 2 Vierhüfner, 5 Dreihüfner, 2 Zweihüfner, 2 Einhüfner, Pfarre 4 Hufen, 27 Gärtner (Kossäten); 1578: 10 Bauern, 25 Kossäten oder Fischer, 1 Hirte, 1620: 11 Bauern, 26 Kossäten <<>> 1650/1653: Städtlein mit 4 Hüfnern, 8 Kossäten.

Parstein (Dorf mit Ackerbau) 1573: Lehnschulze mit 4 freien und 2 Pachthufen und 2 wüsten Höfen, 12 Vierhüfner, 2 Dreihüfner, 16 Kossäten mit Haus, Hof und einem Ackerhöfchen und Acker im Feld, 1 Morgen 3 Viert in 2 Feldern, 60 Hufen (4 freie), Pfarre mit 4 Hufen, Küster mit Haus und Hof; 1624: 15 Bauern, 16 Kossäten, 60 schossbare Hufen, <<>> 1650/1662: 1 Lehnschulze, 5 Hüfner, 2 Kossäten.

Pehlitz (Vorwerk mit Ackerbau und Viehhaltung) 1573: 273 Morgen, 40–50 Rinder, 700–800 Schafe; 1620: Amtsvorwerk, 1.100 Schafe <<>> 1650: Vorwerk mit 150 Schafen .[48]

Serwest (Kossätendorf mit Ackerbau) 1577/1620: 14 Kossäten, 1 Hirte; 1624: 14 Kossäten <<>> 1650: 4 Kossäten, 1657: 3 Kossäten.[49]

Ziethen, Groß (Dorf mit Ackerbau) 1577: Lehnschulze, Pfarre, 12 Vierhüfner, 2 Dreihüfner <<>> 1653: 1 Kossät.[50]

Ziethen, Klein (Dorf mit Ackerbau) kurfürstliche Hälfte 1573: Gebetener Schulze (Setzschulze), 2 Vierhüfner, 3 Dreihüf-

ner 12 Kossäten mit Haus, Hof und einem Ackerhöfchen (2 haben noch je einen wüsten Hof, einige haben noch 1 1/2 bis 6 Morgen in zwei Feldern | adlige Hälfte: 2 Dreihüfner, 3 Kossäten mit Haus und Hof und einem Ackerhöfchen sowie Acker im Felde (1/4, 3 1/2, 5 Morgen Land), Pfarre mit 2 Hufen verpachtet, und einem wüsten Hof, 1624: 8 Bauern, 14 Kossäten, 23 schoßbahre Hufen <<>> 1637: 1 Bauer, 1 Kossät, 1650/1653: 0 Hüfner, 0 Kossäten (Dorf geteilt 1573 mit von Arnsdorf, später mit von Rohr).

Der Blick in die Vorkriegszeit zeigt die Vielfalt der ländlichen Stätten: mehrheitlich Dörfer mit Ackerbau, einzelne Dörfer mit Fischerei, weiterhin herrschaftliche Vorwerke, kombiniert aus Ackerbau und Viehhaltung, schließlich im 18. Jahrhundert Produktionsstätten.[51] Für die überwiegend gut besetzten Ackerbausiedlungen wird regelmäßig nach Hüfnern oder Bauern einerseits und Kossäten andererseits unterschieden. Die einen bildeten mit ihren Hufen die Dreifelderwirtschaft und waren Mitglieder der Bauerngemeinden, die anderen bewirtschafteten ihre Kleinstellen außerhalb der Dreifelderwirtschaft. Schließlich gab es Hausleute, Hirten, Schäfer, Knechte und andere Landbewohner auf Kleinststellen. Für 1573 erkennt man noch die erst angetastete Struktur des späten Mittelalters. Ein Indiz dafür sind die acht noch existierenden Lehnschulzen. In Britz sieht man, dass aus dem Lehnschulzengut ein Domänenvorwerk geworden ist. In der Differenzierung nach Vier-, Drei-, Zwei- und Einhüfnern spiegelt sich die gewachsene Entwicklung wider. Vier- und Dreihüfner sind als Großbauern, Zweihüfner als Durchschnittsbauern und Einhüfner als Halbbauern anzusehen.

Die Zahl der Agrarproduzenten verringerte sich zwischen 1624 und 1650 auf einen Bruchteil, die Katastrophe des Krieges zeigt sich auch in den wenigen Angaben zum Tierbestand. Das Domänenamt Chorin steht damit stellvertretend für viele Dörfer im Gebiet des Landkreises Barnim. Wenn von 1635 bis 1637 »die Gegend von Chorin und Joachimsthal, zu leiden hatte«[52], dann weitete sich das Spektrum zeitlich noch aus (1633: Golzow völlig und Joachimsthalsches Gymnasium ruiniert; 1636: Schule und Stadt Joachimsthal mehrmals geplündert; 1637: Bölkendorf geplündert und teilweise eingeäschert, Oderberg, Lunow und Klein Ziethen verwüstet; 1638: Groß Ziethen weitgehend zerstört; 1642: Britz stark verwüstet; 1643: Buchholz geplündert und verwüstet; 1644: Liepe,



Groß Ziethen, Kirche aus dem 13. Jahrhundert, 1717 als französisch-reformierte Kirche neu eröffnet.

Lehnschulzenamt und Kirche zerstört).[53] Nicht alle Siedlungen waren dabei gleich stark betroffen. Der Verlust an Menschen und die Rate der wüsten Flächen lagen zur Hälfte der Dörfer bei über 90 Prozent, in fünf Dörfern bei zwei Dritteln. Das Maximum der Zerstörung zeigte sich bei Groß-Ziethen und Klein-Ziethen, das Minimum bei Niederfinow und Parstein, Liepe überstand den Krieg mit den geringsten Verlusten.[54] Nach den Landreiterberichten von 1652 gehörte nicht das Domänenamt Chorin allein, sondern der Barnim insgesamt »zu den besonders betroffenen Gebieten Brandenburgs (…) Auf dem Land waren 1652 noch fast 60 Prozent der Höfe wüst.«[55]

Das weitere 17. und das 18. Jahrhundert

Die Nachkriegszeit

Angesichts der Katastrophe wurde über Maßnahmen des Wiederaufbaus verhandelt. Adel und Landesherr brauchten auf ihren ruinierten Gutswirtschaften und Vorwerken vor allem billige Arbeitskräfte, die Acker-, Fuhr- und Baudienste leisteten. Am 26. Juli 1653 erfolgte der Landtags-



Barnim, Marchionatus Brandenburgicus, Olaf Ionnas Gotho, 1662, Ausschnitt.

rezess, der die Situation der adligen Gutsherren stabilisierte, um sie für das Zugeständnis ständeunabhängiger Steuererhebung und für einen Rückzug aus den zentralen politischen Entscheidungsprozessen zu gewinnen, der dabei aber die Lage der brandenburgischen Bauern und Kossäten für ein halbes Jahrhundert empfindlich destabilisierte, bis die königliche Bauernpolitik im 18. Jahrhundert nach und nach griff.[56] Die Vertreter des Adels gewannen den Kurfürsten für die Formulierung, die Bauern hätten in Zukunft »ungemessene Dienste« zu leisten. Der Kurfürst könnte das so verstanden haben, dass sich in der Notzeit die Dienste übergangsweise nur schwer messen ließen, die Gutsherren spekulierten auf eine künftige allgemeine Erhöhung der Dienste über zwei Wochentage hinaus. Im

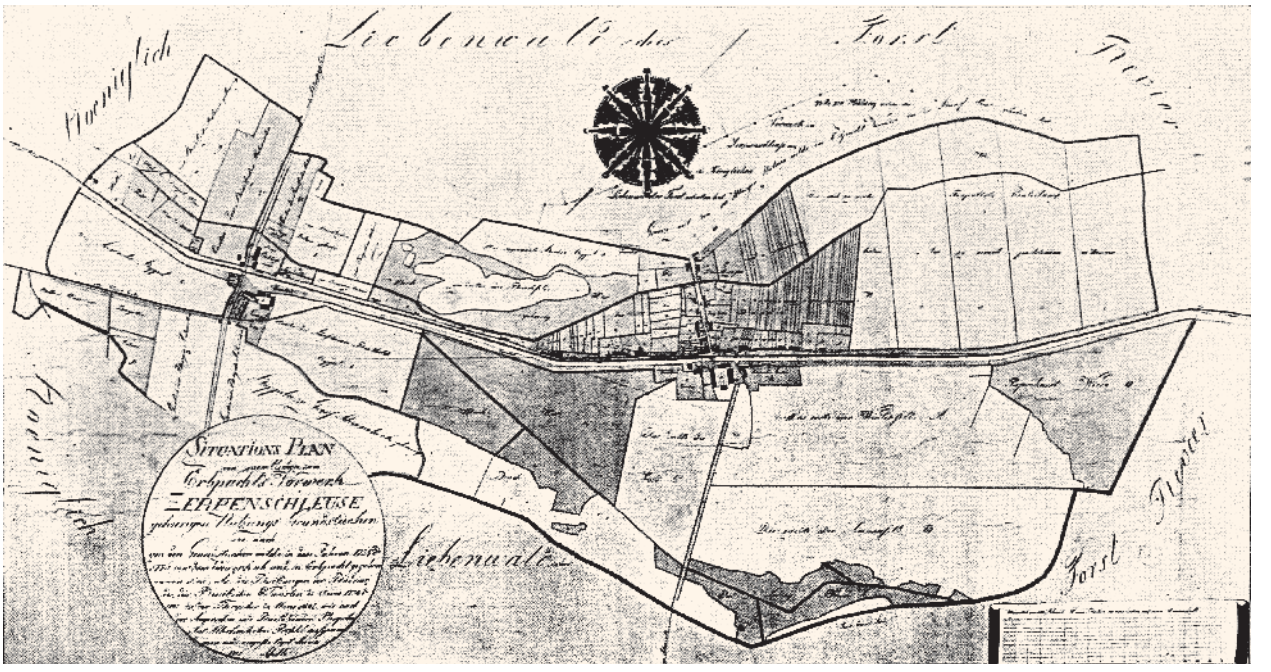
Rückforderungsrecht auf entlaufene Untertanen kam der Kurfürst ihnen noch weiter entgegen. Die Bestimmung, dass die Leibeigenschaft überall dort bestehen bleiben solle, wo sie eingeführt worden war, traf für den Barnim indes nicht zu. Er war, anders als Teile der Uckermark, die Neumark und das Herzogtum Cottbus, kein Gebiet der Leibeigenschaft, hier herrschte wie in der übrigen Mittelmark die beschriebene Gutsuntertänigkeit.[57]

Zur Hauptrichtung der Agrarentwicklung seit 1653

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verlief der Wiederaufbau schleppend. Familien, die wüste Bauern- und Kossätenstellen hätten übernehmen können, gab es zwar, aber nur wenige hatten das Geld, einen Hof zu erwerben. Sie wurden daher als Lassiten mit allen Nachteilen der Gutsuntertänigkeit angesetzt. Der Schwedisch-polnische Krieg (Zweiter Nordischer Krieg) von 1655 bis 1660 betraf das Barnimer Landkreisgebiet am Rande, konnte aber als Fortsetzung des Dreißigjährigen Krieges empfunden werden. Ob sich die Aufrüstung unter dem Großen Kurfürsten lohnen würde, musste sich noch erweisen. Erst als es brandenburgischen Streitkräften unter seiner Führung 1675 bei Fehrbellin gelang, den schwedischen Einmarsch zunichtezumachen, ging ein Ruck durch die Bevölkerung der Mark, mittelfristiges Denken schien wieder sinnvoll und dringend notwendig zu sein, waren doch im Niederbarnim nach Martin Philippson noch 1681 in 81 von 99 Dörfern zwei Fünftel der Hufen wüst.[58]

Die Bauern und Kossäten sollten mit Acker-, Bau- und sonstigen Fuhrdiensten die Gutswirtschaften wieder aufbauen helfen. Dies fiel ihnen bei Wiedererrichtung ihrer eigenen Stellen sehr schwer. Vom Kurfürsten wurden neue Gesinde- und Bauernordnungen für größere Gebiete erlassen, für den Barnim schrieb die »Revidirte Pauer- Gesinde- Hirten- und Schäffer-Ordnung, nach welcher sich jedermann in Unserer Mittel-Marck, Prignitz, und Ucker-Marck, wie auch Herrschafften Beeßkow und Storckow richten soll. Vom 18. Decembr. 1681«[59] das vorher Erläuterte im Wesentlichen fest. Begleitend dazu wurden einzelne lokale Dorfordnungen von der Herrschaft erlassen, die ausführlicher als die Urbarien[60] der Vorkriegszeit waren und auch den Zweck hatten, die Neuerungen durchzusetzen. Konflikte mit der Herrschaft entzündeten sich vor allem an der Frage der Frondienste, die für die Untertanen wichtiger als die Frage der Freizügigkeit war.[61]

Zerpenschleuse, Erbpachtvorwerk, Situationsplan.





Von dem Ackerbau.



Vom Beschlagen.



Vom Feldmessen.



Von der Rinderhaltung.

Der Hauptweg der Agrarentwicklung im 18. Jahrhundert

Im 18. Jahrhundert setzte sich die Tendenz zur Absicherung gutsherrlicher Positionen fort. Um 1740 erreichte die Gutsherrschaft ihren Höhepunkt in der Ausweitung der Agrarflächen und der Sicherung der herrschaftlichen Rechte. Die Gesamtsituation blieb, wenn sie nicht durch lokale Dorfordnungen zugunsten der Herrschaft geklärt wurde, für die Untertanen ungewiss. Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es im Gebiet des Landkreises Barnim nur noch 25 Lehnschulzen, in der großen Mehrheit war ihr Hufenbesitz in den Gutswirtschaften und Domänenvorwerken aufgegangen. Den Ersatz bildeten von der Herrschaft eingesetzte Schulzen – daher Setzschulzen. Die Kämpfe um die Höhe der Frondienste, die der Große Kurfürst letztlich bewirkt hatte, zeigen in ihrer spontanen Form die Schwäche der Untertanen bei der Beschreitung des Rechtsweges.

Der Grad des Bauernlegens[62] ist für das Untersuchungsgebiet schwer einzuschätzen. Während sich nach Siegfried Korth für den Barnim etwa 35 Prozent der Gutshöfe auf Ausgangsformen in der Kolonisationszeit und 35 Prozent auf Wüstungen des Spätmittelalters zurückführen lassen, entstanden im 16. und 17. Jahrhundert 18 Prozent der Gutshöfe durch das Bauernlegen, das sich im 18. Jahrhundert fortsetzte.[63]

Kultivierungen und Koloniegründungen im 18. Jahrhundert

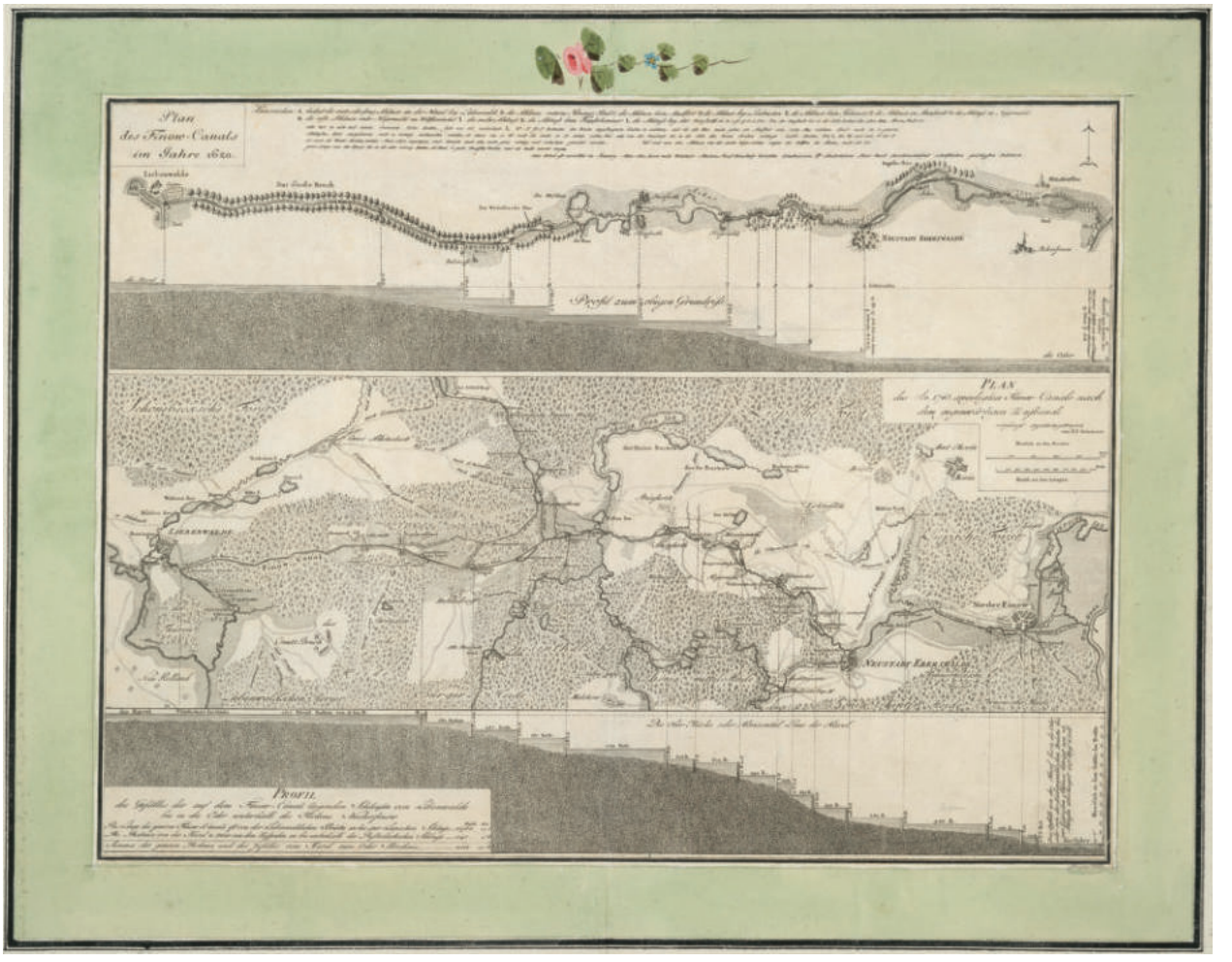
1750 erfolgten unter Friedrich II. (reg. 1740–1786) die Eindeichung und Trockenlegung des niederen Oderbruchs, wo in weit größerer Zahl als vorher Kolonien gegründet wurden. Im Gebiet des Landkreises Barnim ging die Gründung anders vonstatten als in den ge-

schlossenen Kolonisationsgebieten an Havel, Oder und Warthe. Die Kolonien lagen meist einzeln, verteilt über das gesamte Kreisgebiet. Es waren um 1800 immerhin 25 Gründungen, davon zwölf im niederbarnimschen, elf im uckermärkischen und zwei im oberbarnimschen Teil. 17 1/2 davon – also über zwei Drittel – kamen auf Domänen (7 Liebenwalde, 6 Grimnitz, 3 1/2 Chorin, 1 Biesenthal) zustande. Viereinhalb Stätten waren Initiativen von Adelsfamilien (3 v. Wülcknitz, 1/2 v. Rohr), zwei von Städten (Berlin und Eberswalde) und eine eines Bürgers (Oberamtmann Zietelmann). In den ober- und niederbarnimschen Anteilen dominierten die Domänenämter in der Koloniegründung deutlich. Auf der Domäne Chorin gab es 1766 neue Siedlungen mit französischen Hüfner- und Kossätenstellen.[64] Der Adel stand in diesem Gebiet klar zurück. Ähnlich wie auf den Vorwerken versuchte man in den Kolonien, dem strukturellen Mangel der märkischen Landwirtschaft zu begegnen. Gab es in den gewachsenen Ackerbausiedlungen in der Regel mehr Pferde als Kühe und war daher die Menge des Düngers beschränkt, so achtete man auf den Vorwerken und Kolonien schon von Anfang an häufiger auf eine Ergänzung beider Formen der Landwirtschaft.

Das Domänenamt Biesenthal

1577 war der Besitz Biesenthal von Matthäus v. Arnim zu Biesenthal, Otto v. Arnim zu Schönermark und Gerswalde, Franz v. Arnim zu Biesenthal sowie Kurt und Bernd v. Arnim zu Boitzenburg dem Kurfürsten Johann Georg übereignet worden. Das nunmehr kurfürstliche Amt be-

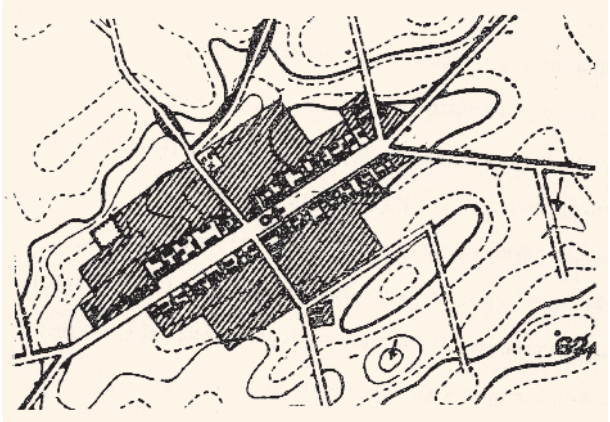
Plan des Finow=Canals im Jahre 1620; Plan des Ao. 1743 angelegten Finow=Canals nach dem gegenwärtigen Zustande.



stand aus Danewitz, Rüdnitz, Steinfurth, Schöpfurth, Heckelwerk, Beiersdorf, Schwanebeck, Freudenberg, Schönow, halb Schönefeld, Wensickendorf und dem wüsten Woltersdorf. Freudenberg wurde später gegen Heegermühle getauscht, Tuchen 1670 und Klobbick 1676 vom Kurfürsten zusätzlich zum Amt erworben. Wensickendorf kam 1671 zum Amt Bötzow. Die Landreiterberichte für den Barnim liegen im Unterschied zu denen für die Uckermark vor.[65]

Vergleicht man die Kriegsverluste, sieht man, dass zwar die Mediatstadt Biesenthal[66] selbst stark betroffen war: 1632 wurde sie durch einen Großbrand fast ganz vernichtet und kurz darauf breitete sich die Pest aus. 1652 gab es einschließlich des Bürgermeisters 25 Einwohner und drei Knechte.[67] Das Schloss wurde im Dreißigjährigen Krieg verwüstet und blieb Ruine.[68] Das Domänenamt Biesenthal überstand jedoch, was hier nicht ausgeführt werden kann, den Krieg besser als das Domänenamt Chorin. Dies mag unter anderem daran liegen, dass Biesenthal um 1800 »entfernt von allen Poststraßen«[69] lag. Immerhin floss die Finow durch Biesenthal, schlängelte sich durch Teile des Domänenamtes und bildete in seinem Norden die Basis des bis 1620 errichteten Finowkanals. Dieser verfiel während des Krieges, wurde aber im 18. Jahrhundert instand gesetzt, als das Domänenamt zwischen Marienwerder und Wolfswinkel Produktionsstätten wie das Messingwerk aufbaute. Das Siedlungsspektrum (hier innerhalb des Landkreises) reichte ähnlich wie in Chorin mehrheitlich von Ackerbaudörfern über Vorwerke bis hin zu einem Fischerdorf und verschiedenen Einrichtungen:

Werbellin, Straßendorf.



Biesenthal (Stadt/Amtssitz und Kolonie), 1652: 25 Einwohner, 3 Knechte = 128 Einwohner; 1755: 52 Bürger, 9 Kietzer, 16 Amtsbüdner, 9 Amtsbüdner im Felde, 16 in den 2 Jägerhöfen angebaute Amtsbüdner, 40 Hausleute, 1776 zusätzlich Vorwerk mit 25 Büdnern. 1801: 32 Ackerbürger, 166 Hufen; auf der Kolonie 25 Büdner.[70]

Biesenthal, Kietz (Fischerdorf, Gassendorf), 1652: keine Angaben über die ehemals 8 Kossäten = Kietzer, daher »also damals ganz wüste«, 1678 fünf Kossäten mit neuen Familiennamen 1801: Lehnschulze, 10 Ganzkossäten, 3 Fischer, 2 Einlieger, Wassermühle.[71]

Bornemannspfuhl (Försterei, südsüdwestlich Eberswalde).

Danewitz (Dorf mit Ackerbau), 1644: nur noch ein Bauernname wie 1595, 1652: 5 Bauern, 2 Knechte, 1704: 1 Bauern, 5 Kossäten, 1737: 12 Bauern mit 48 Hufen, 5 Kossäten mit 9 Kossätenhöfen und 3 Feldhufen, 2 Kossätenhöfe in Nutzung der ganzen Gemeinde, 1801: 12 Ganzbauern, 5 Ganzkossäten, 11 Büdner, Schmiede, Krug.[72]

Grafenbrück (Försterei und Schleuse/Marienwerder, Biesenthalscher Anteil).

Heegermühle (Dorf an der Finow/Schleuse), 1624: 13 Hüfner, 3 Kossäten, 1 Hirte, 1 Müller, Hirtenknecht, 1652: 10 Bauer, 1801: 11 Ganzbauern, 3 Ganzkossäten, 7 Büdner, 8 Einlieger, Schmiede, Krug, Theerofen.[73]

Klobbicke (Dorf und Gut/1764 auch königliches Vorwerk), 1652: 2 Bauern, 1 Kossät, 2 Knechte, bis 1676 adlig, dann kurfürstlich und 1704 zum Amt Biesenthal, 1764: 11 Bauern, 5 Kossäten, 2 Wassermühlen, 3 Einlieger, 3 Kolonisten = 198 Seelen, 1801: 11 Ganzbauern, 5 Ganzkossäten, 10 Büdner, 10 Einlieger, Krug, 2 Wassermühlen.[74]

Melchow (Spätmittelalter wüst, Kossätendorf und 1800 Amtsvorwerk): 1667: Amtsvorwerk, 1801: 7 Kossäten, 11 Büdner, 7 Einlieger, Krug, Theerofen.[75]

Messingwerk 1700 (Hüttenwerk).[76]

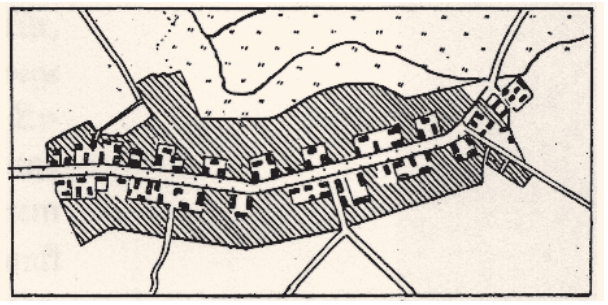
Rüdnitz (Dorf mit Ackerbau), 1652: 8 Bauern, 3 Knechte, 1801: 12 Ganzbauern, 1 Halbbauer, 3 Ganzkossäten, 12 Büdner, 6 Einlieger, Krug.[77]

Schönfeld (Dorf, 1801 geteilt mit v. Beyer), 1652: 12 Bauern (1 Schulze), 1 Schmied, 9 Knechte, 1801: 19 Ganzbauern, 2 Halbbauern, Schmiede, 97 Hufen, 27 Feuerstellen.

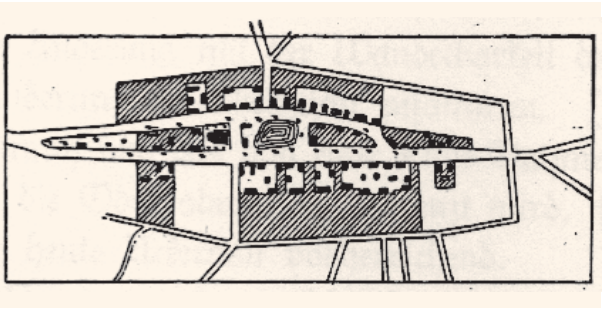
Schönholz (Dorf, 1441 1693, Dorf wieder seit 1694), 1694: Beginn der Räumung, 1704: Errichtung einer Schneidemühle, 1755: Setzschulze, Krüger, 3 Bauern, 2 einzelne Einlieger, Hirte, Schneidemühle, 1801: 5 Ganzkossäten, 6 Büdner, 9 Einlieger, Krug, Wasser- und Schneidemühle, 11 Feuerstellen.

Schöpffurth (Dorf/Schleusenhaus), 1652: 8 Bauern, 1801: Lehnschulze, 10 Ganzbauern, 2 Halbbauern, 2 Büdner, 8 Einlieger, Krug, Wasser-, Mahl- und Schneidemühle.[78]

Schönow (Dorf/Niederbarnim/geteilt mit Kämmerei Bernau), 1652: 6 Bauern, 3 Kossäten, 1696: 1 Vierhüfner, 2 Dreihüfner, 1 Zweieinhalbhüfner, 1 Zweihüfner, 1 Anderthalbhüf-



Klandorf, Straßendorf.



Schönfeld, Angerdorf.

ner, 5 bewohnte Kossäten, 1 wüste Kossätenstelle, 1801: Lehnschulze, 9 Ganzbauern, 1 Ganzkossäte, 2 Büdner, 1 Einlieger.[79]

Schwanebeck (Dorf mit Ackerbau/Niederbarnim), 1652: 11 Bauern, 4 Kossäten, 2 Knechte, 1801: 1 Lehnschulze, 14 Ganzbauern, 6 Ganz-Kossäten, 3 Büdner, 1 Einlieger, Windmühle, Krug.[80]

Spechthausen (1707/08 ursprünglich Eisenhammer, 1724: Mahl- und Schneidemühle, später Gut/Papierfabrik 1707, 1781 Papiermanufaktur) 1801: 1 Entrepreneur, 104 Arbeiter, Krug, ehedem Vorwerk.[81]

Steinfurth (Dorf 1441 von v. Arnim auf Biesenthal erworben), 1652: 20 Bauern, 2 Knechte, 1801: Lehnschulze, 24 Ganzbauern, 5 Halbbauern, 7 Kossäten, 10 Büdner, 41 Einlieger, 1 Rademacher, Schmiede, Brau-Krug, Torfstich.[82]

Tuchen (Dorf mit Ackerbau) 1652: 10 Bauern, 3 Knechte, 1801: 7 Ganzbauern, 7 Ganzkossäten, 16 Büdner, 7 Einlieger, 1 Schiffer, Schmiede, Krug, Wassermühle, Vorwerk 1764 mit Kolonisten.[83]

Wehrmühle (Wassermühle Biesenthal, 1375).[84]

Wildtränke (Teerofen zu Melchow).

Wolfswinkel (auf Feldmark Heegermühle, Papiermühle, 1729).[85]

Das Domänenamt lag mit 21 von 23 Siedlungseinheiten ganz überwiegend im oberbarnimschen Teil des Landkreises, im niederbarnimschen Teil befanden sich Schönow und Schwanebeck; außerhalb des Landkreises gehörten in Oberbarnim Beiersdorf, Heckelberg und Steinbeck dazu. Von Steinfurth im Zentrum bis Schwanebeck im Südwesten des Landkreises verbreitete es sich nord-südlich über ca. 30 Kilometer und von Biesenthal bis Heckelberg west-östlich über ca. 18 Kilometer. Waren die Besitzer 1624 noch nach Hüfnern verschiedener Größe und nach Kossäten unterschieden, findet man im Verlauf des späten 18. Jahrhunderts Differenzierungen nach Ganz- und Halbbauern, also Mehr- und Einhüfnern, und nach Ganz- und Halbkossäten, also einhufigen und halbhufigen Kossäten. Dazu kamen neu die Büdner, zum Teil unterschieden nach halbhufigen Groß- und viertelhufigen Kleinbündern. Die Unterscheidung nach Ganz- und Halbbauern verweist darauf, dass nach dem Siebenjährigen Krieg im Zuge der herrschaftlichen Meliorationen viele Drei- und Vierhüfner in Zwei- und Einhüfnerstellen aufgeteilt wurden, was bei lassitischem Recht möglich war. Nach der Logik des Bauernschutzes musste die Zahl der Bauern, nicht der Umfang ihrer Wirtschaftsfläche erhalten bleiben.

Reformansätze im 18. Jahrhundert – die Meliorationen

Mit der Rangerhebung Preußens zum Königreich setzte die Bauernschutzpolitik ein. Die »Königl. Preußische Flecken- Dorf- und Ackerordnung, d. d. 16. Dec. 1702« war ein erster Versuch, den dörflichen Verhältnissen einen gesetzlichen Rahmen zu geben, wurde jedoch nur auf den Domänen und nur subsidiär wirksam. Auch das Projekt Christian Friedrich Lubens v. Wulffen, den Domänenbauern ihre Stellen in Erbpacht zu verkaufen, ging im Wesentlichen am Bedarf vorbei, da es kaum Bauern gab, die ihre Höfe und Betriebsflächen hätten erwerben können. 1709 wurde erstmals das Bauernlegen auf dem landesherrlichen Besitz versuchsweise, ohne eigentlichen Erfolg verboten.[86] Unter den Domänenbauern trat erst Beruhigung ein, als Friedrich Wilhelm I. dort 1739 Besitzsicherheit erließ. Der Wiederaufbau und der Ausgleich der Schäden des Dreißigjährigen Krieges konnten in der Regierungszeit des Soldatenkönigs etwa zwischen 1720 und 1730 als bewältigt betrachtet werden. Francois Mathieu

de Vernezobre de Larieux führte 1722 eine Dorfordnung für Hohenfinow ein[87] und soll 1739 nach zu verifizierenden Angaben mit dem Kartoffelanbau in Groß Ziethen begonnen haben.[88]

In den Überlegungen Friedrichs II. spielte die Landwirtschaft eine ebenso große Rolle wie in denen seines Vaters. Der auf Expansion ausgerichtete Staat sollte sich aus eigener Kraft ernähren und wehren können. Das Bauernlegen außerhalb der Domänen hatte aber nicht aufgehört, was zutiefst der Peuplierungs- und der Steuerpolitik widersprach. So wurde es durch das Edikt vom 12. August 1749 wiederum verboten. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts war also wenig erreicht, und dies blieb auch so. Die »Erneuerte und verbesserte Dorfordnung des Königreichs Preussen« vom 22. September 1751 versuchte, die Rechtssicherheit in den Dörfern zu steigern, belegt aber eher, dass die ältere Version weitgehend wirkungslos geblieben war.[89] Erst 1764 wurde das Bauernlegen abermals untersagt und die Wiederbesetzung der durch den Siebenjährigen Krieg wüst gefallenen Stellen angeordnet – dies geschah unter erhöhter Strafe zum ersten Mal nachhaltig.[90]

Der Siebenjährige Krieg

Die preußischen Regimenter versorgten sich aus ihren »Kantone« genannten Bezirken mit Rekruten. Der Landkreis Barnim war um 1800 zum größten Teil dem Kanton des Infanterieregiments 23 (v. Winning) zugeordnet, der im Wesentlichen Nieder- und Oberbarnim umfasste. Ausnahmen waren ein Keil von Norden über Joachimstal bis nach Eberswalde und ein kleiner Teil um Parstein.[91] Für die ländliche männliche Bevölkerung bedeutete dies, schon früh in Listen eingetragen – das hieß enrolliert –, nach ihrer Größe gemessen und bei Bedarf des Regiments und bei Tauglichkeit zum Militärdienst eingezogen zu werden. Ausgenommen waren davon die Hof inhabenden Bauern, nicht jedoch die Wirte der Kossäten-, Büdner- und Häuslerstellen. Befreit waren auch die Kolonisten. Dieser Dienst war ein Dienst auf Dauer, aber das Urlaubersystem sorgte dafür, dass die Ausbildungszeit im Frieden auf jeweils zwei bis drei Monate im Frühjahr beschränkt war. Nachdem Friedrich Wilhelm I. die preußische Armee zu einer höchst schlagkräftigen Streitmacht geformt, sie aber vor kriegerischen Konflikten möglichst verschont hatte, setzte Friedrich II. diese Armee seit 1740 voll ein.

Die Besetzung brandenburgischer Gebiete führte zu Kontributionen, Requirierungen und Zerstörungen, die aber insgesamt weniger Schaden als im Dreißigjährigen Krieg anrichteten.[92] Die preußische Niederlage bei Kunersdorf 1759 öffnete den Österreichern und Russen den Weg nach Berlin, der niedere Barnim wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen und war insbesondere von Anfang bis Mitte Oktober 1760 von einer Besetzung durch Kosaken betroffen. So wurde Ahrensfelde am 4. Oktober stark verwüstet, ähnlich erging es Blumberg und anderen Dörfern der Umgebung Berlins.[93]

Separationen und neue Anbaumethoden seit 1763

Die Separation von Herrschafts- und Bauernland versprach für die herrschaftliche Seite auf Adelsgütern und Domänen einen großen Fortschritt. Die Guts- und Domänenhufen – bis dahin meist in Gemengelage mit den Bauern- und Kossätenhufen – gliederte man aus der Dreifelderwirtschaft aus, um auf den zusammengefassten Gutsflächen ohne Flurzwang freier produzieren zu können. Hohenfinow und Tornow bei Eberswalde gehörten 1754 zu den ersten Fluren, die von Matthaeus v. Vernezobre, dem Nachfolger des Gutsherrn gleichen Namens, vor der großen Separationswelle geteilt wurden.[94] 1765 setzte nämlich ein regelrechtes Separationsfieber ein, denn dieses Verfahren wurde bis Ende der 1780er Jahre auf den meisten Gütern und Domänen Brandenburgs durchgeführt. 1769 wurden zum Beispiel von Alexander Friedrich Georg v. der Schulenburg in Blumberg die Hufen von Gut und Pfarre einerseits von denen der Bauern andererseits getrennt. Erst in den 1780er Jahren lief es richtig an, aber dann umso zügiger.[95] Aufgrund ihres lassitischen Besitzrechts wurden die Untertanen häufig auf die schlechteren Böden der Flur verdrängt und mit der Separation war auch noch nicht der Verzicht auf das Frondienstsystem verbunden.[96]

Es folgte der Übergang zu neuen Anbaumethoden auf den ausgegliederten Flächen. Der Engländer Christopher Brown führte 1767 im Auftrag Friedrich Pauls v. Kameke auf Prädikow und Harnekop bei Strausberg in Oberbar-

nim die »englische Wirtschaft« nebst zahlreichem neuen Gerät ein. Es gab keine Brache mehr, sondern die Vierfruchtfolge (1. meist Turnips [Rüben], 2. Gerste, 3. Klee und Hülsenfrüchte, 4. Roggen und Weizen) erlaubte eine durchgängige Bestellung. Da dieses System nicht überall in Brandenburg Erfolg hatte, experimentierte man später mit abgewandelten Formen oder ging zur Koppelwirtschaft über (Wechsel von Acker und Weide mit Brache). Auch der niedere Barnim war seit 1769 ein Mittelpunkt der englischen Wirtschaft, denn auf fünf Domänenämtern (Friedrichstal, Mühlenbeck, Mühlenhof, Oranienburg und Schönhausen) wurde experimentiert.[97] Diese Bemühungen breiteten sich zunächst kaum in das Landkreisgebiet hinein aus.

Erste Gemeinheitsteilungen der Bauern untereinander

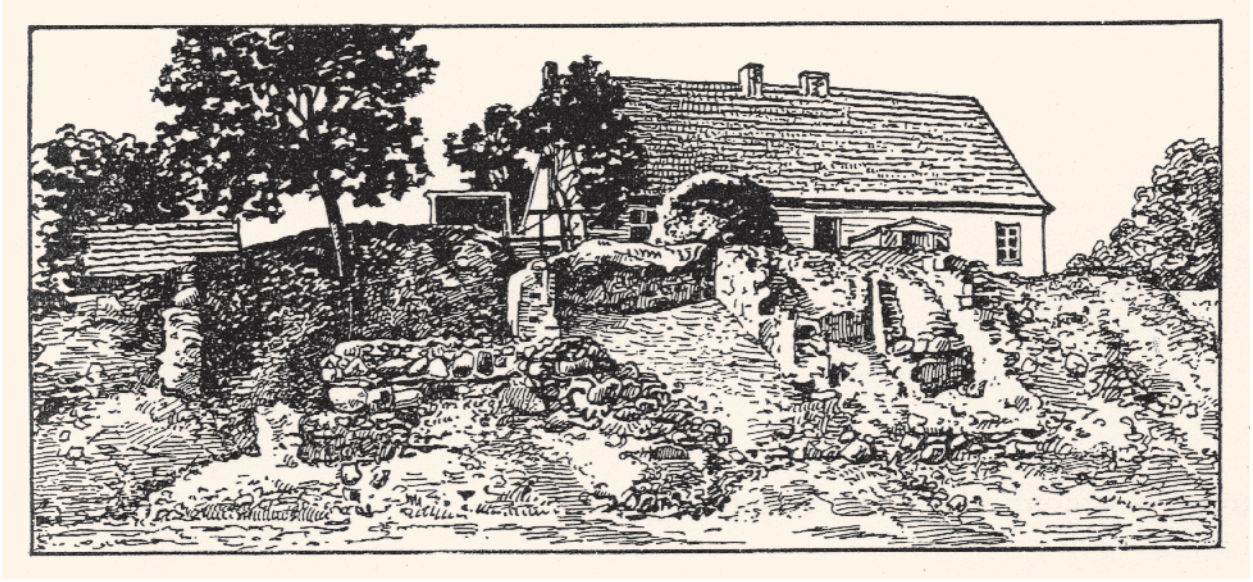
Für die meisten Untertanen änderte sich jahrzehntelang wenig, sie blieben bei Schollenbindung, Dreifelderwirtschaft, Flurzwang, Frondiensten, Lassrecht und Gesindezwang. Auf ihren Hufen verbesserten sie jedoch die Dreifelderwirtschaft, indem sie die Brache mit Hackfrüchten bestellten (verbesserte Dreifelderwirtschaft). Die Separation ihrer Ackerstücke untereinander wurde von den Herrschaften und Domänen eher behindert als gefördert. Daher kam es zuerst in Kolonistensiedlungen, die in der Regel keine Feldgemeinschaft hatten, im Domänenamt Wriezen in Oberbarnim in den 1770er Jahren zur Aufteilung von Weiden und Hütungen. Dies geschah gleichfalls im niederbarnimschen Neuenhagen auf dem Domänenamt Landsberg. Die Hütungsteilungen in Oberbarnim im adligen Dorf Alt-Bliesdorf und in der bürgerlichen Kolonie Kerstenbruch fallen ebenfalls in diese Zeit. In Lichtenberg, das je zur Hälfte der Kämmerei Berlin und dem Domänenamt Mühlenhof gehörte (heute Berlin), führten 1783 Bauern eine der ersten Flurbereinigungen ihrer Feldanteile in Brandenburg durch.[98] Diese Maßnahmen – wiederum nicht auf dem Gebiet des Landkreises Barnim – griffen der allgemeinen Entwicklung weit voraus.

Es kam vor, dass Bauern eines Dorfes sehr große Betriebsflächen hatten und die entsprechenden Frondienste nicht leisteten. Durch Angleichung der Hufen und Dienste mit kleineren Bauern in Form der Egalisierung konnte diesem Missstand wie im Adelsdorf Tempelfelde bei Bernau in Oberbarnim abgeholfen werden.[99] Mit den Urbarien gelangt man zu einem Reformfeld, das Friedrich II. 1784 zur Sicherung der Untertanenrechte auf Dorfebene anordnete. Die Umsetzung wurde für Niederbarnim vom Landrat Alexander Friedrich Georg von der Schulenburg, der sich selbst als zuständigen Kommissar durchsetzte, durch Verfahrensfragen aufgehalten. Im Gegensatz zu den Meldungen von den Domänen erklärte er 1788, es sei alles in bester Ordnung und diese Maßnahme daher unnötig.[100]

Die Besitzverteilung um 1800

Die Fläche des Landkreises Barnim war um 1800 nach den Dorflisten Bratrings weiterhin domänendominiert. Im niederbarnimschen Teil gab es zwar mit Löhme nur eine aus drei Dörfern bestehende Domäne, es ragten jedoch fünf andere Ämter hinein (Liebenwalde mit sieben, Mühlenbeck mit fünf, Mühlenhof mit zwei, Oranienburg und Niederschönhausen mit je einem, also mit 16 ländlichen Siedlungseinheiten); dazu kamen noch Schönow und Schwanebeck, Dörfer des oberbarnimschen Domänenamtes Biesenthal. Diese Domäne bestand allein in Oberbarnim aus 18 Siedlungsstätten, das Amt Löhme hier aus zwei Dörfern. Im uckermärkischen Teil lagen das Amt Grimnitz mit sechs, das Amt Chorin mit 18 und das Schulamt Joachimsthal mit zwei, zusammen also mit 26 Siedlungsstätten. Das Domanium des Landkreises Barnim umfasste somit 67 von 112 Siedlungseinheiten.

Unter diesen 112 Einheiten könnten auf der Fläche des Landkreises Barnim rund 70 Lehnschulzendörfer gewesen sein. Von den dazugehörigen Lehnschulzenstellen existierten um 1800 noch 18 – und dies ausnahmslos auf den Domänenämtern, wobei ein Dorf mit einer Stadtkämmerei geteilt war. Im Gegensatz zum Adelsbesitz bestätigt sich hier der Schutz dieser angestammten Besitzform, wie er auch auf den Ämtern des Johanniterordens feststellbar ist.[101] Die Orte mit den größten Gesamtfluren waren das oberbarnimsche Biesenthal mit 45.030 Morgen und das niederbarnimache Groß Schönebeck mit 63.097 Morgen.[102] Zu den Städten gehörte ein gewisser Besitz um Bernau mit fünf, um Neustadt-Eberswalde mit drei, um



Grimnitz, Burgruinen.

Joachimsthal mit zwei Stätten, und um Oderberg keiner. Es gab eine ähnliche Zahl von im bürgerlichen Besitz befindlichen Dörfern.

Das 19. Jahrhundert

Adelsbesitz im Landkreisgebiet Barnim im 19. Jahrhundert

Der Adelsbesitz im Bereich des Landkreises Barnim gehörte um 1800 im oberbarnimschen Teil den sechs Adelsfamilien von Vernezobre zu Hohenfinow, von Selchow (Witwe), von Wedel zu Beerbaum, von der Schulenburg zu Blumberg und von Eckardstein mit 13 Siedlungsplätzen, im uckermärkischen Teil den Familien von Buch zu Glambeck, von Weyrach zu Stolzenhagen und in Klein Ziethen von Rohr (zu Künckendorf im heutigen Landkreis Uckermark) mit drei Plätzen sowie im niederbarnimschen Teil, um den es im Folgenden gehen soll, den drei Adelsfamilien von Keith zu Mehrow, von der Schulenburg zu Blumberg und von Wülcknitz zu Lancke mit zusammen zehn Plätzen, also Adelsbesitz aus 26 Plätzen gegenüber 64 Siedlungseinheiten auf den Domänenämtern. Im niederbarnimschen Teil des Landkreisgebietes gab es um 1800 folgenden Besitz:

von Keith (heute Gemeinde Ahrensfelde)

Mehrow (Dorf und Gut mit Ackerbau) 1801: Dorf und Gut, 5 Ganzbauern, 1 Ganzkossäte, 3 Einlieger, Schmiede, Krug, 50 Morgen Holz; 43 und 4 Hufen, 13 Feuerstellen, 1840: Dorf und Rittergut, 16 Wohnhäuser, 1856: 4 Bauern, 38 andere Familien.[103]

von der Schulenburg (heute Gemeinde Ahrensfelde)

Blumberg (bis 1644 oppidum = Städtlein, dann Dorf und Gut) 1801: Lehnschulze, 20 Ganzbauern, 12 Ganzkossäten, 12 Einlieger, 1 Radmacher, Schmiede, Windmühle, Krug, 571 Morgen Wald, Ziegelei, 1812: 17 Bauern erhalten ihr Land gegen Bezahlung und Dienstgeld zu vollem Eigentum. 1823: Errichtung Vorwerk Elisenau, 1840: Dorf und Rittergut, 64 Wohnhäuser, neues Wirtschaftsgehöft »Hof Blumberg«, 1856: 15 Bauern, 13 Kossäten, 134 andere Familien, 1841: neuer Wirtschaftshof, das sogenannte Gut, 1843: Ablösung der Hütungsgerechtigkeit mit Schafen durch Abtretung von 170 Hektar Land, 1844: neues Herrenhaus, 1856: 15 Bauern, 13 Kossäten, 134 andere Familien.[104]

Eiche (Dorf mit Ackerbau) 1801: Dorf, 8 Ganzbauern, 1 Halbbauer, 5 Ganzkossäten, 3 Einlieger, Schmiede, Krug, 34 Hufen, 16 Feuerstellen, 1839: Spezialseparation, Neuvermessung und die 14 Bauern und Kossäten erhalten fest zugeteiltes Land, 1840: Dorf, 17 Wohnhäuser, 1856: 9 Bauern, 5 Kossäten, 26 andere Familien, landtagsfähiges Rittergut, seit 1805 Carl Friedrich v. Goldbeck, 1872: Lehnschulzenamt wird aufgelöst, Gemeindevorsteher gewählt.[105]

von Wülcknitz (heute Amt Wandlitz)

Lanke (Dorf und Gut mit Ackerbau) 1801: 4 Ganzbauern, 1 Büdner, 17 Einlieger, 1 Fischer, Schmiede, Wassermühle, Krug, entfernt liegende Ziegelei, 4.397 Morgen Holz, 1840: Rit-

tergut und Dorf, 26 Wohnhäuser, 1856: 5 Bauern, 43 andere Familien,

Münnich (Teerofen zu Prenden).

Neudörfchen/Neudorf (Gut aus Wüstung) 1801: Kolonie und Vorwerk bei Prenden (genannt die Dreißighufen) mit 1 Büdner, 12 Enlieger, 1860: Vorwerk mit 1 Abbau (Wassermühle), 1 öffentliches, 8 Wohn-, 11 Wirtschaftsgebäude

Prenden (Dorf und Gut) 1801: 21 Ganzbauern, 12 Büdner, 1 Einlieger, Schmiede, Wassermühle, Krug, 34 und 6 Hufen, 39 Feuerstellen, Teerofen Münnich mit 1 Einlieger, 1 Feuerstelle, 1856: 18 Bauern, 41 andere Familien.

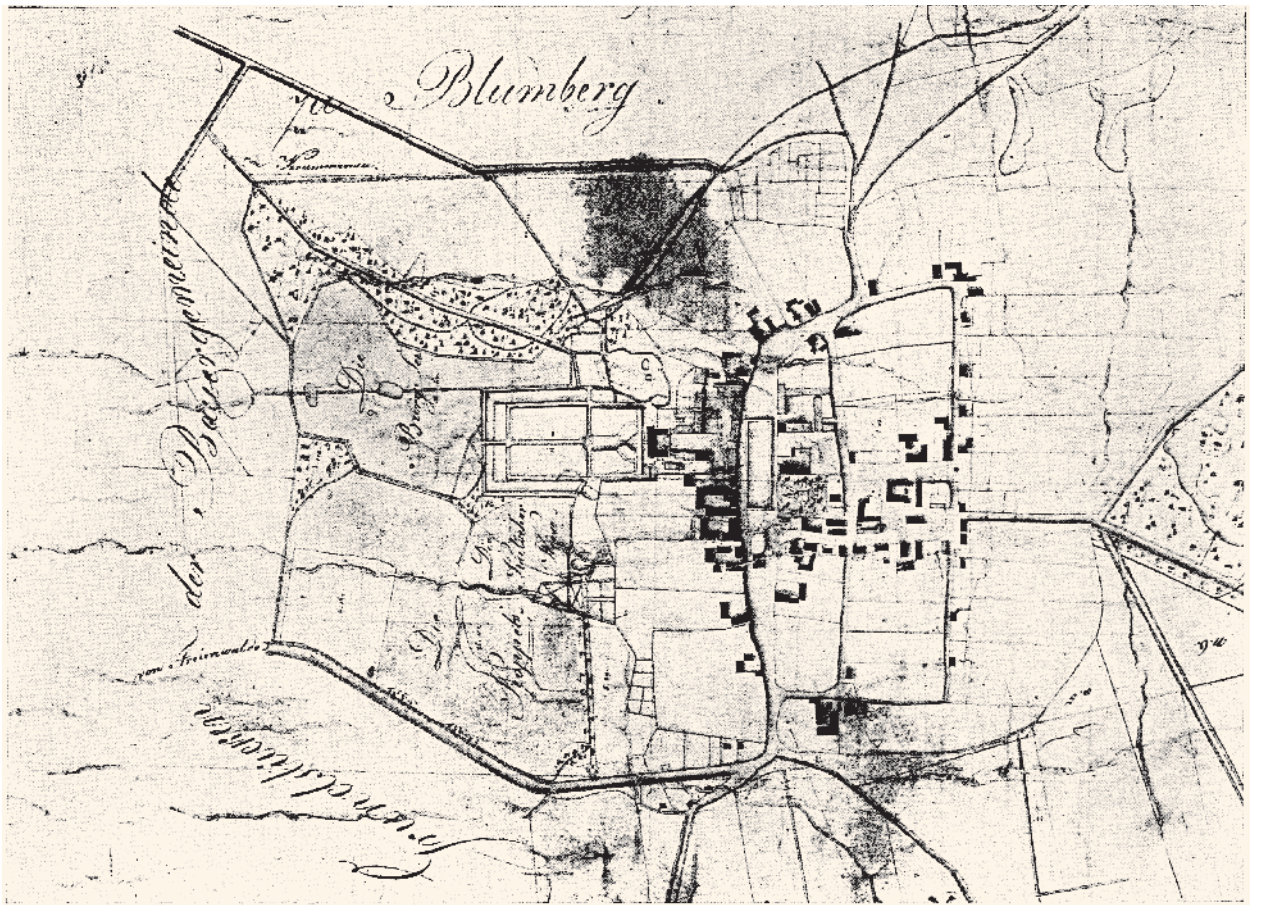
Sophienstädt (Adelsvorwerk 1769: zu Prenden gehörig, zusätzlich seit 1754 Planung und Errichtung einer Kolonie) 1801: Vorwerk und Kolonie zu Prenden, 7 Büdner, 3 Einlieger, 3 Zimmerleute, Krug, 14 Feuerstellen, seit 1820: Erweiterung von Sophienstädt durch Kolonie Rosaliendorf, 1840: Vorwerk und Kolonie, 39 Wohnhäuser, 1860: Dorf, Gemeindebezirk, auch Rosaliendorf genannt, 1 öffentliches, 43 Wohn- und 34 Wirtschaftsgebäude.

Ützdorf (Kolonie und Gut) 1801: Vorwerk und Kolonie bei Lanke, 3 Büdner, 4 Einlieger, 2 und 12 Hufen, 5 Feuerstellen, 1840: Vorwerk und Kolonie, 7 Wohnhäuser, 1860: Vorwerk mit Forsthaus und Kolonie, 8 Wohn-, 9 Wirtschaftsgebäude.

Werder (auch Liepnitzer Werder, auch Etablissement Groß Werder) 1801: Meierei, bei Ützdorf, zum Gut Lanke gehörig, 1 Feuerstelle, 1840: Vorwerk, 1 Wohnhaus, 1860 Werder = Liepnitzer Werder, 1 Wohn-, 1 Wirtschaftsgebäude.

Gerade der Dorf- und Güterbesitz, an dem der Adel beteiligt war, wechselte sehr häufig. So gehörte Blumberg 1748 Friedrich Wilhelm von der Schulenburg, 1764 seinem Sohn und 1790 seinem Enkel, 1805 jedoch Carl Friedrich von Goldbeck und 1836 Friedrich Ludwig von Arnim zu Boitzenburg.[106] Lanke gehörte bis 1620 den Familien von Arnim zu Biesenthal und Grünthal, 1620 von Götze zu Zehlendorf, 1654 von Sparr zu Trampe, 1668 von Happe, 1769 von Holwede, 1783 von Wülknitz und 1826–72 Friedrich Wilhelm von Redern. Gutsbesitz kam auch häufig in bürgerliche Hand. Die Besitzer Mehrows

Blumberg, Dorf und Gut.



CARTE
de Hohenfinow, et Tornow.

Reduite a une qu'atrieme partie de l'original, apartien a Monsieur le Baron,

De Vernezobre de laurieux

Mesuré en Janvier, et Fevrier 1724 par Mahistre, Ingenier juré.

Carte von der gantz Feld-Marck Hohenfinow, und Tornow, Worin alle Aecker, Wiesen und Hütung in Ihrer eygentlichen Situation accurat aufgezeichnet.

Scala von 150 Ruthe.

0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 110 120 130 140 150 Rheinländischen Ruthe.

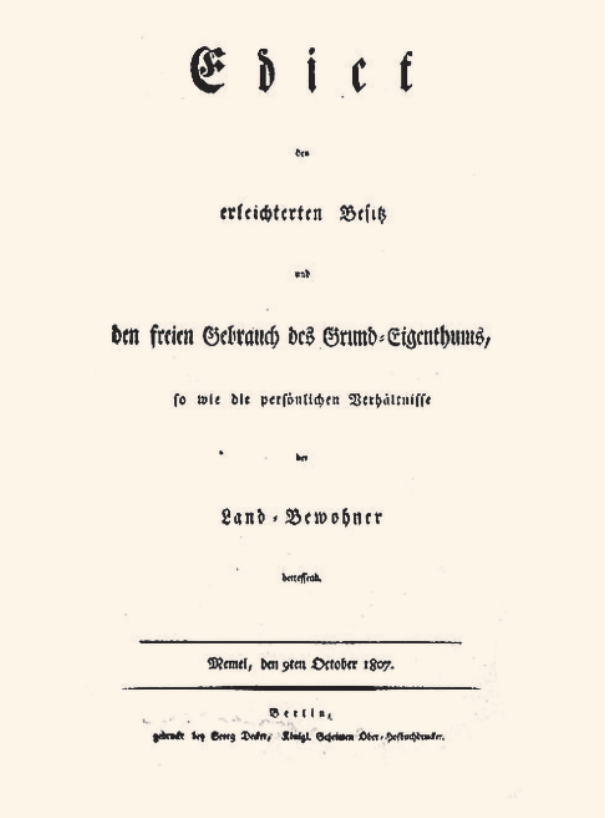




Besitz der Familie von Vernezobre, der 1855 an die Familie Bethmann Hollweg überging.

waren 1624 Alexander von Britzke, 1700 W. Lonicer, 1711 Kammerdiener Thomas Streit, 1716 Hofrat Philipp Franz Laging, 1726 dessen Witwe, 1750 Amtsrat Jeckel, 1764 Kriegskommissar Lehr, 1773 Kriegsrat Oland und Frau, 1782 Oberhofmeisterin Oranie von Keith, danach Kammerherr Freiherr von Keith, 1807 von Goldbeck, 1816 Gutsbesitzer Luther und 1854 Martin Heyse.[107]

Die Gutsherren in Brandenburg gelangten mit sehr guten Voraussetzungen in die Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts. Zugleich war es den preußischen Königen gelungen, durch Bauernschutz, Reformmaßnahmen und großzügige Zahlungen an Adelsfamilien (»Gnadengelder«) etwas für die »Konservierung« des Bauernstandes zu tun. Die Zahl der brandenburgischen Bauern erhöhte sich im 18. Jahrhundert sogar in geringem Maße.[108] So blieben die Flächenanteile zwischen Guts- und Bauernbesitz etwa gleich. Zwar war gerade der Barnim jeweils stark von diesen Vorgängen ergriffen, fanden hier doch die ersten Koloniegründungen und Separationen Brandenburgs statt, bei den Separationen auf Adelsland ging es jedoch zögerlicher zu und die Errichtung der Urbarien wurde von Landrat Alexander Friedrich Georg von der Schulenburg zu Blumberg im niederbarnimschen Teil geradezu hintertrieben.


Edict

den

erleichterten Besitz

und

den freien Gebrauch des Grund-Eigenthums,

so wie die persönlichen Verhältnisse

der

Land-Bewohner

betreffend.

Memel, den 9ten October 1807.

Berlin,

gedruckt bey Georg Decker, Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdrucker.

Mit dem Oktoberedikt vom 9. Oktober 1807 begannen die preußischen Reformen.

Die Bauernbefreiung: Grundentlastung und Regulierung

Einiges war zur Verbesserung der ländlichen Existenzbedingungen im 17./18. Jahrhundert durch Meliorationen getan worden, wesentliche Schritte auf dem Reformweg waren aber noch zu gehen, um den Untertanenbesitz aus der Kollektivität zu befreien und in Eigentum umzuwandeln. Zur Zeit der statistisch-topografischen Beschreibung bestand weiterhin die Gutsuntertänigkeit, wenn nicht minderheitlich andere Rechtsverhältnisse ausdrücklich fixiert waren. Umwandlungen der Frondienste in Dienstgelder waren noch selten und die Separationen und Gemeinheitsteilungen unter den Untertanen die Ausnahme. Auch Eigentum gab es nur bei einer Minderheit. Das auslösende Ereignis zur Einleitung der Reformen war die preußische Niederlage bei Jena und Auerstedt von 1806. Bis 1813 war der ländliche Raum zwar durch Besatzung und Lieferungen an die französische Armee belastet, entscheidende Reformen wurden aber bereits mit der Aufhebung der Gutsuntertänigkeit und der Proklamation der Güterfreiheit (Oktoberedikt 1807/10), der Ablösung der Frondienste und Eigentumserteilung an die spannfähigen Lassiten (Regulierungsedikt 1811) sowie der freien Verfügung über das Landeigentum (Landeskulturedikt 1811) auf den Weg gebracht. Zur Aufhebung der Gemeinheiten unter den Bauern kam es meist erst nach dem Erlass der Gemeinheitsteilungsordnung und dem Gesetz zur Ablösung der Frondienste bei den Erbzins- und Eigentumsbauern jeweils 1821. Bei den unterbäuerlichen Schichten, den Verlieren der Refomen, kam es erst um 1848 zu Verbessungen.[109]

Im Kern ging es dabei um die Regulierung des lassitischen Bauernbesitzes. 1811 wurde in Berlin die »Generalkommission zur Regulierung (…) der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und für die Gemeinheits-Aufhebungen in der Kurmark Brandenburg« gegründet,

um die Übertragung des vollen Eigentums an die spannfähigen lassitischen Bauern durchzuführen, die dafür ihre feudalen Leistungen durch Zahlung oder Abtretung von Agrarflächen abzulösen hatten. In der Provinz Brandenburg wurden bis 1820 4.744, 1830 11.929 und 1848 15.656 Bauern einbezogen, obwohl 1816 das Verfahren nach dem Sieg über Frankreich zu ihren Ungunsten geändert wurde.[110] Auch wenn sich dadurch die Zahl der Vollbauern und ihr Besitz flächenmäßig kaum verringerte, gingen doch – ähnlich wie bei den Separationen des 18. Jahrhunderts – gerade die besseren Flächen an die Gutsbesitzer über.[111] Spezialkommissionen bestanden in Neustadt-Eberswalde und in Zehdenick, die die Vorgänge in Nieder- und Oberbarnim regelten.

Da das Gebiet des Landkreises Barnim stark von Domänen durchsetzt war, hatten hier Meliorationen des 18. Jahrhunderts wie die Besitzsicherung der Bauern bereits etwas bewegt, zugleich bewirkten die großen Waldgebiete, dass statistisch die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse eine eher geringe Rolle spielte. 1914 umfasste der Großgrundbesitz in Niederbarnim 56 Prozent der Fläche, der Anteil der privaten Rittergüter dabei nur 15 Prozent, der staatliche Waldbesitz betrug 32,7 Prozent, eine ähnliche Relation bot sich in Oberbarnim.[112] Der staatliche Großgrundbesitz, also die Domänen mit ihren umfangreichen Waldgebieten, umfasste somit 41 Prozent.

Besonders die südlichen Teile des Landkreises gerieten immer stärker in den Sog des wachsenden Berlins, die Grundstückspreise stiegen. Der Finowkanal trug maßgeblich dazu bei, dass auch die zentralen und nördlichen Bereiche des Landkreises in der Hauptstadt Absatz ihrer Agrarprodukte fanden.

Wichtig war, dass auf den noch gewachsenen Gütern und Domänen zunehmend Maschinen eingesetzt wurden, dabei besonders Sämaschinen (Drillmaschinen), die – anfänglich im 18. Jahrhundert erprobt – seitdem die Getreideerträge vervielfachten. Der Einsatz von Schwingpflug und anderem Gerät verbreitete sich auch auf den jetzt privatisierten Bauernhöfen. Die Agrarflächen wurden im 19. Jahrhundert verdoppelt, die Erträge pro Flächeneinheit erheblich gesteigert, Ende des Jahrhunderts setzte auch die Verwendung von Mineraldünger ein. Das Jahrhundert brachte »eine erhebliche Steigerung der Erträge fast aller Agrarprodukte, die zu einem Anwachsen des Einkommens aller landwirtschaftlichen Produzenten führte«.[113]

1 Immer wenn im Folgenden vom Landkreis Barnim die Rede ist, bezieht sich das auf den heutigen Gebietsumfang.
2 Friedrich Wilhelm August Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, kritisch durchgesehene und verbesserte Neuausgabe von Otto Büsch und Gerd Heinrich mit einer biographisch-bibliographischen Einführung und einer Übersichtskarte von Gerd Heinrich, Berlin 1968.
3 Vgl. Hans-Heinrich Müller, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Potsdam 1967, S. 206.
4 Bratring, Beschreibung, S. 660.
5 Ebd., S. 740.
6 Hans-Ulrich Kamke, Barnim und Lebus. Studien zur Entstehung und Entwicklung agrarischer Strukturen zwischen Havel und Oder, Egelsbach/Frankfurt/St. Peter Port 1996, S. 84.
7 Bratring, Beschreibung, S. 986.
8 Vgl. ebd., S. 765.
9 Siehe Karte Besitzstand und Säkularisation in Brandenburg um die Mitte des 16. Jahrhunderts, bearb. von Gerd Heinrich, 1970, in: Historischer Handatlas von Brandenburgs und Berlin, Abt. III (1971).
10 Vgl. Lieselott Enders, Die Uckermark. Geschichte einer kurmär-

kischen Landschaft vom 12. bis 18. Jahrhundert, Weimar 1992, S. 175.

11 Karte Besitzstand und Säkularisation.

12 Vgl. Optatus Wilhelm Leopold Richter, Repertorium der königlich preußischen Landes-Gesetze. Bd. 7: Die Königl. Preuß. Gesetze und Verordnungen über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, Leipzig 1833, Abschnitt Bauer, hier besonders S. 205, 208 f., 212, 223 f., 239, 241–243.

13 Die Lehnschulzen waren bei den Dorfgründungen der mittelalterlichen Ostsiedlung mit zwei oder mehreren Beisitzern (Gerichtsbauern) als Dorfvorstand eingesetzt worden. Als Lehnsleute der Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg zur Heerfolge verpflichtet, genossen sie auf ihren Lehnhufen Steuerfreiheit und versahen noch in der Frühen Neuzeit den untersten Bereich der Dorfgerichtsbarkeit, wozu Verstöße gegen die Dorfordnung gehörten. Sie waren auch für die freiwillige Gerichtsbarkeit (Aufnahme von Testamenten etc.) und Ermittlungen bei Vergehen zuständig. Im Vergleich zu den an ihrer Stelle von der Herrschaft eingesetzten Schulzen (Setzschulzen, siehe S. 11) besaßen sie eine im Detail stärkere Position gegenüber der Gutsherrschaft und der Grad ihres Verschwindens ist ein Symptom für deren planmäßigen Ausbau.

14 Zusammenfassung bei Heinrich Kaak, Vom Erbzinsrecht zur Leibeigenschaft – Entstehung agrarischer Zwangsformen im frühneuzeitlichen Brandenburg, in: Zeitschrift für Weltgeschichte. Interdisziplinäre Perspektiven 8 (2007) H. 1, S. 71–103, hier S. 75–79.

15 Vgl. ebd., S. 82.

16 Vgl. Chorin/Zisterzienser, in: Heinz-Dieter Heimann u. a. (Hrsg.), Brandenburgisches Klosterbuch. Handbuch der Klöster, Stifter und Kommenden bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Bd. 1, Berlin-Brandenburg 2010, S. 329–359, hier S. 333.

17 Vgl. Enders, Die Uckermark, S. 158.

18 Vgl. Hartmut Harnisch, Die Energiekrise des 18. Jahrhunderts als Problem der preußischen Staatswirtschaft. Dargestellt am Beispiel von Berlin und seinem weiteren Umland, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hrsg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag. Bd. 1: Mittelalter und Frühe Neuzeit, Stuttgart 1997, S. 489–510, hier S. 493 ff.

19 Vgl. Enders, Die Uckermark, S. 318.

20 Vgl. Christian Härtel, Landschaftspark Finowtal. Ein Industriegebiet im Wandel, Berlin 2002, S. 17.

21 Vgl. Enders, Die Uckermark, S. 323.

22 Vgl. Jörg Nüske (zugest.), Brodowin mit Pehlitz. Ökodorf zwischen sieben Seen 1258–2007, Brodowin 2007, S. 21.

23 Rolf Gerlach, Zepernick b. Berlin. Das Domdorf im Spiegel alter Akten, Berlin 2001, S. 40. Nach dem Vitzthum Tagebuch.

24 Vgl. Enders, Die Uckermark, S. 327.

25 Vgl. Heinrich Kaak, Die Prenzlauer Chronik des Pfarrers Christoph Süring 1105–1670, Berlin 2017, S. A, fol. 170r (1 Pfund Brot = 467,7 g, 1 Tonne Bier = 112,38 l).

26 Vgl. Gerlach, Zepernick, S. 38.

27 Wahrscheinlich ein um ein Jahr falsch auf 1635 datierter Bericht (Gerlach, Zepernick, S. 41).

28 Vgl. Helmut Asmus, 1200 Jahre Magdeburg, 3 Bde., hier Bd. 2: Die Jahre 1631–1848, Halberstadt 1999, S. 26.

29 So in Neuruppin 1641. Vgl. Johannes Schulze, Geschichte der Stadt Neuruppin, Berlin 1963, S. 77.

30 Vgl. Klaus Conermann (Hrsg.), Martin Opitz, Briefwechsel und Lebenszeugnisse 1611-1639. Kritische Edition mit Übersetzung, Bd. 1, Berlin/New York 2009, S. 1361.

31 Bratring, Beschreibung, S. 756 sowie vgl. Enders, Die Uckermark, S. 328.

32 Vgl. Johann Heinrich Möller/Gustav Adolf Harald Stenzel, Geschichte des preussischen Staates. Bd. 1, Hamburg 1830, S. 522 sowie Ernst Daniel Martin Kirchner, Das Schloss Boytzenburg und seine Besitzer; insonderheit aus dem von Arnimschen Geschlechte, Berlin 1860, S. 297.

33 Vgl. Christoph Kampmann, Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, Stuttgart 2008, S. 129 f.

34 Vgl. Möller/Stenzel, Geschichte, S. 522 sowie Erika Schünemann/Helmut Schünemann, Hohenfinow. Ort am Rande des Barnim, Chronik 1258 – 1334 – 2007, Hohenfinow 2008, S. 22.

35 Vgl. Kampmann, Europa, S. 144 ff.

36 Vgl. Enders, Die Uckermark, S. 331.

37 BLHA Potsdam, Rep. 2 Amt Chorin, Nr. D 6803, sowie Rep 7, Amt Chorin, Nr. 363/1.

38 BLHA Potsdam, Rep. 32, Joachimsthalsches Gymnasium, Nr 750.

39 BLHA Potsdam, Rep. 23 A, C Nr. 82.

40 BLHA Potsdam, Rep. 32, Joachimsthalsches Gymnasium Nr. 769. Landreiterberichte von 1652 für die Uckermark liegen nicht vor. Vgl. auch Erich Kittel, Die Erbhöfe und Güter des Barnim 1608/1652. Verzeichnisse der Lehnsleute, Bauern, Kossäten und Knechte, Bernburg 1937.

41 Vgl. Lieselott Enders (bearb.), Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VIII: Uckermark, Weimar 1986 [nachfolgend HOL Uckermark], S. 131 f. Wenn bei den weiteren Orten keine Literaturangaben gemacht werden, ist das Historische Ortslexikon Uckermark herangezogen worden. Vorwerk = Meierei. Vgl. auch Sylvia Goetze/Doris Ortloff, Britz. Ein gewachsener Ort 1258 – 1277 – 2008, Britz 2008, S. 28–32.

42 Vgl. Martina Crewe, Serwest-Buchholz. Alte Orte mit wechselvoller Vergangenheit 1258–2008, Serwest 2008, S. 30.

43 Manfred Krause, Chorin – Chorinchen – Chorin. Historische Annalen 1258–2007, Chorin 2007, S. 12 f.

44 BLHA Potsdam Rep. 2 Amt Chorin, Nr. D 6803, Rep. 7, Amt Chorin, Nr 363/1, sowie Rep 32 Joachimsthalsches Gymnasium Nr. 769. Siehe auch Krause, Chorin. S. 14 f.

45 BLHA Potsdam, Rep. 32, Joachimsthalsches Gymnasium, Nr. 750.

46 Karin Többe-Wehberg, Geschichte von Liepe. Ein Fischerdorf wandelt sich 1258–2008, Liepe 2008, S. 23.

47 Ernst Fidicin, Die Territorien der Mark Brandenburg oder Geschichte der einzelnen Kreise, Städte, Rittergüter, Stiftungen und Dörfer in derselben, als Fortsetzung des Landbuchs Kaiser Karl's IV., Bd. III, Berlin 1860, S. 223. HOL Uckermark, S. 606.

48 Nüske, Brodowin, S. 104.

49 BLHA Potsdam Rep. 2 Amt Chorin, Nr. D 6803 und Rep. 7, Amt Chorin Nr. 363/1. Siehe auch Grewe, Serwest-Buchholz, S. 29 f.

50 Robin Villain, Groß-Ziethen (Landkreis Barnim), publiziert am 01.12.2017, in: Historisches Lexikon Brandenburgs, URL: http://www.brandenburgikon.net/index.php/de/ortslexikon/gross-ziethen, Zugriff: 11.07.2018.

51 Siedlungen im Amt Chorin im 18. Jahrhundert: Senftenhütte, Glashütte, seit 1705; Sandkrug, Dorf, seit 1754; Alte Hütte, Kolonie, seit 1763; Kahlenberg, Vorwerk, seit 1777; Neue Hütte, Glashütte, seit 1778.

52 J. M. de La Pierre, Ausführliche Geschichte der Uckermark, nach Urkunden bearbeitet und mit besonderen historischen Untersuchungen begleitet, Prenzlau 1847, S. 413.

53 Vgl. die Angaben an den Stellen des HOL Uckermark.

54 Vgl. Matthias Asche, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006, S. 254.

55 Günther Franz, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, 4. neu bearb. und verm. Aufl., Stuttgart/New York 1979, S. 22.

56 Landtagsrezess vom 26. Juli 1653, in: Christian Otto Mylius (Hrsg.), Corpus Constitutionum Corpus Constitutionum Marchicarum, Berlin/Halle 1737–1755, hier Teil VI, I. Abt., Nr. CXVIII, S. 425–466.
57 Vgl. Hartmut Harnisch, Probleme der Periodoserung und Typisierung der Gutsherrschaft im mitteleuropäischen Raum, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 10 (1986), S. 251–274, hier S. 272ff.
58 Vgl. Martin Philippson, Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Dritter Teil: 1660 bis 1688, Berlin 1903 [Nachdruck 2015], S. 112.
59 Mylius, Corpus, hier Teil V, III. Abt., Nr. XXI, Sp. 141-170.
60 Verzeichnis über Besitzrechte einer Grundherrschaft und zu erbringende Leistungen ihrer Grunduntertanen.
61 Vgl. Heinrich Kaak, Eigenwillige Bauern, ehrgeizige Amtmänner, distanzierte fürstliche Dorfherren. Vermittelte Herrschaft im brandenburgischen Alt-Quilitz im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 296.
62 Enteignen und Einziehen von Bauernhöfen durch Grundherren, um sie als Gutsland selbst zu bewirtschaften.
63 Vgl. Siegfried Korth, Die Entstehung und Entwicklung des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Eine Untersuchung auf siedlungsstatistischer Grundlage in sieben Kreisen der Mittel- und Uckermark von 1375–1860, Göttingen 1952, S. 35f.
64 Vgl. Asche, Neusiedler, S. 537.
65 Vgl. dazu Erich Kittel, Die Erbhöfe und Güter des Barnim 1608/1652, hrsg. im Auftrag des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg, Bernburg 1937, S. IX–XIX.
66 Mediatstadt bedeutete, nicht dem Kurfürsten/König direkt, sondern einer Adelsherrschaft, einem Domänenamt oder einem Ordensamt unterstellt zu sein.
67 Wenn keine andere Angabe vorhanden, dann Lieselott Enders (Hrsg.), Historisches Ortslexikon für Brandenburg. Teil 6: Der Barnim, Weimar 1980, an den entsprechenden Stellen, hier z. B. HOL Barnim, S. 44.
68 Vgl. Ernst Fidicin, Geschichte des Kreises Niederbarnim, Berlin 1857, S. 77.
69 Bratring, Beschreibung, S. 762.
70 Rudolf Schmidt, Geschichte der Stadt Biesenthal, 2. verb. und stark verm. Aufl., Eberswalde 1941, S. 59 sowie Bratring, Beschreibung, S. 762 f. und 769.
71 Vgl. Schmidt, Biesenthal, S. 8 sowie Bratring, Beschreibung, S. 762.
72 Vgl. Kittel, Die Erbhöfe, S. 51, Rudolf Schmidt, Amtsdörfer im Kreise Oberbarnim, Danewitz, Beerbaum, Hohenstein, Buchholz, Hirschfelde, Ladeburg. 2 Bde, hier Bd. 1, Bad Freienwalde 1937, S. 10, 13 und 23 sowie Bratring, Beschreibung, S. 772.
73 Vgl. Kittel, Die Erbhöfe, S. 50 sowie Bratring, Beschreibung, S. 777.
74 Ebd., S. 780 sowie Fidicin, Geschichte, S. 38.
75 Bratring, Beschreibung, S. 782.
76 Vgl. Schmidt, Geschichte, S. 148f. sowie HOL Barnim, S. 368.
77 Vgl. Kittel, Erbhöfe, S. 52 sowie Bratring, Beschreibung, S. 785.
78 Ebd., S. 787.
79 Ebd., S. 734.
80 Vgl. Kittel, Erbhöfe, S. 12f. sowie Bratring, Beschreibung, S. 734.
81 Ebd., S. 788.
82 Vgl. Fidicin, Geschichte, S. 61, Kittel, Erbhöfe, S. 49 sowie Bratring, Beschreibung, S. 788.
83 Ebd., S. 790.
84 Ebd., S. 791.
85 Vgl. Fidicin, Geschichte, S. 31.
86 Vgl. Friedrich Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 1967, S. 151.
87 Vgl. Schünemann, Hohenfinow, S. 38.
88 Vgl. Antonia Humm, Friedrich II. und der Kartoffelanbau in Brandenburg-Preußen, in: Frank Göse (Hrsg.), Friedrich der Große und die Mark Brandburg. Herrschaftspraxis in der Provinz, Berlin 2012, 183–216, hier S. 205.
89 Erneuerte und verbesserte Dorf-Ordnung des Königreichs Preussen, de dato Berlin, den 22. Sept. 1751, in: Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium paecipue Marchicarum, Berlin 1756, No. 82: 22. Sept. 1751, S. 147ff.
90 Vgl. Dieter Sinn/Renate Sinn, Der Alltag in Preußen, Frankfurt/M. 1991, S. 244.
91 Vgl. Karte: Frankreichs Vergrösserung durch das bisherige Königreich Holland und das nordwestliche Deutschland, getheilt in XII Departements nebst dem angrenzenden Königreich Westphal, von H. H. Gotthold, Berlin 1811. Eintragung und Kolorierung der Kantone nach dem Zustand um 1800, in: Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung, Kart U 15195.
92 Vgl. Heinrich Kaak, Soldaten aus dem Dorf, Soldaten im Dorf, Soldaten gegen das Dorf – Militär in den Augen der brandenburgischen Landbevölkerung 1725–1780, in: Stefan Kroll/Kersten Krüger (Hrsg.), Militär und ländliche Gesellschaft in der frühen Neuzeit, Hamburg 2000, S. 297–326, hier S. 319–323.
93 Vgl. Gerlach, Zepernick, S. 200.
94 Vgl. Müller, Märkische Landwirtschaft, S. 61.
95 BLHA, Pr. Br. Rep. 6 A, Ältere Kreisbehörden, Kurmark NB, Nr. 11, o. P.
96 Vgl. Müller, Märkische Landwirtschaft, S. 61.
97 Vgl. Ebd., S. 88.
98 Vgl. Ebd., 62 sowie Emil Unger, Geschichte Lichtenbergs bis zur Erlangung der Stadtrechte, Berlin 1910, S. 76.
99 Vgl. Ulrich Waack, Kirchenbau und Ökonomie. Zur Beziehung von baulichen Merkmalen mittelalterlicher Dofkirchen auf dem Barnim und dessen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (= Kirchen im ländlichen Raum, Bd. 4), Berlin 2009. S. 69.
100 BLHA, Pr. Br., Rep. 6 A, Ältere Kreisbehörden, Kurmark NB, Nr. 11, o. P.
101 Vgl. Heinrich Kaak, Korporative Gutsherrschaft und Agrarinnovationen in Preußen – der Johanniterorden auf seinen neumärkischen Ämtern 1750-1811, Berlin 2012, S. 101.
102 Vgl. Kamke, Barnim und Lebus, S. 87.
103 Wenn nichts anderes angegeben, dann Historisches Ortslexikon (nachfolgend HOL) Barnim an den entsprechenden Stellen. Siehe auch Bratring, Beschreibung, S. 726.
104 Ebd., S. 717.
105 Ebd., S. 719.
106 Vgl. HOL Barnim, S. 63ff.
107 Vgl. Wilhelm Wolff, Mehrow und seine Geschichte, in: Heimat und Welt Nr. 43 bis 45, Niederbarnimer Kreisblatt vom 26. Oktober, 2. und 9. November 1935, nach der Wiedergabe von Roland Lemke. Vgl. auch HOL Barnim, S. 364.
108 Vgl. Otto Büsch, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußischen-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962, S. 156ff.
109 Vgl. Hans-Heinrich Müller, Die brandenburgische Landwirtschaft von 1800 bis 1914/18 im Überblick, in: Hans Rudolf Bork/Günther Darkow/Volker Klemm (Hrsg.), Geschichte der Landwirtschaft in Brandenburg, Budapest 1998, S. 9–76, hier 16f.
110 Vgl. Wolfgang Radtke, Brandenburg im 19. Jahrhundert (1815–1914/18). Die Provinz im Spannungsfeld von Peripherie und Zentrum, Berlin 2016, S. 476f.
111 Vgl. Ebd., S. 379.
112 Vgl. René Schiller, Vom Rittergut zum Großgrundbesitz. Ökonomische und soziale Transformationsprozesse der ländlichen Eliten in Brandenburg im 19. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 187f.
113 Ebd., S. 66.



VEB Chemische Fabrik Finowtal, um 1985.

Industriegeschichte

Carsten Seifert

Wälder und Seen bedecken weite Teile des Barnim. Mit dem Finowtal birgt der Landkreis aber auch eine einzigartige Industrielandschaft. Als Kulturlandschaft von mindestens nationalem Rang steht das Finowtal im Mittelpunkt dieses Beitrags. Lange Zeit bildete es gleichsam das industrielle Herz des Barnims. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts entstand hier – im heutigen Stadtgebiet von Eberswalde – das erste »industriell«-gewerbliche Zentrum der Mark Brandenburg. Später wurde das Tal zwischen Eberswalde und Schöpfurth – jetzt Finowfurt – zutreffend das »märkische Wuppertal« genannt. Wie auf einer Perlenschnur sind die Industriesiedlungen am Finowkanal aufgereiht. Noch heute erinnern die Stadtteile Kupferhammer, Eisenspalterei und Messingwerk an die drei ältesten Industriekerne. Bauwerke und technische Anlagen aus drei Jahrhunderten prägen diese außergewöhnliche Kulturlandschaft. Sie spiegeln eine wechselvolle Entwicklung mit Zeiten des Aufstiegs, der Blüte und des Niedergangs wider.[1]

Ansätze vor dem Dreißigjährigen Krieg

Mehrere natürliche Vorzüge machten das Finowtal zu einem günstigen Wirtschaftsstandort: erstens die Wasser- und Energieversorgung durch Finow und Schwärze, zweitens die ausgedehnten Wälder zur Gewinnung von Brenn- und Baumaterial, drittens die ergiebigen Vorkommen an Raseneisenerzen, deren Abbau durch markgräfliche Edikte zum landesherrlichen »Bergregal« (also zu einem dem Landesherrn vorbehaltenen Hoheitsrecht) erklärt wurde. Die Vorläufer der Industrie im Finowtal lassen sich bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen. Die ersten Anlagen waren noch auf die Stadt Eberswalde (bis 1877 »Neustadt-Eberswalde«) und deren näheres Umfeld beschränkt. Zu den ältesten Betrieben zählte eine für die Tuchmacher produzierende Walkmühle (seit 1500), in die Gewebe zum Verfilzen gebracht wurde. Für die Gerber entstand eine Lohmühle (seit 1402, Neuanlage 1532), die Baumrinde zu Gerbstoff verarbeitete. Vor den Toren der Stadt – auf dem Kienwerder (heute Ruhlaer Straße/Schicklerstraße), an einem mit der Schwärze verbundenen Teich – wurde ab 1532 die erste märkische Papiermühle errichtet.

Ebenfalls 1532 legte die Stadt Eberswalde in diesem Bereich zwei Kupferhämmer an. Sie wurden aber bereits 1603 unter Kurfürst Joachim Friedrich durch den Staat erworben und an die Finow verlegt, um deren größere Wasserkraft zu nutzen. Mit den frühindustriellen Werken entstand ein neuartiger Siedlungstyp im Finowtal: selbstständige Industriesiedlungen, die mit Rücksicht auf die Energieversorgung und die Verkehrserschließung abseits der mittelalterlichen Stadt- und Dorfkerne gegründet wurden. Arbeiten und Wohnen lagen in Kupferhammer – wie später in Messingwerk, Eisenspalterei, Wolfswinkel und Spechthausen – räumlich eng beieinander, denn die Gründer der Betriebe errichteten nicht nur Produktionsgebäude, sondern überdies Wohnungen für ihre Mitarbeiter.

Eine kurfürstliche Gründung war auch der Eisenhammer in Heegermühle (1606). Diese im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) zerstörte Anlage wurde 1676 durch einen Blechhammer ersetzt, den Vorgänger des späteren Messingwerks. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde indessen noch durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse erschwert. Die Gründung des Eisenhammers und die Verlegung des Kupferhammers erfolgten aber bereits im Hinblick auf den Finowkanal, dessen Bau Joachim Friedrich am 21. Oktober 1603 anordnete, um eine schiffbare Verbindung von der Havel zur Oder herzu-



»Abriß des Neuen Grabens bey Liebenwalde von der Havel nach der Oder Durch die Fühne [Finow] bey Neustadt Eberswalde Wodurch die Fahrt nach der See bey Stettin zu beforderung des Commertii intendiret worden«, kolorierte Federzeichnung von Melchior Schultze, 1620.

stellen. In den Jahren 1605–20 wurde das Projekt dann verwirklicht: Zwischen der Havel (bei Liebenwalde) und dem damaligen Möllensee (bei Finowfurt) wurde ein Verbindungsgraben angelegt; von dort bis zur Oder wurde die Finow – unter anderem durch die Anlage mehrerer Schleusen – kanalisiert. Infolge des Dreißigjährigen Krieges hatte der neue, 39,4 Kilometer lange Verkehrsweg allerdings keine Zukunft. Der Kanal mit seinen elf Schleusen wurde größtenteils zerstört und verfiel. Um 1700 war die einstige Trasse kaum noch auffindbar.

Neugründungen im Zeichen des Merkantilismus

Trotzdem nahm die wirtschaftliche Entwicklung im Finowtal in der zweiten Hälfte des 17. und während des 18. Jahrhunderts Fahrt auf. Dies war nicht allein eine Folge des günstigen Standorts, sondern auch Ergebnis des zielstrebigen Handelns der brandenburgischen Kurfürsten und späteren preußischen Könige. Im Sinne des Merkantilismus, der damals das wirtschaftspolitische Denken und Handeln bestimmte, forcierten die Landesherren den Wiederaufbau des im Krieg verwüsteten Landes. Planmäßig gründeten und förderten sie neue Industrieanlagen, unterstützten und schützten aber auch bestehende Betriebe.

»Durch die Tatkraft der preußischen Könige wurde so binnen weniger Menschenalter eine neue blühende Industrie aufgebaut«, konstatierte der Landesplaner Martin Pfannschmidt in seiner Studie über »Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg«: »Diese Industrie hat sich jedoch nicht wie im Mittelalter aus dem Gewerbefleiß grundherrschaftlicher Fronhöfe, städtischer Handwerker und ländlicher Gewerbetreibender in ruhigem Wachstum entwickelt, sondern wurde nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Dreißigjährigen Krieges mit Aufgebot aller politischen Machtmittel des absolutistischen Staates künstlich geschaffen, um Preußen von fremder Einfuhr unabhängig zu machen, um die preußische Handelsbilanz aktiv zu gestalten und um für eine möglichst große Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft Unterhalt schaffen zu können. Diese Leistung ist um so größer, da sie gegen den Wettbewerb überlegener westlicher Industrien durchgeführt werden mußte. Das konnte nur mit Hilfe ausländischer Unternehmer



und Facharbeiter und eines weitgehenden Protektionismus geschehen. Am Ausgang der absolutistischen Wirtschaftsepoche ist die Wirtschaft jedoch so weit erstarkt, daß ein großer Teil der Industrien auch ohne Protektionismus voll wettbewerbsfähig ist und daß eine große Zahl selbständiger Unternehmer und Facharbeiter als Träger der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts vorhanden ist.«[2] Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Förderung der industriellen Entwicklung keineswegs nur zivilen Zwecken diente. Auch das brandenburgisch-preußische Militär wurde aus dem Finowtal mit Rüstungsgütern beliefert.

Der Protektionismus war ein Wesenszug der merkantilistischen Wirtschaftsordnung: Edikte des Landesherrn schützten die einheimischen Betriebe bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1810 gegen die ausländische Konkurrenz. Während die erforderlichen Rohstoffe importiert werden durften, wurde die Einfuhr bestimmter Fertigwaren mit hohen Zöllen belastet oder ganz verboten. Beispielsweise befahl Kurfürst Georg Wilhelm in einem Edikt vom 15. August 1621 allen Kupferschmieden und Kesselführern Brandenburgs, dass sie fortan »bey verlust des Kupffers, auff keinem andern, alß auff unserm Hammer bey der Neustadt Eberßwalde gelegen, schmieden lassen, newe [neues] Zeug daselbst abholen, und jedesmalß so viel altes hinwieder dahin bringen, und nicht das geringste von altem Kupffer, weder heimblich noch öffentlich, ausser Landes verhandeln«[3].

Ein weiteres Ziel des Merkantilismus war die »Peuplierung« des Landes, also die Vermehrung der Bevölkerung, indem die Einwanderung aus anderen Staaten begünstigt wurde. Zahlreiche Neu-Brandenburger waren Hugenotten, die nach dem Beginn der »Dragonaden« in Frankreich (1679) ihre Heimat verließen. Bereits der »Große Kurfürst« Friedrich Wilhelm (reg. 1640–88) erkannte, dass die Flüchtlinge mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten den Wiederaufbau sowie die wirtschaftliche Belebung des Landes unterstützen könnten. Mit einer liberalen Einwanderungspolitik öffnete er die Grenzen Brandenburgs, das Edikt von Potsdam aus dem Jahr 1685 ist das wohl bekannteste Beispiel dafür. Unter den »Refugiés«, die sich in Eberswalde ansiedelten, waren der Gründer der Eisenspalterei, Moise Aureillon, und sein Sohn gleichen Namens, der in den Jahren 1703–42 sogar das Amt des Bürgermeisters bekleidete. Beide stehen für eine offensichtlich gelungene gesellschaftliche Integration.

1698 erhielt Aureillon die kurfürstliche Konzession, »eine Eisenspalterei und Drahtzieherei, dergl[eichen] noch niemals hiesiger Orten gesehen worden, [...] auf eigene Kosten anzurichten«[4]. Die Anlagen wurden bis 1702 fertiggestellt. Die Bezeichnung »Eisenspalterei« verweist auf ein Schneidewerk, mit dem das gewalzte

Eisen zur Weiterverarbeitung geschnitten wurde. 1719 erwarb der preußische Staat den Betrieb. Die kurmärkische Amtskammer überließ die Eisenspalterei in den folgenden sechs Jahrzehnten wechselnden Pächtern, unter denen das Berliner Handels- und Bankhaus Splitgerber & Daum eine herausragende Rolle spielte (1732–50 und 1767–80). Das Unternehmen erfreute sich ausgezeichneter Beziehungen zu den preußischen Königen und entwickelte einen industriellen Verbund, zu dem auch der Kupferhammer, das Messingwerk und weitere Betriebe in der Region Berlin-Brandenburg gehörten. Nach dem Tod der Firmengründer David Splitgerber (1683–1764) und Gottfried Adolph Daum (1679–1743) übernahmen »David Splitgerbers seel. Erben« die Betriebe. Am Ende dieser Ära befand sich die Eisenspalterei allerdings in einem desolaten Zustand.

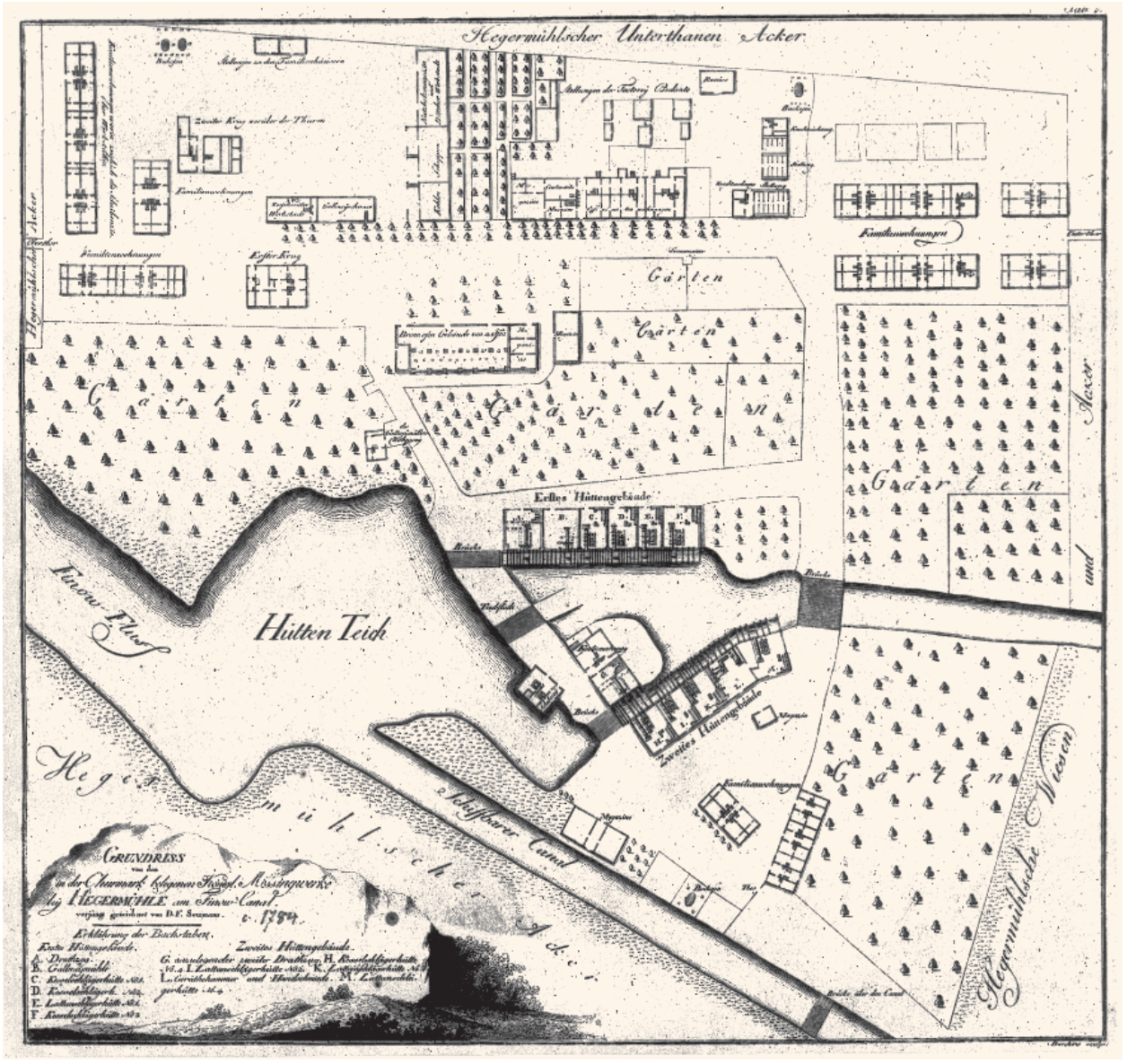
In die Zeit des Aufbaus der Eisenspalterei fiel auch die Errichtung des Messingwerks anstelle des aufgegebenen Heegermühler Blechhammers. Die Anregung für die Gründung dieses Betriebs gab der kurfürstliche Hofschauspieler Lorenz Gottlieb Schütz, ein gelernter Messingarbeiter. Unter seiner Leitung wurde 1698 mit den Bauarbeiten begonnen. Schütz »machte sich aber heimlich aus dem Staube, ehe der Bau völlig geendiget war«[5]. Dennoch konnte das Werk bis 1700 auf kurfürstliche Rechnung fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Schon neun Jahre später ging das Unternehmen bankrott. Ab 1709 pachtete Moise Aureillon zusammen mit seinen Landsleuten Didelot und Lejeune neben dem Kupferhammer auch das Messingwerk.

1719, sechs Jahre nach der Regierungsübernahme des »Soldatenkönigs« Friedrich Wilhelm I. und noch bevor die Berliner Kriegs- und Domänenkammer geschaffen wurde, übernahm der preußische Staat den Betrieb, der 1721–25 flussaufwärts an seinen endgültigen Standort verlegt wurde. Am ursprünglichen Standort des Messingwerks entstand 1728/29 in Heegermühle eine Königliche Papiermühle, die Vorgängerin der Papierfabrik Wolfswinkel.

Nicht nur der Verlauf der heutigen Erich-Steinfurth-Straße in Eberswalde erinnert an die Gründungszeit der Messingwerksiedlung. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse der Messingwerker im 18. Jahrhundert erlauben zwei Häuser mit acht und zwölf »Familienwohnungen«, die 1721 und 1729 am »Obertor« errichtet wurden. Vier Wohnungen, die nur aus Stube und Kammer bestanden, waren um eine gemeinschaftliche Küche gruppiert, in der jede Familie über einen eigenen Herd verfügte. Die Bauten mögen uns heute spartanisch erscheinen, sie zeugen aber auch von der sozialen Verantwortung des Staates und der späteren Pächter des Messingwerks, die ihre Mitarbeiter von Anfang an mit Wohnraum versorgten. Wahrscheinlich handelt es sich um die ältesten im Land Brandenburg überkommenen Beispiele eines damals neuen Bautypus: des Arbeiterwohnhauses. Erhalten hat sich auch das repräsentative »Hüttenamt«. In dem 1736 errichteten Fachwerkbau waren das Kontor, das Magazin und Beamtenwohnungen untergebracht.

So erlebte die Industrielandschaft im Finowtal während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. eine frühe Blüte. Nachteilig für die Betriebe war indessen der nach wie vor hohe Transportaufwand für Rohstoffe und Fabrikate »durch schwerfällige und kostspielige Landfuhren«[6], denn der Finowkanal war ja seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr benutzbar. Eine wichtige Initiative zur Modernisierung der Infrastruktur war daher die 1743 ergangene Verfügung Friedrichs II. zur Neuanlage des Finowkanals, der nach dreijähriger Bauzeit am 16. Juni 1746 eröffnet werden konnte. Damit war die wichtige Verbindung von der Havel zur Oder – und mit ihr der Handelsweg zwischen Berlin und Stettin – endlich wiederhergestellt. Nach weiteren Verbesserungen bis 1767 hatte der Kanal mit nunmehr 17 Schleusen eine Länge von 35,6 Kilometern. Der neue Verkehrsweg wurde zur Lebensader der Region, die auch die Ansiedlung neuer Industrieanlagen begünstigte und die Erschließung der bestehenden Standorte verbesserte.

Tatsächlich entstanden während der Regierungszeit Friedrichs II. (reg. 1740–86) im Finowtal weitere Betriebe. Schon am 27. Juni 1740 ordnete der König den Aufbau der Stahl- und Eisenwarenmanufaktur in Eberswalde an. »Doch da es an Arbeitern fehlte und ›geübte Meister‹ auch nicht sogleich herbeigeschafft werden konnten, so verzögerte sich die Anlage noch einige Jahre.«[7] Vor allem in Thüringen und im Rheinland wurden Facharbeiter, insbesondere Messerschmiede aus Ruhla, angeworben. Für sie ließ der König ab 1751/52 eigens eine neue Vorstadt bauen. Die Manufaktur selbst wurde seit 1753 an



»Grundriss von dem in der Churmark belegenen Königl. Messingwerke bey Hegermühle am Finow Canal«, Kupferstich nach einer Zeichnung von Daniel Friedrich Sotzmann, um 1784.

die Firma Splitgerber & Daum verpachtet und ihr 1765 geschenkweise überlassen. Die Vorstadt bestand 1786 »ausser dem großen Fabriken- und Comtoir-Hause, welches 2 Etagen hoch ist und 2 Neben-Flügel von einem Stockwerk hat, ausser einem andern in der Mitte gelegenen angekauften Hause von gleicher Beschaffenheit, worinn jetzt einige Comtoir-Herren wohnen, aus 35 Häusern von einer Etage, jedes aber zu 2, und einige auch zu mehreren Familien eingerichtet. Bey den allermeisten ist hinterwerts eine Schmiede-Esse auf dem Hofe angebauet, nebst einem ziemlichen Garten befindlich. Diese Vorstadt ist ansehnlich, und giebt bey Sommerszeit eine angenehme Promenade ab, indem die auf beiden Seiten der Häuser in gerader Linie gepflanzten Castanien-[,] Ebereschen- und andere Bäume sowohl, als die längs dem Mühlen-Teich angelegte Weiden-Allee dem Auge eine sehr schöne Aussicht verschaffet; hiernächst aber ertheilet das beständige Gehämmer, dieser Vorstadt ein lebhaftes Ansehen, und ihren Einwohnern ein lautes Lob der Industrie.«[8]



»Charte vom Finow Canal« (Ausschnitt), kolorierte Federzeichnung, nach 1744.

Auch die Papierherstellung wurde in der friderizianischen Zeit ausgebaut. Neue Papiermanufakturen wurden – nach der Zerstörung der alten in Heegermühle 1760 während des Siebenjährigen Krieges – in Wolfswinkel (1762) und Spechthausen (1781) gegründet. Letztere entstand auf königliche Anordnung nach holländischen und französischen Vorbildern. 1787 wurde die Spechthausener Papiermühle an den Berliner Kaufmann Johann Gottlieb Ebart verkauft, dem vor allem die Herstellung fälschungssicherer Wertpapiere Erfolg brachte.

Als Unternehmer betätigte sich auch Baron Matthäus von Vernezobre (1720–82), der Gutsherr in Hohenfinow. Er ließ um 1754 unterhalb des Hohenfinower Burgbergs die Barchent- und Leinenwarenmanufaktur Amalienhof errichten. Zwischen Hohen- und Niederfinow veranlasste er 1756/57 den Bau einer Krappstampfmühle. Der dort verarbeitete Krapp (Färberröte) wurde in der Umgebung angebaut. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hatte es solche Kulturen fast ausschließlich in den Niederlanden gegeben. Aus den Wurzeln der Pflanzen wurde ein als Färbemittel unentbehrliches Mehl gewonnen. Die Pläne für die seit 1759 Carlswerk genannte Krappmühle beschaffte ein in Holland angeworbener Experte. 1758 wurde der Baron Miteigentümer einer zwei Jahre zuvor in der Nähe von Niederfinow angelegten Drahtmanufaktur, die später den Namen Sophienhaus erhielt. In Carlswerk legte er 1763 eine Nagelschmiede an, die nach ihrer Stilllegung und einem Brand durch eine weitere Drahtmanufaktur ersetzt wurde.

Minister Friedrich Anton von Heinitz, Mitbegründer der Bauakademie und zugleich Leiter des preußischen Berg- und Hüttendepartements, veranlasste, dass die Ei-



Lorenz'sche Getreidemühle in Eberswalde, ursprünglich Schleifmühle am Schwärzeteich, 1925.



Papierfabrik Wolfswinkel, 1867.

senspalterei, der Kupferhammer und das Messingwerk seit 1780 beziehungsweise 1786 als Staatsbetriebe geführt und erneuert wurden. Einen Hinweis auf die inzwischen erreichte Leistungsfähigkeit der Finowtal-Industrie gibt die Geschichte der ersten in Deutschland nach Watt'scher Bauart hergestellten Dampfmaschine. Friedrich II. erkannte die Bedeutung der neuen Technik und veranlasste den Bau einer solchen Maschine. An der Herstellung der Einzelteile waren einige der besten Betriebe Preußens beteiligt – der Auftrag für den Dampfkessel ging an den Eberswalder Kupferhammer. Die fertige »Feuermaschine« konnte am 23. August 1785 auf dem König-Friedrich-Schacht im Mansfelder Bergbaurevier (bei Hettstedt in Sachsen-Anhalt) in Betrieb genommen werden.

Schon während der Regierungszeit Friedrichs II. galten die Manufakturen des Finowtals als Sehenswürdig-

keiten. Das aufstrebende Gebiet erfuhr jetzt auch literarische Würdigung. Verschiedene Autoren beschrieben die frühindustrielle Landschaft: Otto Ludwig Hartwig (1769/70), Johann Bernoulli (1779), Thomas Philipp von der Hagen (1785), Friderich Ludewig Joseph Fischbach (1786) und Friedrich Nicolai (1786).[9] Der Finowfluß, so der Historiker von der Hagen, »treibt bey seinem außerordentlichen Gefälle sehr viel Mühlen und Werke. Kein Fluß in der Mark Brandenburg von gleicher Größe und so kurzem Laufe kommt der Finow hierinn gleich, und gewähret soviel Einkünfte und Nutzen.«[10] Der Verleger Friedrich Nicolai, ein führender Repräsentant der Aufklärung in Deutschland, empfahl ebenfalls eine Besichtigung der Industriewerke – »eine Menge sehenswehrter Anlagen«[11] – im Eberswalder Raum. Der wirtschaftliche Aufschwung hatte die Lebensverhältnisse der Bevölkerung günstig beeinflusst: »Die Einwohner beschäftigen sich vorzüglich mit Bierbrauen, Brantweinbrennen, Tuchmachen und andern Handwerksarbeiten, und haben auch von dem Finowkanal und den in der Nähe befindlichen Kupferhämmern, Messingswerk, Eisenhämmer[n] und [der] Eisen- und Stahlwaarenfabrik guten Verdienst und ansehnliche Nahrung.«[12]

Modernisierung in staatlicher Regie nach den Befreiungskriegen

Im frühen 19. Jahrhundert veränderten sich die Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung, als in der Wirtschaftspolitik der Liberalismus den Merkantilismus abzulösen begann. Durch die 1810 erlassene Gewerbeordnung wurde die Gewerbefreiheit eingeführt und der Zunftzwang abgeschafft. Nach der Aufhebung der napoleonischen »Kontinentalsperre« 1813 strömten die besseren und billigeren Industrieerzeugnisse Großbritanniens nach Preußen. Die Vereinheitlichung des preußischen Wirtschaftsgebiets durch das Zollgesetz von 1818 und die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 begünstigten den Freihandel.

Die Industrie im Finowtal verlor ihre früher durch die staatlichen Schutzedikte garantierte monopolartige Stel-

»Der Eisenhammer bei Neustadt-Eberswalde«, Gouache von Eduard Barth, um 1830.





Urmesstischblatt (Ausschnitt), kolorierte Federzeichnung, 1840.

lung. Ein scharfer Konkurrenzkampf setzte ein. Zudem waren große Teile der brandenburgischen Bevölkerung infolge der französischen Besetzung (1806–13) verarmt und die Kaufkraft war dementsprechend reduziert. Nach 1815 erreichte die wirtschaftliche Flaute ihren Tiefpunkt. In dieser Zeit gerieten viele Betriebe in eine Krise; nicht wenige mussten stillgelegt werden, so auch die Eberswalder Stahl- und Eisenwarenmanufaktur, die vor allem der Konkurrenz aus Solingen unterlag und 1836 endgültig geschlossen wurde.

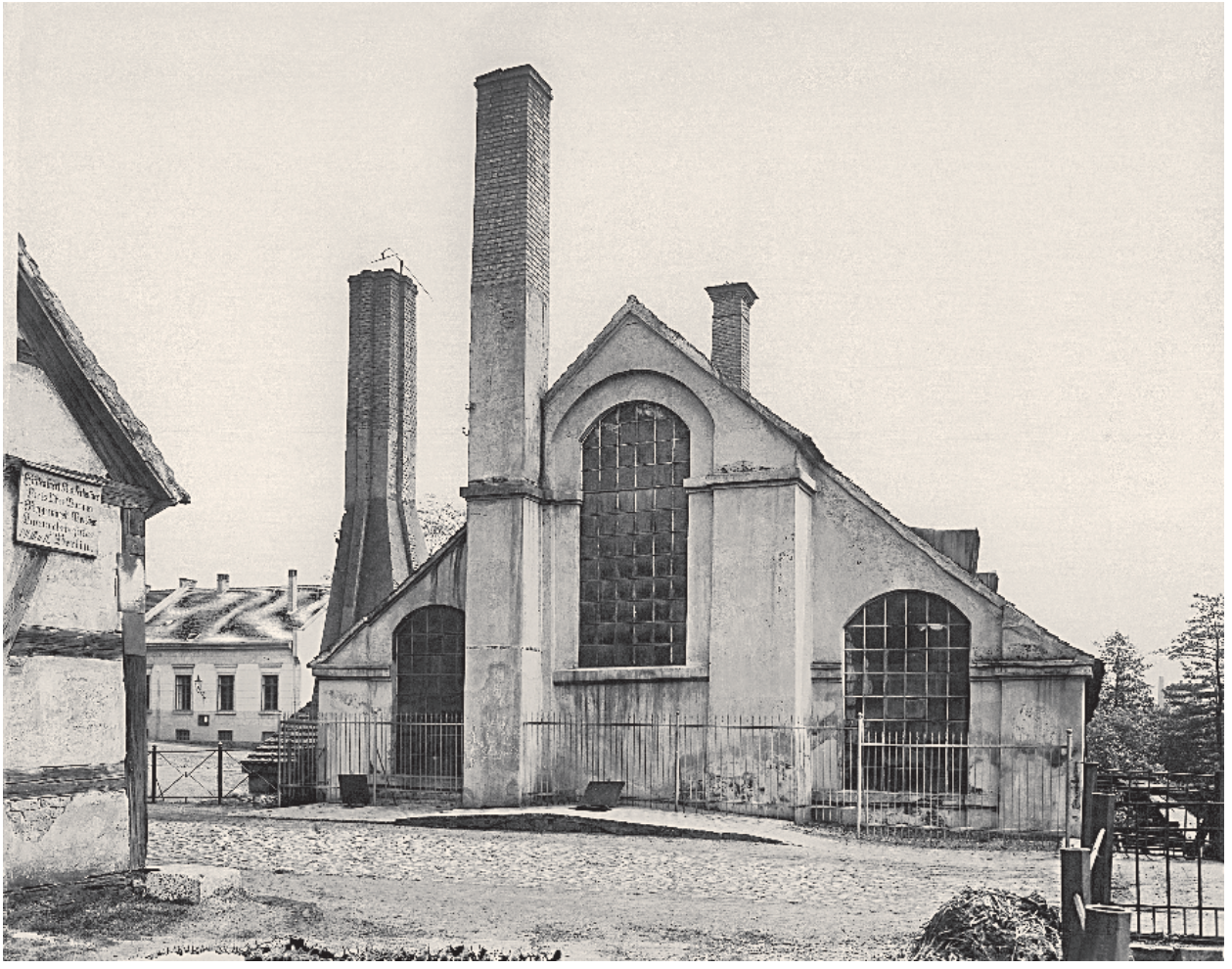
Die drei ältesten Industriezentren des Finowtals wurden allerdings nach den Befreiungskriegen (1813–15) in staatlicher Regie durchgreifend modernisiert. Die Eisenspalterei wurde 1816–22 komplett rekonstruiert. In Kupferhammer entstand 1816–18 ein neues Kupferwalzwerk, außerdem 1821 eine neue Hammerhütte und 1831–33 ein Zinkwalzwerk. Auch die Produktionsanlagen des Messingwerks wurden zum Teil durch Neubauten ersetzt. Mit dem 1843 unternommenen Versuch zur Herstellung von Siederöhren für Lokomotiven wurde ein neuer Betriebszweig begründet, der in den folgenden Jahren ausgebaut wurde.

Zu den interessantesten Bauten jener Zeit zählen die bis heute erhaltenen Walzwerke in Kupferhammer und Eisenspalterei: glänzende architektonische Zeugnisse der reformorientierten Aufbruchstimmung nach den Befreiungskriegen in Preußen. Für beide Projekte zeichnete der Oberbergrat Eckardt aus Berlin verantwortlich. Zusammen mit seinem Mitarbeiter Krigar aus dem Oberbergamt hatte er zuvor moderne Hüttenwerke in England besichtigt. Den architektonischen Entwurf für das Kupfer-, vermutlich auch den für das Eisenwalzwerk fertigte der Oberhüttenbaudirektor Johann Friedrich Wedding



»Ansicht des Kupferhammers bei Neustadt-Eberswalde«, kolorierte Radierung von Friedrich August Schmidt nach einer Zeichnung von Florian Grospietsch, um 1836.

Kupferhammer, Hammerwerksgebäude, um 1920.





»Carlswerk bei Freienwalde«, Sepiazeichnung, nach 1818.



»Walzwerk Neustadt-Eberswalde«, Gemälde von Carl Blechen, um 1830.

(1759–1830), einer der führenden Industriebaumeister seiner Zeit. Er spielte nicht nur eine Hauptrolle beim Aufbau der oberschlesischen Montanindustrie; maßgeblich trug er außerdem zur Entstehung einer neuen, klassizistischen Industriearchitektur bei. Durch die Planung und Realisierung der beiden bedeutenden Eisenwerke in Gleiwitz und Königshütte erlangte Wedding hohes Ansehen weit über Preußens Grenzen hinaus.

Der preußische Staat erwarb 1815 auch die Draht- und Hammerwerke Sophienhaus und Carlswerk. Drei Jahre später begannen in Carlswerk die Bauarbeiten für ein Stahlwerk. Neue Produktionsanlagen entstanden auch in Sophienhaus: ein Reck- und Zainhammer sowie ein Schleif- und Gipswalzwerk. Das Stahlwerk ging 1834 in das Eigentum des Bronzefabrikanten Carl Friedrich Werner über. »Dieser verstand den bis dahin kaum lohnenden Betrieb so außerordentlich zu heben, daß der Karlswerker Stahl sich eines besonderen Rufes erfreute und viel begehrt ward. Unter seinem Nachfolger Otto Grubitz blühte das Geschäft weiter und es wurden sogar Stahlgußkanonen dort hergestellt.«[13] Das kleine, abseits der modernen Verkehrswege gelegene Carlswerk konnte der Konkurrenz der aufstrebenden, übermächtigen Großindustrie jedoch nicht standhalten und beendete 1867 die Produktion.

Der Finowkanal begünstigte die Modernisierung der Industrie, denn die Betriebe verarbeiteten inzwischen hauptsächlich Rohstoffe, die aus anderen Regionen und Ländern bezogen wurden. Kohle und Erz konnten auf dem Wasserweg ebenso billig transportiert werden wie die aus Skandinavien importierte Zellulose, die in der Papierindustrie mehr und mehr die Lumpen als Grundstoff verdrängte. Im 19. Jahrhundert entstanden moderne Fabriken und lösten die Manufakturproduktion der Barockzeit ab. Die Einführung der Dampfmaschine machte die Industriebetriebe am Finowkanal unabhängig von dessen relativ geringer Wasserkraft und ermöglichte bedeutende Produktionssteigerungen. Einen weiteren Entwicklungsschub brachte die 1842/43 eröffnete Eisenbahnstrecke Berlin–Eberswalde–Stettin.

Im Jahr 1829 veröffentlichte Johann Joachim Bellermann einen noch heute fesselnden Reiseführer, der gerade auch die »Fabriken« im Umkreis von Eberswalde als Sehenswürdigkeiten vorstellt. Eberswalde war mittlerweile dank der Existenz heilsamer Quellen zu einem Kurort herangewachsen, der »in neuern Zeiten immer mehr besucht wird«[14], und das Finowtal avancierte zu einem beliebten Ziel vieler Ausflügler, die im Rahmen von Führungen auch Gelegenheit zur Besichtigung der Industrieanlagen hatten. »Die Fabriken und Gewerke, welche

in Neustadt-Eberswalde und deren Umgebungen liegen, machen den Badegästen den hiesigen Aufenthalt unterhaltend, und den Freunden der Industrie, des Maschinenwesens und der Erfindungen lehrreich und sehr anziehend.«[15] Dabei waren es neben den zum Teil modernen technischen Anlagen auch die schönen Spazierwege durch reizvolle Gärten und Landschaften zu den weiter entfernten Betrieben, die deren Besuch lohnend machten.

Der in künstlerischer Hinsicht folgenreichste Besuch war die Reise des Berliner Malers Carl Blechen (1798–1840) nach Eberswalde im Jahr 1830. In dem Gemälde »Walzwerk Neustadt-Eberswalde« und zehn Zeichnungen hielt er seine Eindrücke von der Eisenspalterei, dem Kupferhammer und dem Messingwerk fest. Diese Werkgruppe zählt zu den ersten Industriedarstellungen in der deutschen Kunstgeschichte. Sie vermittelt ein faszinierendes Bild der frühindustriellen Landschaft im Finowtal.

Blütezeit seit den 1860er Jahren bis zur Weimarer Republik

Im Zeitalter der liberalistischen Wirtschaftspolitik zog sich der Staat aus der direkten Verantwortung selbst für die ältesten Industriekerne zurück. Die Betriebe wurden jetzt nach und nach privatisiert. 1863 erwarb die Firma Aron Hirsch & Sohn aus Halberstadt das Messingwerk. Die Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft kaufte 1867 den Kupferhammer, der Berliner Kaufmann Magnus Levy im selben Jahr die Eisenspalterei. Der Staat konzentrierte sich hauptsächlich auf die Entwicklung der Infrastruktur, beispielsweise durch den Ausbau des Eisenbahn- und Kanalnetzes.

Mit der Gründung zahlreicher Ziegeleien entwickelte sich im 19. Jahrhundert ein neuer bedeutender Wirtschaftszweig im Finowtal. Die dort vorhandenen Tongruben lieferten ein außerordentlich gutes Rohmaterial. Die ersten Ziegeleien entstanden in den 1840er Jahren am Kanal, über den die Steine vor allem auf den Berliner Markt transportiert wurden. Durch den Bau von Ringöfen – eine 1858 patentierte Erfindung von Friedrich Hoffmann (1818–1900), Mitbegründer der Eberswalder Dachpappenfabrik Büsscher & Hoffmann – konnte die Qualität der Produkte verbessert werden. Diese Anlagen waren ununterbrochen in Betrieb und ermöglichten eine Verringerung des Kohleverbrauchs um zwei Drittel. Die Arbeitskräfte kamen zunächst noch aus der Region; im Zuge der Expansion der Ziegelindustrie nach dem Übergang zur maschinellen Produktion mussten jedoch in großer Zahl Arbeiter aus Polen angeworben werden.

Seit den 1860er Jahren siedelten sich im Finowtal wie in den anderen deutschen Industriezentren mehrere neue Betriebe an: unter anderem 1866 die Chemische und Anilinfarbenfabrik J. W. Stephan & Söhne, 1871 die Hufnagelfabrik Moeller & Schreiber, 1890 die Märkische Eisengießerei, 1894 die Eberswalder Linoleumwerke, 1898 die vor allem durch die Herstellung von Hochdruckdampfleitungen bekannt gewordene Maschinenfabrik Franz Seiffert & Co., 1902 die Ardeltwerke sowie 1912 die Metallwerke von Galkowsky & Kielbrock. Bedeutende Betriebe wurden auch in der Eberswalder Bahnhofsvorstadt gegründet, insbesondere die Eisenbahnwerkstatt (1878) und die Eisengießerei (1884).

Bestehende Unternehmen wurden erweitert, so das Hüttenwerk Eisenspalterei, in dem eine Hufeisenfabrik sowie drei imposante Eisenhallen entstanden: das neue Hüttenwerk, das neue Walzwerk und die Knüppelhalle. Letztere gehört heute zu den herausragenden Industriedenkmalen im Finowtal. Ihren Namen erhielt die Knüppelhalle erst nach 1945 von den als »Knüppel« bezeichneten Stahlblöcken, die man hier als Halbzeuge lagerte, bevor sie im Walzwerk ausgewalzt wurden. Die berühmte Maschinenbaufabrik von August Borsig hatte die Halle ursprünglich 1847–49 als Prototyp einer stützenfreien, beliebig erweiterbaren Konstruktion auf ihrem Werksgelände in Berlin-Moabit errichtet. Das Vorbild vieler Bahnhofs-, Fabrik- und Ausstellungshallen wurde dort um 1900 demontiert und auf den heutigen Standort am Finowkanal (Lichterfelder Straße) umgesetzt.[16]

Modernisierung der Infrastruktur

Die industrielle Blüte der Kaiserzeit hatte den weiteren Ausbau der Infrastruktur zur Voraussetzung. Die erste deutsche Fernsprechlinie verband seit 1877 Eberswalde

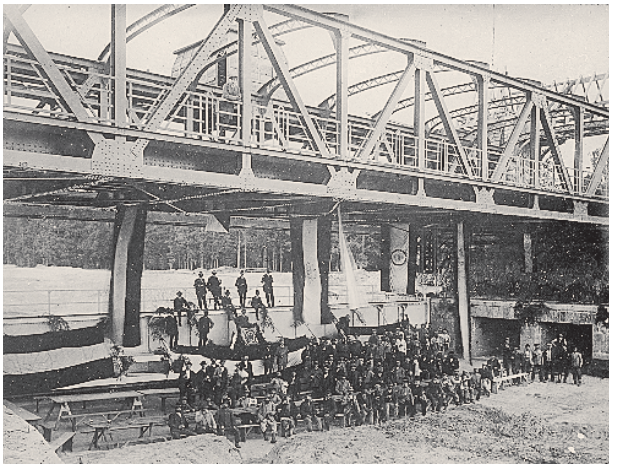


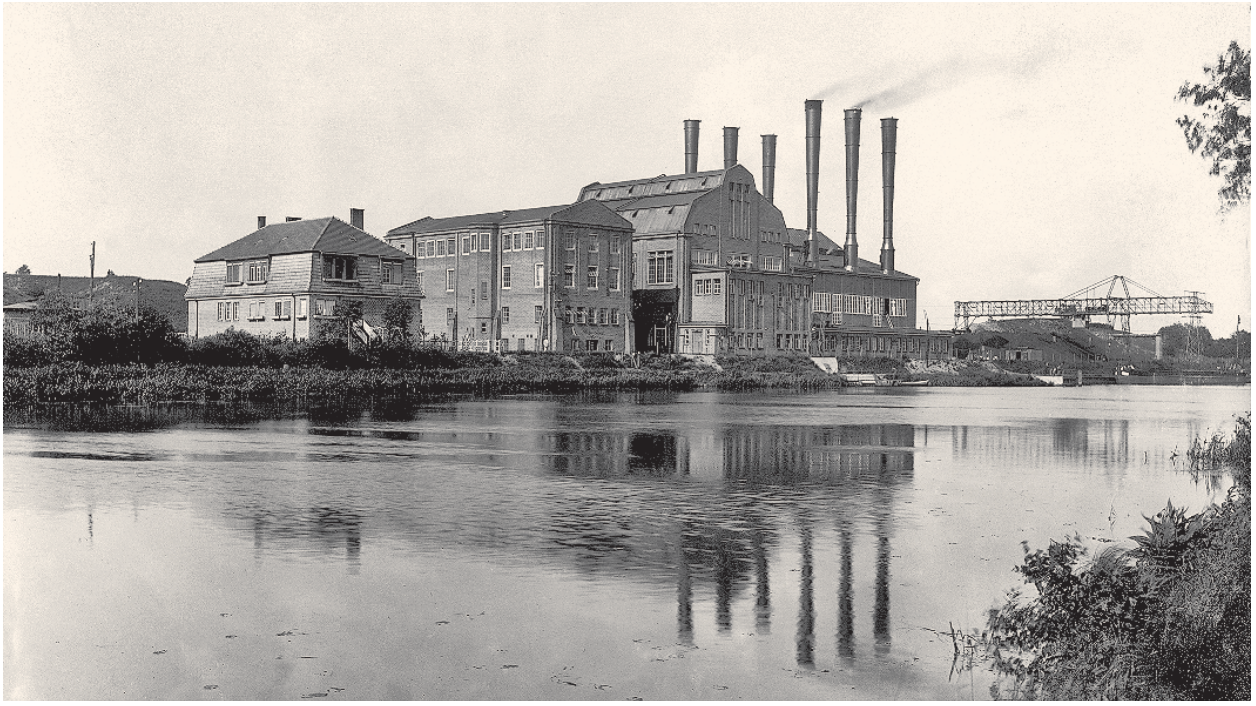
Finowkanal an der Eberswalder Stadtschleuse, 1912.

mit Schöpfurth. 1907 nahm die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft AG, Frankfurt am Main, die rund neun Kilometer lange Kleinbahnstrecke von Eberswalde über Eisenspalterei und Heegermühle nach Schöpfurth für den Personen- und Güterverkehr in Betrieb.

Der Finowkanal konnte um die Jahrhundertwende trotz der Vertiefung des Kanalbetts und der Anlage neuer Schleusen das gewachsene Verkehrsaufkommen kaum noch bewältigen. Die preußische Regierung beschloss daher 1905 den Bau eines »Großschiffahrtwegs« zwischen Berlin und Stettin. In den Jahren 1906–14 wurde der Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) angelegt, der seitdem nördlich des Finowkanals eine zweite, für größere Schiffe ausgelegte Verbindung von der Oder zur Havel herstellt. Dort entstanden neue technische Sehenswürdigkeiten: so etwa die drei »Wassertorbrücken«, der »Brückenkanal«, der die Bahnlinie Berlin–Stettin überquerte, und der Ragöser Damm, der damals mit seiner Höhe von bis zu 28 Metern als höchster Kanaldamm der Welt galt. Bei Niederfinow wurde neben der Schleusentreppe 1926–34 das berühmte Schiffshebewerk errichtet. Die von Kurt Plarre, Regierungsbaurat im Neubauamt Eberswalde (Reichswasserstraßenverwaltung), geplante Konstruktion ermöglicht die Überwindung eines Höhenunterschieds von 36 Metern in nur fünf Minuten. Sie hielt den Rekord als höchster Schiffsfahrstuhl der Welt, bis 1976 in der Nähe von Lüneburg ein noch etwas höheres Hebewerk entstand.

Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal), Richtfest für die Pechteicher Wassertorbrücke, 1911.





Kraftwerk Heegermühle (»Märkisches Elektricitätswerk«), vor 1917.

Zu den eindrucksvollsten Industriedenkmalen des Finowtals zählt das 1909 in Heegermühle erbaute »Märkische Elektricitätswerk«. Die Pläne für diese Anlage lieferte der Ingenieur Georg Klingenberg (1870–1925), der während seiner Tätigkeit an der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin eine eigenständige Theorie des Kraftwerksbaus begründete. Seit 1898 lehrte er an der Abteilung für Maschinen-Ingenieurwesen und wurde zwei Jahre später dort Professor. 1902 trat Klingenberg als Nachfolger von Walther Rathenau in den Vorstand der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) ein. Das erste Projekt, in dem seine richtungweisenden Ideen Wirklichkeit wurden, war das Werk am Finowkanal, das weite Teile der nördlichen Provinz Brandenburg mit Strom versorgte. Die »Überlandzentrale« galt lange Zeit als Musteranlage und wurde zum Vorbild für zahlreiche Kraftwerke im In- und Ausland.

Auch in künstlerischer Hinsicht war das Märkische Elektrizitätswerk ein fortschrittlicher Bau. Klingenberg kritisierte den Eklektizismus der Kaiserzeit, der nicht nur die meisten Wohn- und Geschäftshäuser prägte, sondern auch technische Anlagen hinter historisierendem Fassadenschmuck verschwinden ließ: »Die architektonische Ausgestaltung elektrischer Zentralen hat sich vielfach in falschen Bahnen bewegt, und die selbstverständliche Forderung, daß die Formengebung dem Zwecke des Gebäudes Rechnung tragen muß, ist bisher selten erfüllt worden.«[17] In Heegermühle übernahm diese Aufgabe der Architekt Werner Issel (1884–1974). Die sachlich gestalteten, mit roten Ziegeln verblendeten Fassaden und die lichtdurchfluteten Innenräume machen das Kraftwerk zu einem hervorragenden Beispiel für die Reformbestrebungen in der Architektur am Anfang des 20. Jahrhunderts. Issel führte seit 1913 mit Waltar Klingenberg (1881–1963) ein gemeinsames Büro in Berlin. Durch weitere Kraftwerksprojekte in Zusammenarbeit mit Georg Klingenberg, Waltars Bruder, verschafften sie sich ein großes Renommee.

Am Ende der Kaiserzeit

Das Finowtal vermittelte zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Eindruck wirtschaftlicher Blüte. »Wer von der schwindelnden Höhe des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisturmes in Eberswalde seine Blicke über das liebliche Bild



Messingwerk, Blick vom Wasserturm auf das Altwerk und die Siedlung, Fotografie, um 1920.

zu seinen Füssen schweifen lässt«, schrieb Hermann Aurich 1906, »der wird mit Bewunderung die zahlreichen Fabrikschornsteine wahrnehmen, deren Wald sich bis in nebelgraue Ferne erstreckt und ein Bild gibt von der hochbedeutsamen Industrie, die ihren Ursprung, ihre Entwicklung und Blüte dem kleinen fliessenden Gewässer, der Finow mit ihren Nebenflüssen, verdankt.«[18]

Der wirtschaftliche Aufstieg war allerdings in hohem Maße der Rüstungsproduktion für das deutsche Militär geschuldet. »Deutschlands Kaiser ist bekannt, als einer, der ›Gott vertraut und feste um sich haut‹, das Schwert scharf, die Armee schlagfertig hält. Was das für unsere Finowindustrie zu sagen hat, davon können die Arbeiter in Messingwerk erzählen, die Draht zu Tressen, Messinghülsen für Gewehr-, Kanonengeschosse und Torpedos, Messingblech für Militärmusikinstrumente, Kupferbleche für Uniformknöpfe herstellen. Und dann die Kavallerie! Eisenspalterei versieht das Heer mit Hufeisen, die Firma Moeller & Schreiber liefert die Hufnägel dazu, die Seilereien von Bunzel und Dietrich spinnen die dazu nötigen Huftaue, in 6 Jahren soviel, dass man die Erde damit umspannen könnte. Aber weiter! ›Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser‹. Die Bedachungsarbeiten der Schiffswerft von Fr. Krupp in Kiel im Betrage von 400000 Mk. hat die Dachpappenfabrik von W. Miersch hierselbst ausgeführt. Für die innere Wandung eines Kriegsschiffes walzt der Kupferhammer teppichgrosse Kupferplatten, giesst das Messingwerk Messingrohre, Stäbe, Drähte, Platten, liefert die Eberswalder Filzfabrik Filzplatten zur Isolierung der Dampfrohre.«[19]

Wenige Jahre später begann der Erste Weltkrieg. Insbesondere das Messingwerk nahm einen lebhaften Aufschwung und erzielte mit der Rüstungsproduktion hohe Gewinne. So konnten die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke AG ab 1917 unweit des Hohenzollernkanals ein »Neuwerk« errichten, das 1920 in Betrieb ging und seit 1928 den Namen »Aron-Hirsch-Werk« trug. Den Auftrag für das Gesamtprojekt sowie die technische Oberleitung während der Bauzeit erhielt der Ingenieur Georg Schlesinger (1874–1949), ein Experte für die Rationalisierung von Produktionsabläufen, der zwischen 1904 und 1933 den ersten deutschen Lehrstuhl für Werkzeugmaschinen und Fabrikbetriebe an der Technischen Hochschule zu Berlin innehatte. Ihm standen als Assistenten Professor Otto Rambuschek und Manuel Tama zur Seite. Beim Bau der zwei riesigen Hallen fanden Eisenkonstruktionen der

neuen Waggonfabrik im nordfranzösischen Valenciennes Verwendung, die als Kriegsbeute demontiert worden waren. Von der weitläufigen Anlage sind heute nur noch wenige Gebäude erhalten, darunter das Kesselhaus.

Für die architektonische Gestaltung des Neuwerks zeichnete der Berliner Architekt Paul Mebes (1872–1938) verantwortlich, einer der bedeutendsten Reformer und Wegbereiter der Moderne in der Architektur der ausgehenden Kaiserzeit. Die von ihm seit 1906 für den Beamten-Wohnungs-Verein zu Berlin entworfenen Wohnanlagen zeichneten sich gegenüber den zeittypischen »Mietskasernen« durch ruhige Privatstraßen, Grünflächen und moderne, gut ausgestattete Grundrisse aus. Der Stilvielfalt und dem Fassadenprunk der Kaiserzeit setzte Mebes die Baukunst der Zeit »Um 1800« entgegen – so der Titel zweier von ihm 1908 veröffentlichter, viel beachteter Bücher.[20] Sachlichkeit, Zweckmäßigkeit und zurückhaltender, häufig an klassizistischen Formen orientierter Fassadenschmuck prägten seine Entwürfe. Seit 1911 war er mit seinem Schwager Paul Emmerich (1876–1958) assoziiert. Mitte der 1920er Jahre entschied Mebes sich für eine konsequent moderne Architektur und wurde zu einem prominenten Vertreter des »Neuen Bauens« im Berlin der Weimarer Republik.

Die zwischen 1913 und 1929 für die Firma Hirsch realisierten Projekte zählen zu den Hauptwerken des Büros Mebes & Emmerich. Mit dem heutigen Gustav-Hirsch-Platz entstand ein städtebauliches Ensemble von besonderem Reiz. Zwei Arbeiterwohnhäuser und ein Stallgebäude umschließen eine Grünanlage. Die in rotem Ziegelmauerwerk ausgeführten Fassaden wecken Erinnerungen an Bauten in den Niederlanden oder an das »Holländische Viertel« in Potsdam. Ebenfalls noch vorhanden sind das Haus Hirsch, das Direktorenwohnhaus, das Laboratorium und Verwaltungsgebäude (»Torbogenhaus«) sowie der Wasserturm, der bald als Wahrzeichen nicht nur des Messingwerks, sondern des ganzen Industriereviers im Finowtal galt. Ganz oben bot ein Aussichtssteg nach allen Seiten ein faszinierendes Panorama über Messingwerk und weit darüber hinaus in das Barnimer Land.

Der Heimatforscher Rudolf Schmidt (1875–1943), der den Turm schon Anfang September 1918 bestieg, geriet ins Schwärmen: »Der Aufstieg, an sich zwar möglichst bequem gemacht, ist dennoch eine ziemliche Anstrengung – aber eine, die wahrlich lohnend ist. Zwar heißt es, oben vorsichtig sein, denn das Geländer fehlt noch allenthalben. Du darfst deshalb nicht direkt in die Tiefe sehen, sondern mußt den Blick in die Weite schweifen lassen. Wenn Du hier oben stehst und den Blick so weit, so ungeheuer weit hinausschicken kannst in die märkische Heide, dann muß es dich packen: wie unendlich schön bist du doch, du stilles märkisches Land mit deinen blauenden Seen und deinen grünen Wäldern. Kein Bergturm weit in der Runde könnte uns diesen Blick vermitteln, er ist zu eigenartig.«[21]

Das Torbogenhaus birgt außergewöhnliche Kostbarkeiten: den vollständig mit Mosaiken ausgekleideten Windfang und das mit einem farbigen Glasfenster versehene Treppenhaus. Diese Kunstwerke schuf ein prominenter Vertreter des deutschen Expressionismus: der Maler, Grafiker und Bühnenbildner Cesar Klein (1876–1954). Ausgeführt wurden sie 1917/18 von einem auf diesem Gebiet führenden Betrieb: den Vereinigten Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei Puhl & Wagner, Gottfried Heinersdorff in Rixdorf (heute Berlin-Neukölln).

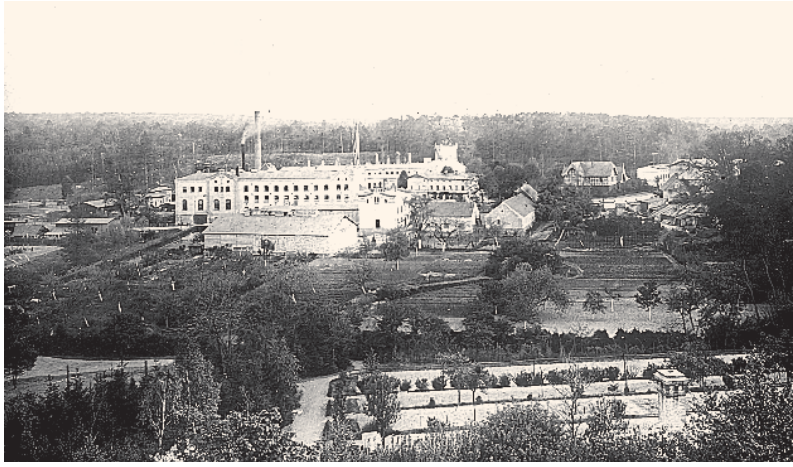
Zu den Bewunderern der neuen Architektur in Messingwerk gehörte der Kunsthistoriker Hermann Schmitz. Sein Besuch im Haus Hirsch hatte ihn tief beeindruckt. Das Haus sei »nur ein kleiner Teil der im Gange befindlichen Umgestaltungen, die sich als ein Zeugnis des harmonischen Zusammenarbeitens zweier gleichgerichteter Männer darstellen«, schrieb der Berliner 1918 in der Zeitschrift »Dekorative Kunst«. »In dem pietätvollen Gefühl für das Ueberlieferte und dem Drang, es in lebendigem Sinne fortzuentwickeln und fruchtbar zu machen, scheinen sich Bauherr und Baumeister zu begegnen. Herr Hirsch als tatkräftiger Fortsetzer ehrwürdiger Familientradition, Herr Mebes als Weiterbilder echter märkischer Bauüberlieferungen, die in der Kunst der Schule Gillys und Schinkels gipfeln. Und so wird die hier geleistete Arbeit lange über die Bedürfnisse des Tages hinaus kommenden Generationen zur Freude und zum Segen gereichen. Ein Blick auf die allenthalben hochsteigenden Bauten mußte uns beim Verlassen des Messingwerkes mit dem frohen Gefühl durchdringen, daß hier inmitten des Maschinenlärms wahre Kunst emporwächst.«[22]

Die Metallverarbeitung blieb auch nach 1918 der weitaus wichtigste Teil der Industrie im Finowtal. Die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke AG galten am Ende der 1920er Jahre als »eines der bedeutendsten europäischen Kupfer- und Messinghalbfabrikatswerke« und waren inzwischen »zu einer weltumspannenden Organisation mit ausländischen und überseeischen Geschäftsbeziehungen ausgebaut« worden.[23] Die Ardeltwerke expandierten und erlangten insbesondere durch den Bau von Kränen Weltruf. 1927 gingen die Werksanlagen des Kupferhammers in den Besitz der Firma Hoffmann & Motz, des Eigentümers der Eisenspalterei, über. Das Hüttenwerk Kupferhammer diente fortan ausschließlich der Stromerzeugung durch Wasserkraftnutzung, das Walzwerk in Eisenspalterei wurde 1931 stillgelegt.

Die Papierherstellung prägte weiterhin das Wirtschaftsprofil des Finowtals. Die Fabrik in Spechthausen zeichnete sich noch immer durch die Herstellung von Wertpapieren aus. Die Geldscheine des Deutschen Reichs wurden fast ausschließlich auf Spechthausener Papier gedruckt. Die Berliner Siemens-Schuckertwerke erwarben 1917 die Papierfabrik Wolfswinkel. Ein bedeutender Modernisierungsschub erfasste die Anlagen. Die auffälligste Ergänzung war die langgestreckte Halle, die 1928/29 zur Unterbringung der damals modernsten »Spezial-Papiermaschine« Europas erbaut wurde. Am Entwurf dieser noch heute vorhandenen »Musteranlage« war der Architekt Hans Hertlein (1881–1963) beteiligt – der besonders durch seine Pläne für die Berliner Siemensstadt bekannt gewordene Leiter der Siemens-Bauabteilung.

Nicht minder große Bedeutung erlangte die ehemalige Linoleumfabrik an der Eberswalder Straße, die 1921 von der Chemischen Fabrik auf Actien (vormals E. Schering), Berlin, erworben wurde. Zwei Jahre später wurde dort die Produktion von synthetischem Kampfer aufgenommen. Das Erzeugnis war in der noch jungen Automobilindustrie für die Herstellung verschiedener Kunststoffe sehr gefragt.

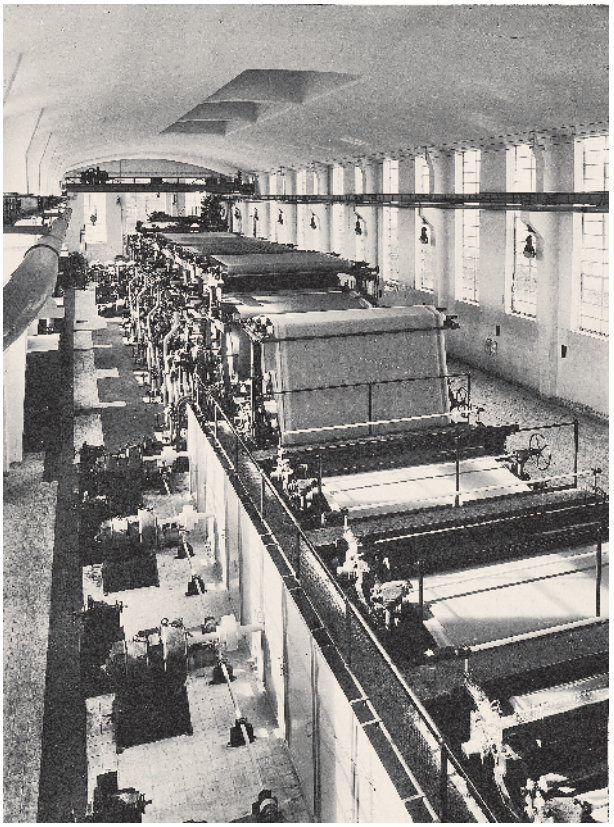
Freunden des Rundfunks war der Versuchssender östlich der Eberswalder Altstadt ein Begriff.[24] Bereits 1909 hatte das Berliner Unternehmen C. Lorenz AG am Finowkanal ein Laboratorium errichtet, das in den folgenden



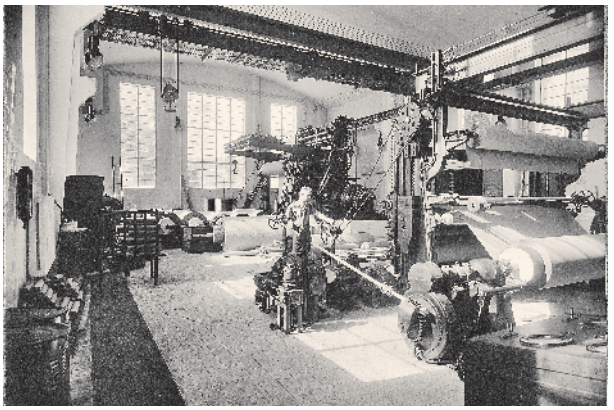
Papierfabrik Spechthausen, vor 1945.

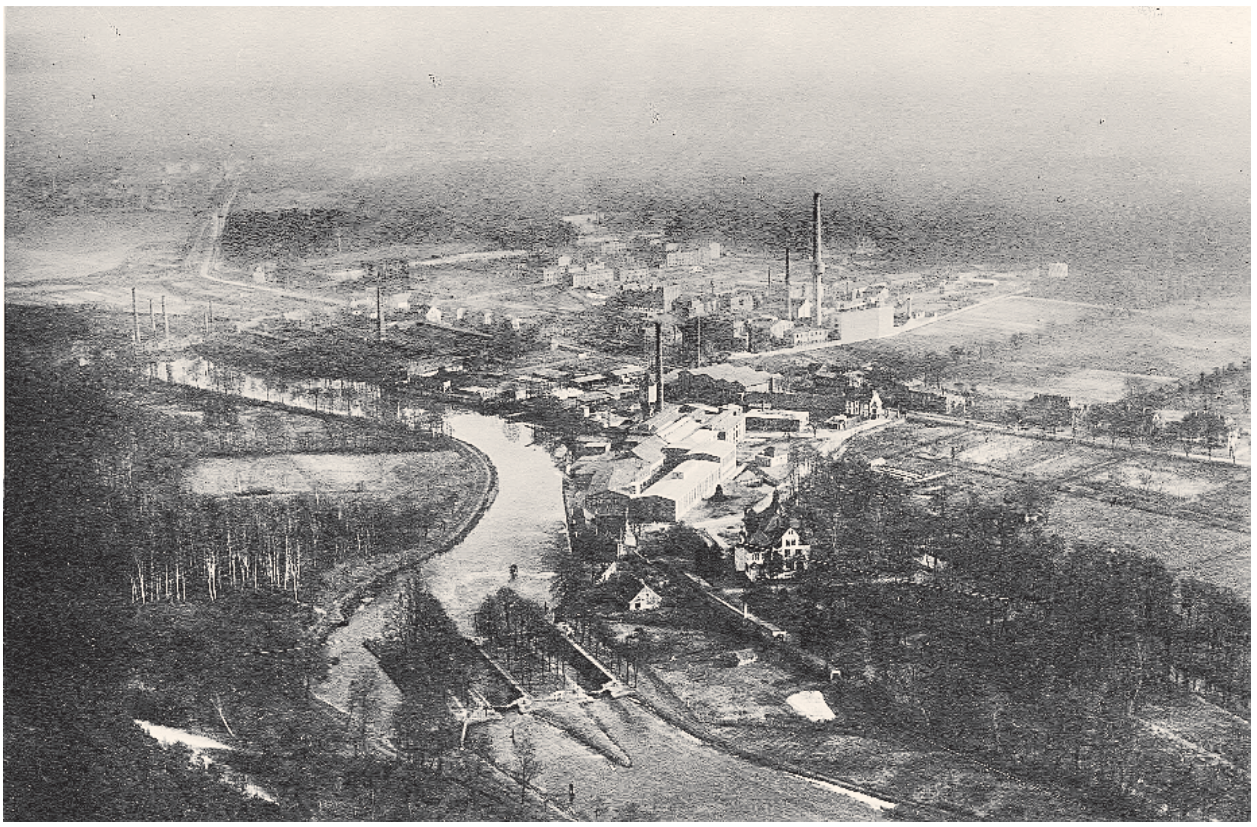
Jahren zum Ausgangspunkt zukunftweisender Entwicklungen im Bereich der Telegrafie und Telefonie wurde. Mit dem 70 Meter hohen Holzgittermast erhielt Eberswalde ein neues Wahrzeichen. Die Experimente für eine drahtlose Übertragung von Sprache und Musik konnten beginnen. Der Einführung des offiziellen Unterhaltungsrundfunks in Deutschland am 29. Oktober 1923 gingen Probesendungen voraus. Neben der Großstation in Königs Wusterhausen erreichte der Sender Eberswalde ein interessiertes Publikum im In- und Ausland, vor allem duch die legendären Orchester- und Gesangskonzerte, die »live« übertragen wurden. Noch lange erinnerte das Laboratoriumsgebäude an diese Episode aus der Pionierzeit des deutschen Rundfunks.

Zu Beginn der 1930er Jahre experimentierten die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke AG mit dem Einsatz von Kupferblech im Hausbau. Die von dem Ingenieur Friedrich Förster und dem Architekten Robert Krafft entwickelte Fertigteilbauweise beeindruckte auch einen der berühmtesten Architekten der Weimarer Republik: Walter Gropius (1883–1969), den Gründer und ersten Direktor des Bauhauses in Weimar, später in Dessau. Seit 1928 unterhielt er ein privates Architekturbüro in Berlin. Schon lange hatte er sich mit der Industrialisierung des Bauwesens beschäftigt. Gropius übernahm die Leitung des Kupferhausprojektes, entwarf mit seinem Büro mehrere Gebäudetypen unterschiedlicher Größe und entwickelte die »Fabrikation von Kupferhäusern am laufenden Band« zur Verkaufsreife: »Die von mir erstmalig in einer Broschüre









Papierfabrik Wolfswinkel nach der Rekonstruktion durch die Siemens-Schuckertwerke, unten: im Hintergrund die chemische Fabrik, um 1929.



Messingwerk, Kupferhäuser in der Altenhofer Straße, im Hintergrund der Wasserturm, Postkarte, wohl 1931.

über die Industrialisierung des Hausbaues im Jahre 1910 ausgesprochene, inzwischen vielfach befehdete Idee, Häuser in stationären Werkstätten in ihren Teilen serienmäßig herzustellen und daraus variable Typen wie aus einem Baukasten im großen zusammenzusetzen, wird heute endlich der Verwirklichung entgegengeführt.«[25] Das tragende Skelett der Kupferhäuser bestand aus Holz, ihre Außenhaut aus wellenförmig gepressten Kupferblechen. Die hervorragende Wärmedämmung beruhte auf Luftkammern, die durch dünne Aluminiumfolien begrenzt waren. Am Rand der Messingwerksiedlung wurde 1931/32 eine Gruppe von acht verschiedenartigen Musterhäusern nach Entwürfen von Krafft und Gropius errichtet: außergewöhnliche Zeugnisse der experimentierfreudigen Architektur in der Weimarer Republik, die bis heute nichts von ihrer Faszination verloren haben.

Rüstungsschmieden des »Dritten Reiches«

Ab 1933 spielte das Finowtal wiederum eine unrühmliche Rolle bei der Aufrüstung des deutschen Militärs. Das Messingwerk und die Ardeltwerke waren nunmehr – mit rund 3.500 beziehungsweise 3.200 Beschäftigten im Jahr 1936 – die größten Unternehmen. Die stillgelegten Produktionsanlagen der Eisenspalterei und des Kupferham-



Entwurf von Walter Gropius für ein eingeschossiges Kupferhaus, Typ M (Zeichnung: Hanns Dustmann), 1931/32.

mers wurden allerdings nicht wieder in Betrieb genommen.

1935 wurde Finow zur Stadt erhoben. Diese Großgemeinde war bereits 1928 durch die Vereinigung der Gutsbezirke Eisenspalterei und Wolfswinkel mit den Gemeinden Heegermühle und Messingwerk entstanden. 7.838 Menschen lebten 1929 in Finow; bis 1936 stieg die Einwohnerzahl auf 9.063 an. »Ein in etwa 10 Kilometer Entfernung um Eberswalde gezogener Kreis würde ein Wirtschaftsgebiet von etwa 50 000 Menschen umfassen.«[26] Den Zweiten Weltkrieg überstanden die Industrieanlagen im Finowtal trotz der großen Ansammlung von kriegswichtigen Unternehmen weitgehend unversehrt.

Wie in anderen Industrierevieren kamen viele Zwangsarbeiter aus dem Ausland in die Betriebe. Gegner des Regimes verschwanden in den Konzentrationslagern und wurden als Häftlinge zum Teil in der Produktion eingesetzt. Außenlager des KZ Ravensbrück befanden sich auch in Eberswalde und Finow.

Nahe dem ehemaligen Bahnhof Eisenspalterei haben sich zwei Baracken des Außenlagers Eberswalde weitgehend im Originalzustand erhalten: authentische Zeugnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der ursprünglich 14 Baracken umfassende Komplex entstand 1943/44 als »Gemeinschaftslager West« nach Plänen der Berliner Architekten Eckart Muthesius und Hellmut Remmelmann. Zunächst wurden dort Arbeiter aus Belgien, von September 1944 bis April 1945 dann Hunderte von Häftlingsfrauen aus Ravensbrück untergebracht. Die meisten von ihnen leisteten Zwangsarbeit für die benachbarten Ardeltwerke. Andere waren in einer rund drei Kilometer entfernten Waffenfabrik, die sich im ehemaligen Stadttheater von Eberswalde befand, mit der Herstellung von Maschinenpistolen beschäftigt. Außerdem wurden Häftlinge beim Bau von Behelfsheimen sowie bei der Anlage von Panzer- und Schützengräben eingesetzt.

Die Familie Ardelt unterhielt beste Beziehungen zu den Spitzen der Reichsbehörden und erzielte gewaltige Gewinne bei der Ausführung von Staatsaufträgen. Panzerabwehrkanonen zählten jetzt zu den bekanntesten Produkten. Die Vergrößerung des Werks erreichte ihren Höhepunkt 1940 mit der Fertigstellung einer riesigen Stahlbauhalle. 1935 ging am Hohenzollernkanal das »Nordwerk« in Bau. Dort produzierte die Märkisches Stahlformwerk GmbH, eine Tochtergesellschaft der Ardeltwerke, Granaten und Bomben.

Als sich die Stammbelegschaft während des Kriegs durch Einberufungen verringerte, zugleich aber wachsende Produktionsforderungen zu erfüllen waren, beschäftigten die Ardeltwerke mehr und mehr »Fremdarbeiter« und KZ-Häftlinge. Sie stellten nach 1939 etwa 3.000 der 11.000 Arbeitskräfte (einschließlich Stahlformwerk Eberswalde und Werk Breslau). Am 5. September 1944 trafen die ersten Ravensbrückerinnen aus dem Stammlager in Eberswalde ein. Zwei Wochen später, am 21. September, zählte das Außenlager bereits rund 730 Häftlinge.[27] Der überwiegende Teil der Häftlinge waren junge Frauen unter 21 Jahren. Die meisten von ihnen kamen aus Italien, Polen und der Sowjetunion. Weitere bekannte Herkunftsländer waren Dänemark, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Ungarn. Nur wenige deutsche Frauen waren im Eberswalder Außenlager untergebracht. Alle Häftlinge trugen den »roten Winkel«, der sie als politische Gefangene kennzeichnete.

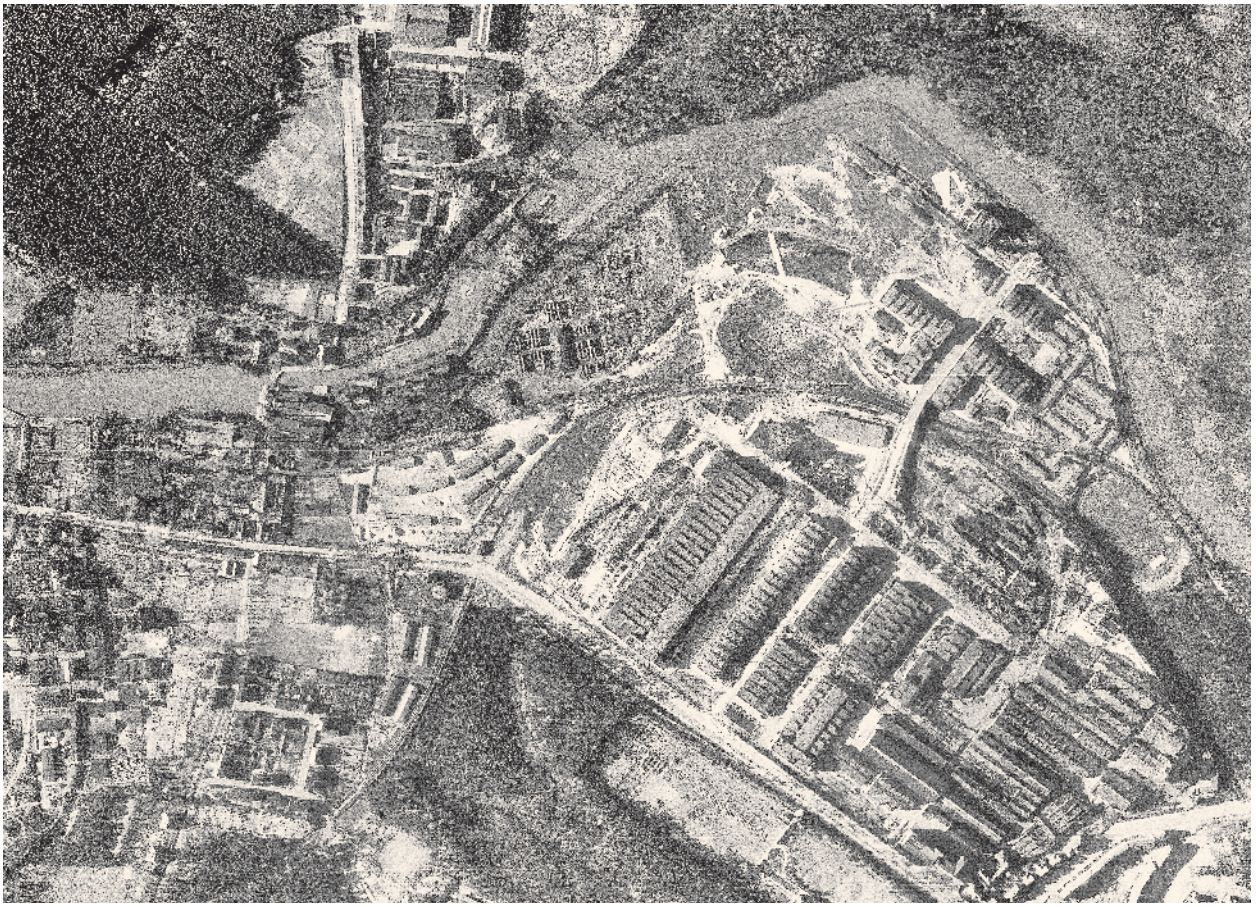
Eine kurze Ruhrepidemie und Tuberkuloseerkrankungen waren Folgen der unzureichenden Ernährung. Aufgrund der schlechten hygienischen Verhältnisse litten viele Frauen unter Hautinfektionen. Die Zahl der Toten ist nicht bekannt, denn sie wurden meist zur Verbrennung nach Ravensbrück überführt.

Im April 1945 endete die Geschichte des Außenlagers Eberswalde. Noch am 10. April verzeichnete eine Statistik 821 Häftlinge.[28] Angesichts der näher kommenden Roten Armee wurde das Lager wenig später evakuiert. Die Häftlinge wurden mit Lastkraftwagen – ungefähr 25 Kranke schon vorher mit der Bahn – zurück nach Ravensbrück transportiert.

Nur rund zwei Kilometer vom Außenlager Eberswalde entfernt existierte 1944/45 in Finow ein weiteres Außenlager des KZ Ravensbrück. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte sich das dort gelegene Messingwerk wie die Ardeltwerke zu einem bedeutenden Lieferanten von Rüstungsgütern entwickelt. Die Erinnerung an die jüdische Unternehmerfamilie Hirsch, die aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten bereits 1932 aus dem Betrieb ausgeschieden war, wurde 1941 endgültig aus dem Firmennamen getilgt. Im darauffolgenden



Messtischblatt (Ausschnitt), 1942.



Ardeltwerke und Außenlager Eberswalde des KZ Ravensbrück am Bahnhof Eisenspalterei, auf der gegenüberliegenden Straßenseite das »Deutsche Lager«, Luftbild vom 15. April 1945.

Jahr wurde das jetzt Finow Kupfer- und Messingwerke AG (FKM) genannte Unternehmen in den AEG-Konzern (Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft) eingegliedert.

Schon 1934/35 war eine speziell für die Kriegsproduktion gegründete Tochtergesellschaft, die Finower Industrie GmbH, am Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) – etwa einen Kilometer vom Stammbetrieb entfernt – angesiedelt worden. Die Fabrik stellte Gewehrpatronen und Flakmunition her. Pulvermagazin und Schießstand ergänzten die Werkshallen. Die versteckte Lage im Wald brachte dem Ort in der Bevölkerung den trügerischen Namen »Waldeslust« ein.

Angesichts der großen Zahl der zum Kriegsdienst einberufenen Mitarbeiter setzten die FKM und ihre Tochtergesellschaft zunehmend ausländische Arbeitskräfte ein, um die steigende Nachfrage nach Rüstungsgütern zu befriedigen. Ende Mai 1944 waren von den 6.260 Arbeitern 1.000 im Krieg. 2.482, also 47 Prozent der in Finow verbliebenen 5.260 Arbeiter waren Ausländer (darunter 306 kriegsgefangene Italiener).[29]

Für die Finower Industrie GmbH war 1942/43 zwischen dem Fabrikgelände und der südlich davon verlaufenden Werksbahn ein Wohnlager entstanden. In diesem Bereich richtete das KZ Ravensbrück 1944 das Außenlager Finow ein. Zuvor hatten die FKM zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Munitionsfertigung die Zuweisung von 200 Häftlingen beantragt. Im Sommer 1944 erfolgte der erste Transport von Ravensbrück nach Finow. Zunächst teilten sich ungefähr 100 bis 200 Frauen zwei Baracken. Im Hinblick auf einen erwarteten – und dann auch durchgeführten – Transport von Häftlingen aus dem KZ Auschwitz erfolgte im Winter 1944 eine Erweiterung des Außenlagers Finow um drei nahe gelegene Baracken, die bis dahin von »freien« Russinnen bewohnt waren.

Zwölf Stunden am Tag – von 6 bis 18 Uhr – verrichteten die Häftlinge Zwangsarbeit für die Finower Industrie GmbH. »Als schwerste galt die Arbeit an den Hülsen- und Geschoss-Sortiermaschinen, weil man dort die ganze Zeit stehen musste und ausserdem die dort bei der Bedienung der Maschinen beschäftigten Häftlinge auch Nachtschichten leisten mussten«, berichtete ein ehemaliger Häftling. »Auch in der sogen[annten] ›Lackie[r]erei‹[,] wo [...] infolge der bei dem Anwärmen der la[c]kierten Hülsen entstanden[en] Ausdünstungen die Arbeit besonders unange[ne]hm und gesundheitsschädlich war, wurde in zwei Schichten gearbeitet. Die Nachtarbeit war ungemein beschwerlich, denn obwohl man theoretisch am Tage schlafen durfte, verhinderte der in den Stuben herrschende Lärm sowie die oft durchgeführten Appelle, von denen die in der Nachtschicht arbeitenden nicht befreit waren, den Schlaf.«[30] Zu den leichteren Arbeiten zählte die Qualitätskontrolle der Geschosse.

Am 20. November 1944 waren unter den 2.012 Arbeitern der Finower Industrie GmbH schon 416 KZ-Häftlinge. Ihre Zahl erhöhte sich bis zum 11. Dezember auf 564 und auf 674 am 8. Januar 1945, während der Betrieb insgesamt 1.999 bzw. 2.245 Arbeiter beschäftigte.[31] Neben Bürgerinnen Polens und der Sowjetunion waren Belgierinnen, Deutsche, Französinnen, Jugoslawinnen, Niederländerinnen und Ungarinnen unter den Häftlingen. Auch deutsche Zivilarbeiterinnen waren in der Fabrik tätig.

Anfang März 1945 unterbrach die Finower Industrie GmbH die Produktion wegen Rohstoffmangels, ungefähr 300 Häftlinge wurden mit Lastkraftwagen nach Ravensbrück zurückgebracht. Laut einer Gefangenen-Stärkemeldung vom 10. April 1945 befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch 306 Häftlinge im Lager.[32] Im selben Monat wurde das Außenlager Finow wie das Lager Eberswalde vollständig evakuiert. Die verbliebenen Häftlinge gelangten ebenfalls auf Lastkraftwagen nach Ravensbrück.

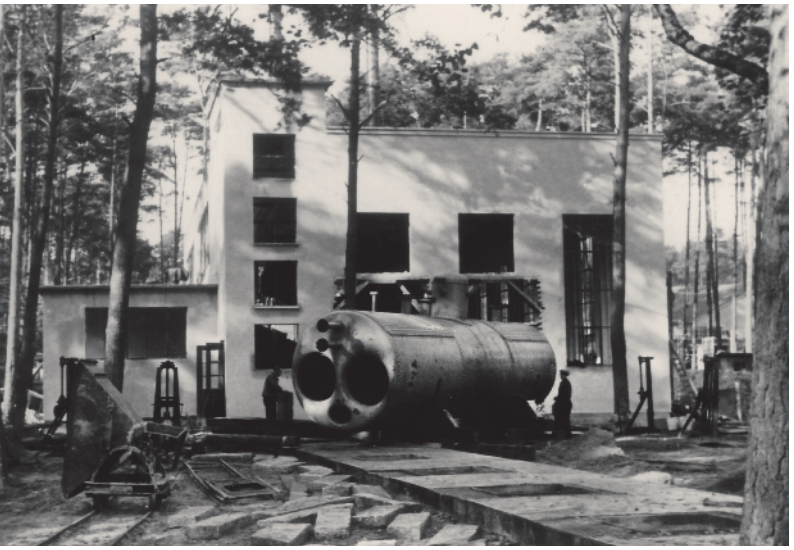
Die Flugmotorenwerke in Basdorf und Zühlsdorf

Ein bedeutender Standort der Rüstungsindustrie befand sich auch in Basdorf und Zühlsdorf. In Basdorf errichteten die in Berlin-Spandau ansässigen Brandenburgischen Motorenwerke GmbH (Bramo) 1936 ein »Waldwerk«.[33] 1938 wurden dort die Arbeiten zur Reparatur von Flugmotoren aufgenommen, im darauffolgenden Jahr übernahm die BMW Flugmotorenbau GmbH, eine Tochtergesellschaft der Bayerischen Motoren Werke AG, die Bramo. 1940 begann BMW im benachbarten Zühlsdorf mit dem Bau eines Flugmotorenwerks, das, »nur durch eine Straße getrennt, mit dem Werk Basdorf zu einem großen Werkskomplex verschmolz und seit 1941 [...] einheitlich als Niederbarnimer Flugmotorenwerke GmbH (NFW) firmierte«[34]. Beide Werke, »die durch ihre Waldlage getarnt waren, [wurden] ausschließlich für die Rüstungsproduktion genutzt. In Serienproduktion wurden Strahltriebwerke für Raketen und Flugzeuge hergestellt [...].«[35]

Jedoch galt der Werkskomplex im BMW-Konzern schon bald als »Problemwerk«[36]. »Eigentlich sollte die ›Zümo‹, wie das neue Werk auch genannt wurde, zumindest in der ersten Baustufe bereits Ende 1940 betriebsfertig sein [...]. [...] Die Realität sah im Herbst 1941 jedoch ganz anders aus: Von den benötigten 1300 Werkzeugmaschinen waren erst 450 geliefert worden [...].« 1941 wurden nur 141, 1942 dann 867 Flugmotoren gefertigt – »und statt eines Großserienwerks war Zühlsdorf ein Großreparaturwerk geworden. 1942, nach Fertigstellung einer Werksnutzfläche von 120 000 qm mit einer Kapazität von 500 Flugmotoren im Monat wurden die Bauarbeiten vorzeitig weitgehend eingestellt.«[37]

Es mangelte auch an Wohnraum für die Beschäftigten, von denen viele täglich aus Berlin und anderen Orten einpendelten. Der an der Heidekrautbahn eröffnete Haltepunkt Bramo-Wald verkürzte ihnen den Weg zum Werk. 1938 gab es in der Bramo-Leitung Überlegungen zur Errichtung von rund 4.000 Werkswohnungen in Basdorf. Tatsächlich gingen im November 1940 117 »Volkswohnungen« in Bau, »deren Fertigstellung sich aber hinschleppte und das inzwischen akut gewordene Unterkunftsproblem keineswegs löste. Ganze 309 Wohnungen in Werkssiedlungen konnte die NFW Ende September 1941 vorweisen [...].«[38] Überdies entstand in Zühlsdorf ein Ledigenheim.

Nach der Einberufung deutscher Fachkräfte zur Wehrmacht kamen Zwangs- und »Fremdarbeiter« in den Betrieb. Im Frühherbst 1941 trafen die ersten 504 »Fremdarbeiter« im Werk Zühlsdorf/Basdorf ein, »im



Basdorf, Flugmotorenwerk, Heizkraftzentrale, um 1937.



Basdorf, Flugmotorenwerk, Montagehalle, 1939.

Dezember 1941 arbeiteten dort schon 1.268 ausländische Arbeitskräfte, das entsprach 32 Prozent der Lohnempfänger. Wie in den anderen Werken auch stieg in den Folgejahren die absolute Zahl wie der relative Anteil rasch an: Ende 1942 zählte man 2.676 Zwangsarbeiter (44,8 Prozent), ein Jahr später 4.127 (56,1 Prozent) und Ende 1944 schließlich 4.449 oder 64,8 Prozent der Lohnempfänger. Auch hier fällt die Struktur der Zwangsarbeiter auf: Ob Ende 1941 oder Ende 1943, die große Mehrheit mit über 70 Prozent waren Westarbeiter. 1941 waren es vor allem Italiener, Belgier und Ungarn, 1942 stellten die Holländer die größte Gruppe, 1943 schließlich Italiener und Franzosen, wobei ein Teil von ihnen Kriegsgefangene waren, daneben schließlich auch vermehrt Polen.«[39]

Für sie entstand 1942 an der Reichsstraße 109 (Prenzlauer Straße) in Basdorf ein weitläufiges Lager. Zunächst wurden im vorderen Bereich Steinbaracken als Unterkünfte sowie ein Kasino errichtet. Später folgten weiter hinten Fachwerk- und Holzbaracken zur Unterbringung von Kriegsgefangenen. In einem separaten Bereich befanden sich Baracken für polnische und sowjetische Zivil- und Zwangsarbeiterinnen. »Im Basdorfer Lager waren definitiv keine Häftlinge aus Konzentrationslagern eingesetzt und es gab hier auch kein SS-Wachpersonal.«[40] Der Komplex »einer kasernenartigen Barackenstadt«[41] umfasste mehr als 50 Gebäude auf einer Fläche von mehr als 16 Hektar. Von 1942 bis 1945 durchliefen ungefähr 6.000 Menschen aus 13 europäischen Ländern das Lager. »Damit war es eines der größten Fremd- und Zwangsarbeiterlager im Großraum Berlin-Brandenburg. Das Wissen über den Lageralltag und die genauen Lebensbedingungen im Lager sind spärlich. Sicher ist, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fremdarbeiter je nach Herkunftsland unterschiedlich waren. Die Arbeiter wurden nach Nationalität separat untergebracht. Die Gruppe der Kriegsgefangenen und sogenannten Ostarbeiter war klein.«[42] Die »Westarbeiter« genossen eine Reihe von Vergünstigungen, wie zum Beispiel regelmäßigen Ausgang, Heimaturlaub, Sport- und Kulturveranstaltungen, Kinobesuche, Einkäufe im Ort und Schwimmen im Gorinsee. »Die französischen Zwangsarbeiter bildeten ein kleines Orchester, das Rote Kreuz hatte eine Bibliothek organisiert. Im Kasino fanden Theateraufführungen und Konzerte unter Eigenregie der Insassen statt.«[43] Unter ihnen waren zwei später berühmte französische Musiker: der Chansondichter Georges Brassens (1921–1981) und sein erster Interpret, der Sänger René Iskin (1921–2005).

Am 21. Juni 1944 flog die US-Luftwaffe einen Angriff auf die Werksanlagen. Unter den Opfern waren viele Zwangsarbeiter. Schnell liefen die Instandsetzungsmaßnahmen an, die Produktion wurde bald wiederaufgenommen.[44] Das Lager blieb in der Folgezeit unzerstört. Bei Kriegsende besetzte die sowjetische Armee am 22. April



Basdorf, Luftbild vom 24. März 1945, links die Werkssiedlung, rechts das Zwangs- und Fremdarbeiterlager.

1945 einen Teilbereich »und richtete dort ihre Kommandantur mit Lazarett ein. Die Lagerinsassen blieben sich selbst überlassen. Die allermeisten von ihnen verließen unmittelbar in den ersten Nachkriegswochen Basdorf. Im Mai 1945 erfolgte die Auflösung des Lagers.«[45]

Wiederaufbau und Neubeginn

Wenige Monate nach Kriegsende leitete die sowjetische Besatzungsmacht die Demontage der Rüstungsbetriebe im Finowtal – neben den Ardeltwerken und dem Mes-

singwerk weitere Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie – ein. Die großen Privatunternehmen wurden verstaatlicht. Zur Zeit der DDR wurde die seit 1970 vereinigte Stadt Eberswalde-Finow planmäßig zu einem überregional bedeutsamen Industriezentrum ausgebaut. Bereits 1948 wurde die Rekonstruktion auf dem Gelände der ehemaligen Ardeltwerke in Angriff genommen. Der dort angesiedelte VEB Kranbau Eberswalde wurde zum größten Betrieb der Stadt. Mit dem Montagekran »Eber« (jetzt Aussichtsturm) erhielt die Industrielandschaft im Finowtal 1954 ein neues, weithin sichtbares Wahrzeichen. »Weil die Eberswalder Kräne qualitativ hochwertig, aber dennoch preiswert waren, sind sie bis heute in vielen Häfen der Welt zu finden. Gerade in den 70er- und 80er-Jahren gerieten sie zum Exportschlager.«[46] 1989 hatte der Betrieb mehr als 3.200 Mitarbeiter.

Zum zweitgrößten Betrieb entwickelte sich der VEB Walzwerk Finow. Im Juli 1950 stellte der III. Parteitag der SED die Weichen für den Aufbau einer eigenen metallurgischen Basis für die Industrie der DDR durch die Gründung des Eisenhüttenkombinats Ost (heute Eisenhüttenstadt) und die Errichtung eines Walzwerks in Finow auf dem Gelände des Messingwerk-»Neuwerks«. Zwei Jahre später begannen die Bauarbeiten für die neue Produktionshalle. Die erste Ausbaustufe der Warmbandstraße konnte 1956 in Betrieb genommen werden. Das Walzwerk und die Hufeisenfabrik in Eisenspalterei wurden als Teilbetriebe in den VEB Walzwerk Finow integriert. Präzisionsstahlrohre, Profile und Stabstähle erfreuten sich großer Nachfrage im In- und Ausland. Aber auch Bierkastengriffe und Federnägel (für die Befestigung von Schienen) waren Bestandteile der Produktpalette. Ende der 1980er Jahre arbeiteten ungefähr 2.300 Menschen im Walzwerk.

Weitere Großbetriebe prägten das Profil des Industriestandorts Eberswalde-Finow mit. Bereits 1946 nahm die von Franz Seiffert gegründete, 1938 durch den Mannesmann-Konzern übernommene Maschinenfabrik die Produktion wieder auf. 1947 wurde sie in Volkseigentum überführt und der Stadt Finow als Kommunalbetrieb zugeordnet. Der VEB Rohrleitungsbau Finow (Rofin) entwickelte sich zum wichtigsten Lieferanten von Hochdruck-Rohrleitungssystemen für den Kraftwerks- und Chemieanlagenbau der DDR. Anfang 1990 zählte er rund 1.100 Mitarbeiter.

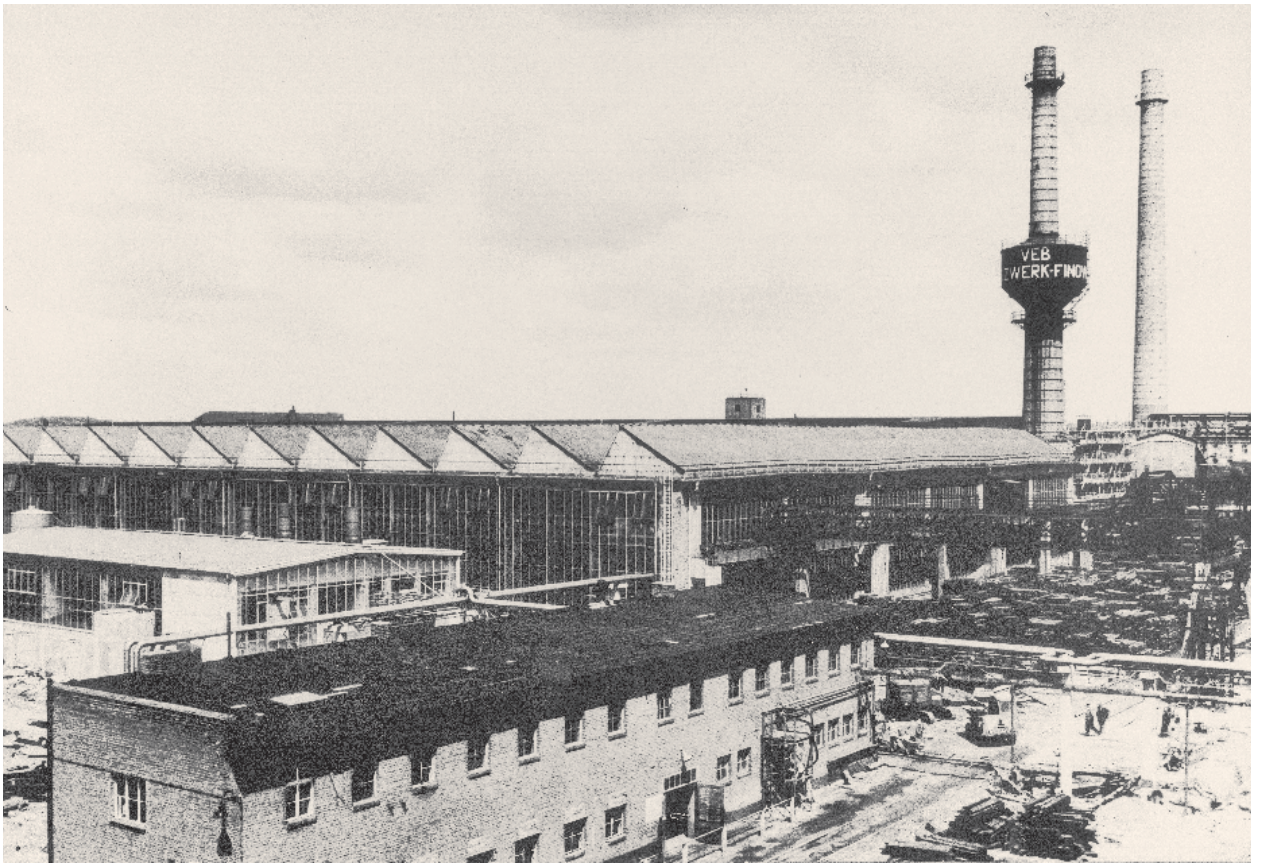
1946 erfolgte die Gründung des VEB Papierfabrik Wolfswinkel, der sich fortan auf die Herstellung von Spezialpapieren für die Industrie – Isolierpapiere für Starkstromkabel, Schleifpapier und Schleifrohpapier (Ausgangserzeugnis für die Herstellung von Schleifmitteln) – spezialisierte. Seit 1957 wurde aber auch wieder Büttenpapier von Hand geschöpft. Die dazu benötigten Anlagen waren aus der im Vorjahr stillgelegten Papierfabrik Spechthausen nach Wolfswinkel umgesetzt worden. Briefpapier, Zeichenkarton und Japanseide (hauchdünnes Papier) zählten zu den im In- und Ausland gefragten Erzeugnissen. Bis 1989 blieb der Betrieb die einzige derartige Produktionsstätte in der DDR. 1982 wurde er »mit seinen 230 Arbeitern und Angestellten dem 1958 gegründeten VEB Papier- und Kartonwerke Schwedt zugeordnet«[47].

Auf dem Gelände des Schering-Werks wurde 1947 der VEB Chemische Fabrik Finowtal gegründet. Sein wichtigstes Produkt war Acetylzellulose. Damit »ließen sich unbrennbare Filmunterlagen herstellen, wie sie für Röntgenaufnahmen benötigt wurden«[48]. Sehr gefragt war auch »Isobornylacetat, das beispielsweise in Millionen von Räucherstäbchen verwendet wurde«[49]. Das in der DDR viel gekaufte Schaumbad »Badusan« entstand ebenfalls aus Finower Grundstoffen. Auch die Herstellung von synthetischem Kampfer wurde wieder aufgenommen. In den 1980er Jahren beschäftigte der Betrieb ungefähr 620 Menschen.

Hingegen wurden die Anlagen des Kupferhammers nicht wiederhergestellt. »Seit 1945 ist der Bau, in dem sich die großen Hämmer befanden, eine Trümmerstätte«, bemerkte die Fachkommission Heimatkunde des Pädagogischen Kreiskabinetts Eberswalde 1955. »Es ragt lediglich der große Schornstein noch empor.«[50] Die Reste des unter Denkmalschutz stehenden Hammerwerksgebäudes mussten 1964/65 einer Straßenbaumaßnahme weichen.

Das Reichsbahnausbesserungswerk »8. Mai« Eberswalde ging auf die 1878 gegründete Eisenbahnwerkstatt zurück. »Von 1945 an fertigte und reparierte hier das Personal unter anderem Personenwagen, Güterwagen, Containerwagen und Drehgestellwagen.«[51] 1990 waren dort etwa 2.300 Mitarbeiter beschäftigt.

Das Walzwerk, der Kran- und der Rohrleitungsbau, die Papier- und die Chemiefabrik sowie das Reichsbahn-



VEB Walzwerk Finow.

ausbesserungswerk hatten ihre Vorläufer in der Zeit vor 1945 und führten die langen Traditionslinien der Industrie im Finowtal fort. Neu war indessen der Komplex industrielle Fleischproduktion, den drei einander ergänzende Betriebe bildeten: der VEB Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde (SZME), der VEB Kraftfuttermischwerk Eberswalde (KFME) und der VEB Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz (SVKE). Das SZME begann 1969 mit der Produktion. Wo sich heute der Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) erstreckt, wurden bis zur politischen Wende ungefähr vier Millionen Schweine gemästet. Platz gab es für etwa 190.000 Tiere gleichzeitig. Neue Futterrezepturen und innovative Behandlungsverfahren aus der Veterinärmedizin kamen dort zum Einsatz. »Um das wachsende SZME zu versorgen, entstand ab 1973 in 500 Metern Entfernung ein neues Kraftfuttermischwerk, das vier Jahre später seine Produktion aufnahm. Der dazu errichtete Großsilo fasste Getreide in einer Menge von 120 000 Tonnen. Insgesamt 2,5 Millionen Tonnen Mischfutter stellte das Werk bis 1989 her, rund die Hälfte davon bezog das SZME.«[52] Das SVKE, 1977 errichtet, machte das Trio komplett. »Es galt als der damals größte und modernste Betrieb seiner Art in Europa, auch aufgrund der breit eingesetzten elektronischen Datenverarbeitung. Produziert wurde fast ausschließlich für den Bedarf in der DDR.«[53] In den drei Betrieben waren insgesamt etwa 4.100 bis 4.150 Menschen tätig, davon 800 im SZME, 300 bis 350 im KFME und 3.000 im SVKE.

Natürlich boten die Wasserwege des Barnim der Industrie auch außerhalb von Eberswalde-Finow attraktive Standorte. Ein erfolgreiches Beispiel war der VEB Schiffswerft Oderberg. 1927 als private Reparaturwerft gegründet, wurde der Betrieb nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) geführt. »Die wesentlichen Einrichtungen wie Schiffbauhalle, Dreherei und Schmiede waren ab 1950 wieder voll funktionsfähig. Die Anzahl der Arbeitskräfte stieg bis 1952 auf



VEB Schiffswerft Oderberg, Fotografie, 1966.

300.«[54] In diesem Jahr »wurde die Werft als volkseigener Betrieb der DDR übergeben. Unmittelbar danach begann der Neubau von Schiffen.«[55] Das Jahr 1963 markierte einen Einschnitt in der Betriebsgeschichte. Im Rahmen der Spezialisierung des DDR-Schiffbaus erhielt die Oderberger Werft den Auftrag, »mechanisch betätigte Lukenabdeckungen in das Fertigungsprogramm aufzunehmen«[56]. 1964 kamen hydraulische Lukenabdeckungen dazu. Faktisch bedeutete dies die »Umprofilierung der Werft zu einem Stahlbaubetrieb«[57], also zu einem Zulieferbetrieb für andere Werften, der in den 1980er Jahren »Lukenabdeckungen aller Systeme für Frachtschiffe, aber auch spezielle Ladeeinrichtungen«[58] herstellte.

Der Waldreichtum der Region bot weitere Ansatzpunkte für die Industrieansiedlung. Seit 1958 war Joachimsthal Sitz des VEB Vereinigte Holzindustrie Schorfheide, der in diesem Jahr durch die Zusammenlegung des VEB Vereinigte Sägewerke Werbellinsee und des VEB Sägewerk Marienwerder entstand und später den Namen VEB Holzindustrie Joachimsthal erhielt. Neben dem Sägewerk in Joachimsthal selbst (am Werbellinsee) gehörten dazu die Werke in Bralitz, Eberswalde, Finowfurt, Friedrichswalde, Groß Schönebeck und Marienwerder. Letzteres galt 1968 als das modernste Sägewerk der DDR, der gesamte Betrieb beschäftigte 1969 mehr als 1.000 Menschen. Maschinen erleichterten ihnen die Arbeit. Eine anlässlich des zwanzigjährigen Betriebsjubiläums gezogene Bilanz fiel durchweg positiv aus. Unter anderem war »ein pultgesteuertes hochmechanisiertes Blockbandsägewerk« entstanden »und im Betrieb arbeiten zwei Rundholzentrindungs- und fünf komplette Hackschnitzelanlagen. Zwei Portalkrananlagen und 30 Gabelstapler bestimmen den innerbetrieblichen Transport. In den weiterverarbeitenden Betriebsteilen hielt die moderne Technik ebenfalls Einzug. So zeigen eine Palettenringanlage, hydraulische Abkürzsägen, Keilzinkanlagen, moderne Vakuummaschinen, Trockenkammern, Heizungsanlagen, Eisenbahndrehkräne, Spanplattenkleinanlagen, Dieselloks und elektrische Schiebebühnen ein Bild, das niemand im Gründungsjahr des Betriebes für möglich gehalten hätte.«[59]

Ein traditioneller Schwerpunkt der Holzverarbeitung war Klosterfelde. Schon im 19. Jahrhundert waren Böttcher, Holzschuhmacher, Stellmacher, Tischler und Wagenbauer dort ansässig. Besonderer Erfolg war den Tischlern Louis Bergemann und Friedrich Wagener beschieden.

Aus ihren Handwerksbetrieben – »bei Wagener seit 1905 und ab 1908 bei Bergemann«[60] – entwickelte sich »eine fabrikmäßige Herstellung von Küchenmöbeln«[61]. Die Heidekrautbahn, die Klosterfelde seit 1901 mit Reinickendorf (heute ein Bezirk von Berlin) verband, begünstigte die aufstrebende Entwicklung der Gemeinde. Zur Zeit der DDR knüpfte der VEB Holzverarbeitungswerk Klosterfelde daran an. »Dieser Betrieb veränderte in den Jahren von 1950–1960 sein Profil und seine Produktion. Die seit 1948 begonnene typische Holzbauproduktion wurde von Standardholzhäusern über Baracken zu landwirtschaftlichen Zweckbauten, Lauben, sowie Fenster[n] und Türen umgestellt.«[62] 1959 ging eine Spanplattenanlage in Betrieb. Die weiterhin gefertigten Küchenmöbel gingen »überwiegend in den Export«[63]. Abnehmerländer waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, die Niederlande, Polen, Ungarn und die Sowjetunion. Im März 1990 gab der Betrieb 1.000 Menschen Arbeit.

Biesenthal war ein weiterer Standort der Möbelbranche. Bis 1972 produzierte der VEB Möbelwerke Biesenthal dort Möbelteile, danach Möbelfolien und Dekor-Furnierholztapeten. 1973 wurde der Betrieb in VEB Möbelfolie Biesenthal umbenannt. Im März 1990 beschäftigte er 520 Mitarbeiter.

Noch weiter südlich wurde Bernau als Industriestandort weiter ausgebaut. Bereits im Mittelalter war die Stadt durch ihre Biere und Tuche weithin bekannt. Im 19. Jahrhundert geriet sie »schon früh ins Kraftfeld der Berliner Industrialisierung und Standortverlagerung, wurde nach Zuzug von Berliner Baumwollwebern ab 1819 zu einem textilen Nebenzentrum; 1828 arbeiteten hier 220 Weberfamilien mit 442 Webstühlen«.[64] 1842 erhielt Bernau Bahnanschluss, seit 1924 fahren die Vorortzüge (S-Bahn) elektrisch. Die Nähe zu Berlin und die günstigen Verkehrsverbindungen hatten zur Folge, dass bis heute viele Berufstätige ihren Arbeitsplatz in der Hauptstadt haben.

Zur Zeit der DDR führte der VEB Industriewerke Bernau von 1956 bis 1963 die Tradition der Textilindustrie fort. Handschuhe, Posamenten, Litzen, Uniformeffekten und Futterstoffe verließen den Betrieb. Die Produktionsabteilungen Textil und Effekten wurden 1963/64 dem VEB Fahrzeugausrüstung Berlin (FAGA) als Betriebsteil Bernau angegliedert. Damit ging eine Umstellung der Produktion einher. Schalttafeln, Kupplungsleitungen, Regelgeräte, elektrisches Zubehör und Heizungen für Schienenfahrzeuge wurden fortan in Bernau gefertigt. 1989 umfasste die Belegschaft 280 Personen.

Der VEB Feinlederwaren Bernau hatte seinen Ursprung im Handwerksbetrieb des Sattler- und Täschnermeisters Kurt Rathke. Seine Erzeugnisse waren überwiegend für den Export bestimmt. Im März 1990 hatte der Betrieb 110 Mitarbeiter.

Zum größten Betrieb wurde indessen das Schichtpressstoffwerk. 1959 übernahm der VEB Lokomotivbau Elektrotechnische Werke »Hans Beimler« Hennigsdorf eine ehemalige Werkzeugmaschinenfabrik in Bernau, um dort Elektroisolierstoffe herzustellen.An den Planungen für den Aufbau eines neuen Werks waren auch der VEB Isokand Berlin und der VEB Isoplast Dresden beteiligt. Ersterer begann 1961 mit der Verlagerung der Produktion von Hartpapierrohren nach Bernau, 1962 wurde dort die volle Produktion aufgenommen. Seit 1970 firmierte der Betrieb als VEB Schichtpreßstoffwerk Bernau, der DDR-weit zum größten Hersteller in diesem Industriezweig aufstieg. Rohre, Profile und Tafeln zählten zu den aus Papier sowie Glas-, Seiden- und Baumwollgewebe fabrizierten Materialien. 1.410 Mitarbeiter standen dort im März 1990 in Lohn und Brot. Die Privatisierung ein Jahr später brachte dem Werk kein Glück. 1994 erfolgte die letzte Pressung, dann wurden die Anlagen stillgelegt.

Schönow (jetzt ein Stadtteil von Bernau) war ebenfalls ein Industriestandort. Dort hatten der Techniker Karl Schneider und der Unternehmer Willi Schulze 1919 ein Kabelwerk gegründet. Der wachsende Bedarf der Berliner Elektroindustrie bescherte ihnen Erfolg. 1945 in Volkseigentum überführt, war der VEB Kabelwerk Schönow seit 1967 Bestandteil des Kombinats VEB Kabelwerk Oberspree. 480 Mitarbeiter zählte der Betrieb im März 1990.

Eines der größten Industriezentren der DDR war das uckermärkische Schwedt. 1964 nahm der VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt die Produktion auf, seit 1970 war er Stammbetrieb des VEB Petrolchemisches Kombinat (PCK). Von dieser Entwicklung profitierte auch der Barnim. Seit 1967 verband eine Pipeline Schwedt mit Seefeld (heute ein Stadtteil von Werneuchen). Dort unterhielt der VEB Minol ein Tanklager. Sein Signet mit roter

Schrift auf gelbem Grund war DDR-weit präsent, betrieb er doch sämtliche Tankstellen. Das Tanklager Seefeld versorgte den Berliner Raum, seit 1968 wurde auch Berlin (West) von dort mit Kraftstoffen aus dem PCK Schwedt beliefert. Mit 320 Beschäftigten im Jahr 1985 war das Tanklager in der kleinen Gemeinde Seefeld ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Zukunftsperspektiven für das Finowtal

Nach 1989 brach wie in anderen Industrierevieren der DDR auch im Finowtal die Produktion zusammen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Betriebe »abgewickelt«, die riesigen Werksanlagen aufgegeben, die Gebäude ausgeräumt und dem Verfall sowie dem Vandalismus preisgegeben. Viele wertvolle Denkmale der Industrie-, Verkehrs- und Technikgeschichte befanden sich in einem kläglichen Zustand, aber zumeist noch in einem solchen, der ihre Sicherung, Erhaltung und Nutzung für die Zukunft erlaubte.

Mehrere Projekte haben Teile der wie Perlen am Finowkanal aufgereihten Wohn- und Industriestandorte mit neuem Leben erfüllt. Beispielsweise wurde aus dem Treidelpfad am Finowkanal ein viel genutzter Rad- und Wanderweg, in der Messingwerkschule fand das Eichamt ein neues Domizil, der Wasserturm ist jetzt Aussichtsturm mit Museum, die Sanierung des Gustav-Hirsch-Platzes, des Hüttenamts und des Torbogenhauses vermittelte wertvolle Erfahrungen für die Revitalisierung des gesamten Stadtteils Messingwerk und darüber hinaus für den Umgang mit anderen Werkssiedlungen im Finowtal.

1996 schlossen sich dreizehn Städte und Gemeinden zu einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft zusammen, um die »Region Finowkanal« gemeinsam zu entwickeln. Im darauffolgenden Jahr erklärte der Landkreis Barnim die Entwicklung dieses Gebiets zu einem »strategischen Projekt« und ließ eine Konzeption erstellen, die mehr als 200 Maßnahmen enthält. Der Kreis, das Land Brandenburg und die Bundesrepublik Deutschland einigten sich 1998 auf ein Programm zur Sanierung des historischen Kanals. Als Eigentümer der Bundeswasserstraße verpflichtete sich der Bund zur Übernahme von 30,8 Millionen DM der auf etwa 41,5 Millionen DM veranschlagten Gesamtkosten. Der Finowkanal bleibt in Zukunft dem touristischen Verkehr – Wasserwanderern und -sportlern sowie Fahrgastschiffen – vorbehalten, denn den gesamten Güterverkehr vermittelt heute der Oder-Havel-Kanal.

2019 bekannte sich der Bund erneut zu seiner Verantwortung für den Finowkanal »als wassertouristisch attraktive Wasserstraße«[65]: »Die dauerhafte Nutzung des Finowkanals als attraktive Freizeitwasserstraße bietet für die Kommunen, den Landkreis und das Land Brandenburg eine große Chance, diese wunderbare Wassersportregion weiter zu entwickeln. Der Bund bekräftigt die 50-prozentige Finanzierungsbeteiligung bei den Anlagen des Finowkanals und wird darüber hinaus die Kanalstrecken weiter betreiben.«[66] Gemeinsam mit der Region sucht er »nach einer dauerhaften Lösung für die wassertouristische Nutzung«.[67] Im Fokus steht »die erforderliche Grundinstandsetzung der zwölf Schleusen und zwei beweglichen Brücken«, deren Betrieb in Zukunft »die Kommunen, das Land oder Dritte« übernehmen sollen.[68]

Ein Schlüsselprojekt für die Entwicklung der Region war die zweite brandenburgische Landesgartenschau, die 2002 in Eberswalde stattfand. Der 1998 durchgeführte landschaftsplanerische Ideen- und Realisierungswettbewerb stand unter dem Motto »Postindustrielle Landschaft am Finowkanal«. Den ersten Preis gewann das Berliner Büro »Topotek 1« für einen Entwurf, der sensibel auf die Spuren der industriellen Vergangenheit reagierte und deren Zeugnisse in den »Landschafts- und Freizeitpark Eisenspalterei« einbezog. Die Landesgartenschau hat einen der ältesten Industriekerne wieder zum Leben erweckt und das Finowtal insgesamt erneut in das Blickfeld einer überregionalen Öffentlichkeit gerückt. Als »Familiengarten Eberswalde« lockt das Gelände jetzt Gäste von nah und fern an. Die auf dem Montagekran »Eber« installierte Aussichtsplattform ermöglicht ihnen einen Überblick. In Tretbooten können sie die unterirdischen Betriebsarchen erkunden. Das alte Walzwerk, das Motiv von Carl Blechens berühmtem Gemälde, dient dem Metallbildhauer Eckhard Herrmann als offenes Atelier. Ein von ihm gestalteter Drache ruht auf dem mit 30.000 Rosen bepflanzten »Zauberberg«. Im »Märchenwald« gibt es ein Zauberschloss, das Haus der Hexe Baba Jaga und weitere geheimnisvolle Orte zu entdecken.

Projekte wie dieses können an die für das Finowtal charakteristische, in Jahrhunderten gewachsene Beziehung zwischen Technik und Natur anknüpfen. Wie schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Industriewerke ihrer malerischen Lage und modernen Technik wegen die Besucher anzogen, so können in Zukunft die Denkmale der Industrie- und Verkehrsgeschichte in einer durch Wasser, Wälder und Parkanlagen geprägten Landschaft zu einer in Brandenburg einzigartigen Attraktion werden.

Hier gilt es, eine Nutzungsmischung zu gestalten, die die erhaltenswerten Zeugnisse der Industriekultur vergangener Jahrhunderte integriert, Räume für neue Arbeitsplätze schafft, den erhaltenswerten Wohnungsbestand sichert und durch neue, vor allem unkonventionelle Angebote ergänzt, Freizeitziele und Erholungsmöglichkeiten entwickelt und zur touristischen Belebung der Region Finowkanal beiträgt. Anzustreben ist die öffentliche Zugänglichkeit und Nutzung ausgewählter Gebäude im Verlauf eines Industriekulturpfads. Dabei ist zunächst an verschiedene kulturelle Angebote zu denken: zum Beispiel an eine Informationsstelle über die Sehenswürdigkeiten des Finowtals, eine ständige Ausstellung in der Messingwerksiedlung, ein »aktives« Museum in den Produktionsanlagen für handgeschöpftes Büttenpapier in Wolfswinkel sowie weitere Ausstellungs- und Veranstaltungsräume. Aber auch kommerzielle Nutzungen können die touristische Attraktivität fördern: Restaurants, Cafés, Galerien, (kunst)handwerkliche Werkstätten, Anlagen für den Wassertourismus, Fahrradstationen und dergleichen.

Die Kanalzone kann in Teilbereichen wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort werden. Dabei geht es nicht um die Ansiedlung flächenintensiver Produktions- und Logistikbetriebe, für die der Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde geeignetere Standorte (zum Beispiel am Oder-Havel-Kanal) ausweist. Zu denken ist vielmehr an Dienstleistungsunternehmen sowie kleine und mittlere Produktionsbetriebe im Bereich innovativer Technologien mit einem hohen Anteil qualifizierter Arbeitskräfte. Gerade solche zukunftsorientierten Betriebe suchen ein interessantes, abwechslungsreiches Umfeld, wie es das Finowtal bietet: vielfältige historische Architektur, gepaart mit Brachflächen für zeitgenössische Ergänzungen, reizvolle Landschaft, direkter Wasserbezug (»Arbeiten, Wohnen und Erholung am Wasser«), dies alles in einer verkehrsgünstigen Lage innerhalb der Stadt.

Das Finowtal gehört als Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie zu den markantesten Kulturlandschaften der Region Berlin-Brandenburg. Die erhaltende Erneuerung der bedeutenden Zeugnisse aus drei Jahrhunderten Industrie-, Siedlungs- und Architekturgeschichte ist ein entscheidender Beitrag zum Aufbau einer regionalen Identität. Die Revitalisierung dieser frühindustriellen Landschaft steht beispielhaft für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, die das Wachstum an den Siedlungsrändern begrenzt und sich auf die Innenentwicklung konzentriert. Die Gestaltung der Region Finowkanal als interkommunales Projekt eröffnet für Eberswalde, ein Mittelzentrum im »Städtekranz« um Berlin, wie für die anderen Anrainergemeinden zwischen Havel und Oder interessante kulturelle und ökonomische Perspektiven.

1 Der Beitrag ist eine leicht überarbeitete und ergänzte Fassung des Aufsatzes von Carsten Seifert, Die Industrielandschaft rund um Eberswalde, in: Christian Härtel (Hrsg.), Landschaftspark Finowtal. Ein Industriegebiet im Wandel, Berlin 2002, S. 32–68. Seit den neunziger Jahren war die Industrie-, Siedlungs- und Architekturgeschichte des Finowtals Gegenstand mehrerer Forschungs- und Studienprojekte, Ausstellungen und Veröffentlichungen. Hier nur eine kleine Auswahl: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Fachgebiet Denkmalpflege (Hrsg.), Messingwerk. Eine historische Industriesiedlung am Finowkanal, Berlin 1996; Ilona Rohowski, Landkreis Barnim. T. 1: Stadt Eberswalde (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale in Brandenburg, Bd. 5.1), Worms am Rhein 1997, S. 201–264; Carsten Seifert/ Harald Bodenschatz/ Werner Lorenz, Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie, 2. Aufl., Berlin 2000; Carsten Seifert, Das Finowtal. Frühindustrielle Landschaft nördlich Berlins, in: Karl Schwarz (Hrsg.), 1799–1999. Von der Bauakademie zur Technischen Universität Berlin. Geschichte und Zukunft, Berlin 2000, S. 544–556; Karin Friese, Papierfabriken im Finowtal. Die Geschichte der Papiermühlen und Papierfabriken vom 16. bis zum 20. Jahrhundert mit einem Katalog ihrer Wasserzeichen (= Heimatkundliche Beiträge, H. 5), Eberswalde 2000; Christian Härtel (Hrsg.), Landschaftspark Finowtal. Ein Industriegebiet im Wandel, Berlin 2002; TU Berlin, Fakultät VII, FG Baukonstruktion und Entwerfen (Hrsg.)/ Roland Poppensieker (Konzept), Ein Ausblick. Die »Marke« Finowtal entwickeln, Berlin 2004; Stadt Eberswalde (Hrsg.)/ Carsten Seifert (Konzeption und Text), Industriekulturpfad im Finowtal. Touristischer Führer, 2. Aufl., Eberswalde 2007; Kristin Pilz, Außer Berieb. Industriekultur im Finowtal, Berlin 2014; Stadt Eberswalde (Hrsg.)/ Corinna Bergelt/ Juliane Metz (Konzept und Redaktion), Industrie. Kultur. Landschaft. Entdeckungsreise zu Industriedenkmalen in Eberswalde und dem Finowtal, Eberswalde 2016.

2 Martin Pfannschmidt, Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, Stuttgart/ Berlin 1937, S. 12.

3 Christian Otto Mylius, Des Corporis Constitutionum Marchicarum Vierdter Theil, Berlin 1737, Abt. II, Sp. 60.

4 H[ermann] Cramer, Beiträge zur Geschichte des Bergbaues in der Provinz Brandenburg. Drittes Heft. Kreis Oberbarnim, Halle 1874, S. 265.

5 Friderich Ludewig Joseph Fischbach, Statistisch-topographische Städte-Beschreibungen der Mark Brandenburg. Des ersten Theils, erster Band, enthaltend den Ober-Barnimschen Kreis, Berlin/ Potsdam 1786, S. 80.

6 Siegfried Ohm, Beiträge zur Kultur- und Soziogeographie der Eberswalder Pforte (= Berliner Geographische Arbeiten, H. 17), Stuttgart 1938, S. 37f.

7 Rudolf Schmidt, Die Stahl- und Eisenwaren-Fabrik zu Eberswalde und ihre Schicksale, in: Aus der Heimat, Jg. 1910, H. 70, S. 553f., hier S. 553; H. 71, S. 566f.

8 Fischbach, Städte-Beschreibungen, S. 70.

9 O[tto] L[udwig] Hartwig, P. N. Sprengels Handwerke und Künste in Tabellen, Berlin 1769 (Vierte Sammlung) und 1770 (Fünfte und Sechste Sammlung); Johann Bernoulli, Reisen durch Brandenburg, Pommern, Preußen, Curland, Rußland und Pohlen, in den Jahren 1777 und 1778. Zw. Bd., Leipzig 1779; Thomas Philipp von der Hagen, Beschreibung der Kalkbrüche bey Rüdersdorf, der Stadt Neustadt-Eberswalde, und des Finow-Kanals, wie auch der dasigen Stahl- und Eisen-Fabrik, des Meßingwerkes und Kupferhammers. Ein Beytrag zur Märkischen Geschichte aus Urkunden und sichern Nachrichten zusammengetragen, Berlin 1785; Fischbach, Städte-Beschreibungen; Friedrich Nicolai, Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlicher Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend . Dritter Bd., 3. Aufl., Berlin 1786 [auch als Nachdruck, Berlin 1980].

10 Hagen, Beschreibung, S. 94.

11 Nicolai, Beschreibung, S. 1072.

12 Ebd., S. 1071.

13 Siegfried Passow, Ein märkischer Rittersitz. Aus der Orts- und Familien-Chronik eines Dorfes. [Bd. 1], Eberswalde 1907, S. 281.

14 Joh[ann] Joachim Bellermann, Neustadt-Eberswalde mit seinen Fabriken, Alterthümern, Heilquellen, Umgebungen und seltnern Pflanzen, mit der Beschreibung des Klosters Chorin, des Cisterzienser-Ordens und der vorhandenen Urkunden, Berlin 1829, S. IV.

15 Ebd., S. 21.

16 Professor Dr.-Ing. Werner Lorenz hat die Herkunft und die konstruktionsgeschichtliche Bedeutung der drei großen Eisenhallen eingehend untersucht. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in: Seifert u. a., Finowtal, S. 68–84.

17 G[eorg] Klingenberg, Das Märkische Elektrizitätswerk, in: Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure, 55 (1911), H. 51, S. 2121–2130; H. 52, S. 2164–2169, hier S. 2164.

18 H[ermann] Aurich, Die Industrie am Finowkanal. Bilder aus dem Industrieleben am Finowkanal. 1. Bändchen, Eberswalde 1906, S. 9.

19 Ebd., S. 19f.

20 Paul Mebes (Hrsg.), Um 1800. Architektur und Handwerk im letzten Jahrhundert ihrer traditionellen Entwicklung, München 1908.

21 Rudolf Schmidt, Auf dem Hindenburgturm, in: Eberswalder Zeitung, 7. September 1918.

22 Hermann Schmitz, Das Haus Hirsch in Messingwerk bei Eberswalde von Architekt Paul Mebes-Berlin, in: Dekorative Kunst, 21 (1917/18), Bd. 26, H. 8, S. 221–237 (Abbildungen bis S. 242), hier S. 237.

23 Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Erster Band, Berlin 1930, S. 763.

24 Vgl. Knut Berger, Hallo! Hallo! Hier Eberswalde! Die Versuchsstation für drahtlose Telegraphie in Eberswalde (= Heimatkundliche Beiträge, H. 4), Eberswalde 1998.

25 Walter Gropius in: Martin Wagner, Das wachsende Haus. Ein Beitrag zur Lösung der städtischen Wohnungsfrage, Berlin/ Leipzig 1932, S. 65.

26 Eberswalde und Finow, in: Wirtschaftsblatt für den Regierungsbezirk Potsdam, 4 (1936), H. 4, S. 49–57, hier S. 50.

27 Vgl. Bundesarchiv, R 154/8999 (Schreiben der Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte an das Wasserstraßenamt Eberswalde, 8. November 1944).

28 Vgl. National Archives (College Park, Maryland), Record Group 338, Records of the European Theater of Operations, War Crimes Branch, »Cases Not Tried«, Volume 2, Folder 3, box 523 (Aussage von Danuta Tulmacka, American Camp for Poles at Mallis, 13. Mai 1945, S. 3).

29 Vgl. Carsten Seifert, Finow, in: Wolfgang Benz/ Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 4. Flossenbürg. Mauthausen. Ravensbrück, München 2006, S. 545–548, hier S. 546.

30 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, RA Bd. 31, Bericht-Nr. 576 (Typoskript »Das Lager in Finow« von Teresa Werner, nicht datiert, S. 2).

31 Vgl. Seifert, Finow, S. 547.

32 Vgl. National Archives (College Park, Maryland), Record Group 338, Records of the European Theater of Operations, War Crimes Branch, »Cases Not Tried«, Volume 2, Folder 3, box 523 (Aussage von Danuta Tulmacka, American Camp for Poles at Mallis, 13. Mai 1945, S. 3).

33 Constanze Werner, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit bei BMW

(= Perspektiven, Schriftenreihe der BMW Group – Konzernarchiv, Bd. 1), München 2006, S. 264.
34 Ebd.
35 Claudia Schmid-Rathjen, Wer die Zukunft plant, stößt auf Spuren der Vergangenheit. BRAMO-Lager in Basdorf: Das größte Fremd- und Zwangsarbeiterlager im Großraum Berlin-Brandenburg, in: Amtsblatt für die Gemeinde Wandlitz, 10 (2014), Nr. 9, S. 13f., hier S. 13.
36 Werner, Kriegswirtschaft, S. 270.
37 Ebd.
38 Ebd., S. 279.
39 Ebd., S. 277.
40 Schmid-Rathjen, Zukunft, S. 13.
41 Ebd., S. 14.
42 Ebd.
43 Ebd.
44 Vgl. Kreisarchiv Barnim, P.02.01.8/35.
45 Schmid-Rathjen, Zukunft, S. 14.
46 Stadt Eberswalde (Hrsg.), Eberswalde. Die verwandelte Stadt, Dresden 2015, S. 75.
47 Friese, Papierfabriken, S. 169.
48 Stadt Eberswalde (Hrsg.), Eberswalde, S. 64.
49 Ebd.
50 Pädagogisches Kreiskabinett Eberswalde, Fachkommission Heimatkunde, Stoffsammlung zum Heimatkundeunterricht für den Kreis Eberswalde. 1. Heft, Eberswalde 1955, S. 20f.
51 Stadt Eberswalde, Eberswalde, S. 65.
52 Ebd.
53 Ebd.
54 Willi Rohde, 30 Jahre VEB Schiffswerft Oderberg, in: Seewirtschaft, 14 (1982), H. 12, S. 598f., hier S. 598.
55 Ebd.
56 Ebd.
57 Ebd.
58 Ebd.
59 K. Balck, Zwanzig Jahre VEB Vereinigte Holzindustrie Schorfheide, in: Holzindustrie, 31 (1978), H. 6, S. 184.
60 Horst Scheel, Chronik der Landgemeinde Klosterfelde. 1242–1992, Klosterfelde 1992, S. 30.
61 Ebd.
62 Ebd., S. 60.
63 Ebd.
64 Lutz Heydick/ Günther Hoppe/ Jürgen John (Hrsg.), Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) (= Historischer Führer), Leipzig/ Jena/ Berlin 1987, S. 341.
65 Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Pressemitteilung, Finowkanal – Klare Positionierung des Bundes zur Fortführung der Übernahmeverhandlungen mit der Region, 18. Januar 2019, S. 1 (https://www.gdws.wsv.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/20190118_Finowkanal_PM.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
66 Professor Dr.-Ing. Hans-Heinrich Witte, Präsident der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, in: ebd.
67 Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung, Pressemitteilung, S. 2.
68 Ebd., S. 1.

Kommentar überflüssig! (Pol. 30.8.56)

EULENSPIEGEL

2. OKTOBERHEFT 1956 · BERLIN · 3 · NR. 41 · 40 PF



Deckblatt der Satirezeitschrift »Eulenspiegel«, Oktober 1956.

Zeichnung: Leo Haas

„Wir müssen eben aushelfen, weil die Kollegen von der Polizei wieder mal Wildschweine abschießen!"

Streifzüge durch die Forst- und Jagdgeschichte des Barnim

Helmut Suter

Die Darstellung der forst- und jagdgeschichtlichen Entwicklung des Barnim ist schwierig, da die Region sich politisch vor 1952 in die Kreise Nieder- und Oberbarnim teilte, Flächen abtreten musste und sich die Kreise Bernau und Eberswalde bildeten. Diese schlossen sich nach 1990 wiederum zu einem neuen Landkreis Barnim zusammen.[1] Dadurch ergibt sich für die heutige Betrachtung der Forst- und Jagdbereiche ein ganz anderes Flächenverhältnis.[2]

Zustand der Wälder bis zum Ende des 17. Jahrhunderts

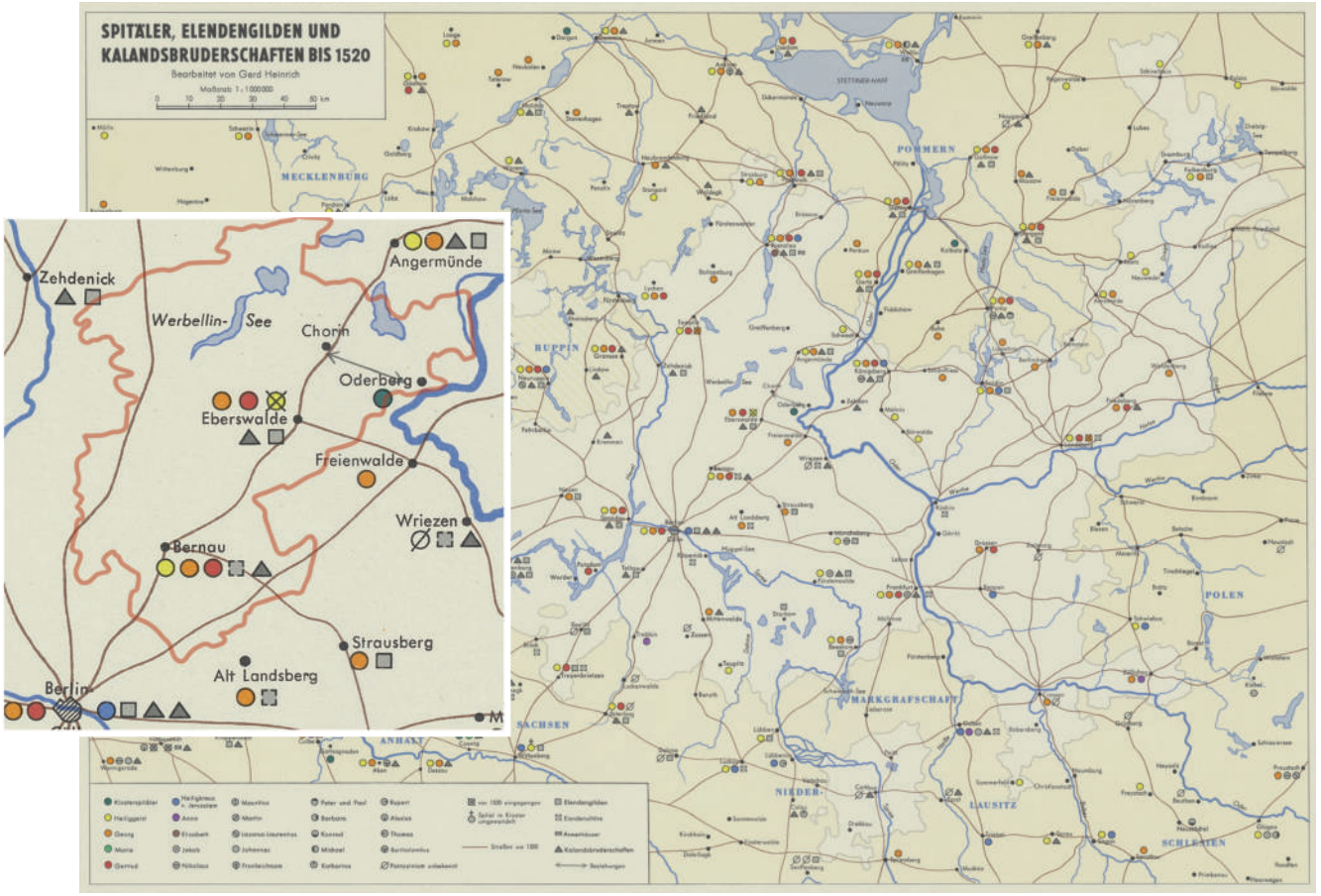
Im Wesentlichen war die Verwaltung der Wälder in dieser Zeit beschränkt auf deren Schutz, die Verhinderung illegaler Holzentnahme und der Wilderei. Mit der Anlegung der Klöster Zehdenick um 1250 und Chorin um 1276 durch die Zisterzienser[3] fielen weite Teile im Norden des Barnim in die Klosterverwaltung. Die restlichen Flächen blieben im markgräflichen, adligen oder städtischen Besitz. Während im Mittelalter überwiegend von der »magna merica«, also der »Großen Heide« gesprochen wurde, bildete sich daraus später die »magna merica werbellinum«, die Große Heide Werbellin. Sie umfasste fast den ganzen nördlichen Barnim. Der südliche und der östliche Teil des Landkreises fielen forstlich zunehmend der Besiedlung, der landwirtschaftlichen Nutzung und der städtischen Expansion, vor allem der Städte Berlin und Eberswalde, zum Opfer.

Nach der Reformation wurde der Barnim waldbaulich hauptsächlich durch die Biesenthaler-, Choriner-, Grimnitzer- und Groß Schönebecker Heide gestaltet. Sie bildeten zusammenhängende Waldflächen, die heute noch den Barnim prägen.

In der damaligen Verwaltung spielte die geordnete forstliche und jagdliche Nutzung eine untergeordnete Rolle. Bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts hinein erfolgte die forstliche Nutzung ohne jegliche Konzeption. Infolge des verheerenden Dreißigjährigen Krieges und der danach einsetzenden Neubesiedlung und Gründung von Dörfern erfolgten großflächige Rodungen zur Anlegung landwirtschaftlicher Flächen. Holz wurde dort geschlagen, wo es am bequemsten, leichtesten und kostengünstigsten war. Die Gemeinden hatten zudem das Recht, ihr Vieh zur Hütung, vor allem in der Mastzeit, wenn die Buchen und Eichen ihre Früchte verlieren, in die nahen Wälder zu treiben. Das hatte zur Folge, dass Waldflächen sich nicht mehr selbst regenerieren konnten, weil das Vieh die jungen Pflanzen abfraß. Dadurch und mit der zunehmenden Bevölkerung, verbunden mit einem steigenden Fleischbedarf, kam es zu großflächigen Waldschäden und einem Rückgang der Barnimer Waldflächen. Seit dieser Zeit haben sich die Wald- und Feldgrenzen bis in unsere Zeit im Wesentlichen erhalten.

Oberförsterei Groß Schönebeck

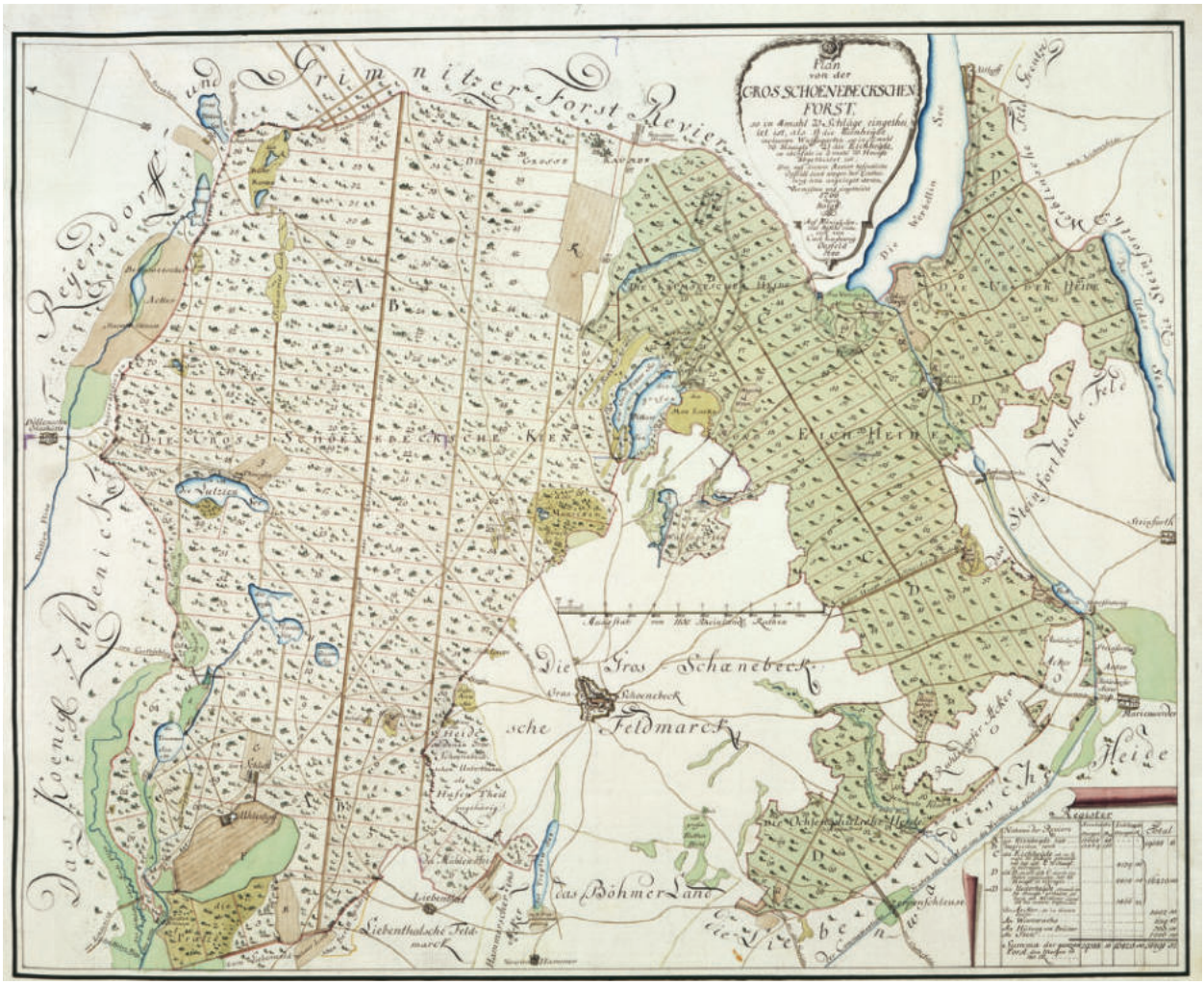
JAHR	1747	1751	1800	STÜCK/ HEKTAR[4]
Rinder	2.008	2.525	3.751	2,52
Pferde	944	1.923	1.052	0,90
Schafe	6.610	10.086	18.511	5,11
Schweine	325	keine Angaben	2.468	3,83
Gesamt/Stück	9.887	14.534	25.782[5]	12,36



Spitälerkarte, bis 1520.

Anfänglich lag die Trägerschaft der Hospitäler ausschließlich bei verschiedenen kirchlichen Institutionen oder privaten Stiftungen von »Wohltätern«. Letzteres war vor allem der Tatsache geschuldet, dass wohlhabende Bürger schon seit dem 13. Jahrhundert häufig zur Selbsthilfe griffen, um die auftretenden gesundheitsfürsorglichen Probleme angesichts der wachsenden Bevölkerung in den Städten zu lösen. Seit dem 14. Jahrhundert gewannen die städtischen Ratsversammlungen jedoch generell immer mehr Rechte über die inner- und außerhalb des Stadtwalls liegenden »privaten« Hospitäler.[7] So übernahmen in der Folgezeit viele Städte vorhandene oder neu gegründete Einrichtungen oder diese wurden nach einer gewissen Zeit vollständig in städtischer Aufsicht verwaltet.[8] Demzufolge war es für die Ratsherren besonders seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618–48) – bedingt durch veränderte demografische, soziale oder wirtschaftliche Entwicklungen – leichter als bisher, das Hospitalwesen an örtliche Verhältnisse anzupassen. Das führte dazu, dass sich die öffentliche Armenpflege herausbildete, während der kirchliche Einfluss allmählich zurückging.[9] Wenn Spitalstiftungen diese Zeit überstanden, wurden sie in der Regel im 19. Jahrhundert in Altersheime, seltener in Krankenhäuser, überführt, die häufig noch bis in das 20. Jahrhundert hinein in dieser Funktion erhalten blieben.[10]

Etwa die Hälfte aller Spitalbauten der Mark Brandenburg geht auf die spätaskanische Zeit zurück.[11] Über die brandenburgischen Spitalgründungen selbst gibt es nur wenige Zeugnisse. Viele von ihnen waren dem Heiligen Geist geweiht. Zahlenmäßig standen sie mit 49 Häusern an der Spitze der Spitäler. Auch zeitlich, dem Rang und der Größe nach waren die Heilig-Geist-Spitäler in der Regel die ersten am Ort. Sie befanden sich in verkehrsgünstiger Straßenlage, in der Nähe eines Stadttores und vor allem möglichst noch innerhalb der Mauern.[12] Daneben



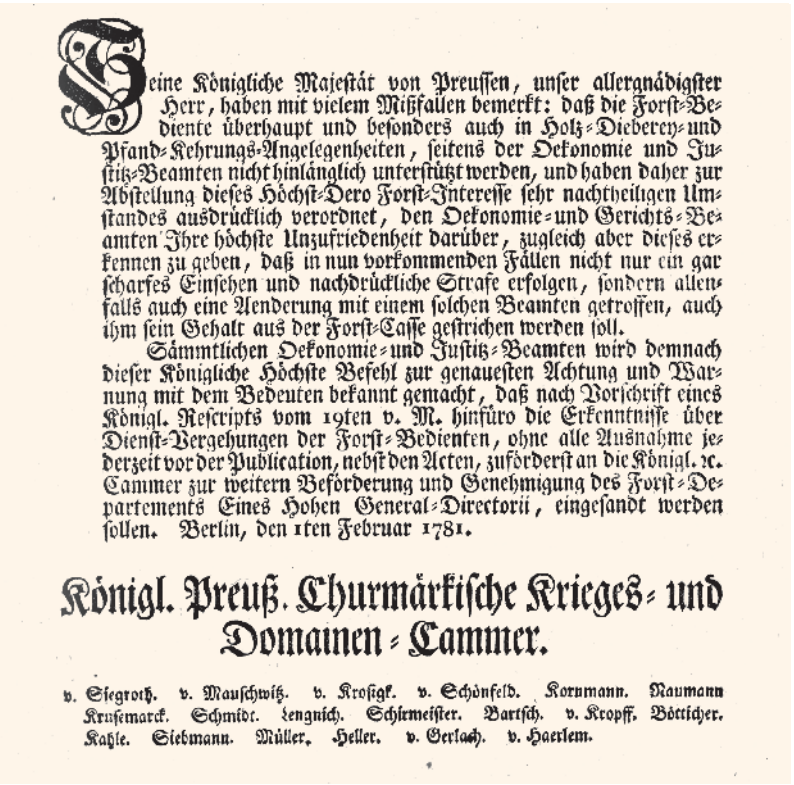
Plan der Groß Schönebecker Forst aus dem Jahre 1780.

Forstliche Strukturen

Erste schriftliche Zeugnisse über die Verwalter der Wälder gibt es aus dem Jahr 1541. Kurfürst Joachim II. ernannte Thomas Brandt[11] zu seinem Diener und Forstmeister. Er ist einer der Ersten, der schriftlich überliefert ist. Er sollte u. a. die Gehölze und Jagden bereiten sowie Schaden und Nachteile für den Kurfürsten verhindern.[12]

Dass dazu eine Notwendigkeit bestand, bezeugt ein Streitfall zwischen dem Heidereiter von Altenhof und Klein Ziethen, Andreas Fischer, und dem Amtmann und Oberholzförster aus Liebenwalde, Heinrich von Sandersleben, im Jahr 1595. Sandersleben erhielt am 15. Juni 1579 die Bestallung zum Oberjägermeister[13] und war der Erste, der diesen Titel trug. Sein Sitz war in Liebenwalde und vermutlich war er der Nachfolger von Thomas Brandt. Heinrich von Sandersleben beabsichtigte einen illegalen Stall für seine Schweine im Wald, beim heutigen Rosenbeck, zu errichten, was der Heidereiter wegen seines Eides auf den Kurfürsten nicht akzeptieren konnte und ihn deshalb anzeigte.[14]

Für 1555 wird Hans Wahle als Heidereiter für Grimnitz erwähnt.[15] 1584 wurden die Heidereiter Valentin von Gollin und Peter von Altenhof genannt, als sie über eine gute Eichel- und Buchenmast und über die Hausschweine, die zur Mast in ihrem Bereich getrieben wurden, berichteten.[16] Ab 1600 erfahren wir weitere Namen von Bestallungen für Heidereiter, die damals u. a. weitreichende Funktionen hatten, die man am ehesten mit denen eines heutigen Oberförsters vergleichen könnte.



Seine Königliche Majestät von Preussen, unser allergnädigster Herr, haben mit vielem Mißfallen bemerkt: daß die Forst-Bediente überhaupt und besonders auch in Holz-Dieberey- und Pfand-Kehrungs-Angelegenheiten, seitens der Oekonomie und Justiz-Beamten nicht hinlänglich unterstützt werden, und haben daher zur Abstellung dieses Höchst-Dero Forst-Interesse sehr nachtheiligen Umstandes ausdrücklich verordnet, den Oekonomie- und Gerichts-Beamten Ihre höchste Unzufriedenheit darüber, zugleich aber dieses erkennen zu geben, daß in nun vorkommenden Fällen nicht nur ein gar scharfes Einsehen und nachdrückliche Strafe erfolgen, sondern allenfalls auch eine Aenderung mit einem solchen Beamten getroffen, auch ihm sein Gehalt aus der Forst-Casse gestrichen werden soll.

Sämmtlichen Oekonomie- und Justiz-Beamten wird demnach dieser Königliche Höchste Befehl zur genauesten Achtung und Warnung mit dem Bedeuten bekannt gemacht, daß nach Vorschrift eines Königl. Rescripts vom 19ten v. M. hinfüro die Erkenntnisse über Dienst-Vergehungen der Forst-Bedienten, ohne alle Ausnahme jederzeit vor der Publication, nebst den Acten, zuförderst an die Königl. ꝛc. Cammer zur weitern Beförderung und Genehmigung des Forst-Departements Eines Hohen General-Directorii, eingesandt werden sollen. Berlin, den 1ten Februar 1781.

Königl. Preuß. Churmärkische Krieges- und Domainen-Cammer.

v. Siegroth. v. Mauschwitz. v. Krosigk. v. Schönfeld. Kornmann. Naumann
Krusemarck. Schmidt. Lengnich. Schirmeister. Bartsch. v. Kropff. Böttticher.
Kahle. Siebmann. Müller. Heller. v. Gerlach. v. Haerlem.

Anordnung König Friedrich II. wegen Unterstützung der Forstbeamten durch Justizbeamte bei Holzdiebstahl, 1781.



Vermessungskarte für einen Teil der Üderheide, um 1810.

So wurde für das Amt Liebenwalde 1601 P. Niete (Niele) zum Hegemeister und Buschläufer bestellt, für Biesenthal wurde 1603 Joachim Zander als Heidereiter eingesetzt, für Chorin 1607 Hans Meißner und für Grimnitz Peter Suppen.[17]

Die Bezeichnung »Förster« ist vermutlich erstmals für das Jahr 1577 nachweisbar. In einer Akte aus dem Bestand der Hofverwaltung wird: »Jacob des Holzförsters beritt« erwähnt.[18] Erst 1739 legte König Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) fest, dass die Bezeichnung Förster für alle Heidereiter und Wildnisbereiter zu führen war.[19] Seitdem galt die Bezeichnung Ober-, Revier- und Unterförster für das gesamte Königreich Preußen.

Der König versuchte, Ordnung in die desolate Waldwirtschaft zu bringen, und erließ für seine Landesteile 1720 die Erste-Holz-Mast Ordnung und veranlasste die Anlegung von Eichen- und Kiefernkämpen (Pflanzgärten), um den Waldbestand zu stabilisieren. Damit kann er als Vater der Wiederaufforstung in Preußen angesehen werden, auch wenn ihm seine Forstverwaltung immer wieder neue Schwierigkeiten vortrug, weshalb dieses oder jenes – überwiegend aus finanziellen Gründen – nicht möglich sei. Die ersten Erfolge stellten sich zeitlich versetzt erst unter der Regentschaft seines Sohnes König Friedrich II. (1712–1786) ab 1740 ein.

Die gesamte Kurmark war inzwischen in drei Distrikte geteilt, die unter der Aufsicht von drei zum Kollegium der Kriegs- und Domänenkammer gehörigen Oberforstmeister standen. Jeder Distrikt hatte eine größere Anzahl staatlicher Forstreviere, die ihrerseits von den oft mit den Domänenämtern gekoppelten Forstämtern beaufsichtigt wurden.

Für die Mittelmark, also auch den Barnim, war Graf Hans Bogislav von Schwerin verantwortlich. Ihm unterstanden u. a. die Wälder in den Ämtern Biesenthal, Chorin, Grimnitz, Liebenwalde und Mühlenbeck. 1743 befahl Friedrich II. sämtlichen Förstern, in ihren Zuständigkeiten mit mehr Elan und Nachdruck auf die Anpflanzung junger Bäume zu wirken. Eine gedruckte Anweisung, die alle Förster erhielten, befahl, Pflanzgärten anzulegen. Im Bar-



Vermessungskarte zur Wiederaufforstung, 1805.

nim entstanden dadurch zwischen 1733 und 1746 mindestens zehn Pflanzgärten.[20] Diese Initiative zielte vor allem auf diejenigen Förster, die aus dem Militär kamen und demzufolge von Forstwirtschaft nicht viel verstanden. Sie sollten über das Anlegen von Pflanzgärten geschult werden, um den Baumbestand zu erhalten.

Der König sah das eigentliche Problem sehr deutlich. Die Erholung der Wälder wurde vor allem dadurch erschwert, dass die Gemeinden ihren Viehbestand relativ unkontrolliert dort hineinließen und dadurch die Jungpflanzen immer wieder weitgehend abgefressen wurden. Deshalb wies er das Generaldirektorium am 31. Mai 1747 an, die Wälder in Hütungsbezirke einzuteilen, in welche die Berechtigten ihr Vieh treiben konnten. Dadurch sollten sich die anderen Reviere erholen und der Waldbestand regenerieren.[21] Doch mit dieser Forderung entstand ein neues Problem, auf das alle Oberforstmeister hinwiesen: Die Umsetzung sei nicht möglich, da es überhaupt keine Forstkarten gebe, um die Hütungsbezirke und Schutzzonen genau festlegen zu können. Streitfälle seien demzufolge nicht auszuschließen. Daraufhin wurde mit erheblichem finanziellen Aufwand damit begonnen, die Wälder zu vermessen, einzuteilen und waldbaulich zu klassifizieren. Allerdings vergingen noch Jahrzehnte, bis endlich maßstabgetreue Karten für die Forstwirtschaft vorlagen.

Unter König Friedrich Wilhelm II. (1744–1797) entwickelte sich die Forstverwaltung nicht wesentlich weiter, sodass schon während der napoleonischen Befreiungskriege Forderungen nach einer reformierten Forstwirtschaft laut wurden. Im Zusammenhang mit den Reformen der Staatsverwaltung ging u. a. auch eine völlige Neuordnung der Forstverwaltung einher.

Die forstliche Lehre

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gab es keine staatlich strukturierte forstliche Ausbildung. Ausgebildet wurde generell über die Heidereiter und späteren Oberförster, wobei das Hauptziel darin bestand, die Jagdausübung zu beherrschen. Die forstliche Ausbildung blieb untergeordnet. Wollte ein Interessierter den Beruf eines Forstmannes erlernen, trat er zunächst als Lehrjunge den Dienst bei einem Oberförster an. Je nach Eignung konnte er später als Waldläufer oder Hilfsförster eingesetzt werden.

König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) berief 1811 den aus dem Hessischen stammenden Forstmann Georg Ludwig Hartig zum preußischen Oberlandforstmeister nach Berlin, der unter starkem Widerstand der preußischen Forstbeamten kam. Bereits im Juli 1811 legte er seine »Neuste Organisation des Hartig'schen Forst- und Jagd-Lehrinstituts« vor und geriet damit in Konflikt mit den etablierten Forstbeamten. Im gleichen Jahr unternahm Hartig Inspektionsreisen in die Reviere um Berlin. So lernte er auch die Reviere des Barnim, u. a. Grimnitz, kennen.[22] Vier Jahre später übertrug ihm der König die Leitung der Forst- und Jagdsachen in Preußen. Unter seiner Federführung entstand eine neue Forstorganisation, die 1817 in allen preußischen Provinzen eingeführt wurde. Diese sah für den Regierungsbezirk Potsdam, in dem sich der Barnim befand, zwölf Forstinspektionsbezirke vor, von denen jeder drei bis sechs Revierförstereien umfasste. Schon zwei Jahre danach wandelte man das viel zu aufwendige System um, reduzierte die Zwischeninstanz auf zehn Forstinspektionen und bezeichnete die Revierverwalter wieder als Oberförster.[23] Die Geschäfte der 1821 endgültig aufgehobenen alten Forstämter gingen auf die Forstinspektoren über, die ihrerseits die Oberförster speziell anleiteten und kontrollierten. Diesen blieb neben der Rechnungslegung über Natural- und Geldeinnahme sowie Geldausgabe fast nur der Vollzug der vom Forstinspektor bestimmten Betriebspläne.

Der Wandel der Forstorganisation sollte noch Jahre andauern. Nach 1819 wurde die Zahl der Forstinspektionen weiter reduziert und Oberförstereien wurden vereinigt, sodass seit 1827 noch sechs Inspektionen bestanden. Zur vierten Forstinspektion Neustadt-Eberswalde gehörten u. a. die Oberförstereien Biesenthal, Gramzow, Grimnitz, und Liepe zur fünften Forstinspektion Zehdenick u. a. die Oberförstereien Reiersdorf, Groß Schönebeck mit Pechteich und Liebenwalde. Spätere Veränderung gab es durch Umbenennung, Zusammenlegung und Neubildung von Oberförstereien, vor allem im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. So entstand 1881 die Oberförsterei Eberswalde mit den Revieren Bornemannsphul, Eberswalde, Melchow und Schönholz aus der Ober-





Forstliche Ausbildung in Eberswalde: Gebäude der Königlichen Forstakademie, l. 2018 und r. um 1830.

försterei Biesenthal sowie dem Revier Tiefensee aus der Oberförsterei Freienwalde.[24] Ein Jahr später wurde die bisherige Oberförsterei Liepe in Chorin umbenannt. Zu ihr gehörten ab 1900 die Reviere Chorin, Kahlenberg, Liepe, Senftenthal und Teerofen.[25]

Auf Initiative von Hartig wurde die forstliche Ausbildung 1830 nach Eberswalde verlegt, um die praktische Ausbildung tatsächlich im Wald stattfinden zu lassen. Zu ihrem ersten Leiter wurde Wilhelm Pfeil ernannt.

Unter den Forstwissenschaftlern Pfeil, Dankelmann, Hausendorff und Richter, um nur einige zu nennen, entwickelte sich Eberswalde zum Zentrum der forstwirtschaftlichen Ausbildung in ganz Deutschland. 1922 erfolgte die Umwandlung in eine Forstliche Hochschule, die eng mit der Preußischen Forstlichen Versuchsanstalt verbunden war.[26]

Nach dem Zweiten Weltkrieg beauftragte die sowjetische Militärverwaltung Prof. Dr. Johannes Schubert als Kommissar der Hochschule mit der Amtsführung. Wegen der allgemeinen Verhältnisse nach dem Krieg gelang es ihm nicht, den Lehrbetrieb schon zum 1. Oktober 1945 wieder aufzunehmen. Teile des Inventars waren in die Westsektoren verbracht worden und rund 20.000 der ehemals 50.000 Bände umfassenden Bibliothek waren durch Kriegseinwirkungen und Plünderungen verloren gegangen. Weiterhin war unklar, ob die Forstliche Hochschule Eberswalde, aufgrund der Konkurrenz zu Tharandt, überhaupt überleben würde. 1946 gelang die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes, jedoch fielen der politischen Säuberung Prof. Dr. Liesl (Botanik), Prof. Dr. Olberg (Waldbau) und Dr. Kruel (Zoologie) zum Opfer.[27]

Mit der umstrittenen Schließung im Jahr 1963 verlor Eberswalde diesen bedeutenden Standort. Erhalten blieb jedoch das 1952 gegründete Institut für Forstwirtschaft, das nach der politischen Wende 1990 ebenfalls geschlossen werden musste.

Während Eberswalde für die Oberförsterebene zur bedeutendsten Bildungsstätte wurde, gab es für die Revierförsterebene in ganz Preußen noch keine Ausbildungsstätte. Erst 1872 gründete der Dorfschullehrer Kortenbeitel die erste preußische Forstschule für die untere Försterlaufbahn in Groß Schönebeck und erlangte damit einen bedeutenden Stand in Preußen. Von 1872 bis 1907 wurden fast alle späteren Revierförster in Groß Schönebeck ausgebildet. Den Bau und die Unterhaltung dieser Schule finanzierte Kortenbeitel teilweise aus privaten Mitteln und aus Spenden. Da die Gemeinde Groß Schönebeck einem Neubau der Forstschule ablehnend gegenüberstand, wurde sie 1907 geschlossen und siedelte nach Spangenberg um.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg erneut ein Mangel an forstlich ausgebildeten Fachkräften entstand, entschloss sich das Landesforstamt, in dem nicht zerstörtem Arbeitsdienstlager des Reichsarbeitsdienstes am Werbellinsee 1946 eine Waldarbeiter-Fachschule einzurichten. Zuerst in zweijährigen, später in mehrwöchigen Lehrgängen wurden hier Waldfacharbeiter, Haumeister und Hilfsförster ausgebildet.[28] Ihr erster Leiter war Oberforstmeister Ziebarth. Jedoch war auch hier der Anfang schwer und das folgende Beispiel kann nur annähernd die damaligen



Waldarbeiter Willi Zehm aus Altenhof beim Rücken eines Buchenstammes.

Verhältnisse wiedergeben. Von den 1946 ursprünglich 60 Schülern schied einer auf eigenen Wunsch aus und 15 wurden wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen oder flüchteten in die westlichen Besatzungszonen. Nur 44 Schüler setzten den Lehrgang fort.[29] Gleichzeitig befand sich in Eberswalde die Forstlehrfachschule, an der 50 Absolventen ausgebildet worden sind.[30]

Forstwirtschaft im Nationalsozialismus

Bis zum Ende der Weimarer Republik blieb die Forstwirtschaft stabil und konnte den Bedarf an Holz selbst decken. Verantwortlich dafür zeichnete die unter König Friedrich Wilhelm III. erneuerte nachhaltige Forstwirtschaft. Das konsequente Umsetzen dieses Prinzips führte in späterer Zeit zu einer sicheren Versorgung mit Holz, selbst in der Zeit des Ersten Weltkrieges.[31]

Einen größeren Einschnitt in der weiteren Entwicklung der Forstwirtschaft verursachte das 1933 erlassene Gesetz über die Landesforstverwaltung. Diese ging jetzt auf Hermann Göring als preußischen Ministerpräsidenten über, dessen Forstabteilung ein Oberlandforstmeister leitete. Daraus entwickelte sich das preußische Landesforstamt. Im Regierungsbezirk Potsdam führte ein Oberforstmeister, seit 1934 Landforstmeister genannt, die Geschäfte der Staatsforstverwaltung aus. Erstmals in der deutschen Geschichte der Forstwirtschaft setzte ab 1933 eine massive Politisierung ein, in der jeder Forstbeamte einen arischen Familiennachweis[32] erbringen musste, eine Mitgliedschaft in der NSDAP war zudem gern gesehen.

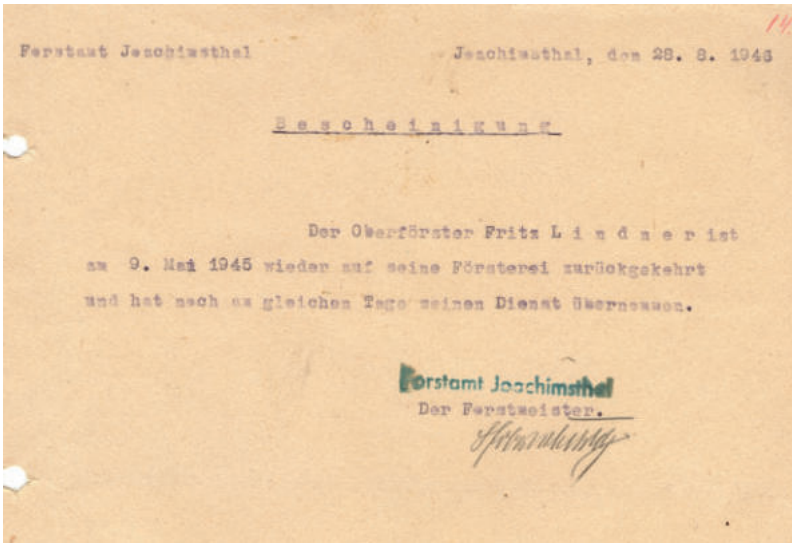
1934 erfolgte eine weitere Umfirmierung. Die Oberförstereien wurden jetzt in Forstämter und die Revierförstereien in Oberforstmeisterbezirke umbenannt. Mit der Übergabe des Forst- und Jagdwesens auf das Reich im gleichen Jahr erfolgte eine weitere Zentralisierung, die ihren Abschluss mit dem Gesetz über die Vereinheitlichung des Behördenaufbaus vom 5. Juli 1939 fand. Nun zählten auch die Forstbehörden der Länder zu den Reichsbehörden, nachdem bereits 1935 das preußische Landesforstamt mit dem Reichsforstamt zur Behörde »Der Reichsforstmeister und preußische Landesforstmeister« vereinigt worden war.[33]

So wurden z. B. 1933 die Oberförsterei Biesenthal, die übrigens auch Lehroberförsterei der Forstlichen Hochschule in Eberswalde war, in Finowtal umbenannt. Weiterhin wurden 1936 die Oberförstereien Groß Schönebeck, Grimnitz und Pechteich der »Stiftung Schorfheide« angeschlossen, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, über die Grenzen des Landkreises Barnim hinaus, eine Größe von rund 60.000 Hektar erreichte. Diese Stiftung bildete ab 1937 eigenständige Forstämter wie z. B. das Forstamt Hubertusstock und Schorfheide. Dagegen blieben die Reviere Altenhof, Voigswiese und Ziethen bis 1941 als Forstamt Grimnitz-Ost unter der allgemeinen Forstverwaltung bestehen.[34]

Die überstandene Weltwirtschaftskrise und vor allem das nationalsozialistische Aufrüstungsprogramm verschlangen alle bis in die 1940er Jahre vorhandenen Holzvorräte. Der Holzeinschlag betrug ein Vielfaches des normalen Zuwachses. Zusätzlich erforderte der Bau der Reichsautobahn durch den Barnim dauernde Freiflächen. Zum Beispiel musste das Forstamt Finowtal Kahlschläge hinnehmen, die nicht nur geschlossene Waldflächen,

sondern auch alte Wildwechsel zerschnitten. Betroffen davon waren Flächen in den Revieren Kehlheide, Eiserbude und Grafenbrück.[35]

Nach unbestätigten Angaben soll der allgemeine Holzvorrat zum Kriegsende 1945 auf 75 bis 65 Prozent zurückgegangen sein. Der durchaus berechtigte Begriff des Raubbaues in der Forstwirtschaft des Barnim setzte sich in den nachfolgenden Jahren zwangsläufig weiter fort. Nicht nur für den Wiederaufbau wurde Holz benötigt, Reparationsleistungen mussten u. a. in Form von Holz geleistet werden und aus Mangel an Kohle stieg der Bedarf an Brennholz bedeutend an. Allein der Brennholzbedarf wurde damals mit zehn bis zwölf Prozent des Gesamteinschlages angegeben.[36]



Forstamt Joachimsthal — Joachimsthal, den 28. 8. 1945

Bescheinigung

Der Oberförster Fritz L i n d n e r ist am 9. Mai 1945 wieder auf seine Försterei zurückgekehrt und hat noch am gleichen Tage seinen Dienst übernommen.

Forstamt Joachimsthal
Der Forstmeister.

Bescheinigung für Fritz Lindner über die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit.

Die sozialistische Forstwirtschaft

Bereits mit dem Befehl Nr. 97 vom 13. Oktober 1945 regelte die Oberste Militäradministration der sowjetischen Armee in Deutschland (SMAD) die Reorganisation der Forstwirtschaft. Innerhalb von zehn Tagen musste der eingeschlagene Holzbestand nach Holzarten festgestellt und gemeldet werden.[37] Der außerordentlich hohe Substanzverlust in den Wäldern des Barnim setzte sich fort. Erschwerend kam hinzu, dass sich der Verlust nicht gleichmäßig auf alle Altersklassen des Waldes verteilte, sondern überwiegend aus dem Altholzbestand zusammensetzte. Wurde ein normaler Altholzeinschlag von 40 Prozent angenommen, stieg dieser nun auf über 50 Prozent an und gefährdete damit den Holzvorrat für spätere Generationen. 1948 erreichte die rücksichtslose Entnahme von Holz aus den Wäldern ein kritisches Stadium.

Die sowjetische Besatzungszone und damit auch den Barnim traf die Minderung des Holzvorrates und Zuwachses umso härter, da der Holzeinschlag teilweise ohne jede waldbauliche Rücksichtnahme durchgeführt wurde. Die Ursache dafür lag vor allem im Mangel an geeigneten Forstwirten und an den von der Besatzungsmacht geforderten Reparationen.

Hinzu kam, dass Forstangestellte, die nicht in die westlichen Besatzungszonen geflüchtet waren und sich dem Widerаufbau widmen wollten, jedoch Mitglied der NSDAP gewesen waren oder einer ihrer Parteiorganisationen angehört hatten, grundsätzlich entlassen wurden und somit der Forstwirtschaft erst einmal verloren gingen. Wieder setzte eine umfassende Politisierung ein, die jeden ausgrenzte, der nicht der vorgegebenen – nunmehr sozialistischen – Ideologisierung entsprach. Später wurden aus der Not heraus ehemalige Ober- oder Revierförster, denen keine aktive Parteiarbeit nachgewiesen werden konnte, degradiert wieder eingestellt und ihnen teilweise einfache Waldarbeiterfunktionen zugewiesen. Ihre Funktionen wurden nunmehr durch Waldarbeiter oder berufsfremdes Personal ausgefüllt. Das führte wiederum dazu, dass forstwirtschaftliche Kenntnisse fehlten und es zu Fehlentscheidungen kam.

Die enormen Schäden, die der Forstwirtschaft dadurch entstanden, wurden erst Jahre später erkannt. Grundsätzlich wurde nunmehr von allen Forstmitarbeitern ein »politisch- ideologischer Standpunkt« gefordert. Junge Forstanwärter wurden nur unter »marxistisch-leninistischen Kaderprinzipien«[38] eingestellt.

Dennoch begann nach 1945 ein Neuanfang und die Forstverwaltung des Landes Brandenburg unternahm in den folgenden Jahrzehnten sehr große Anstrengungen, um die entstandenen Kahlflächen und Lücken in den Wäldern durch Aufforstungsmaßnahmen zu schließen.

In einer enormen Kraftanstrengung wurde damit begonnen, die großen Kahlschlagflächen wieder aufzu-

forsten. Hatte das Land Brandenburg 1946 eine Holzbodenfläche von etwa 662.548 ha, so waren davon rund 115.000 ha bzw. 17 Prozent Kahlflächen. Im gleichen Jahr begannen erste Wiederaufforstungen auf insgesamt 3.700 ha[39] und im ersten Halbjahr 1948 konnten weitere 5.334 ha wieder aufgeforstet werden.[40] Diese Arbeiten übernahmen zum überwiegenden Teil Kulturfrauen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass das Holz, das heute in den Wäldern des Barnim geschlagen wird, von diesen Frauen gepflanzt wurde.

In der Forststruktur blieb das bisherige Oberförstersystem bestehen. Mit dem Befehl Nr. 97 der SMAD und der Ordnung der Forstwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vom 29. Oktober 1945 wurde die Reorganisation der Forstverwaltung eingeleitet. Die einheitliche Leitung der Forstwirtschaft in der SBZ oblag dem Zentralforstamt bei der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, die im Juni 1947 in die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) eingegliedert und im Oktober 1949 zum Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MfLF) der DDR umstrukturiert wurde. Mittelinstanz für das Gebiet der Provinz Mark Brandenburg war das im Juli 1945 aufgebaute Landesforstamt innerhalb der Abteilung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Provinzialverwaltung in Potsdam. Im Dezember 1946 wurde diese Abteilung unter der Bezeichnung »Landwirtschaft und Forsten« dem neu gebildeten Ministerium für Wirtschaftsplanung zugeordnet.

Zur Optimierung der Forstwirtschaft, insbesondere einer verbesserten Holzversorgung, fungierte das Landesforstamt seit Juli 1947 als selbstständige Abteilung. Die Forstämter in den Kreisen waren als unmittelbare Lokalbehörden nachgeordnet. Diesen unterstanden die Revierförstereien. Die Forstämter knüpften an das Ende des 18. Jahrhunderts entstandene System der Oberförstereien an, die seit 1934, wie erwähnt, die Bezeichnung Forstämter führten und 1939 in Reichsbehörden umgewandelt worden waren. 1948 gab es im gesamten Land Brandenburg 93 Forst- und drei Stiftungsforstämter mit 652 Revierförstern.[41] Die am 11. und 12. Februar 1949 in Berlin tagende Landesforstmeisterkonferenz fasste den Beschluss, Kreisforstämter u. a. im alten Kreis Nieder- und Oberbarnim zu bilden, die zukünftig für die gesamten forstwirtschaftlichen Belange eines Landkreises verantwortlich waren. Auf eine völlig neue Grundlage wurde die Forstwirtschaft im Barnim mit der Verordnung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft der DDR vom 14. Februar 1952 gestellt. Die danach gebildeten Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe (StFB) bedeuteten eine erneute Zentralisierung. Sie unterstanden dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, waren der Verwaltung Staatlicher Forstwirtschaftsbetriebe mit Sitz in Potsdam zugeordnet und wurden von dem Kreisforstamt angeleitet, in dem der jeweilige StFB seinen Sitz hatte.[42]

Im Zuge der erneuten Verwaltungsreform vom 23. Juli 1952[43] wurden die Kreisforstämter im August 1952 zu den Sachgebieten Land- und Forstwirtschaft der neu gebildeten Räte der Kreise Bernau und Eberswalde umstrukturiert. Im Barnim entstanden somit der StFB Bernau mit Sitz in Groß Schönebeck, der StFB Eberswalde und der StFB Schorfheide mit Sitz in Joachimsthal, von denen jeder mehrere Oberförstereien umfasste.[44] Durch die Kreisgebietsreform wurden die Betriebsgrenzen der StFB teilweise verändert. Die StFB waren nicht an Kreisgrenzen gebunden und zunächst nur für den Staatswald zuständig. Später übernahmen sie auch private Waldflächen.

Erster Direktor des StFB Eberswalde wurde Oberforstmeister Herbert Voigt.[45] Die Betriebsflächen umfassten den Kreis Eberswalde, Teile aus dem Kreis Freienwalde und kleinere Waldteile in den Kreisen Bernau und Angermünde. Im Norden grenzte er an den StFB Joachimsthal, im Westen und Südwesten an den StFB Bernau, im Süden an den StFB Straußberg und im Osten an die Landesgrenze zur Volksrepublik Polen. Bis 1958 gliederte sich der Betrieb in die Oberförstereien Chorin, Eberswalde, Freienwalde und Finowtal. Mit der Übernahme der Waldflächen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und der privaten Wälder wurde die Oberförsterei Steinbeck neu gebildet. Bewirtschaftete der Betrieb 1953 noch 21.061,58 ha Fläche, so stieg diese durch die Übernahme auf insgesamt 36.503,87 ha an.[46]

Horst Naß wurde für den StFB Bernau mit Sitz in Groß Schönebeck als erster Direktor eingesetzt. Dieser Betrieb hatte Mitte der 1950er Jahre 505 Beschäftigte[47] und entwickelte sich in den weiteren Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig mit Holzeinschlag, Holzverarbeitung, Harzung und Kiesabbau.



Aufforstungsfläche im Revier Lindhorst in der Schorfheide.



Kulturfrauen bei der Neupflanzung eines Kahlschlages.

Als weiterer Betrieb entstand am Nordrand des Barnim der StFB Schorfheide mit Sitz in Joachimsthal, der sich aus den Oberförstereien Gartz, Grimnitz, Neuhaus und Schwedt zusammensetzte.[48] Aber schon 1964 kam es zu seiner Auflösung; die Schorfheide galt wieder als Staatsjagdgebiet und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beanspruchte die Oberförsterei Neuhaus als ihr Jagdgebiet. Begründet wurde diese gravierende Veränderung u. a. mit »Schädlingstätigkeit« und »Misswirtschaft der Betriebsleitung«.[49] Der damalige Betriebsleiter des StFB Schorfheide Gerhard Deutsch wurde durch das MfS als Leiter der jetzt selbstständigen Oberförsterei Neuhaus eingesetzt. Später wirkte er als Direktor des neuen StFB Neuhaus.[50] Die restlichen Betriebsflächen wurden auf die angrenzenden StFB verteilt.

Nach dem Musterstatut vom 19. Dezember 1954 waren die StFB juristische Personen und Rechtsträger aller volkseigenen forstwirtschaftlich genutzten Vermögenswerte und arbeiteten mit einem Betriebsplan nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Ihre Betriebsleiter wurden durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ernannt bzw. abberufen. Für sie waren die noch bestehenden, allerdings in Verantwortung und Struktur veränderten Kreisforstämter zuständig, in dem sich der Sitz des jeweiligen StFB befand. Die Kreisforstämter nahmen nach der Bildung der StFB die Form von Referaten bei den Räten der Kreise, Abteilung Landwirtschaft, an und hatten außer Anleitungs- und Kontrollfunktionen nur noch die Betreuung des Privatwaldes wahrzunehmen.

Den StFB unterstanden die jeweiligen Oberförstereien, die 1952–54 auch als Instrukteurbezirke bezeichnet wurden, mit den dazugehörigen Revierförstereien. Mit Anordnung vom 1. April 1955 wurden die Verwaltungen der Kreisforstämter aufgelöst und die StFB den Räten der Bezirke, Abteilung Landwirtschaft, Unterabteilung Forstwirtschaft, zugewiesen. In Durchführung der Anordnung vom 11. Februar 1959 waren die StFB nunmehr sowohl für den volkseigenen Wald als auch für den Privat- und Genossenschaftswald verantwortlich. Mit dem 1. Januar 1964 waren die zwei Forstbetriebe des Barnim nicht mehr dem Bezirk Frankfurt/Oder unterstellt, sondern der neu geschaffenen Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) in Potsdam, gleiches galt bei allen Fragen der Jagdbewirtschaftung. Elf Jahre später – 1975 – wurden die VVB Forstwirtschaft aufgelöst; dafür wurde beim Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder eine Abteilung Forstwirtschaft gebildet, die u. a. für die Leitung der beiden StFB zuständig war.[51]

Völlig ausgenommen davon waren bis 1990, in forstlicher und jagdlicher Nutzung, der 1961 gegründete Militärforstbetrieb (MFB) Schorfheide und alle Gebiete, die



Waldarbeiterfrau bei der Harzung.

Heft Nr. der 1954 zentral eingeführten Zeitschrift »Forst und Jagd«.



durch die deutschen und sowjetischen Militäreinheiten bis 1992 auf dem Gebiet des Barnim genutzt wurden. Dies galt weiterhin auch für alle Waldflächen, die im Eigentum der Kirchen standen.

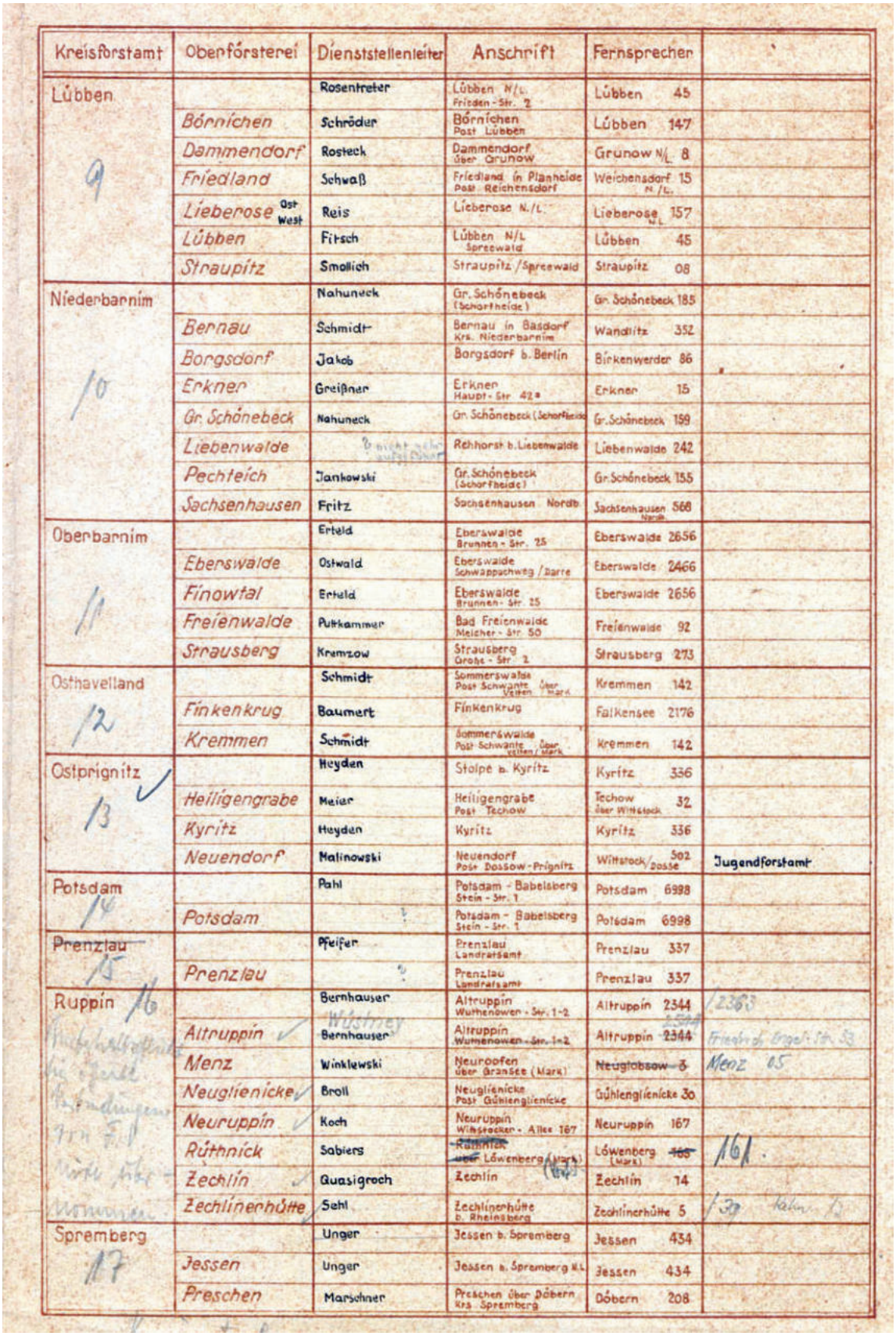
Forsthäuser

Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts hatten die Verwalter des Forstes ihren Wohnsitz noch in den jeweiligen Orten und nicht direkt im Wald. 1718 erließ König Friedrich Wilhelm I. Bestimmungen, wie mit der Erbauung und Reparatur von Forsthäuser zu verfahren sei. Danach stellte der Staat 150 Taler und freies Bauholz für einen Neubau bereit, die Mehrkosten sollte jeder Heidereiter selbst tragen. Dieser Regelung folgte auch sein Sohn Friedrich II. 1745 beschwerte sich der Oberjägermeister, dass in den zurückliegenden sechs Jahren 3.061 Taler für den Bau von Forsthäusern ausgegeben worden seien, jedoch der Bedarf viel höher sei. Friedrich II. antwortete, wenn bisher jährlich 500 Taler ausgereicht hätten, dann müsse die Summe auch weiterhin ausreichen.[52]

Erst unter Staatskanzler Hardenberg gelang es dem Oberlandforstmeister Hartig nach 1811, ein Programm auf den Weg zu bringen, dass jedem Revierförster in seinem Forstrevier den Bau einer Dienstwohnung zusicherte. Der Revierverwalter sollte unmittelbarer in seinem Revier wohnen und wirken, was u. a. mit der starken Zunahme der Wilderei und des Holzdiebstahls begründet wurde.[53]

Bestanden die ersten Revierförstereien noch aus einfachen, schlichten Fachwerkgebäuden, so änderte sich das ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Danach entstand die noch heute sichtbare und in die Natur behutsam eingefügte Forstarchitektur. Verbunden mit einer Dienstwohnung war entsprechendes Dienstland, um Landwirtschaft betreiben zu können. Der Förster hatte damit die Möglichkeit, sich selbst zu ernähren und er war weitgehend autark von jeglicher dörflichen Infrastruktur. Noch bis in die 1960er Jahre hatten einzelne Förstereien des Barnim keinen Anschluss an das öffentliche Energienetz.

Gleichzeitig versuchte die Forstverwaltung, die aus dem Mittelalter bestehenden Pachtverhältnisse für Köhlereien und Teeröfen zu kündigen und die Gebäude zu Förstereien umzuwandeln. Ein Grund dafür war der



Kreisforstamt	Oberförsterei	Dienststellenleiter	Anschrift	Fernsprecher	
Lübben 9		Rosentreter	Lübben N/L. Frieden-Str. 2	Lübben 45	
	Börnichen	Schröder	Börnichen Post Lübben	Lübben 147	
	Dammendorf	Rosteck	Dammendorf über Grunow	Grunow N/L 8	
	Friedland	Schwaß	Friedland in Planheide Post Reichensdorf	Weichensdorf N/L. 15	
	Lieberose Ost West	Reis	Lieberose N/L.	Lieberose N/L 157	
	Lübben	Fitsch	Lübben N/L Spreewald	Lübben 45	
	Straupitz	Smolich	Straupitz / Spreewald	Straupitz 08	
Niederbarnim 10		Nahuneck	Gr. Schönebeck (Schorfheide)	Gr. Schönebeck 185	
	Bernau	Schmidt	Bernau in Basdorf Krs. Niederbarnim	Wandlitz 352	
	Borgsdorf	Jakob	Borgsdorf b. Berlin	Birkenwerder 86	
	Erkner	Greißner	Erkner Haupt-Str. 42a	Erkner 15	
	Gr. Schönebeck	Nahuneck	Gr. Schönebeck (Schorfheide)	Gr. Schönebeck 159	
	Liebenwalde		Rehhorst b. Liebenwalde	Liebenwalde 242	
	Pechteich	Jankowski	Gr. Schönebeck (Schorfheide)	Gr. Schönebeck 155	
	Sachsenhausen	Fritz	Sachsenhausen Nordb.	Sachsenhausen Nordb. 568	
Oberbarnim 11		Ertelt	Eberswalde Brunnen-Str. 25	Eberswalde 2656	
	Eberswalde	Ostwald	Eberswalde Schwappachweg / Parre	Eberswalde 2466	
	Finowtal	Ertelt	Eberswalde Brunnen-Str. 25	Eberswalde 2656	
	Freienwalde	Puttkammer	Bad Freienwalde Meicher-Str. 50	Freienwalde 92	
	Strausberg	Kremzow	Strausberg Große-Str. 2	Strausberg 273	
Osthavelland 12		Schmidt	Sommerswalde Post Schwante über Velten / Mark	Kremmen 142	
	Finkenkrug	Baumert	Finkenkrug	Falkensee 2176	
	Kremmen	Schmidt	Sommerswalde Post Schwante über Velten / Mark	Kremmen 142	
Ostprignitz 13		Heyden	Stolpe b. Kyritz	Kyritz 336	
	Heiligengrabe	Meier	Heiligengrabe Post Techow	Techow über Wittstock 32	
	Kyritz	Heyden	Kyritz	Kyritz 336	
	Neuendorf	Malinowski	Neuendorf Post Dossow-Prignitz	Wittstock / Dosse 502	Jugendforstamt
Potsdam 14		Pahl	Potsdam - Babelsberg Stein-Str. 1	Potsdam 6998	
	Potsdam		Potsdam - Babelsberg Stein-Str. 1	Potsdam 6998	
Prenzlau 15		Pfeifer	Prenzlau Landratsamt	Prenzlau 337	
	Prenzlau		Prenzlau Landratsamt	Prenzlau 337	
Ruppin 16		Bernhauser	Altruppin Wuthenowen-Str. 1-2	Altruppin 2344	
	Altruppin	Bernhauser	Altruppin Wuthenowen-Str. 1-2	Altruppin 2344	
	Menz	Winklewski	Neuroofen über Gransee (Mark)	Neugrabsow 3	
	Neuglienicke	Broll	Neuglienicke Post Gühlenglienicke	Gühlenglienicke 30	
	Neuruppin	Koch	Neuruppin Wilhstracken-Allee 167	Neuruppin 167	
	Rüthnick	Sabiers	Rüthnick über Löwenberg (Mark)	Löwenberg (Mark) 165	
	Zechlin	Quasigroch	Zechlin	Zechlin 14	
	Zechlinerhütte	Sehl	Zechlinerhütte b. Rheinsberg	Zechlinerhütte 5	
Spremberg 17		Unger	Jessen b. Spremberg	Jessen 434	
	Jessen	Unger	Jessen b. Spremberg N.L.	Jessen 434	
	Preschen	Marschner	Preschen über Döbern Krs. Spremberg	Döbern 208	

Liste der Forstamtsleiter u. a. für den Kreis Ober- und Niederbarnim aus dem Jahre 1947.



Forsthaus am Spring, um 1900.



Ansicht von Hubertusstock, 1896.



Das alte Kastellanhaus, nunmehr neue Försterstelle Hubertusstock, um 1925.



Das Jagdhaus des zweiten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, um 1934.



Revierförster Friedrich Bosdorf mit Familie vor der Försterei Klein Dölln, um 1920.



Restaurierter Kaiserbahnhof Joachimsthal, 2018.



Stimme des Waldes

Betriebszeitung des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Bernau in Gr.-Schönebeck

Nr. 1 *September 1955* *1. Jahrgang*

An alle Mitarbeiter unseres Betriebes

Kolleginnen und Kollegen!

Unsere hiermit aus der Taufe gehobene „Stimme des Waldes" kommt heute das erste Mal zu Euch und soll Euch berichten, daß dank der Initiative unserer Betriebsparteiorganisation es möglich gemacht wurde, daß sie als Informationszeitung des Betriebes monatlich zu Euch in jedes Waldarbeiterhaus, auf jeden Hof, bis in das fernste Forsthaus gelangen kann. Sie soll Euch berichten, was im Betrieb geschieht, welche Erfolge wir im Betrieb errungen haben, sie soll aber auch mit Eurer Mithilfe Fehler, Mängel und Schwächen kritisch aufzeigen.

In dieser Zeitung aber sollt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Hauptsache selbst zu Wort kommen, damit Eure wertvollen Erfahrungen, die Ihr an Eurem Arbeitsplatz macht, als Vorschläge zur Verbesserung der gesamten Arbeit im Betrieb ausgewertet werden und wir unsere Planaufgaben im letzten Jahr des ersten Fünfjahrplanes erfolgreich durchführen können, um die größtmögliche Rentabilität unseres Betriebes zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft zu erreichen. Wir schaffen uns dann das notwendige Fundament für den zweiten Fünfjahrplan, der uns allen ein noch besseres Leben bringen wird.

Ich bitte deshalb, unserer Betriebszeitung durch Eure aktive Mitarbeit zum Erfolg zu verhelfen, indem Ihr der Redaktionskommission regelmäßig Berichte von Eurer Arbeit im Wald und auch von Eurer Arbeit nach Feierabend zu Haus und in den Dörfern zuleitet. Dadurch werden wir es erreichen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl sich verstärkt und wir zu einem festen Arbeitskollektiv zusammenwachsen.

Naß.

Der feste Wille aller Deutschen zur Wiedervereinigung Deutschlands ist von entscheidender Bedeutung!

Erste Ausgabe der Betriebszeitschrift des StFB Bernau mit Sitz in Groß Schönebeck.

enorme Holzverbrauch und das Aufkommen der Braun- und Steinkohle, durch die die Holzkohle und die Gewinnung von Schmiermitteln zunehmend an Bedeutung verloren. So gingen z. B. im Barnim nach 1832 die Köhlereien Cölln, Lotzin und Rehluch ersatzlos ein. Ab 1854 gab es keine derartigen Teeröfen mehr im Barnim.[54]

Neuanfang

Mit der politischen Wende 1989/90 vollzog sich erneut ein tiefgreifender Wandel in der Forstwirtschaft. Die bisherigen staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe wurden zum 17. Juni 1991 aufgelöst und die Ämter für Forstwirtschaft (AfF) unter Beibehaltung der bisherigen Reviere wieder eingeführt. Dadurch verloren auch die StFB Eberswalde, Bernau und der MFB Schorfheide ihre Existenz. Der MFB Schorfheide hatte sich zum Beginn des Jahres 1990 unter seinem früheren Direktor Christian Schmidt in den StFB Schorfheide umstrukturiert und wurde dem Amt für Forstwirtschaft Groß Schönebeck zugeordnet. Der StFB Neuhaus, zuständig für das Sonderjagdgebiet des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Neuhaus/Wolletz, wurde dem Amt für Forstwirtschaft Eberswalde zugeschlagen. Sein letzter Direktor war Horst Rexhausen.

Die neuen Ämter für Forstwirtschaft Eberswalde und Groß Schönebeck behielten ihre Revierstrukturen bis zu ihrer Auflösung bei. Mit der Reform vom 1. Januar 2002 fusionierten beide Ämter zum alleinigen Amt für Forstwirtschaft Eberswalde.[55] Dazu gehörten nunmehr die Oberförstereien Eberswalde, Chorin, Groß Schönebeck, Grimnitz und Pechteich.

Zum 1. September 2009 kam es erneut zu einer Umwandlung in der Forstwirtschaft. Das bisherige Amt Eberswalde gliederte sich in den neuen Landesbetrieb Forstwirtschaft Brandenburg mit Sitz in Potsdam ein. Dieses System, in dem der jeweilige Revierförster zum Beispiel noch für alle waldbaulichen und hoheitlichen Aufgaben zuständig war, blieb bis zum 31. Dezember 2011 als Einheitsforstverwaltung bestehen. Im Zuge einer erneuten Forstreform 2012 entstand der Landesforstbetrieb Brandenburg mit Sitz in der Landeshauptstadt. Er trennte strikt die waldbauliche und hoheitliche Verantwortung. Dadurch entstanden die Landeswaldoberförstereien Chorin, Groß Schönebeck und Reiersdorf. Die Waldflächen der früheren Oberförstereien Bernau, Chorin und Eberswalde wurden in die Landeswaldoberförsterei Chorin zusammengefasst.

Zur Oberförsterei Chorin gehören nunmehr die Reviere Bralitz, Breitefenn, Chorin, Eiserbude, Finowtal, Heegermühle, Kahlenberg, Maienpfuhl, Melchow, Schönholz, Senftenthal, Spechthausen, Sonnenburg und Theerofen. Sie grenzt westlich an die Oberförsterei Groß Schönebeck und östlich an Eberswalde. Zu ihr zählen jedoch ebenso Waldflächen aus dem Landkreis Märkisch-Oderland. Insgesamt werden 19.400 ha Landeswald bewirtschaftet.

Die zweite Oberförsterei Groß Schönebeck mit Sitz in Groß Schönebeck bewirtschaftet Waldflächen in den Landkreisen Barnim und Uckermark und erstreckte sich vom Finowkanal im Süden bis zur Landesgrenze nach Mecklenburg-Vorpommern im Norden und von der Landesstraße 100 im Westen bis zur polnischen Grenze im Osten. Die Gesamtwaldfläche beträgt ca. 22.100 ha.[56] Sie gliedern sich in die Reviere Eichhorst, Eichheide, Glambeck, Grenzhaus, Hubertusstock, Köllnsee, Michen, Pehlenbruch, Rarangsee, Überheide, Voigtswiese, Wildbahn und Wildfang.

Die dritte Landeswaldoberförsterei Reiersdorf erstreckt sich zwischen den Orten Prenzlau, Templin, Zehdenick und Groß Schönebeck und verwaltet Flächen in den Landkreisen Uckermark, Oberhavel und Barnim. Zu ihr gehören u. a. die Reviere Lotzin, Prötze, Rehluch, Trämmersee und Wucker aus der alten Oberförsterei Groß Schönebeck und Grimnitz.

In der Landeswaldoberförsterei liegen ebenso die bedeutenden Schutzgebiete »Nationalpark Unteres Odertal« und »Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin«, mit 1.200 ha Totalreservaten, 7.500 ha Naturschutzgebieten und 16.400 ha Landschaftsschutzgebieten. Eine Fülle der im Territorium liegenden reizvollen Waldflächen findet sich auch im »Naturpark Barnim« wieder.

Als weiteren Ausdruck für die Einzigartigkeit der Barnimer Landschaft ist die Ausweisung einer Vielzahl von Schutzgebieten zu sehen. Stellvertretend hierfür seien die Naturschutzgebiete Kienhorst/Köllnsee/Eichheide und Schönower Heide sowie die Flora-Fauna-Habitate (FFH) Parsteinsee und Biesenthaler Becke genannt, die

von einer industriemäßigen forstlichen Nutzung ausgeschlossen sind.

Die Oberförsterei Eberswalde ist dagegen nach dem Landeswaldgesetz für alle hoheitlichen Belange zuständig. Sie gliedert sich in 59 Prozent Landes-, 23 Prozent Privat-, acht Prozent Körperschafts- und zwölf Prozent Bundeswald oder Waldflächen anderer Länder. Dazu gehören u. a. die Reviere Bernau, Biesenthal, Eberswalde, Joachimsthal, Oderberg, Schorfheide, Tornow, Wandlitz und Werneuchen. Sie fungiert als Untere Forstbehörde und ihre Aufsicht dehnt sich nicht nur auf alle landeseigenen, sondern auch auf alle anderen Waldeigentumsformen aus. Dazu gehören alle Waldflächen des Barnim in einer Gesamtgröße von 67.749 ha Waldfläche.[57] Den größten Anteil davon hat mit 15.500 ha die Gemeinde Schorfheide, den kleinsten die Gemeinde Panketal mit 334 ha.[58]

Mit dieser neuen Verwaltungsstruktur wurde eine Trennung in hoheitliche und rein wirtschaftliche Zuständigkeit vollzogen, also in zwei unabhängige Verwaltungsstrukturen. Diese sind für einen Laien, der eigentlich von Kindesbeinen nur den Revierförster kennt, schwer nachvollziehbar.

Das Aufgabenspektrum der hoheitlichen Revierleiter reicht unter anderem von der Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes über die Überwachung der Einhaltung von Ge- und Verboten aus dem Landeswaldgesetz bis hin zur Wahrnehmung von Wald- und Forstschutzaufgaben.

Bis in die heutige Zeit hinein folgt, unter teils heftigen Protesten der Beschäftigten und aus Teilen der Bevölkerung, eine Forstreform der anderen.

Im wieder begründeten Land Brandenburg verlor die Forstwirtschaft nicht nur ihr bis dahin bestehendes Ministerium. Die Revierverwalter mussten auch ihre traditionelle Uniform ablegen und die alte Revierstruktur wurde den neuen Bedingungen angepasst. Doch das scheint noch nicht die letzte Veränderung zu sein. Für die kommenden Jahre ist eine erneute Umstrukturierung vorgesehen.

Jagdstreifzüge

Bis zur bürgerlichen Revolution vom März 1848 oblagen das Jagdrecht und die Jagdausübung der Krone. Die Jagd auf Hochwild, z. B. Rotwild, lag allein beim regierenden Fürsten, der dem Adel die Genehmigung erteilte, auf ihren Lehngebieten die Jagd auf das Hochwild auszuüben. Herausragende Bedeutung erlangte für die Markgrafen von Brandenburg im 13. Jahrhundert die Große Heide Werbellin, mit den Burgen Grimnitz, im heutigen Joachimsthal, Groß Schönebeck und Werbellin am Werbellinsee. An dieser Stelle erinnert heute der Askanierturm an längst vergangene Jagdaufenthalte. Um das Wild, vor allem das Rotwild im eigenen Land zu halten, ließ Kurfürst Joachim II. (1535–1571) 1550 einen Wildzaun von der Havel bis zur Oder errichten, der den Barnim an seiner Nordostgrenze streifte und das Wild am Auswechseln in die adligen Gebiete der Uckermark hindern sollte. Aus dem Gebiet der Schorfheide ist uns ein Brief des Kurfürsten Johann Georg (1571–1598) aus dem Jahr 1575 überliefert, in dem er den Fürsten von Anhalt zur Wolfsjagd nach Grimnitz einlädt. Johann Georg beabsichtigte, den Jahreswechsel 1575/76 auf der Burg Grimnitz, südlich des gleichnamigen Sees gelegen, zu verbringen. Doch mit dem Jagdglück muss es nicht weit her gewesen sein – er wurde von Langeweile geplagt, denn er schrieb: »Sonsten liegen wir zur Zeit zu Grimnitz und warten auf Schnee, damit wir den Wölfen etwas abbrechen mögen, haben auch sonst alleine ziemliche, gute Langeweile und die Zeit die Wände anzusehen.«[59] Er bat deshalb den Fürsten und den Herzog von Liegnitz und Brieg, nach Neujahr zur Wolfsjagd nach Grimnitz zu kommen. Dieser Brief zeigt, dass um 1575 der Wolf in der Schorfheide noch heimisch, er also noch nicht ausgerottet und verdrängt worden war. Für den Bären galt das Jagdverbot nicht, auch schon deshalb, weil sein Bestand bis hinter die Oder in das Gebiet der Neumark zurückgedrängt war und er nur noch als Wechselwild einwanderte. Unter Kurfürst Johann Georg war der Bär für das Gebiet des heutigen Barnim schon selten. Am 22. Dezember 1583 schrieb er dem sächsischen Kurfürsten, dass bei einer Schweinejagd auch zwei Bären gewesen seien und bot dem Kurfürsten an, sie selbst zu fangen: »Es sind wohl ziemlich zwei gute Bären, doch auch nicht übermäßig groß ge-

wesen, und weil wir uns vorstellen, wann die Zeit heran kommt, da die Bären wieder ausgehen werden, dass wir noch etliche gute Bären bekommen wollen. […] ob E. L. die Bären haben wollen.«[60] Aus dem Jahr 1583 wissen wir, dass Johann Georg im Gebiet der Schorfheide 369 Stück Wild erlegte.[61]

1595 unternahm der Kurfürst den Versuch, in den Grimnitzer Wäldern Bären wieder auszusetzen, um die jagdlichen Verhältnisse für sich selbst zu verbessern. Er schrieb am 30. Oktober 1595 an die Familie v. Arnim: »… das wir unlängst auf unser Grimnitzer Heiden all hier, weil die selben ziemlich weit begriffen etliche junge Bären sich zu unser Jagdlust zu vermehren einlaufen lassen. Weil dann dieselben gar zahm und sich wohl zutragen könnte, dass sie sich zu den Leuten auf Straßen und dieses andere nahe an gelegene Dörfer machen und auch auf andere Heiden kommen möchten, und wir nicht gern möchten, dass […] sie beschädigt werden sollen.«[62]

Nach einer Aufstellung des Bürgermeisters aus Eberswalde aus dem Jahr 1721 hätten im Jahr 1690 Angermünde 25, Oderberg 18 und Eberswalde 20 Hilfskräfte nach Grimnitz zur Wolfsjagd schicken müssen. Da jedoch in Angermünde nur noch 400, in Oderberg 150 und in Eberswalde 204 Bürger lebten, die zur Jagd verpflichtet waren, bestand Eberswalde auf einer Neufestlegung.[63]

Ebenso pflegten Johann Georgs Nachfolger, besonders König Friedrich Wilhelm I., das Weidwerk[64] in den Regionen des Barnim. Seine jagdliche Vorliebe galt vor allem dem Schwarzwild. Es zeigt sich also, dass um 1725 nur noch die großen zusammenhängenden, waldreichen Gebiete der Schorfheide und des unwegsamen und wasserreichen Spreegebietes als Wolfsgebiete in Brandenburg infrage kamen. In den restlichen Gebieten waren die Wölfe bereits ausgerottet und kamen dort nur noch als durchziehende »Gäste« vor. Ebenso erging es dem Luchs. 1720 berichtete der Oberförster Ickler aus Grimnitz, dass er einen Luchs gefangen habe.[65] 1727 wurden bei Groß Schönebeck noch einer und 1728 bei Grimnitz noch zwei Luchse mit zwei Wölfen im »Zeuge« gefangen. Als 1723 die Diskussion über die Wolfsjagden erneut geführt wurde, werden für das heutige Gebiet des Landes Brandenburg sechs Wolfsnetze erwähnt und unterhalten. Eines befand sich in Oranienburg und war vorgesehen für die Gebiete Biesenthal, Groß Schönebeck, Liebenwalde und Gollin. Ein weiteres war in Grimnitz deponiert und sollte in den Gemarkungen Gramzow, Grimnitz und Löcknitz zum Einsatz kommen. Doch als Friedrich Wilhelm I. als sparsamer Staatsmann die neuen Vorschläge prüfte, schränkte er die Jagd mit dem Wolfszeug aus Kostengründen ein und förderte das Prämiensystem sowie den Abschuss mit der Waffe. Er rechnete nach und stellte fest, dass »[…] ein Wolf der in dem Netze gefangen wird, wohl etliche 100 Thaler koste, solcher Gestalt nicht gehen wird«.[66] Nach einer Spezifikation aus dem Jahr 1733[67] gehörten zu dem Groß Schönebecker Wolfszeug u. a. folgende Dörfer, die entsprechende Einwohner zu stellen hatten: Groß Schönebeck hatte sieben Einwohner und zehn Wagen mit Kutscher, Lichterfelde fünf, Schöpffurt fünf und Steinfurt 19 Einwohner zu stellen.[68] Seit dieser Zeit entwickelten sich Teile des Barnim zum bevorzugten Jagdgebiet des Königreiches.

Neben Kurfürsten, Königen und Kaisern jagten auch Politiker und Diktatoren im Barnim. So nutzten auch Gebhard von Blücher oder Staatskanzler Karl von Hardenberg die Region zu Jagdausflügen.[69] Im Besonderen wurden die Wälder um Chorin aufgesucht und das Gebiet der Schorfheide wurde 1821 zum Hofjagdrevier König Friedrich Wilhelms III. erklärt. Auch sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) fuhr zur Jagd in die Wälder Chorins und ließ zudem für seine bayrische Frau das Jagdschloss Hubertusstock errichten. Als 1919 das Hofjagdgebiet Schorfheide aufgelöst wurde, hatte es eine Größe von 40.171 ha erreicht.[70] In der Weimarer Republik waren es der erste Reichspräsident Friedrich Ebert, sein Nachfolger Paul von Hindenburg und der preußische Ministerpräsident Otto Braun, die als passionierte Jäger das Weidwerk ausübten. Sie gaben sich mit dem Wildstand zufrieden, der vorhanden war, ließen den Wildzaun abreißen und nutzten den Wald auch zur Erholung.[71]

Ab 1933 änderte sich das grundlegend. Unter Göring begann eine erneute Einzäunung des Waldes. Mit der Errichtung der Stiftung Schorfheide 1936 erreichte das eingezäunte Areal 1945 eine Größe von rund 60.000 ha. Ehemals heimische Wildarten, wie Elch und Wisent, wurden ausgesetzt und u. a. von ausländischen Jagdgästen geschossen.

Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches verfügte die sowjetische Besatzungsmacht ein Waffen- und



Zar Nikolaus II. (Mitte) und Kaiser Wilhelm II. (rechts) beim Abschreiten der Strecke nach der großen Hofjagd anlässlich des Staatsbesuches des Zaren, November 1910.



Göring mit Gästen bei der Einweihung eines Schaugeheges für Wisente in der Schorfheide, 10. Juni 1934.



Ministerpräsident Otto Braun (SPD) mit gestrecktem Hirsch, 1927.



Der Reichspräsident Paul von Hindenburg mit 85 Jahren neben seinem letzten und zugleich stärksten in der Schorfheide erlegten Hirsch, August 1932.



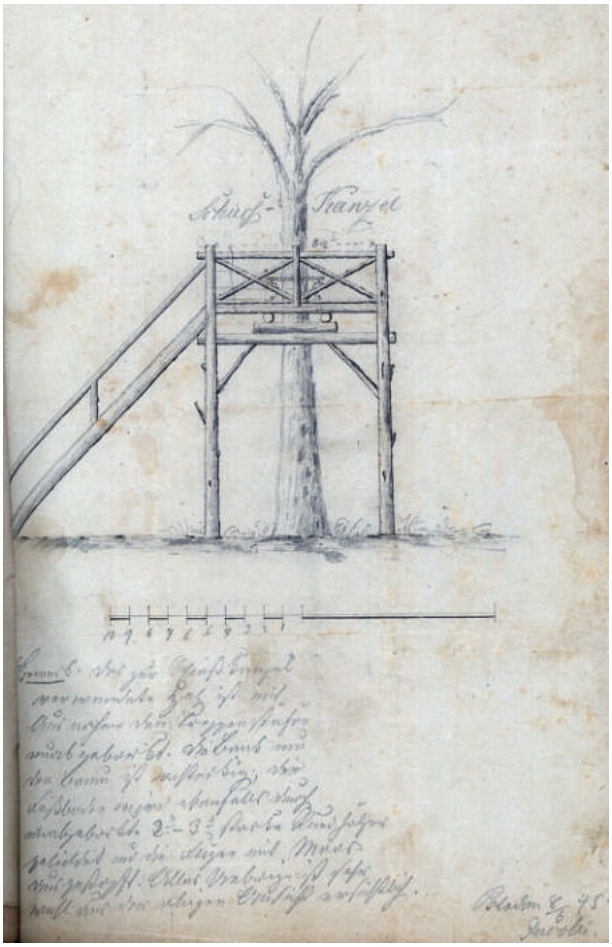
Mielke, Ulbricht, Honecker und Breschnew am Jagdschloss Hubertusstock vor dem Beginn der Jagd, Oktober 1964.



Erich Honecker und Helmut Schmidt beim Empfang im Jagdschloss Hubertusstock, 11. Dezember 1981.



Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Jagdschloss Hubertusstock anlässlich seines Besuchs bei Honecker und der Aushandlung des ersten Milliardenkredits, 24. Juli 1983.



Zeichnung zum Bau einer Kanzel für König Friedrich Wilhelm IV., 1845.

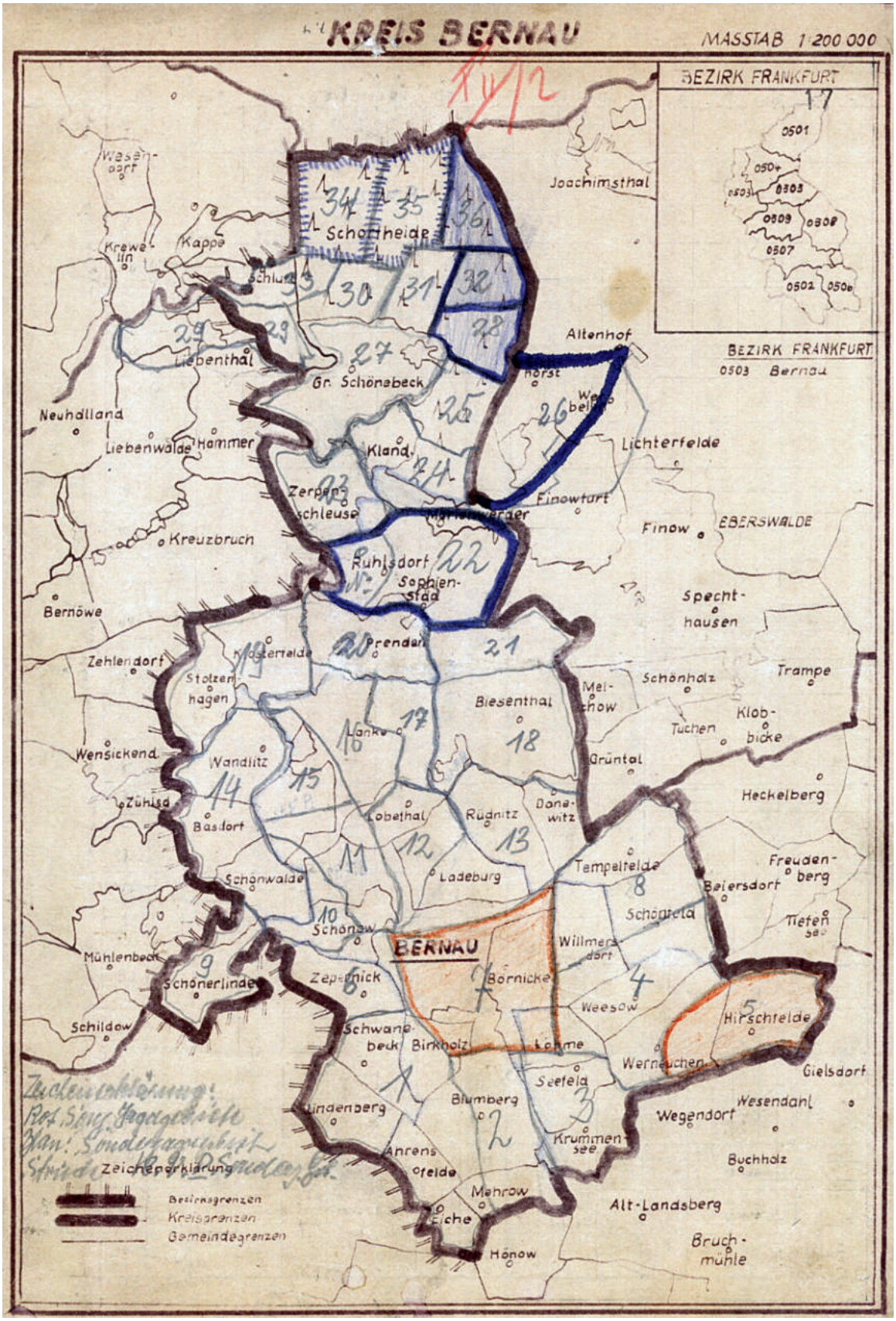
Jagdverbot für die deutsche Bevölkerung. Dadurch konnten sich die Schwarzwildbestände vermehren, ohne dass jagdlich eingegriffen werden durfte. Das führte zum Aufblühen der Wilderei, nicht nur unter der deutschen Bevölkerung, sondern auch durch sowjetische Offiziere. Während die Besatzungstruppen nach 1945 die Jagd wahllos und unabhängig von Schonzeiten mit ihren Waffen ausübten, konnte die Forstverwaltung nur versuchen, mit Saufängen der Schwarzwildplage Herr zu werden. Die sowjetischen Truppen nutzten diesen rechtsfreien Raum und errichteten einen schwunghaften Handel mit Wildbret, um sich selbst mit Geld und zusätzlichen Lebensmitteln versorgen zu können. Bis in die 1960er Jahre scheuten sie sich nicht davor, auch mit Handgranaten in Gewässern zu fischen. Für die Jagd verwendeten sie neben Jagdflinten auch Maschinenpistolen. Im Legen von Schlingen stellten sie ein überaus geschicktes Können unter Beweis.

Aber auch die Wilderei von Deutschen nahm ungeahnte Formen an. Mit versteckten Militärgewehren, nicht abgegebenen Jagdwaffen oder Drahtschlingen wurde in den Wildstand eingegriffen. So berichtete ein Forstamt, dass »im Revier [...] eine Wilddiebsbande mit Motorrädern die Förstereien unsicher macht und Schlingen stellt. Ein solches Motorrad verlor auf dem Fluchtweg eine Drahtschlinge, die in Art und Material einigen hundert bereits gefundenen Schlingen entspricht. Anscheinend ist die Zentrale der Wilddiebe in Eberswalde in einem Betrieb, der landwirtschaftliche Maschinen herstellt.«[72]

Die Übergriffe müssen ein derartiges Ausmaß angenommen haben, dass sich die Landesregierung Brandenburg veranlasst sah, die Einrichtung einer Forstpolizei, die mit Schusswaffen ausgerüstet werden sollte, vorzubereiten. Dazu sollten alle Forstämter geeignete Personen vorschlagen, die politisch unbelastet, also keine Mitglieder der NSDAP, gewesen waren. Oberforstmeister Ostwald, der Leiter des Einheitsforstamtes Eberswalde, begründete seinen Vorschlag damit, es würden sich Bandengruppen von drei bis vier Männern bilden, die selbst vor Drohungen gegenüber Forstbeamten nicht zurückschrecken würden, wie der Mord an einem Passanten am 5. November 1947 beweisen würde. Er schlug deshalb vor, einige Revierförster als Forstpolizisten zu bestätigen. Ihre politische Einstellung beschrieb er: »[...] positiv im Sinne des neuen Deutschland.«[73] Gleichzeitig war die Jagdausübung mit Kriegswaffen, darunter wurden auch automatische Waffen inklusive Beutewaffen verstanden, strikt verboten.

Die Munition für die Waffen musste noch umständlich von der russischen Jagdgesellschaft mit Sitz in Potsdam-Babelsberg erworben werden, die jedoch nicht von den Jägern direkt, sondern vom Landesforstamt angekauft wurde. Doch die Klagen über Schäden, fehlende Jagdwaffen oder eine ungesetzliche Jagdausübung rissen nicht ab.

Das Volkspolizei-Kreisamt (VPK) Oberbarnim erhielt vier Karabiner zur Schwarzwildbejagung und bildete in Bad Freienwalde ein ständiges Jagdkommando. Das Kreisforstamt Eberswalde wurde aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Revierförster Meldungen über Schwarzwildvorkommen schnellstens an das Amt melden sollten. Ebenso erhielten die Bürgermeister der Ge-



Einteilung des Kreises Bernau in Jagdbezirke, 1953.

meinden folgende Aufforderung: »Der Standpunkt des Schwarzwildes ist solange unter Beobachtung zu halten, bis das Jagdkommando eintrifft.«[74] Noch im Oktober 1946 hatte der damalige Forstmeister mitgeteilt, dass das Vorkommen von Schwarzwild sehr gering sei. Jetzt aber habe sich das Problem weiter verschärft. 1952 setzte sich die Einsicht durch, dass die Jagdkommandos der Volkspolizei allein nicht den Bestand an Schwarzwild regulieren konnten und die neu gegründeten StFB mehr eingebunden werden müssten. Politisch zuverlässige und jagdlich erfahrende Forstangestellte sollten nun mit Jagdberechtigungsscheinen ausgestattet und in das jagdliche Geschehen der polizeilichen Jagdkommandos integriert werden. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass »[…] die unter den Forstangestellten teilweise noch bestehenden Hemmungen hinsichtlich des Abschusses von tragenden und führenden Bachen […] endlich überwunden werden müssen«.[75] Vom totalen Abschuss ausgenommen waren Fasane, Rebhühner und Wachteln, weil diese für die grassierende Kartoffelkäferbekämpfung als nützlich angesehen wurden. Eine Ausnahme wurde auch in Bezug auf die Einzeljagdausübung gemacht. Doch nur, wenn die Jagd auf Schwarzwild als besonders aussichtsreich angesehen wurde, konnte der Jäger eine alleinige Ansitzjagd durchführen. Bevor er überhaupt die Jagd ausüben durfte, benötigte er die Erlaubnis des Leiters des jeweiligen Jagdkommandos. Einer der ersten Leiter eines Jagdkommandos im Kreis Bernau war wahrscheinlich Bernhard Wittchen aus Blumberg.[76]

Die bestehenden, teilweise noch aus der Zeit von vor 1945 stammenden Jagdpachtverträge behielten bis 1952 ihre Gültigkeit, obwohl die Jagdausübung der Pächter stark eingeschränkt wurde. Danach erging die Weisung an die Kommunalverwaltungen, alle Verträge zu kündigen. Damit war der Weg frei, die Zentralisierung der Staatsgewalt auch auf das Jagdwesen auszudehnen. In der Folge entstand das Erste Jagdgesetz der DDR vom 25. November 1953.[77] Im Paragraf sechs war vorgeschrieben, dass nunmehr die Jagd nur noch im Kollektiv ausgeübt werden konnte und damit Einzeljagden entfielen. Die Kreisgebiete wurden in Jagdbezirke aufgeteilt und Jagdkollektiven zugeordnet.

Jedoch begann in diesen ersten Jahren der DDR auch die Misswirtschaft im Jagdwesen. Obwohl die Kollektivjagd nach dem Gesetz vorgeschrieben war, festigten sich die Sonderjagdgebiete der »Repräsentanten« außerhalb jeglicher Gesetzgebung. Zum einen entstand das spätere Staatsjagdgebiet Schorfheide und ganz im Norden des Barnim grenzte das Sonderjagdgebiet der Staatssicherheit der DDR. Zudem beanspruchten die sowjetischen Militärgarnisonen um Bernau und Eberswalde eigene Jagdgebiete, die sich ebenso der deutschen Gesetzgebung entzogen.[78] Einen ersten offiziellen Überblick über die jagdlichen Praktiken der Politiker der DDR erhielt die Öffentlichkeit am 20. Dezember 1989 vor dem Untersuchungsausschuss für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der Volkskammer – und man war enttäuscht über das Jagdgebaren. Alle Sonderjagdgebiete wurden aufgelöst, ebenso verloren die Jagdkollektive ihre bewährte Stellung. Mit der Wiedervereinigung trat auch das Bundesjagdgesetz für den Barnim in Kraft und die Jägerschaft, ob Alt- oder Jungjäger, musste sich in das wiedereingeführte Jagdpachtsystem einfügen. Die sich jährlich wiederholende Brunft des Rotwildes erreichte 2017 fast den Stand einer Bedeutungslosigkeit und war die schwächste seit 1945. Nur noch vereinzelt ist im Herbst das Schreien der Hirsche in der Schorfheide zu hören, was in früheren Jahrzehnten zahlreiche Besucher in den Barnim zog.

1 Siehe hierzu ausführlich den Beitrag von Wolfgang Blöß in diesem Band.
2 Des Weiteren wurden in die Darstellung nur landeseigene Waldflächen einbezogen. Die Flächen des Adels, der Kommunen, der Kirchen und der privaten Eigentümer wurden selbstverwaltet; geschichtliche Zeugnisse darüber sind schwer zu recherchieren.
3 Vgl. Martin Bauch/Ellen Franke/Christian Gahlbeck/Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Christian Popp/Peter Riedel/Winfried Schich (Hrsg.), Brandenburgisches Klosterbuch, Bd. 1 u. 2, Berlin 2007.
4 Bezogen auf das Jahr 1800.
5 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (nachfolgend BLHA) Rep. 15 C, Groß Schönebeck, Nr. 11, o. Bl.
6 Vgl. Archiv Amt für Forstwirtschaft Eberswalde: Beschreibung, Taxation vom Pechteicher Forst 1820, o. Bl.
7 Vgl. BLHA Rep. 2 A III F, Nr. 7642 (Flächenangabe), o. Bl.
8 Vgl. Eberhard Hausendorff, Aus der Geschichte des Forstamtes Grimnitz, Sonderdruck, Berlin 1941, S. 16.
9 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (nachfolgend GStA PK), I. HA, Rep. 9 AV, S, Nr. 7, Fasz. 1, o. Bl.
10 Vgl. GStA PK I. HA, Rep. 9 AV, S, Nr. 7 Fasz. 1, o. Bl.
11 In anderen Unterlagen wird der Name auch als Berendt geschrieben.
12 Vgl. GStA PK I. HA, Rep. 78, Nr. 30, Bl. 263, o. Bl.
13 Vgl. Die preußischen Oberjägermeister, Hohenzollernjahrbuch 1906, Bd. 10, S. 261 ff.
14 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 21, Nr. 86, Fasc. 4, o. Bl.
15 Vgl. Hausendorff, Aus der Geschichte des Forstamtes Grimnitz, S. 3.
16 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 9, S 4c, Fasc. 2, o. Bl.
17 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 9 AV, P, Nr. 11 Bd. 2, o. Bl.
18 Vgl. GStA PK, Rep. 36 Hofverwaltung, Nr. 2309, o. Bl.
19 Vgl. GStA PK, II. HA, GD Abt. 33, FD Generalia, Tit. II, Nr. 54, o. Bl.
20 Vgl. GStA PK, II. HA, Abt. 33 Kurmark Tit. XXIII, Nr. 9 Bd. 1, o. Bl.
21 Vgl. ebd.
22 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 87 ZV, Nr. 374, Bd. 1 u. 2, o. Bl.
23 Diese Bezeichnung wurde 1803 eingeführt.
24 Vgl. BLHA, Rep. 15 C Oberförsterei Eberswalde, Behördengeschichte, o. Bl.
25 Vgl. BLHA, Rep. 15 C Oberförsterei Chorin, Behördengeschichte, o. Bl.
26 Vgl. Bibliothek der HNE Eberswalde, Archiv Heidrich, Bd. 4, Schreiben Albert Richter o. D.
27 Ebd.
28 Vgl. ebd., Archiv Heidrich, Kap. 3.1, Schreiben vom 22.12.1948.
29 Vgl. ebd., Archiv Heidrich, Bd. 4, Schreiben vom 28.10.1946.
30 Vgl. ebd., Archiv Heidrich, Kap. 3.1, Schreiben vom 22.12.1948.
31 Vgl. Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch), Bestand IV 2/7/515, o. Bl.
32 Fanden sich Familienmitglieder mit jüdischem Glauben darunter, verlor der Betroffene seinen Arbeitsplatz und wurde aus dem Staatsdienst entlassen.
33 Vgl. BLHA Rep. 15 Untere Forstbehörden, Allgemeine Behördengeschichte, o. Bl.
34 Vgl. BLHA Rep. 15 C Oberförsterei Grimnitz, Allgemeine Behördengeschichte, o. Bl.
35 Vgl. BLHA Rep. 2A III F 6808, o. Bl.
36 Vgl. BArch Berlin, IV 2/7/515, o. Bl.
37 Vgl. Bibliothek der HNE Eberswalde, Archiv Heidrich, Bd. 5, o. Bl.
38 Vgl. BArch, IV 2/7/516, o. Bl.
39 Vgl. Bibliothek der HNE Eberswalde, Archiv Heidrich, Bd. 4, Schreiben aus ZFA Potsdam, Nr. 8556, o. Bl.
40 Vgl. ebd., Archiv Heidrich, Kap. 3.1, Schreiben vom 22.12.1948, o. Bl.
41 Vgl. ebd.
42 Vgl. BLHA Rep. 258 Forstämter, Behördengeschichte, o. Bl.
43 Vgl. Gesetzblatt der DDR 1952, Nr. 99, Gesetz über die weitere Demokratisierung vom 23.07.1952.
44 Vgl. BLHA Rep. 15 Untere Forstbehörden, Allgemeine Behördengeschichte, o. Bl.
45 Vgl. BLHA Rep. 514 Fopro, Nr. 766, o. Bl.
46 Vgl. ebd.
47 Vgl. Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Berlin (nachfolgend BSTU), MfS Allg. S, Nr. 105/78, Bd. 19, o. Bl.
48 Vgl. BStU, MfS Allg. S, Nr. 105/78, Bd. 22, o. Bl.
49 Vgl. BLHA Rep. 514 Fopro, Nr. 1002, o. Bl.
50 Vgl. BLHA Rep. 514 Fopro Pdm, Nr. 14, o. Bl.
51 Vgl. BLHA Rep. 628 Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb Bernau, Behördengeschichte, o. Bl.
52 Vgl. GStA PK, II. HA, Abt. 33, Kurmark Tit. I, Nr. 22, o. Bl.
53 Vgl. GStA PK, II. HA, GD Abt. 33, FD Kurmark, Tit. LXII, Nr. 5, o. Bl. Noch 1799 berichtete der Oberförster Schlesicke, dass im Winter 1798 der Wald durch Holzdiebstähle ordentlich gelitten habe und 2.613 Kubikmeter Holz gestohlen wurden. Auch würden die Holzdiebe so dreist seien, dass sie die Förster auslachten und bei einer Anzeige mit Gewalt drohen würden.
54 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 87 D, Nr. 4664, o. Bl.
55 Vgl. MLEUV, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Roland Schulz, Von der Uckermark zum Spreewald – Wald und Forstwirtschaft in Brandenburg, Potsdam 2005.
56 Angaben aus dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit.
57 Vgl. Amt für Statistik, Angaben für den Landkreis Barnim, Stand 2015.
58 Vgl. Angaben aus dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, Stand vom August 2013.
59 Vgl. E. Hausendorff, Aus der Geschichte des Forstamtes Grimnitz, Berlin 1941, Sonderdruck, S. 10.
60 Vgl. SHStAD, Geheimer Rat Loc. 8540/4, o. Bl.
61 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 36 Hofverwaltung, Nr. 2319, o. Bl.
62 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 9 AV, R 6a, Fasc. 1, o. Bl.
63 Vgl. GSt PK, I. HA, Rep. 9 AV, Q 3a, Fasz. 1, o. Bl.
64 Umgangssprachlich/Jägersprache für »Jagdwesen«
65 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 7, Nr. 85, Bd. 2.
66 Vgl. GStA PK, X. HA, Rep. 2 A Kurmark, Sammelstelle, Nr. 296, o. Bl.
67 Ebd.
68 Vgl. GStA PK, I. HA, Rep. 9 AV, R 2d, Fasz. 2, o. Bl.
69 Vgl. Hausendorff, Aus der Geschichte des Forstamtes Grimnitz, o. Bl.
70 Vgl. BLHA Rep.2 A III F, Nr. 3768, o. Bl.
71 Siehe hierzu ausführlich Helmut Suter, Das Jagdrevier der Könige. Die Schorfheide von 1820 bis im Jahr 1918, Berlin 2015 und Burghard Ciesla/Helmut Suter, Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schofheide, 2., durchges. Aufl., Berlin 2016.
72 Vgl. BLHA, Rep. 208, Nr. 3651, Bl. 3, o. Bl.
73 Vgl. BLHA Rep. 258, Nr. 123, o. Bl.
74 Vgl. BLHA, Rep. 258, Eberswalde, Nr. 123, Schreiben vom 13.5.1950, o. Bl.
75 Vgl. BLHA Rep. 208, Nr. 3651, Bl. 3
76 Vgl. Günter Brunkau, Chronik des Jagdverbandes Barnim, T. II, 2. Aufl., Potsdam 2014, S. 9.
77 Vgl. Gesetzblatt der DDR, Bd. I, Nr. 125 S. 1175.
78 Vgl. Helmut Suter, Mein letzter Hirsch, Berlin 2018.



Schwestern des Auguste-Victoria-Heims, um 1910.

Entwicklungslinien einer Gesundheitsfürsorge im Barnim

Kristina Hübener

Der Beitrag versucht, einen ersten umfassenderen Überblick über die historische Entwicklung des Gesundheitswesens im Kreis Barnim bis 1945 zu geben. An eine Rekonstruktion der Anfänge des barnimschen Hospitalwesens im Mittelalter schließen sich Erkenntnisse zu den Apotheken im Barnim sowie nach 1872 zur medizinischen Krankenhausversorgung in den Kreisen Oberbarnim, Niederbarnim und speziell in Eberswalde an. Dabei stützt sich die Darstellung vor allem auf die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur Sozialfürsorge Brandenburgs, das zwischen 2000 und 2019 am Historischen Institut der Universität Potsdam eine inzwischen auf 25 Bände angewachsene Schriftenreihe zur Medizingeschichte Brandenburgs als Ertrag hervorgebracht hat, sowie einer Tagung und einer Ausstellung mit dem Titel »Medizin trifft Geschichte«, die im ehemaligen Infermarium, dem Hospital des Kloster Chorin und im Museum der Stadt Eberswalde 2011 gezeigt wurde.[1]

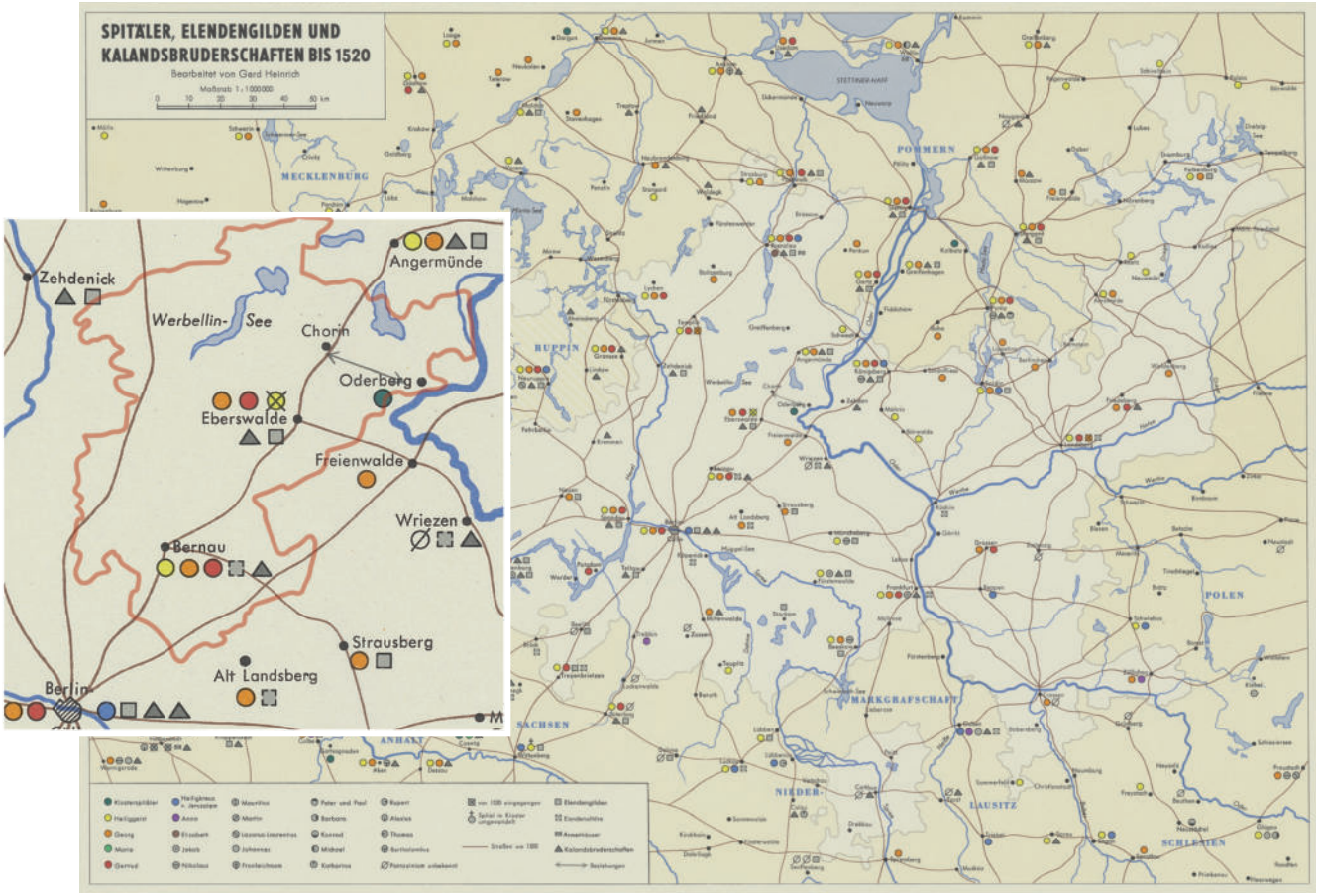
Das mittelalterliche klösterliche und städtische Hospitalwesen

Grundsätzliche Rahmenbedingungen und allgemeine Entwicklungen in der Mark Brandenburg

Das aus dem christlichen Glauben entstandene Hospital war bis weit in die Neuzeit eine klassische Institution der Wohlfahrtspflege für Bedürftige aller Art. Es gehört als Institution untrennbar zur Entwicklung einer bürgerlichen Stadtkultur vom frühen Mittelalter bis zur Barockzeit.[2] Dabei kommt den biblischen Grundlagen zu den Werken der Barmherzigkeit eine besondere Stellung zu.[3] »Infirmusetram et visitatisme« – »ich war krank und ihr habt mich besucht« ist eine der sieben Handlungen, die die christliche Barmherzigkeit und Nächstenliebe zum Ausdruck bringt.[4] Die von christlichen Gemeinschaften betreuten Hospitäler boten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts weitgehend ohne Eigennutz Hilfe suchenden Menschen Schutz, Ruhe und Nahrung.[5] Für das Verständnis des mittelalterlichen Hospitals mit seinen vielfältigen karitativen Aufgaben ist der Umstand wesentlich, dass nicht wenige Anstalten schon bei ihrer Gründung ausdrücklich die Aufgabe hatten, der Wiederherstellung armer, kranker Personen zu dienen. Andere richteten spätestens bis zum Ausgang des Mittelalters separate Krankenräume ein. Zudem entstanden vermehrt seit Mitte des 13. Jahrhunderts Sonderspitäler für Lepröse und Pestkranke.[6]

Blick in einen Krankensaal, um 1560.





Spitälerkarte, bis 1520.

Anfänglich lag die Trägerschaft der Hospitäler ausschließlich bei verschiedenen kirchlichen Institutionen oder privaten Stiftungen von »Wohltätern«. Letzteres war vor allem der Tatsache geschuldet, dass wohlhabende Bürger schon seit dem 13. Jahrhundert häufig zur Selbsthilfe griffen, um die auftretenden gesundheitsfürsorglichen Probleme angesichts der wachsenden Bevölkerung in den Städten zu lösen. Seit dem 14. Jahrhundert gewannen die städtischen Ratsversammlungen jedoch generell immer mehr Rechte über die inner- und außerhalb des Stadtwalls liegenden »privaten« Hospitäler.[7] So übernahmen in der Folgezeit viele Städte vorhandene oder neu gegründete Einrichtungen oder diese wurden nach einer gewissen Zeit vollständig in städtischer Aufsicht verwaltet.[8] Demzufolge war es für die Ratsherren besonders seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618–48) – bedingt durch veränderte demografische, soziale oder wirtschaftliche Entwicklungen – leichter als bisher, das Hospitalwesen an örtliche Verhältnisse anzupassen. Das führte dazu, dass sich die öffentliche Armenpflege herausbildete, während der kirchliche Einfluss allmählich zurückging.[9] Wenn Spitalstiftungen diese Zeit überstanden, wurden sie in der Regel im 19. Jahrhundert in Altersheime, seltener in Krankenhäuser, überführt, die häufig noch bis in das 20. Jahrhundert hinein in dieser Funktion erhalten blieben.[10]

Etwa die Hälfte aller Spitalbauten der Mark Brandenburg geht auf die spätaskanische Zeit zurück.[11] Über die brandenburgischen Spitalgründungen selbst gibt es nur wenige Zeugnisse. Viele von ihnen waren dem Heiligen Geist geweiht. Zahlenmäßig standen sie mit 49 Häusern an der Spitze der Spitäler. Auch zeitlich, dem Rang und der Größe nach waren die Heilig-Geist-Spitäler in der Regel die ersten am Ort. Sie befanden sich in verkehrsgünstiger Straßenlage, in der Nähe eines Stadttores und vor allem möglichst noch innerhalb der Mauern.[12] Daneben

kam den Georgsspitälern besondere Bedeutung zu. Da der ritterliche Georg der Legende nach einen Drachen tötete, der mit seinem Gifthauch eine Stadt verpestet hatte, galt er als Schutzpatron gegen ansteckende Krankheiten und Aussatz. Deshalb dienten die grundsätzlich außerhalb der Stadtmauern errichteten Georgs-Spitäler vor allem der Aufnahme und Pflege von Leprakranken. Insgesamt lassen sich 45 St.-Georgs-Spitäler in den meisten größeren Städten der Mark Brandenburg nachweisen. 32 St. Getr(a)uden-Spitäler vervollständigen die märkische Entwicklung. Sie wurden fast immer unmittelbar vor einem Stadttor errichtet. Neben Haus, Kapelle, Garten und Friedhof besaßen sie manchmal auch Backhäuser. Aufgenommen wurden Pilger und wandernde Bettler.[13]

In der Mark Brandenburg bestand somit zu Beginn der Neuzeit ein buntes Spektrum von Hospitälern, das sich vor allem in den Städten entwickelt hatte. Neben Brandenburg an der Havel, Lübben und Neuruppin sind hier vor allem Eberswalde und Bernau, hervorzuheben.[14]

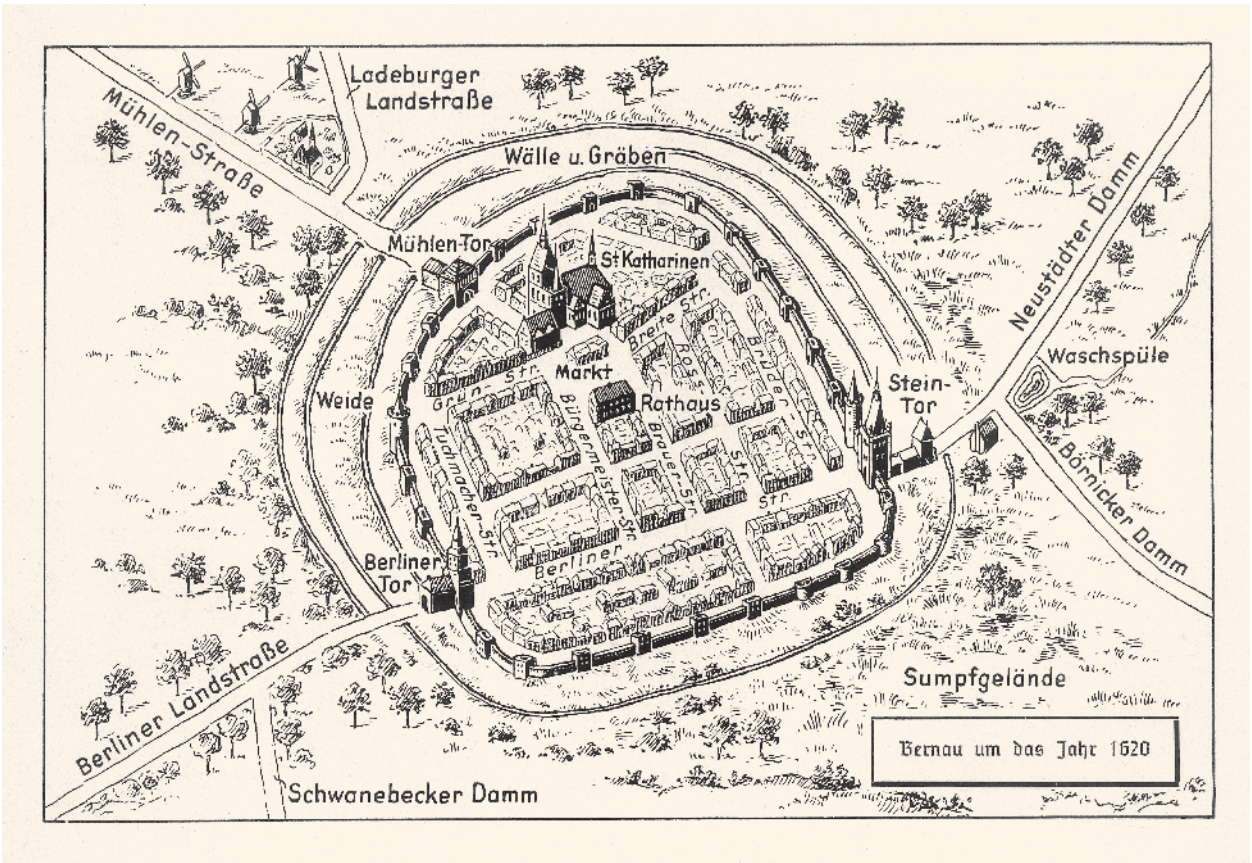
Das klösterliche Hospital in Chorin – Heilkunde der Zisterzienser

Im Jahr 1098 gründete Robert von Molesme das Kloster Cîteaux in der Nähe von Dijon. Der Orden der nach dem Mutterkloster benannten Zisterzienser gewann nicht nur in Frankreich und England, sondern auch im Heiligen Römischen Reich sehr schnell durch eine Vielzahl von weiteren Klostergründungen, zu denen auch die Klöster Chorin und Lehnin gehörten, an Bedeutung.[15] Die von Ruth Schilling ausgewerteten markgräflichen Urkunden zeichnen deutlich die Stationen der Choriner Hospitalgeschichte nach, sie werden hier nur punktuell angeführt. Dabei erschließen sich zunächst politischen Rahmenbedingungen der markgräflichen Kloster- und Hospitalsgründung in Oderberg.[16] Bereits im Jahr 1214 war eine markgräfliche Burg zur Grenzsicherung errichtet worden.[17] Eine Furt durch die Oder ermöglichte hier einen leichten Übergang in die Neumark.[18] Die brandenburgischen Markgrafen Johann I. und Otto III. schenkten 1231 einem Priester Theoderich und seinen Brüdern vom Prämonstratenserorden das Dorf Barsdin, um dort ein der Jungfrau Maria geweihtes Kloster zu errichten.

27 Jahre später, am 2. September 1258, stifteten die beiden Markgrafen das Zisterzienserkloster Mariensee. Sie verdeutlichten mit der Schenkung des »Hospital in Oderberg mit allem Zubehör« ihre unbedingte Unterstützung an das von ihnen gestiftete Zisterzienserkloster, was ungefähr ein Jahr später noch einmal in einer Urkunde präzisiert wurde, indem sie bei einer Niederliegung des Hospitals dieses (das Hospital) zum Nutzen der Stadt wie früher zurück übertragen würden. 1261, drei Jahre nach der urkundlichen Schenkung, bestätigte der Abt des Klosters Mariensee, dass Johann und Gottfried von Greiffenberg, zwei bedeutende Adelige der Uckermark, dem Kloster im Rahmen der Übergabe des Greiffenberger Hospitals zwei Mühlen überlassen hätten. Dabei wurde die Rolle der Krankenpflege betont. Die Zisterzienser profitierten von der Oderberger und Greiffenberger Hospitalsstiftung, denn sie allein konnten die eigentliche Armen- und Krankenfürsorge gewährleisten. Ihre Heilkunde beschränkte sich nicht nur auf die Pflege von Kranken, Alten und sozial Schwachen in ihren Hospitälern, sondern sie stellten auch selbst Medikamente her.[19] Inzwischen war die südwestlich-nordöstliche Handelsroute Berlin–Stettin verlagert worden. Diese führte nun nicht mehr über Niederfinow, sondern über Eberswalde an Chorin vorbei, dessen Bedeutung kontinuierlich stieg. Eine Verlegung der Kranken von Oderberg nach Chorin weist darauf hin, dass sich in Chorin selbst zu dieser Zeit neben dem Krankentrakt der Mönche, dem Infirmarium, ein Hospital mit einer größeren Kapazität befunden haben muss.

Mit dem Übertritt der brandenburgischen Markgrafen zur Reformation wurde der mittelalterlichen Klostermedizin die Grundlage entzogen. Die Aufhebung der Zisterzienserklöster bedeutete das Ende der dort betriebenen Heilkunde. Das Kloster Chorin wurde im Jahr 1542 aufgelöst und ein Jahr später als kurfürstliches »Kammergut« für 20.000 Sächsische Taler und Joachimsthaler Guldengroschen an den Rat Kaspar von Köckeritz vergeben.

Bereits 1723 – vier Jahre vor der Gründung der Charité als Pesthaus vor den Mauern Berlins – ließ König Friedrich I. eine Kommission einsetzen, die sich nach einem geeigneten Platz zum Bau eines Invalidenhauses umsehen sollte, in dem diejenigen untergebracht werden sollten, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht



Stadtplan von 1620, Zeichnung aus der Bernauer Stadtchronik von 1937.

mehr im aktiven militärischen Dienst standen.[20] Die Kommission entschied sich nach einjähriger Suche schließlich für die Räumlichkeiten des Klosters Chorin. Die medizinische Versorgung der Invaliden gewährleistete jetzt ein Feldscherer. Die Geschichte des Invalidenhauses in Chorin umfasst nur einen kurzen Zeitraum. Im Jahr 1721 erließ Friedrich Wilhelm I. den Befehl, dass das Amt Chorin neu zu verpachten und die Versorgung der Invaliden in Zukunft durch eine jährliche Zahlung der General Finanz Casse zu regeln. Damit beendete er – vielleicht ohne es zu wissen – eine jahrhundertealte heilkundlich-medizinische Tradition endgültig.

Städtische Hospitäler in Bernau und Eberswalde[21]

Die Stadt Bernau bei Berlin, 1292 erstmalig urkundlich erwähnt, ist eine noch immer durch ihre Gründung im Mittelalter geprägte Stadt auf der Hochebene des Barnim.[22] Zu ihrem Stadtbild gehören auch heute noch große Teile der Stadtmauer und eines der Stadttore. Außerhalb der Mauer befindet sich ein außergewöhnliches stadt- und landesgeschichtliches Zeugnis: das St. Georgen-Hospital. Das markant in Ecklage befindliche Gebäudeensemble des Hospitals, das 1328 gegründet wurde, besteht aus zwei erstaunlich gut erhaltenen historischen Gebäuden, die von einer roten Backsteinmauer umrahmt sind. Zwischen 2004 und 2009 erfolgte eine umfassende Restaurierung des Ensembles.

Seit seiner Gründung war und ist das St. Georgen-Hospital mit seiner Kapelle eine wohltätige Stiftung, die auch heute noch besteht. Damit ist es die älteste Stiftung im Land Brandenburg. Urkunden aus der mittelalterlichen Zeit sind rar.[23] Der Historiker und Archivar Ernst Fidicin datierte die Gründung der Stiftung auf die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts.[24] Erstmalig erwähnt wird das St. Georgen-Hospital in einer Urkunde vom 26. Juli 1347, in der Markgraf Ludwig I. eine Schenkung an das Hospital





Das Gebäudeensemble des St- Georgen-Hospitals in Bernau, l. um 1910, r. heute.

bestätigt.[25] Weitere frühe Erwähnungen sind Schenkungen von 1389 und 1466.[26]

Neben dem St. Georgen-Hospital bestanden weiterhin das St. Gertrauden-Hospital und das Heilig-Geist-Hospital, die jeweils auch über eine Kapelle verfügten.[27] Das St. Gertrauden-Hospital wurde in den Jahren von 1482 bis 1485 vor dem Steintor, dem östlichen Stadttor, errichtet. Beide Hospitäler wurden nach der Reformation aufgegeben.

Als wichtige soziale Einrichtung verband das St. Georgen-Hospital die alltägliche Not mit dem Wohlstand einiger Stadtbürger. Seine entscheidende Prägung erhielt es durch die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Mittelalters und der frühen Neuzeit. Auch nach den Steinschen Reformen verbleibt seine Verwaltung weiter beim Kuratorium.[28] Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs erhielten die gewachsenen Verhältnisse im Jahr 1878 schließlich eine feste Satzung.[29]

Während die Hospitalkapelle Ausdruck des mittelalterlichen Stiftungszwecks ist, wurde das Hospitalgebäude fast 300 Jahre als Altenwohnheim verwendet. Dass sich das Hospital zu einem Altenwohnheim entwickelte, dürfte aus der engen Bindung an die Gilde resultieren. Als Fürsorge für die Gildenmitglieder kam vor allem die Existenzsicherung im Alter infrage.[30] Als Zeitraum für den grundlegenden Zweckwandel wird grob das 17. Jahrhundert genannt.[31] Das Hospitalgebäude entstand 1734 anstelle eines baufälligen Vorgängerbaus und war vollständig nach den Anforderungen eines solchen Heimes konzipiert.[32] Von einem Mittelflur gingen die acht Kammern für die sogenannten Hospitaliten, eine Küche und Wirtschaftsräume ab. Am Ende des Flurs befand sich zudem ein Saal als Aufenthaltsraum. Dieser war schlicht und zweckmäßig mit einem langen Tisch, Stühlen und einem Kachelofen eingerichtet.[33] Stadtchronist Seiler vermerkte 1736: »Die Hospital-Leute, deren ein jeglicher seine eigene Kammer hat, sind des Tages zusammen in einer Stube. Sie haben frei Holz, ein Wispel Mehl aus der Lankischen Mühle, den Garten, das Opfer von den Hospital-Predigten und die Spenden, welche wöchentlich von ihrer Korb-Magd gesammelt werden, zu genießen.«[34] Bis 1825 lebten acht



Hospitaliten und Hospitalpersonal, um 1920.

ältere Menschen hier. Der Ausbau des Dachgeschosses ermöglichte die Aufnahme von acht weiteren Personen.[35] Das Verwaltungsstatut von 1878 garantierte jedem Hospitaliten eine Kammer mit einer zweckmäßigen Ausstattung, Aufenthalt im Gemeinschaftssaal, der auf Kosten des Hospitals beheizt und beleuchtet wurde, freies Brennholz sowie freie ärztliche Behandlung und Medikamente. Zudem wurde das Begräbnis der Hospitaliten bezahlt. Im Gegenzug besaß die Stiftung, spätestens seit der Satzung von 1878 und verstärkt durch § 50 ff., 60 II.19 des Allgemeinen Landrechts von 1794, das Erbrecht für die Hospitaliten. Alle weiteren Leistungen für die Hospitaliten richteten sich streng nach deren Status. Während die ordentlichen Hospitaliten monatlich 15 Mark Präbende zur freien Verfügung erhielten und ihnen zudem ein Gartenstück auf dem Besitz des Hospitals zur Verfügung stand, erhielten die außerordentlichen Hospitaliten monatlich nur neun Mark Präbende.[36] Eine Ausnahme in der Ordnung der Hospitaliten bildete die Hospital-, Spittel- oder Korbmagd als außerordentliche Hospitalitin. Um als solche aufgenommen zu werden, musste man eine »rüstige, kräftige Person« sein. Erst nach zehn Jahren konnte sie in den Status einer ordentlichen Hospitalitin aufrücken, da sie kein Eintrittsgeld zahlen musste.[37]

Gegenüber dem Mittelalter war es dem Hospital jetzt untersagt, chronisch oder ansteckend Kranke aufzunehmen. Eine Hausordnung schrieb die Regeln des Zusammenlebens vor. Sowohl ein Verstoß dagegen als auch mehrfache disziplinarische Verwarnungen aufgrund des »Lebenswandels«, von »entehrenden Vergehen« oder von Verbrechen sowie ungenehmigte Abwesenheit oder eine genehmigte Abwesenheit von über sechs Monaten konnten gemäß der Satzung von 1878 zu einem sofortigen Ausschluss des Hospitaliten führen.

Das Hospital beherbergte über den zweiten Weltkrieg hinaus bis in die 1960er Jahre ältere Menschen. In einer Statistischen Meldung der Stiftung vom 15. Februar 1953 gibt Kurator Kintzel als Zweck »Altersheim« und dazu als Erfüllung des Zweckes »Wohnheim für alte Leute« an.[38] Nach 1960 gestaltete sich die Weiterführung als Altenwohnheim immer problematischer, wie ein Schriftwechsel zwischen Kurator Kintzel und dem Bearbeiter der Angelegenheiten des Georgen-Hospitals beim Landesausschuss der evangelischen Kirche Bohm zeigt. Während Letzterer aufgrund von Anschauungen aus Würzburg den Ausbau des Hospitals zu einer zeitgemäßen Einrichtung mit Modellcharakter anregte, legte Kintzel dar, dass dies nicht möglich sei, da das Gebäude unter Beachtung des Denkmalschutzes und der begrenzten personellen und wirt-



Stadtansicht Eberswalde mit Hospitälern, nach Merian, 1650.

schaftlichen Gegebenheiten nicht geeignet sei, um es mit notwendigen Erweiterungen, wie beispielsweise mit einer Zentralheizung, auszurüsten.[39] Im baufälligen Haus lebten noch bis in die 1980er Jahre die verbliebenen Hospitaliten, die letzte Insassin verstarb 1989.[40]

Die erste für Eberswalde[41] bekannte Einrichtung zur Krankenbetreuung war das Heilig-Geist-Hospital (1322), das sich im Bereich der heutigen Steinstraße befand. Später entstanden das St. Georgs-Hospital und das Gertraudenhospital. Primär dienten sie der Aufnahme von Fremden und Reisenden vor den Toren der Stadt, wohl auch, um deren Einwohner vor ansteckenden Krankheiten zu schützten. Später wurden hier Kranke betreut. Vermutlich noch bevor Eberswalde den Stadtstatus erhielt, wurde das erste Hospital eingerichtet, das zur Heilig-Geist-Kirche gehörte.[42] Neben dieser Einrichtung existierten in der mittelalterlichen Stadt Eberswalde zwei weitere Hospitäler, die zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert gegründet worden waren. Die Hospitäler bestanden jeweils als Nebenanlage der gleichnamigen Kapellen, von denen allein drei Dutzend in der Mark Brandenburg dem Schutzpatron der Kreuzfahrer, dem hl. Georg, gewidmet waren. Die Gertrudskapellen verdankten ihren Namen der Schutzheiligen für die Spitäler und Krankenhäuser, für die Reisenden und fahrenden Brüder.[43]

Das Heilig-Geist-Hospital findet seine erste urkundliche Erwähnung anlässlich einer Schenkung von Rudolf von Sachsen am 27. März 1322. Auch im St. Georg- und im Gertrauden-Hospital stand zunächst die Beherbergung von Reisenden und Pilgern im Vordergrund, aller-

St. Georgskapelle, Eberswalde.





Beim Bader, um 1500.

dings galten sie vor dem Hintergrund der im Mittelalter grassierenden Lepra-, Cholera- und Pestepidemien als »Sonderhäuser« bzw. Leprosen- oder Pesthäuser.

Die Reformation bildete eine erste Zäsur für die Entwicklung des Hospitalwesens in Eberswalde. In diesem Zeitraum ging die Mehrzahl der bestehenden Häuser zugrunde. Im Dreißigjährigen Krieg wurden zudem das St. Georgs-Hospital und das Gertraudenhospital zerstört.[44] Im Unterschied zur Hl.-Geist und zur Gertrauden-Kapelle wurde das St. Georg-Hospital jedoch gut ein Jahrhundert später, zwischen 1745 und 1749, auf Initiative der Stadt neu erbaut. Das einfache, einstöckige Fachwerkhaus bestand aus einer Stube, sieben Kammern, Flur und Küche und sah die unentgeltliche Aufnahme »alter und gebrechlicher Leute« vor. De facto fanden hier in der Mehrzahl Frauen eine Bleibe.[45] Die Einrichtung war durch Spenden und die Beteiligung der Stadt möglich geworden. Noch 1829 bewohnten zwei Stadtarme das Hospital und obwohl die Nebengebäude im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich verfielen, zählte die Kapelle, nach der die Georgstraße benannt wurde, 1939 zu den ältesten Baudenkmälern der Stadt.

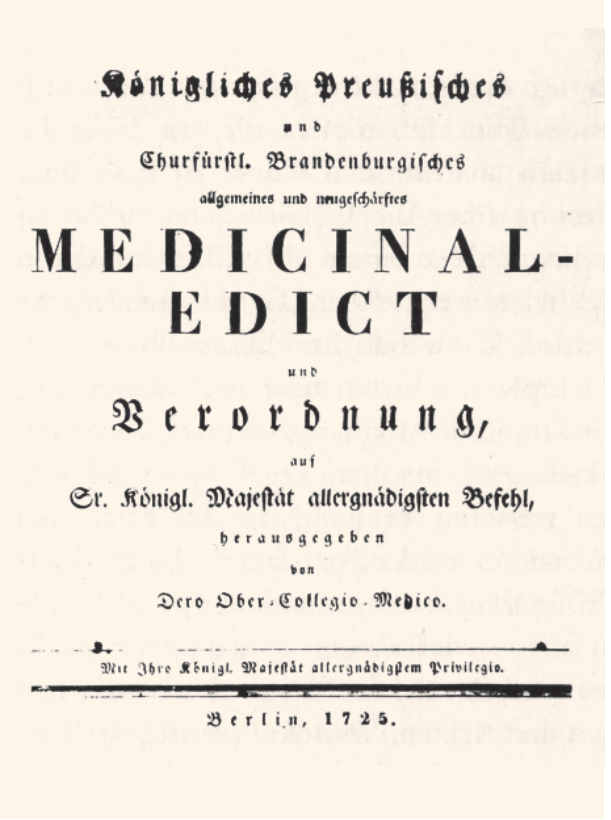
Auf private Initiative aus den Reihen der Eberswalder Bürgerschaft entstand das 1878 eröffnete Bürgerhospital in der Düppelstraße mit einer Kapazität von 18 Betten für »alte, bedürftige Bewohner«. Die finanziellen Mittel für das kleine Wohltätigkeitsunternehmen kamen hauptsächlich durch Spenden zusammen. Schon vor der offiziellen Einweihung hatten drei Hospitaliten das Haus bezogen, das von einem Hausvaterehepaar geleitet wurde, während die Verwaltung dem Bürgerverein oblag. Nach dessen Auflösung gründete sich der Bürgerhospitalverein. Dieser installierte einen Vorsitz, der die Einrichtung auf Lebenszeit verwalten sollte. Der neue Verein besaß keinerlei Mittel, die Stadt kam für die Kosten der sechs verbliebenen Hospitaliten und den Hausvater auf.[46]

Apotheken im Barnim[47]

1241 kann als Geburtsjahr der Apotheken gelten.[48] Mit der Gründung der ersten Universitäten hatten sich ärztliches Wissen und die Naturwissenschaften weiter entwickelt, sodass Kaiser Friedrich II. gesetzliche Bestimmungen erließ, »nach denen die Herstellung von Heilmitteln nicht mehr allein den Ärzten oblag, sondern dem neuen Stand der Apotheker übertragen wurde«.[49] Das Gesetzeswerk, als »Liber Augustalis« bekannt, erlangte im September 1241 Gültigkeit.[50] Mit diesem wurde die Trennung der Berufe Arzt und Apotheker fixiert. Nachträge präzisierten in den folgenden Jahren die schon getroffenen Festlegungen, indem sie den Arztberuf weiter von dem des im Mittelalter häufig auch therapeutisch tätigen Apothekers abgegrenzten. So durften Ärzte keine Apotheke besitzen oder daran beteiligt sein. Arzneimittelpreise wurden gesetzlich festgeschrieben, um Preistreiberei zu verhindern und der Apotheker musste eine längere Lehrzeit absolvieren und eine Prüfung an einer medizinischen Fakultät ablegen sowie zu guter Letzt auch einen Eid leisten. Dieses System hat bis heute Bestand. Der »Liber Augustalis« gilt somit als »Gründungsdatum« des Apothekerstandes. Auch wenn zunächst ausschließlich im Königreich Sizilien gültig, beeinflussten die Rechtsverordnungen die Entwicklung auch nördlich der Alpen. Sie wurden letzt-

lich zum Vorbild der Apothekengesetzgebung in ganz Europa.[51]

Bis weit in das 16. Jahrhundert hinein beanspruchten Ärzte in den deutschen Territorien erfolgreich das Recht auf die Anfertigung und Verteilung von Arzneien an die Kranken, vor allem in den kleineren Städten. Nur so wird verständlich, warum auch in der Mark Brandenburg Apotheken zunächst nur in größeren Städten wie Prenzlau, Frankfurt/Oder, Jüterbog und Berlin existierten.[52] In der Region Oberbarnim fertigten die Zisterzienser Medikamente an und gaben diese sogar unentgeltlich ab.[53] Darüber hinaus wurden Apothekerwaren auf Messen und Jahrmärkten durch Krämer, Barbiere und fliegende Händler angeboten.[54] Petra Fuchs beschreibt, das die wenigen bestehenden Apotheken auch nach der Aufhebung der Klöster und mit zunehmendem Wohlstand kleinerer und größerer Gemeinden lange Zeit als Luxuseinrichtungen galten, »die feinere Spirituosen und Würzweine, Parfümerien und Räucherwerk, Konfekt und Marzipan, Fruchtsäfte und Eingemachtes für das reichere Bürgertum und den Landadel bereithielten und Farbstoffe, Wachs, Schießpulver und Kolonialwaren vertrieben«.[55]


Königliches Preußisches
und
Churfürstl. Brandenburgisches
allgemeines und neugeschärftes
MEDICINAL-
EDICT
und
Verordnung,
auf
Sr. Königl. Majestät allergnädigsten Befehl,
herausgegeben
von
Dero Ober-Collegio Medico.
Mit Ihro Königl. Majestät allergnädigstem Privilegio.
Berlin, 1725.

Deckblatt des Medzinaledikts, 1726.

Das Jahr 1685 war für den Barnim in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Jahr, denn der Große Kurfürst traf zwei wegweisende Entscheidungen. Zunächst erließ er das sogenannte Toleranzedikt, das Chur-Brandenburgische Edict, mit Privilegien für niederlassungswillige Evangelisch-Reformierte Französischer Nation.[56] Das zweite wegweisende Edikt war das Medizinaledikt, das die Einrichtung einer Medizinalbehörde vorsah. Diese stellte die Berufstätigkeit von Ärzten und anderen Heilern künftig unter staatliche Kontrolle. Im Jahr 1725 wurde das Edikt präzisiert und verschärft. Es enthielt nunmehr eine feste Approbations- und Gebührenordnung, regelte die Rechte und Pflichten der Heilberufe untereinander und gab erstmals einheitliche Ausbildungs- und Prüfungsanforderungen vor, was sich letztendlich auch auf die Region des Barnim auswirkte. Damit existierten hier vergleichsweise früh Apotheken, denn die Mehrzahl der Gründungen im Oberbarnim fällt in das 17. Jahrhundert. Nur wenige Jahre später gab es zahlreiche Neubebauungen, die die Städtebilder veränderten. Dazu gehören in Bernau die Adler-Apotheke (1610), in Biesenthal die Königlich privilegierte Apotheke (1740) und in Eberswalde die Adler-Apotheke (1663) und die Löwen-Apotheke (1703). Letztere erhielten ihren endgültigen Namen erst im 19. Jahrhundert. Der Bernauer Apotheke verlieh, nachdem sich 1606 Conradt Lehnhausen hier angesiedelt hatte, vier Jahre später Kurfürst Johann Sigismund ihre Bestätigung. Als er 1624 scheinbar mit dem Apotheker Johann Bergemann, der sich in der Stadt als Materialist – das war ein Klein-Lebensmittelhändler bzw. ein Krämer –, ansiedeln durfte, Konkurrenz bekam, protestierte er mit Nachdruck beim Rat der Stadt: Allein vom Verkauf der Arzneien könne er sich nicht ernähren. Er sei »deshalb auf den Handel mit Materialistenwaren wie z. B. Bier, Gewürze, Kaffee, Tee, Wein und Zucker« angewiesen.[57]

In Biesenthal erhielt Matthias Kosak, der aus Eberswalde kam, im Jahr 1740 eine Konzession zur Errichtung einer Apotheke.[58] Als durchaus wichtige Persönlichkeiten für die Entwicklung der städtischen Apotheken gelten in der Stadt Eberswalde[59] u. a. Leonard Schleich (1647–1685), Daniel Friedrich Schleich (1685–1714) so-



Löwenapotheke.



Adlerapotheke.



Apotheker Johann Ludwig Schleich.

wie Johann Ludwig Schleich (1755–1790). 1623 erstmals erwähnt, erwarb der Apotheker und Ratskämmerer Leonard Schleich im Jahr 1651 »das imponierende Fachwerkhaus«, das unweit des Untertors gelegen war. Nach seinem Tod im Jahr 1685 ging die Apotheke an seinen Sohn, den Apotheker, Stadtschreiber, Bürgermeister und Ratskämmerer Daniel Friedrich Schleich über, der sie wiederum an seinen Sohn weiter vererbte. Noch zu dessen Lebzeiten erwarb Peter Arndt, der im Mai 1739 das Examen vor dem Ober Collegium Medicum abgelegt und ein Privileg erhalten hatte, die Apotheke. Als Inhaber der Löwen-Apotheke stand er in Konkurrenz zu Schleich. Allerdings kaufte Johann Ludwig Schleich diese mit dem danebenliegenden Wohn- und Brauhaus 1757 zurück.[60] Mit seinem Tod endete die Ära Schleich in der Eberswalder Apothekengeschichte.

Wie langwierig der Weg zum Erhalt einer Konzession für eine Apotheke sein konnte, zeigen zwei Beispiele aus unterschiedlichen Zeiten: Auch in Joachimsthal wurde schon am 14. Februar 1793 ein Privileg für den Betrieb einer Apotheke ausgestellt. Bei einem Brand ging es verloren, weshalb sich die Eröffnung der Apotheke um sage und schreibe 30 Jahre verzögerte. Erst am 5. Januar 1823 lag die neuerliche behördliche Genehmigung vor.[61] 100 Jahre später war es nicht unbedingt leichter, eine solche Konzession zu erhalten. 1892 hatte der Ort Ahrensfelde bereits einen entsprechenden Antrag an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gestellt. Dadurch sollten auch die Bewohner von Blumenberg, Eiche, Falkenberg, Hönow, Lindenberg, Marzahn und Wartenberg schneller mit Medikamenten versorgt werden. Die nächsten Apotheken befanden sich damals in Altlandsberg, Werneuchen und Weissensee. Ein Veto der dortigen Apothekenbesitzer reichte für eine Zurückstellung des Antrages aus. Auch 1923, als man den Plan wieder aufgriff, wurde keine Erlaubnis erteilt.[62]

Überblick zu den im Kreis Barnim vorhandenen Apotheken[63]

ORT	APOTHEKEN SEIT
Ahrensfelde	Dorfapotheke, seit 23.6.1994
Blumberg, Gemeinde Ahrensfelde	Schwan-Apotheke, seit 1934
Eiche, Gemeinde Ahrensfelde	Kristall-Apotheke, 13.7.1993–30.9.1996 Apotheke am Kaufpark, seit 21.4.1995
Bernau	Adler-Apotheke, seit 1610 Phoenix-Apotheke, seit 12.7.1991 Kaisergarten-Apotheke, seit 4.1.1993 Pelikan-Apotheke, seit 27.10.1993 Apotheke am Steintor, seit 18.12.1993 Steinbock-Apotheke, seit 18.4.1994 Apotheke in der Bahnhofspassage, seit 24.4.1996 Bären-Apotheke, seit 20.11.1996 Brunnen-Apotheke, seit 29.11.1996
Schönow, 2001 eingemeindet	Apotheke Schönow, seit 11.5.2001
Biesenthal	Kgl. privil. Apotheke, seit 1740 Barnim-Apotheke, seit 2.8.1993
Eberswalde	Adler-Apotheke, seit 1623/1663 Löwen- (Markt-) Apotheke, seit 14.4.1739/1783 Neue Apotheke, seit 29.9. 1899 Hirsch-Apotheke, seit 28.2.1922 Westend-Apotheke, seit 3.1.1936 Apotheke zur Heilquelle/Stern-Apotheke, seit 8.9.1894 Wald-Apotheke, seit 1.4.1987 Krankenhausapotheke (Landesirrenanst.), seit 7.3.1888 Apotheke Aug. Viktoria-Krankenhaus (Apotheke im Werner Forßmann Krankenhaus), um 1949 Pharm. Zentrum Eberswalde/Bad Freienwalde, seit 1.7.1985–1990 Forst-Apotheke, seit 15.1.1992 Sonnen-Apotheke, seit 26.6.1992 Finowtal-Apotheke, seit 1.7.1993 Ahorn-Apotheke, seit 3.6.1996 Gingko-Apotheke, seit 27.11.1996
Finowfurt, Gemeinde Schorfheide	Hirsch-Apotheke, seit 28.1.1925
Groß Schönebeck, Gemeinde Schorfheide	Apotheke (zur Schorfheide), 15.11.1955
Joachimsthal	Adler-Apotheke (Seeadler-Apotheke), seit 5.1.1823
Oderberg	seit ca. 1784, Landes-Apotheke seit 1980
Basdorf, Gemeinde Wandlitz	Annen-Apotheke, seit 17.11.1994
Klosterfelde, Gemeinde Wandlitz	Ahorn-Apotheke, seit 1959
Wandlitz	Linden-Apotheke, seit 1.4.1922
Zerpenschleuse, Gemeinde Wandlitz	Robert Koch-Apotheke (Arzneimittelausgabestelle), seit 1960
Werneuchen	Adler-Apotheke, seit 1835 Gingko-Apotheke, seit 3.7.1995
Zepernick, Gemeinde Panketal	Adler-Apotheke/Luisen-Apotheke, seit 11.1.1928 Apotheke im Pankemarkt, seit 8.12.1995 Heine-Apotheke, seit 25.2.2003



Theordor Goecke (19. Mai 1850–15. Juni 1919).



Fürsorgeanstalten in Brandenburg; ● = Um- oder Neubauten von Theodor Goecke.

Krankenhäuser im 19. und 20. Jahrhundert

Die Wurzeln unseres heutigen Krankenhauswesens reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück. Seine eigentliche Entwicklung vollzog sich nach 1815. Axel Hinrich Murken stellt zu Recht fest, dass sich »(d)ie Entwicklung des Krankenhauses von der singulären Staatsanstalt zur zentralen Institution der städtischen Wohlfahrtspflege im Rahmen der Armenfürsorge in der Biedermeierzeit (vollzog)«.[64] In dieser Zeit wurden die neu entstehenden allgemeinen Krankenhäuser noch fast ausschließlich vom Staat getragen, d. h. die Gedanken des aufgeklärten Absolutismus zur Reformierung des Hospitalwesens, wie sie schon 1780 der reformfreudigen Kaiser Joseph II. umsetzte, wurden vereinzelt von sozial denkenden Landesherren aufgegriffen. Daneben gab es bürgerliche und christliche Initiativen. Der weitere Ausbau des Krankenhauswesens wurde in Preußen vor allem von den preußischen Reformen, der sich anschließenden Industrialisierung und vor allem durch die Fortschritte in der Medizin beschleunigt. Daneben entwickelte sich allmählich eine gesundheitspolitische Gesetzgebung, in der die Krankenversorgung zu einem Bereich der Armenfürsorge wurde. Auch wenn das von Rudolf Virchow 1848 geforderte »Recht auf Gesundheit« keinen Niederschlag in der preußischen Verfassung von 1848/50 fand, wurde inzwischen der Anspruch des Einzelnen an den Staat zur Sicherung seiner Gesundheit nicht mehr bestritten.[65]

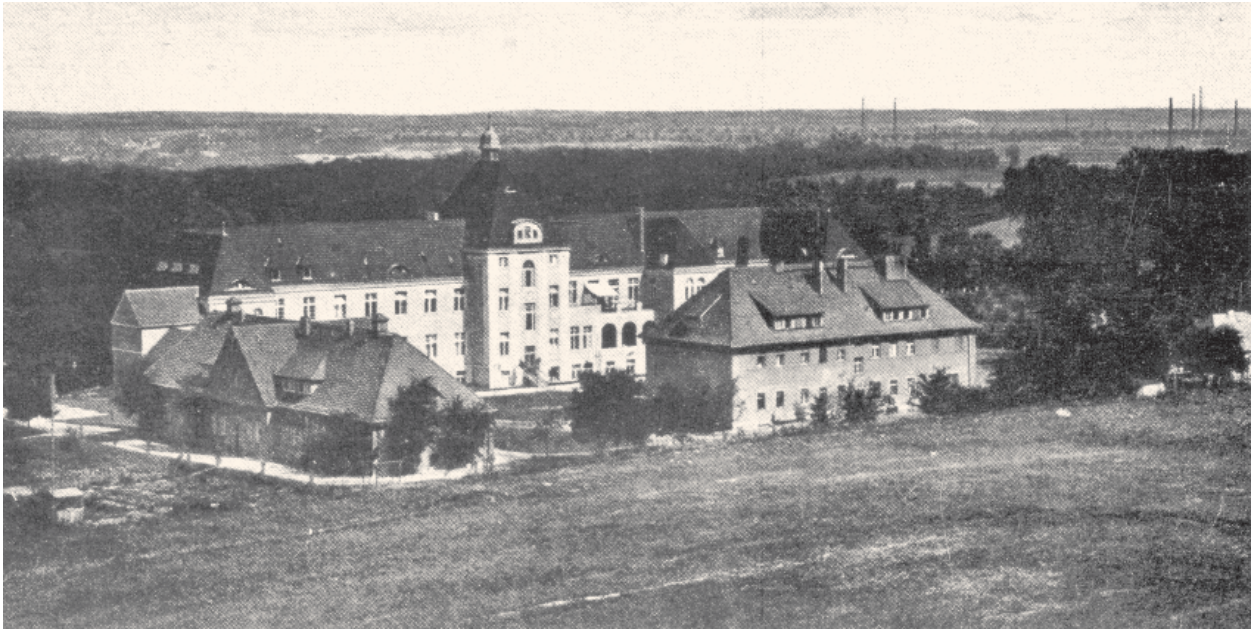
Mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 erfolgte spätestens im Zuge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung die Versorgung Kranker in Krankenhäusern, die die verschiedensten Träger hatten.[66] Neben den Städtischen Krankenhäusern bestanden u. a. Kreiskrankenhäuser sowie Krankenhäuser diakonischer Einrichtungen.

Auch im Krankenhausbau erfolgte ein völliges Umdenken.[67] Bisher übliche Mehrgeschossbauten wurden durch eine Vielzahl von ein- bis zweigeschossigen Bauten ersetzt, die in weiträumige Parklandschaften eingebettet waren. Große, von Außenwand zu Außenwand gehende Krankensäle mit 28 bis 30 Betten wurden in den Krankenanstalten bestimmend. Damit begann eine ganz neue Epoche in der Krankenhausentwicklung. Neben allgemeinen Krankenhäusern und den Spezialkliniken gab es psychiatrische Krankenhäuser, was dem rasanten und enormen Fortschritte der Medizin und der Entfaltung der Naturwissenschaften zuzuschreiben war. Bis 1898 wurden im Deutschen Reich 3.300 Krankenhäuser neu gebaut.

In der barnimer Region wirkten u. a. Martin Gropius und Theordor Goecke als Krankenhausarchitekten.[68] Beginnend mit der von Gropius zwischen 1862 und 1865 erbauten (staatlichen!) Provinzialirrenanstalt in Eberswalde setzte der eigentliche Krankenhausbau in den Kreisen Nieder- und Oberbarnim sowie in Eberswalde erst nach 1890 ein. Der Kreis Niederbarnim besaß fünf Kreiskrankenhäuser.

Krankenhäuser Kreis Niederbarnimm[69]

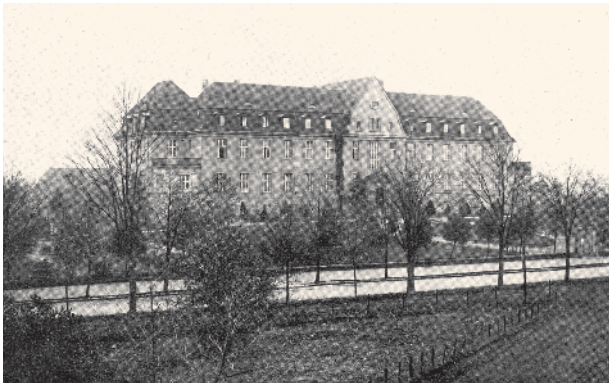
KREISKRANKENHÄUSER	ZAHL DER BETTEN	1927	PFLEGEPERSONAL	MEDIZINALPRAKTIKANTEN	KRANKENPFLEGESCHULE
Altlandsberg 1906 erb.	40	40	4	---	---
Bernau 1907–1910 erb.	120	135	19	1	ja
Kalkberge-Rüdersdorf 1908/09 erb.	150	150	18	2	ja
Liebenwalde	50	50	4	---	---
Oranienburg	75	45	10	---	---



Kreiskrankenhaus Kalkberge, 1929.



Kreiskrankenhaus Altlandsberg, 1929.



Kreiskrankenhaus Bernau, 1929.

Von den vom Kreis Niederbarnim erbauten Kreiskrankenhäusern soll das in Bernau kurz vorgestellt werden, da es als Immanuel Klinikum Bernau auch heute noch im Kreis Barnim als Gesundheitseinrichtung besteht.[70]

Am 15. Februar 1907 beschlossen die damaligen Stadtväter vorausschauend den Bau des Krankenhauses und verpflichteten den Regierungs- und Kreisbaumeister Kleemann als Architekten. Um das geplante Projekt realisieren zu können, wurde mit dem Kreisausschuss über dessen Finanzierung verhandelt. Dieser beteiligte sich mit einem zinsfreien Darlehen bis zu einem Höchstbetrag von 115.000 Reichsmark an den Gesamtkosten. Vertraglich festgelegt wurde, dass im Krankenhaus »Kranke jeder Art ohne Rücksicht auf die Konfession aus den zum Kreise Niederbarnim gehörenden Ortschaften unter den gleichen Bedingungen aufzunehmen (seien), wie solche aus der Stadt Bernau aufgenommen werden«.[71] Über einen Krankenhausfond finanzierte der Kreis bis in die Weimarer Republik weitere Unterhaltungs- bzw. Erweiterungskosten seiner Krankenhäuser.[72] Die Krankenhäuser Bernau und Kalkberge vergrößerten im Frühjahr 1926 durch neue Bauten ihre Bettenzahl. In Altlandsberg und Liebenwalde wurden für Tuberkulosekranke im Herbst 1926 Liegehallen zum Tagesaufenthalt eingerichtet.

Die Kreiskrankenkrankenhäuser waren nach Erweiterung und Modernisierung auf dem neuesten medizinischen Stand der Zeit eingerichtet. Sie besaßen alle einen Röntgenapparat für Diagnostikzwecke, in Bernau kam noch ein Apparat für Bestrahlungsbehandlungen hinzu. Im Verwaltungsbericht von 1927 ist des Weiteren zu lesen: »Die Häuser in Bernau, Liebenwalde und Oranienburg sind ferner mit Diathermieapparaten ausgerüstet. Vollständig eingerichtete Laboratorien befinden sich in Bernau, Kalkberge und Oranienburg. Bernau und Kalkberge besitzen je einen Krankenkraftwagen, für Oranienburg soll demnächst ein Wagen beschafft werden. Besonders angenehm wird von den Patienten der Umstand empfunden, daß in sämtlichen Krankenhäusern die altbewährten Schlaraffiamatratzen eingeführt werden. Mit Rücksicht auf die recht erheblichen Kosten muß der Austausch der alten Matratzen allerdings über mehrere Jahre erstreckt werden.«[73]

Die Zahl der versorgten Patienten nahm zwischen 1924 bis 1927 kontinuierlich zu. Waren es 1924 noch 2.740, konnten ein Jahr später schon 3.424 Kranke aufgenommen werden. 1927 wurden sogar 3.615 Menschen medizinisch versorgt. Die durchschnittlichen täglichen Selbstkosten der aufgenommenen Patienten lagen zwischen 4,10 und 8,01 Reichsmark.[74] Bis 1929 durchlief das Krankenhaus mehrere Modernisierungen. Sämtliche Gebäude waren bis dahin mit Zentralheizung ausgestattet und besaßen eine Warmwasserversorgung. In den Küchen wurde mit Gas gekocht, die Wäscherei besaß einen elektrischen Antrieb. Besonders hervorzuheben war die Ausstattung mit einem eigenen Krankenauto, sodass die Krankentransporte durch das Krankenhaus selbst ausgeführt werden konnten.[75]

Die nationalsozialistische Machtergreifung bewirkte mit der Enteignung der Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Eröffnung einer Reichsführerschule der NSDAP und der DAF am 16. Juli in Anwesenheit Adolf Hitlers zunächst außerhalb der medizinischen Einrichtung gravierende Veränderungen. Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg nutzte man auch das Krankenhaus als Reservelazarett.

Im Kreis Oberbarnim gab es nur Krankenhäuser in städtischer Regie mit entsprechenden Auflagen für Kranke aus der ländlichen Umgebung. Im Verwaltungsbericht des Kreis-Ausschusses des Kreises Oberbarnim aus dem Jahr 1898 heißt es dazu: »Wenn auch die Städte meist eigene Krankenhäuser besaßen, so entsprachen diese doch nicht sämmtlich den zu stellenden Anforderungen. Das platte Land war auf die städtischen Krankenhäuser angewiesen, hatte aber kein Recht, die Aufnahme seiner Kranken zu verlangen. Auf der anderen Seite zwang die Unfall- und Krankenversicherung dazu, die Anstaltspflege zu vermehren und zu verbessern.

Eine befriedigende Lösung der Krankenhausfrage wurde durch die örtliche Lage der Städte, an der Peripherie des Kreises, sehr erschwert. Ein einheitliches Krankenhaus würde für viele Ortschaften wegen der großen Entfernung wenig Werth gehabt und zudem dem Kreis erhebliche Unterhaltskosten verursacht haben. Man beschloß deshalb von der Erbauung eines Kreiskrankenhauses Abstand zu nehmen, vielmehr den Bau kleiner Krankenhäuser zu unterstützen und dabei den Anschluß an bestehende städtische Anstalten soweit angängig zu berücksichtigen.«[76]

Jahr für Jahr stellte der Kreis vor allem aus den Überschüssen der Kreissparkasse Mittel in einem sogenannten Krankenhausfond bereit, um die Unterhaltskosten der bestehenden Krankenhäuser abzufedern.[77] 1894 unterstütze der Kreis die Gemeinden Heegermühle, Schoepfurth und Lichterfelde sowie die Güter Spechthausen, Hüttenwerk Kupferhammer, Eisenspalterei, Wolfswinkel, Messingwerk und Lichterfelde dabei, sich zu einem Verband zu vereinigen, der den Bau und die Unterhaltung eines Krankenhauses in Heegermühle bezweckte. Das für zwölf Betten eingerichtete Krankenhaus konnte schon im Oktober 1894 eröffnet werden. Die Krankenhausbauten in den Städten Eberswalde, Wriezen, Strausberg und Biesenthal unterstützte der Kreis mit unverzinslichen Darlehen. In den beiden letztgenannten Städten konnte dadurch der Bau neuer städtischer Krankenhäuser ermöglicht werden. In Eberswalde und Wriezen handelte es sich um Krankenhäuser des Vaterländischen Frauenvereins. Aus den Verwaltungsberichten ist zu entnehmen, dass in allen Krankenhäusern, die der Kreise unterstützte, Diakonissen als Krankenpflegerinnen arbeiteten.[78] Der Kreis selbst sicherte sein finanzielles Engagement dadurch ab, dass er über einen Kommissar, der vom Kreisausschuss ernannt wurde, in die Verwaltungstätigkeit der Krankenhäuser voll umfänglich einbezogen war.



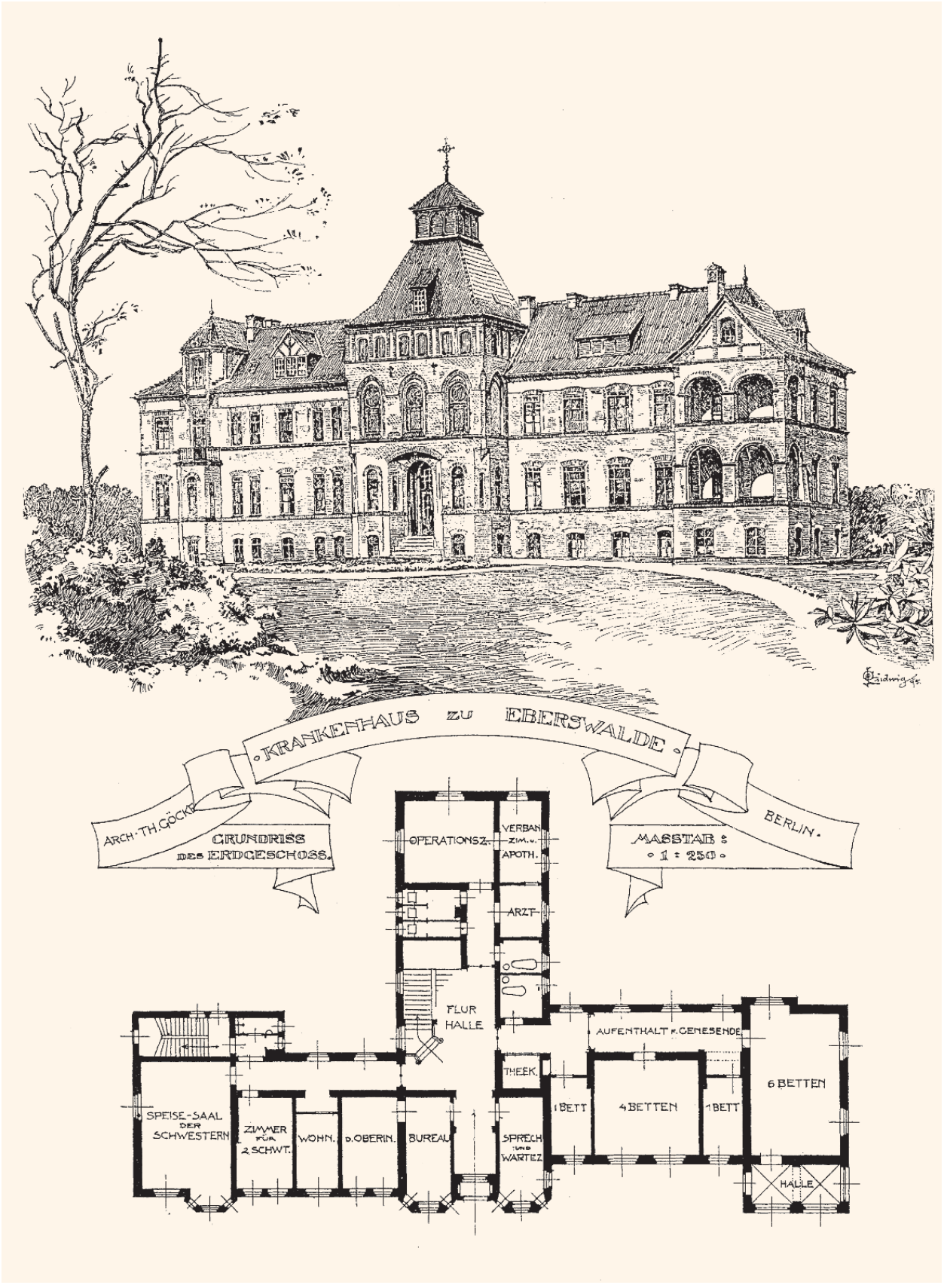
Krankentransport des Auguste-Victoria-Heims, um 1900.

Krankenhäuser Kreis Oberbarnim[79]

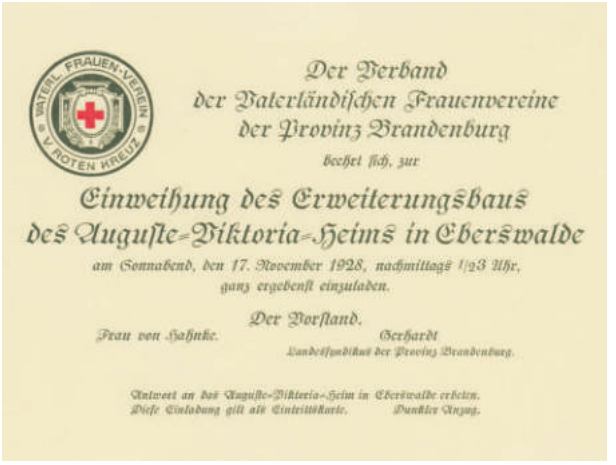
	ZAHL DER BETTEN	PFLEGEPERSONAL	MEDIZINALPRAKTIKANTEN	KRANKENPFLEGESCHULE
Freienwalde Städtisches Kankenhaus	40	5	---	---
Strausberg Städtisches Krankenhaus 1912 umgeb.	45	4	---	---
Wriezen Städtisches Krankenhaus 1912 umgeb.	45	4	---	---
Biesenthal Städtisches Krankenhaus	18	3	---	---
Heegermühle Gemeinde-Krankenhaus	32	3	---	---
Freienwalde Sanatorium Dr. Zenker Kreissäuglingsheim	 16 38	 1 8	---	 ja
Strausberg Nervenanstalt Dr. Hamburger				

Stadtkreis Eberswalde[80]

	ZAHL DER BETTEN	PFLEGEPERSONAL	MEDIZINALPRAKTIKANTEN	KRANKENPFLEGESCHULE
Städtisches Krankenhaus	64	4	---	---
Augusta Viktoriaheim Vaterl Frauenverein 1895 erb.	209	53	1	ja



Theodor Goeckes Planungen für das Auguste-Victoria-Heim, 1894.



Der Verband
der Vaterländischen Frauenvereine
der Provinz Brandenburg
beehrt sich, zur

Einweihung des Erweiterungsbaus
des Auguste-Viktoria-Heims in Eberswalde

am Sonnabend, den 17. November 1928, nachmittags 1/23 Uhr,
ganz ergebenst einzuladen.

Der Vorstand.

Frau von Saßnitz. Gerhardt
Landesfinanzrat der Provinz Brandenburg.

Antwort an das Auguste-Viktoria-Heim in Eberswalde erbeten.
Diese Einladung gilt als Eintrittskarte. Dunkler Anzug.

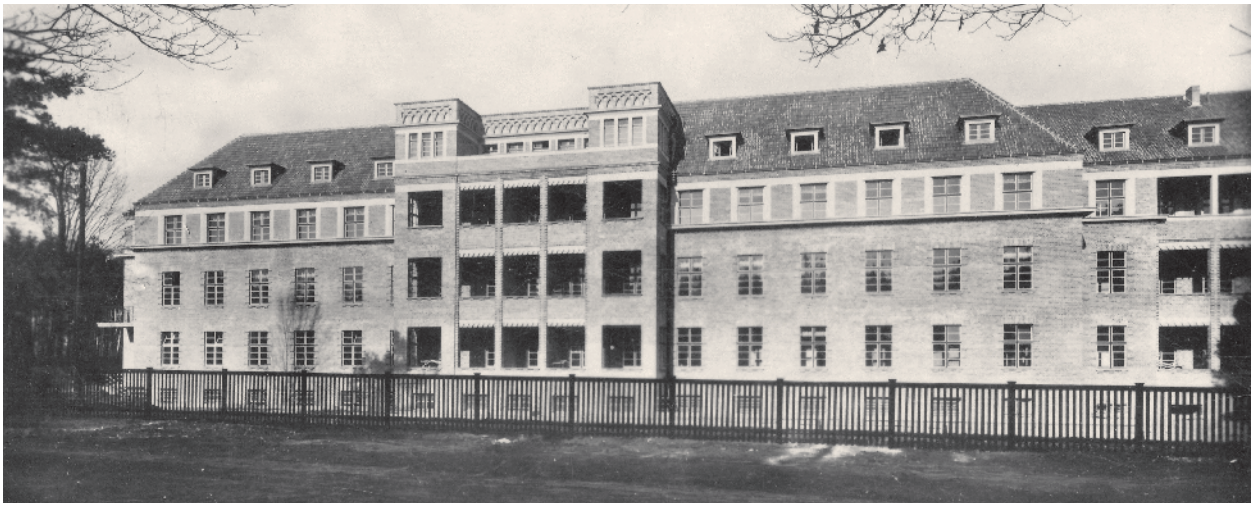
Einladung zur Eröffnung des Erweiterungsbaus, 1928.

Von den aufgeführten medizinischen Einrichtungen soll das heutige Werner Forßmann Krankenhaus kurz vorgestellt werden. Sein Entstehen verdankt es dem Entschluss des Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine der Provinz Brandenburg, ein Mutterhaus in Verbindung mit einem Krankenhaus zu gründen, das zur Ausbildung der Schwestern vom Roten Kreuz in der Gemeindepflege und in allen Zweigen der Krankenpflege dienen sollte.[81] Etwa zwei Kilometer vom heutigen Altstadtkern entfernt liegt das ehemalige Auguste-Victoria-Heim, das zwischen 1894/95 als Lehrkrankenhaus für die Schwestern vom Roten Kreuz erbaut wurde. Das Gebäude hatte zunächst eine Kapazität von 50 Krankenbetten.

Für den architektonischen Entwurf konnte mit Theodor Goecke ein Fachmann gewonnen werden, der später als Provinzialkonservator und Provinzialbaurat zum Krankenhausarchitekten der Provinz Brandenburg avancierte. Unentgeltlich übernahm er zugleich die technische Leitung des Bauvorhabens. Im Zuge der Einweihungsfeier am 1. Oktober 1895 erhielt das Krankenhaus seinen Namen nach der ehemaligen Protektorin der Vaterländischen Frauenvereine, der Kaiserin Auguste Victoria, die dem Festakt sogar beiwohnte. Schon nach wenigen Jahren erwies sich das Raumangebot im Auguste-Victoria-Heim als nicht mehr ausreichend. Mit dem Erweiterungsbau, den wiederum Theodor Goecke plante, konnten fortan 200 Kranke versorgt werden.



Postkarte des Auguste-Victoria-Heims, um 1900.



Erweiterungsbau, 1928.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde das Auguste-Victoria-Heim in ein Vereinslazarett für verwundete Soldaten umgewandelt. Unmittelbar nach dem Ende des Krieges wurde das Lazarett aufgelöst und der frühere Krankenhausbetrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die stetig steigende Zahl der Patientinnen und Patienten machte neue Erweiterungen notwendig, die 1928 nach Plänen des Goecke-Nachfolgers Landesbaurat Richard Lang umgesetzt wurden. Der bald fertiggestellte Erweiterungsbau erfüllte viele Jahre alle Anforderungen, die zur damaligen Zeit an einen Krankenhausbau gestellt wurden.

Am 12. Mai 1929 führte Werner Forßmann hier seine Selbstversuche mit dem Herzkatheter durch. Die erfolg-

Dr. Werner Forßmann in seiner Klinik.





Krankentransport vor der seit 1949 bestehenden Poliklinik im umgebauten Städtischen Krankenhaus.

reichen Versuche wurden zunächst äußerst kontrovers diskutiert und in Deutschland kaum popularisiert. Erst 1956 wurde seine Arbeit rehabilitiert. Der Nobelpreis für Medizin würdigte die außerordentliche Leistung Forßmanns.

Die Jahre zwischen 1933 bis 1945 brachten auch für das Krankenhaus gravierende Veränderungen. So gehörte das Auguste-Victoria-Heim mit zu jenen Krankenhäusern in der Provinz Brandenburg, die berechtigt waren, Sterilisationen auszuführen.[82] Im Juli 1938 wurde zunächst das Mutterhaus aufgelöst, das Auguste-Victoria-Heim war nach neuem Aufgabenverständnis nur noch ein Krankenhaus und trug den Namen Krankenhaus »Kurmark«. Während des Zweiten Weltkriegs diente es als es Reservelazarett. Im Sommer 1944 wurde von hier aus der einzige fahrbare Operationswagen des Deutschen Roten Kreuzes in Eberswalde und Umgebung eingesetzt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterschied sich die Lage in den medizinischen Einrichtungen der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) zunächst kaum von der in den drei westlichen Besatzungszonen. Deutschlandweit standen die Bekämpfung von Seuchen wie Typhus und Ruhr sowie eine möglichst rasche Verbesserung der katastrophalen Versorgungssituation als dringendste gesundheitspolitische Aufgaben im Vordergrund. Gleichzeitig hielten die noch tätigen niedergelassenen Ärzte die ambulante Versorgung nach ihren Möglichkeiten aufrecht. Die weitere Ausrichtung der medizinischen Institutionen nach sowjetischem Vorbild erfolgte sehr schnell. Der Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutsch-

Das heutige Werner Forßmann Klinikum, Außenaufnahme, um 2010.



land vom 11. Dezember 1947 verlangte die Einrichtung von Ambulanzen und Polikliniken. In Bernau wurde diese schon 1947 in der Villa des ehemaligen ersten Chefarztes eingerichtet. Im Februar 1952 eröffnete eine Kinderstation, die 1984 und 1987 vergrößert wurde. Anlässlich seines 50-jährigen Bestehens wurden 1961 das Krankenhaus und die Poliklinik zu einer Funktionseinheit zusammengeführt. Im März 1975 konnte die neu gebaute Poliklinik eröffnet werden.

Das Krankenhaus Eberswalde profilierte sich nach der Gründung der DDR ab 1952 unter der Bezeichnung Kreiskrankenhaus/Poliklinik Eberswalde. 1961 wurde sogar eine Kinderklinik eingerichtet.

Im Kreis Bernau wurden in der Zeit von 1953 bis 1964 jährlich zwischen 387 und 476 Patienten in zwei Krankenhäusern versorgt.[83] Im Kreis Eberswalde gab es zwischen 1953 und 1960 – das psychiatrische Krankenhaus in Eberswalde mitgerechnet – fünf Krankenhäuser. In diesem Zeitraum wurden jährlich zwischen 1.352 und 1.387 Patienten versorgt. Im Statistischen Taschenbuch 1961 für den Kreis Eberswalde ist für die weitere medizinische Ausrichtung im Kreis zu lesen: »Nach der Profilierung im Gesundheitswesen sind nur noch 3 selbständige Krankenhäuser vorhanden. Die Krankenhäuser Finow und Finowfurt sind Außenstellen des Kreiskrankenhauses. In den ambulanten Einrichtungen erfolgte 1961 eine veränderte Zuordnung, da verschiedene Begriffe überholt sind. Die Zahl der Kennziffern ist erweitert. Das Landambulatorium Oderberg ist mit dem Krankenhaus zusammengelegt.«[84]

Erst der Fall der Berliner Mauer und die anschließende Wiedervereinigung 1989/90 bewirkten auch in der medizinischen Versorgung einen enormen Umbruch. Das bisher kommunal betriebene Krankenhaus Bernau wurde 1995 in den Kreis der diakonischen Einrichtungen der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Berlin-Schöneberg, der heutigen Immanuel Diakonie, aufgenommen. Zwischen 1992 bis 1998 entstand der Neubau des Immanuel-Diakonie Klinikums Bernau am selben Standort mit der Integration des Herzzentrums Berlin-Buch. Während das Herzzentrum sowohl regional als auch überregional tätig ist, sichert das Krankenhaus die wohnortnahe medizinische Betreuung der Patienten im Niederbarnim.[85]

In Eberswalde löste sich sehr schnell die Poliklinik auf und ein Gesundheitszentrum in Form einer GmbH entstand. Am 19. August 1991 erhielt das Krankenhaus den Namen des Nobelpreisträgers Werner Forßmann. Mit der neuen medizinischen Zielsetzung erfolgten seit den 1990er Jahren zudem erneut umfangreiche Erweiterungsbauten, wovon der letzte 1996 fertiggestellt wurde. Sein historisches Erscheinungsbild konnte das frühere Auguste-Victoria-Heim bis in die heutigen Tage bewahren. Der denkmalgeschützte Altbau bildet quasi den Grundbaustein des Werner Forßmann Krankenhauses, dem als akademisches Lehrkrankenhaus der Charité zugleich die größte Bedeutung für die medizinische Regelversorgung im brandenburgischen Landkreis Barnim zugeschrieben werden kann.[86]

1 Grundlegend u. a. Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Winfried Schich mit Martin Bauch/Ellen Franke/Christian Gahlbeck/Christian Popp/Peter Riedel (Hrsg.), Brandenburgisches Klosterbuch. Handbuch der Klöster, Stifte und Kommenden bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, 2 Bde., Berlin 2007; Bd. I: A–K (Chorin), S. 329–359 und Bd. II: L–Z (Oderberg), S. 945–951. Ebenso Daniel Seeger, Die Stiftung Sankt Georgen-Hospital zu Bernau – älteste Stiftung im Land Brandenburg, in: Kristina Hübener/Andreas Ludwig/René Schreiter (Hg.), Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 22), Berlin 2012, S. 61–94; Tobias Scholta, Gesundheisfürsorge des Verbandes der Vaterländische Frauenvereine der Provinz Brandenburg in Eberswalde, in: ebd., S. 249–274; Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, in: Kristina Hübener/Wolfgang Rose (Hrsg.), Krankenhäuser in Brandenburg. Vom mittelalterlichen Hospital bis zur modernen Klinik (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 16), Berlin 2007, S. 113–164. Siehe auch Kristina Hübener, Die Landesanstalt Eberswalde 1933 bis 1945, in: Kristina Hübener (Hrsg., in Zusammenarbeit mit Martin Heinze), Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 3), Berlin 2002, S. 179–194. Für die Geschichte der Apotheken siehe ausführlich und grundlegend Paul Biela, Zur Historie der Apotheken des Landes Brandenburg, T. III: Barnim, Märkisch-Oderland, Frankfurt/Oder, Oder-Spree, Dahme-Spreewalde, Potsdam 2008. Für den Barnim hier die Seiten 7–96. Ruth Schilling hat 2011 die Ausstellung im Kloster Chorin kuratiert und zudem einen Beitrag im Tagungsband »Medizin trifft Geschichte« verfasst. Siehe Ruth Schilling, »Die göttliche Güte gewährt zur Heilung einer Krankheit viele Tröstungen…«:

Die Heilkunde der Zisterzienser im Kloster Chorin, in: Detlev Hoffmeister/Kristina Hübener, Medizin trifft Geschichte (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 20), Berlin 2011, S. 45–72.

2 Hier und nachfolgend Axel Hinrich Murken, Vom Armenhospital zum Großklinikum. Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Köln 1991, S. 13–18. Ebenso Uta Lindgren, Hospital, in: Lexikon des Mittelalters 5 (1986), Sp. 1133–1137; Dieter Jetter, Geschichte des Hospitals, 6 Bde., Wiesbaden 1966–1987; Marie-Luise Windemuth, Das Hospital als Träger der Armenfürsorge im Mittelalter, Stuttgart 1995; Ulrich Knefelkamp, Über den Funktionswandel von Spitälern vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit, aufgezeigt an den Beispielen Deutschland, England und Italien, in: Historia Hospitalium (= Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte, hrsg. v. Axel Hinrich Murken), H. 22, Eschweiler 2002, S. 9–34 sowie Kristina Hübener/Wolfgang Rose, Außerhalb der Mauern bei den Kranken: Zur Krankenversorgung durch das Jakobshospital in Brandenburg an der Havel seit 1315, in: Detlef Karg (Hrsg.), Die Jakobskapelle in Brandenburg an der Havel (= Schriftenreihe der Wredowstiftung, Bd. 3, Berlin 2019, S. 36–53.

3 Siehe u. a. Ralf van Bühren, Die Werke der Barmherzigkeit in der Kunst des 12.–18. Jahrhunderts. Zum Wandel eines Bildmotivs vor dem Hintergrund neuzeitlicher Rhetorikrezeption (= Studien zur Kunstgeschichte, Bd. 115), Hildesheim/Zürich/New York 1998.

4 Die Aufzählung umfasst des Weiteren: Hungernde speisen, Dürstenden zu trinken geben, Nackte bekleiden, Fremde aufnehmen, Gefangene besuchen und Tote begraben. Die Reihenfolge der Werke folgt der sogenannten Endzeitrede Jesu in Matthäus (25, 34–46 eucaristica). Das siebte Werk, die Toten zu bestatten, wurde von Lactantius hinzugefügt und hat sich in Tradition der Kirche als Bestandteil der sieben Werke der Barmherzigkeit etabliert.

5 Wesentliche Impulse bekam die Pflege für Kranke jeglicher Art, für in Not geratene Frauen, für Geisteskranke oder für altersschwache Menschen seit dem hohen Mittelalter durch die aufkommenden Bruderschaften, die Beginen- und Begardenbewegungen sowie die Bettelorden, wie Minoriten, Clarissinnen und Franziskaner.

6 Daneben bestanden Pilgerspitäler, Elendenherbergen, Armenspitäler, Waisenhäuser, Findelhäuser, Beginenhäuser, Häuser für alte Handwerker und das Bürgerspital. Diese Ausdifferenzierung nach den unterschiedlichen Aufgaben zur Versorgung, Pflege oder Isolierung, lässt sich in fast allen Ortschaften nachweisen, in denen Hospitäler existierten.

7 Hier und nachfolgend Knefelkamp, Über den Funktionswandel, S. 10 f.

8 Die Magistrate versuchten in zunehmendem Maße, über die dafür eingesetzten Provisoren und Stadtärzte, sowohl die Wirtschaftsführung als auch die Pflegesituation zu beaufsichtigen und zugleich bestimmte hygienische Grundsätze sowie ärztliche Visiten sicherzustellen.

9 In der Renaissance und Reformation war der Erhalt der mittelalterlichen Spitäler zunächst jedoch nur durch die von der Kirche propagierten zahlreichen Stiftungen für das Seelenheil möglich.

10 Daneben wurden die Spitäler teilweise aufgehoben oder neu strukturiert oder sogar neu gebaut.

11 Hier und nachfolgend Dietrich Kurze, Das Mittelalter. Anfänge und Ausbau der christlichen Kirche in der Mark Brandenburg (bis 1535), in: Gerd Heinrich (Hg.), Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin 1999, S. 15–146, hier S. 50–59; Axel Hinrich Murken, »Ich war krank und ihr habt mich besucht …« Von Unterkunftsstätten für Arme, Pilger und Sieche in leibseelischer Not zu den Krankenanstalten für heilbare Kranke in der Mark Brandenburg, in: Kristina Hübener/Wolfgang Rose (Hrsg.), Krankenhäuser in Brandenburg, S. 11–36, hier S. 13–23. Vgl. auch Gerd Heinrich (Bearb.), Spitäler, Elendengilden und Kalandsbruderschaften bis 1520. Karte mit Erl.-Text (= Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 27), Berlin/New York 1969. Siehe auch Karlheinrich Schäfer, Die Caritas in der Mark Brandenburg und im Bereich der Provinz Brandenburg, in: Wichmann-Jahrbuch, H. 2/3, 1931/32, S. 1–61; Carl Nagel, Märkische Hospitäler im Mittelalter, in: Die evangelische Krankenpflege 8(1958), S. 11–17.

12 Hier und nachfolgend Gerd Heinrich (Bearb.), Spitäler, Elendengilden und Kalandsbruderschaften bis 1520, Textteil, S. 3–5.

13 Seit Mitte des 14. Jahrhunderts etablierte sich die Fürsorge der Elenden-Gilden und Bruderschaften. Mit ihren Elendenhäusern und Elendenaltären halfen sie vor allem Fremden und Landlosen bei Krankheit, Tod und Begräbnis. Die Gilden und Häuser waren fast immer rechtlich einer bestimmten Stadtkirche oder einem Hospital zugeordnet. Die Bruderschaften setzten sich aus Männern der oberen und mittleren Handwerkerschichten zusammen. Die daneben noch bestehenden Kalandsbruderschaften kann man auch als Priesterkonvente bezeichnen. Sie wurden häufig als ein Akt des Selbstschutzes und der Selbsthilfe von Geistlichen jeweils eines Mutterkirchspiels gegründet, um verstorbenen Amtsbrüdern ein feierlich-christliches Leichenbegräbnis zu geben.

14 Bei den steigenden Kosten für deren Unterhaltung war es folgerichtig, dass die städtischen Verwaltungen lieber Pfründner aufnahm, deren Familien über eigene Mittel für Spenden und zum Unterhalt verfügten, als Kranke, für deren Behandlung die Armenkasse zu zahlen hatte.

15 Grundlegend hier und nachfolgend: Ruth Schilling, »Die göttliche Güte gewährt zur Heilung einer Krankheit viele Tröstungen…«: Die Heilkunde der Zisterzienser im Kloster Chorin, S. 45–72.

16 Ebd., S. 49–56.

17 Barsdin war die ältere, anscheinend slawischsprachig besiedelte Dorfanlage, während sich die »civitas« Oderberg im Schutze der markgräflichen Vogteigründung 1231 ausbildete. In diesem Jahr schenkten die brandenburgischen Markgrafen Johann I. und Otto III. einem Priester Theoderich und seinen Brüdern vom Prämonstratenserorden das Dorf Barsdin (resp. Oderberg), um dort ein der Jungfrau Maria geweihtes Kloster zu errichten. Teil dieser Gründung war auch ein Hospital zur Aufnahme von Pilgern, Kranken und Flüchtlingen.

18 Bis zur Verlegung der sogenannten »Via Regia« von Berlin nach Stettin im Jahr 1317 führte dieser bedeutende Handelsweg durch Oderberg.

19 Drei Gärten befanden sich in jedem Zisterzienserkloster: der Obst-, der Küchen- und der Kräutergarten.

20 Hier und nachfolgend Ruth Schilling, »Die göttliche Güte gewährt zur Heilung einer Krankheit viele Tröstungen …«: Die Heilkunde der Zisterzienser im Kloster Chorin, S. 71 f.

21 Grundlegend Daniel Seeger, Die Stiftung Sankt Georgen-Hospital zu Bernau – älteste Stiftung im Land Brandenburg, S. 61–94, in: Hübener/Ludwig/Schreiter (Hg.), Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg, S. 61–94 und Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, in: Hübener/Rose (Hrsg.), Krankenhäuser in Brandenburg. Vom mittelalterlichen Hospital bis zur modernen Klinik, S. 113–164.

22 Rolf Barthel, Bernau, in: Evamaria Engel/Lieselott Enders/Gerd Heinrich/Winfried Schich (Hrsg.), Städtebuch Brandenburg und Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 41–44, hier S. 41.

23 Einen Hinweis bietet der Bernauer Stadtchronist von 1894, August Wernicke, indem er auf »alte Hospital-Acten« hinweist, die das Jahr 1328 erwähnten. Vgl. August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik. Nach amtlichen und anderen sicheren Quellen bearbeitet, Bernau

1894, S. 122. Aufgrund der Bernauer Stadtbrände von 1406 und 1485 existiert die Stiftungsurkunde nicht mehr. Zudem fehlen weitere Nachweise, die unmittelbar das Jahr 1328 als Stiftungsjahr belegen.

24 Ernst Fidicin, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim und der demselben belegenen Städte, Rittergüter, Dörfer, Berlin 1857, S. 16.

25 Codex Diplomaticus Brandenburgensis, T. VI., S. 458; Adolph Friedrich Riedel, Geschichte der geistlichen Stiftungen, der adligen Familien, so wie der Städte und Burgen der Mark Brandenburg, Bd. 7, Berlin 1847, S. 126.

26 August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik, S. 122; Tobias Seiler, Chronik der Stadt Bernau 1736. Übertragung der handschriftlichen Fassung von Karl Bülow, Bernau 1995, II, S. 70 f.; Ernst Fidicin: Geschichte des Kreises Nieder-Barnim, S. 17. Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv sind Akten vor allem aus dem 18. und 19 Jahrhundert vorhanden, die hauptsächlich Vermögenssachen und Konflikte über die Hospitalverwaltung betreffen. Das erste und einzige Dokument, das Satzungscharakter hat, ist das Verwaltungsstatut von 1878.

27 Aus der Geschichte der Stadt Bernau, S. 25. Fidicin vermerkt, dass die Kapellen der beiden Hospitäler 1857 bereits nicht mehr existierten. Vgl. Ernst Fidicin, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim, S. 17.

28 Das Reformgesetz vom 19. November 1808 bestimmte u. a., dass allen »Hospitälern, Armen-, Kranken- und Pesthäusern, milden Stiftungen etc. […] Mitglieder der Kommissionen vorgesetzt« werden, »jedoch die Disposition des Stifters […] nicht ändern dürfen.« Neben dem im Gesetz zuvor geregelten Vorrang der Stadtverwaltungen als Träger der Armendeputationen bzw. -kommissionen ist ebenfalls vorgeschrieben, dass auch Geistliche in die Gremien aufzunehmen sind. Der Königs entschied also gesetzeskonform.

29 Diese bisher älteste ermittelte Satzung der St. Georgen-Hospital-Stiftung ist auf den 12. Dezember 1877 datiert und wurde am 11. März 1878 vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt. Älteste Abschrift im Archiv der Stiftung, Statut für die Verwaltung des Sanct Georgen-Hospitals zu Bernau, 1878, in: Archiv St. Georgen, Ordner: Stiftung St. Georgen Allgemeines. Actualia, Schriftverkehr, Kuratoren u. a., Unterordner: Satzung St. Georgen-Stift von 1878 und Verwaltungsstatut von 1878.

30 Zu den ersten Hospitaliten gehörten sowohl Witwen verstorbener Gildenmitglieder als auch alte verarmte Mitglieder.

31 Infolge des Dreißigjährigen Krieges wurden die Hospitäler der Stadt nicht mehr belegt oder die Hospitaliten im Schutz der Stadtmauern untergebracht. Siehe Aus der Geschichte der Stadt Bernau, S. 25; Tobias Seiler, Chronik der Stadt Bernau, II, S. 71.

32 Vgl. August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik, S. 122.

33 Vgl. ebd., S. 126.

34 Tobias Seiler, Chronik der Stadt, II, S. 71. Zitiert nach Seeger, Die Stiftung Sankt Georgen-Hospital zu Bernau, S. 73.

35 Vgl. Ernst Fidicin, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim, S. 17. Siehe auch August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik, S. 126.

36 Vgl. hier und nachfolgend Statut für die Verwaltung des Sanct Georgen-Hospitals zu Bernau, 1878, S. 6 ff. Die Ursache für die Unterscheidung der Hospitaliten in zwei Klassen lag in den Aufnahmebedingungen. Bernauer Bewerber hatten dabei Vorrang. Daneben mussten zumindest 30 Mark gezahlt werden, um »außerordentliches Mitglied« zu werden. Weitere 45 Mark waren zu zahlen, um den Status eines »ordentlichen Mitglieds« zu erwerben. Wurde die Stelle eines »ordentlichen Mitglieds« frei, konnte nachgerückt werden. Daneben erlaubte die Satzung jedoch auch, »ältere, alleinstehende, würdige und in Bezug auf Vermögen etwas besser gestellte Personen« gegen 900 Mark sofort aufzunehmen.

37 Vgl. August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik, S. 126. Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war es zudem üblich, dass die Hospitalmagd wöchentlich durch die Stadt ging und Spenden von den Bürgern sammelte. Darunter waren sowohl Geld als auch Brot, Eier, Käse und andere Naturalien. Neben der Hospitalmagd gab es auch einen »Hospitalvater«, über den jedoch keine genauen Informationen vorliegen.

38 Vgl. Statistische Meldung über Stiftungen, ausgefüllt am 15.2.1953 durch Kintzel, Kopie vom 15.11.1996 der Akte aus EA 582 Kreisarchiv Bernau, in: Archiv St. Georgen, Ordner: Sankt Georgen Hospital – Alt. Einweihungen/Grußworte, Verhandlungen Erbbaurecht, Spendenbescheinigung u. a., Unterordner: St. Georgen-Hospital. Statut von 1877, Statut von 1878, Archivunterlagen.

39 Vgl. Schriftwechsel vom 19.4.1963 und 5.5.1963 zwischen Pfarrer Werner Kintzel und dem Landesausschuss für Innere Mission im Land Brandenburg, in: Archiv St. Georgen, Ordner: Stiftung St. Georgen, Verwaltung 1938–1966, Grundbesitz 1952–1963, Unterordner: St. Georgen-Hospital 1952–1966, Bau und Unterhaltung.

40 Vgl. Bernauer Blätter zur Stadtgeschichte, Nr. 3, Bernau 2000, S. 2.

41 Grundlegend: Petra Fuchs, Vom Mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, S. 113–164.

42 Das genaue Gründungsdatum ist nicht überliefert.

43 Rudolf Schmidt, Die Eberswalder St. Gertrudskapelle, in: Brandenburgia. Monatsblatt der Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg zu Berlin, XV. Jahrgang, No. 4, Juli 1906, S. 129–134, hier: S. 129. Kreisarchiv Barnim A II. 8890, Bl. 204–211, hier: Bl. 204.

44 Der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 war ein Konflikt um die Vorherrschaft in Deutschland und Europa und zugleich ein Religionskrieg.

45 Johann Albrecht Beling, Eberswalder Chronik 1769, Kreisarchiv Barnim, R 3842.

46 Auf Anregung des Regierungspräsidenten die Bürgerhospitalstiftung mit den milden Stiftungen der Stadt und der alten Hospitalkasse vereinigt. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Magistrat und Bürgerhospitalverein konnte am 1. Oktober 1885 das neue städtische Bürgerhospital an die Stadt übergeben werden.

47 Grundlegend: Paul Biela, Zur Historie der Apotheken des Landes Brandenburg, T. III, S. 7–96.

48 Siehe Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, S. 113–164, hier S. 121 f.

49 Ebd., S. 121.

50 Ausführlich Rudolf Schmitz, Geschichte der Pharmazie. Unter Mitarb. v.n Franz-Josef Kuhlen, Bd. I: Von den Anfängen bis zum Ausgang des Mittelalters, Eschborn/Ts. 1998 und Ders., Geschichte der Pharmazie. Fortgef. v. Christoph Friedrich und Wolf-Dieter Müller-Jahncke, Bd. II: Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Govi-Verlag, Eschborn/Ts. 2005.

51 Am 23.Mai 1241 wurde in Deutschland erstmals eine »apoteca« erwähnt: Laut einer im Stadtarchiv von Trier aufbewahrten Schenkungsurkunde übertrug an diesem Tag Fridericus, Gutsverwalter des Bischofs zu Trier, dem Frauenkonvent St. Thomas seine »am Graben in der Stadt Trier befindliche Apotheke nebst angrenzendem und zugehörigem Haus«. Allerdings haben Historiker durchaus Zweifel. Sie verweisen darauf, dass mit dem Begriff »apoteca« zu jener Zeit ein Lagerraum für Vorräte, Wein, aber auch für Heilkräuter, Teedrogen und Medizinalia bezeichnet wurde. Und ein »apotecarius« war anfangs nur der Lagerverwalter, der sich allerdings meist Kenntnisse im Umgang mit den gelagerten Kräutern und Säften aneignete. Siehe DAZ online v. 23.05.2016, https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2016/05/23/die-erste-apotheke-in-deutschland (letzter Zugriff 11.03.2019). Das im Stadtarchiv von Trier aufbewahrte Schriftstück galt lange als Beleg für die erste Apotheke in Deutschland.

52 Die erste und älteste Apotheke entstand 1303 in Prenzlau, in größerem zeitlichen Abstand gefolgt von den Ratsapotheken in Frank-

furt/Oder und Jüterbog sowie der Hofapotheke in Berlin. Siehe Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, S. 121.

53 Siehe hierzu ausführlich Ruth Schilling, »Die göttliche Güte gewährt zur Heilung einer Krankheit viele Tröstungen …«: Die Heilkunde der Zisterzienser im Kloster Chorin, S. 45–72.

54 Siegfried Passow, Die Apotheken des Kreises Oberbarnim, in: Kreiskalender Ober-Barnim 1909, S. 73–77, hier: S. 73.

55 Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, S. 122.

56 Es ermöglichte die Aufnahme von ca. 20.000 französischen Glaubensflüchtlingen – Refugies, seit 1890 auch als Hugenotten bezeichnet. Im heutigen Landkreis Barnim siedelte in Groß- und Klein-Ziethen eine ihrer ersten Gruppen. Sie gaben den kriegszerstörten Dörfern durch Wiederaufbau und Urbarmachung der Feldmark ein neues Gesicht. Siehe ausführlicher den Beitrag (einschließlich der dort angegebenen Literatur) von Carsten Seifert in diesem Band.

57 Paul Biela, Zur Historie der Apotheken des Landes Brandenburg, T. III, S. 13.

58 Ebd., S. 27.

59 Ebd., S. 35 ff. und Petra Fuchs, Vom mittelalterlichen Hospital bis zum Krankenhaus um 1900 – das Beispiel Eberswalde, S. 122–124.

60 1761 erlangte Schleich die Approbation, sieben Jahre später, 1768, erwarb er das Apothekenprivileg, das es ihm erlaubte, »in seiner erkauften Medizinal-Apotheke alle einem Medizin-Apotheker zu führen erlaubte Waren an[zu]schaffen und damit [zu] handeln«, ihn zugleich jedoch verpflichtete, »die tüchtigen und frischen Medikamente« nicht zu verteuern, »sondern um billigen Preis zu geben« und »sich sonst in allen Stücken nach der publizierten Medizinalordnung [zu] halten«. Siehe ebd., Zitat S. 123.

61 Paul Biela, Zur Historie der Apotheken des Landes Brandenburg, T. III, S. 74.

62 Ebd., S. 8.

63 Paul Biela, Zur Historie der Apotheken des Landes Brandenburg, T. III, S. 7–96.

64 Hier und nachfolgend Axel Hinrich Murken, Das Krankenhaus in der Biedermeierzeit, in: Ders., Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Köln 1991, S. 47–92, Zitat S. 47.

65 Ebd., S. 47 f.

66 Siehe Handbuch der Krankenanstalten in Preussen 1906. Im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hrsg. v. d. Medizinal-Abt. des Ministeriums, Berlin 1907. Auf den Seiten 38–98 finden sich die Informationen für die Krankenanstalten der Provinz Brandenburg einschließlich Berlin.

67 Vgl. u. a. Elke Barth/Dieter Schiffczyk (+), Bauform – Bausystem – Typologie. Zur Geschichte des Krankenhauses, in: Hoffmeister/Hübener (Hrsg.), Medizin trifft Geschichte, S. 15–44.

68 Siehe Dieter Hübener, Brandenburgs provinzialer und kommunaler Krankenhausbau in der Moderne. Der Architekt Theodor Goecke, in: Hübener/Rose (Hrsg.), Krankenhäuser in Brandenburg. Vom mittelalterlichen Hospital bis zur modernen Klinik, S. 37–50 sowie Jens Fehlauer, Architektur für den Wahnsinn (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 11), Berlin 2005.

69 Zusammengestellt nach: Brandenburg. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Düsseldorf (1929), S. 7. Weitere Krankenanstalten befanden sich im Kreis Niederbarnim mit in Bernau (Dr. Wieners Sanatorium, Privatirrenanstalt, 73 Betten/2 Pfleger), in Zepernick (Dr, Schauß Sanatorium, 48 Betten/3 Pfleger), in Birkenwerder (Sanatorium, 66 Betten/3 Pfleger), in Oranienburg (Lupusheilanstalt Kieker | Chirurg. Privatklinik Dr. Beyer | St. Johannislazarett) und in Grabowsee (Lungenheilstätte der LVA Brandenburg, 323 Betten/16 Pfleger/1 Medizinalpraktikant).

70 Hier und nachfolgend Immanuel Klinikum Bernau, http://bernau.immanuel.de/ueber-uns/kurzprofil/historie/ (letzter Zugriff 15. Februar 2019).

71 Ebd.

72 Hier und nachfolgend BLHA, Rep. 6B Niederbarnim, Verwaltungsbericht Kreisausschusses Niederbarnim 1907, S. 12, BLHA, Rep. 6B Niederbarnim, Verwaltungsbericht Kreisausschusses Niederbarnim 1927, S. 63 ff.

73 Ebd., S. 65.

74 Ebd.

75 Brandenburg. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, S. 17.

76 BLHA Rep. 6 B Nr. 15, o. Bl. (Verwaltungsbericht des Kreis-Ausschusses des Kreises Ober-Barnim 1898, S. 19).

77 Dieser wurde schon im März 1896 auf die Zwecke der Siechenpflege (Altenpflege, K. Hü.) erweitert.

78 BLHA Rep. 6 B Nr. 15, o. Bl. (Verwaltungsbericht des Kreis-Ausschusses des Kreises Ober-Barnim 1898, S. 19).

79 Zusammengestellt nach: Brandenburg. Kranken-Heil- und Pflegeanstalten, S. 7.

80 Zusammengestellt nach: ebd., S. 8.

81 Hier und nachfolgend Tobias Scholta, Gesundheitsfürsorge des Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine der Provinz Brandenburg in Berlin, in: Hübener/Ludwig/Schreiter (Hg.), Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg, S. 249–274

82 Siehe Annette Hinz-Wessels, NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 7), S. 158.

83 Kreisarchiv Barnim, R 7381-R 7390: Statistisches Taschenbuch für den Kreis Bernau 1953–1964.

84 Kreisarchiv Barnim, R 7360-R 7379: Statistisches Taschenbuch für den Kreis Eberswalde 1953–1967, Zitat Statistisches Taschenbuch für den Kreis Eberswalde 1961, S. 135.

85 Immanuel-Klinikum Bernau, http://bernau.immanuel.de/ueber-uns/kurzprofil/historie/(letzter Zugriff 15. Februar 2019).

86 Siehe hierzu u. a. die Beiträge im Band Hoffmeister/Hübener (Hrsg.), Medizin trifft Geschichte.



Kundgebung zur Verfassungsabstimmung auf dem Platz der Freundschaft (Marktplatz) in Eberswalde, 5. April 1968.

Das Kreisgebiet in der SBZ/DDR 1945 bis 1990

Steffen Alisch

Die Nachkriegszeit

Im April 1945 wurde der Barnim mit voller Wucht von den Kampfhandlungen zwischen deutschen Einheiten und der Roten Armee getroffen. Am 24. April besetzten die Sowjets große Teile Eberswaldes. In der Nacht vom 25. zum 26. April zerstörte die deutsche Luftwaffe mit einem verheerenden Bombenangriff 35 Prozent der Innenstadt. Vorausgegangen waren massive Schäden durch sowjetischen Artilleriebeschuss und Sprengungen der sich zurückziehenden deutschen Truppen.[1]

Durch das Kreisgebiet zogen Flüchtlingstrecks. Am 29. April hielten sich laut einer Bevölkerungszählung ca. 8.000 Personen in Eberswalde auf, drei Tage später waren es schon 15.000. Täglich kamen mehr Menschen, viele davon aus den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße. Da die Wasser- und Abwasserversorgung nicht mehr funktionierte, breiteten sich Ratten und Läuse aus; es kam zu Ruhr- und Typhusfällen.[2]

Am 29. April fand im Eberswalder Rathaus die erste Einwohnerversammlung nach der Übernahme durch den sowjetischen Stadtkommandanten Oberstleutnant Gorbunow statt, der zuvor den neuen Oberbürgermeister Kremzow eingesetzt hatte. Laut Protokoll erklärte der »Herr Kommandant (...), daß ihm das Wohlergehen unserer Einwohner sehr am Herzen liegt. Besondere Sorgfalt schenkt er der Ernährungsfrage.«[3]

Im Juni 1945 übernahm die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die exekutive, legislative und judikative Gewalt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Die sowjetischen Besatzer waren einerseits Ordnungsmacht und versuchten, das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen, andererseits erschwerten sie den Wiederaufbau durch Demontagen und die Suche nach Kriegsbeute. Die Zivilbevölkerung lebte in Angst vor Gewalt, Plünderungen und Vergewaltigungen durch häufig nicht ausreichend kontrollierte Soldaten.[4]

Eberswalde wurde zu einem größeren Garnisonsort mit verschiedensten Truppenteilen, dabei nutzten die Sowjets die erhaltene Infrastruktur der deutschen Wehrmacht. Die Stadt war von Kasernen, Truppenübungsplätzen, Depots, Bunkern und einem Flugplatz umgeben. Außerdem wurden ehemalige Behördenstandorte, aber auch Wohnkomplexe wie z. B. Einfamilienhäuser in der »Fliegersiedlung« beschlagnahmt. Für Einheimische waren diese Gebiete nicht mehr zugänglich. In den Folgejahren wurden weitere Liegenschaften zur Ausweitung der Übungsplätze und militärischen Anlagen sowie zur Errichtung von Wohnhäusern für die Offiziere und ihre Familien beansprucht. Die sowjetische Stadtkreis-Kommandantur in Eberswalde belegte das ehemalige Verwaltungsgebäude der Märkischen Elektrizitätswerke am Kleinbahnhof.[5]

Die von den Sowjets autorisierten deutschen Verwaltungen hatten zunächst nur sehr geringe Handlungsspielräume. Für die damals kreisfreie Stadt Eberswalde erwiesen sich Fleiß und Organisationstalent des Botanikers und Pädagogen Kurt Göhre, der im August 1945 als Stellvertreter des Oberbürgermeisters die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung Eberswaldes übernahm, als Glücksfall. Bei Göhres Amtsantritt waren in den Beständen weder Kartoffeln noch Getreide vorhanden, doch gelang es ihm in kurzer Zeit, die Versorgung bis zum nächsten Frühjahr zu sichern. Im Dezember 1945 wurde er von den Sowjets als Oberbürgermeister eingesetzt, die



Zerstörte Gebäude Neue Kreuzstraße (Friedrich-Ebert-Straße) Eberswalde, nach 1945.



Oberbürgermeister Dr. Göhre.

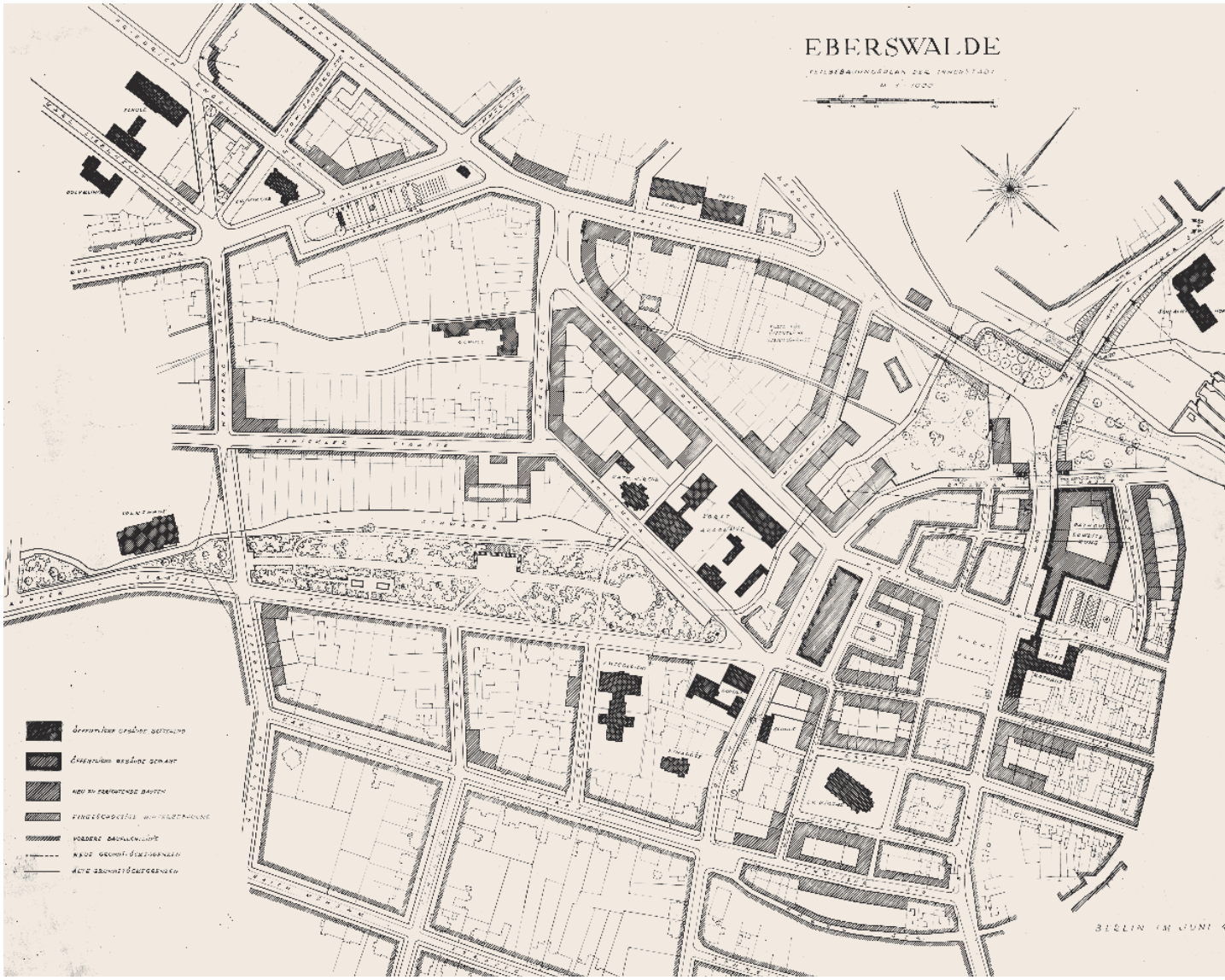
Stadtverordnetenversammlung bestätigte ihn dann 1946 in dieser Funktion, die er bis 1949 ausübte. Anschließend wirkte er als Professor und Dekan der forstwirtschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität in Eberswalde, die die traditionsreiche forstliche Forschung und Lehre vor Ort fortführte.[6]

Im Barnim wie in der ganzen Provinz bzw. dem späteren Land Brandenburg[7] war die Ernährungslage katastrophal. Die landwirtschaftlich geprägte Region konnte nicht einmal mehr ihre eigenen Bewohner ernähren. Dennoch kamen immer mehr »Umsiedler« hinzu, wie die SED-Propaganda Flüchtlinge und Vertriebene aus den früheren deutschen Ostgebieten – zu denen auch Teile der Provinz Brandenburg zählten – verharmlosend nannte. Im Oktober 1945 hielten sich mehr als 670.000 von ihnen in Brandenburg auf, was etwa ein Viertel der Wohnbevölkerung ausmachte. Neben Nahrungsmitteln mangelte es auch an Wohnungen, Arbeitsplätzen und Transportkapazitäten.[8]

Beim Wiederaufbau der industriellen Kapazitäten zeigte sich die ambivalente Rolle der Sowjets besonders deutlich. Die Besatzungsmacht ließ nahezu die gesamte Schwerindustrie in Brandenburg demontieren, unterstützte dann aber den Neuaufbau der Betriebe – auch um Reparationen aus der laufenden Produktion entnehmen zu können. Im Kreisgebiet traf dies u. a. die Chemische Fabrik auf Aktien – vormals E. Schering (später VEB Chemische Fabrik Finowtal), die Papierfabrik Wolfswinkel und die Finow Kupfer und Messingwerke AG.[9] Der Eberswalder Oberbürgermeister Dr. Göhre teilte der Brandenburger Landesregierung am 20. März 1948 in einem Schreiben mit, dass auf Anordnung der SMAD sofort mit dem Wiederaufbau des ehemaligen Ardelt-Werks »in einem gemäß Protokoll festgelegten Umfang« begonnen werde. »Es müssen zunächst Schwimmkrane und Laufkrane für Hennigsdorf hergestellt werden. Hallen und Gebäude sind freigegeben. Es wurde hier soeben der Betrieb Kranbau Eberswalde als volkseigener Betrieb gegründet.«[10] Der erste Großauftrag für den neu gegründeten VEB kam 1950 aus der Sowjetunion, bestellt wurden 21 Portalwippdrehkräne.[11]

Bereits im Mai 1946 ordnete die SMAD die Wiederinbetriebnahme einer 1931 stillgelegten Walzstraße in Eisenspalterei (Finow) an, die dann Ende Januar 1947 als erster metallurgischer Betrieb in der SBZ die Produktion aufnahm. Sämtliche Großbetriebe wurden enteignet und verstaatlicht, nur kleinere mittelständische Betriebe entgingen zunächst diesem Schicksal.[12]

Parallel zur Enteignungswelle in der Großindustrie forcierten KPD bzw. SED und die sowjetische Besatzungsmacht in der Landwirtschaft mittels der Bodenreform eine ähnlich fundamentale Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse.[13] Die SMAD befahl der Brandenburger Landesregierung, die verbliebenen Gutsbesitzer und ihre Verwalter bis zum 1. September 1947 aus ihren Heimatkreisen



Plan des Architekten Prof. Hans Freese zum Wiederaufbau Eberswaldes, Teilbebauungsplan der Innenstadt, 1948.

auszuweisen – Ausnahmen galten nur für einzelne, als politisch einwandfrei eingestufte Menschen. Viele Schlösser und Herrenhäuser verfielen nach dem erzwungenen Auszug ihrer Bewohner und wurden über kurz oder lang als Überreste des Feudalismus abgerissen, manche als kulturhistorisch wertvoll erhalten. Einige Gebäude nutzte fortan die Rote Armee, andere dienten als Kinderheime oder als Sitz einer Verwaltung.[14] Ein Aktenvermerk des Leiters der Abteilung Städtebau und Entwurf der Kreisverwaltung Eberswalde vom 22. Juli 1958 berichtet über Zustand und Perspektiven der ehemaligen Schlösser in Trampe und Hohenfinow, die als Kulturdenkmäler eingeschätzt wurden. Beide waren vom Hausschwamm befallen, die Substanzerhaltung sei nur dann möglich, wenn die Finanzierung aufgrund einer neuen Nutzung gesichert werden könne, Mittel des Denkmalschutzes stünden dafür nicht zur Verfügung.[15] Während das Schloss Hohenfinow in den 1960er Jahren dem Abriss zum Opfer fiel, konnte Schloss Trampe als Kindertagesstätte mit allerdings deutlich verändertem Erscheinungsbild erhalten werden.

Ab 1948 wurde der Wiederaufbau des stark zerstörten Stadtgebietes von Eberswalde unter Federführung des Stadtplaners und Architekten Hans Freese systematisch in Angriff genommen.[16]

Die Kreisreform 1952 – Bildung der Kreise Eberswalde und Bernau

Sowohl die SBZ als auch die frühe DDR waren entsprechend der abwartenden sowjetischen Deutschlandpolitik zunächst föderal gegliedert, obwohl dies eigentlich der Durchsetzung des Machtanspruchs der SED im Wege stand – schließlich kann in einem Zentralstaat einfacher »durchregiert« werden.

Mit der Verkündung des »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 ging auch ein offizieller Paradigmenwechsel hin zum demokratischen Zentralismus nach Lenin einher. Vorgaben und Weisungen der Zentrale waren von nun an von den unteren Verwaltungsinstanzen ohne sachliche Prüfung umzusetzen. Diese umstandslose »Durchstellung« der Anordnungen von oben wurde durch die Landtage behindert, die deshalb aufgelöst wurden. Die Vorbereitungen für die geplante radikale Verwaltungsreform, die die Länder durch Bezirke ersetzen sollte, hatten spätestens Anfang 1952 begonnen.[17]

Das »Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Brandenburg«, mit dem sich der Landtag unter Bezugnahme auf ein zwei Tage vorher von der Volkskammer verabschiedetes Gesetz am 25. Juli 1952 selbst auflöste, beseitigte auch die gewachsene Kreisstruktur zugunsten kleinerer Kreise, die nicht mehr die substanzielle Grundlage einer kommunalen Selbstverwaltung bilden konnten.[18]

Mitte August traten an die Stelle der 23 Kreise des Landes Brandenburg 41 neue Kreise in den drei Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus. In einer Aktennotiz des Staatssekretärs im DDR-Innenministerium, Hans Warnke, vom 21. Juli 1952 heißt es zur »Begründung für die territoriale Einteilung«, man sei » davon ausgegangen, die Kreise zu verkleinern und die Kreis- und Bezirkseinteilung nach ökonomischen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten (...) vorzunehmen. (...) Bei der Einteilung in Bezirke um Berlin herum sind die Kreise so gelegt, dass die Bevölkerung zu den Bezirksorten kommen kann, ohne über Berlin zu fahren. (...) Auch der Kreis Bernau ist zum Bezirk Frankfurt genommen anstatt zu Potsdam.«[19]

Der Landkreis Niederbarnim wurde aufgelöst und auf die neu geschaffenen Kreise Oranienburg, Bernau und Strausberg aufgeteilt.[20]

Der ebenfalls aufgelöste Landkreis Oberbarnim zerfiel in die Kreise Eberswalde, Bad Freienwalde, Seelow sowie Strausberg.[21] Der südliche Teil des Landkreises Angermünde mit der Stadt Joachimsthal kam zum neuen Kreis Eberswalde.[22]

So entstanden die Kreise Bernau und Eberswalde, deren Gebiet nahezu deckungsgleich mit dem heutigen Kreis Barnim ist.[23] Der Kreis Eberswalde grenzte an die Kreise Bernau, Bad Freienwalde und Angermünde (alle Bezirk Frankfurt/O.) sowie an den Kreis Templin (Bezirk Neubrandenburg); im Osten bildete die Oder die Grenze zwischen dem Kreisgebiet und der Volksrepublik Polen.[24] Der Kreis Bernau grenzte im Osten an die Kreise Eberswalde und Bad Freienwalde, im Norden an die Kreise Gransee und Templin, im Westen an den Kreis Oranienburg sowie im Süden an den Kreis Strausberg und Ost-Berlin.[25]

1. Sekretäre der SED-Kreisleitung Eberswalde, 1952 bis 1989.

NAME	VORNAME	GEBOREN	AMTSANTRITT	AMTSENDE
Albrecht	Hans	22.11.1919	1952	1953/ 1954?
Lück	Heinz	23.10.1929	1954	1956
Ebert	Fritz	23.02.1926	1956	1961
Sydow	Herbert	13.03.1918	1961	1971
Beuel	Friedrich	25.05.1929	1971	1978 / 1979 ?
Dr. Henze	Werner Karl Richard	18.03.1930	1979 ?	1989

Unter Brandenburger Kommunalpolitikern gab es Unwillen über den Zuschnitt der neuen Kreise. So verweigerte etwa der bisherige Landrat in Bernau die Übergabe von Gegenständen aus dem Landratsamt an die Kreise Oranienburg und Gransee.[26]

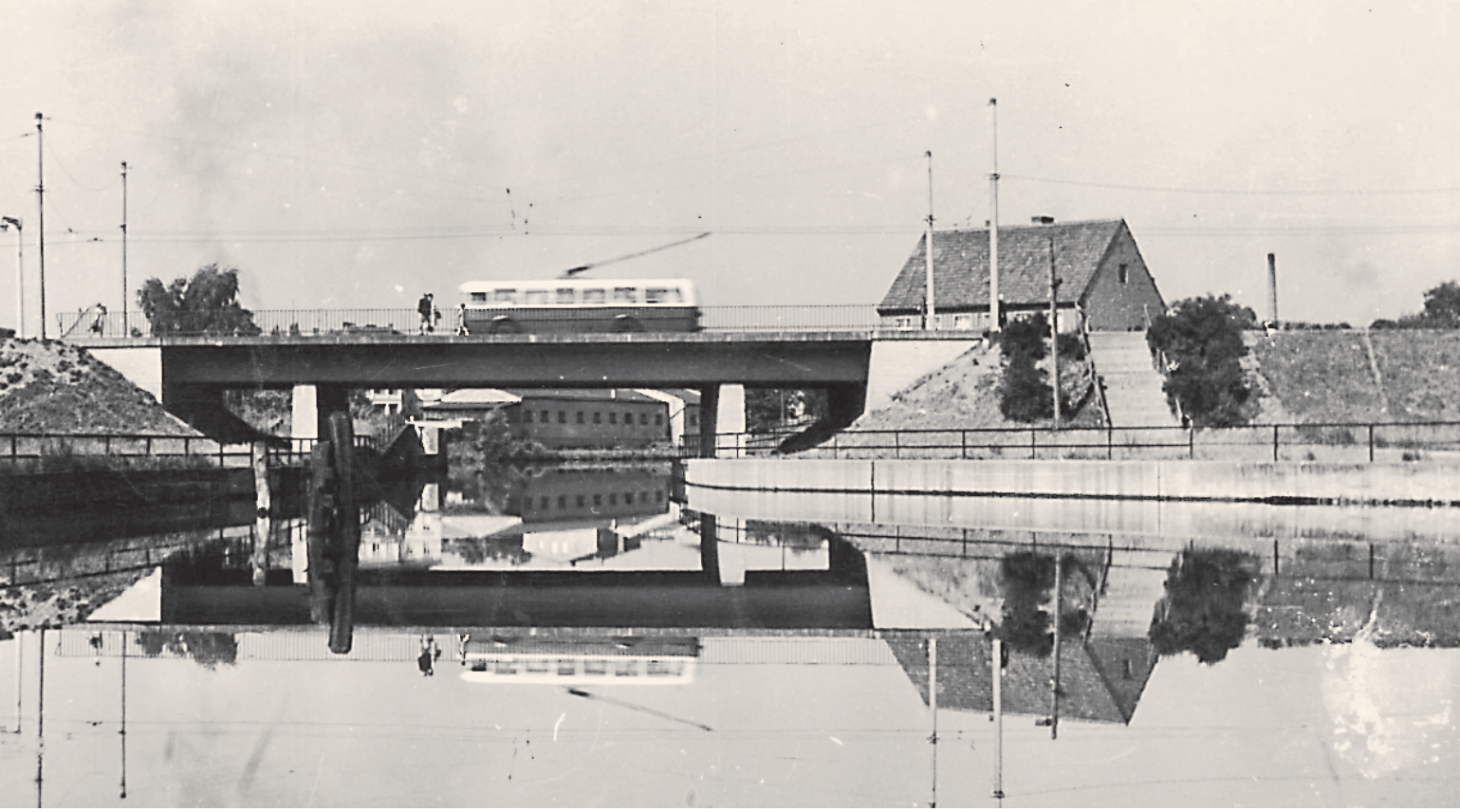
Im Sommer 1953 lebten im Kreis Eberswalde 81.325 Menschen auf einer Fläche von 714 Quadratkilometern.[27] Bis zum Ende der DDR schwankten die Einwohnerzahlen nur geringfügig, 1989 wurden 81.275 Bewohner registriert, das entsprach einer Bevölkerungsdichte von 114 pro Quadratkilometer.[28] Vier Kommunen verfügten bei Kreisgründung über das Stadtrecht: Eberswalde (32.428 Einwohner), Finow (9.691), Joachimsthal (4.141) und Oderberg (4.382)[29] – Eberswalde und Finow schlossen sich am 22. März 1970 zur Stadt Eberswalde-Finow zusammen. Hinzu kamen 36 weitere Gemeinden, von denen einige noch vor den großen Kommunalreformen der 1990er Jahre ihre Selbstständigkeit verloren.[30]

Im Kreis Bernau lebten 1952 etwa 75.000 Menschen auf einer Fläche von 758 Quadratkilometern;[31] 1989 waren es 71.719, was einer Bevölkerungsdichte von 95 Einwohnern pro Quadratkilometer entsprach.[32] Neben der Kreisstadt Bernau, die 1950 13.355 Einwohner hatte, und den Städten Biesenthal mit 4.715 und Werneuchen mit 4.301 Einwohnern verteilten sich die Kreisbewohner auf 37 weitere Gemeinden, von denen ebenfalls einige noch bis in die 1980er Jahre ihre Eigenständigkeit einbüßten.[33]

Der Umbau von Politik und Verwaltung in dieser Zeit lief unter dem Schlagwort »Demokratisierung«. In einem vom Rat des Kreises Bernau im Jahre 1974 erstellten Rückblick heißt es: »Die Überreste eines volksfeindlichen Verwaltungsapparats wurden beseitigt und eine lebendige sozialistische Demokratie als Ausgangspunkt eines erfolgreichen sozialistischen Aufbaus entwickelt.«[34] Doch der SED-Führung ging es weniger um die postulierte Herrschaft des Volkes als um eine möglichst reibungslose Durchsetzung der eigenen Machtinteressen von »oben« nach »unten«. Nachgeordnete Instanzen in Partei und Staat mussten den Beschlüssen der Zentrale und der übergeordneten Gliederungen in ihrem Bereich Folge leisten. Die Entscheidungen der SED-Führung hatten für die Staatsorgane verbindlichen Charakter. Der Parteiapparat der SED war den staatlichen und gesellschaftlichen Leitungs- und Abteilungsstrukturen vorgelagert. Gleichzeitig kontrollierte er die Umsetzung der Parteibeschlüsse und konnte zu jeder Zeit korrigierend in den Ablauf staatlicher Politik eingreifen. Alle wichtigen Leitungsfunktionen in Parteien, Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen (mit Ausnahme der Kirchen) wurden nach einem sogenannten Nomenklatursystem besetzt, das der SED einen direkten personellen Zugriff gestattete. Die Kaderauswahl beruhte auf einem mehrstufigen hierarchischen System, in dem die jeweilige zuständige Parteiinstanz immer die letzte Entscheidung traf. Die entscheidenden Führungspositionen im Staat übten Spitzenkader der SED in Personalunion aus. Funktionären der Blockparteien billigte die SED nur eher untergeordnete Funktionen zu. Die SED-Führung begnügte sich also nicht mit einer einfachen Doppelstruktur von Partei und Staatsapparat zur Anleitung und Kontrolle, sondern verknüpfte alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche auf vielfältige Weise mit der Partei und ihrem Apparat. Exekutive, Legislative und Jurisdiktion lagen nunmehr uneingeschränkt in den Händen der SED-Führung. Die

1. Sekretäre der SED-Kreisleitung Bernau, 1952 bis 1989.

NAME	VORNAME	GEBOREN	AMTSANTRITT	AMTSENDE
Hänchen	Karl-Heinz	18.08.1927	1952	1956
Penner	Willi (? Wilhelm)	14.06.1923	1956	1962
Grell	Günter Gustav Walter	11.01.1926	1962	1968
Beuel	Friedrich Heinrich Josef	25.05.1929	1968	1971?
Jaros, geb. Pudwell	Gisela	01.03.1934	1973?	1989



Friedensbrücke in Eberswalde mit O-Bus, um 1970.

für die verhasste bürgerliche Demokratie charakteristische Gewaltenteilung wurde durch eine »Gewalteneinheit« abgelöst.[35]

Auf regionaler Ebene traten Räte der Kreise an die Stelle der Landratsämter. Die neuen regionalen Verwaltungszentren waren theoretisch den Kreistagen und dem Rat des Bezirkes unterstellt. Tatsächlich entschieden gemäß dem erwähnten Nomenklatursystem zentrale Instanzen der SED über die Position des Vorsitzenden des Rates des Kreises, dessen einfache Mitglieder wurden durch die Bezirksebene der Partei bestimmt. Auch in den Kreisen doppelte die SED quasi den staatlichen Apparat und leitete diesen an. Tonangebend im Kreis war demgemäß nicht der Vorsitzende des Rates des Kreises, sondern der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. In Bernau amtierten 1952 bis 1956 Karl-Heinz Hänchen und 1956 bis 1962 Wilhelm (Willi) Penner. In den 1960er Jahren fungierten Günter Grell und Friedrich (Fritz) Beuel als 1. Sekretäre. Von Anfang der 1970er Jahre bis 1989 füllte erstmals eine Frau dieses Amt in Bernau aus: Gisela Jaros war damit eine der wenigen Frauen, die DDR-weit eine solche Funktion innehatten. In Eberswalde amtierten dagegen ausschließlich Männer[36]: Hans Albrecht (1952–ca. 1953), Heinz Lück (1954–56), Fritz Ebert (1956–61), Herbert Sydow (1961–71), Friedrich Beuel (1971–ca. 1978) sowie Dr. Werner Henze (ca. 1979–89).

Da die kommunale Selbstverwaltung abgeschafft war, übernahm der Kreis nun originär kommunale Funktionen wie etwa die Zuständigkeit für den Wohnungsbau. Die SED-Kreisleitung bestimmte auch die Bürgermeister in ihrem Territorium. Die Parteiführung der Kommunen verfügte demgegenüber kaum über nennenswerten Einfluss.[37] Die propagierte »Demokratisierung der Staatsorgane« war also keineswegs mit einer stärkeren Einbeziehung der Interessen und Stellungnahmen der Bürger verbunden, sondern wurde als formaler Akt verstanden. Dies kommt sehr gut in einem schriftlichen Statement des Finower Bürgermeisters vom 25. Oktober 1952 zum Ausdruck: »Bedauerlich ist, dass die Demokratisierung in der Kreis- und Bezirksebene formal abgeschlossen, praktisch aber noch nicht beendet ist. Denn ich weiß heute noch nicht, welche Abteilungen enden im Kreis, welche Aufgaben erledigen die einzelnen Abteilung im Kreis für den Ort mit und welche haben wir zu lösen.« Zuvor hatte er sich beklagt, dass er auf seine Bitte an volkseigene Betriebe, Blockparteien und Massenorganisationen, ihm »klassenbewusste Arbeiter, Intellektuelle und Aktivisten« zu benennen, um mit diesen ehrenamtlichen Mitarbeitern

die Tätigkeit der Verwaltung »durch Arbeiterelemente volksnah zu gestalten«, keine Antwort bekommen habe.[38]

West-Berlin stellte als »Pfahl im Fleische« der DDR für sein Umland zwar keine militärische Gefahr dar, gefährdete aber dennoch die Herrschaft des SED-Regimes durch die Ausstrahlung gelebter politischer und wirtschaftlicher Freiheit – eine Bedrohung, der die Partei mit ihren radikalen wie hilflosen Versuchen bis zum bitteren Ende nicht Herr wurde. Ab Mai 1952 traf die SED parallel zum Ausbau der DDR-Westgrenze auch im Umfeld West-Berlins eine Vielzahl von Maßnahmen zur Einschränkung des Straßen- und Bahnverkehrs, Telefonleitungen wurden gekappt, persönliche Begegnungen erschwert. Viele West-Berliner verloren ihre Arbeitsplätze in Ost-Berlin und der DDR, umgekehrt wurde den in den Berliner Westsektoren beschäftigten Ost-Pendlern durch die eigenen Behörden nahegelegt, sich eine Arbeit zu Hause zu suchen.[39]

Selbstverständlich stellte die Nähe West-Berlins auch für die Kreisverantwortlichen in Eberswalde und Bernau eine große Herausforderung dar. Bis zum Mauerbau blieb die Problematik der sogenannten Grenzgänger – also der in West-Berlin arbeitenden DDR-Bewohner – trotz aller Anstrengungen ungelöst. Im Oktober 1952 erstellte der Rat des Kreises Bernau eine namentliche Aufstellung der 435 in West-Berlin beschäftigten Einwohner des Kreises inklusive ihrer jeweiligen Arbeitsstellen; allein 212 von ihnen wohnten in Zepernick. Man hoffte, die Betreffenden in persönlichen Gesprächen von einer Arbeitsaufnahme in der DDR überzeugen zu können.[40]

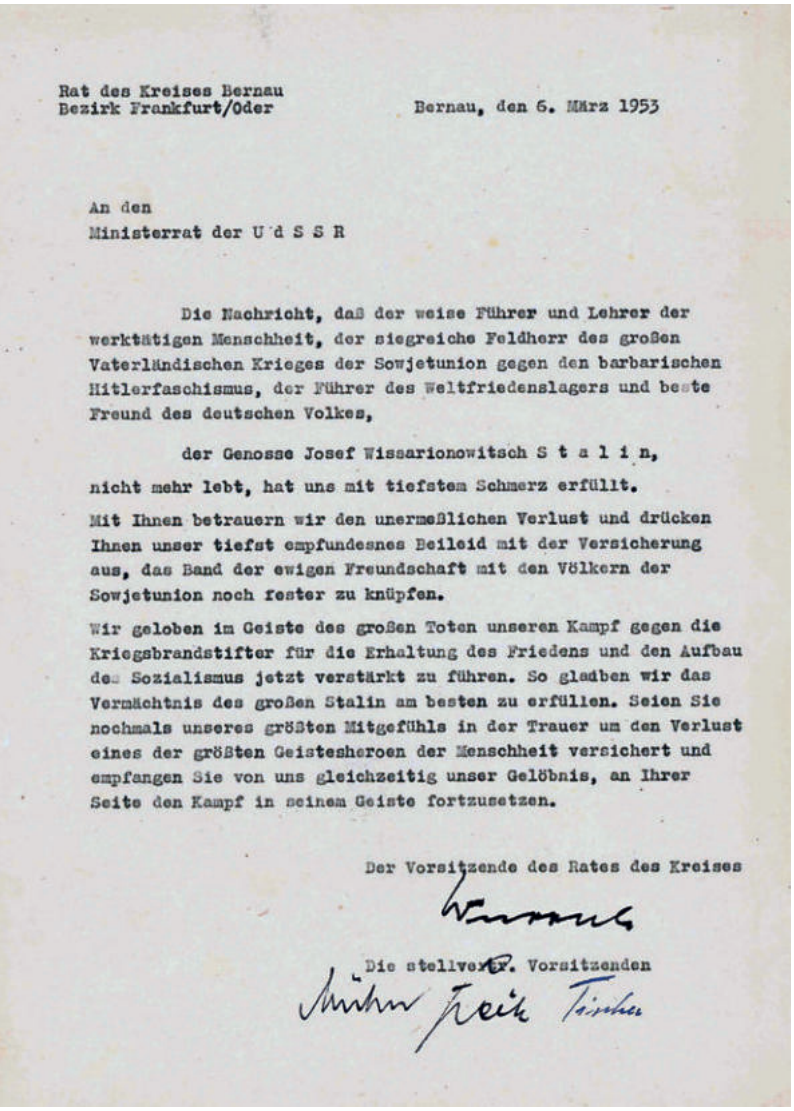
Erschütterungen – Stalins Tod und der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Der Tod des sowjetischen Diktators Josef Stalin am 5. März 1953 löste nicht nur bei der Staats- und Parteiführung der DDR Bestürzung aus, sondern auch beim Rat des Kreises Bernau, der in einem Kondolenzschreiben an den Ministerrat der UdSSR seinen »tiefsten Schmerz« über das Ableben des »weisen Führers und Lehrers der werktätigen Menschheit, des siegreichen Feldherrn des großen vaterländischen Krieges der Sowjetunion gegen den barbarischen Hitlerfaschismus, den Führer des Weltfriedenslagers und besten Freunds des deutschen Volkes« ausdrückte. »Wir geloben, im Geiste des großen Toten unseren Kampf gegen die Kriegsbrandstifter für die Erhaltung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus jetzt verstärkt zu führen. So glauben wir das Vermächtnis des großen Stalin am besten zu erfüllen. Seien Sie nochmals unseres größten Mitgefühls in der Trauer um den Verlust eines der größten Geistesheroen der Menschheit versichert und empfangen sie von uns gleichzeitig unser Gelöbnis, an Ihrer Seite den Kampf in seinem Geiste fortsetzen.«[41]

Die SED-Führung in Berlin zeigte sich nach dem Tod Stalins verunsichert. Welchen Kurs würden seine Nachfolger einschlagen? Entsprechende Signale aus Moskau ließen die SED fürchten, weniger oder gar keine materiellen Hilfen mehr aus der Sowjetunion zu erhalten. Eine mindestens zehnprozentige Normerhöhung für die Werktätigen sollte dies wirtschaftlich abfedern, verursachte aber erhebliche Unruhe unter der Bevölkerung, die zusammen mit dem lang angestauten Unmut über die politischen Verhältnisse im Juni 1953 in einen Volksaufstand mündete.[42] Dieser erfasste auch den heutigen Kreis Barnim.

Bezeichnend für die Stimmung auf den sozialistischen Großbaustellen der Region waren die Ereignisse, die in diesen Tagen am Bogensee, Kreis Bernau, stattfanden. Rund 40 Kilometer nördlich von Berlin hatte sich Joseph Goebbels hier ab 1936 einen Landsitz errichten lassen, der sowohl dienstlichen Zwecken als auch der Erholung diente. Dort entstanden berühmt-berüchtigte Reden und Artikel des Reichspropagandaministers, so auch zum »totalen Krieg«; Mitarbeiter wurden instruiert und in einem hervorragend ausgestatteten Kinosaal Filme begutachtet. Nach dem Ende der NS-Diktatur besetzte zunächst die Rote Armee das Areal und nutzte es teilweise als Lazarett.

Ab Frühjahr 1946 übernahm die Freie Deutsche Jugend (FDJ) das Gelände und baute dort eine zentrale Bildungsstätte für ihre Nachwuchsfunktionäre auf, die sogenannte Jugendhochschule »Wilhelm Pieck«. Im Herbst 1951 begannen großangelegte Erweiterungsarbeiten, an denen mehrere Hundert Bauarbeiter beteiligt waren. In der Nacht zum 17. Juni 1953 wurden Lehrgangsteilnehmer und Dozenten nach Ost-Berlin gebracht, um die dortigen Sicherheitskräfte zu unterstützen, nur ein kleiner



Rat des Kreises Bernau
Bezirk Frankfurt/Oder

Bernau, den 6. März 1953

An den
Ministerrat der U d S S R

Die Nachricht, daß der weise Führer und Lehrer der werktätigen Menschheit, der siegreiche Feldherr des großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion gegen den barbarischen Hitlerfaschismus, der Führer des Weltfriedenslagers und beste Freund des deutschen Volkes,

der Genosse Josef Wissarionowitsch S t a l i n,

nicht mehr lebt, hat uns mit tiefstem Schmerz erfüllt.

Mit Ihnen betrauern wir den unermeßlichen Verlust und drücken Ihnen unser tiefst empfundenes Beileid mit der Versicherung aus, das Band der ewigen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion noch fester zu knüpfen.

Wir geloben im Geiste des großen Toten unseren Kampf gegen die Kriegsbrandstifter für die Erhaltung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus jetzt verstärkt zu führen. So gladben wir das Vermächtnis des großen Stalin am besten zu erfüllen. Seien Sie nochmals unseres größten Mitgefühls in der Trauer um den Verlust eines der größten Geistesheroen der Menschheit versichert und empfangen Sie von uns gleichzeitig unser Gelöbnis, an Ihrer Seite den Kampf in seinem Geiste fortzusetzen.

Der Vorsitzende des Rates des Kreises

Die stellvertr. Vorsitzenden

Beileidsbekundung des Rates des Kreises Bernau an den Ministerrat der UdSSR zum Tod von Stalin am 5. März 1953.

Teil der politischen Mitarbeiter blieb zurück. Unter den Bauarbeitern am Bogensee hatte sich ebenfalls Unzufriedenheit breit gemacht. Sie beklagten Organisationsmängel, schlechte Unterbringung sowie zu hohe Normen und protestierten vor Ort.[43]

In einer Rostocker Dissertation aus dem Jahr 1978 ist der Bericht des früheren politischen Mitarbeiters Jürgen Uhlmann enthalten. Dieser erinnerte sich in zeittypischer Diktion folgendermaßen an die Ereignisse des 17. Juni auf der Baustelle am Bogensee: »Gegen 6 Uhr morgens zogen größere und kleinere Trupps von Bauarbeitern randalierend, grölend und zu Exzessen aufrufend durch das Gelände des Objektes. Alle roten, blauen und DDR-Fahnen wurden heruntergerissen; Streiklosungen und staatsverleumdende Schriften (...) angebracht. Angeführt wurden diese Trupps zumeist von Leuten, die mehr oder weniger unter Alkohol standen beziehungsweise wurden sie von Elementen angeleitet, die vorher nie auf der Baustelle unter den Bauarbeitern zu sehen waren.«[44]

Unvorstellbar war in diesen Stunden, das viele Jahre später, am 13. Dezember 1981, hier die Pressekonferenz von Bundeskanzler Helmut Schmidt anlässlich seines DDR-Besuchs stattfinden würde.[45]

Die sowjetische Garnisonsstadt Eberswalde gehörte zu den Schwerpunkten der Arbeitsniederlegungen im Bezirk Frankfurt/O. Die dortigen Streiks blieben allerdings weitgehend auf die Betriebe beschränkt, da die Besatzungsmacht frühzeitig mittels Besetzung der Werktore Demonstrationszüge durch die Stadt unterbunden hatte.[46]

Die SED-Kreisleitung Eberswalde beklagte am 22. Juni 1953 in einer Analyse zu Entstehung und »Ausbruch der feindlichen Provokationen im Kreis Eberswalde in der Zeit vom 17.6. bis 19.6.1953« das »Eindringen des Klassengegners in die Reihen der Arbeiterklasse« und die »Stiftung von Unruhen«, besonders in den Schwerpunktbetrieben Energie- und Kraftmaschinenbau (EKM) Finow, ABUS Kranbau und dem Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) sowie den Baustellen der Bauunion Potsdam und Magdeburg. Gründe für diese Fehlentwicklungen lägen unter anderem in der »bürokratisierten Arbeit der Kreisleitung«. Der operative Einsatz während der Provokationen habe die »wirkliche Stimmung« unter der Bevölkerung gezeigt und verdeutlicht, »wie weit wir uns in unserer bisherigen Tätigkeit von den Massen entfernt haben«.[47]

Laut der SED-Analyse lösten die Ereignisse im EKM Finow weitere Arbeitsniederlegungen in einigen Betrieben des Kreises aus. Dort streikten am 17. Juni gegen 12 Uhr circa 300 Arbeiter und Angestellte (unter ihnen auch SED-Genossen), die Proteste dauerten drei Stunden. Es sei eine »offen feindselige Haltung des überwiegenden Teils der streikenden Arbeiter zu verzeichnen. Von der Einheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation, die über 100 Mitglieder umfasst, war nicht das geringste Anzeichen vorhanden.« Die Belegschaft wählte Delegierte, die mit der Werksleitung verhandeln sollten. Die Streikenden forderten die deutsche Einheit auf Ba-

sis freier Wahlen und eine Überprüfung, ob wirklich so starke nationale Streitkräfte notwendig seien. Der Lebensstandard solle durch Halbierung der HO- Preise[48] und die Erhöhung der Renten sowie der Invaliden- und Kriegsgeschädigtengelder gesteigert werden. Die Arbeit wurde erst nach dem Abzug eines zwischenzeitlich eingetroffenen sowjetischen Kommandos wieder aufgenommen.[49]

Auch im ABUS Kranbau sei gegen 15.45 Uhr eine sowjetische Wachmannschaft eingesetzt worden, »um etwaige faschistische Überfälle zu verhindern«. Die Abteilung Zerspanung legte deshalb um 17 Uhr mit der Forderung nach dem Abzug der Sowjets die Arbeit nieder, später solidarisierten sich die Streikenden mit ihren Kollegen von EKM. Am 18. Juni beteiligte sich auch das RAW (2.000 Beschäftigte) am Streik, teilweise hatte bereits die Nachtschicht vorher gestreikt. »Der größte Teil der Belegschaft stand auf den Werkbänken, während ca. 500 sich auf dem Fabrikhof und Werkseingängen zusammenrotteten (...). Zur Zerschlagung dieser feindlichen Aktion« seien »einige sowjetische Soldaten eingesetzt« und kurz darauf acht »Rädelsführer« kurzzeitig verhaftet worden.[50]

Auf der Baustelle der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck« kam es in den späten Nachmittagsstunden des 17. Juni zu einer Arbeitsniederlegung. »Die Bauarbeiter begründeten ihren Streik damit, daß man ihnen bis zum 16.6.53 gerade die Arbeiter der Stalinallee ständig als gutes und leuchtendes Vorbild hingestellt hatte und aus diesem Grund erklärten sie sich solidarisch mit dem Streik ihrer ›Vorbilder‹.«[51]

Am 17. Juni um 17 Uhr verhängte Oberst Shaworonkow, der sowjetische Kommandant des Kreises Eberswalde, den Ausnahmezustand im gesamten Kreisgebiet, der mit einer Ausgangssperre zwischen 20 und 5 Uhr verbunden war.[52]

In einer offiziellen Broschüre der SED-Kreisleitung Eberswalde, die um 1955 erschien, war von einem selbstkritischen Blick auf die Ereignisse dann nichts mehr zu sehen, die Schuld wurde einzig dem »Klassenfeind« zugewiesen: »Am 17. Juni 1953 versuchten die Feinde des Sozialismus mit einem konterrevolutionären Putsch die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu beseitigen. Im Kreis Eberswalde konnten die konterrevolutionären Kräfte keinen nennenswerten Einfluss gewinnen. Doch gab es auch hier einige Bürger, die anfällig gegen antikommunistische Hetzparolen waren und sich zur Verbreitung von Lügenparolen und Hetzschriften bereit erklärten.« Streiks wurden nur noch im RAW erwähnt.[53]

Vom Volksaufstand bis zur Grenzschließung

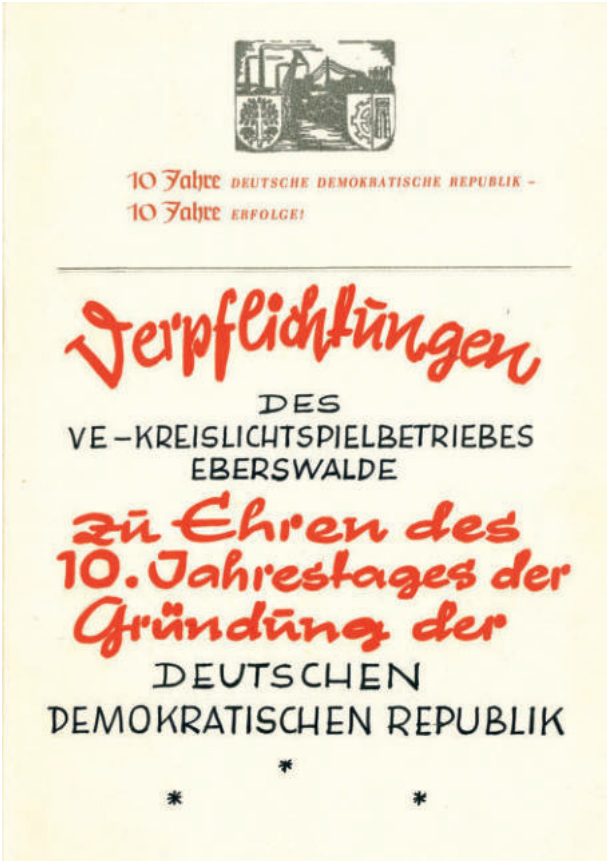
In den 1950er Jahren wurde der industrielle Ausbau insbesondere im Finowtal mit Hochdruck fortgesetzt, ausführlich berichtet der Beitrag von Carsten Seifert in diesem Band über diese für den Barnim sehr bedeutsamen Entwicklungen.[54]

Die Sicherung der Volkswirtschaft gehörte nach eigenem Bekunden zu den zentralen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Zur Kontrolle wichtiger Betriebe in der Region setzte die MfS-Kreisdienststelle Eberswalde schon früh eine große Zahl von inoffiziellen Mitarbeitern ein. Am 15. August 1952 führte die Stasi im VEB Kranbau Eberswalde 20 Geheime Informatoren (GI)[55] – am 31. Dezember 1954 waren es noch zwölf. Im Kraftwerk Heegermühle Finow stieg die Zahl von fünf im Sommer 1952 auf zehn am 31. Dezember 1954. Im Walzwerk Finow wurden Ende 1954 fünf GI geführt, im Energie- und Kraftmaschinenbau Finow drei.[56]

Am 10. Juni 1959 analysierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe der Staatssicherheit in Berlin in einem streng vertraulichen Bericht ungeschminkt »Mängel und Mißstände in der Planerfüllung des VEB Kranbau Eberswalde (...), durch deren Auswirkungen die Warenproduktions- und Exportpläne nicht erfüllt werden und der Volkswirtschaft der DDR ein beträchtlicher Schaden entsteht«. Trotz angeblich steigender Arbeitsproduktivität gingen die Leistungen des Betriebes seit 1953 ständig zurück. Dies sei »in erster Linie auf eine völlig ungenügende Arbeitsorganisation und andererseits auf unreelle Normen zurückzuführen. Während im Jahr 1953 noch eine Warenproduktion von 35,9 Mill. DM erreicht wurde, lag die Leistung bei einer fast gleichen Anzahl von Produktionsarbeitern 1957 bei nur 19,2 Mill. DM. (...) Allein 1958 ist (...) dem Staatshaushalt ein Schaden von 5,3 Mill. DM entstanden.«[57]

Im Anschluss an die 2. Parteikonferenz der SED 1952 änderten sich in der Landwirtschaft die Eigentumsverhältnisse erneut grundlegend. Die SED versuchte zunächst, vor allem die Bauern in wirtschaftlich schwachen Dörfern von den Vorteilen des Zusammenschlusses in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zu überzeugen. Materiell-technische Unterstützung erhielten die neuen LPGs durch die staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die ihnen bevorzugt Maschinen und Ausrüstungen zur Verfügung stellten. Während die LPGs, die anfangs nur geringe Mitgliederzahlen aufwiesen, u. a. mit Krediten und Steuernachlässen begünstigt wurden, erschwerten staatliche Stellen den Einzelbauern nach Kräften die wirtschaftliche Existenz, was nicht zuletzt zu einem starken Anwachsen der Zahl in den Westen flüchtender Bauern führte. Der »neue Kurs« der SED ab Juni 1953 war für die privaten Landwirte zunächst mit Erleichterungen verbunden, später verstärkte die Staatspartei jedoch ihren Kollektivierungskurs erneut. Ende 1959 entschied sie sich dafür, die Eingliederung möglichst aller Bauern in die LPG zu forcieren.[58]

Im Kreis Eberswalde waren im Sommer 1959 laut Unterlagen des Rates des Kreises inklusive mithelfender Familienangehöriger 4.038 Bauern registriert (4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung). Den 13 LPGs gehörten zu diesem Zeitpunkt 431 Mitglieder an, die 152 Kleinbetriebe in die Genossenschaften eingebracht hatten und ca. 2.500 Hektar Land bewirtschafteten. Hinzu kam ein »Volkseigenes Gut« in Hohenfinow sowie zwei MTS in Grüntal und Joachimsthal. »Infolge widriger Umstände, z. B. mangelnder Unterstützung durch die MTS (...) und einiger Anfeindungen von Seiten bestimmter Elemente auf dem Dorfe ist noch nicht in jeder LPG der Erfolg zu verzeichnen, der aufgrund der günstigen Großraumwirtschaft in Erscheinung treten müsste.« Es habe 21 Anträge auf Rückgabe in die LPG eingebrachter Betriebe gegeben (dies wurde im Rahmen des »neuen Kurses« ermöglicht – St.A.), daraufhin seien bisher 13 Betriebe zurückgegeben wurden.[59] In einem kurz vorher entstandenen »Situationsbericht« eines Referenten war sogar von »Auflösungserscheinungen (...) in den LPG'en Sommerfelde, Altenhof und Trampe« die Rede.[60] Im Februar 1959 bewirtschafteten 2.011 LPG-Mitglieder mehr als 15.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche.[61] 1962/63 waren

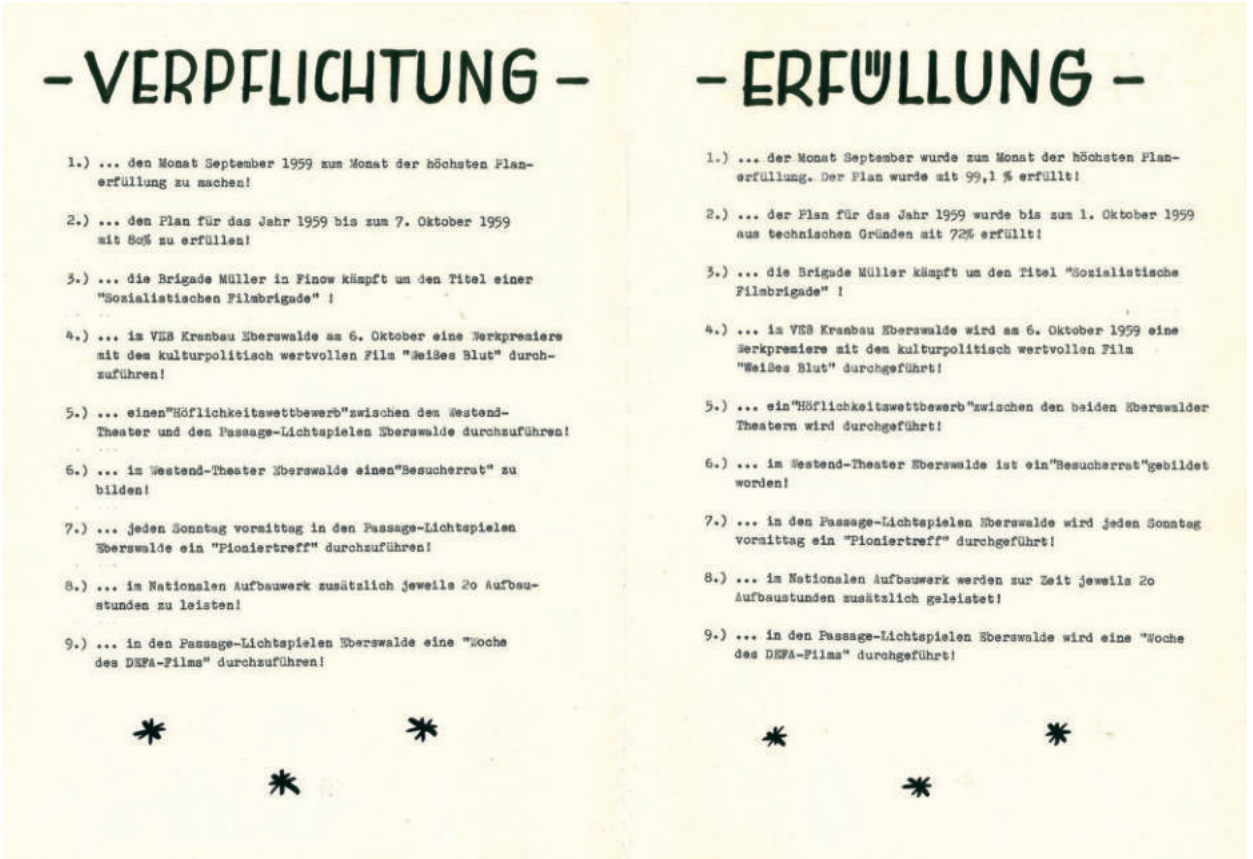

10 Jahre DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK –
10 Jahre ERFOLGE!

Verpflichtungen
DES
VE-KREISLICHTSPIELBETRIEBES
EBERSWALDE
zu Ehren des
10. Jahrestages der
Gründung der
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Verpflichtungen des VE-Kreislichtspielbetriebes Eberswalde zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, 1959.

dann 2.164 Mitglieder in 39 LPGs tätig, hinzu kamen drei Volkseigene Güter in Bölkendorf, Finowfurt und Hohenfinow. Zusammen bewirtschaftete dieser »sozialistische Sektor« 73,4 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Kollektivierung war also bereits sehr weit fortgeschritten.[62]

Im Sommer 1960 zogen die ersten Mitglieder des SED-Politbüros mit ihren Familien aus Berlin-Niederschönhausen in die in unmittelbarer Nähe des Liepnitzsees gelegene sogenannte Waldsiedlung Wandlitz bei Bernau um. Diese war auf keiner handelsüblichen Landkarte verzeichnet und wurde vom MfS streng abgeschirmt. Dennoch war die Existenz der Anlage in Ost und West ein offenes Geheimnis. Sie galt geradezu als »Symbol für den Politik- und Lebensstil der SED-Machtelite, für deren Privilegien und zunehmende Abschottung von der Lebensrealität der DDR-Bevölkerung«.[63] Die für die Sonderversorgung der Funktionäre in der Waldsied-



- VERPFLICHTUNG -

1.) ... den Monat September 1959 zum Monat der höchsten Planerfüllung zu machen!

2.) ... den Plan für das Jahr 1959 bis zum 7. Oktober 1959 mit 80% zu erfüllen!

3.) ... die Brigade Müller in Finow kämpft um den Titel einer "Sozialistischen Filmbrigade" !

4.) ... im VEB Kranbau Eberswalde am 6. Oktober eine Werkpremiere mit dem kulturpolitisch wertvollen Film "Weißes Blut" durchzuführen!

5.) ... einen"Höflichkeitswettbewerb"zwischen den Westend-Theater und den Passage-Lichtspielen Eberswalde durchzuführen!

6.) ... im Westend-Theater Eberswalde einen"Besucherrat" zu bilden!

7.) ... jeden Sonntag vormittag in den Passage-Lichtspielen Eberswalde ein "Pioniertreff" durchzuführen!

8.) ... im Nationalen Aufbauwerk zusätzlich jeweils 2o Aufbaustunden zu leisten!

9.) ... in den Passage-Lichtspielen Eberswalde eine "Woche des DEFA-Films" durchzuführen!

- ERFÜLLUNG -

1.) ... der Monat September wurde zum Monat der höchsten Planerfüllung. Der Plan wurde mit 99,1 % erfüllt!

2.) ... der Plan für das Jahr 1959 wurde bis zum 1. Oktober 1959 aus technischen Gründen mit 72% erfüllt!

3.) ... die Brigade Müller kämpft um den Titel "Sozialistische Filmbrigade" !

4.) ... im VEB Kranbau Eberswalde wird am 6. Oktober 1959 eine Werkpremiere mit dem kulturpolitisch wertvollen Film "Weißes Blut" durchgeführt!

5.) ... ein"Höflichkeitswettbewerb"zwischen den beiden Eberswalder Theatern wird durchgeführt!

6.) ... im Westend-Theater Eberswalde ist ein"Besucherrat"gebildet worden!

7.) ... in den Passage-Lichtspielen Eberswalde wird jeden Sonntag vormittag ein "Pioniertreff" durchgeführt!

8.) ... im Nationalen Aufbauwerk werden zur Zeit jeweils 2o Aufbaustunden zusätzlich geleistet!

9.) ... in den Passage-Lichtspielen Eberswalde wird eine "Woche des DEFA-Films" durchgeführt!

lung nötigen Devisenausgaben wuchsen allein zwischen 1980 und 1989 von 4,4 auf 8,9 Millionen DM jährlich, nicht zuletzt weil der Personenkreis der »Versorgungsberechtigten« stark anstieg. Hinzu kamen die immensen Ausgaben etwa für Wach- und Personenschutz, sowie das Dienstleistungspersonal – 1989 betreuten 64 Haushälterinnen die Bewohner der 22 Häuser. Täglich pendelten Funktionärskonvois zwischen der Waldsiedlung und Berlin-Mitte, die auf der gesamten »Protokollstrecke« uneingeschränkt Vorfahrt genossen.[64]

Sorgen bereiteten den Sicherheitsverantwortlichen allerdings die militärischen Aktivitäten der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe des »Wohnobjekts«. Laut einem Bericht des Chefs der Hauptabteilung Personenschutz des MfS, Günther Wolf, an Mielkes Stellvertreter Rudi Mittig vom 3. Juli 1984 nähmen »die sowjetischen Truppen (...) im gesamten Raum nördlich Berlins bei ihren Manövern wenig Rücksicht auf Sicherheitserfordernisse, Ordnung und Sauberkeit, auch an der Protokollstrecke«. Besondere Gefahr gehe vom Schönower Truppenübungsplatz aus, da »das Wohnobjekt in der Hauptschussrichtung des Schießplatzes liegt, die Sicherheitsentfernung nicht in jedem Fall ausreichend ist und durch Teilkräfte bei Übungshandlungen die Grenzen des Truppenübungsplatzes in Richtung des Wohnobjektes überschritten werden.«[65] Nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur wurde auf dem Gelände der früheren Waldsiedlung ab 1990 das erste große Rehabilitationszentrum in den neuen Ländern errichtet.

Vom »Wohnobjekt« der SED-Führung war es nicht weit bis zur Schorfheide, in der sich Erich Honecker schon seit 1956 entspannte – ab 1962 gab es hier ein Sonderjagdgebiet unter Regie der Nationalen Volksarmee. Honecker empfing als SED-Generalsekretär auf dem Jagdschloss Hubertusstock zahlreiche ausländische Gäste, auch nahezu die gesamte politische Elite der Bundesrepublik gab sich die Ehre.[66]

Die sowjetische Militärpräsenz war in der Region unübersehbar. Aus einer Meldung des Rates des Kreises Eberswalde an die Bezirksbehörden im August 1958 geht

hervor, dass die Rote Armee sämtliche frühere Kasernen sowie Schieß- und Übungsplätze des deutschen Heeres übernommen hatte, darüber hinaus einen Flugplatz in Finow.[67] Besonders belastend für die Bevölkerung war die Besetzung eines ganzen Stadtteils in Finow. Laut einem Bericht des Bürgermeisters aus dem Jahr 1958 musste die Zivilbevölkerung der betroffenen Straßen 1945 nach dem Einmarsch der Sowjetarmee innerhalb kurzer Zeit ihre Häuser verlassen. Anschließend wurden diese von Angehörigen der sowjetischen Luftstreitkräfte bezogen. Nachdem die Sowjets die Häuser 1957 wieder verlassen und teilweise zurückgegeben hatten, forderten die Besitzer Entschädigungen bzw. die Sanierung der heruntergekommenen Häuser, was vom Bürgermeister nach »turbulenten Diskussionen«, mit denen man nur knapp »antisowjetische Demonstrationen« verhindert habe, auch unterstützt wurde. Hier müsse die Regierung helfen.[68] Ähnliche Probleme gab es in kleinerem Maßstab in Bernau.[69]

Auch von DDR-Seite wurde die militärische Infrastruktur in der Region Schritt für Schritt ausgebaut. Schon ab 1955 nutzten paramilitärische Volkspolizei-Bereitschaften ein Gelände in Basdorf, auf dem zwischen 1943 und 1945 ca. 6.000 Fremd- und Zwangsarbeiter aus 13 europäischen Ländern untergebracht waren, die in BMW-Betrieben Triebwerke für die Luftwaffe herstellen mussten.[70]

Von Beginn an waren die neu gegründeten Kreise Eberswalde und Bernau wie die gesamte DDR mit der massiven Abwanderung nach West-Berlin bzw. Westdeutschland konfrontiert, die 1953 einen ersten Höhepunkt erreichte. In einer vom Rat des Kreises Eberswalde erstellten Analyse vom August 1953 heißt es dazu: »In der Zeit vom 1.10.1952 bis 31.12.1952 haben 182 Personen das Kreisgebiet verlassen. Vom 1.1.1953 bis zum 22.6.1953 betrug die Zahl der Republikflüchtigen 1026 Personen. Seit dem 17.6.1953 kehrten bis zum heutigen Tage 22 Personen zurück. Die hauptsächlichen Beweggründe zum Verlassen des Kreisgebietes waren feindliche Einstellung, feindliche Beeinflussung durch Gegenpropaganda, Steuerhinterziehungen, familiäre Gründe (Familienzusammenschlüsse) und kriminelle Elemente.«[71] Zwischen 1956 und 1958 verließen jährlich 1.300 bis 1.400 Menschen das Kreisgebiet Eberswalde gen Westen.[72] Nach einem Rückgang 1959 stiegen die Zahlen 1960 wieder an und erreichten im dritten Quartal 1961 einen neuen Höhepunkt. 607 Menschen verließen in diesen drei Monaten den Kreis, selbst im September – also nach der Abriegelung West-Berlins am 13. August – gelang noch 138 Personen die Flucht.[73] Jährlich flohen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre also mehr als 1,5 Prozent der Eberswalder Kreisbevölkerung (zu diesem Zeitpunkt knapp 80.000) aus dem SED-Staat. Die Flüchtlingsquote unterschied sich damit nicht signifikant von der in der restlichen DDR.[74]

Zu den Flüchtlingen aus Eberswalde gehörte im Juni 1955 auch die Familie des selbstständigen Kaufmanns Berthold Noeske. Dieser hatte sich für atomare Abrüstung in Ost und West ausgesprochen und sich geweigert, einen allein gegen amerikanische Kernwaffen gerichteten Appell zu unterschreiben. Daraufhin waren ihm »friedensfeindliche Haltungen« vorgeworfen, die Gewerbeerlaubnis entzogen und ein Haftbefehl ausgestellt worden, woraufhin er nach West-Berlin flüchtete. Der jüngste Sohn des Eberswalder Eisen- und Haushaltswarenhändlers, ebenfalls Berthold genannt, verbindet in einem Buch eindrückliche Episoden aus der Familiengeschichte mit dichten Beschreibungen der Lage von Gewerbetreibenden und Landwirten sowie den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche.[75]

Umgekehrt siedelten 1958 aus der Bundesrepublik 199 Personen in den Kreis Eberswalde über, davon waren 144 Rückkehrer. Weder diese noch der 1958 erreichte Geburtenüberschuss von 320 konnten die »unnatürliche Bevölkerungsbewegung« – wie die Massenflucht im SED-Sprachgebrauch hieß – ausgleichen, für den Kreis Eberswalde ergab sich ein Jahresnegativsaldo von 658.[76]

Der Rat des Kreises Eberswalde gab im Frühjahr 1961 folgende hilflose Stellungsnahme zu »illegalen Abwanderungen« ab: »Die Feststellung des Genossen Walter Ulbricht auf dem 12. Plenum, dass immer noch wertvolle Bürger der DDR durch das nicht richtige Verhalten von Dienststellen des Staatsapparates sowie auch von den Organen der Partei und Massenorganisationen die DDR verlassen, trifft auch voll und ganz für den Kreis Eberswalde zu. Monatlich verlassen wertvolle Kader unseres Kreises die Republik illegal. Die Ermittlungen ergaben, dass mit diesen Menschen in der Vergangenheit nicht

immer richtig gearbeitet wurde und ihre berechtigten Wünsche nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit Beachtung fanden. (...) Es genügt nicht mehr, vom Kampf gegen die illegalen Abwanderungen zu sprechen und zu diskutieren, sondern alle Partei- und Staatsorgane müssen nach den Worten des Genossen Walter Ulbricht endlich handeln.«[77]

Im Sommer 1961 wurden in Betrieben und Institutionen des Kreises Eberswalde sogenannte »Kampfkomitees gegen den Menschenhandel« gegründet, die ebenfalls die Abwanderung bekämpfen sollten. Einige Komitees konstituierten sich sogar erst nach dem Mauerbau.[78]

Zwischen 1954 und 1960 verzeichnete der gesamte Kreis Bernau gerade einmal 755 Rückkehrer, hinzu kamen 255 Erstzuziehende (Bundesbürger) sowie 222 Ausländer und Staatenlose.[79] Die für die erwarteten Rückkehrer vorgehaltenen Kapazitäten waren auch im Kreis Eberswalde viel zu groß. Im Juli 1961 wurde deshalb die Auflösung des seit mehreren Jahren nur zu acht Prozent ausgelasteten Übersiedlerheims in der Eberswalder Jüdenstrasse geplant, als Ersatz sollten drei Übergangswohnungen bereitgestellt werden.[80]

Nach dem Mauerbau

Nach der Grenzschließung am 13. August 1961 stabilisierte sich auch die Situation im Barnim etwas, allerdings konnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht wie erhofft reduziert werden. Insbesondere die Versorgung der Bevölkerung hakte nach wie vor an allen Ecken und Enden, wie in unzähligen Papieren der örtlichen Behörden nachzulesen ist. Auch in den sogenannten Eingaben[81] der Bevölkerung gehörten Versorgungsfragen neben der Wohnungsproblematik zu den am häufigsten angesprochenen Themen.

Einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse in der Region hatte die durch die SED-Führung seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre forcierte Industrialisierung der Landwirtschaft.

In Eberswalde und Umgebung baute man mit dem Schweinezucht- und Mastkombinat (SZMK), dem VEB Kraftfuttermischwerk Eberswalde und dem VEB Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz (SVKE) einen gigantischen Agrar-Industriekomplex im Bereich der »industriellen Tierproduktion« auf, der in der veröffentlichten Meinung der DDR selbstverständlich gefeiert wurde, ohne die damit verbundenen Probleme ernsthaft zu thematisieren.[82]

1969 wurden die ersten in einem Wald zwischen Eberswalde und Lichterfelde neu gebauten Ställe übergeben. Im Herbst 1969 kamen zunächst 3.500 tragende Zuchtsauen aus 64 DDR-Betrieben in die neue Einrichtung, im Februar 1970 wurden dann 9.000 Schweine per Luftfracht aus Jugoslawien geliefert. Nachdem der Betrieb 1972 mit 10.400 Tonnen Schweinefleisch im Jahr die ursprünglich vorgesehenen Produktionsziele erreicht hatte, forderten neue Direktiven eine Erhöhung der Produktion auf 26.400 Tonnen bis 1975. Nach Abschluss der Umbauten und Erweiterungen stieg die Zuchtkapazität auf 190.000 Schweine.

Ein riesiges Problem stellte die Entsorgung der anfallenden gewaltigen Güllemengen (jährlich ca. 1 bis 1,3 Millionen Kubikmeter) dar, die zusammen mit geklärtem Abwasser in zwei sogenannten »Verwertungsgebieten« verregnet wurden. Vor allem in der Anfangszeit, als die gesamte Gülle auf 1.600 ha zwischen Britz, Golzow und Werbellin entsorgt wurde, kam es zu erheblichen Umweltproblemen (Bildung von »Gülletümpeln«, starke Kontaminationen von Boden und Grundwasser). Auch nachdem eine zweite größere Fläche (6.100 ha) zwischen Trampe und Heckelberg für die Verregnung verwendet wurde, blieb Eberswalde nicht von »Schweinegülle-Duftwolken« verschont.[83]

Ab 1973 wurden ein Getreidesilo mit einem Fassungsvermögen von 130.000 Tonnen sowie ein Mischfutterwerk errichtet und das erste Mischfutter im November 1978 produziert. Zehn Jahre lang betrug der jährliche Futterausstoß 250.000 Tonnen, etwa die Hälfte davon ging an den Eberswalder Schweinemastbetrieb.[84] 1977 konnte in Kooperation mit der West-Berliner Firma Consult der Aufbau des angestrebten Agrar-Industriekomplex in der Region mit der Inbetriebnahme des VEB Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz abgeschlossen werden, in dem allein 3.000 Menschen (davon 60 Prozent Frauen) tätig waren.[85]

Die ökologischen Verwerfungen, die mit diesen Großanlagen einhergingen, beschäftigten auch das MfS. Des-



Innenaufnahme HO-Kaufhalle Westend Eberswalde, 1960er Jahre.

sen Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe berichtete im Juni 1976 über einen Dammbruch in einem Gülleauffangbecken des VEB Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde, bei dem ca. 35.000 Kubikmeter Gülle austraten, was einen Sachschaden von 100.000 Mark verursachte. Als Ursachen der Havarie nannten sowohl MfS als auch Land- und Wasserwirtschaftsexperten Überfüllung und schlechte Pflege. In »großen industriemäßig produzierenden Anlagen der Tierproduktion« müsse man »mit weiteren derartigen Havarien« rechnen, »da von vielen leitenden Kadern der Mastkombinate in erster Linie die Produktion von Fleisch gesehen und den wichtigen Nebenanlagen wie der Gülleeinlagerung und -aufbereitung zu wenig Beachtung geschenkt werde«, resümierte die Staatssicherheit.[86]

Auch Bernau war im Frühjahr 1965 von einer Umweltkatastrophe betroffen, die von sowjetischem Kasernengelände ausging und ebenfalls von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS untersucht wurde, die am 23. März über die großräumige Verseuchung des Trinkwassers in der Stadt berichtete: Vier Tage zuvor sei »aus den Trinkwasserbehältern des Wasserwerks Bernau ein gasähnlicher Geruch« gedrungen. Untersuchungen ergaben, dass »von den 5 Brunnen, die der Wasserversorgung der Stadt Bernau dienen, 3 Brunnen Trichlorethylen und ein Phenolgemisch enthalten. (...) Das verseuchte Wasser aus den 3 gesperrten Brunnen wird in die Kanalisation abgepumpt.« Die weitere Benutzung der Brunnen sei wahrscheinlich nicht mehr möglich. Die Giftstoffe seien »aus der Sickergrube der chemischen Reinigung des sowjetischen Objekts Schönefelder Weg in die Brunnen des Wasserwerks eingedrungen. (...) Die chemische Reinigung wurde 1959 vom VEB Sonderbau Potsdam projektiert und gebaut, ohne dabei die wasserwirtschaftlichen Belange zu berücksichtigen.« Die Sickergrube in der Kaserne lief über und diverse Gifte drangen ungehindert in den Boden ein. Die Kreiskatastrophenkommission legte in Absprache mit den Sowjets die Chemische Reinigung still. Die »sowjetischen Objekte im Stadtgebiet von Bernau (sie verbrauchen täglich bis zu 2/3 der Gesamtproduktion des Wassers der Stadt) werden zeitweilig von der Wasserversorgung gesperrt.« Zur

Versorgung der Bevölkerung wurden 36 Tankwagen eingesetzt und eine provisorische Wasserleitung errichtet. Ab 24. März sollte die Wasserversorgung der Stadt wieder funktionstüchtig sein, dennoch war die Entwicklung eines neuen Wassernetzes für Bernau geplant.[87]

Wie bereits beschrieben, hatten auch auf Kreisebene keineswegs die staatlichen Organe, sondern primär die SED-Spitze das Sagen. Beispielsweise wandte sich Günter Grell, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Bernau, im August/September 1965 mehrmals geradezu im Befehlston an den Vorsitzenden des Rates des Kreises, Kurt Schirmacher. Der SED-Chef bemängelte »die ungenügende Versorgung der Bevölkerung (...) auf dem Lande (...), die auf völlig mangelhafte Arbeit der örtlichen Organe und der Handelsträger zurückzuführen sind. (...) Ich erwarte vom Rat des Kreises und von Dir persönlich, dass diese Probleme mit dem Handelsorganen unverzüglich geklärt und solche Maßnahmen festgelegt werden, die sofort bewirken, dass diese Zustände verändert werden.« Einige Wochen später legte er nach: »Wir werden das nicht mehr zulassen, dass die verantwortlichen Genossen auf diesem Gebiet solch eine mangelnde Arbeit leisten, wobei ihnen völlig egal ist, wie unsere Menschen über dieses Problem denken bzw. wie sie versorgt werden. Das ist eine tiefe politisch-ideologische Frage, die mit allen Funktionären geklärt werden muss.« Kurz darauf erhielt Schirmacher folgendes Rundschreiben Grells, in dem handschriftlich sein Name eingetragen war: »Das Sekretariat der Kreisleitung hält es für notwendig, am Freitag dem 21. September 1965 eine Beratung mit den Genossen Mitgliedern und Kandidaten der Kreisleitung durchzuführen. (...) Es spricht der 1. Sekretär, Genosse Grell. Wir bitten Dich, Dir in Vorbereitung dieser Beratung eine gründliche Übersicht über die Situation in Deinem Wirkungsbereich zu erarbeiten und entsprechend Deines Parteiauftrages Deine Erfahrungen in der Diskussion darzulegen.«[88]

Auch die Nominierung des Schirmacher-Nachfolgers Heinz Lück und dessen Stellvertreter Günter Hanke im November 1969 musste zunächst vom Sekretariat der SED-Kreisleitung unter dessen neuen Chef Beuel bestätigt werden. Diese Bestätigung ging zusammen mit einer Einschätzung der bisherigen Tätigkeit Lücks an die Abteilung Kader des Rates des Bezirkes, die für die Ernennung zuständig war.[89]



Verkaufsraum Kontakt-Kaufhaus Eberswalde, Friedrich-Ebert-Straße, 1960er Jahre.

Die regionalen »Sicherheitsorgane« arbeiteten nicht unter Kontrolle des Rates des Kreises, stattdessen informierten sie immer zuerst die »führende Partei«. So warnte die MfS-Kreisdienststelle Eberswalde den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung am 17. Mai 1967 vor bedrohlichen Entwicklungen im Altwerk des VEB Walzwerk Finow. Hier befinde sich zurzeit ein Schwerpunkt der sogenannten politisch-ideologischen Diversion. Begünstigend dafür wirke, dass die Produktionsanlagen »ohne Zweifel zu den ältesten unserer Industrie« gehörten. Die Beschäftigten müssten mit schwerer körperlicher Arbeit und Hitze zurechtkommen. Im Betrieb gebe es »Tendenzen und Erscheinungen« der »Arbeite-langsam-Bewegung, des passiven Widerstandes, des Aufstellen und Durchsetzen von Forderungen, Alkoholtrinken während der Arbeitszeit als Demonstration gegen Weisungen der Werkleitung« sowie »Verleumdung und Verächtlichmachung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung«.[90]



Bezirksparteischule »Friedrich Engels« Eberswalde, Rudolf-Breitscheid-Straße (dann Rat des Kreises Eberswalde), 1971.

Der Monatsbericht des 1. Sekretärs der SED- Kreisleitung Eberswalde vom März 1976 thematisierte die nicht vorhandene Rauchgasentschwefelung des VEB Chemische Fabrik Finowtal. Bisher gingen die Rauchgase ungereinigt in den Schornstein und belasteten vor allem umliegende Wohngebiete. 1974 wurden 2.500 Tonnen Staub (vorwiegend Ruß und Asche) emitiert. Seit Januar 1976 werde das Wohngebiet Finow-Ost durch eine Umstellung der Zulieferungen auf Rohbraunkohle aus dem Leipziger Revier besonders geschädigt.

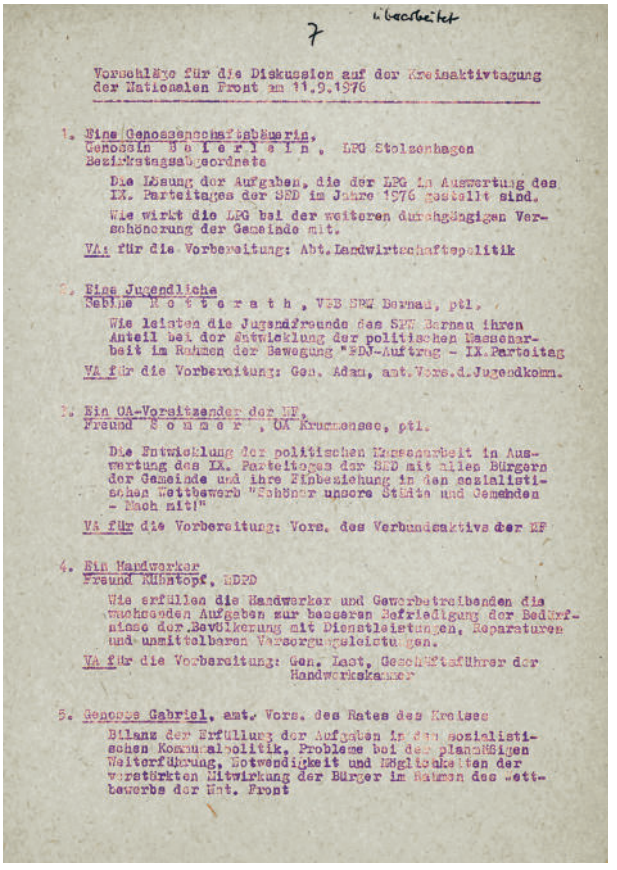
Alle Bemühungen des Betriebes um eine Entschwefelungsanlage seien bisher vergeblich gewesen. Das Problem wurde durch den geplanten Bau eines dritten Kessels noch verschärft. Der Berichterstatter hielt eine Lösung der immensen Umweltprobleme nur über den Bau einer Rauchgasentschwefelung für alle drei Kessel für machbar, eine entsprechende Bilanzierung sei dringlich.[91] Ob diese Anlage tatsächlich installiert werden konnte, ist nicht bekannt.

Anfang 1969 diskutierte die regionale SED-Führung intern auch über den Kuhbestand im Kreis Bernau. Erich Mückenberger, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder, wandte sich am 21. März 1969 an das Sekretariat der Kreisleitung: »Der Stand der diesjährigen Viehzählung vom 28.2.1969 im Bezirk Frankfurt« sei für den Kreis alarmierend, da Bernau zu den drei Kreisen mit rückläufigen Kuhbeständen gehöre. Fritz Beuel, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, antwortete am 15. April ausführlich und erklärte den angeblichen Rückgang als lediglich unterschiedlichen Erhebungsmethoden geschuldet.[92]

Während innerhalb der Partei- und Staatsorgane real existierende Probleme auch zumindest punktuell angesprochen werden konnten, galt dies für andere Teile der Kommunalpolitik nicht. Diese hatten mit simulierten Petitionen und Diskussionen lediglich eine Schaufensterfunktion, wie das ausgewählte Beispiel der Kreisaktivtagung der Nationalen Front Bernau aus dem Herbst 1976 deutlich zeigt.

Trotz aller Bemühungen, die öffentliche Meinung im eigenen Sinne zu beeinflussen, musste die SED auch immer wieder kritische Stimmen in der Bevölkerung registrieren. Das zeigte sich beispielsweise nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968. Ein Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Rates des Kreises Bernau berichtete dem amtierenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes am 31. August zwar, es habe überwiegend »Zustimmungserklärungen zu den Moskauer Festlegungen« gegeben, dennoch nehmen genaue Angaben über kritische Meinungen mehr Platz im Fernschreiben ein. So hätten Mitarbeiter der Blinden-PGH in Zepernick geäußert, man müsse sich »als Arbeiter schämen, weil unsere Wehrmacht in die CSSR einmarschiert ist«. Ein Kollege ergänzte, dort solle der »richtige Sozialismus aufgebaut« werden, er wolle aber nichts mehr sagen, sonst werde er eingesperrt.[93]

Solche mutigen Äußerungen trafen aber auch auf Denunziationsbereitschaft aus der Funktionärskaste, wie etwa ein entsprechendes Schreiben einer Beschäftigten der Kreisverwaltung Bernau zeigt: Eine Mitarbeiterin des Rates des Kreises Bernau denunzierte am 29. August 1968 aus eigenem Antrieb zwei Lehrer wegen ihrer Position zur sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei und forderte ihre Entfernung aus dem Unterricht: »Es ist mir eine Verpflichtung, als langjährige Mitarbeiterin im Staatsapparat und bewusster Staatsbürger zu einigen Dingen (...) Stellung zu nehmen. Voller Empörung nahm ich Kenntnis von der Stellungnahme zweier Pädagogen zu den Ereignissen in der CSSR. Hier setzen aus 5 Bruderländern unzählige Menschen ihre ganze Kraft und Leben



7

Vorschläge für die Diskussion auf der Kreisaktivtagung der Nationalen Front am 11.9.1976

1. Eine Genossenschaftsbäuerin,
Genossin [illegible], LPG Stolzenhagen
Bezirkstagsabgeordnete

Die Lösung der Aufgaben, die der LPG in Auswertung des IX. Parteitages der SED im Jahre 1976 gestellt sind.

Wie wirkt die LPG bei der weiteren durchgängigen Verschönerung der Gemeinde mit.

VA: für die Vorbereitung: Abt. Landwirtschaftspolitik

2. Eine Jugendliche
Sabine [illegible], VEB SPW Bernau, ptl.

Wie leisten die Jugendfreunde des SPW Bernau ihren Anteil bei der Entwicklung der politischen Massenarbeit im Rahmen der Bewegung "FDJ-Auftrag - IX. Parteitag

VA für die Vorbereitung: Gen. Adam, ant. Vors. d. Jugendkomm.

3. Ein GA-Vorsitzender der LPG,
Freund [illegible], GA Krummensee, ptl.

Die Entwicklung der politischen Massenarbeit in Auswertung des IX. Parteitages der SED mit allen Bürgern der Gemeinde und ihre Einbeziehung in den sozialistischen Wettbewerb "Sehnser unsere Städte und Gemeinden - Mach mit!"

VA für die Vorbereitung: Vors. des Verbundaktivs der LPG

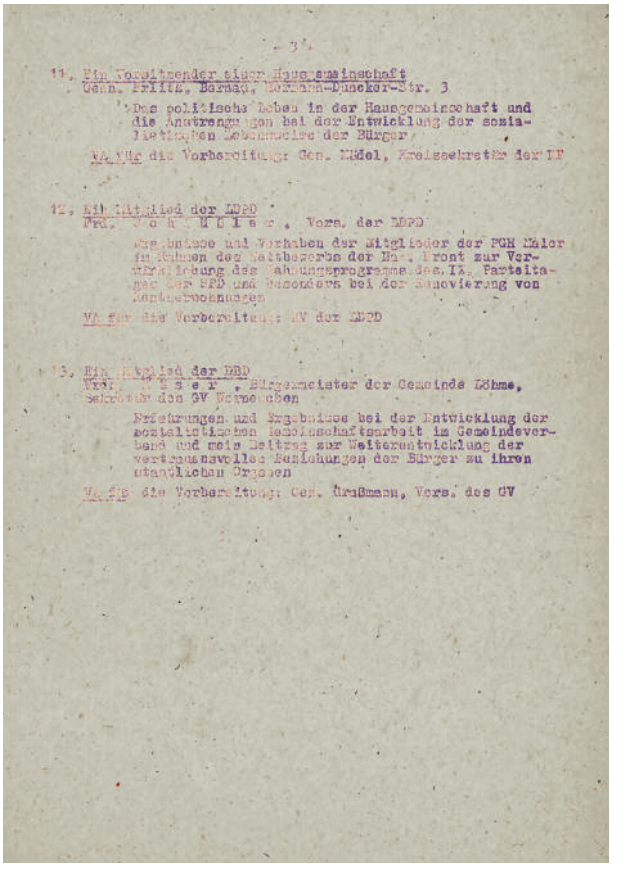
4. Ein Handwerker
Freund Mühlstopf, NDPD

Wie erfüllen die Handwerker und Gewerbetreibenden die wachsenden Aufgaben zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Dienstleistungen, Reparaturen und unmittelbaren Versorgungsleistungen.

VA für die Vorbereitung: Gen. Last, Geschäftsführer der Handwerkskammer

5. Genosse Gabriel, ant. Vors. des Rates des Kreises

Bilanz der Erfüllung der Aufgaben in der sozialistischen Kommunalpolitik. Probleme bei der planmäßigen Weiterführung, Notwendigkeit und Möglichkeiten der verstärkten Mitwirkung der Bürger im Rahmen des Wettbewerbs der Nat. Front



- 3 -

11. Ein Vorsitzender einer Hausgemeinschaft
Genn. [illegible], Bernau, Hermann-Duncker-Str. 3

Das politische Leben in der Hausgemeinschaft und die Anstrengungen bei der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise der Bürger

VA für die Vorbereitung: Gen. Mädel, Kreissekretär der NF

12. Ein Mitglied der NDPD
Frau [illegible], Vors. der NDPD

Die Aufgaben und Vorhaben der Mitglieder der PGH Maler im Rahmen des Wettbewerbs der Nat. Front zur Verwirklichung des Wohnungsprogramms des IX. Parteitages der SED und besonders bei der Renovierung von Altbauwohnungen

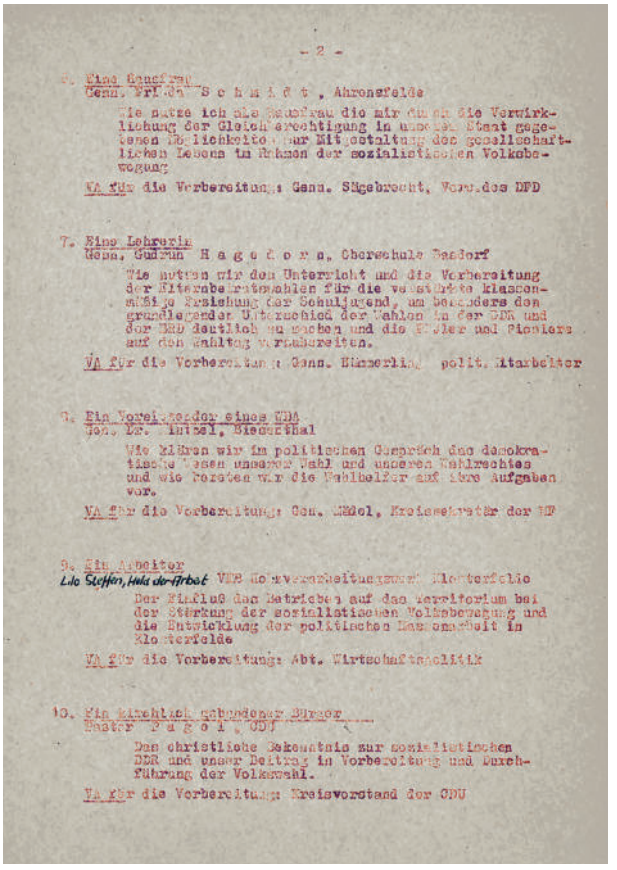
VA für die Vorbereitung: GV der NDPD

13. Ein Mitglied der DBD
Genn. [illegible], Bürgermeister der Gemeinde Löhme,
Sekretär des GV Werneuchen

Erfahrungen und Ergebnisse bei der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Gemeindeverband und mein Beitrag zur Weiterentwicklung der vertrauensvollen Beziehungen der Bürger zu ihren staatlichen Organen

VA für die Vorbereitung: Gen. Kraßmann, Vors. des GV

»Sozialistische Demokratie« im kommunalen Sektor, wahrscheinlich verfasst vom Sekretariat der SED-Kreisleitung Bernau, 1976.



- 2 -

6. Eine Hausfrau
Genn. Frieda [illegible], Ahrensfelde

Die nutze ich als Hausfrau die mir durch die Verwirklichung der Gleichberechtigung in unserem Staat gegebenen Möglichkeiten zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Rahmen der sozialistischen Volksbewegung

VA für die Vorbereitung: Genn. Siegbrecht, Vors. des DFD

7. Eine Lehrerin
Genn. Gudrun [illegible], Oberschule Basdorf

Wie nutzen wir den Unterricht und die Vorbereitung der Elternabendwahlen für die verstärkte klassenmäßige Erziehung der Schuljugend, um besonders den grundlegender Unterschied der Wahlen in der DDR und der BRD deutlich zu machen und die Bürger und Pioniere auf den Wahltag vorzubereiten.

VA für die Vorbereitung: Genn. Hämmerling, polit. Mitarbeiter

8. Ein Vorsitzender eines WBA
Gen. Dr. Pinkel, Biesenthal

Wie klären wir im politischen Gespräch das demokratische Wesen unserer Wahl und unseres Wahlrechtes und wie werben wir die Wahlhelfer auf ihre Aufgaben vor.

VA für die Vorbereitung: Gen. Mädel, Kreissekretär der NF

9. Ein Arbeiter
Lilo Steffen, Leiter der Arbeit VEB Kohleveredlungswerk Kleinfelde

Der Einfluß des Betriebes auf das Territorium bei der Stärkung der sozialistischen Volksbewegung und die Entwicklung der politischen Massenarbeit in Kleinfelde

VA für die Vorbereitung: Abt. Wirtschaftspolitik

10. Ein kirchlich gebundener Bürger
Pastor [illegible], CDU

Das christliche Bekenntnis zur sozialistischen DDR und unser Beitrag in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl.

VA für die Vorbereitung: Kreisvorstand der CDU

für die Erhaltung des Weltfriedens ein, folgen dem Ruf der tschechischen Bevölkerung, die auf der Seite des Sozialismus stehen, der durch die revanchistischen Horden in Gefahr schwebt (...) und stellen nun fest, dass diese beiden Pädagogen, die unserem Staat alles verdanken, was sie geworden sind und wie sie heute leben können, solche Stellungnahmen abgeben. Zutiefst erschüttert es mich bei dem Gedanken, dass wir unsere Kinder, unsere nachkommende Generation solchen Menschen anvertrauen. Ich frage mich: wie lange schon heuchelt der Lehrer A in seinem Unterricht unseren Kinder etwas vor, wie will er sie bei solch einer Meinung zu aufrechten klassenbewussten Menschen erziehen und heranbilden. Das Gleiche trifft auf die Lehrerin S. zu, die es noch wagt, ein konterrevolutionäres Flugblatt mitzubringen und dieses in wer weiß wie vielen Kreisen preisgibt.

Mein Standpunkt ist, diese Menschen schnellstens aus dem Unterricht heraus zu nehmen, damit sie mit ihrer



Innenaufnahme Bibliothek Zepernick mit Lesern, 1964.

verderblichen Haltung nicht eventuell noch mehr Unheil anrichten können, man sollte sie umgehend zur Rechenschaft ziehen.«[94]

Insbesondere seit den 1960er Jahren knüpfte der Barnim wieder stärker an seine frühere Rolle als attraktives Naherholungsgebiet an. Neben vielen Wochenendhäusern (den sogenannten Datschen) entstanden Kinderferienlager, Zeltplätze, Jugendherbergen sowie Ferienheime für Betriebe, Parteien und diverse Organisationen.[95]

Eine im Januar 1990 wahrscheinlich im Auftrag des Runden Tischs erstellte Liste zeigt die enorme Zahl von insbesondere durch SED und MfS genutzten Ferienobjekten, die nun sämtlich einer neuen Verwendung zugeführt werden sollten. Hierzu gehörte etwa ein exklusives Gästehaus des MfS am Parsteinwerder oder ein großes Ferienheim für Mitarbeiter des ZK der SED am Üdersee.[96]

Eine schwere Belastung für die Bevölkerung stellte auch im Barnim der gravierende Mangel an Wohnraum dar. Der Wohnungsbau genoss erst Anfang der 1970er Jahre im Zuge der propagierten »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in der Ära Honecker höhere Priorität, ohne dass durch diese Kursänderung der Bedarf gedeckt werden konnte. Otto Festner, der Vorsitzende des Rates des Kreises Bernau, beschrieb die Situation in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Frankfurt/O. vom 31. März 1960 folgendermaßen: »In der Stadt Bernau sind 453 Wohnungssuchende registriert. (...) Gegenwärtig verfällt mehr Wohnraum, als neu gebaut wird. Im Jahr 1959 wurden 15 Wohnungen fertiggestellt und 32 mussten wegen Einsturzgefahr geräumt werden.« Selbst »Staats- und Wirtschaftsfunktionäre«, die z. T. von ihren Familien getrennt lebten, müssten jahrelang auf eine Wohnungszuteilung warten. »So ist die Situation in Bernau selbst und für viele andere Gemeinden wie z. B. Zepernick, Werneuchen, u. a. gleichgelagert.«[97]

Eine Analyse der Wohnraumsituation im Kreis Bernau aus dem Jahr 1962 konstatierte, von den 26.400 vor-

Friedensfahrt in Eberswalde, 1967.



Rückkehr der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei nach Eberswalde, 1968.





Gedenkstätte Ernst Thälmann in der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck«.



Gebäude mit Kindergruppe in der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck«.

handenen Wohnungen befänden sich lediglich 4.000 im guten baulichen Zustand, 3.500 hätten größere Mängel beziehungsweise seien zeitweise unbenutzbar, 284 mussten von der Staatlichen Bauaufsicht total gesperrt werden, obwohl diese wegen der angespannten Lage ohnehin sehr »nachsichtig« sei.[98]

Die großen Probleme der Bauwirtschaft sorgten im Alltag häufig für Turbulenzen. Am 5. Oktober 1967 wandte sich das Kreiskrankenhaus Eberswalde sogar an die Kreiskatastrophenkommission, nachdem im Zimmer des Chefarztes der Kinderklinik großflächig Putz von der Decke gefallen war und man ähnliche Vorfälle auch für weitere Räume befürchtete.[99]

In Eberswalde und Umgebung wurden insbesondere für den erwähnten Agrar-Industrie-Komplex zusätzliche Arbeitskräfte aus der ganzen DDR angeworben, für die »relativ schnell Wohnungen gebaut werden mussten, weshalb in dieser Größenordnung das Reimann-Viertel entstand«, wie ein früherer Mitarbeiter eines Wohnungsbaukombinats berichtete.[100] In Bernau mussten zwischen 1966 und 1970 allein für die Erweiterungen des Schichtpressstoffwerkes und des VEB Fahrzeugausrüstungsbaus 615 Arbeitskräfte von außerhalb angeworben werden, für die zusätzlicher Wohnraum benötigt wurde.[101]

Im Zuge des vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossenen Wohnungsbauprogramms leiteten die Regionalplaner auch den Umbau des Stadtkerns von Bernau in die Wege – dessen Zustand hatte sich seit den 1960er Jahren weiter verschlechtert. Die sogenannte Rekonstruktion der Altstadt wählten sie im Rahmen des Wohnungsbauprogramms des Bezirkes als Beispiel für die Gestaltung von Stadtkernen in Klein- und Mittelstädten der DDR.

Im Sommer 1975 wiesen laut Unterlagen der Kreisplankommission 61 Prozent der Gebäude in der Altstadt schwere Schäden auf, 35 Prozent geringe Schäden, nur bei vier Prozent der Häuser bestünden keine Mängel.

Im Entwurf einer Argumentation des Rates des Kreises für die Öffentlichkeitsarbeit heißt es: »Im Mittelpunkt stehen bei jeder Maßnahme, die zu durchdenken und durchzuführen ist, immer und überall die volkswirtschaftlichen Realitäten: Wir haben uns konsequent gegen überhöhte Forderungen bei der Ausarbeitung der Bebauungskonzeption gewandt und werden auch künftig alle Bestrebungen, unter dem Namen der Rekonstruktion durch ungerechtfertigte Forderungen und Großzügigkeit sein eigenes Denkmal zu setzen, entgegenwirken. (...) Der kulturgeschichtlich wertvolle, aber überalterte Kern der Stadt Bernau ist 1977 beginnend mit industriellen Methoden durch Ersatzneubauten umzugestalten. Dabei sind sowohl seine Struktur als auch wesentliche Elemente des Stadtbildes zu wahren.«[102]

Tatsächlich war die erste Phase des Stadtumbaus von Flächenabriss geprägt, immerhin sollten die anschließend neu errichteten modifizierten Plattenbauten in ihrer Gestaltung an die Formensprache des alten Viertels erin-



Neubau Max-Reimann-Viertel Eberswalde, September 1979.

nern. Selbst bei einer Aussprache in der SED-Kreisleitung Bernau am 13. Januar 1977 gab es Kritik. Ein Leitungsmitglied fragte, ob nicht wenigstens einige alte Häuser im Stadtkern erhalten werden könnten. »Soweit mir bekannt ist, bleiben doch nur 2 Gebäude stehen. Das verstehe ich nicht unter Rekonstruktion des Stadtkerns.« Der Vorsitzende des Rates des Kreises, Heinz Lück, der auch Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung war, antwortete: »Der Zustand der meisten alten Gebäude im Stadtkern Bernaus ist sehr schlecht. Beim Abriß ist zu sehen, daß die Baumaterialien Lehm und Stroh waren, daß das Holz verfault ist. Es ist also viel zu kostspielig, diese Häuser naturgetreu nachzugestalten. (...) Bei der Neugestaltung des Stadtkerns wird Rücksicht auf die historisch gewachsene Stadtstruktur genommen.«[103]

Erst nachdem sich zeigte, dass der Neubau in der Altstadt kaum billiger war als die Rekonstruktion der vorhandenen Gebäude, wurden die Planungen für den ab Mitte der 1980er Jahre umgesetzten zweiten Bauabschnitt stärker am vorhandenen Bestand ausgerichtet und auch zumindest einige Altbauwohnungen restauriert.[104]

Auch Mitte der 1980er Jahre gab es in der Region noch viele Menschen, die unter unzumutbaren Wohnverhältnissen zu leiden hatten. Beispielhaft dazu Auszüge aus einer Eingabe an den Chef der SED-Bezirksleitung Berlin, Konrad Naumann, vom 19. März 1984: Ein Rentnerehepaar im Alter von 70 und 79 Jahren aus dem Dorf Hirschfelde bei Werneuchen wandte sich (offensichtlich in Unkenntnis der Zuständigkeiten) an Naumann persönlich: »Wir beide bewohnen eine 2-Zimmerwohnung mit Kammer und Küche. Diese Wohnung ist (...) so feucht, dass die Wände völlig schwarz sind. Die Möbel (...) faulen und das Geschirr ist stockig und muffig. Die Lebensmittel können dort gar nicht aufbewahrt werden. Ebenfalls ist der Fußboden dadurch auch sehr brüchig. Das größte Problem für uns Rentner ist, dass die Toilette auf dem Hof etwa 50 m vom Haus entfernt ist. In der Küche haben wir zwar fließendes kaltes Wasser, aber einen Abfluss gibt es nicht. Wir müssen jeden Eimer Wasser auf den Hof tragen, was uns beiden sehr schwer fällt. Ein Bad haben wir auch nicht. Wir sind beide gesundheitlich nicht auf der Höhe. 1982 wurde bei mir eine schwerwiegende Operation durchgeführt, so dass ich mich nicht anstrengen darf und auf keinen Fall schwer heben darf. (...) Wir haben uns auch schon mit diesem Problem an den Vermieter (die örtliche LPG – St.A.) gewandt. Danach wurden in der Küche die Scheuerleisten ausgebessert, die völlig weggefault waren und damit galt dieses Problem als erledigt. Nach nochmaligem Mahnen, wie es mit wenigstens einem Abfluss wäre, wurde uns



Goethestraße Ecke Berliner Straße Bernau, 1978.

geantwortet, dass es nicht möglich ist, eine Fäkaliengrube zu bauen.

Ich frage mich, ob das die Sorge um den alten Menschen ist. Sie würden uns eine große Freude bereiten wenn dieses Problem durch Sie gelöst wurde.« Am 20. Juli 1984 meldete der Vorsitzende des Rates des Kreises Bernau, Lutz Kramer, daraufhin dem Sektor Eingaben der SED-Bezirksleitung Frankfurt/O., dass die Sanierung der Wohnung zur Zufriedenheit der Beschwerdeführer inzwischen im vollen Gange sei und bis September abgeschlossen werde.[105]

Mehr als für den einfachen Bürger wurde in der Wohnungsfrage für die Funktionäre in Partei und Staat getan. Am 22. Mai 1975 vereinbarte Heinz Lück, Vorsitzender des Rates des Kreises Bernau, mit dem MfS den Bau von 300 Eigenheimen für das Ministerium in der Zepernicker Chaussee. Davon sollten noch 1975 64 bezugs- und 60 rohbaufertig sein.[106] Noch im August 1988 schlossen Lutz Kramer, der Vorsitzende des Rates des Kreises Bernau, und das MfS eine weitere Vereinbarung ab. Der Stasi sollten danach 1989 46 Neubauwohnungen – insbesondere mit drei und vier Zimmern – zur Verfügung gestellt werden, die Finanzierung wollte das MfS gewährleisten. Diese Vereinbarung kündigte Kramer persönlich unter den neuen politischen Vorzeichen im November 1989, die MfS-Mitarbeiter sollten fortan normale Wohnungsanträge stellen.[107]

Die militärische Infrastruktur in der Region wurde immer weiter ausgebaut. Die SED-Führung ließ in den 1970er und 1980er Jahren die Bunker des »Komplex 5000« errichten. Herzstück war eine Bunkeranlage in Prenden (Gemeinde Wandlitz), die im Kriegsfall die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates, dessen Vorsitz der SED-Generalsekretär Erich Honecker hatte, aufnehmen sollte.[108]

Die zahlreichen sowjetischen Einheiten in und um Eberswalde und Bernau hatten enormen Einfluss auf die Verhältnisse im Barnim. In Eberswalde befand sich u. a. das Hauptquartier der 20. Gardearmee. Allein zu deren Stab gehörten 10.000 Armeeangehörige und 5.000 Zivilbeschäftigte, hinzu kamen die Familienangehörigen der sowjetischen Offiziere, die allesamt bevölkerungsstatistisch nicht erfasst waren. Nach inoffiziellen Schätzungen lebten in der Kreisstadt etwa so viele Sowjets wie Einheimische, insgesamt etwa 100.000 Menschen.[109] Das Zusammenleben gestaltete sich oft alles andere als einfach. Immer wieder gab es Beschwerden der Bevölkerung über Fluglärm, Manöverschäden, rücksichtslose Fahrweise der Militärfahrzeuge u. ä. Es kam auch zu kuriosen Vorfällen. So verkauften Angehörige der Roten Armee fabrikneue



Mai-Demonstration in der Eisenbahnstraße am 1. Mai 1971.

Panzerketten an den VEB Metallaufbereitung Eberswalde, Außenstelle Finowfurt, die erst kurz zuvor an die Sowjets ausgeliefert worden waren, wie man den z. T. noch vorhandenen Transportbegleitanhängern entnehmen konnte. Die Rote Armee erhielt ihr Eigentum dann gegen Erstattung des Schrottpreises zurück.[110]

1979 wurde in Röntgental im Kreis Bernau ein zentrales, dem Ministerium des Inneren unterstelltes Aufnahmeheim eröffnet. Laut einer Statistik der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen der SED stiegen die Zahlen der »Anträge auf ständige Wohnsitznahme in der DDR« seit 1980 stark an (1980–83 jährlich durchschnittlich 1.361, 1984/85 1.745, 1986/87 1.950, 1988 2.048, bis 1. Juli 1989 1.177). Die Antragsteller gaben politische, soziale oder familiäre Gründe an, jeder zweite stammte ursprünglich aus der DDR. Weniger als die Hälfte durchlief das komplizierte Antragsverfahren erfolgreich. 1989 betrug die Platzkapazität maximal 220 Personen, die etwa 14 Tage vor Ort waren. Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen empfahl im September 1989, das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, seinen zivilen Charakter stärker zu betonen und den Ablauf gesetzlich zu regeln.[111]

Vom Zusammenbruch zum Neuanfang

Die desaströsen Auswirkungen des rücksichtslosen massiven Ausbaus der Wirtschaft für die Umwelt zeigten sich in den 1980er Jahren auch im Barnim immer deutlicher. Der Chef der Bezirksverwaltung Frankfurt/O. des MfS, Generalmajor Heinz Engelhardt, zeichnete im März 1989 in einem internen Bericht ein schockierendes Bild der ökologischen Verheerungen in Bernau und Umgebung, die durch den VEB Schichtpressstoffwerk Bernau verursacht wurden, der u. a. Elektroisolierstoffe und Leiterplattenvormaterial produzierte. Dabei entstünden nicht wiederverwertbare Abfälle, die in erheblichem Maße Schad- und Giftstoffe enthielten. Jährlich fielen ca. 26.000 Tonnen solcher Rückstände an, »die z. T. auf der geordneten Deponie Schöneiche Plan gelagert werden. Ein anderer Teil wird wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeiten auf der Betriebsdeponie Albertshof offen verbrannt, wodurch Giftstoffe (Phenole und vermutlich auch Dioxin) freigesetzt werden. Aus betrieblichen Unterlagen geht hervor, dass bei Phenol Überschreitungen der Grenzwerte um das 100.000 fache gemessen wurden.« Der Dioxinwert werde noch untersucht. »Die durch das

Dioxin verursachten Umweltbelastungen sind in der Umgebung von Albertshof bereits deutlich sichtbar. In dem an der Deponie angrenzenden Wald gibt es so gut wie keine Flora mehr. (...) Bürger aus umliegenden Gemeinden befürchten gesundheitliche Schäden durch Giftstoffe in der Luft und im Boden. Wie in der Vergangenheit, so ist auch in der diesjährigen Wahlvorbereitung mit einer verstärkten Eingabentätigkeit wegen dieser Belastungen zu rechnen.« Engelhardt bemängelte, dass »die im SPW praktizierten bzw. zukünftig angestrebten technischen Lösungen zur Veränderung der Schadstoffemission im Produktionsprozeß bzw. bei der Beseitigung der Abprodukte (...) nicht die erforderlichen Leistungsparameter« erreichten.[112] Der MfS-Bezirkschef stellte zwar die gravierenden Probleme schonungslos dar, machte aber keinerlei eigene Vorschläge, wie mit diesen umgegangen werden könnte, sodass sich an den kritisierten Zuständen bis zum Zusammenbruch des SED-Regimes wohl kaum etwas änderte.

Auch in den Kreisen Bernau und Eberswalde wurden die Behörden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre immer stärker mit Ausreisewünschen aus der Bevölkerung konfrontiert, die sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpften. Häufig lief dies auf Diffamierung, nicht selten sogar auf Kriminalisierung der Antragsteller hinaus. Das MfS platzierte im Frühjahr 1986 einen verdeckt agierenden sogenannten »Offizier im besonderen Einsatz (OibE)« in der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Kreises Bernau, der dort für die Zurückdrängung von Ausreiseersuchen zuständig war.[113] Doch alle Bemühungen fruchteten wenig, wie Anfang 1989 auch in einem Bericht des Rates des Kreises Eberswalde eingestanden werden musste: Keiner der zurzeit 242 Antragssteller wolle von seinem Ausreisewunsch zurücktreten. Unter den Ausreisewilligen gebe es eine immer größere »Gruppe jüngerer Menschen, die resignieren und nicht mehr an die Zukunft des Sozialismus glauben«.[114]

Wie in der gesamten DDR existierten auch in Bernau und Eberswalde seit 1953 sogenannte Kreiseinsatzleitungen (KEL), die vor allem bei Spannungszuständen aktiv werden sollten. An ihrer Spitze stand immer der jeweilige Vorsitzende der SED-Kreisleitung. Für Eberswalde war für März 1989 eine Stabsübung vorgesehen, die von einem



Willy Brandts Besuch in Eberswalde am 10. März 1990.

schrittweisen Anwachsen militärischer Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten ausging. Die NATO bezog in diesem Szenario Angriffspostionen an der innerdeutschen Grenze. Geübt werden sollte die »Festigung und Vervollkommnung der Fähigkeiten der KEL (...) in der Führung der militärischen und wirtschaftlichen Mobilmachung, der Verteidigung des Territoriums, der Unterstützung der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Pakts bei der Vorbereitung von Verteidigungsoperationen und der Umstellung des gesellschaftlichen Lebens auf den Verteidigungszustand.«[115]

Wie erschreckend konkret diese Vorbereitungen auf militärische Auseinandersetzungen selbst auf Kreisebene abliefen, zeigen spezifische Bemühungen der KEL im Herbst 1989: »Besonders unter den Bedingungen des Verteidigungszustands kommt es darauf an, jederzeit eine aktuelle Übersicht über den Umfang und die Struktur des im Territorium verfügbaren Arbeitsvermögens zu besitzen. So sind die Einführung der Pflicht zur Arbeitsleis-



Dicht gedrängt stehen die Menschen auf dem Marktplatz in Eberswalde und hören Willy Brandt am 10. März 1990 zu.

tung und die Ausstellung von Arbeitsleistungsbescheiden durch das Amt für Arbeit nur bei aktueller Übersicht wirksam. Bei Verlust oder teilweiser Vernichtung der Arbeitskräftekartei sowie bei Verlusten unter der Bevölkerung und unkontrollierten Bevölkerungsbewegungen macht sich die Neuerfassung und -registrierung der Bevölkerung erforderlich. Da das Amt für Arbeit zu jeder Zeit in der Lage sein muss, auf Weisung des Vorsitzenden des Rates innerhalb von 3 Tagen solch eine Registrierung durchzuführen, wurden entsprechende Vorbereitungen getroffen.«[116]

Zum Glück für alle Beteiligten kam es nicht zu den antizipierten militärischen Auseinandersetzungen oder zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Das SED-Regime dankte ohne große Gegenwehr ab.

Dazu beigetragen haben auch im Barnim Demonstrationen für mehr Demokratie und Bürgerrechte. Die erste große Demo fand am 13. Oktober 1989 in Eberswalde nach einem Gottesdienst statt. Wie auch anderswo besetzten am 5. Dezember Bürgerrechtler die Kreisdienststelle des MfS, um die Vernichtung der Stasiunterlagen zu verhindern.[117]

Mit der zunehmenden Erosion der Macht der SED bildeten sich ab Dezember 1989 nach und nach auf allen politischen Ebenen Runde Tische, die den Dialog zwischen den Blockparteien und -organisationen und den neuen politischen Kräften probten. Um die Situation zu verbessern, war insbesondere eine – jahrzehntelang versäumte – ungeschminkte Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Lage nötig. Darum bemühten sich auch im Barnim Beauftragte der Runden Tische mit großem Engagement. Mit den freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 war die Arbeit der Runden Tische getan, die gewählten Volksvertreter mussten sich von nun auf das schwierige, aber spannende Geschäft der kommunalen Selbstverwaltung einlassen.

1 Ilona Rohowski, Denkmale in Brandenburg, Landkreis Barnim, T. 1: Stadt Eberswalde, Worms am Rhein 1997, S. 32. Ausführliche Zeitzeugenberichte in: Inferno und Befreiung: Als die Heimat Feindesland wurde, Zeit Online 14.4.2005, https://www.zeit.de/2005/16/A-Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018).
2 FREMDE HEIMAT EBERSWALDE? Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart, Begleitheft zur Sonderausstellung im Rahmen des Kulturlandes Brandenburg 2003 EUROPA, S. 34.
3 Ebd., S. 39.
4 Vgl. Thomas Mietk/Burghard Ciesla, Die Kreise in der SBZ und DDR, in: Kristina Hübener/Thomas Mietk (Hrsg.), Der Landkreis Dahme-Spreewald. Eine Kreiskunde, Berlin 2016, S. 163–223, hier S. 163 ff. und Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland, Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 31 ff.
5 FREMDE HEIMAT S. 38 f.
6 Professor Dr. Dr .h.c. Kurt Göhre zum Gedenken, in: Stadtverwaltung Eberswalde-Finow (Hrsg.), Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1992, S. 70ff.
7 Zu den politisch-institutionellen Entwicklungen bis 1952 siehe den Beitrag von Wolfgang Blöß in diesem Band.
8 Friederike Sattler, Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52, Münster 2002, Teilbd. 1, S. 109 ff.
9 Rohowski, Denkmale, S. 33; FREMDE HEIMAT S. 39 und Carsten Seifert/Harald Bodenschatz/Werner Lorenz, Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preussischen Industrie, Berlin 2002, S. 106.
10 Zitiert nach Renate Johnschker, Traditionen in unseren Betrieben, in: Heimatkalender Eberswalde 1984, S. 33.
11 Ebd., S. 31.
12 Seifert/Bodenschatz/Lorenz, Finowtal, S. 87; ebenso Rohowski, Denkmale, S. 33. Zu den einschlägigen Entwicklungen im Land Brandenburg und dessen Regionen vgl. Torsten Harisch, Die Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studíe zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948, Frankfurt am Main u. a. 1998.
13 Sattler, Wirtschaftsordnung, S. 139 ff.
14 Mietk/Ciesla, Kreise, S. 171 f.
15 Kreisarchiv Barnim, D.I. RdKE 23751.
16 https://de.wikipedia.org/wiki/Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018).
17 Klaus Neitmann, Zum Geleit, in: Oliver Werner/Detlef Kotsch/Harald Engler (Hrsg.), Bildung und Etablierung der DDR-Bezirke in Brandenburg. Verwaltung und Parteien in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus 1952–1960, Berlin 2017, S. 7–12, sowie Detlef Kotsch/Harald Engler, Staat und Staatspartei. Die Verwaltungsreform der SED in Brandenburg 1952 bis 1960, in: ebd., S. 15–56.
18 Werner Künzel, Kommunalpolitik in Brandenburg, in: Andreas Kost/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2010, S. 79–119, hier S. 81.
19 Dokument 15 in Werner, Bildung, S. 112.
20 https://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Niederbarnim (letzter Zugriff 28.11.2018).
21 https://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Oberbarnim (letzter Zugriff 28.11.2018).
22 https://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Angermünde (letzter Zugriff 28.11.2018).
23 Bei der Kreisbildung 1993 kamen nur die Gemeinden Hohensaaten und Tiefensee dazu, die Gemeinde Bölkendorf, die zum Kreis Eberswalde gehört hatte, fiel 1993 an den Landkreis Uckermark.
24 https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018).
25 https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Bernau (letzter Zugriff 28.11.2018).
26 Zwölfter Bericht des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam über die Durchführung der Verwaltungsreform im Bezirk Potsdam, 27. August 1952. Dokument 36 in Werner, Bildung, S. 173.
27 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde, Org-Instrukteurabteilung: Kreisanalyse, 11.8.1953.
28 https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018).
29 Rat des Kreises Eberswalde, https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018). Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde Org.-Instrukteurabteilung: Kreisanalyse, 11.8.1953.
30 https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Eberswalde (Letzter Zugriff 28.11.2018).
31 Kreisarchiv Barnim, Rat des Kreises Bernau, Redaktion: Kreisplankommission, Erfolgreiche Entwicklung im Kreis Bernau, Bernau 1974, S. 1.
32 https://de.wikipedia.org/wiki/Kreis_Bernau (letzter Zugriff 28.11.2018).
33 https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2015/SB_A01-99-02_2006u00_BB.pdf (letzter Zugriff 28.11.2018).
34 Kreisarchiv Barnim, Rat des Kreises Bernau, Redaktion: Kreisplankommission, Erfolgreiche Entwicklung im Kreis Bernau, Bernau 1974, S. 3.
35 Vergleiche ausführlich Klaus Schroeder unter Mitarbeit von Steffen Alisch, Der SED–Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 407 ff.
36 Der Großteil dieser Angaben beruht auf einer Zusammenstellung des Kreisarchivs Barnim.
37 Vgl. Sighard Neckel, Waldleben: eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989, Frankfurt am Main/New York 1997, S. 31 ff. Der Soziologe Neckel beschreibt in dieser instruktiven Studie die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Eberswalde (von ihm Waldleben genannt) seit dem Zusammenbruch der SED-Diktatur bis Mitte der Neunzigerjahre und analysiert dabei auch zumindest Grundzüge der Vorgeschichte.
38 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24443, Eingeleitete Maßnahmen aufgrund des Gesetzes über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der Staatsorgane in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952.
39 Vergleiche generell Steffen Alisch, »Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!« Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München/Stamsried 2004; zur Situation 1952 siehe S. 53 f.
40 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 20537, Rat des Kreises Bernau, Abteilung Arbeit und Berufsausbildung – Planung und Statistik.
41 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 6491.
42 Schroeder, SED-Staat, S. 121.
43 Stefan Berkholz, Goebbel's Waldhof am Bogensee, Vom Liebesnest zur DDR-Propagandastätte, Berlin 2004, S. 11 ff.
44 Jürgen Uhlmann, Mitteilung über die Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuchs 1953 an der Jugendhochschule »Wilhelm Pieck«, in: Manfred Hiller, Die Entwicklung der Jugendhochschule »Wilhelm Pieck« als Zentrum der Aus– und Weiterbildung von Funktionären der FDJ von 1946 bis 1955, Diss., Rostock 1978, Anlage 12, zitiert nach Berkholz, Waldhof, S. 128.

45 Ebd., S. 146.
46 »Freiheit wollen wir«, Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumenten-Edition, eingeleitet und ausgewählt von Burghard Ciesla, Berlin 2003, S. 33 ff.
47 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (nachfolgend BLHA) Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Eberswalde, Bl. 299.
48 Die Handelsorganisation (HO) war ein volkseigenes, staatlich geführtes Einzelhandelsunternehmen in der DDR mit den Centrum Warenhäusern als Tochtergesellschaft.
49 BLHA, Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Eberswalde, Bl. 299.
50 Ebd.
51 BLHA Rep. 671/16, 49, Chef der BDVP Frankurt/O., Kotulan, 29.6.1953: »Auswertung der Ereignisse seit dem 16.6.1953, zit. nach Ciesla, Freiheit, S. 151 ff.
52 Kreisarchiv Barnim, D.I. RdKE 24433, Befehl des Kreiskommandanten des Kreises Eberswalde vom 17.6. 1953, Nr. 1.
53 Kreisarchiv Barnim, SED-Kreisleitung Eberswalde: Beiträge zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Eberswalde der SED 1949 bis 1954, ca. 1955.
54 Siehe dazu Seifert; Finowtal, S. 47 ff.
55 Entspricht dem späteren IMS – einem Inoffiziellen Mitarbeiter zur Sicherung bestimmter Bereiche.
56 Helmut Müller Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, T. 3: Statistik, Berlin 2008, S. 492 ff.
57 MfS ZAIG 192. Der nur in vier Exemplaren gedruckte Bericht ging außerhalb des MfS nur an SED-Chef Walter Ulbricht sowie die SED-Wirtschaftsexperten Bruno Leuschner und Erich Apel.
58 Mietk/Ciesla, Kreise, S. 192 ff.
59 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde, Org.-Instrukteurabteilung: Kreisanalyse, 11.8.1953, S. 5 ff.
60 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde, Abteilung Land- und Forstwirtschaft, Ref, Produktionsgenossenschaft, 29.7.1953.
61 Kreisarchiv Barnim D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde, Bericht über die die Entwicklung der LPG im I. Quartal 1959, ca. April 1959, S. 5 ff.
62 Kreisarchiv Barnim, Rat des Kreises Eberswalde (Hg.), 10 Jahre sozialistischer Aufbau im Kreis Eberswalde.
63 Elke Kimmel/Claudia Schmid-Rathjen, Waldsiedlung Wandlitz: Eine Region und die Staatsmacht, Berlin 2016, S. 4.
64 Ebd., S. 24 ff.
65 Zit. nach Jürgen Danyel/Elke Kimmel, Waldsiedlung Wandlitz. Eine Landschaft der Macht, Berlin 2016, S. 112 f.
66 Ebd., S. 42 ff.; vgl. auch Helmut Suter/Burghard Ciesla, Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide, Berlin 2011 und den Beitrag von Helmut Suter in diesem Band.
67 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 22793.
68 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 22776,Vertrauliches Schreiben des Finower Bürgermeisters Ladewig an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Frankfurt, Springer, vom 10.2.1958.
69 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 20400, Rat des Kreises Bernau an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes: Bereitstellung von Gebäuden für die sowjetischen Freunde in der Stadt Bernau, 4.6.1954.
70 Kimmel/Schmidt-Rathjen, Waldsiedlung, S. 51 f.
71 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 24432, Rat des Kreises Eberswalde, Org.-Instrukteurabteilung: Kreisanalyse, 11.8.1953, S. 2.
72 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 21043, Rat des Kreises Eberswalde, Zahlenanalyse über die unnatürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1958, 23.3.1959.
73 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 26056, Rat des Kreises Eberswalde, Quartalsbericht III. Quartal 1961, Bevölkerungsbewegung, Illegale Abwanderungen, 19.10.1961.
74 Zu den Zahlen für die Gesamt-DDR vgl. Hartmut Wendt; Von der Massenflucht zur Binnenwanderung. Die deutsch-deutschen Wanderungen vor und nach der Vereinigung, in: Geographische Rundschau 3/1994, S. 136 ff.
75 Berthold Noeske, Als Opposition noch chancenlos war, Berlin 2009; zur Flucht siehe S. 229 ff.
76 Kreisarchiv Barnim, D.I. RdKE 21043, Rat des Kreises Eberswalde, Zahlenanalyse über die unnatürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1958, 23.3.1959.
77 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 26056,Rat des Kreises Eberswalde, Abteilung innere Angelegenheiten, Ratsvorlage Bericht über die Bevölkerungsbewegung des Kreises. 30.3.1961.
78 BLHA, Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Eberswalde 296.
79 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 21112, Rat des Kreises Bernau, Abteilung Innere Angelegenheiten: Schreiben an den Rat des Bezirkes Frankfurt/O, Abt. Innere Angelegenheiten, 28.3.1961.
80 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 15816, Rat des Kreises Eberswalde, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres an die Abt. Gesundheitswesen, 5.7.1961.
81 Da es in der DDR keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab, stellten Eingaben an staatliche Institutionen oder Parteiinstanzen die einzige Möglichkeit für DDR-Bewohner dar, auf behördliche Fehlentscheidungen aufmerksam zu machen oder auf Mängel Im Alltagsleben hinzuweisen.
82 Industrie-Agrarkomplex – Hervorragend praktiziert, in: Rat des Kreises Eberswalde (Hsg.), Heimatkalender Eberswalde 1979, S. 49 ff.
83 http://wirtschaftsgeschichte-eberswalde.de/agrarwirtschaft/veb-schweinezucht-und-matkombinat-eberswalde-szme (letzter Zugriff 28.11.2018).
84 http://wirtschaftsgeschichte-eberswalde.de/agrarwirtschaft/veb-kraftfuttermischwerk/ (letzter Zugriff 28.11.2018).
85 Unser Betriebspoträt: VEB Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz, in: Rat des Kreises Eberswalde (Hsg.), Heimatkalender Eberswalde 1987, S. 28 ff. und http://wirtschaftsgeschichte-eberswalde.de/agrarwirtschaft/veb-schlacht-und-verarbeitungskombinat-eberswaldebritz-svke/ (letzter Zugriff 28.11.2018).
86 BStU, MfS ZAIG 2507.Information über Aufklärungsergebnisse im Zusammenhang mit dem Dammbruch im Lagunensystem des Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde, 19.6.1976.
87 BStU, MfS ZAIG 1028.
88 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 20302,Schreiben Grell an Schirmacher vom 16.8., 10.9., 18.9.1965.
89 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 13432.
90 BLHA Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Eberswalde 826.
91 BLHA Rep.731, Bestand SED- Kreisleitung Eberswalde 1010.
92 BLHA Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Bernau 524.
93 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 21208.
94 Ebd.
95 Kimmel/Schmidt-Rathjen, Waldsiedlung, S. 15.
96 Kreisarchiv Barnim, D.I.RdKE 473, Übersicht über Objekte und deren Neunutzung, 23.1.1990, Rat des Kreises Eberswalde, 23.1.1990.
97 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 20411.
98 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 17148,Vorlage für den Rat des Kreises Bernau, Abteilung Innere Angelegenheiten.
99 Kreisarchiv Barnim, D.I. RdKE 10524.
100 Neckel, Waldleben, S. 59 f.
101 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 16048, Rat des Kreises Bernau, Kreisplankommission, 21.6.1966.
102 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 17716, Diverse Materialien des Rates des Kreises Bernau, Kreisplankommission, Mai/Juni 1975.
103 BLHA, Rep.731, Bestand SED-Kreisleitung Bernau, 1033.

104 https://www.jeder-qm-du.de/ueber-die-platte/detail/altstadt-bernau/ (letzter Zugriff 28.11.2018).
105 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 20411.
106 BStU, MfS VRD 1033.
107 BStU, MfS VRD 675.
108 https://de.wikipedia.org/wiki/Bunker_Komplex_5000 (letzter Zugriff 28.11.2018).
109 https://de.wikipedia.org/wiki/Eberswalde (letzter Zugriff 28.11.2018).
110 BStU, MfS ZAIG 3477, Information der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS aus dem August 1985.
111 BStU, MfS ZAIG 13708, Schreiben ZK-Abt. Sicherheitsfragen (Abteilungsleiter Herger) an Mielke bzgl. Arbeitsbesuch im Zentralen Aufnahmeheim des MdI in Röntgental, Kr. Bernau 4.9.1989.
112 BStU, MfS ZAIG 20292, »Information über einige Probleme im Zusammenhang mit den vom VEB SPW Bernau ausgehenden Umweltbelastungen durch Verbrennung von Abprodukten«, 4.3.1989.
113 BStU, MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/O., Abt. Kusch 2, 10.4.1986.
114 Kreisarchiv Barnim, E.I.RdKB 22870.
115 BStU, MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/O., Kreisdienststelle Eberswalde 77.
116 BStU, MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/O., Kreisdienststelle Eberswalde 77, Vorlage für KEL vom Vorsitzenden des Rates des Kreises Eberswalde, erarbeitet vom Mitglied des Rates und Direktor des Amtes für Arbeit: »Informationsbericht zum Stand der Erarbeitung der Dokumentation zur Registrierung der Arbeitskräfte unter komplizierten Lagebedingungen sowie von Maßnahmen zur geschützten Unterbringung der Arbeitskräftedatei.« 5.9.1989.
117 https://www.eberswalde.de/singel-news.126+M5e6e0fb8697.0.html (letzter Zugriff 28.11.2018).



Kulturhistorisches Highlight: Choriner Musiksommer.

Der Landkreis in der Bundesrepublik

Christiane Büchner und Jochen Franzke

Barnim ist einer der 294 Kreise[1] in der Bundesrepublik Deutschland und einer von 14 im Land Brandenburg. Er steht nicht nur für Naturschönheit und Wasserreichtum, sondern ebenso für Nachhaltigkeit und langfristige Visionen für die Entwicklung des Landkreises; er steht aber auch für kooperatives Miteinander und politischen Willen der Akteure. Damit verbindet sich ein besonderer – der Barnimer Weg. Wie wurde dieser Weg geprägt? Welche Rolle spielen auf diesem Weg seine Menschen, seine Verwaltung, seine Politik? Nachfolgend wird der Versuch unternommen, Entwicklungslinien seit der politischen Wende 1998/90 im Barnim nachzuzeichnen, Erreichtes darzustellen und Perspektiven zu skizzieren.

Die Altkreise Eberswalde und Bernau zwischen 1990 und 1993[2]

Die ersten demokratischen Kommunalwahlen 1990

Wie in der gesamten DDR fand auch in den Landkreisen seit dem Herbst 1989 ein friedlicher, demokratischer Umbruch statt. Die Menschen nahmen dabei neben den staatlichen auch ihre kommunalen Angelegenheiten nach langer Zeit der Bevormundung wieder in ihre eigenen Hände. Legitimiert wurde dies durch die ersten freien Kommunalwahlen in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden im Osten Deutschlands, die am 6. Mai 1990 stattfanden. Dies war ein Festtag für die kommunale Selbstverwaltung. Die Wählerinnen und Wähler konnten dabei erstmals seit 1946 frei befinden, wer für sie künftig die Entscheidungen in den Vertretungen in ihren Landkreisen, kreisfreien Städten oder Gemeinden treffen sollte.

Die in ihre kommunalen Ämter gewählten Bürgerinnen und Bürger hatten die Verwaltungen völlig neu zu gestalten. Diese Anfangsjahre waren von besonders viel Elan und dem Willen geprägt, ein lokales demokratisches und soziales Gemeinwesen zu schaffen. Die Infrastruktur der Städte und Gemeinden in Brandenburg sollte möglichst schnell an westdeutsches Niveau herangeführt werden. Dies galt auch für die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und die Bürgernähe der Kommunalverwaltungen. Viele Fortschritte auf diesem Wege gelangen durch ein außerordentliches Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, auch mithilfe der Unterstützung westdeutscher Kommunen sowie der von Land und Bund. Gleichzeitig mussten die neuen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter aber auch viele schmerzhafte Entscheidungen treffen, etwa beim Personalabbau innerhalb der Verwaltung oder bei der Schließung bzw. Privatisierung nicht mehr finanzierbarer bislang öffentlicher Einrichtungen.

Neben den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen wurden am 6. Mai 1990 auch die Kreistage in den damals noch 38 Kreisen[3] in den DDR-Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus neu gewählt. Wenige Monate später am Tag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990, konstituierte sich auch das Land Brandenburg. Am 14. Oktober 1990 wurde der neue Landtag gewählt, der am 26. Oktober 1990 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Am 1. November 1990 nahm die neue Brandenburger Landesregierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe ihre Arbeit auf.

Als Bestandteil des Landes Brandenburg begann auch auf dem Territorium des heutigen Landkreises Barnim eine neue Phase seiner Entwicklung, damals noch in



Kreisstruktur Brandenburg, 1990.

Gestalt seiner beiden Vorgängerkreise Bernau und Eberswalde.[4] Diese beiden Landkreise waren im Zuge einer grundlegenden Verwaltungsreform in der DDR am 25. Juli 1952 gebildet worden und gehörten zum DDR-Bezirk Frankfurt (Oder). Bereits nach der Verabschiedung der DDR-Kommunalverfassung waren beide Kreise am 17. Mai 1990 in Landkreise umbenannt worden. Mit dem Vollzug der Deutschen Einheit im Oktober 1990 wurden beide Gebietskörperschaften Landkreise nach deutschem Kommunalrecht mit der Garantie kommunaler Selbstverwaltung durch das Grundgesetz.

Der 1952 gebildete Kreis Bernau entstand durch Auflösung und Neugliederung des jahrhundertealten märkischen Landkreises Niederbarnim.[5] Dieser hatte insbesondere den wirtschaftlichen Vorteil der Nähe zu Berlin. Der Kreis Bernau war mit 758 Quadratkilometern bei der Fusion beider Kreise 1993 der flächenmäßig größere Altkreis, hatte allerdings mit 71.719 Einwohnerinnen und

Abkürzungsverzeichnis Wahlen Kreistage Bernau und Eberswalde (1990)

Bauern	Bauernverband e. V. der DDR
B.F.D.	Bund Freier Demokraten – Die Liberalen
BV	Bauernverbände
CDU	Christliche Demokratische Union
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSU	Deutsche Soziale Union
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FFW	Freiwillige Feuerwehr Bernau
GRÜNE	Grüne Partei in der DDR
KB	Kulturbund
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VS	Volkssolidarität



Landrat Friese (Kreis Bernau).

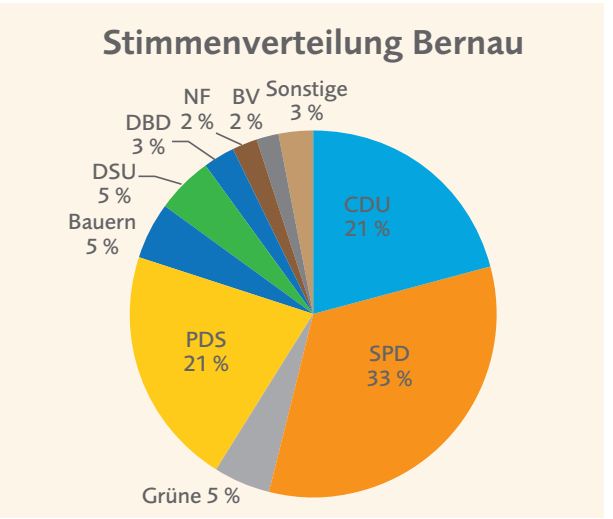


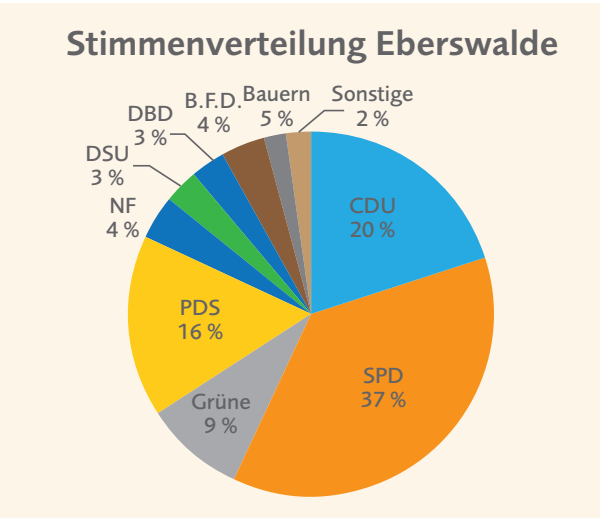
Landrat Ihrke (Eberswalde)

Einwohnern (1989) und 95 Einwohnern je Quadratkilometer die geringere Bevölkerungszahl bzw. -dichte. Landrat war zwischen 1990 und 1993 Dieter Friese (SPD).

Bei den demokratischen Wahlen zum Kreistag des Landkreises Bernau am 6. Mai 1990 waren 53.078 Bernauerinnen und Bernauer wahlberechtigt. 77,9 Prozent davon gingen zu den Wahlurnen. Stärkste Kraft im Landkreis Bernau wurde dabei die SPD mit 33 Prozent der Stimmen, gefolgt von der CDU und der PDS mit jeweils 21 Prozent der Stimmen. Der Kreistag mit 51 Abgeordneten wählte auf seiner ersten Sitzung Lutz Hildebrandt zum Vorsitzenden.

Der 1952 gebildete Kreis Eberswalde ging aus Teilen der alten preußischen Landkreise Oberbarnim und Angermünde sowie des Stadtkreises Eberswalde hervor. Dieser Kreis, der bis zur Grenze zu Polen reichte, war der kleinere der beiden Altkreise (714 Quadratkilometer), hatte aber mit 81.275 Einwohnerinnen und Einwohnern (1989) eine höhere Bevölkerungszahl und mit 114 Einwohnern je Quadratkilometer auch eine größere Be-





Ergebnisse Kreistagswahlen Bernau und Eberswalde, 1990. Quelle: Wahlkommission der DDR/Statistisches Amt 1990: Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen am 6. Mai 1990, endgültige Ergebnisse, Bezirk Frankfurt (Oder), S. 7.

völkerungsdichte. Industrielle Kerne wie Eberswalde verbanden sich hier mit dem ländlichen Raum. Landrat war zwischen 1990 und 1993 Bodo Ihrke (SPD).

Bei den Wahlen zum Kreistag Eberswalde am 6. Mai 1990 waren 60.725 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, von denen sich 70,9 Prozent beteiligten. Stärkste Kraft wurde die SPD mit 37 Prozent, gefolgt von der CDU mit 20 Prozent und der PDS mit 16 Prozent der Stimmen. Der Kreistag mit 51 Abgeordneten konstituierte sich am 28. Juni 1990 und wählte Prof. Dr. Johannes Creutziger zum Vorsitzenden.

Der Umbruch in den Altkreisen 1990–1993

In den beiden Altkreisen Bernau und Eberswalde wurden zwischen 1990 und 1993 in einer sehr schwierigen Aufbauphase neuer Verwaltungsstrukturen und tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche wesentliche Leistungen vollbracht, auf denen der spätere Landkreis Barnim aufbauen konnte. Dies war vor allem der Aufbau von funktionierenden, demokratisch ausgerichteten und rechtsstaatlich arbeitenden Kreisverwaltungen, die an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientiert waren. Bislang kommunale Infrastrukturen (z. B. Apotheken und Ambulatorien) mussten privatisiert werden. Zweckverbände und weitere öffentliche Einrichtungen wurden neu geschaffen. Zugleich übernahmen beide Landkreise bislang nachgeordnete bzw. gemeindliche öffentliche Einrichtungen. Der Landkreis Eberswalde musste z. B. bis 1991 fast 150 solcher Einrichtungen mit mehr als 5.000 Beschäftigten wie Alten- und Kinderheime, Bildungseinrichtungen, das Kreiskrankenhaus und das Kreisorchester übernehmen, die sonst sofort geschlossen worden wären. Später spitzte sich die Haushaltssituation der Altkreise zu, sodass kreisliche Einrichtungen aufgelöst oder in freie Trägerschaft überführt werden mussten, um Kosten zu sparen. Dies betraf z. B. Alten- und Pflegeheime sowie das Internat für Hörgeschädigte. Zugleich mussten in dieser Zeit viele offene Vermögensfragen geklärt werden, für die zeitweilig eigene Ämter innerhalb der Kreisverwaltungen eingerichtet worden waren. Allein im Landkreis Eberswalde waren dies mehr als 8.500 Anträge.

Zeitgleich mussten – bei laufendem Betrieb – viele für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Dienstleistungen des Landkreises und seiner Gemeinden reorganisiert bzw. besser ausgestattet werden, z. B. die Müllabfuhr, die Wasser- und Abwasserversorgung, die Gesundheitsversorgung oder der Wohnungsbau. Wichtige Projekte waren in dieser Zeit der Neubau von Schulen (z. B. die Gymnasien in Eberswalde und Bernau bei Berlin[6]) bzw. Krankenhäusern (z. B. die Kreiskrankenhäuser Bernau und Eberswalde). Auch die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu Verwaltungsangelegenheiten wurde angesichts der veränderten Rechtsordnung und vieler neuer Gesetze immer wichtiger. Bereits seit September 1990 nahm so im Landkreis Eberswalde eine spezielle Bürgerberatung der Kreisverwaltung ihre Arbeit auf.

Beide Landkreise waren natürlich auch von den gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen in dieser Zeit betroffen. Durch den Verlust vieler Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft stieg die Arbeitslosenquote rasch stark an. Sie erreichte Anfang 1993 im Altkreis Eberswalde mit 15,5 Prozent und im Altkreis Bernau mit 14,3 Prozent (aller zivilen Erwerbspersonen) ihren Höhepunkt. Diese lag zwar zu jenem Zeitpunkt unter dem brandenburgischen Landesdurchschnitt; das machte die Lage aber auch nicht besser. In den ländlichen Räumen des Landkreises Eberswalde lag die entsprechende Quote noch weit über 20 Prozent. Beide Altkreise versuchten, durch Überbrückungsmaßnahmen wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie vielfältige Um- und Weiterbildungsaktivitäten für viele Bürgerinnen und Bürger einen Weg in eine bessere wirtschaftliche Zukunft zu bahnen. Leider ist dies nicht bei allen Betroffenen gelungen.

Die Kreisverwaltungen waren nunmehr keine wirtschaftsleitenden Organe wie in der DDR. Damit waren ihre Möglichkeiten, regionale wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen, begrenzt. Der Landrat von Eberswalde, Bodo Ihrke, sagte dazu bereits 1993, dass die Verwaltung »nur durch Schaffung einer optimalen Infrastruktur, durch planerische Vorarbeit und Begleitung sowie durch das Vermitteln von Kontakten zu kompetenten Institutionen den Boden für Wirtschaftsansiedlung bereiten (kann)«.[7] Durch gezielte und nachhaltige Wirtschaftsförderungen sowie durch öffentliche Investitionen war die neue Kreisverwaltung also durchaus in der Lage,

die ökonomische Entwicklung in ihren Territorien zu beeinflussen. Die öffentlichen Investitionen betrugen allein im Altkreis Eberswalde zwischen 1990 und 1993 immerhin eine Milliarde DM.[8]

Der Umbruch in der Landwirtschaft wurde durch die beiden Kreisverwaltungen mit einem Agrarkredit-Programm, einem Programm zur Förderung der Eigenkapitalbildung sowie durch ein Förderprogramm für die integrierte ländliche Entwicklung unterstützt. Bis zur Kreisfusion 1993 war die Umstrukturierung der Landwirtschaft aus den alten in der DDR bestehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in marktwirtschaftlich orientierte landwirtschaftliche Unternehmen abgeschlossen. Auch bäuerliche Familienbetriebe waren wiedererstanden. Der Landkreis Eberswalde unterstützte diese Entwicklung allein 1992 mit 18,2 Millionen DM Fördermitteln.[9]

Die Talsohle des wirtschaftlichen Niedergangs im Barnim war im September 1993 noch nicht durchschritten. Bodo Ihrke wies darauf hin: »Ein Teil der Betriebe ist immer noch nicht privatisiert, und es wird offen über weitere Entlassungen nachgedacht – egal ob privatisierter oder Treuhandbetrieb.«[10] Bis dahin hatte die Stadt Eberswalde bereits die meisten ihrer früheren industriellen Kerne verloren. Die Zahl der Beschäftigten war zwischen 1990 und 1992 im Kranbau Eberswalde von 2.894 auf 650 gesunken, im Walzwerk Finow von 2.000 auf 1.250. Es gelang aber auch, erste neue Leuchttürme zu schaffen, wie das Technologie- und Gewerbezentrum Eberswalde (TGE) mit seinem Herzstück, dem Innovationszentrum.

Die Brandenburger Kreisgebietsreform 1993

Schon bei der Bildung des Landes Brandenburg im Oktober 1990 war klar, dass die DDR-Strukturen der Kreise, Städte und Gemeinden zu kleinteilig waren und eine zu geringe Verwaltungskapazität besaßen. Daher wurden die Kommunen in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Reformen gestärkt, von denen hier nur die Ämterbildung (1992), die Kreisgebietsreform (1993), die Funktionalreform (Mitte der 1990er Jahre) sowie die Gemeindegebietsreform (2003) genannt werden sollen.

Als ersten Schritt zum Umbau der Kommunalverwaltung hatte der Landtag Brandenburg im Dezember 1991 eine Amtsordnung beschlossen, die bis zum 30. Juni 1992 die Bildung von Ämtern vor allem in den ländlichen Räumen vorsah. In beiden Altkreisen Bernau und Eberswalde wurde die Ämterbildung termingemäß abgeschlossen. Die Gemeinden blieben zwar politisch selbstständig mit Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, deren Verwaltungen wurden aber in Amtsverwaltungen unter Leitung eines Amtsdirektors bzw. einer Amtsdirektorin zusammengefasst. Die Ämter übernahmen auch eigene öffentliche Aufgaben. Da das Land über die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung (Funktionalreform) noch nicht entschieden hatte, blieb der genaue Aufgabenzuschnitt der neuen Ämter lange Zeit unklar. Mit dem Amt Biesenthal-Barnim wurde sogar eine kreisübergreifende Verwaltungsgemeinschaft mit zunächst acht Gemeinden beider Altkreise Bernau und Eberswalde gebildet.[11] Im Landkreis Bernau wurden die Ämter Groß Schönebeck (Schorfheide) mit fünf Gemeinden, Wandlitz mit acht Gemeinden, Panketal mit sieben Gemeinden, Werneuchen mit neun Gemeinden[12] und Ahrensfelde/Blumberg mit fünf Gemeinden gegründet. Die Anzahl der 38 Städte und Gemeinden im Landkreis Bernau blieb unverändert. Im Landkreis Eberswalde bildeten sich die Ämter Barnim-Nord mit vier Gemeinden, Britz-Chorin mit acht Gemeinden, Oderberg mit der gleichnamigen Stadt und weiteren fünf Gemeinden sowie Joachimsthal (Schorfheide) mit acht Gemeinden.[13] Die Anzahl der 37 Städte und Gemeinden blieb auch im Landkreis Eberswalde unverändert.

Die wichtigste Verwaltungsreform in dieser Zeit war allerdings die Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg. Diese Kreisgebietsreform war im Wesentlichen eine Anpassungsreform an die kommunalen Strukturen der Flächenländer im Westen der Bundesrepublik Deutschland. In diesen Ländern waren in den 1960er und 1970er Jahren teilweise umfangreiche Neugliederungen der Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt. Wesentliche Spezifik der Kreisgebietsreform 1993 in Brandenburg war das Sektoralprinzip, das die Bildung strahlenförmig um Berlin angeordneter Landkreise vorsah, um Impulse der wirtschaftlichen Entwick-

lung in der Metropole und deutschen Hauptstadt Berlin in die brandenburgische Peripherie zu tragen. Damit kam den vergrößerten Landkreisen auch eine schwierige innere Ausgleichsfunktion zu, zwischen den berlinnahen und berlinfernen Territorien mit unterschiedlichen Wirtschaftsdynamiken und sozialen Problemen zu vermitteln. Es zeigte sich, dass dies eine langfristige Aufgabe ist.

Die Bildung des Landkreises Barnim im Zuge der Kreisgebietsreform 1993

Der Zuschnitt des Landkreises Barnim wurde wesentlich durch die Zielsetzungen der Kreisgebietsreform des Landes Brandenburg 1993 geprägt. Bei der Fusion beider Altkreise hatte positiven Einfluss, dass hier nur zwei Kreise zusammengefügt werden sollten. In anderen Regionen Brandenburgs mussten sich drei Landkreise »zusammenraufen«. Außerdem gehörten beide Landkreise zu den bevölkerungsstärkeren Landkreisen Brandenburgs und besaßen bereits damals relativ leistungsfähige Kreisverwaltungen. Schwierig machte die Fusion allerdings, dass in Bernau und Eberswalde gegensätzliche Vorstellungen über die künftige Kreisstruktur in der Region bestanden. Außerdem hatten beide Altkreise in einer Reihe von Politikfeldern unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Nach einigen Turbulenzen kam es dennoch zu einer »Vernunftehe, aber keine(r) Liebeshochzeit«, wie sich der spätere Barnimer Landrat Bodo Ihrke beim Jahresempfang 2013 ausdrückte.

Im ersten Vorschlag des brandenburgischen Innenministeriums vom April 1991 zur Kreisgebietsreform war die Bildung eines Kreises aus den drei bisherigen Kreisen Bernau, Bad Freienwalde und Eberswalde vorgesehen. Der Kreistag des Landkreises Eberswalde stimmte diesem Vorschlag am 29. Juni 1991 zu. Im Kreis Bernau fand dieser Vorschlag aber nur wenig Gegenliebe; dort zielte man auf die Bildung eines Anliegerkreises um Berlin gemeinsam mit dem Landkreis Oranienburg ab. Zwischenzeitlich wurden aber auch andere Modelle diskutiert wie z. B. die Bildung zweier Landkreise in der Region mit Niederbarnim (aus den bisherigen Kreisen Bernau, Oranienburg und Gransee) sowie Oberbarnim-Ostuckermark (aus den bisherigen Kreisen Eberswalde, Angermünde sowie der kreisfreien Stadt Schwedt/Oder). In jedem Falle wirkte die teilweise sehr emotional geführte Auseinandersetzung über den neuen Zuschnitt der Kreisstrukturen in der Region Barnim noch lange nach der Bildung des neuen Landkreises 1993 nach.

Im November 1991 legte eine unabhängige Arbeitsgruppe der Landesregierung einen neuen Vorschlag vor, der nunmehr die Bildung eines neuen Kreises aus den bisherigen Altkreisen Eberswalde und Bernau vorsah. Der Kreistag des Landkreises Eberswalde bekräftige seinen Beschluss vom 29. Juni 1991 über eine Barnim-Lösung. Der Landkreis Bernau hingegen widersetzte sich der Bildung eines Kreises in diesem Zuschnitt weiter vehement. Hier setzte man unverändert auf die spezifischen Verflechtungen im Berliner Umland (gemeinsam mit dem Landkreis Oranienburg). Dieser Ansatz geriet im Folgenden allerdings immer mehr in Widerspruch zu den regionalpolitischen Grundsätzen der Landesregierung in Potsdam, vor allem der Idee der Sektoralkreisbildung, und hatte damit immer weniger Aussichten auf Erfolg.[14]

Streitpunkt zwischen beiden Landkreisen war des Weiteren die Frage des Kreissitzes. Da diese überall im Land sehr kontroverse Frage im Zuge der Kreisgebietsreform bewusst erst sehr spät entschieden wurde, konnte die Vorbereitung der Kreisfusion zwischen Bernau und Eberswalde auch erst sehr spät beginnen. Es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Arbeit nach anfänglichem Streit vor allem im Laufe des Jahres 1993 »zunehmend von Konstruktivität geprägt (war)«, wie der Landrat von Eberswalde, Bodo Ihrke, auf der 21. Sitzung des Kreistages Eberswalde am 24. April 1993 feststellte.[15] Die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Kreisfusion tagte schließlich in acht Verhandlungsrunden. Dabei wurden u. a. Pläne für die Geschäftsverteilung und Verwaltungsgliederung des künftigen Landkreises ausgearbeitet. In dieser Zeit fusionierten bereits die beiden Kreissparkassen als Erste im Land Brandenburg. Die Kämmerer und Kämmerinnen einigten sich auf einen gemeinsamen vorläufigen Haushaltsansatz für den künftigen Landkreis Barnim, wenn auch mit einem großen Defizit. Konflikte gab es bis zuletzt vor allem zu Personalfragen und im Investitionsbereich. Am 29. September 1993 fand eine gemeinsame Sondersitzung der beiden Kreistage zur Vorbereitung der Fusion statt.



Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Land Brandenburg
Teil I – Gesetze

3. Jahrgang	Potsdam, den 29. Dezember 1992	Nummer 29

202

Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte sowie zur Änderung weiterer Gesetze (Kreis- und Gerichtsneugliederungsgesetz - KGNGBbg)

Vom 24. Dezember 1992

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg (Kreisneugliederungsgesetz - KNGBbg)

§ 1

Aus dem Kreis

Perleberg und

dem Kreis Pritzwalk
ohne die Gemeinden Blumenthal, Grabow und Rosenwinkel

sowie den Gemeinden des Amtes Gumtow

wird ein neuer Landkreis gebildet.

§ 4

Aus dem Kreis

Bernau und

dem Kreis Eberswalde
ohne die Gemeinde Bölkendorf

sowie den Gemeinden Tiefensee und Hohensaaten (Kreis Bad Freienwalde)

wird ein neuer Landkreis gebildet.

§ 5

Aus den Kreisen

Angermünde,
Prenzlau und
Templin,

der bisher kreisfreien Stadt Schwedt und der Gemeinde Bölkendorf (Kreis Eberswalde)

wird ein neuer Landkreis gebildet.

§ 6

Aus den Kreisen

Deckblatt des Kreis- und Gerichtsneugliederungsgesetzes – KGNGBbg, Dezember 1992.

Der Landrat des Kreises Bernau, Dieter Friese (SPD), stellte dabei fest, dass der künftige Kreis Barnim »zu einem der interessantesten und wirtschaftlich stärksten Kreise im Land Brandenburg werden könnte«[16]. Diese kühne Prognose ist mittlerweile eingetreten.

Der Landtag Brandenburg beschloss schließlich am 24. Dezember 1992 das Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte.[17]

Mit Wirkung vom 6. Dezember 1993 wurde die Anzahl der brandenburgischen Landkreise von 38 auf 14 und die Anzahl der kreisfreien Städte von sechs auf vier verringert. Die neuen Landkreise wurden zu Rechtsnachfolgern der aufgelösten Kreise, aus denen sie gebildet wurden. § 4 dieses Gesetzes legte fest: »Aus dem Kreis Bernau und dem Kreis Eberswalde ohne die Gemeinde Bölkendorf sowie den Gemeinden Tiefensee und Hohensaaten (Kreis Bad Freienwalde) wird ein neuer Landkreis gebildet.«[18]

Am 31. April 1993 bestimmte der Landtag Brandenburg, dem Vorschlag der Landesregierung folgend, Eberswalde-Finow[19] zum Kreissitz für den neuen Landkreis Barnim. Damit folgte er dem grundsätzlichen regionalwirtschaftlich geprägten Ansatz, die Kreissitze der neuen Landkreise außerhalb des Berliner Umlandes anzusiedeln.[20] Der Kreis Bernau hatte bis zuletzt für die Stadt Bernau als Kreissitz geworben. Diese Stadt erhielt aber



Neuer Kreiszuschnitt nach der Kreisgebietsreform, 1993.

für den Verlust des Kreissitzes Kompensationen, z. B. die verabredete Ansiedlung kreislicher Institutionen.[21]

Der neue Landkreis Barnim entstand am 5. Dezember 1993. Mit der Wahl der Kreistage und der Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte an diesem Tage erhielten die neuen Kreisstrukturen im Land Brandenburg ihre demokratische Legitimität. Von den 114.000 Wahlberechtigten im neuen Landkreis Barnim beteiligten sich 55,4 Prozent an dieser Kommunalwahl. Zum ersten Landrat des neuen Landkreises bestimmte der Kreistag den bisherigen Landrat des Altkreises Eberswalde, Bodo Ihrke (SPD), der dieses Amt bis 2018 innehaben sollte. Das Wappen des neuen Landkreises wurde am 17. Oktober 1995 genehmigt.

Der Landkreis Barnim auf einem Blick

Der Landkreis nach 1993

Mit 1.479,59 Quadratkilometern (Stand 31.12.2017)[22] ist der Landkreis Barnim territorial gesehen der zweitkleinste Landkreis des Landes Brandenburg und der kleinste der Berliner-Umland-Kreise. Mit dem im Nordosten angrenzenden Landkreis Uckermark bildet er seit 1993 eine gemeinsame Planungsregion. Mit 41.380 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 31.12.2017)[23] ist Eberswalde die einwohnerstärkste Stadt und zugleich Verwaltungssitz des Landkreises.

Der Landkreis ist außergewöhnlich reich an Natur, unzähligen Wasserflächen, kleinen und großen Seen, Fließen, Flüssen und Kanälen. Feuchtgebiete, Moore und Wälder gehören ebenso dazu wie eine Flora und Fauna mit seltenen Pflanzen, Insekten, Amphibien und Reptilien. Bekannt ist der Barnim auch für seine gering mit Pflanzennährstoffen belasteten Klarwasserseen – wie der Liepnitzsee, der Obersee bei Lanke, der große Wukensee in Biesenthal, der Werbellinsee und der Parsteiner See. Über die Jahrhunderte hat der Mensch die natürlichen Fließgewässer verändert. Durch Ausbau und Begradigung erfuhren die Alte Oder und der Finowfließ die größten Veränderungen. Letzterer wurde in seinem Verlauf zwischen Marienwerder und dem Oderbruch zum Finowkanal ausgebaut. Zur Entwässerung von Feuchtgebieten wurde in der Vergangenheit ein dichtes Netz von Entwässerungsgräben angelegt, die zwei Drittel der Fließgewässer im Landkreis ausmachen.[24]

Der Landkreis hat Anteil an vier Großlandschaften, sogenannten Naturräumen, die infolge der letzten Eiszeit entstanden. Dabei handelt es sich um die Barnimplatte im Süden mit Hügeln zwischen 40 und 100 Metern Höhe aus eiszeitlichen Ablagerungen zwischen dem Eberswalder und dem Berliner Urstromtal. Eine weitere Landschaft des Barnim bilden das Niederoderbruch und das untere Odertal, die reich an durch Überschwemmungen entstandenen fruchtbaren Böden sind. Nördlich der Barnimplatte beginnt das Nordbrandenburgische Wald- und Seengebiet mit dem Eberswalder Urstromtal und den Sandern mit dem zentralen Teil der Britzer Platte. Teile der Südlichen Uckermark mit klassischen End- und



Wappen des neuen Landkreises.

Grundmoränenlandschaften bilden den vierten Naturraum. Hier ist neben den großen Waldgebieten auf sandigen Böden auch Ackerbau möglich. In diesem Gebiet finden sich auch naturnahe Buchenwälder, wie der Buchenwald Grumsin, der 2011 als UNESCO-Weltnaturerbe anerkannt wurde.[25]

Etwa 37 Prozent der Fläche des Barnim sind Waldflächen. Im Nordosten des Landkreises befindet sich die Schorfheide, eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete Deutschlands. Die dominierende Baumart dort ist die Kiefer. Sehenswert sind auch die 2.000 knorrigen, 400 bis 600 Jahre alten, sogenannten Hute-Eichen.

Dieser Reichtum an Natur ist eine wertvolle Ressource für die kreisliche Entwicklung und durch Wirtschaft und Tourismus behutsam zu nutzen. Im Landkreis stehen elf Prozent der Fläche unter Naturschutz, 60 Prozent sind unter Landschaftsschutz ausgewiesen. Neben den beiden Naturparks Barnim und Uckermärkische Seen sind besonders bekannt das UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und der Nationalpark Unteres Odertal.

Die gemeindlichen Verwaltungsstrukturen

Der im Jahr 1993 neu gebildete Landkreis Barnim umschloss anfangs 73 kreisangehörige Gemeinden. Zwei Gemeinden waren amtsfrei (also mit eigener Gemeindeverwaltung), die anderen waren in zehn Ämtern zusammengeschlossen. Etwa 40 Prozent der Gemeinden lagen im Berliner Umland. Durch freiwillige Zusammenschlüsse und gesetzlich geregelte Fusionen im Rahmen von Gemeindegebietsreformen im Land Brandenburg nach 1993 reduzierte sich dies bis heute auf 25 Gemeinden, davon fünf im Berliner Umland. Die Städte Eberswalde, Bernau und Werneuchen sowie die Gemeinden Ahrensfelde, Panketal, Schorfheide und Wandlitz sind

amtsfrei. Die restlichen Gemeinden gehören den drei Ämtern Biesenthal-Barnim (mit sechs Gemeinden), Britz-Chorin-Oderberg (mit acht Gemeinden) und Joachimsthal (Schorfheide) (mit vier Gemeinden) an.

Gemeindestatistik

	1993	2002	2013
Anzahl Gemeinden	73	49	25
Anzahl Gemeinden Berliner Umland	30	25	5
Anzahl amtsfreier Gemeinden	2	3	7
Anzahl Ämter	10	9	3

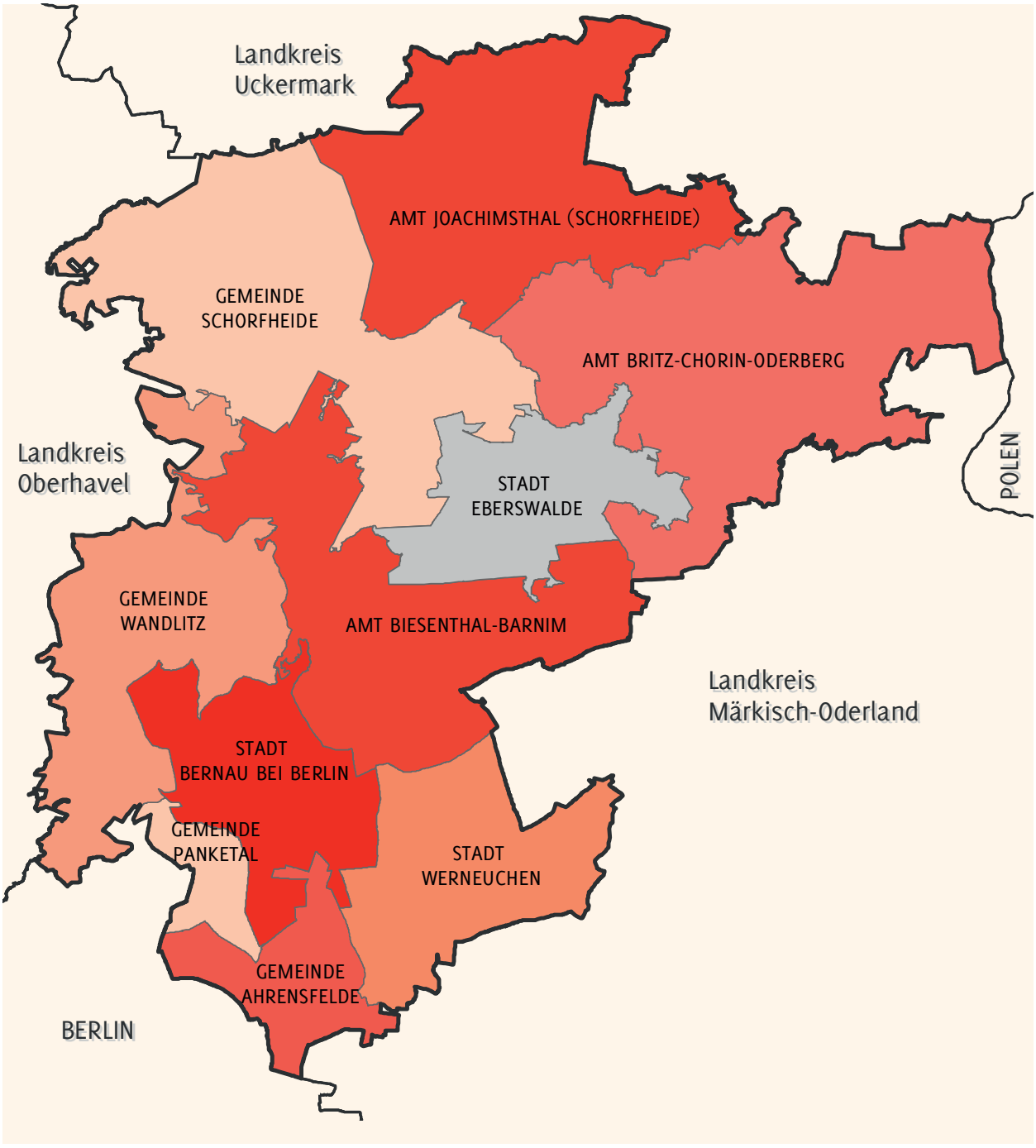
Die Bevölkerung des Landkreises

Der Landkreis Barnim ist mit 180.864 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 31.12.2017)[26] viertgrößter Kreis im Land Brandenburg. Fast 75 Prozent der Bevölkerung leben in Städten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich bis auf Eberswalde im Berliner Umland befinden. Die demografische Entwicklung ist für brandenburgische Verhältnisse vergleichsweise positiv. Die Bevölkerung des Landkreises ist vor allem seit Mitte dieses Jahrzehnts stetig, wenn auch moderat gewachsen, sodass der Landkreis heute die höchste Bevölkerungsdichte aller Landkreise Brandenburgs aufweist. Im Schnitt sind es 122 Einwohner je Quadratkilometer (Stand 31.12.2017)[27]. Neben den beiden Städten Eberswalde und Bernau prosperierten vor allem die Gemeinden im berlinnahen Raum wie besonders Ahrensfelde (mehr als 150 Prozent Zuwachs), Werneuchen, Panketal und Wandlitz, aber auch Biesenthal und Joachimsthal. So wurde der in Barnim anhaltende negative, aber im Landesvergleich moderate natürliche Saldo – mehr jährliche Sterbefälle als Geburten – kompensiert und übertroffen durch Wanderungsüberschüsse über den gesamten Zeitraum (seit 1993).[28] Unübersehbar ist jedoch auch hier eine zunehmende Alterung der Bevölkerung.

Wie für Berliner Umlandkreise typisch weist der Landkreis Barnim nach wie vor eine Zweiteilung auf: einen von Zuzug aus Berlin (Suburbanisierung) und durch wachsende Pendlerbeziehungen zu Berlin gekennzeichneten Teil im Berliner Umland und einen dünner besiedelten, größeren Teil in der Peripherie, als weiterer Metropolenraum bezeichnet.

Bevölkerung im Kreis Barnim am 30. Juni 2018

LANDKREIS BARNIM	INSGES. 181 337	MÄNNL. 89 959	WEIBL. 91 378
Ahrensfelde	13 364	6 701	6 663
Bernau bei Berlin, Stadt	38 341	18 725	19 616
Eberswalde, Stadt	40 169	19 786	20 383
Panketal	20 464	10 076	10 388
Schorfheide	9 983	4 996	4 987
Wandlitz	22 736	11 389	11 347
Werneuchen, Stadt	8 926	4 506	4 420
Amt Biesenthal-Barnim	12 103	6 075	6 028
Biesenthal, Stadt	5 741	2 849	2 892
Breydin	757	378	379
Marienwerder	1 698	862	836
Melchow	962	487	475
Rüdnitz	1 960	993	967
Sydower Fließ	985	506	479
Amt Joachimsthal (Schorfheide)	5 163	2 600	2 563
Althüttendorf	568	278	290
Friedrichswalde	788	405	383
Joachimsthal, Stadt	3 352	1 688	1 664
Ziethen	455	229	226
Amt Britz-Chorin-Oderberg	10 088	5 105	4 983
Britz	2 084	1 029	1 055
Chorin	2 332	1 161	1 171
Hohenfinow	512	279	233
Liepe	652	345	307
Lunow-Stolzenhagen	1 213	608	605
Niederfinow	597	305	292
Oderberg, Stadt	2 159	1 098	1 061
Parsteinsee	539	280	259



Landkreis Barnim, aktuelle Gliederung – Gemeinden, Städte und Ämter.

Das hat enorme Auswirkungen. So verfügt Bernau beispielsweise kaum mehr über freien Wohnraum und der Bürgermeister beschreibt seine Stadt bereits als Teil des Berliner Wohnungsmarktes. Bernau investiert daher stark in den Wohnungsbau und wird bald zur größten Stadt im Landkreis. Hier wie auch in anderen o. g. berlinnahen Gemeinden wird es nötig sein, Infrastruktur (Schulen, Horte, Turnhallen, Kitas, Straßen, Institutionen der medizinischen Versorgung u. a. m.) zu errichten – in dieser Größenordnung für Stadt und Landkreis eine riesige Herausforderung. Das betrifft auch die Verkehrsinfrastruktur. Der Landkreis erkennt seine Verantwortung und

hat Beschlüsse initiiert und mit herbeigeführt zur Taktverdichtung bei der Bahn, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Die Achse Werneuchen ist in der aktuellen Landesentwicklungsplanung (LEP) als Entwicklungsachse aufgenommen. Diese räumliche Differenzierung verliert mit der weiter wachsenden Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen außerhalb der Metropole Berlin, dem Ausbau von IT- und Verkehrsinfrastruktur und der sich verändernden Arbeitswelten allerdings langsam an klaren Konturen.

Es ist und bleibt Anliegen von Politik und Verwaltung des Kreises, um für gleichartige Lebensbedingungen zu sorgen.[29]

Kreisliche Infrastruktur

Sowohl die Städte und Gemeinden als auch die Landkreise und kreisfreien Städte spielen im Flächenland Brandenburg eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Angebote der Daseinsvorsorge, die das Angebot jener Güter und Dienstleitungen, die für das menschliche Dasein unabdingbar sind und daher von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden müssen, umfasst.

Zur entsprechenden Grundversorgung werden im Landkreis Barnim durch öffentliche Einrichtungen viele Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung gewährleistet. Des Weiteren gehören dazu viele Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe, Schwimmbäder, Feuerwehr usw. Im Landkreis Barnim konzentrieren sich die Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen in den beiden Mittelzentren Bernau (für das Berliner Umland) sowie in der Kreisstadt Eberswalde (für den weiteren Metropolenraum).

Verkehr

Die Sicherstellung von Mobilität ist für den Landkreis Barnim ein wichtiger Standortfaktor. Dieser zeichnet sich durch eine im brandenburgischen Landesvergleich leicht überdurchschnittliche Dichte seines Straßennetzes aus.[30] Für den überörtlichen Verkehr stehen 43 Kilometer Straße pro 100 Quadratkilometer zur Verfügung. Darunter fallen die Bundesautobahnen A 10 (Berliner Ring) und A 11 von Berlin nach Szczecin (Stettin) sowie sieben Bundesstraßen (B 2, B 109, B 158, B 167, B 168, B 198 und B 273). Bezogen auf die Einwohnerzahl besteht allerdings ein unterdurchschnittlicher Wert von 3,6 Kilometer Straße pro 1.000 Einwohner verglichen mit dem Durchschnitt des Landes Brandenburg, der fünf Kilometer Straße pro 1.000 Einwohner beträgt. Dies macht die Ausbaupotentiale und -notwendigkeiten des Straßennetzes im Landkreis sichtbar, vor allem im ländlichen Raum. Die beiden zentralen Orte des Kreises, Eberswalde und Bernau, sind hingegen gut angebunden.

Die Einbindung des Landkreises in den Schienenpersonennahverkehr erfolgt mit der Regionalexpress-Linie 3 (Berlin-Eberswalde-Stralsund) und vier Regionalbahnlinien. Bernau und Ahrensfelde sind durch die S-Bahn gut an die Bundeshauptstadt Berlin angebunden. Dennoch muss die ständig wachsende Mobilität der Bevölkerung im Landkreis beachtet werden, um die öffentlichen Verkehrsmittel für die Pendlerinnen und Pendler nach bzw. von Berlin noch attraktiver zu machen. Wichtige Entscheidungen zur Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landkreises sind in letzter Zeit gefallen. Die Taktverdichtung bei der Bahn soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Die Heidekrautbahn bekommt ihre Stammstrecke über Wilhelmsruh zurück. Der im Jahr 2015 beschlossene Barnimer Nahverkehrsplan für die Jahre 2017 bis 2026 sieht dabei als generelles Prinzip vor, dass der Landkreis im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein Grundangebot bereitstellt, das sich an der Nachfrage orientiert.[31] Wollen Kommunen darüber hinaus Buslinien haben, müssen sie diese auch selbst finanzieren. Bis zum 1. Januar 2022 soll der ÖPNV im Landkreis Barnim vollständig barrierefrei nutzbar sein. Es muss aber weiter daran gearbeitet werden, das immer noch deutliche Gefälle in der ÖPNV-Versorgung zwischen dem dichter besiedelten Süden und dem dünn besiedelten Norden des Landkreises zu verringern.

In Eberswalde befindet sich einer der elf öffentlichen Binnenhäfen des Landes an der Havel-Oder-Wasserstraße. Dessen Umschlagleistung betrug in Jahr 2015 ca. 324.000 Tonnen, darunter vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Sekundärrohstoffe wie Erze, Steine und Erden. In Eberswalde-Finow befindet sich einer der elf Verkehrslandeplätze Brandenburgs mit ca. 1.800 Starts pro Jahr.

Breitband

Der Ausbau des schnellen Internets (Breitbandausbau) im Landkreis Barnim gehört aktuell auch zur Daseinsvorsorge. Ende Juli 2017 erhielt der Landkreis Barnim einen Zuwendungsbescheid des Bundes in Höhe von 8,7 Millionen Euro für die Förderung des Breitbandausbaus. Mit einer Kofinanzierung des Landes in Höhe von ca. 4,3 Millionen Euro sowie mit Mitteln des Landkreises von 1,5 Millionen Euro soll das Projekt möglichst rasch in Angriff genommen werden, um bestehende infrastrukturelle Versorgungslücken beim Breitbandzugang im Landkreis Barnim möglichst schnell zu schließen.[32]

Politik und Verwaltung im Landkreis

Rolle der Landkreise in der Landesverwaltung

Landkreise haben »teils (...) staatliche, teils (...) kommunale Aufgaben«.[33] Sie erfüllen als Gemeindeverband und Gebietskörperschaft in ihrem Gebiet »in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter übersteigenden öffentlichen Aufgaben«.[34] Diese überörtlichen Aufgaben werden den Landkreisen überwiegend vom Landesgesetzgeber zugewiesen. Sie beinhalten vor allem Versorgungs-, Leistungs-, Fürsorge-, Vollzugs- und Planungsfunktionen. Kreise haben auch bestimmte Pflichtaufgaben zu erfüllen wie z. B. die Gefahrenabwehr, den Denkmalschutz und die Lebensmittelüberwachung.[35]

Darüber hinaus haben Landkreise eine kommunale Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion, um für alle Bewohner des Kreises ein gleichwertiges Angebot kommunaler Dienstleistungen zu sichern. Landkreise sollen ihre kreisangehörigen Gemeinden und Ämter, insbesondere die finanzschwachen, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Das betrifft insbesondere die Daseinsvorsorge, die kulturelle Bildung und die Erbringung von Sozialleistungen. Schließlich sollen sie die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner im Kreisgebiet fördern.

Die Aufgaben werden durch die Organe des Kreises – den Kreistag, den Kreisausschuss und den Landrat bzw. die Landrätin – erfüllt. Einige Angelegenheiten

Die Ausschüsse des Kreistages 2019

1. BESCHLIESSENDE AUSSCHÜSSE DES KREISTAGES

Kreisausschuss (A1)
Vorsitzender Daniel Kurth
Der Kreisausschuss besteht aus zehn stimmberechtigten Mitgliedern und dem Landrat. Er hat die Arbeit aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Er entscheidet im Rahmen der vom Kreistag festgelegten allgemeinen Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung. Er beschließt unter anderem über Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und Rechtsgeschäften, über öffentliche Vergaben, über Niederschlagungen und Geschäfte über Vermögensgegenstände des Landkreises. Er entscheidet außerdem in allen Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit des Kreistages und des Landrates fallen. Die Sitzungen des Kreisausschusses sind öffentlich.

Jugendhilfeausschuss (A8)
Vorsitzende Margitta Mächtig
Dem Jugendhilfeausschuss gehören zehn stimmberechtigte Mitglieder und beratende Mitglieder an. Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe. Die Sitzungen sind öffentlich. Die Einzelheiten des Jugendhilfeausschusses regelt das Sozialgesetzbuch, (Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfe), das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz und die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Barnim.

Für bestimmte Angelegenheiten kann der Kreistag aus seiner Mitte neben den gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüssen weitere ständige oder zeitweilige beratende Ausschüsse bilden. Die Fachausschüsse bereiten die Entscheidungen des Kreisausschusses sowie des Kreistages vor und können Empfehlungen geben.

2. BERATENDE AUSSCHÜSSE DES LANDKREISES BARNIM

Ausschuss für Haushalt und Finanzen (A2), auch in seiner Funktion als Vergabeausschuss (A2-V)
Vorsitzender André Guse

Rechnungsprüfungsausschuss (A3)
Vorsitzende Eva Schmidt

Ausschuss für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft (A4)
Vorsitzender Carsten Bruch

Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5)
Vorsitzender Holger Lampe

Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales (A6)
Vorsitzender Sven Schilling

Ausschuss für Bildung und Kultur (A7)
Vorsitzender Hartmut Arndt



Wiederwahl von Prof. Dr. Alfred Schultz zum Vorsitzenden des Kreistages, 18. Juni 2014.



Mitglieder des Kreistages Barnim 2003–2008.

werden dabei durch die vom Kreistag beschlossenen und vom Landrat bzw. von der Landrätin ausgefertigten Satzungen ausgestaltet. Die wichtigste Satzung, die Hauptsatzung, wurde 2011 vom Kreistag Barnim verabschiedet und seitdem durch drei Änderungen aktualisiert, zuletzt am 20. Mai 2015.[36]

Der Kreistag

Der Kreistag ist das wichtigste Willensbildungs- und Beschlussorgan des Landkreises. Die Kreistagsabgeordneten werden von den über 16-jährigen im Kreisgebiet lebenden Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für fünf Jahren gewählt. Dies geschieht in einer personalisierten Verhältniswahl, wobei jeder Wähler und jede Wählerin drei Stimmen hat.[37]

Der Kreistag Barnim hat seinen Sitz in Eberswalde und besteht – entsprechend der Einwohnerzahl des Landkreises in der Legislaturperiode 2014 bis 2019 – aus 56 Abgeordneten. Er setzt sich aus den gewählten Kreistagsabgeordneten zusammen, die ihr Mandat ehrenamtlich ausüben, sowie dem Landrat als stimmberechtigtem Mitglied. Kreistagsabgeordnete besitzen ein freies Mandat, haben das Vorschlagsrecht im Kreistag und erhalten für den mit ihrem Amt verbundenen Aufwand eine finanzielle Entschädigung.

Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Kreistag, Kreisausschuss und Landrat bzw. Landrätin ist – soweit nicht gesetzlich geregelt - in der o. g. Hauptsatzung des Landkreises festgelegt.[38] Der Kreistag entscheidet unter anderem über die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll. Die Wahl der Beigeordneten, die Festsetzung allgemeiner Entgelte und öffentlich-rechtlicher Abgaben, der Bau und die Erweiterung von Schulen, die sich in Trägerschaft des Landkreises befinden, sowie die Unterstützung sozialer Einrichtungen, die Wirtschaftsförderung und Aktivitäten im Rahmen der Gesundheitsversorgung gehören zu den weiteren Aufgaben des Kreistages. Bei Aufgaben, die nicht der kommunalen Selbstverwaltung unterliegen, sondern zu den Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung bzw. den Auftragsangelegenheiten zählen (so z. B. bei der Gefahrenabwehr, dem Katastrophenschutz, dem Rettungsdienst und den Aufgaben des Katasterwesens) ist die Entscheidungskompetenz des Kreistages eingeschränkt. Einzelheiten zur Funktionsweise des Kreistages sind in dessen Geschäftsordnung festgelegt.[39]

Ein wichtiges Steuerungsinstrument des Kreistages sind die von ihm oder vom Kreisausschuss erlassenen Satzungen, Richtlinien und Ordnungen des Kreises. Diese bilden das spezifische Kreisrecht. Im Augenblick sind im Landkreis Barnim mehr als 50 solcher Satzungen, Rechtsverordnungen und Richtlinien[40] gültig.

Wesentliche Teile der Arbeit des Kreistages finden in dessen Ausschüssen statt. Zwei Ausschüsse sind gesetzlich vorgeschriebenen – der Kreisausschuss und der Jugendhilfeausschuss –, die jeweils eigene Entscheidungskompetenzen besitzen. Der Kreistag kann weitere ständige oder befristete Ausschüsse bilden, die seine Entscheidungen vorbereiten.



Mitglieder des Kreistages Barnim 2008–2013.



Mitglieder des Kreistages Barnim 2014–2019.

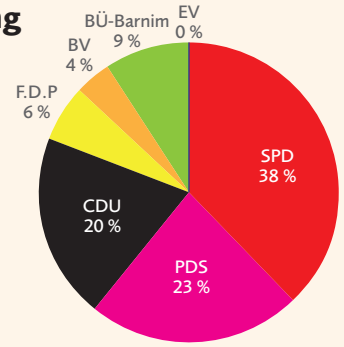
Die Arbeit des Kreistages Barnim wird vom Vorsitzenden geleitet. Dieser beruft die Sitzungen des Kreistages ein und legt im Benehmen mit dem Landrat deren Tagesordnung fest. Er sorgt für den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzungen des Kreistages. Der Kreistag hatte bislang folgende Vorsitzende: Zwischen 1993 und 2003 Lutz Hildebrandt (SPD), von 2003 bis 2008 Wilfried Bender sowie seit 2008 Prof. Dr. Alfred Schultz (DIE LINKE). Seit der Gründung des Landes Brandenburg im Jahre 1990 haben bislang fünf Wahlen zu den Kreistagen in den Jahren 1993, 1998, 2003, 2008 und 2014 stattgefunden. Die Beteiligung an den Wahlen zum Kreistag Barnim war dabei zunächst starken Schwankungen unterworfen, hat sich aber seit 2003 bei einer Wahlbeteiligung von etwa 45 Prozent eingepegelt. Tendenziell ist sie – wie bei den Kommunalwahlen im gesamten Land Brandenburg – eher rückläufig. Die Wahlbeteiligung lag 1993 bei 55,4 Prozent, 1998 bei 76,4 Prozent[41], 2003 bei 46,3 Prozent, 2008 bei 46,0 Prozent und 2014 bei 44,7 Prozent. Damit lag sie – mit Ausnahme des Jahres 2003 – immer um wenige Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung zu den Kommunalwahlen im Land Brandenburg insgesamt.[42]

Seit 1993 dominieren die drei Parteien SPD, PDS (später DIE LINKE) und CDU auch den Kreistag Barnim. Von 1993 bis 2003 stellte die SPD mit jeweils relativ großem Abstand die größte Fraktion. Seit 2003 ist dies DIE LINKE, wobei der Abstand zur nächstgrößten Fraktion sich aber verringert hat. Die FDP und Bündnis90/GRÜNE sind seit 1993 bzw. seit 1998 konstant im Kreistag Barnim vertreten. Auch (Kreis-)Bauernverbände bzw. (seit 2008) der Bauernverband Barnim waren in jedem der fünf Kreistage mit wenigstens zwei Sitzen vertreten. Wechsel gab es hingegen vor allem bei Wählergruppen und Listenvereinigungen. So gehörten z. B. die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim von 1998 bis 2008 mit einem bzw. zwei Abgeordnete dem Kreistag an. Seit 2008 werden zunehmend Vertreter und Vertreterinnen von Bündnissen für bestimmte Städte gewählt: z. B. für Schorfheide, für ein demokratisches Eberswalde und seit 2014 für Bernau. Auch die Bürgerfraktion Barnim ist seit 2003 konstant im Kreistag. Bei den Kommunalwahlen 2014 wurden erstmals je ein Abgeordneter der AfD und der NPD in den Kreistag gewählt. Die Veränderungen in der Zusammensetzung des Kreistages zeigen die Wahlergebnisse der Kreistageswahlen seit 1993 im Einzelnen.

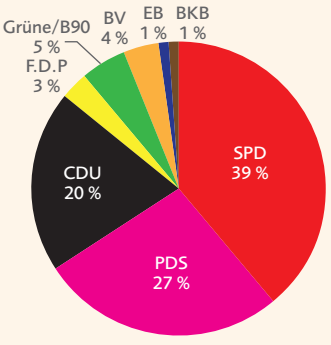
Eine systematische Erfassung sozial-ökonomischer Daten der Kreistagabgeordneten liegt nicht vor. Aber einige Trends sind erkennbar. Dazu gehört erstens die Zunahme des Frauenanteils an den Kreistagsabgeordneten. 1993 waren elf von 50 Kreistagsabgeordneten weiblich (22 Prozent). Bei der letzten Kommunalwahl 2014 wurden 16 Frauen in den Kreistag gewählt. Dies entspricht bei insgesamt 56 Kreistagsabgeordneten einem Anteil von 28,6 Prozent. Zweitens ist das Durchschnittsalter der Abgeordneten seit 1993 angestiegen, was dem allgemeinen Trend der alternden Bevölkerung im Kreis entspricht. Das hat aber wohl auch mit der Tatsache zu tun, dass Abgeordnete, die über mehrere Legislaturperioden ins Amt gewählt worden sind, selbst mitaltern. Dies gilt auch für den aktuellen Kreistag, in dem nur 28 neue Mitglieder sind. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass die Alters- und Erwerbsstruktur der Kreistagsabgeordneten in

Stimmenverteilung Kreistagswahlen Barnim

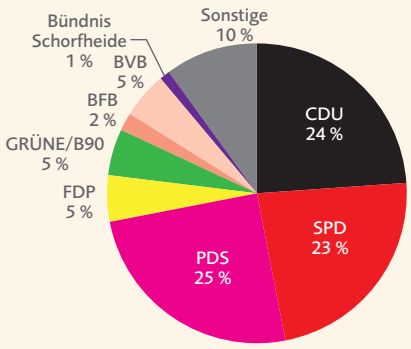
1993



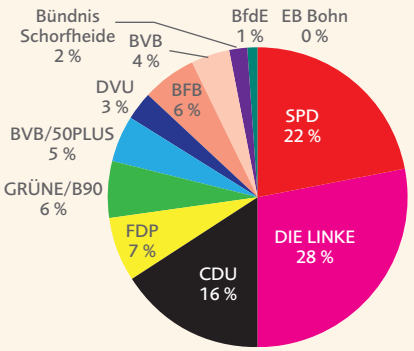
1998



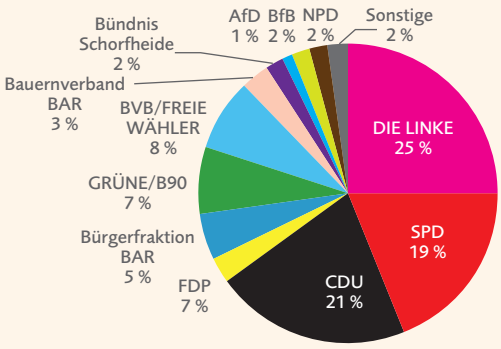
2003



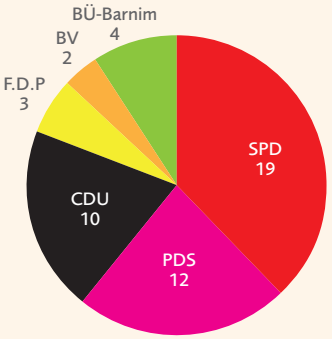
2008

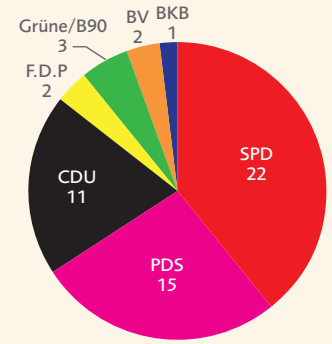


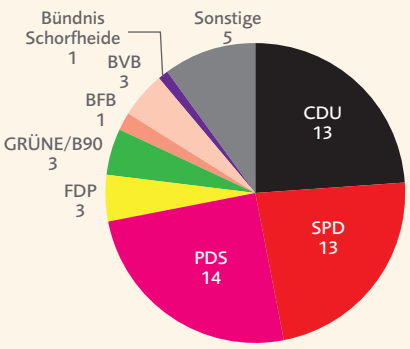
2014

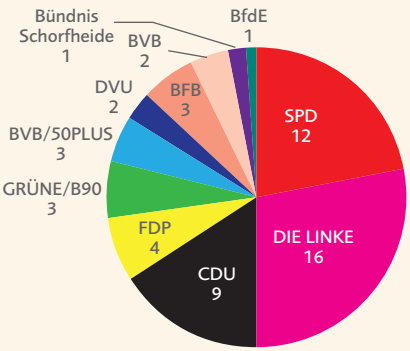


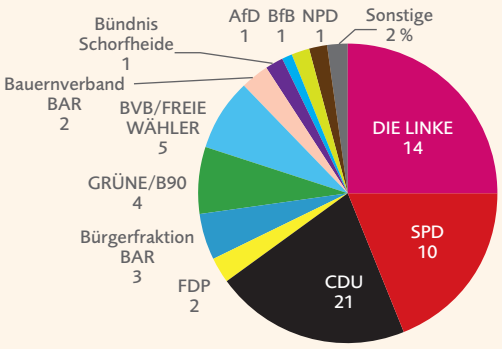
Sitzverteilung Kreistag Barnim















Kreistagssitzungen im Kreishaus.

Barnim denjenigen in den anderen Kreistagen des Landes Brandenburg in etwa entsprechen.

Darüber hinaus bezieht der Kreistag in die Arbeit seiner Ausschüsse sachkundige Bürgerinnen und Bürger mit ein. Auch diese haben wesentlich zur Erfolgsbilanz des Landkreises Barnim beigetragen.

Rückblickend lassen sich beim Agieren des Kreistages Barnim Besonderheiten feststellen. Dazu zählt bereits frühzeitig ein Geist von Kooperation und Integration; typisch war und ist sachorientierte Arbeit ohne Vorurteile gegenüber der Herkunft als »Eberswalder« oder »Bernauer« und unabhängig von parteipolitischer Bindung. Es ist gelungen, diesen kooperativen Geist auch bei wechselnden politischen Mehrheiten bis in die Gegenwart zu führen. Dabei hat der als »Barnimer Weg« bezeichnete sachorientierte Politikstil im Kreistag wesentlich zur positiven Entwicklung des Landkreises beigetragen.

Neben der Fülle der Tagesaufgaben wurden die strategischen Herausforderungen nicht aus dem Blick verloren. Daran hat der Landrat Bodo Ihrke großen Anteil. Sein auf Nachhaltigkeit gerichtetes Handeln beförderte kommunale Entscheidungen nur auf Basis gesicherter Finanzierung entsprechend dem Grundsatz »Man darf nur das Geld ausgeben, das man wirklich hat«. Im Verhältnis zu den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern galt und gilt das Prinzip: »So viel Landkreis und Landkreisentscheidungen wie nötig und so viel Eigenverantwortung in den Kommunen wie möglich!« Das bedingt die Bereitschaft wirtschaftlich stärkerer Kommunen, bewusst im Interesse der Entwicklung des Landkreises Barnim insgesamt einen

Abkürzungsverzeichnis Wahlen Kreistage Barnim (ohne Wahlen 1990)

AfD	Alternative für Deutschland
Bauernverband BAR	Bauernverband Barnim
BFB	Bürgerfraktion Barnim
BfB	Bündnis für Bernau
BfdE	Bündnis für ein demokratisches Eberswalde
BKB	Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim
Bü-Barnim	Listenvereinigung Bündnis Barnim
Bündnis Schorfheide	Bündnis Schorfheide
Bürgerfraktion BAR	Bürgerfraktion Barnim
BV (1993)	Bauernverbände/Bauernverband Barnim
BV (1998)	Kreisbauernverbände
BVB	Bauernverband Barnim
BVB/Freie Wähler	Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler
BVB/50Plus	Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen /50 Plus
CDU	Christlich Demokratische Union
DIE LINKE	DIE LINKE
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
EB	Einzelbewerber/Einzelwahlvorschlag
EV	Einzelvorschläge
FDP	Freie Demokratische Partei
GRÜNE/B90	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands



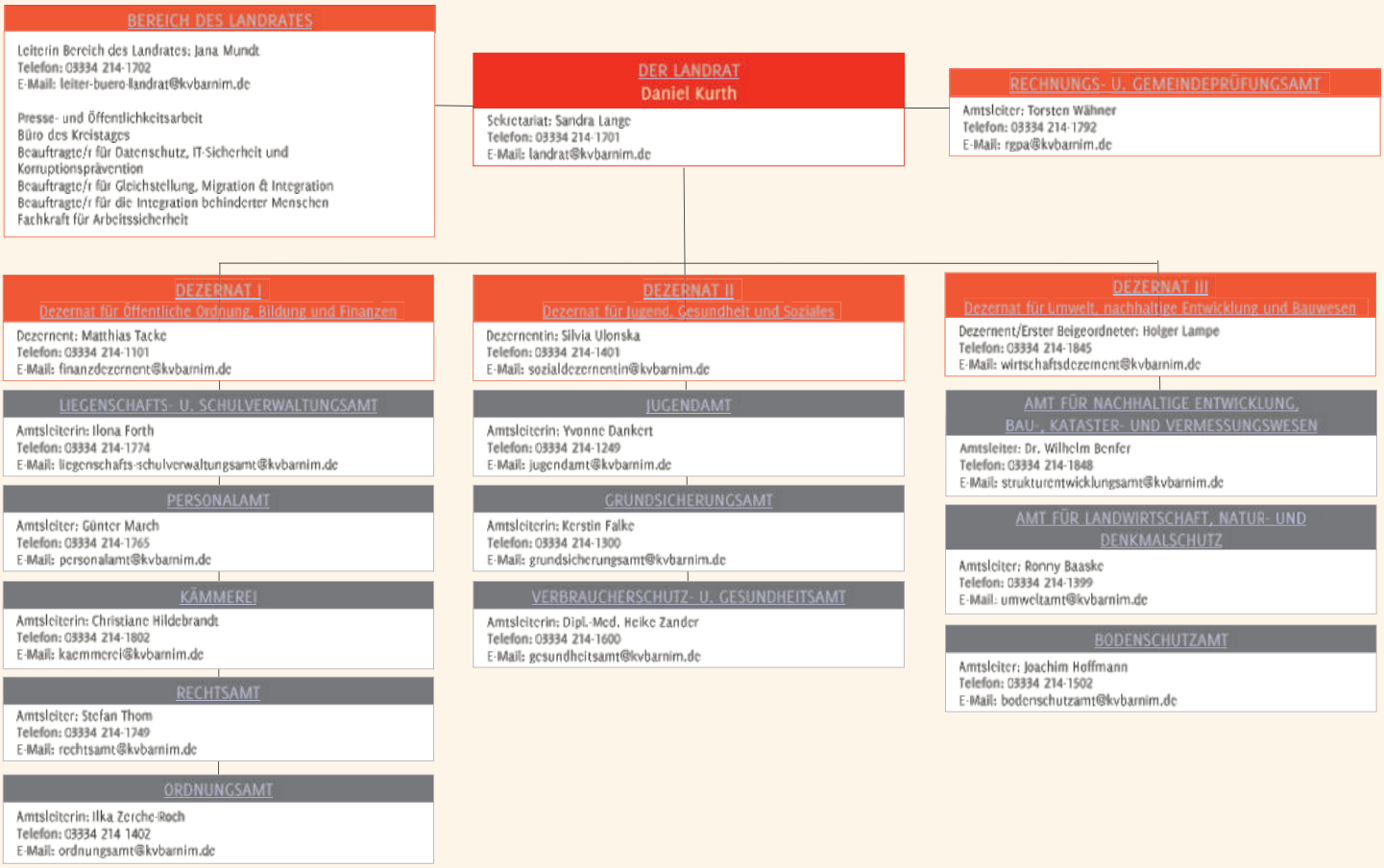
Innenhof des Paul-Wunderlich-Hauses, Eberswalde.

Solidarbeitrag für finanziell schwache Gemeinden zu akzeptieren. Der Kreistag selbst traf in all den Jahren Entscheidungen, die diesen Grundsätzen gerecht wurden.

Der Landrat

Landrätinnen und Landräte haben im Land Brandenburg eine Doppelstellung inne. Sie sind einerseits die allgemeine untere Landesbehörde im Gebiet ihres Landkreises, d. h. sie führen die Rechts-, Sonder- und Fachaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter sowie die Aufsicht über Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auf ihrem Territorium.[43] Zugleich sind sie andererseits als Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamte auf Zeit für die Umsetzung der Selbstverwaltungsentscheidungen des Kreistages zuständig. So müssen sie die Geschäfte der laufenden Verwaltung führen.[44] Sie führen zugleich die Kreisverwaltung an. Seit dem 1. Januar 2010 werden sie auch im Land Brandenburg direkt in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises für die Dauer von acht Jahren gewählt.[45] Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Landrätinnen und Landräte vom Kreistag gewählt. Im Brandenburger Kommunalwahlgesetz ist geregelt, dass diejenige Kandidatin bzw. derjenige Kandidat gewählt ist, die bzw. der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, wenn diese Mehrheit mindestens 15 Prozent der wahlberechtigten Personen umfasst. Wenn diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht wird, ist eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern bzw. den Bewerberinnen mit den höchsten Stimmenzahlen vorgesehen. Sollte auch dabei nicht die erforderliche Mehrheit erreicht werden, findet eine Wahl durch den Kreistag statt.[46] Neben ihren Aufgaben innerhalb der Verwaltung sind Landräte im Interesse ihrer Landkreise in vielen weiteren öffentlichen Funktionen tätig.

Der erste Landrat Bodo Ihrke (SPD), 1993 durch den damals neu konstituierten Kreistag gewählt, blieb bis 2018 fast 30 Jahre lang im Amt und war damit Brandenburgs dienstältester Landrat. Zur Landratswahl 2018 trat er nicht mehr an und schied somit im Oktober 2018 aus dem Amt. Anlässlich seiner feierlichen Verabschiedung am 20. Juli



Organigramm der Kreisverwaltung, 2019.



Verabschiedung von Landrat Bodo Ihrke, 20. Juli 2018.



Daniel Kurth ist der neue Landrat, 4. Juli 2018.

2018 wurden sein Einsatz für den Landkreis Barnim und Erfolge gewürdigt. Bodo Ihrke hat in seinem langen Wirken als Landrat den Landkreis in außergewöhnlicher Weise vorangebracht. Es waren seine langen Linien, vor allem seine Visionen in vielen Politikfeldern und die darauf basierenden nachhaltigen Konzepte und institutionellen Lösungen, die den Landkreis zu dem gemacht haben, was er heute ist. Dabei war er sehr erfolgreich bei seinem Bestreben, immer möglichst viele auf dem von ihm vorgezeichneten Weg mitzunehmen.

Bei der Landratswahl 2018 erreichte im ersten Durchgang der Direktwahl kein Kandidat die erforderliche Mehrheit. In der darauffolgenden Stichwahl erhielt Daniel Kurth (SPD) zwar mit 61,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen eine Mehrheit, erreichte aber nicht das erforderliche Quorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung bei der Stichwahl lag bei nur 18,7 Prozent.[47] Deshalb wurde der neue Landrat Daniel Kurth durch den Kreistag mit 33 der 57 möglichen Stimmen im ersten Wahlgang gewählt.[48]

Die Kreisverwaltung

Die Kreisverwaltung Barnim ist – wie in der Kommunalverfassung festgeschrieben – für die Erfüllung aller dem Kreis übertragenen öffentlichen Aufgaben sowie die Umsetzung der Beschlüsse des Kreistages verantwortlich. Sie wird vom Landrat geleitet und besteht aktuell aus dem Bereich des Landrates, dem Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt sowie aus drei Dezernaten: dem Dezernat I für öffentliche Ordnung, Bildung und Finanzen, dem Dezernat II für Jugend, Gesundheit und Soziales und dem Dezernat III für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Bauwesen. Dem Bereich des Landrats sind u. a. die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Beauftragte für Datenschutz, IT-Sicherheit und Korruptionsprävention, die Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration sowie der Beauftragte für die Integration behinderter Menschen und die Fachkraft für Arbeitssicherheit zugeordnet.

Bereits bei Gründung des Landkreises Barnim war klar, dass die Verwaltung möglichst zentral am Hauptsitz in Eberswalde zusammengeführt werden und es daneben einen weiteren Standort in Bernau geben sollte.

Zusammenwachsen des Landkreises

Die Rahmenbedingungen für das Zusammenwachsen des Landkreises in den ersten Jahren nach dessen Gründung 1993 waren schwierig, auch angesichts der knappen Finanzmittel, fehlender gesetzlicher (Landes-)Regelungen sowie hoher Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Gänzlich neue Aufgaben mussten bewältigt werden wie die Durchsetzung von Vermögensansprüchen, Rückübertragung von Grundstücken, Aufgaben der Raum- und Bauordnung, Abwasserkonzeptionen, agrarstrukturelle Vorplanungen, Marktanalysen und Einzelhandelsgutachten, Kontaminierungsermittlungen von Wasser-, Industrie und Militärflächen, Unterstützung bei der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe, Flurneuordnungsverfahren, Fördermöglichkeiten, Übernahme von Liegenschaften der Westgruppe Sowjetischer Streitkräfte u.v.a., die aus den Regelungen des Einigungsvertrages resultierten. Das Ordnungsamt mit Pass- und Meldewesen und die Ausländerbehörde mussten aufgebaut werden, das vorhandene Schulsystem reformiert und das stationäre und ambulante Gesundheitswesen entflochten sowie kreislicher Denkmalschutz organisiert werden. Zeitgleich galt es, eine kreisliche Abfallwirtschaft aufzubauen und einen großen Komplex von Aufgaben im Sozialbereich umzusetzen. In kurzer Zeit mussten Schulentwicklungspläne, Kreiswirtschaftsentwicklungskonzeptionen, Nahverkehrspläne und weitere Rahmenpläne erstellt und stetig fortgeschrieben werden.

Für die fast 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Kreisverwaltung begann 1993 eine ereignisreiche Zeit. Es war sichergestellt, dass niemand mit dem Tag der Kreisfusion seinen bzw. ihren Arbeitsplatz verlor.[49] Der Altkreis Bernau beschäftige im Jahr 1993 516 Angestellte und fünf Beamtinnen und Beamte, der Altkreis Eberswalde 459 Angestellte und sieben Beamtinnen und Beamte. Beide Altkreise konnten trotz sich zuspitzender Haushaltslage 1993 ausgeglichene Haushalte präsentieren. Alle Mitarbeiterstellen in der neuen Kreisverwaltung wurden zeitweilig paritätisch besetzt, später ausgeschrieben und neu besetzt. Es war allerdings auch jedem klar, dass es in der Folgezeit zu einem Personalabbau kommen würde.

Mit großem Engagement unter dem Motto »learning

by doing« war bis Mitte der 1990er Jahre eine arbeitsfähige Verwaltung in den Grundstrukturen vorhanden. Große Hilfe leistete Fachpersonal aus den Partnerkreisen und Kommunen in den alten Bundesländern, aus Oldenburg und Recklinghausen. Diese Hilfe, wie beispielsweise beim Aufbau der KFZ-Zulassungsstelle, war schnell und unbürokratisch.

In den folgenden Jahren standen weitere Modernisierungen auf der Tagesordnung. Viele davon wurden erfolgreich umgesetzt, womit das Handeln der Kreisverwaltung bürgerfreundlicher, effektiver und kostengünstiger gestaltet werden konnte.

Bereits 1994 wurde im Landkreis über die Einführung sogenannter neuer Steuerungsformen beraten. Im selben Jahr wurde ein »Grundsatzbeschluss zur Verwaltungsmodernisierung« im Kreis gefasst. Im Schwerpunkt sollte es um die »Optimierung des Aufgabenbestands«, die »Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente« und die »Verbesserung der Qualifikation und Motivation der Beschäftigten« gehen. Dafür wurden Modernisierungsmaßnahmen im Konzept »Fraktales Verwaltungsmanagement« zusammengeführt, das sich im Wesentlichen am Neuen Steuerungsmodell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) orientierte. Zur Durchsetzung des Konzepts wurde eine eigene Projektorganisation der Kreisverwaltung eingerichtet und darüber hinaus eine externe Beratungsfirma eingesetzt. Daneben wurde der Reformprozess durch eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums sowie durch das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie begleitet. Der Landkreis Barnim erhielt als eine »Modellkommune« im Land Brandenburg dafür eine spezielle finanzielle Projektförderung.[50]

Rückblickend wurde im Jahre 2000 festgestellt, dass in der Realisierungsphase 1994 bis 1998 die formulierten Ziele konzeptionell erreicht und dadurch die Zukunftsfähigkeit der Kreisverwaltung gesichert worden ist.[51] Andererseits wurde aber auch konstatiert, dass sich nach der anfänglichen Begeisterung für das »Neue Steuerungsmodell« durch Erfahrungen im Alltag eine gewisse Ernüchterung eingestellt hat.[52] Nach 1998 wurden deshalb nur noch einzelne Reformelemente aus dem Gesamtkonzept herausgegriffen und schrittweise umgesetzt.[53] Dazu zählten die Optimierung des Aufgabenbestandes, die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung, ein Controlling, der produktorientierte Budgethaushalt und eine dezentrale Ressourcenverantwortung, die gezielte Förderung der Beschäftigten, die kommunale Vermögensverwaltung sowie ein Gebäude- und Energiemanagement. Das führte auch zu Anpassungen in der Organisationsstruktur der Verwaltung selbst. Aus den in den Anfangsjahren bestehenden vier Dezernaten wurden 2003 drei. Im Laufe der Jahre verringerte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der eigentlichen Kernverwaltung auf etwa 800. Rechnet man die Beteiligungen des Landkreises an der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG), an der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) als Organisator des ÖPNV, an dem Rettungsdienst und an den Kreiswerken hinzu, so ist heute der Landkreis der größte Arbeitgeber der Region.

Landkreis Barnim
Wir gestalten Zukunft.

Logo der Kreisverwaltung.

Weitere Verwaltungsoptimierungen befassten sich z. B. mit der Neuorganisation des Vergabewesens. 2003 wurde eine zentrale Vergabestelle in der Kreisverwaltung eingerichtet.

Ebenso wurde die technische Infrastruktur, auch im IT-Bereich, ausgebaut und ein modernes Corporate Design mit neuem Logo und sich ständig aktualisierendem modernen Internetauftritt des Landkreises eingeführt. Über die Plattform »barnim.de« können sich die Bürgerinnen und Bürger sehr schnell einen Überblick über die Struktur, das Leistungsangebot nach Lebenslagen und Zielgruppen sowie die Ansprechpartner in den Dezernaten und Ämtern verschaffen. Einzelne bei der Kreisverwal-













Paul-Wunderlich-Haus, Grundsteinlegung (o. l.), Eröffnung (o. r.) und Ausstellungen.

tung abzurufende Leistungen können online beantragt bzw. deren Bearbeitungsstand online verfolgt werden.

Äußerliches Zeichen der Modernisierung der Verwaltung ist das in nur zwei Jahren erbaute Paul-Wunderlich-Haus als zentraler Sitz der Kreisverwaltung Barnim und des Kreistages im Zentrum von Eberswalde. Spatenstich dafür war der 25. April 2005 und bereits am 11. Juli 2007 konnte das Haus in Anwesenheit von Bundes-





Paul-Wunderlich-Haus im Zentrum von Eberswalde (o.) und Kunst von Paul Wunderlich.

kanzlerin Angela Merkel und des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Matthias Platzeck sowie des Landrates Bodo Ihrke, des Namengebers Paul Wunderlich und vielen Barnimerinnen und Barnimern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft eröffnet werden. Im Laufe der Jahre wurde das Haus zu einem Mittelpunkt des politischen und kulturellen Lebens des Landkreises.

Paul Wunderlich, am 10. März 1927 in Eberswalde geboren, war ein weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannter Maler, Zeichner, Bildhauer und Grafiker. Er gestaltete – vorwiegend in seinem neosurrealistischen Stil – ebenso Kunstgewerbliches sowie Gebrauchsgegenstände. Im Kreishaus gibt es eine ständige Ausstellung von Werken Paul Wunderlichs. Diese gibt einen umfassenden Einblick in das vielfältige Schaffen des renommierten Künstlers. Mit über 300 Grafiken, Gemälden und Skulpturen bietet das Haus die gegenwärtig umfassendste ständige Wunderlich-Präsentation in Europa. Sein Erbe wird durch die Stiftung für »Das Paul-Wunderlich-Haus« und dessen Freundeskreis verwaltet.

Von Beginn an wurde dieses Haus – nach Plänen des Architekten Dietmar Riecks von der Banz + Riecks Architekten BDA und durch die GAP Gesellschaft für Architektur & Projektmanagement realisiert – als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum und damit als offenes Haus für die Bürgerinnen und Bürger konzipiert. 70 Prozent der Bauaufträge gingen an Firmen in der Region. Es ist einer der modernsten und energieeffizientesten Verwaltungsbauten Deutschlands mit Platz für 550 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Bei den Planungen für das Haus war es wichtig, es in die historische, durch den Zweiten Weltkrieg gezeichnete Stadtmitte von Eberswalde zu integrieren. Vielfach wegen seiner originellen Architektur und seines Niedrig-Energie-Konzeptes ausgezeichnet, trägt es seit Januar 2015, neben vielen anderen Auszeichnungen und Preisen, das Deutsche Gütesiegel für Nachhaltiges Bauen in Platin.

Kreisfinanzen

Die Finanzierung der Landkreise in Deutschland orientiert sich an deren vielfältigen öffentlichen Aufgaben. Dazu gehören insbesondere viele Sozialleistungen (z. B. Sozial-, Alten- oder Jugendhilfe, Flüchtlingsintegration) und die Arbeitsmarktpolitik (gemeinsam mit den staatlichen Arbeitsagenturen). Des Weiteren unterhalten die Landkreise entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten viele unterschiedliche Schul- und Kultureinrichtungen (z. B. allgemeinbildende und weiterführende Schulen, Volkshoch- und Musikschulen sowie Museen). Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge (z. B. Krankenhäuser, Sparkassen, Kreisstraßen, Nahverkehrsbetriebe und Naturparks) sind zu unterhalten und zu finanzieren. Weitere vorzuhaltende und zu finanzierende Aufgaben sind der Rettungsdienst, der Umweltschutz, die Verwertung von häuslichem Abfall, die Einrichtung von Deponien oder Recycling-Anlagen und vieles andere mehr.[54]

Hinzu kommen weitere vom Landkreis zu erfüllende Ergänzungs- und Ausgleichsaufgaben, um die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und ein einheitliches Leistungsniveau der kommunalen Selbstverwaltung im Kreisgebiet zu sichern.[55] Dies geschieht im engen Zusammenwirken mit den kreisangehörigen Gemeinden. Diese erledigen zwar viele örtliche Aufgaben, doch wird die Verwaltungsarbeit immer umfassender, großräumiger, schwieriger und finanziell aufwendiger. Dieser Trend übersteigt häufig das Leistungsvermögen kleiner Gemeinden. Für den dann notwendigen Ausgleich sollen die Landkreise als die oberhalb der Gemeindeebene angesiedelte kommunale Verwaltungseinheit sorgen. Die langfristige Finanzlage der Kommunen lässt sich am besten an deren Verschuldung messen. Fasst man die Verschuldung aller Gemeinden und Gemeindeverbände im Landkreis Barnim zusammen, so betrug diese Ende 2017 42,1 Millionen Euro, das entspricht 234 Euro pro Einwohner. Der Landkreis selbst ist nur mit 10,5 Millionen Euro verschuldet, was 58 Euro pro Einwohner entspricht. Er gehört damit zu den am wenigsten verschuldeten Landkreisen des Landes Brandenburg.[56] Dies belegt eine nachhaltige Finanzpolitik.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Entsprechend der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hat jeder Landkreis für jedes Jahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Diese können auch für zwei Jahre erlassen werden, wenn sowohl der Haushaltsplan als auch die Satzung nach Jahren getrennt sind. Der Landkreis Barnim hat für die Haushaltsjahre 2018/19 einen Doppelhaushalt nach o. g. Grundsätzen aufgestellt.

Der Haushaltsplan des Landkreises ist Teil seiner Haushaltssatzung. Dieser enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben voraussichtlich anfallenden Erträge und Einzahlungen (Einnahmen) sowie die entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen (Ausgaben). Der Haushaltsplan ist in einen Ergebnishaus-

halt, der das Ressourcenaufkommen und den -verbrauch zeigt, und einen Finanzhaushalt, der die Entwicklung der liquiden Mittel abbildet sowie alle Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres umfasst, gegliedert.

Für die Jahre 2018 und 2019 hat der Kreistag Barnim erneut einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Damit kann die seit 1996 andauernde gute Tradition des Landkreises einer Finanzpolitik mit Augenmaß fortgesetzt werden. Bislang konnte der Landkreis auch immer auf die Aufnahme von Kassenkrediten verzichten. Für 2018 sind Erträge von 313 Millionen Euro vorgesehen, für 2019 sollen diese auf 318 Millionen Euro steigen. Dem stehen Aufwendungen im gleichen Umfang gegenüber.[57]

Einnahmen

Auf der Einnahmeseite bilden die Zuweisungen des Landes und die von den kreisangehörigen Gemeinden erhobene Kreisumlage die Haupteinnahmequellen des Landkreises. Die Schlüsselzuweisungen des Landes an den Landkreis steigen gegenüber dem Jahr 2017 um 0,7 Millionen Euro auf 36,6 Millionen Euro (für 2018) und auf 37,0 Millionen Euro (für 2019). Darüber hinaus erhält der Landkreis sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land, die ebenfalls leicht ansteigen. Diese umfassen 9,7 Millionen Euro für 2018 (+ 0,5 Millionen Euro) sowie 9,8 Millionen Euro für 2019. Zum Ausgleich besonderer Belastungen bei der sozialen Grundsicherung und Jugendhilfe erhält der Landkreis sogenannte Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 6,1 Millionen Euro für 2018 und für 2019.

Die Kreisumlage als zweite wichtige Einnahmequelle wird auf Basis der Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden zuzüglich ihrer Schlüsselzuweisungen berechnet. Für den Landkreis Barnim wurden für 2018 Umlagegrundlagen in Höhe von 199,7 Millionen Euro festgesetzt. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent. Die Kreisumlage 2018 beträgt damit 87,5 Millionen Euro bei einem Umlagesatz von 43,8 Prozent. Die Kreisumlage für 2019 bleibt unverändert. Im Land Brandenburg liegt der durchschnittliche Hebesatz der Kreisumlage aller Landkreise im Jahr 2018 bei 43,1 Prozent.[59] Neun brandenburgische Landkreise haben aktuell höhere Kreisumlagen, vier geringere als der Landkreis Barnim.[60]

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite spielen vor allem die vielfältigen sozialen Ausgaben des Landkreises, die Personalkosten und die Zuschüsse des Landkreises für die Gemeinden eine große Rolle. Auch im Landkreis Barnim steigen seit vielen Jahren die Sozialausgaben. Dies betrifft z. B. Leistungen der Jugendhilfe, die Hilfen beim Kinderschutz, ambulante Hilfen im Bereich der Schulbegleitung sowie die stationäre Unterbringung von Müttern mit ihren Kindern. Steigende Betreuungszahlen sowie ein verbesserter Personalschlüssel führen zu mehr pädagogischem Personal in den Kindertagesstätten im Landkreis. Die

Haushalt Landkreis Barnim 2018–2019 (in Mio. €)[58]

ERTRÄGE	2018	2019
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	200,2	203,6
Kostenerstattungen und -umlagen	62,7	63,1
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30,0	30,9
Steuern und ähnliche Abgaben	10,1	10,1
Sonstige Transfererträge	9,0	9,08
Sonstige Erträge	0,7	0,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,3	0,3
Summe der Erträge	313	318

Aufwendungen des Landkreises 2018/2019 (in Mio. €)

AUFWENDUNGEN	2018	2019
Transferaufwendungen	179,6	182,6
Sonstige Aufwendungen	70,0	70,9
Personalaufwendungen	45,4	45,6
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11,3	11,7
Abschreibungen	7,0	7,2
Summe der Aufwendungen	313,4	318,1

neue Form der Eingliederungshilfe wird wahrscheinlich erhöhten Personalbedarf und höhere Kosten mit sich bringen. Schaut man sich die Zuschussquote des Landkreises bei verschiedenen sozialen Aufgaben an, so ist diese sehr hoch, wenn auch differenziert. Die Schülerbeförderung wird im Landkreis Barnim z. B. zu 100 Prozent bezuschusst. Bei Sport und Gesundheit sind es 91 Prozent Zuschüsse, bei der Jugendhilfe 72 Prozent, bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege 44 Prozent, bei der Sozialhilfe 35 Prozent und beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) 44 Prozent.[61]

Die Personalkosten des Landkreises betragen 14,5 Prozent der Aufwendungen im Jahr 2018, im Folgejahr sollen diese auf 14,3 Prozent sinken. Die Kreisverwaltung umfasst aktuell acht Stellen für Beamtinnen und Beamte und 723 für Angestellte.[62] Dies ist ein vergleichsweise ausgezeichneter Wert.

Zu den Ausgaben zählen auch die Zuschüsse des Landkreises an die Kommunen für die Erfüllung kommunaler Aufgaben. Diese betragen 102,8 Millionen Euro im Jahr 2018, im folgenden Jahr sollen diese auf 105,6 Millionen Euro steigen. Damit liegen die Zuschüsse des Landkreises bei 15,3 Millionen Euro (für 2018) bzw. 18,3 Millionen Euro (für 2019) über den Einnahmen des Landkreises, die dieser über die Kreisumlage von den kreisangehörigen Gemeinden einnimmt.

Der Landkreis erwartet für die nächsten Jahre einen deutlichen Anstieg der Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Die derzeit bestehenden Schulkapazitäten reichen nicht aus; die Schullandschaft im Landkreis muss ausgebaut werden.

Der Landkreis ist für den Schutz von Menschenleben und Sachgütern im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes verantwortlich. Die damit verbundenen Aufgaben wachsen wegen des Klimawandels weiter an. Der Landkreis erwartet daher in den nächsten Jahren höhere Kosten. Im Landkreis Barnim sind derzeit 1.667 Mitglieder in Feuerwehren und 122 Mitglieder in anderen Hilfsorganisationen aktiv. Um deren Aus- und Weiterbildung besser zu organisieren, soll ein Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz errichtet werden.

Kreisentwicklung und Regionalplanung

Integrierte Wirtschaftsentwicklungsstrategie als regionale Verantwortungsgemeinschaft

Seit 1997 bildete ein sogenanntes Integriertes Wirtschaftsentwicklungskonzept die Handlungsgrundlage für die regionalpolitischen Aktivitäten des Landkreises Barnim. Dieses Konzept war in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) entstanden. Eines seiner Kernelemente waren die sogenannten Prioritären Projekte, deren Umsetzung in den nächsten Jahren wichtige Impulse für die Kreisentwicklung gaben. Dies waren z. B. der Hafen Eberswalde, das Barnim Wissenszentrum in Bernau und der Bau von Fernradwanderwegen im Landkreis. Die dem Konzept zugrundeliegende Arbeitsteilung beschrieb Wilhelm Benfer wie folgt: »Der Landkreis übernahm bei diesen Projekten in Abstimmung mit allen Beteiligten durch eine eigens dafür eingerichtete und dem Landrat direkt unterstellte Arbeitseinheit das Projektmanagement, und zwar bis zur Realisierung der einzelnen Projekte.«[63] Im Jahr 2001 wurde das Konzept fortgeschrieben und stärker auf erneuerbare Energien, die Entwicklung des Finow-Kanals und auf das Vier-Wege-Netz als Kombination von Wander-, Radwander-, Wasserwander- und Reitwegen ausgerichtet.

Im Jahr 2007 wurde das Konzept als »Integrierte Wirtschaftsentwicklungsstrategie« grundsätzlich neu gestaltet, da sich die Rahmenbedingungen wesentlich geändert hatten. Dies geschah abermals mit der HNEE. Der Landkreis hatte nun deutlich geringere personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Es musste die Frage beantwortet werden, wie dennoch die räumliche Entwicklung im Barnim beeinflusst werden könnte. Zu beachten war auch die veränderte demografische Lage. Wesentlich für diese Strategie war der Ansatz der Regionalen Verantwortungsgemeinschaft, dem die Überlegung zugrunde lag, in einem ersten Schritt Entwicklungsziele und -schwerpunkte für die Region gemeinsam und im Konsens mit anderen maßgeblichen Akteuren der Regionalentwicklung zu formulieren. Dies betrifft sowohl die klassische Planungsregion als auch kleinere regionale Einheiten innerhalb des Landkreises.



Radwegenetz.



Speicher, Gut Hobrechtdsfelde.



Radweg Werbellinkanal.



Wassertourismus auf dem Werbellinkanal.

Gemeindeübergreifende Projekte mit regionaler Ausstrahlung und Struktureffekten, gefördert durch den Landkreis im Rahmen der Integrierten Wirtschaftsentwicklungsstrategie (IWES).

Regionales Leitbild

Hier kommt die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim ins Spiel, welcher der Landkreis seit deren Gründung im Jahr 1993 angehört. Dies ist eine der fünf Gemeinschaften dieser Art im Land Brandenburg. Diese Träger der Regionalplanung im Land erstrecken sich jeweils sektoral wie ein Tortenstück von der Bundeshauptstadt Berlin bis an die äußere Landesgrenze Brandenburgs. Damit sollen auch Entwicklungsimpulse innerhalb der Landkreise von den berlinnahen zu den berlinfernen Gebieten gesetzt werden. Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand. Die Regionalversammlung als öffentlich tagendes Organ fasst Beschlüsse über die Grundzüge der Planungsarbeit, z. B. über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Fortschreibung des Regionalplans und der räumlich oder sachlich begrenzten Teilpläne. Weiterhin kann sie über die Übernahme weiterer Aufgaben im Zusammenhang mit der Regionalplanung entscheiden. Sie beschließt außerdem die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan, die Bildung und Zusammensetzung von Ausschüssen und die Aufnahme von beratenden Mitgliedern in die Regionalversammlung. Die Regionalversammlung besteht aus 40 Regionalräten und Regionalrätinnen, die sich aus den Landräten und Landrätinnen sowie Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen der Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (sogenannte »geborene« Regionalräte bzw. -rätinnen) sowie Vertretern und Vertreterinnen der Kreistage (gewählte Regionalräte bzw. -rätinnen) zusammensetzen. Weiterhin können Vertreter und Vertreterinnen von in der Region tätigen Organisationen als beratende Mitglieder aufgenommen werden.

Die Regionalversammlung hat einen Planungsausschuss gebildet. Der Regionalvorstand der Planungsgemeinschaft umfasst sechs Mitglieder, aktuell ist Landrat Kurth dessen Vorsitzender. Deren Regionale Planungsstelle hat ihren Sitz im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde. Inhaltlich bildet die Regionalplanung die überörtliche, überfachliche und zusammenfassende Landesplanung in einer Region. Die Regionalpläne basieren auf dem gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm und dem gemeinsamen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B).[64] Sie konkretisieren diese für die Region zur Sicherung und Entwicklung ihrer jeweiligen natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Derzeit gibt es für die Planungsregion Uckermark-Barnim keinen integrierten Gesamtregionalplan, stattdessen existiert ein sachlicher Teilplan »Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung« von 2016.[65] In diesem Plan sind 48 Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie im Umfang von 9.450 Hektar festgelegt; dies entspricht ca. 2,1 Prozent der gesamten Fläche der Region. Zur Sicherung der Rohstoffgewinnung sind 23 Vorranggebiete mit einer Fläche von 1.354 Hektar und zwölf Vorbehaltsgebiete mit einer Fläche von 616 Hektar festgelegt. In der Planungsregion wurden Kies, Sand, Ton und Torf als Rohstoffe in wirtschaftlich gewinnbarem Umfang nachgewiesen. Mit diesem Plan konnte eine solide Grundlage für einen geregelten Ausbau der Windenergie sowie zur Sicherung des Rohstoffabbaus geschaffen werden. Bislang hat der Regionalplan »einen ungeordneten Ausbau der Windenergie verhindert«[66]. Die mittlerweile veränderte Rechtslage mit zum Teil deutlich höheren

Deckblatt» Leitbild«.





Zuschnitt der Regionalen Planungsgemeinschaften im Land Brandenburg.

rechtlichen Anforderungen macht allerdings eine Überarbeitung des sachlichen Teilregionalplans dringend nötig.

Der im Landkreis Barnim entwickelte Ansatz der Regionalen Verantwortungsgemeinschaft spielt bei dessen Agieren in der Regionalen Planungsgemeinschaft eine wichtige Rolle. Intensiv wurde über ein regionales Leitbild diskutiert, das die wichtigsten Entwicklungen bis zum Jahr 2030 umfassen soll. Der Prozess begann mit einem Beschluss der 26. Regionalversammlung am 11. April 2016 zur Erarbeitung des integrierten Regionalplans. Die Regionale Planungsstelle wurde beauftragt, in einem dialogischen Prozess mit möglichst vielen regionalen Akteuren ein Leitbild zu entwickeln. Dieses soll dann eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des integrierten



Team Barnim-Atlas, 2018.

Regionalplans bilden. Bis zur Absage der geplanten Kreisgebietsreform durch die Landesregierung im November 2017 wurde die Diskussion um das Leitbild stark von der Vorstellung geprägt, dass bis 2020 ein neuer Landkreis Uckermark-Barnim entsteht würde.[67] Diese Perspektive besteht heute nicht mehr, der Landkreis Barnim hat in seiner bestehenden Form wieder eine Zukunft. Die Notwendigkeit, regional zu planen und dabei Schwerpunkte zu setzen, hat sich aber nicht geändert. Am 21. Februar 2019 hat die Regionalversammlung das Leitbild beschlossen.[68]

Zusammenarbeit mit Polen im Rahmen der Regionalplanung

Die Raumplanungsbehörden der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg haben im Jahr 2015 gemeinsam mit dem Raumplanungsbüro der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern) das »Entwicklungskonzept der grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin« fertiggestellt. Dieses wird auf deutscher Seite federführend von der Staatskanzlei in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) koordiniert. Spätestens seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 nimmt die Bedeutung der polnischen Metropole Szczecin (Stettin) für die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung des Landkreises Barnim zu. Wichtig für den Landkreis ist dabei vor allem, gemeinsame Lösungen für den Umgang mit den Wirkungen des demografischen Wandels zu finden. Der Landkreis setzt sich stark für die Entwicklung der Region als eine grenzüberschreitende Modellregion für erneuerbare Energien ein. Gemeinsam sollen die verkehrliche Anbindung der Region verbessert, die natur- und kulturräumlichen Potenziale geschützt und aktiver Hochwasserschutz betrieben werden.

Der Landkreis Barnim ist gemeinsam mit anderen Landkreisen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und der polnischen Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern) Teil des deutsch-polnischen INTERREG V A-Fördergebiets Pomerania. INTERREG als »europäische territoriale Zusammenarbeit« ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union. Seit mehr als 20 Jahren werden damit grenzüberschreitende Kooperationen innerhalb von Regionen und zwischen Städten unterstützt, die das tägliche Leben, den kulturellen Austausch und den wirtschaftlichen Zusammenhalt fördern. Davon hat auch der Barnim profitiert. Die Euroregion Pomerania schafft mit der Umsetzung ihres Kooperationsprogramms INTERREG V A die Grundlage für vielfältigste Projekte in Rahmen der vier Prioritäten »Natur und Kultur«, »Verkehr und Mobilität«, »Bildung« sowie »grenzübergreifende Kooperation«. Deren regionale Kontaktstelle INTERREG ist in Eberswalde angesiedelt. Der Landkreis Barnim ist Mitglied der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V.

Künftig wird der Landschaftsrahmenplan Barnim eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Landkreises spielen. Dieses in Deutschland bislang einmalige Projekt hat der Landkreis Barnim gemeinsam mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) entwickelt. Wichtigstes Ergebnis ist der Ende 2018 veröffentliche Barnim-Atlas, der sich in sechs Kapiteln dem Lebensraum Barnim widmet und Klima, Boden, Wasser sowie die verschiedenen Ökosysteme untersucht.[69]

Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Der Landkreis Barnim hat sich zu einer starken Wirtschaftsregion in Brandenburg mit einem breiten Branchenmix entwickelt. Bernau und Eberswalde sind heute beeindruckende Qualitätsstandorte mit Ausstrahlung auf das Umland bis in die Bundeshauptstadt Berlin. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landkreises betrug im Jahr 2016 3,76 Milliarden Euro und liegt im Mittelfeld der brandenburgischen Kreise. Das BIP pro Einwohner liegt mit ca. 57.000 Euro allerdings »erheb-

lich unter dem Landesdurchschnitt wegen einer hohen Auspendlerquote und vergleichsweise weniger großer Wirtschaftsunternehmen«[70].

Wirtschaft

Die Wirtschaft des Landkreises basiert auf den Hauptsäulen Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe einschließlich Handwerk, Touristik und Dienstleistungen sowie Energie und Gesundheit. Der Wirtschaftsstandort Eberswalde ist einer von 15 Regionalen Wachstumskernen im Land Brandenburg. Diese werden durch das Land vorrangig bei der Entfaltung ihrer besonderen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale unterstützt. Dadurch werden ausgewählte, zukunftsorientierte Branchen gefördert. Im Landkreis Barnim waren Ende 2015 insgesamt 49.048 Personen sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) beschäftigt, davon 867 in der Landwirtschaft (1,8 Prozent), 10.873 im produzierenden Gewerbe (22,2 Prozent) und 37.308 im Dienstleistungssektor (76,0 Prozent).[71] Von letzteren sind 12.532 Beschäftigte in Handel, Verkehr und Gastgewerbe tätig, 5.916 bei Unternehmensdienstleistern sowie 18.096 bei öffentlichen und privaten Dienstleistern.

In einem schmerzhaften Prozess wurde aus der industriell geprägten Wirtschaftsstruktur des Landkreises eine klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft, die an alte Traditionen anknüpfen konnte. Das Handwerk spielte dabei eine besondere Rolle.

Landwirtschaft

Im Barnim liegt der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche nur bei 36 Prozent der Gesamtfläche. Mehr als 47 Prozent der Kreisfläche sind von Wald bedeckt und fünf Prozent von Seen, Flüssen und Kanälen. Im Landkreis Barnim bestehen 241 landwirtschaftliche Betriebe, die 49.686 Hektar bewirtschaften (Angaben für 2016).[72] Davon nutzen 201 landwirtschaftliche Betriebe 40.136 Hektar Ackerland, auf dem vorwiegend Getreide und Ölfrüchte angebaut werden. Über 20.000 Rinder, mehr als 6.000 Milchkühe, 24.000 Schweine und Geflügel (21.000 Stück) werden in den Barnimer Agrarbetrieben gehalten.

Die vielfältigen Veränderungen in der Landwirtschaft im Barnim seit der Gründung des Landkreises 1993 sind nicht zu übersehen. Die genutzte landwirtschaftliche Fläche ist zurückgegangen, die Tierproduktion gesunken. Es gibt kaum noch Kartoffelanbau, dafür werden vermehrt Ölpflanzen angebaut. Auf mehr als 15 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises wird heute ökologische Landwirtschaft betrieben. Die Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion hat sich deutlich gesteigert.

Anfang 2007 hat sich im Landkreis eine Lokale Aktionsgruppe (LAG) Barnim gebildet, um im Rahmen des LEADER-Wettbewerbs[73] des Landes Brandenburg die ländliche Entwicklung zu fördern. Die LAG Barnim ist eine öffentlich-private Partnerschaft, die verschiedene sozioökonomische Gruppierungen und Träger öffentlicher Belange im Landkreis repräsentiert. Zur Unterstützung ihrer Arbeit stützt sie sich auf ein Regionalmanagement.[74] Wie bereits in der Förderperiode 2007–13 wurde die LAG Barnim im Jahr 2014 erneut vom Brandenburger Ministerium für ländliche Entwicklung, Umweltschutz und Landwirtschaft als LEADER-Region für die Förderperiode bis 2020 anerkannt. Die LAG Barnim hat seit 2007 über 350 Projektanträge entschieden, davon wurde 241 Vorhaben unterstützt, die dann beim Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Prenzlau einen Förderantrag stellen konnten. Solche LEADER-Projekte sind z. B.: »Villa Linde« – Landhof Liepe, Umbau eines historischen Gebäudes zur Unterbringung von psychisch kranken Jugendlichen und die Fernwärmeleitung Lichterfelde zur Wärmeversorgung öffentlicher und sonstiger Gebäude.

Der Landkreis ist Mitglied in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen und erfüllt deren Kriterien einer mittelstandsfreundlichen Kreisverwaltung. Durch die Mitgliedschaft soll das Verwaltungshandeln, besonders im Hinblick auf unternehmerische Belange, optimiert sowie mess- und überprüfbar gemacht werden. Der Landkreis Barnim verfolgt schon seit vielen Jahren u. a. das Ziel, durch aktives und wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Barnim zu forcieren.[75] Der Dialog mit der regionalen Wirtschaft wurde verbessert. Der Landkreis hat 14 verbindliche Gütekriterien aufge-

stellt, um sein entsprechendes Handeln transparent, kalkulierbar und verlässlich zu gestalten. Dazu gehört u. a. ein Lotse für Existenzgründer. Die Serviceversprechen des Landkreises richten sich daher »nicht nur an kleine und mittelständische Unternehmen, sondern an alle Unternehmen«[76].

Tourismus

Aufgrund ihres Gewässer- und Waldreichtums besitzt die Region hohes Potenzial für den Tourismus. Der Barnim sieht sich vorrangig als grünes Ausflugsziel der Berlinerinnen und Berliner, hat aber auch für alle anderen Urlauberinnen und Urlauber viel zu bieten. Im Jahr 2017 haben 246.581 Touristen insgesamt 875.424 Übernachtungen im Barnim getätigt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag damit bei drei Tagen.[77] Etwa 9.500 Menschen bestreiten im Landkreis Barnim ihren Lebensunterhalt durch den Tourismus. Mit ca. 100 Beherbergungsbetrieben ist das Bettenangebot im Landkreis im Vergleich zu anderen Landkreisen in Brandenburg leicht überdurchschnittlich und hat sich nach einem starken Anstieg zwischen 1992 und 1997 stabilisiert.[78]

Zu den touristischen Attraktionen im Landkreis gehören z. B. das Industriedenkmal Schiffshebewerk Niederfinow sowie die Choriner Klosteranlage. Potenziale werden vor allem im Ökotourismus im von der UNESCO geschützten Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin sowie im Naturpark Niederfinow gesehen. 700 Kilometer Radwege, über 1.000 Kilometer Wanderwege und mehr als 100 Kilometer Wasserwege erleichtern den Besuch in der Region.

Mit der WITO Barnim GmbH hat der Landkreis eine eigene erfolgreiche Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft für den Barnim geschaffen. Damit wurde Tourismusförderung konzeptionell an Wirtschaftsförderung gekoppelt. Dadurch gibt es Wirtschafts- und Tourismusförderung sozusagen aus einer Hand. Die Kreiswerke Barnim (KWB) als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Landkreis Barnim dienen dem Zweck, regionale Wertschöpfungskreisläufe zu etablieren und zu fördern. Mittels Verknüpfung von Energie- und Kreislaufwirtschaft sollen die Ressourcen des Landkreises im

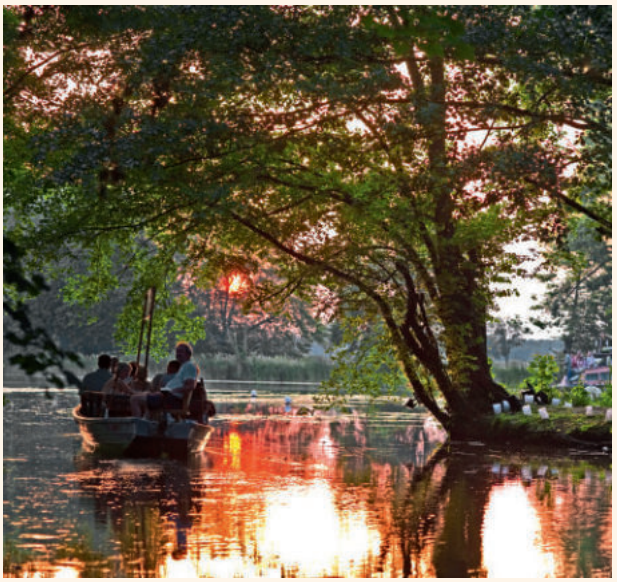
Kulturtouristische Highlights












Pehlitz
1,9 km
Brodowin
2,3 km
Aussichtspunkt
Hl. Pummelsberg 2,8 km





Hinblick auf erneuerbare Energien besser genutzt werden. Gemeinsam verfolgen der Landkreis und die kreisangehörigen Städte, Ämter und Gemeinden das Ziel einer Null-Emissions-Strategie und stärken damit auch die interkommunale Zusammenarbeit. Diese trägt gleichzeitig zur regionalen Ausgestaltung der Energiewende bei und nimmt auf den Ausbau der dezentralen Erzeugung und der Netzinfrastruktur aktiv Einfluss. Das Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz ist somit eine der zentralen Strategien des Landkreises, die unter dem Titel »Die Zukunft ist ERNEUER:BAR« zusammengefasst sind.

Energie

Gemeinden und Landkreise haben eine Schlüsselrolle bei der Energiewende. Sie verfügen über viele Handlungsmöglichkeiten, um sich für die Energiewende vor Ort einzusetzen. Diese reichen von der kommunalen Planung von Bauvorhaben über den Bezug von Ökostrom bis hin zum Betrieb von Anlagen. Städte und Gemeinden können beim dezentralen Umbau des Energiesystems mit gutem Beispiel vorangehen. In der Region Uckermark-Barnim sind einige engagierte Kommunen auf dem Weg der Umsetzung eigener kommunaler Energiekonzepte.

Die Region Uckermark-Barnim ist als eine der fortschrittlichsten Energie-Regionen Deutschlands anerkannt. Bereits im April 2008 hat der Landkreis Barnim eine Null-Emissions-Strategie beschlossen, um einen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele Deutschlands zu leisten. Bei der Umsetzung dieser Strategie spielen vier zentrale Handlungsfelder (Energiegewinnung, Energieeffizienz, Bildung und Forschung sowie Know How-Entwicklung und Innovationsförderung) die entscheidende Rolle. Der Ausstoß der CO_2-Emissionen konnte gegenüber 1990 nahezu um die Hälfte gesenkt werden. Das Ziel, eine Einsparung der CO_2-Emissionen um 20 Prozent zu erreichen, ist damit bereits übererfüllt. Im nächsten Schritt sollen die CO_2-Emissionen bis 2020 um 50 Prozent reduziert werden.

Langfristiges Ziel ist es, die komplette Energieversorgung im Landkreis Barnim durch erneuerbare Energien abzudecken. Bereits jetzt wird ausreichend regenerativer Strom produziert, um den Bedarf aller Barnimer Haushalte zu decken. Dafür sorgen unter anderem 1.116 Solar- und 118 Windkraftanlagen. Insgesamt erzeugen 3.500 Anlagen erneuerbare Energien im Barnim, wodurch ein Viertel des Barnimer Endenergieverbrauchs durch regenerative Quellen gedeckt wird.[79] Der Einsatz erneuerbarer Energien leistet durch erhöhte Steuereinnahmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Substitution klimaschädlicher Gase einen wesentlichen Beitrag für eine positive Entwicklung der Region.

Bei der Entwicklung geeigneter energiewirtschaftlicher Projekte arbeiten Kommunen mit der Barnimer Energiegesellschaft (BEG) Hand in Hand. Die Finanzierung wird ausgegliedert in die Barnimer Energie-Beteiligungsgesellschaft (BEBG), die das operative Geschäft und die wirtschaftliche Betätigung in den jeweiligen Projektgesellschaften übernimmt. Drei aktuelle Beispiele: Die unlängst gegründete ERWÄRM-BAR GmbH (EWB) wird sich als erste Projektgesellschaft der Kreiswerke künftig der Wärmewende im Landkreis Barnim widmen. Der Landkreis Barnim wird gemeinsam mit einem Entsorgungsunternehmen in der Gemeinde Wandlitz die Wertstofftonne als Pilotprojekt in den Jahren 2019 bis 2021 einführen. Im September 2018 wurde die Bürgerenergiegenossenschaft »Barnimer Energiewende eG« auf den Weg gebracht. Sie will die Energiewende im Barnim durch Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien vorantreiben und dabei möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Der Kreistag wird deren Aktivitäten fördern.

Arbeits- und Sozialpolitik

Der regionale Arbeitsmarkt im Barnim entwickelt sich seit vielen Jahren gut. Allerdings ist die Zahl der gemeldeten freien Stellen im Barnim in letzter Zeit gesunken. Chancen bestehen aktuell u. a. im Baugewerbe, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel, wobei hier überwiegend Fachkräfte nachgefragt werden. Der Arbeitsmarkt im Landkreis Barnim ist von der spezifischen Situation im Metropolenraum Berlin geprägt. Über 38 Prozent der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten im Landkreis pendeln überwiegend nach Berlin. Der dortige Arbeitsmarkt wird als »weiter aufnahmefähig« eingeschätzt.

Im Jahr 2015 lang der Landkreis Barnim mit ca. 47.500 SV-pflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im oberen Mittelfeld aller Kreise.[80] Deren Zahl nahm im Landkreis zwischen den Jahren 2000 und 2015 leicht um vier Prozent zu, während diese im Land Brandenburg um 0,4 Prozent sank. Zwischen 2010 und 2015 ist eine überdurchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung im sekundären Wirtschaftsbereich (plus vier Prozent) sowie in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (plus 17 Prozent) zu beobachten. Diese konzentriert sich vor allem auf den berlinnahen Teil des Landkreises, in dem die Hälfte aller SV-pflichtig Beschäftigen tätig ist. Dort weisen alle Orte seit dem Jahr 2010 Arbeitsplatzzuwächse auf. Diese liegen im Durchschnitt bei plus 14 Prozent. Dies gilt besonders für die Orte Werneuchen und Panketal mit einer Zunahme an SV-pflichtig Beschäftigten um über 30 Prozent. Was die Beschäftigtendichte betrifft, so hat der Landkreis Barnim mit 270 SV-pflichtig Beschäftigten je 1.000 Einwohner (im Jahr 2015) nach den benachbarten Landkreisen Märkisch-Oderland und Oberhavel den drittgeringsten Wert aller Kreise. Arbeitsmarktzentren befinden sich vor allem in der Stadt Eberswalde (u. a. verarbeitendes Gewerbe), der Stadt Bernau sowie in Ahrensfelde (Handel, Baugewerbe).

Die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis sinkt seit vielen Jahren. Waren dies im Jahr 2014 noch 8.139 Personen (Quote 8,6 Prozent), so sank deren Anzahl im Jahr 2015 auf 7.414 Personen (Quote 7,8 Prozent), im Jahr 2016 auf 6.770 Personen (Quote 7,1 Prozent) und schließlich im Jahr 2017 auf 6.094 Personen (Quote 6,3 Prozent).[81] Mittlerweile ist diese im Jahresdurchschnitt 2018 auf 5,7 Prozent gesunken. Allerdings ist die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit im Landkreis unterschiedlich. Deutlich mehr Arbeitslose finden sich im berlinfernen Teil des Landkreises[82] als im berlinnahen Bereich[83]. Im gleichen Zeitraum stiegen die Durchschnittslöhne im Landkreis von 27.095 Euro auf 31.282 Euro.[84]

Für die Grundsicherung der Arbeitsuchenden im Landkreis Barnim hat das Jobcenter Barnim (JCB) zu sorgen, das gemeinsam vom Landkreis und der Agentur für Arbeit Eberswalde betrieben wird. Das JCB hat den zentralen Auftrag, erwerbsfähige Leistungsberechtigte zu beraten und zu fördern, damit diese Arbeit finden und den Lebensunterhalt, auch der mit ihnen zusammenlebenden Angehörigen, sichern können. Das Jobcenter handelt dabei auf der Grundlage eines jährlichen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms gemeinsam mit den Trägern der Grundsicherung, der Agentur für Arbeit Eberswalde und dem Landkreis Barnim, sowie mit weiteren regionalen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Akteuren. Dem JCB standen zur Erfüllung seiner Aufgaben im Jahr 2018 ca. 5,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Arbeitsagentur Eberswalde, die auch für den Landkreis Uckermark zuständig ist, betreibt im Landkreis zwei Geschäftsstellen in Bernau und in Eberswalde.

Der Landkreis Barnim bietet darüber hinaus eigene sozialintegrative Leistungen an, die vor allem der Kinderbetreuung, der psychosozialen Betreuung und der Schuldnerberatung dienen. Sie sollen dazu beitragen, hilfebedürftigen Menschen in ihrer Lebenssituation zu stabilisieren und ihren Integrationsprozess zu unterstützen.[85]

Schaut man sich die hohe Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von verschiedenen Sozialleistungen im Landkreis an, so werden die noch zu lösenden sozialpolitischen Herausforderungen besonders deutlich. 552 Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Barnim erhalten Sozialhilfe, 846 empfangen Asylbewerberregelleistungen. Viele Einwohner und Einwohnerinnen erhalten Wohngeld, dessen Höhe durchschnittlich 133 Euro beträgt. 1.188 Personen erhalten Pflegegeld. 24.731 Einwohner und Einwohnerinnen des Landkreises sind schwerbehindert (Stand 2017). Alle Sozialindikatoren sind ansteigend. Positiv zu vermerken ist, dass die Betreuungsquote für Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren im Landkreis fast 94 Prozent beträgt.[86]

Bürger und Kreis

Demokratische Teilhabe

Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises haben verschiedene Möglichkeiten zur Mitwirkung an den kreislichen Angelegenheiten. Die wichtigste ist natürlich das Bürgerrecht, den Kreistag zu wählen und in diesen gewählt zu werden. Weiterhin bestehen auch auf kreislicher Ebene viele gesetzliche Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe, die vom Einwohnerantrag über Petitionen und Bürgersprechstunden bis zum Bürgerbegehren reichen.

Der Landrat bzw. die Landrätin ist nach der Hauptsatzung des Landkreises verpflichtet, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger »bei wichtigen Planungen und Vorhaben des Landkreises, die ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Wohl nachhaltig berühren, möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen (zu unterrichten)«.[87] Dabei geht es vor allem um die Aufstellung des Kreis- und Schulentwicklungsplanes, die Errichtung und Schließung von kreislichen Schulen, kulturellen Einrichtungen, Alten- und Pflegeheimen, Kinder- und Jugendheimen sowie die Planung und Aufhebung von Mülldeponien und Müll- sowie Tierkörperbeseitigungsanlagen. Diese Verpflichtung wird in der Praxis des Landkreises auch umgesetzt.

Der Kreistag führt in seinen Sitzungen aus diesem Grund immer Einwohnerfragestunden durch, bei denen jeder Einwohner und jede Einwohnerin berechtigt ist, mündlich oder schriftlich Fragen, Vorschläge und Anregungen in Angelegenheiten des Landkreises an den Kreistag zu richten. Die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und aller Einwohnerinnen und Einwohner, die im Landkreis Barnim leben, soll dazu beitragen, die Verbundenheit mit dem Landkreis und seinen Institutionen zu stärken. Nach 25 Jahren des Bestehens des Landkreises Barnim kann man davon sprechen, dass eine eigene Kreisidentität entstanden ist, die das Zusammengehörigkeitsgefühlt derjenigen Menschen widerspiegelt, die zwischen der deutschen Hauptstadt Berlin und der polnischen Grenze im Barnim leben.

Bürgerstiftung Barnim Uckermark

Eine wichtige Rolle bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis spielt die im Jahr 2003 gegründete Bürgerstiftung Barnim Uckermark.[88] Wie bei vielen anderen vom Kreis initiierten Institutionen ist deren Idee regional gedacht, um neben den 181.000 Bewohnerinnen und Bewohnern des Barnim auch die 120.000 Uckermärker und Uckermärkerinnen zu erreichen und so die Schlagkraft der Institution zu erhöhen. Die Geschäftsstelle der Bürgerstiftung befindet sich in Eberswalde. In Prenzlau gibt es ein Projektbüro als Ansprechpartner für die Bewohner des Landkreises Uckermark.



Logo der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

Zentrales Ziel aller von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark geförderten Projekte ist es, das offene und demokratische Zusammenleben in der Region durch Bildung, Kultur und bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Dabei arbeitet die Bürgerstiftung eng mit Kommunen, Stiftungen und anderen Institutionen zusammen.

Zu den erfolgreichen Projekten der Bürgerstiftung Barnim Uckermark gehört z. B. die im Jahr 2008 gegründete Freiwilligenagentur Eberswalde[89], die in Zusammenarbeit mit anderen gemeinnützigen Trägern der Stadt Ehrenamtliche berät, qualifiziert und vermittelt sowie die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen fördert. Dabei hilft ein Engagement-Marktplatz, der am 17. Oktober 2018 zum vierten Mal in Eberswalde stattfand.[90] Ebenfalls jährlich wird der »Eberswalder Freiwilligentag« veranstaltet, um die Agentur bekannter zu machen. Dies geschah zuletzt erfolgreich am 28. April 2018, wobei mehr als 463 Ehrenamtliche einen Tag lang in 28 sozialen und anderen gesellschaftlichen Projekten ihrer Stadt halfen.[91]

Schließlich verleiht die Bürgerstiftung den Demokratiepreis Barnim Uckermark, mit dem regionale Initiativen ausgezeichnet werden, die Minderheiten schützen, sich aktiv in die Entwicklung der Heimat einbringen und ein Miteinander in Vielfalt leben. Der Preis wurde im Jahr 2018 bereits zum fünften Mal in drei Kategorien vergeben: Teilhabe von Minderheiten (Inklusion), Courage und Durchsetzungsvermögen sowie Vernetzung.

2018 erhielt Ellen Grünwald den Demokratiepreis in der Kategorie »Courage und Durchsetzungsvermögen« für ihre Rolle als Initiatorin des Eberswalder Gedenkbuches für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Eberswalde.[92] Daraus hat sich die Verlegung der Stolpersteine auch im Landkreis Barnim entwickelt. Inzwischen wurden Stolpersteine nicht nur in Eberswalde verlegt, sondern auch in anderen Städten des Kreises (Bernau, Biesenthal, Joachimsthal, Oderberg, Werneuchen). Die

Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann. Mit im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

In der Kategorie »Vernetzung« ging der Demokratiepreis Barnim Uckermark im Jahr 2018 an Siegmund Bäsler. Als langjähriger Chef und heutiger Ehrenpräsident der uckermärkischen Unternehmervereinigung förderte er die Vernetzung zwischen Unternehmen in der Region. Schließlich erhielt Waheed Mukhtar den Demokratiepreis 2018 in der Kategorie »Teilhabe von Minderheiten«. Der gebürtige Pakistaner lebt seit vier Jahren in Eberswalde und engagiert sich vielfältig für die Teilhabe von Minderheiten und schutzbedürftigen Menschen in verschiedenen Vereinen der Stadt.

Kultur, Bildung und Jugendarbeit gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, die deshalb auch das Kanaltheater Eberswalde fördert.[93] Das Theater greift seit vielen Jahren in seinen Stücken auf künstlerische Weise aktuelle und historische gesellschaftspolitische Themen auf. Diese werden regional bezogen und unterhaltsam präsentiert. Im Mittelpunkt stehen dabei entscheidende Fragen: Wie wollen wir leben? Wie können wir diese Gesellschaft mitgestalten? So wurden z. B. mit der Inszenierung »Kohlhaas – Anatomie eines Aufstands« Themen wie das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit, das Gewaltmonopol des Staates und das Recht auf Widerstand und Rache aufgegriffen.[94]

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark ist die Stärkung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sowie der Kinderrechte. Die Kinder und Jugendlichen sollen dabei unterstützt werden, neue Horizonte zu erschließen, ihr Selbstvertrauen zu stärken, ihre eigenen Potenziale zu entdecken und Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Jedes Kind soll die Möglichkeit bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das stärkt auch den Zusammenhalt vor Ort. Dabei geht es der Bürgerstiftung Barnim Uckermark vor allem darum, Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen in ihren unterschiedlichen Formen zurückzudrängen. Dies betrifft – um nur ein Beispiel zu nennen – auch die Folgen von Armut



Preisträger des Demokratiepreises für das Jahr 2018.

und Ausgrenzung. Kinderarmut gehört leider zu den bedrückendsten Problemen der modernen Gesellschaft. Im Jahr 2015 lebten in Brandenburg 61.608 Kinder unter 18 Jahren in Familien, die Grundsicherungsleistungen erhielten (sogenannte Bedarfsgemeinschaften), in Deutschland waren es insgesamt 1.931.474 Kinder.[95] Begrenzte Erfolge bei der Bekämpfung der Kinderarmut gibt es in Brandenburg durchaus. So konnten zwischen 2011 und 2015 über 4.500 Kinder aus dieser sozialen Situation befreit werden. Mit einer SGB-II-Quote bei Kindern unter 18 Jahren von 17 Prozent leben in Brandenburg aber immer noch mehr Kinder in Armut als im Bundesdurchschnitt (mit 14,7 Prozent für 2015). Dabei bestehen zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg zum Teil erhebliche Unterschiede. Im Landkreis Barnim sind immer noch 4.093 Kinder unter 18 Jahren von Armut betroffen, die Quote beträgt 15,5 Prozent. Diese liegt aber weiterhin über dem Bundesdurchschnitt, was die Notwendigkeit aufzeigt, dieser Herausforderung zu begegnen und nachhaltige soziale Veränderungen zu bewirken.

Mit dem Kinderrechtefonds fördert die Bürgerstiftung die Eigeninitiative von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Mädchen. Zwischen 2013 und 2016 führte die Bürgerstiftung gemeinsam mit über 20 Kooperationspartnern das Projekt »x-mal anders. x-mal gleich« in Schwedt/Oder durch. Spezielle Preise des Ideenwettbewerbs der Bürgerstiftung Barnim Uckermark für Kinder und Jugendliche im Jahr 2018 gingen an Jugendliche des Gymnasium Angermünde, an Jugendliche aus

Brüssow, an ein Projektteam des Horts »Kindertraum« in Lychen und an eine Schülerinitiative des Gymnasiums Templin.

Ein gutes Beispiel, wie im Landkreis Projekte verschiedener Ausrichtung verknüpft werden, sind die Schulprojektmodule mit dem Titel »Engagement für Erneuerbare Energien, Klima- und Umweltschutz an Barnimer Schulen«, die sich auf die Null-Emissions-Strategie des Landkreises beziehen und mit denen sich zugleich die genannten Themen flexibel in den Unterricht integrieren lassen.

Bürgerengagement gegen Rassismus

Seit vielen Jahren gehört das Bürgerengagement gegen Rassismus zu den wichtigsten Herausforderungen der Zivilgesellschaft im Barnim. Dies hat mit einer tragischen Geschichte aus der Wendezeit zu tun. Der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen in Eberswalde aus rassistischen Gründen ermordet. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt im vereinigten Deutschland. Die Amadeu Antonio Stiftung schätzt die Zahl der Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Deutschland seither auf 138.

Seitdem hat sich in Eberswalde und in anderen Gemeinden des Landkreises viel bewegt. Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark sieht dies folgendermaßen: »Eine engagierte und gefestigte Zivilgesellschaft arbeitet konsequent gegen Rassismus und setzt sich für Toleranz sowie Integration ein. Mit Erfolg. Eberswalde zeigt sich heute überwiegend als tolerante Kommune, in deren Stadtbild die Vielfalt sichtbar ist.«[96] Leider sind dennoch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit weiter ein gesellschaftliches Problem in Deutschland und auch im Barnim.

Seit ihrer Gründung 1998 trägt die Amadeu Antonio Stiftung wesentlich dazu bei, die demokratische Zivilgesellschaft in Deutschland vor Ort zu stärken.[97] Die Stiftung hat seither deutschlandweit nach eigenen Angaben über 1.200 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Naziszene unterstützt. Darunter sind auch Initiativen im Landkreis Barnim. Jüngstes Beispiel dafür ist ein 2018 veröffentlichter Comic mit dem Titel »Rassismus ist kein Randproblem«[98], der in Koproduktion zwischen der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, der Amadeu Antonio Stiftung und Berliner Kulturingenieuren entstanden ist. Dieser Comic richtet sich vor allem an Jugendliche und erzählt die tragische Biografie Amadeu Antonios.

Das Bild der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Landkreis Barnim hat noch viel mehr Facetten zu bieten. Dazu gehört auch die 2004 verliehene Auszeichnung an die Goethe-Realschule Eberswalde mit dem Bundespreis »Botschafter der Toleranz«. Schüler und Schülerinnen dieser Schule zeichneten den Lebens- und Leidensweg einzelner Patienten der psychiatrischen Klinik in Eberswalde, die in das Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten eingebunden war, nach. Sie erarbeiteten persönliche Gedenktafeln, die die Opfer aus der namenlosen Masse heraushoben und damit unvergessen für die nachkommenden Schuljahrgänge machen. Diese Ergebnisse wurden auch in die Aktion der Stolpersteine eingebunden.

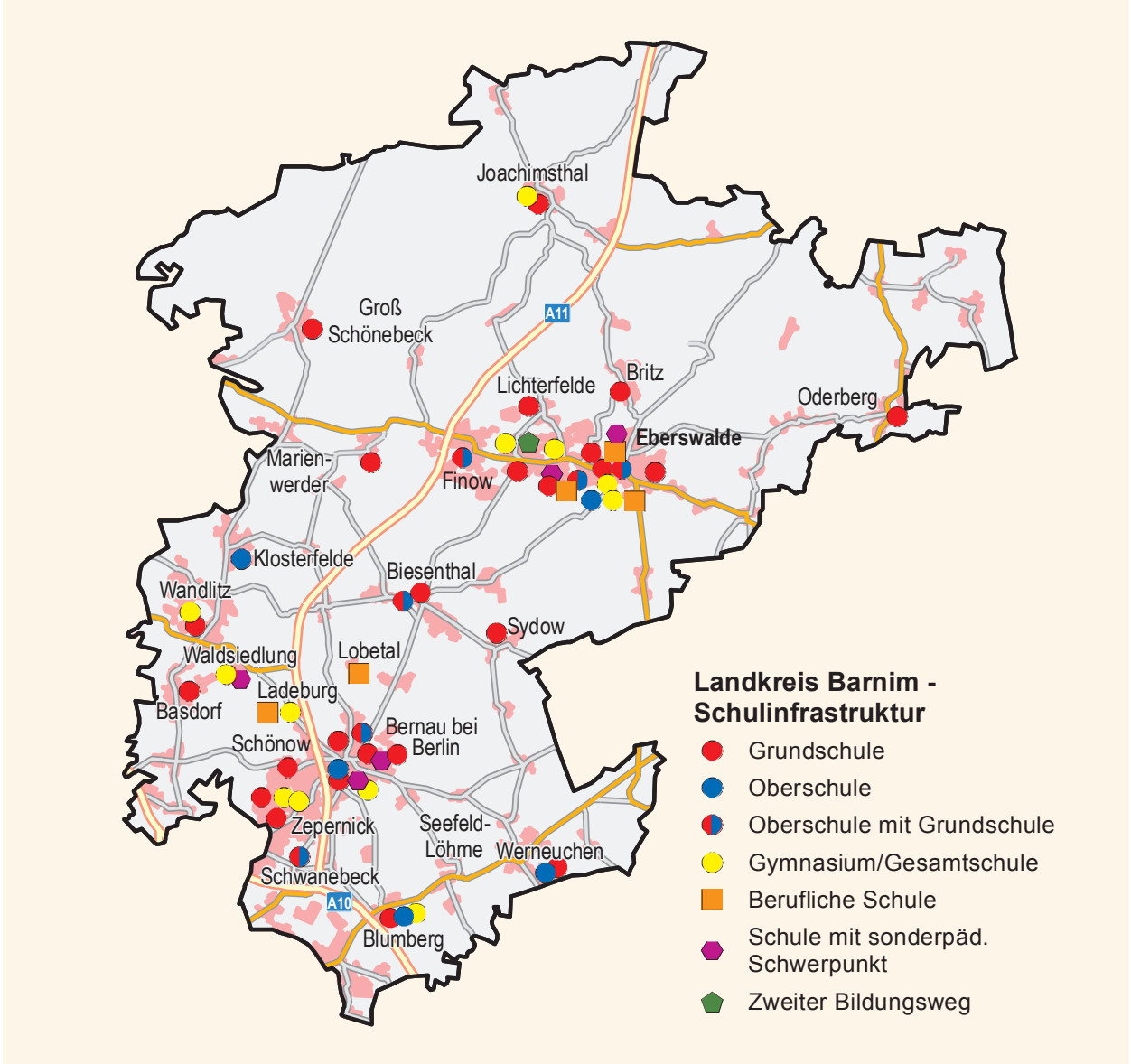
Schule und Bildung

Schulstruktur

Im Landkreis Barnim gibt es eine gut ausgebaute schulische Infrastruktur in den Schulformen der Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, Förderschulen sowie als berufliche Schule das Oberstufenzentrum. Es bestehen insgesamt 60 Schulen, davon 43 in öffentlicher und 17 in privater Trägerschaft.[99] Grundschulen, in der Regel in der Trägerschaft von Gemeinden, sind neben Eberswalde und Bernau in vielen anderen Gemeinden des Landkreises vorhanden, insgesamt sind es gegenwärtig 26. Vier Oberschulen sind mit Grundschulen kombiniert. Es bestehen weitere sechs Oberschulen, darunter die Europaschule in Werneuchen sowie drei Gesamtschulen. In der Gemeinde Panketal hat die Gesamtschule Wilhelm Conrad Röntgen auch eine gymnasiale Oberstufe. Im Landkreis bestehen des Weiteren die folgenden fünf Gymnasien: das Paulus-Praetorius-Gymnasium und das Barnim-Gymnasium in Bernau, das Alexander-von-Hum-



Comic gegen Rassismus, Auszug.



Schulinfrastruktur.

boldt-Gymnasium und das Gymnasium Finow in Eberswalde sowie das Gymnasium Wandlitz in der gleichnamigen Gemeinde. Insgesamt existieren derzeit fünf Berufsschulen. Fünf Förderschulen sind auf spezifische sonderpädagogische Förderschwerpunkte ausgerichtet: die Robinsonschule in Bernau und die Märkische Schule in Eberswalde widmen sich der Förderung der geistigen Entwicklung, die Schule im Nibelungenviertel in Bernau und die Nordend-Schule in Eberswalde fördern das Lernen und die Johanna-Schule in Bernau hat sich auf die Förderung der emotionalen und sozialen Entwicklung spezialisiert. Die Kreisvolkshochschule Barnim als kommunale Weiterbildungseinrichtung im Barnim steht Erwachsenen, aber auch Jugendlichen und Kindern offen, die neue Qualifikationen und Kompetenzen erwerben möchten. Ein Teil der genannten Schulen, insbesondere die weiterführenden Schulen, befindet sich in direkter Trägerschaft des Landkreises Barnim.

Der Schulstruktur liegt seit Beginn eine Schulentwicklungsplanung zugrunde, zu der der Landkreis auch gesetzlich verpflichtet ist. Diesem Auftrag kam und kommt der Landkreis Barnim mit Kompetenz und Weitsicht in

enger Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Bildungsministerium, den staatlichen Schulämtern, den Leiterinnen und Leitern der Bildungseinrichtungen sowie den Pädagoginnen und Pädagogen und Elternvertreterinnen und Elternvertretern nach. Das war und ist nicht konfliktfrei, mussten doch wegen des Bevölkerungsrückganges in den 1990er Jahren die Konzentration von Schulstandorten und Schulschließungen beschlossen und durchgeführt werden. Mit den wieder wachsenden Bevölkerungszahlen im neuen Jahrtausend muss die schulische Infrastruktur wieder ausgebaut werden, wobei die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Teilräumen zu beachten ist. Das bedeutet eine Steigerung der Gymnasialplätze im berlinnahen Raum (Erweiterungsbauten der Gymnasien in Eberswalde/Ortsteil Finow, in Bernau und Wandlitz, Modernisierung des OSZ I und II) und ein weiterer sukzessiver Ausbau des Grund- und Oberschulbereichs.

Zu der Weitsicht des Kreises gehört auch, dass er über die Jahre auf Antrag von Gemeinden deren Schulen in seine Trägerschaft übernommen, saniert und modernisiert hat. Damit hat der Landkreis sichergestellt, dass gerade auch in finanzschwachen Gemeinden gute schulische Infrastruktur vorgehalten werden konnte und wird. Auch haben die finanzielle Stärke und der politische Wille des Landkreises Barnim möglich gemacht, dass seit vielen Jahren der Schülerverkehr für die Eltern kostenfrei ist.

Bildungsinitiative Barnim als eine der zentralen Strategien des Landkreises

Gute materielle Ausstattung und moderne Gebäude sichern allein aber noch keine erfolgreiche Bildungsarbeit. 2009 startete der Landkreis mit seinen Bildungspartnern die »Bildungsinitiative Barnim«, mit der er zu den 38 Kommunen zählte, die durch das Bundesprogramm »Lernen vor Ort« finanziell gefördert wurden. Der Landkreis Barnim wurde dafür auch ausgezeichnet. Diese Initiative wurde zu einer der zentralen Strategien des Landkreises. Es entstand eine Bildungslandschaft, in der alle Lehr- und Lernangebote von der frühkindlichen Bildung über Kindergarten und Schule bis zur Weiterbildung auf die Bedürfnisse der im Landkreis lebenden Menschen abgestimmt sind und koordiniert zusammenwirken. Ziel ist es, Lernen nach dem Motto »Anschluss statt Ausschluss« zu gestalten. Damit sollen alle Bildungsangebote und eine hohe Bildungsbeteiligung den Barnim als attraktive Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsregion in Nachbarschaft zur Metropole Berlin sichern.[100]

Um diese Bildungsinitiative hat sich der Landkreis sehr verdient gemacht. Das Sachgebiet Bildung in der Kreisverwaltung konzipiert, koordiniert und steuert erfolgreich Projekte wie die Sprachberatung in KITAS, das Übergangsmanagement von Bildungseinrichtung zu Bildungseinrichtung, sozusagen von der KITA bis zum Berufseinstieg. Der Landkreis fühlt sich für eine fach- und medienpädagogische Unterstützung des Personals (Fortbildungsakademie), für die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft sowie ein begleitendes Bildungsmonitoring als zuverlässige Planungsgrundlage verantwortlich. Seit 2014 steht allen Schulen in Trägerschaft des Landkreises eine internetbasierte Lern- und Organisationsplattform zu Verfügung. Damit erhalten die im Schulprozess Beteiligten die Möglichkeit, in einem geschützten schulbezogenen Raum online miteinander zu kommunizieren. Daneben stellt der Landkreis nicht nur für die in seiner Trägerschaft befindlichen Bildungseinrichtungen moderne IT-Infrastruktur zur Verfügung.

Barnim Stipendium

Auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages vom September 2013 vergibt der Landkreis jährlich das Barnim Stipendium I und das Barnim Stipendium II. Darum können sich Schülerinnen und Schüler Barnimer Schulen bzw. von Spezialschulen auch außerhalb des Barnims bewerben. Das Barnim Stipendium I ist ein Leistungsstipendium für außergewöhnliche hervorragende Leistungen im mathematisch-naturwissenschaftlich Bereich; das Barnim-Stipendium II für außergewöhnliche schulische Leistungen im sprachlich-künstlerisch-musisch-gesellschaftlichen Bereich. Insgesamt erhalten zwölf Stipendiatinnen und Stipendiaten für ein Jahr eine monatliche Förderung in Höhe von 150 Euro. Die Entscheidung zur Vergabe wird durch die Abgeordneten des Kreistages getroffen und die Verleihung erfolgt in einem feierlichen Rahmen.



Preisträger des Barnimstipendiums für das Schuljahr 2016/17.

»Wir kümmern uns mit Weitsicht und Hingabe um unsere Kinder« – diese Aussage des langjährigen Landrates Bodo Ihrke ist weiterhin Verpflichtung und Programm für den Landkreis.

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Seit über 180 Jahren wird in der Stadt Eberswalde nachhaltige Forschung und Lehre betrieben. Die heutige Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) wurde 1830 als Höhere Forstlehranstalt gegründet. Seit der Wiederaufnahme des Studienbetriebs 1992 am traditionellen Forst- und Holzforschungsstandort setzt die Hochschule auf Forschung und Lehre in Zukunftsbranchen und Schlüsselbereichen wie Regionalmanagement, Nachhaltigen Tourismus, Naturschutz, Forstwirtschaft, Ökolandbau, Anpassung an den Klimawandel oder Nachhaltige Wirtschaft. Die Hochschule ist ein wichtiger Standortfaktor der Region. Als einzige Hochschule im Landkreis ist sie auch ein wichtiger Partner der Kreisverwaltung, um gemeinsame Projekte voranzutreiben. An der Hochschule sind gegenwärtig etwa 2.100 Studierende in 19 zum Teil einzigartigen Studiengängen in den vier Fachbereichen »Wald und Umwelt«, »Landschaftsnutzung und Naturschutz«, »Holzingenieurwesen« sowie »Nachhaltige Wirtschaft« immatrikuliert. An der Hochschule sind 67 Professorinnen und Professoren beschäftigt.[101]

Gesundheits- und Rettungswesen

Gesundheitsvorsorge und das Vorhalten gesundheitlicher Einrichtungen haben für die Bevölkerung hohe Priorität und sind zugleich ein wichtiges Politikfeld des Kreises.



Hochschule für Nachhaltige Entwicklung (HNE) in Eberswalde.

Dabei geht es aus kreispolitischer Perspektive um Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung für den Gesundheitsbereich, um eine angemessene ärztliche Infrastruktur in allen Teilräumen, gerade auch in den ländlichen Räumen, und eine ausreichende Krankenhausstruktur. Diese Aufgaben im Gesundheitswesen sind allerdings zwischen vielen Akteuren verteilt. Für die ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung ist die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg zuständig, für die stationäre medizinische Versorgung hingegen das Land. Aufgabe des Landkreises wiederum ist die Sicherstellung der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes durch die Gesundheitsämter. Dennoch wird auch der Landkreis Barnim daran gemessen, wie es ihm – gemeinsam mit den anderen Akteuren – gelingt, die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen bzw. zu verbessern. Die konkreten Aufgaben des Gesundheitsamtes in Barnim, das mit dem Verbraucherschutz in einem Dezernat zusammengeschlossen ist, reichen von amtsärztlichen Beratungen und Untersuchungen bis hin zur Überwachung der Badegewässerqualität, der Hygiene in öffentlichen Einrichtungen und der Trinkwasserqualität.[102]

Die ambulante medizinische Versorgung im Landkreis erfolgt durch Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachärztinnen und Fachärzte, die im Landkreis Barnim vorrangig in eigenen Niederlassungen, aber auch in Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften tätig sind. Über die Jahre ist es gelungen, den Landkreis Barnim als Standort mit einem leistungsfähigen Gesundheitssektor auszubauen, der auch über die Kreisgrenzen hinweg wahrgenommen wird. Dafür steht insbesondere die Ende 2005 gegründete GLG mbH – Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH – als ein Verbund moderner Gesundheitseinrichtungen im Nordosten Brandenburgs. Träger der GLG sind die Brandenburger Landkreise Barnim



Die GLG als Verbund moderner Gesundheitseinrichtungen.

(71,1 Prozent) und Uckermark (25,1 Prozent) sowie die Stadt Eberswalde (3,8 Prozent). Den Schwerpunkt des Unternehmens bilden vier Krankenhäuser in Eberswalde, Angermünde und Prenzlau sowie die Fachklinik für Rehabilitation in Wolletz. Außerdem gehören drei Medizinische Versorgungszentren (MVZ) mit Arzt- und Facharztpraxen, das Rehabilitationszentrum REHAZENT, ein ambulanter Pflegedienst und eine Medizinservice-GmbH sowie Tageskliniken, Wohnstätten und Beratungsstellen für psychisch erkrankte Menschen dazu. Die GLG sichert



Werner Forßmann Klinikum.



Martin Gropius Krankenhaus.



Brandenburgklinik.

eine umfassende wohnortnahe medizinische Versorgung und beeinflusst auf vielfältige Weise die Lebensqualität in der Region. Mehr als 100.000 Behandlungen werden jährlich in den GLG-Einrichtungen durchgeführt. 3.100 Beschäftigte sind daran beteiligt. Damit ist die GLG zugleich der mit Abstand größte Arbeitgeber in Nordbrandenburg und für ortsansässige Wirtschaftsunternehmen ein wichtiger Auftraggeber und Investor.[103]

Neben der Gesellschaft für Leben und Gesundheit sind aber auch viele weitere Partner wichtig. So sind in Bernau beispielsweise das Immanuel-Klinikum und das Herzzentrum Brandenburg zu finden. Außerdem wird dort von der Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal die Epilepsieklinik Tabor betrieben. In der ebenfalls zu Bernau gehörenden Waldsiedlung entstand nach der Wiedervereinigung mit der Brandenburgklinik eine große Klinik für Rehabilitation. Rund um diese Standorte in Eberswalde und Bernau haben sich zudem zahlreiche Firmen angesiedelt, die direkt mit der Gesundheitswirtschaft in Beziehung stehen.

Der Landkreis ist auch für den Rettungsdienst und den qualifizierten Krankentransport zuständig, die er über die Rettungsdienst Landkreis Barnim GmbH sicherstellt. Im April 2002 beschloss der Kreistag die Gründung einer Eigengesellschaft Rettungsdienst zur Absicherung dieser Dienste. Dem folgten zahlreiche Umstrukturierungen, Erweiterungen der materiellen Ausstattung sowie Gründung und Aufbau von neuen Rettungswachen. Derzeit betreibt die Rettungsdienst GmbH zehn Rettungswachen: in Basdorf, Bernau, Biesenthal, Eberswalde Ost, Eberswalde West, Joachimsthal, Parstein, Sandkrug, Seefeld und Zerpenschleuse, die somit im Landkreis strategisch verteilt sind, um in der gesetzlich vorgegebenen Hilfsfrist am Notfallort zu sein. In diesen Rettungswachen sind je nach Bevölkerungsdichte und Einsatzaufkommen Rettungswagen mit den entsprechenden Besatzungen

stationiert. Der Notarzt wird im Norden des Landkreises vom Werner-Forßmann-Klinikum Eberswalde und im Süden vom Immanuel-Klinikum Bernau gestellt.

Kunst und Kultur

Kaum ein Politikfeld hat so viele Schnittschnellen mit anderen wie Kunst und Kultur und ist so eng mit Wirtschaft und Tourismus, Soziales und Bildung, Naturschutz und Denkmalpflege verknüpft. Kunst und Kultur stehen ebenso für Teilhabe am Leben und bürgerschaftliches Engagement und sind unerlässlich für die Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsfindung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises.

Obwohl klassisch freiwillige Angelegenheit und damit nicht zwingend zu erledigen, nimmt der Landkreis diese Komplexität sehr ernst und fördert das kulturelle Leben und die Vermittlung des kulturellen Erbes in seinem Gebiet. Dafür stellt er seit seiner Gründung jährlich im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen eigenen Etat zur Verfügung. Ausdruck seiner Verantwortung in diesem Bereich war auch die Übernahme der von Schließung bedrohten kulturellen Einrichtungen Anfang und Mitte der 1990er Jahre in die Kreisobhut (z. B. das Kreisorchester).

Die freiwillige Aufgabenerledigung basiert aktuell auf der vom Kreistag im Dezember 2018 beschlossenen Richtlinie zur Förderung und Unterstützung des kulturellen Lebens im Landkreis (Kulturförderrichtlinie).[104] Dabei fördert der Landkreis Aktivitäten in Kunst und Kultur von überörtlicher Bedeutung und solche, die die Möglichkeiten von kreisangehörigen Gemeinden übersteigen. Das Ziel der Förderung – die hauptsächlich fiskalisch erfolgt – ist, »künstlerische Tätigkeiten zu befördern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ein breites kulturelles Angebot zu ermöglichen, spezifische Zielgruppen bei aktiven und kreativen Betätigungen zu fördern, eine Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Landkreis zu unterstützen und einen Beitrag zum Standortmarketing des Wirtschaftsstandortes Barnim zu leisten«.[105]

Das Kreisarchiv.



Der Landkreis Barnim fördert Vorhaben mit überörtlicher, kreislicher und überkreislicher Bedeutung, die einen Beitrag zur Verbesserung des Standortmarketings für den Wirtschaftsstandort Barnim leisten. Ebenso werden Vorhaben, die der Bewahrung eines traditionellen oder besonderen Kulturgutes dienen, Vorhaben, die durch ihren innovativen Charakter die bisherige Kulturlandschaft des Landkreises bereichern und Vorhaben, die einen Beitrag zur Vernetzung der Kulturaktivitäten leisten, gefördert. Bei den geförderten Vorhaben handelt es sich um Lesungen, Lesereihen und literarische Veranstaltungen; der Herausgabe von Einzelpublikationen und Anthologien; um Konzerte, Konzertreihen und musikalisch-literarische Veranstaltungen; Theater- und Tanzprojekte freier Gruppen sowie Projekte des Kinder- und Jugendtheaters, künstlerische Ausstellungen und Symposien sowie die Herausgabe von Kunstkatalogen, Werke bildender Kunst. Ebenso werden Chorkonzerte, Chortreffen und Projekte der Chorverbände sowie Projekte im Bereich der Soziokultur und überregionale Kinder- und Jugendkulturveranstaltungen sowie die Erforschung, Darstellung und Publizierung regionaler Geschichte, Kunst und Kultur unterstützt. Seit mehr als 25 Jahren vergibt der Landkreis Barnim im Rahmen des Tages der Kinder- und Jugendliteratur im jährlichen Wechsel den Manuskriptpreis »Eberhard« und den Nachwuchsautorenpreis »Bernadette« als Mittel der Sprachbildung, der Wissensaneignung, der Problemlösung, der Selbsterkenntnis und der Unterhaltung.[106]

Auch betreibt bzw. unterstützt der Landkreis Barnim zahlreiche Institutionen wie das Kreisarchiv, die Volkshochschule mit den zwei Regionalstellen in Eberswalde und Bernau sowie die Musikschule finanziell. Hinzu kommt eine reichhaltige Museumslandschaft vom Kloster Chorin, dem Binnenschifffahrtsmuseum Oderberg, dem Luftfahrtmuseum Finowfurt über das Heidekrautmuseum – Basdorf, das Barnim-Panorama, dem Baudenkmal Bundesschule Bernau bis hin zu Heimatstuben in kleineren Gemeinden. Typisch für den Landkreis ist das gelungene Zusammenspiel von bildender Kunst, Volkskunst, Kunsthandwerk und Traditionskultur. Alljährlich wird vom Landkreis der »Tag des offenen Ateliers« organisiert.

Zu den über den Landkreis hinaus wirkenden kulturellen Einzelvorhaben zählen vor allem die schon traditionellen Veranstaltungen:



Archivleiterin Brigitta Heine ermöglicht den Blick in den Magazinraum des Kreisarchivs, 2017.

- Die Provinziale: Filme für die Provinz, Filme aus der Provinz; ein Festival vorwiegend für Dokumentarfilme in Eberswalde.
- Jazz in E.: Jedes Jahr über das Himmelfahrtswochenende erklingt in Eberswalde aktuelle Musik abseits gewohnter Hörpfade, in Konzerten, Filmen, Installationen, Lichtkollagen oder Radio-Features.
- Der Choriner Musiksommer: Diese Konzertreihe entstand vor fast 50 Jahren aus einer betrieblichen Kulturinitiative. Unzählige bekannte und weniger bekannte, aber nicht minder begabte Künstlerinnen und Künstler sowie Ensembles, Chöre und Orchester aus dem In- und Ausland gaben sich vor der Kulisse des weltbekannten Klosters Chorin die Klinke in die Hand. Darunter etwa das Rundfunksinfonieorchester Berlin, der Dresdner Kreuzchor oder der Chor des Bolschoi-Theaters Moskau. Zu den fast zwei Dutzend Konzerten kommen jährlich einige Tausend Besucherinnen und Besucher.
- Das Siebenklang-Festival: Sieben unterschiedlichen Künstler und Künstlerinnen an sieben unterschiedlichen Orten und jedes Jahr ein anderes Motto – so lässt sich in kurzen Worten das Konzept des Siebenklang-Festivals in Bernau beschreiben. Ungewöhnlich daran sind nicht nur die Bandbreite der Künstler und Künstlerinnen und Darbietungen, sondern auch die Orte, an denen die Konzerte stattfinden (neben Schlössern und alten Ofenhäusern auch in einem Wasserturm, einer Waldkirche und an anderen Orten).

Kulturelle Festlichkeiten im Landkreis



Ökodorf Brodowin.



Filmfest Eberswalde.

Hussitenfest Bernau.



Flößerfest Finowfurt.





Flößerfest Finowfurt.

Choriner Musiksommer.



– Das Brassens-Festival Basdorf: Der Namensgeber des Festivals, George Brassens, gilt als einer des größten Chansonniers Frankreichs. Einige Jahre seines Lebens verbrachte der Künstler jedoch auch in Basdorf. Als Zwangsarbeiter musste er dort für die Brandenburgischen Motorenwerke Dienst leisten. In Basdorf fühlt man sich dem Künstler eng verbunden. Seit mehr als zehn Jahren organisiert deshalb ein kleiner Verein mit viel Enthusiasmus ein Festival mit viel nationalem und internationalem Zuspruch.

Daneben wird die örtliche Kultur vom Landkreis Barnim besonders gefördert. Dazu zählten in den letzten Jahren Projekte wie das Lindenblütenfest in Hohenfinow, das Schützenfest in Biesenthal und die Schlendermeile in Zepernick. Die drei größten Feste finden in Eberswalde mit dem Altstadtfest, in Bernau mit dem Husittenfest und in Finowfurt mit dem Flößerfest statt.

Mit der Eröffnung des Paul-Wunderlich-Hauses als Sitz der Kreisverwaltung und des Kreistages im Jahr 2007 steht auch dieses Haus den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kreises für kulturelle Veranstaltungen, Festivals, Ausstellungen, Lesungen und Kulturforen zur Verfügung. Allein schon der Name des Hauses ist Programm, zeigt es doch in wechselnden Ausstellungen das umfangreiche Werk des Künstlers Paul Wunderlich. Die Stadt Eberswalde, der Landkreis und andere fördern seit zehn Jahren die Veranstaltungsreihe »Guten Morgen Eberswalde«, die von jedermann kostenlos besucht werden kann und wachsenden Zuspruch erfährt.

Integration von Migranten und Flüchtlingen

Das Land Brandenburg und auch der Barnim hat eine lange Geschichte der erfolgreichen Integration von Migrantinnen und Migranten seit der Zuwanderung der Hugenotten aus Frankreich im 18. Jahrhundert hinter sich. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten geflüchtete Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aufgenommen werden, während des Zusammenbruchs der Sowjetunion dann viele deutsche Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen aus deren Nachfolgestaaten. Nach der deutschen Einheit wurden z. B. Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen. Vor allem in den Jahren 2015 und 2016 hat sich die Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen deutlich verstärkt, seitdem sinkt diese wieder. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union ermöglicht die freie Arbeitsmigration zwischen ihren Mitgliedsstaaten und damit auch in den Barnim. Sehr unterschiedliche Motive führen dazu, dass sich Menschen in das Einwanderungsland Deutschland begeben.

Das Land Brandenburg unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer Integration, damit sie sich am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Erfolgreiche Integration ist aber an Voraussetzung gebunden wie »die Öffnung der Aufnahmegesellschaft einerseits und die Anerkennung der Rechtsordnung sowie die Integrationsbereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund andererseits. Ziel ist ein gleichberechtigtes und auf gegenseitigem Respekt beruhendes Zusammenleben von Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern und den hier lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und Religion«[107].

Im Landkreis Barnim lebten Ende 2016 3,4 Prozent Ausländerinnen und Ausländer und 1,2 Prozent Flüchtlinge.

Vor allem die Ankunft einer sehr großen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden in kurzer Zeit hat Deutschland speziell in den Jahren 2015 und 2016 bewegt, mittlerweile kommen weniger Flüchtlinge und Asylsuchende. Der Landkreis Barnim hat immer betont, dass er Flüchtlingen und Asylsuchenden, die ihre Heimat aus Angst vor Verfolgung und Bedrohung verlassen haben, Obhut und Schutz bietet. Dabei geht er davon aus, dass die damit verbundenen Aufgaben nur gemeinsam zu bewältigen sind, von den Hauptamtlichen im Landkreis und seinen Kommunen zusammen mit vielen Ehrenamtlichen aus der Zivilgesellschaft. Der Landkreis unterstützt Willkommensinitiativen und ehrenamtliche Flüchtlingshilfen mit Mitteln aus dem Kreishaushalt.

Eine spezifische Gruppe von Migranten sind die politisch Verfolgten, die nach Artikel 16a des Grundgesetzes in Deutschland Asyl genießen. Die Verteilung erfolgt auf der Grundlage einer vorrangig die Einwohnerzahl berücksichtigenden Quote, wobei der Landkreis Barnim verpflichtet ist, 6,8 Prozent der Asylbewerber aufzunehmen.[108]



Beirat für Migration und Integration, 2018.

Der Landkreis betrachtet den Integrationsprozess von Flüchtlingen und Asylbewerbern als ein zentrales und vorrangiges Handlungsfeld der nächsten Jahre.[109] Dieser muss finanziert und praktisch gemeinsam mit vielen Akteuren umgesetzt werden. Schwerpunkt dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sind insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, die frühkindliche Bildung, der Zugang zu Schule, Hochschule, beruflicher Bildung und zum Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Integration und die Bereitstellung von Wohnraum. Diese Querschnittsaufgabe liegt zwar teilweise in der Zuständigkeit des Bundes und der Länder, die Integration findet aber vor Ort statt und die tragende Rolle spielt die kommunale Ebene. Der Landkreis übernimmt daher eine wichtige Verzahnungs- und Steuerungsfunktion, um die vielen notwendigen Aktivitäten zu bündeln. Neben seinen eigentlichen Pflichtaufgaben organisiert und koordiniert er verschiedene Netzwerke für die Integration unter Einbeziehung der Städte, Gemeinden und Ämter sowie der vielen ehrenamtlich Tätigen, der freien Träger, der Vereine, Religionsgemeinschaften und der Migrantenorganisationen, um den Integrationsprozess zu beschleunigen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist ein bedarfsgerechtes und zielgruppenspezifisches fachliches Angebot durch den Landkreis zu gewährleisten.

Der Landkreis Barnim besitzt mittlerweile ein gut ausgebautes System zur Integration der Migranten. Dazu gehört eine spezielle Beauftragte, die sowohl für die Gleichstellung als auch für Migration und Integration verantwortlich ist.[110] Diese Aufgabe hat Dr. Sylvia Setzkorn im Jahr 2017 übernommen. Sie soll das gutnachbarliche Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen fördern und zum Abbau der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten beitragen. Sie fungiert als Ansprechpartnerin für Migrantinnen und Migranten, für ratsuchende Deutsche, Verbände, Vereine und Institutionen sowie Behörden. Als Gleichstellungsbeauftragte ist sie ebenfalls für der Abbau von Gleichstellungsdefiziten im örtlichen Lebensumfeld und in der Verwaltung zuständig.

Ende 2017 hat sich auch der Beirat für Migration und Integration des Landkreises neu konstituiert, der als ständige Institution in der Hauptsatzung des Landkreises verankert ist.[111] Zum Vorsitzenden wurde Péter Vida wiedergewählt. Dieser hat bereits viele Veranstaltungen wie Kinder- und Zuckerfeste, Fußballturniere, Familienkonzerte durchgeführt und wird dies auch weiter tun. Geplant ist auch die Mitwirkung an den bundesweit organisierten Interkulturellen Wochen. Der Beirat fördert insbesondere die gesellschaftliche Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten. Um Geflüchtete zu unterstützen, finden Besuche in den Flüchtlingsunterkünften des Landkreises statt. Der Beirat bemüht sich auch um eine

bessere Vernetzung der Initiativen, die sich mit den Belangen von Migranten und Migrantinnen im Landkreis Barnim beschäftigen.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung und Arbeit. Diese Aufgabe organisiert im Landkreis das Jobcenter Barnim (JCB). Es soll die Betroffenen zur Aufnahme einer nachhaltigen, existenzsichernden Erwerbstätigkeit sowie Reduzierung der Hilfebedürftigkeit befähigen. Dies gilt auch für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber und Asylbewerberinnen.

Zur Bündelung dieser Aufgaben wurde das Lotsenhaus als gemeinsame Einrichtung des Landkreises Barnim, der Agentur für Arbeit Eberswalde und des Jobcenters Barnim geschaffen. Mit dessen Einrichtung am Standort Eberswalde im Oktober 2016 wurde eine gemeinsame Beratungsstelle gegründet, in der alle Aktivitäten in der Region zur beruflichen Integration von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern und -bewerberinnen gebündelt werden. Die meisten der dort betreuten Zuwanderer und Zuwanderinnen kommen aus Kriegsgebieten Syriens. Allerdings haben nur etwa fünf Prozent einen in Deutschland anerkannten Fachberufsabschluss. Ein Team aus Arbeitsvermittlern und -vermittlerinnen, darunter auch einige Muttersprachler und Muttersprachlerinnen, kümmert sich um die Vermittlung von Sprachkursen, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, den Erwerb von Einstiegsqualifizierungen und die Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Austausch und Absprachen sind so auf kürzestem Wege möglich. Ein Vorteil des »Lotsenhauses« ist zudem, dass Flüchtlinge, potenzielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sowie Willkommensinitiativen, die sich um Integration von Ausländern und Ausländerinnen bemühen, nur eine zentrale Anlaufstelle haben. Seit Beginn des Jahres 2017 werden jugendliche Integrationskursabsolventen verstärkt auf die Ausbildungsaufnahme vorbereitet.

Ausblick

Nachdem die geplante Fusion des Landkreises mit der Uckermark im November 2017 durch die Landesregierung abgesagt wurde, hat der Landkreis Barnim in seinem jetzigen Zuschnitt wieder eine eigenständige Zukunft. Er hat also nicht nur im Jahr 2018 den 25. Jahrestag seiner Gründung feiern können, sondern wird noch viele weitere Geburtstage erleben.

Der Landkreis ist heute alles in allem sehr gut aufgestellt. Es geht der Bevölkerung des Landkreises wirtschaftlich so gut wie noch nie. Zu diesem Erfolg haben der langjährige Landrat Bodo Ihrke, der über 25 Jahre die Geschicke des Landkreises geleitet hat, und sein Team wesentlich beigetragen.

Was ist das Geheimnis der Erfolge des Landkreises? Der neue Landrat Daniel Kurth, der seit dem 1. August 2018 im Amt ist, hat zu Recht von einem eigenen »Barnimer Weg«[112] gesprochen, der sachliche Diskussion auch über Parteigrenzen hinaus mit dem gemeinsamen Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Barnimer Verwaltungen und Behörden sowie der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger verbindet. Dies gelang nicht immer, aber doch häufiger als anderswo in Brandenburg. Dieser Ansatz hat sich offenbar über den Wandel der Zeiten im Landkreis bewährt, knüpft er doch an die positiven Traditionen des friedlichem Umbruchs der Jahre 1989/1990 an.

Einige im Denken und Handeln der wichtigsten Akteure im Landkreis Barnim immer wieder anzutreffende Ansätze können vielleicht den Erfolg erklären.

- **Regional vernetzt denken:** Wann immer es möglich war, hat der Landkreis Institutionen geschaffen oder Projekte entwickelt, um die Region im weiteren Sinne lebenswerter zu machen. Dazu gehören die Aktivitäten in der Regionalen Planungsgemeinschaft ebenso wie Bürgerstiftung Barnim Uckermark.
- **Finanzpolitik mit Augenmaß:** Der Landkreis hat auch in schwierigen Zeiten eine realistische Ausgabenpolitik betrieben. Seit 1996 konnte er daher ununterbrochen ausgeglichene Haushalte vorlegen und musste noch nie Kassenkredite in Anspruch nehmen. Unter diesen Umständen konnte die Kreisumlage niedrig gehalten werden, was den Gemeinden des Landkreises eigene Spielräume für Investitionen eröffnete.
- **Nachhaltig handeln:** Bei politischem Handeln hat der Landkreis immer die langfristigen Auswirkungen auf die nächsten Generationen und auf die Umwelt mitgedacht. So konnte angesichts der begrenzten fi-

nanziellen Ausstattung der öffentlichen Haushalte ein Ausgleich gefunden werden, vor allem beim Investieren in Schulen, Horte, Sportplätze, Turnhallen, Jugendeinrichtungen und andere soziale Einrichtungen. Dies gilt auch für die Aufgabe, die Kreisverwaltung materiell und personell immer wieder an die Herausforderungen der sich wandelnden Umwelt neu anzupassen.

Vielfältige Herausforderungen – alte wie neue und noch unbekannte – stehen vor dem Landkreis Barnim, wenn er die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner weiter gestalten will. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird in diesen unruhigen Zeiten immer wichtiger. Die demografische Entwicklung bleibt eine große Herausforderung für den Landkreis, denn die Unterschiede im Kreisgebiet zwischen den berlinnahen und berlinfernen Gebieten sind immer noch spürbar. Da ist der Alterungsprozess der Gesellschaft, der bewältigt werden muss. Da ist der daraus resultierende Fachkräftemangel der öffentlichen Hand, vor allem in der Pflege und den Krankenhäusern, aber auch der Privatwirtschaft, der überwunden werden muss. Da sind die offenen Fragen der Sicherung der Kreisfinanzen. Vor allem sind da aber ein überall zu spürender Optimismus der Akteure und die offensichtliche Bereitschaft der Barnimerinnen und Barnimer, daran tatkräftig mitzuwirken.

1 Angaben online verfügbar unter https://www.landkreistag.de/ueber-den-dlt.html (letzter Zugriff 13.02.2019).
2 Die Autoren bedanken sich bei Hanna Dieckwisch, Jennifer Jazdzewski und Burkhard von Watzdorf für die umfängliche Recherche und Mitarbeit an diesem Text.
3 Die Begriffe »Kreis« bzw. »Landkreis« werden in diesem Beitrag synonym verwendet.
4 Die Gemeinde Bölkendorf aus dem bisherigen Landkreis Eberswalde wechselte in den Landkreis Uckermark. In den neuen Landkreis Eberswalde wurden hingegen die Gemeinden Hohensaaten und Tiefensee aus dem bisherigen Landkreis Bad Freienwalde einbezogen.
5 Aus Teilen des Landkreises Niederbarnim wurden auch die Stadtkreise Strausberg und Oranienburg gebildet.
6 Nachfolgend »Bernau«.
7 Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G.I. KVE 28038, S. 2.
8 Diese Zahl umfasst die öffentlichen und privaten Investitionen, Angaben aus dem Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G.I. KVE 28041.
9 Siehe die Äußerung des Landrats Bodo Ihrke auf der ersten Sitzung des Kreistages Barnim am 22.12.1993, Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G. I. KVE 28043, S. 2.
10 Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G.I. KVE 28041.
11 Alle Angaben zur Zahl der amtsangehörigen Gemeinden beziehen sich auf den Zeitpunkt der Gründung der Ämter 1992.
12 Es handelte sich hierbei um ein kreisübergreifendes Amt mit einigen Gemeinden des Landkreises Bad Freienwalde.
13 Die Gemeinde Bölkendorf schloss sich mit 21 anderen Gemeinden des Landkreises Angermünde zum Amt Angermünde-Land zusammen.
14 Durch die Bildung von Sektoralkreisen rund um Berlin versprach man sich positive wirtschaftliche Entwicklungsimpulse, die innerhalb der Kreise zwischen dem Berliner Umland und der Peripherie wirksam werden sollten.
15 Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G.I. KVE 28039.
16 Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G./KVF 28042.
17 Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg (KNGBbg) vom 24. Dezember 1992 (GVBl. I/92, [Nr. 29], S.546).
18 Ebd.
19 Am 20. März 1970 wurden die bis dahin eigenständigen Städte Eberswalde und Finow unter dem Namen Eberswalde-Finow fusioniert. Am 1. Juli 1993, zeitgleich mit der Umstellung der Postleitzahlen, wurde der Name »Eberswalde-Finow« wieder in »Eberswalde« geändert.
20 Dies wurde auch in allen Sektoralkreisen des Landes Brandenburg durchgehalten mit Ausnahme von Oberhavel, wo das berlinnahe Oranienburg zum Kreissitz bestimmt wurde.
21 Kreisverwaltung Eberswalde, Argumentationsgrundlagen für den Zusammenschluss der Kreise Bernau und Eberswalde im Rahmen der Kreisgebietsreform im Land Brandenburg, 18.5.1992, Kreisarchiv Barnim, Archivnummer 4766V, S. 6ff.
22 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2018. Brandenburg, Potsdam 2018, S. 30, online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Jahrbuch/BB_Kap_2018.asp (letzter Zugriff 15.01.2019).
23 Angaben online verfügbar unter https://www.eberswalde.de/Stadt.1824+M54a708de802.0.html (letzter Zugriff 15.01.2019).
24 Vgl. Landkreis Barnim, Amt für Kataster- und Vermessungswesen (Hrsg.), Landkreis Barnim. Reich an Natur, 2. Ausgabe 2015.
25 Vgl. Ebd.
26 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2018, S. 34.
27 Ebd.
28 Ebd.
29 Die Daten dieses Abschnitts sind vor allem folgenden Publikationen entnommen: Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.), Kreisprofil Barnim 2015, online verfügbar unter http://www.lbv.brandenburg.de/3492.htm (letzter Zugriff 28.01.2019); Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistischer Bericht A I 7 – m 06/18. A II 2 – m 06/18. A III 3 – m 06/18. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand im Land Brandenburg Juni 2018, Potsdam 2018, online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Statistiken/statistik_SB.asp?Ptyp=700&Sageb=12015&creg=BBB&anzwer=6 (letzter Zugriff 28.01.2019).
30 Zu den Angaben zur Infrastruktur siehe Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.), Kreisprofil Barnim 2015, S. 6.
31 Landkreis Barnim, Strukturentwicklungs- und Bauordnungsamt, Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV 2017–2026, Eberswalde 2015, online verfügbar unter https://www.barnim.de/de/leben-in-barnim/mobilitaet-verkehr.html#c635 (letzter Zugriff 17.01.2019).
32 Kämmerei, Vorbericht zum Haushaltsplan des Landkreises Barnim für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, 2018, S. 36, online verfügbar

unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/dienstleistung/haushaltsplanungen-des-landkreises-barnim-1.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

33 Thomas Mann/Georg Püttner (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Band 1: Grundlagen und Kommunalverfassung, Berlin/Heidelberg 2007, S. 152.

34 § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007, (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286.

35 Siehe zu den Aufgaben der Kreise auch die Beschreibung des Deutschen Landkreistages, online verfügbar unter http://www.landkreistag.de/ueber-den-dlt/aufgaben-der-kreise.html?showall=&start=1 (letzter Zugriff 18.01.2019).

36 Eine Lesefassung der Hauptsatzung ist online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 18.01.2019).

37 Die Wählerinnen und Wähler können mehrere Stimmen für eine Kandidatin bzw. für einen Kandidaten zur Verbesserung von deren bzw. dessen Wahlchancen abgeben oder ihre Stimmen auf Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Listen verteilen.

38 Die Hauptsatzung des Landkreises Barnim ist online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

39 Die Geschäftsordnung des Kreistags des Landkreises ist online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

40 Änderungs- und Aufhebungssatzungen nicht mitgezählt. Es handelt sich dabei um Satzungen, Richtlinien und Ordnungen in den Bereichen Allgemeine Verwaltung, Finanzen, Recht, Ordnung und Sicherheit, Schulverwaltung und Kultur, Soziales, Jugend, Gesundheit, Bauordnung und Kataster, Öffentliche Einrichtungen (Abfallwirtschaft) sowie Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Umwelt. Die Satzungen, Rechtsverordnungen und Richtlinien sind online verfügbar unter https://www.barnim.de/de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 27.01.2019).

41 Durch die Koppelung dieser Kommunalwahl mit der Bundestagswahl wurde eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung erzielt.

42 Eine Übersicht zu Wahlen im Land Brandenburg seit dem 3. Oktober 1990 ist online verfügbar unter https://wahlen.brandenburg.de/wahlen/de/ (letzter Zugriff 18.01.2019).

43 § 132 II der Brandenburgischen Kommunalverfassung.

44 Vgl. §§ 131 I, 54 I Nr. 5 der Brandenburgischen Kommunalverfassung.

45 §§ 131, 53 II der Brandenburgischen Kommunalverfassung. Näheres regelt das Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg von 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 14], S.326).

46 Dieses Wahlverfahren ist in den §§ 83, 72 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes geregelt.

47 Die Ergebnisse der Landratswahlen sind online verfügbar unter https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.191074.de und https://wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.192134.de (letzter Zugriff 24.07.2018).

48 Siehe dazu https://www.barnim.de/verwaltung-politik/news-details/barnimer-kreistag-waehlt-neuen-landrat.html (letzter Zugriff 24.07.2018).

49 Nach Angaben des Landrates Bodo Ihrke, Kreisarchiv Barnim, Archivnummer G. I. KVE 28041.

50 Ebd. S. 7.

51 Ebd. S. 9.

52 Ebd. S. 17.

53 Ebd. S. 9 und S. 15.

54 Vgl. die Aufgabendefinition des Deutschen Landkreistages, online verfügbar unter http://www.landkreistag.de/ueber-den-dlt/aufgaben-der-kreise.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

55 Vgl. Thomas Mann/Günter Püttner (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 1, S. 672 ff.

56 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistischer Bericht L III 1 - j/17. Schulden der öffentlichen Haushalte und der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen im Land Brandenburg am 31.12.2017, Potsdam 2018, 2., korrigierte Auflage, S. 22, online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Statistiken/statistik_SB.asp?Ptyp=700&Sageb=70001&creg=BBB&anzwer=5 (letzter Zugriff 15.01.2019).

57 Haushaltssatzung des Landkreises Barnim für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

58 Ebd. (vereinfachte Darstellung der Autoren).

59 Nach Angaben des Deutschen Landkreistages (arithmetisches Mittel) im Ländervergleich 2000–2018 (inkl. umgerechnete Sonderumlagen), online verfügbar unter http://www.landkreistag.de/themen/kreisfinanzen/2385-kreisfinanzen-editorial-2017-2018.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

60 Siehe Landtag Brandenburg Drucksache 6/9605, Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3832 der Abgeordneten Iris Schülzke (fraktionslos), Drucksache 6/9430.

61 Kämmerei, Vorbericht zum Haushaltsplan des Landkreises Barnim für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, S. 31.

62 In Vollzeiteinheiten, nicht alle aktuell besetzt.

63 Dr. Wilhelm Benfer (Landkreis Barnim), Vortrag »Inkrementalismus in der Regionalentwicklung – regionale Verantwortungsgemeinschaften im Landkreis Barnim« im Rahmen der Fachtagung »Regionalentwicklung nachhaltiger gestalten: aktuelle Praxisbeispiele und erfolgreiche Strategien« am 22.01.2016 an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, online verfügbar unter: https://www.hnee.de/de/Studium/Master-Studiengaenge/Regionalentwicklung-und-Naturschutz/Fachtagung-10-Jahre-RuN/Interne-Daten/Interne-Daten-E8332.htm (letzter Zugriff 19.02.2019).

64 Aktuell ist dieser Plan von 2009. Er soll im Jahr 2019 durch den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) abgelöst werden.

65 Siehe Regionalplan Uckermark-Barnim, Sachlicher Teilplan »Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung, in: Amtsblatt für Brandenburg, Nr. 43 vom 18 . Oktober 2016, S. 1326 ff.

66 Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, online verfügbar unter https://uckermark-barnim.de/regionalplan/sachlicher-teilplan-windnutzung-rohstoffsicherung-und-gewinnung-2016/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

67 Dieser Name wurde vom Ministerium des Inneren und für Kommunales Brandenburgs im Dezember 2016 vorgeschlagen und war auch im von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Kreisneugliederung vom 13. Juli 2017 enthalten, das aber wegen der Absage der Reform im Landtag nicht mehr zur Abstimmung kam.

68 Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, Leitbild, online verfügbar unter https://uckermark-barnim.de/planungsregion/leitbild/ (letzter Zugriff 30.04.2019).

69 Pierre Ibisch/Judith Kloiber/Monika T. Hoffmann (Hrsg.), Barnim-Atlas. Lebensraum im Wandel. Eine ökosystembasierte Betrachtung des Barnims zum Wohle der Menschen, Schwedt 2018.

70 Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.), Kreisprofil Barnim 2015, S. 3.

71 Angaben aus IHK Ostbrandenburg (Hrsg.), Daten und Fakten. Zahlenspiegel der IHK Ostbrandenburg, Ausgabe 2017/2018, Frankfurt (Oder) 2018, S. 20, online verfügbar unter https://www.ihk-ostbrandenburg.de/produktmarken/Standortpolitik/Konjunktur---Statistik/Wirtschaftszahlen-Ostbrandenburg/Wirtschaftsentwicklung-im-Zahlenspiegel2/2377190 (letzter Zugriff 29.12.2018).

72 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistischer Bericht C IV 7 - 3j/16. Größenstruktur, sozialökonomische Betriebstypen sowie Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe im Land Brandenburg, Potsdam 2017, S. 6, online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Statistiken/statistik_SB.asp?Ptyp=700&Sageb=41001&creg=BBB&anzwer=6 (letzter Zugriff 17.01.2019).

73 LEADER als englischsprachiges Akronym vom französischen Begriff Liaison entre actions de développement de l'économie rurale. Auf Deutsch etwa »Kombinierte Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft«.

74 Weitere Infomrationen zum LAG Barnim e.V. sind online verfügbar unter https://www.leader-barnim.de/ (letzter Zugriff 27.12.2018).

75 Siehe dazu die Angaben des Landkreises, online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/dienstleistung/ral-guetezeichen-mittelstandsorientierte-kommunalverwaltung.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

76 Ebd.

77 Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Statistischer Bericht G IV 1 - m 12/17. Gäste, Übernachtungen und Beherbergungskapazität im Land Brandenburg Dezember 2017. Gäste Übernachtungen Herkunftsländer, Potsdam 2018, S. 9, online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Statistiken/statistik_SB.asp?Ptyp=700&Sageb=45005&creg=BBB&anzwer=7 (letzter Zugriff 17.01.2019).

78 Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.), Kreisprofil Barnim 2015, S. 3.

79 Diese Angaben online verfügbar unter https://www.barnim.de/natur-umwelt/energie.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

80 Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.), Kreisprofil Barnim 2015, S. 3.

81 Angaben nach: IHK Ostbrandenburg (Hrsg.) 2018: Daten und Fakten. Zahlenspiegel der IHK Ostbrandenburg 2017/2018, S. 22.

82 Dafür ist die Geschäftsstelle Eberswalde der Arbeitsagentur zuständig.

83 Dafür ist die Geschäftsstelle Bernau der Arbeitsagentur zuständig.

84 Angaben nach: IHK Ostbrandenburg (Hrsg.) 2018: Daten und Fakten. Zahlenspiegel der IHK Ostbrandenburg 2017/2018, S. 24.

85 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, online verfügbar https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionalstatistiken/r-gesamt_neu.asp?Ptyp=410&Sageb=22007&creg=BBB&anzwer=10 (letzter Zugriff 07.02.2019).

86 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, öffentliche Sozialleistungen https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/BasisZeitreiheGrafik/Bas-Sozialhilfe.asp?Ptyp=300&Sageb=22001&creg=BBB&anzwer=5 (letzter Zugriff 09.02.2019).

87 Vgl. § 20 der Hauptsatzung des Landkreises Barnim vom 21.09.2011, zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 20.05.2015, online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/kreispolitik/kreisrecht.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

88 Weitere Informationen sind online verfügbar unter http://buergerstiftung-barnim-uckermark.de/ (letzter Zugriff 02.01.2019).

89 Siehe dazu http://freiwillig-in-eberswalde.de/ (letzter Zugriff 01.01.2019).

90 Weitere Informationen zum Engagement-Marktplatz sind online verfügbar unter http://freiwillig-in-eberswalde.de/tatkrProzentC-3ProzentA4ftighandeln (letzter Zugriff 17.01.2019).

91 Informationen zum Freiwilligentag sind online verfügbar unter http://freiwillig-in-eberswalde.de/content/was-und-wie (letzter Zugriff 17.01.2019).

92 Die Angaben zur Verleihung des 5. Demokratiepreis der Bürgerstiftung Barnim Uckermark sind online verfügbar unter http://buergerstiftung-barnim-uckermark.de/demokratiepreis/ (letzter Zugriff 01.01.21019).

93 Siehe dazu http://kanaltheater.de/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

94 Siehe dazu http://kanaltheater.de/anatomie-eines-afstand-kohlhaas/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

95 BertelsmannStiftung (Hrsg.), Factsheet Brandenburg. Kinderarmut. Kinder im SGB-II-Bezug, Gütersloh 2016, online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_WB_Kinderarmut_BB_09_2016.pdf (letzter Zugriff 17.01.2019).

96 http://buergerstiftung-barnim-uckermark.de/comic-ueber-amadeu-antonio-klaert-ueber-rassismus-auf/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

97 Siehe dazu https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-ueber-uns/ (letzter Zugriff 03.01.2019).

98 http://buergerstiftung-barnim-uckermark.de/comic-ueber-amadeu-antonio-klaert-ueber-rassismus-auf/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

99 Nach Angaben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburgs für das Schuljahr 2018/19, online verfügbar unter https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/5759/ZahlProzent-20derProzent20SchulenProzent202018_19Prozent20öProzent20fProzent20Kreise.pdf (letzter Zugriff 17.01.2019).

100 Landkreis Barnim, Liegenschafts- und Schuldverwaltungsamt/Sachgebiet Bildung (Hrsg.), Bildung im Barnim 2013. Erster kommunaler Bildungsbericht, Eberswalde 2013, online verfügbar unter https://www.barnim.de/bildung-erziehung/bildungsinitiative-barnim/bildungsmonitoring.html#c741 (letzter Zugriff 27.01.2019).

101 Nach Angaben der Hochschule, online verfügbar unter https://www.hnee.de/de/Hochschule/Portraet/Portraet-K292.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

102 Ausführlich dazu siehe online verfügbar http://www.glg-mbh.de/index.php?id=1447&no_cache=1 (letzter Zugriff 16.01.2019).

103 Ebd.

104 Die Kulturförderrichtlinie ist online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/dienstleistung/kulturfoerderung.html (letzter Zugriff 15.01.2019).

105 Artikel 1 der Kulturförderungsrichtlinie des Landkreises Barnim.

106 Richtlinie des Landkreises Barnim zur Förderung und Unterstützung des kulturellen Lebens im Landkreis (Kulturförderrichtlinie), online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/dienstleistung/kulturfoerderung.html (letzter Zugriff 21.02.2019).

107 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Brandenburgs, online verfügbar unter https://masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.186635.de (letzter Zugriff 17.01.2019).

108 Verordnung über die Durchführung des Landesaufnahmegesetzes vom 19. Oktober 2016 (GVBl. II/16, [Nr. 55]) geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. Juni 2018 (GVBl. II/18, [Nr. 39], S. 2), Anlage 1: Verteilerschlüssel in Zuständigkeit des Landesamtes für Soziales und Versorgung.

109 Siehe dazu Kämmerei, Vorbericht zum Haushaltsplan des Landkreises Barnim für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, S. 33.

110 Siehe dazu https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/amt/beauftragte-fuer-gleichstellung-migration-und-integration.html (letzter Zugriff 17.01.2019).

111 Siehe dazu https://www.beirat-migration-integration.de/ (letzter Zugriff 17.01.2019).

112 Grußwort des Landrates zum Jahreswechsel 2019, online verfügbar unter https://www.barnim.de/verwaltung-politik/news-details/grusswort-des-landrates-zum-jahreswechsel.html (letzter Zugriff 17.01.2019).



Eberswalde (Eisenspalterei), Familiengarten, Kran-Prototyp »Eber«, 2016.

Denkmale im Landkreis Barnim und ihre kulturhistorische Nutzung

Ilona Rohowski

Der Landkreis Barnim verfügt über einen reichen und vielfältigen Denkmalbestand. Er macht insgesamt zwar nur wenige Prozent des baulichen Gesamtvolumens aus,[1] prägt das Gesicht der Kulturlandschaft im Gebiet zwischen der Metropole Berlin und dem Finowtal aber in unverwechselbarer Weise. Gegenwärtig sind auf der Denkmalliste des Kreises ca. 580 Positionen verzeichnet.[2] Tatsächlich umfasst der Bestand wesentlich mehr geschützte Einzelobjekte, denn nicht selten verbirgt sich hinter einer Position eine Gebäudegruppe oder ein größeres Ensemble. Hinzu kommen insgesamt neun Flächendenkmale.[3] Vor allem kirchliche Bauten, aber auch andere, einst für hervorgehobene Nutzungen entstandene Gebäude besitzen zudem oft ein ansehnliches Inventar mit künstlerisch bemerkenswerten, in der Denkmalliste aber aus Platzgründen nicht aufgeführten Ausstattungsstücken. Zudem ist das schützenswerte Erbe im Landkreis derzeit nur zu etwa 80 Prozent erfasst.

Das Spektrum der Denkmale im Kreisgebiet beinhaltet Zeugnisse aus allen Geschichts- und Stilepochen vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit. Als älteste oberirdisch sichtbare Hinterlassenschaften dürfen die in Resten überkommenen Fundament- und Grundmauern der Burganlagen in Grimnitz und Biesenthal gelten. Sie verweisen auf die Phase der Eroberung des Gebiets durch die askanischen Markgrafen im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts. Schon deutlich umfangreichere Spuren blieben aus der sich anschließenden Zeitspanne der Herrschaftssicherung und planmäßigen Besiedlung des Gebiets durch christliche Zuwanderer erhalten. Zu nennen sind vor allem die Grundstrukturen fast aller Altstadtkerne und der Mehrzahl der Dorfanlagen im Kreisgebiet. Darüber hinaus lassen sich viele Kirchen und Kapellen dieser oder der sich anschließenden spätmittelalterlichen Phase zuordnen. Vergleichsweise klein ist die Gruppe erhaltener Sakral- und Profanbauten aus dem 16. und frühen 17. Jahrhundert, ursächlich bedingt durch den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen. Das Gros des Denkmalbestandes im Kreisgebiet stammt aus dem Zeitraum ab Ende des 18. Jahrhunderts. Zeugnisse dieser Phase sind fast in jedem Ort zu finden, oft bestimmen sie das städtebauliche Erscheinungsbild der Straßen und Plätze charakteristisch mit. Auffallend im Vergleich zu anderen Landkreisen ist die hohe Zahl jener Denkmale, die während der beiden autoritären Regimes des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Sie lassen sich der Öffentlichkeit mitunter nur schwer als schützenswertes Erbe vermitteln. Hinsichtlich der Entstehungszeit als (vorläufig) jüngstes Objekt ist in der Denkmalliste ein um 1984 als DDR-typischer Plattenbau errichteter Wohnblock verzeichnet.[4]

Der Barnimer Denkmalbestand umfasst nicht nur Beispiele aus allen Geschichtsepochen seit dem 13. Jahrhundert, sondern ebenso aus den unterschiedlichsten Bereichen menschlichen Wirkens. Vertreten sind nahezu sämtliche Gattungen der Architektur, vom monumentalen Kirchenbau bis zum kleinen dörflichen Spritzenhaus. Hinzu kommen Ehren- und Erinnerungsmale, Anlagen der Technik- und Verkehrsgeschichte, Friedhöfe und Gartendenkmale sowie bewegliche Objekte der Kunst und des Kunsthandwerks.[5] Nicht wenige dieser Denkmale sind weit über den Landkreis, einige sogar über die brandenburgischen Landesgrenzen hinaus bekannt, anderen kommt lediglich eine regional begrenzte Bedeutung zu. Ins Auge fällt, dass aufgrund der Nähe zu Berlin etliche Bauten und Anlagen mit dem Leben prominenter Persön-



Kreiskarte mit ausgewählten kulturtouristischen Sehenswürdigkeiten.

lichkeiten oder mit dem Schaffen namhafter Baumeister, Ingenieure und Künstler aus der Hauptstadt verknüpft sind.

Insgesamt stellt dieses materielle Erbe für das Barnimer Territorium einen wertvollen Schatz dar, einen Fundus, der es Gästen wie Einheimischen ermöglicht, sich in unmittelbarere Weise der Vergangenheit dieser Region zu nähern und sich mit ihrer facettenreichen Geschichte auseinanderzusetzen. Wie aber und von wem wurde dieser Fundus zusammengetragen?

Zur Geschichte der Denkmalinventarisation im Landkreis Barnim

Der Umfang und die Zusammensetzung des heutigen Denkmalbestandes im Landkreis Barnim sind Resultat einer über mehrere Generationen geleisteten Erfassungstätigkeit. Deren Anfänge reichen bis in das frühe 19. Jahrhundert zurück und fallen zusammen mit der beginnenden Institutionalisierung der Denkmalpflege in Preußen. Als eine Art Geburtsurkunde dafür gilt das Memorandum der preußischen Oberbaudeputation vom 17. August 1815, federführend verfasst von Karl Friedrich Schinkel. In der Denkschrift mit dem Titel *Die Erhaltung aller Denkmäler und Altherthümer des Landes betreffend* werden von ihm Vorschläge unterbreitet, »auf welche Weise die Erhaltung öffentlicher Denkmäler bewirkt, das allgemeine Interesse an Ihnen aufgeregt und ihr Einfluß auf die Volksbildung überhaupt befördert werden könne«.[6] Als »erstes Geschäft« so empfiehlt er, müssten Verzeichnisse mit einem Gutachten über den Zustand der erhaltenswerten Bauten und Kunstwerke angelegt werden.

Ab 1821 wurde mehrfach versucht, eine solche Erfassung praktisch in die Wege zu leiten. Doch scheiterten alle Anläufe, denn den damit beauftragten Baubehörden fehlte es am nötigen Sachverstand. 1853 entwickelte der zehn Jahre zuvor als erster »Konservator der Denkmäler« in Preußen berufene Architekt Ferdinand v. Quast deshalb einen ausführlichen Fragebogen.[7] Mit dessen Hilfe sollte der Bestand »alterthümlicher Merkwürdigkeiten« auf Provinzebene nochmals ermittelt werden. Die Aktion erbrachte zwar ebenfalls wenig verwertbare Resultate, doch die Systematik des Fragebogens erlangte Bedeutung: Sie markierte den Beginn der Denkmalerfassung auf wissenschaftlicher Basis. Als Teildisziplin des Fachgebiets Denkmalpflege etablierte sich die Denkmalerfassung (Inventarisation) allerdings erst in den Jahrzehnten nach 1871.[8] Begünstigt durch den Wechsel des Ressorts Denkmalpflege in den Zuständigkeitsbereich der Provinzen und gefördert durch öffentliche Gelder entstanden bald erste Inventare, die einen fachlich fundierten Überblick über das schützenswerte baukünstlerische Erbe einer Region boten. In jene Periode fällt auch die Entstehung des ältesten brandenburgischen Denkmalinventars. Mit der federführenden Bearbeitung war 1879


INVENTAR

DER

BAU- UND KUNST-DENKMÄLER

IN DER

PROVINZ BRANDENBURG

IM AUFTRAGE

DES BRANDENBURGISCHEN PROVINZIAL-LANDTAGES

UNTER MITWIRKUNG VON

A. v. EYE, W. KÖHNE, A. KÖRNER, P. LEHFELDT, R. SCHILLMANN, W. v. SCHULENBURG, F. WARNECKE, E. WERNICKE U. A.

BEARBEITET

VON

R. BERGAU.

Hoch schwarzer Adler fliege, Die Pfade find'st du leicht, Es hat sie dir zum Siege Der rote Aar gezeigt.

MIT VIELEN ABBILDUNGEN.

BERLIN 1885.

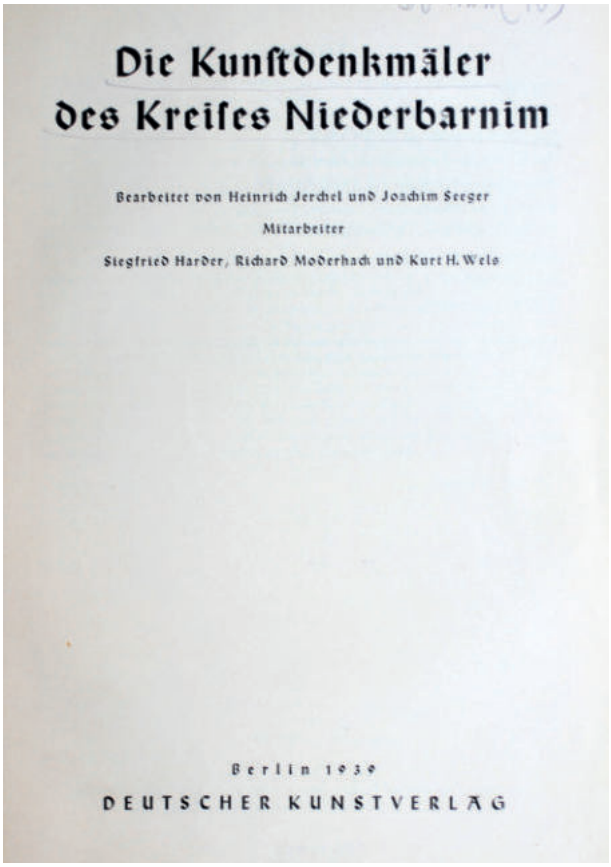
VOSSISCHE BUCHHANDLUNG

(STRICKER).

Erstes brandenburgisches Kunstdenkmäler-Inventar von Rudolf Bergau, erschienen 1885.

der zuvor als Professor in Nürnberg tätige Kunsthistoriker Rudolf Bergau beauftragt worden. 1885 wurde das opulente Werk unter dem Titel »Inventar der Bau- und Kunst-Denkmäler der Provinz Brandenburg« veröffentlicht.[9]

Der Band enthält – topografisch-alphabetisch eingebettet in den Denkmalbestand der gesamten Provinz Brandenburg – auch alle seinerzeit als denkmalwert eingestuften Bau- und Kunstwerke des heutigen Landkreises Barnim. Besonders umfangreich fiel die Darstellung der Klosteranlage Chorin aus. Ebenfalls breiter behandelt wurden die bedeutenden Stadtpfarrkirchen in Bernau und Eberswalde, einschließlich einiger hochrangiger Ausstattungsstücke in ihrem Inneren. Darüber hinaus finden sich Kurztexte zu weiteren, fast durchweg mittelalterlichen Bauten und Anlagen, wobei auffallend wenige Dorfkirchen Berücksichtigung fanden. Gleiches gilt für Bau- und Kunstwerke aus den Stilepochen der Renaissance und des Barock. Alles in allem umfasste der im Bergau-Inventar vorgestellte Bestand nur einen Bruchteil



Die Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, erschienen 1939.

der heute in der Denkmalliste des Landkreises verzeichneten Positionen.

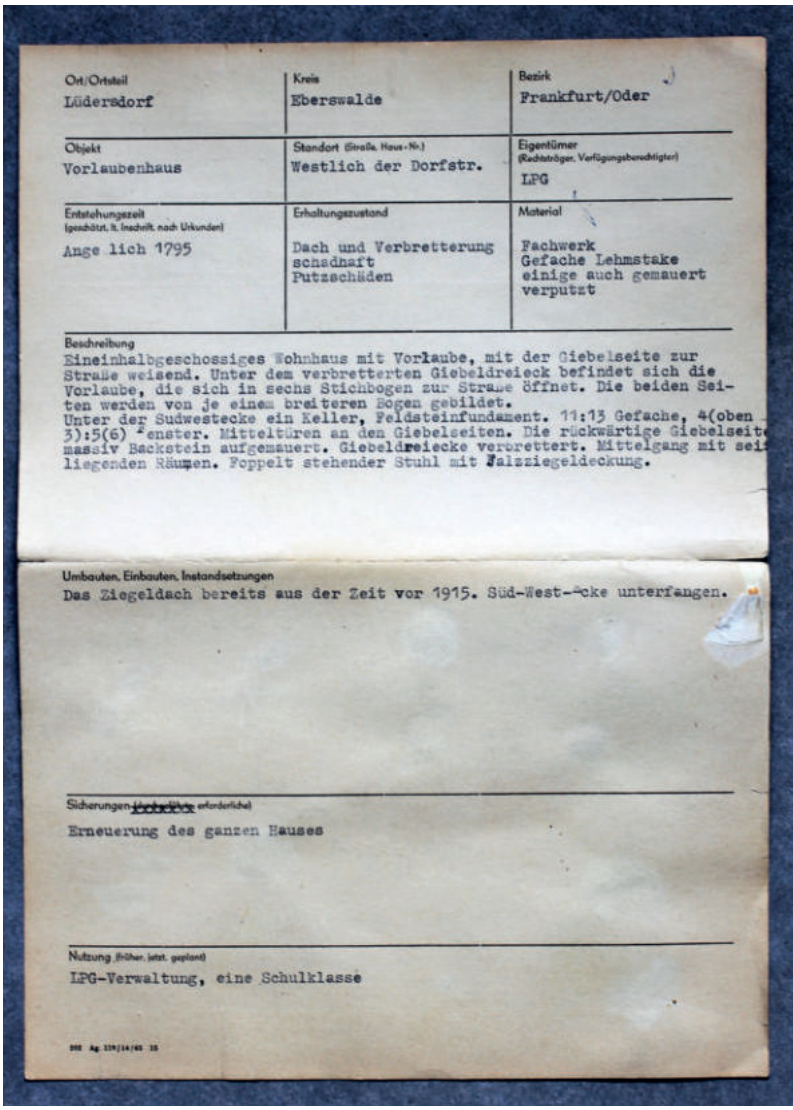
Gesetzliche Vorgaben oder Bestimmungen zur Ausweisung von Denkmalen existierten damals noch nicht. Zwar gab es seit 1892 in Brandenburg einen amtlich besoldeten Provinzialkonservator[10] und eine ihm beratend zur Seite stehende Denkmalkommission, doch hielten sich deren Eingriffsmöglichkeiten in Grenzen. Diese Situation erwies sich zunehmend als problematisch, denn mit der ungebremst sich ausweitenden Bautätigkeit veränderte sich das Antlitz der Städte und Dörfer rasant. Andererseits wuchs als Folge dieser Entwicklung vor allem innerhalb der bürgerlichen Eliten das Bewusstsein für den Wert des heimatlichen Bau- und Kunsterbes. Auch in den damaligen Kreisen Nieder- und Oberbarnim gründeten sich lokale Geschichts- und Altertumsvereine mit dem Ziel, den überkommenen Bestand ihrer Gegend zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse breiteren Kreisen bekannt zu machen.[11] Durch ihr Engagement trugen sie maßgeblich dazu bei, dass sich der Denkmalbegriff ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zu erweitern begann. In den Blick genommen wurden nun in wachsender Zahl auch Bau- und Kunstwerke aus jüngeren Epochen und aus bisher nicht oder nur marginal vertretenen Baugattungen, wie etwa Bürger- und Bauernhäuser. Zu den schutzwürdigen Zeugnissen der Vergangenheit gehörten jetzt ebenfalls historisch gewachsene Stadt- und Dorfbilder. Am Anfang des 20. Jahrhunderts galt das Inventar von 1885 – bei allem Respekt vor Bergaus Leistung – als lückenhaft und fachlich nicht mehr ausreichend.

1902 beschloss die Provinzialkommission für Denkmalpflege daher, den Denkmalbestand nach formal einheitlichem Muster zu erfassen und Kreis für Kreis in Einzelbänden zu publizieren.[12] Jeder Band sollte ein einführendes Kapitel zur Geschichte und Bauentwicklung des betreffenden Gebiets enthalten, die topografisch geordneten Beiträge zu den Denkmalen wollte man neuartig mit aussagekräftigen Fotos und Zeichnungen anreichern und durch relevante Quellenangaben ergänzen. Hinsichtlich des Titels einigte man sich auf *Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg*. Geplant war, das Projekt innerhalb eines Jahrzehnts zu bewältigen. Tatsächlich zog sich die Bearbeitung aus verschiedenen Gründen dann über Jahrzehnte hin und nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam die Reihe unvollendet zum Erliegen.

Der Band zum Kreis Oberbarnim lag 1934 als fertiges Manuskript vor, doch ging das Werk aus unbekannten Gründen nie in Druck.[13] Erfolgreich realisiert wurde hingegen der Band für den Kreis Niederbarnim. Er war innerhalb weniger Jahre unter Federführung der Kunsthistoriker Heinrich Jerchel und Joachim Seeger entstanden und konnte 1939 erscheinen.[14] Das darin behandelte Territorium umfasst den westlichen und südlichen Teil des jetzigen Kreisgebiets, also die Gegend beiderseits der B 109 bis Groß Schönebeck sowie die Stadt Bernau und die in ihrer Umgebung nach der Bildung von Groß-Berlin beim Kreis verbliebenen Dörfer. Ebenfalls durch einen Inventarband abgedeckt wurde der nordöstliche Teil des heutigen Landkreises Barnim, nämlich das vor 1945 zum Kreis Angermünde gehörende Gebiet zwischen Werbellinsee im Westen und der Oder im Osten. Mit der Bearbeitung dieses Kreises war bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen worden, doch behinderten die politischen Um-

stände und die prekären Verhältnisse nach Kriegsende den Fortgang des Vorhabens. Erst Ende der 1920er Jahre konnten die Erfassungsarbeiten wieder aufgenommen und der Inventarband schließlich 1934 der Öffentlichkeit übergeben werden.[15] Hinsichtlich der Anzahl und Erfassungstiefe hoben sich die neuen Gebietsbände deutlich vom früheren Bergau-Inventar ab und ebenso vom Nachschlagewerk des Kunsthistorikers Georg Dehio, der 1906 in der von ihm begründeten Reihe »Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler« einen Band zum Nordosten Deutschlands herausgebracht hatte.[16]

Im Hinblick auf das Tagesgeschäft der Denkmalpfleger hatte sich das Konzept einer flächendeckenden Erfassung mit hohem wissenschaftlichen Anspruch als viel zu langwierig und damit für die tägliche Arbeit in der Praxis als ungeeignet erwiesen. Benötigt wurden Verzeichnisse, die einen schnellen und vollständigen Überblick über den schützenswerten Bestand einer Region boten und sich als Planungs- und Handlungsgrundlage nach außen eigneten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Reihe der Inventarbände in den früher zur Provinz Brandenburg gehörenden Gebieten deshalb nicht fortgesetzt. Stattdessen widmete man sich, insbesondere seit Gründung des Instituts für Denkmalpflege der DDR (IfD) im Jahr 1952, der Erstellung wissenschaftlich fundierter Verzeichnisse.[17] Beginnend ab den 1960er Jahren erfolgten halbwegs systematische Erfassungsarbeiten auf Bezirks- und Kreisebene.[18] Durchgeführt wurden sie ehrenamtlich von »Beauftragten für Denkmalschutz«, bei denen es sich in der Regel um baugeschichtlich interessierte, jedoch nicht fachwissenschaftlich ausgebildete Personen handelte.[19] Die Ergebnisse wurden, soweit möglich, durch Wissenschaftler des IfD qualifiziert und flossen in einer Denkmalkartei zusammen.[20] Auch der Bau- und Kunstbestand der später zum Landkreis Barnim vereinigten Kreise Eberswalde und Bernau wurde seinerzeit in Form von Karteikarten mit einheitlich vorgedruckten Eintragungsfeldern aufgenommen. Sie bildeten die Grundlage für die ab 1975 im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik[21] entstehenden Denkmallisten. Wirtschafts- und kulturpolitische Erwägungen brachten es mit sich, dass die Denkmallisten in drei wertende Kategorien eingeteilt wurden. Hinsichtlich des Schutzstatus oberste



Ort/Ortsteil: Lüdersdorf | Kreis: Eberswalde | Bezirk: Frankfurt/Oder

Objekt: Vorlaubenhaus | Standort (Straße, Haus-Nr.): Westlich der Dorfstr. | Eigentümer (Rechtsträger, Verfügungsberechtigter): LPG

Entstehungszeit (geschätzt, lt. Inschrift, nach Urkunden): Angelich 1795 | Erhaltungszustand: Dach und Verbretterung schadhaft, Putzschäden | Material: Fachwerk, Gefache Lehmstake, einige auch gemauert verputzt

Beschreibung: Eineinhalbgeschossiges Wohnhaus mit Vorlaube, mit der Giebelseite zur Straße weisend. Unter dem verbretterten Giebeldreieck befindet sich die Vorlaube, die sich in sechs Stichbogen zur Straße öffnet. Die beiden Seiten werden von je einem breiteren Bogen gebildet. Unter der Südwestecke ein Keller, Feldsteinfundament. 11:13 Gefache, 4(oben 3):5(6) Fenster. Mitteltüren an den Giebelseiten. Die rückwärtige Giebelseite massiv Backstein aufgemauert. Giebeldreiecke verbrettert. Mittelgang mit seitlich liegenden Räumen. Doppelt stehender Stuhl mit Falzziegeldeckung.

Umbauten, Einbauten, Instandsetzungen: Das Ziegeldach bereits aus der Zeit vor 1915. Süd-West-Ecke unterfangen.

Sicherungen (~~dringlichste~~ erforderliche): Erneuerung des ganzen Hauses

Nutzung (früher, jetzt, geplant): LPG-Verwaltung, eine Schulklasse

Lüdersdorf, Vorlaubenhaus »Loewinghus«, Erfassungsbogen von 1964.

Priorität genossen die Objekte auf der Liste der Denkmale von besonderer nationaler und internationaler Bedeutung (Zentrale Denkmalliste).[22] Aus dem heutigen Kreisgebiet waren in dieser Liste lediglich vier Denkmale verzeichnet: die Klosterruine Chorin, die mittelalterlichen Teile der Stadtanlage Bernau, das Schiffshebewerk in Niederfinow und der Dorfanger mit Vorlaubenhäusern in Lüdersdorf. Als zweite Kategorie folgte die Bezirksliste[23], im Fall der Barnimer Region also die Denkmalliste des damaligen Bezirks Frankfurt/Oder. Dieser Kategorie gehörten u. a. die Stadtpfarrkirche in Eberswalde, die Gewerkschaftsschule in Bernau[24], das Jagdschloss in Groß Schönebeck und der Gutspark in Blumberg an. Der überwiegende Teil des



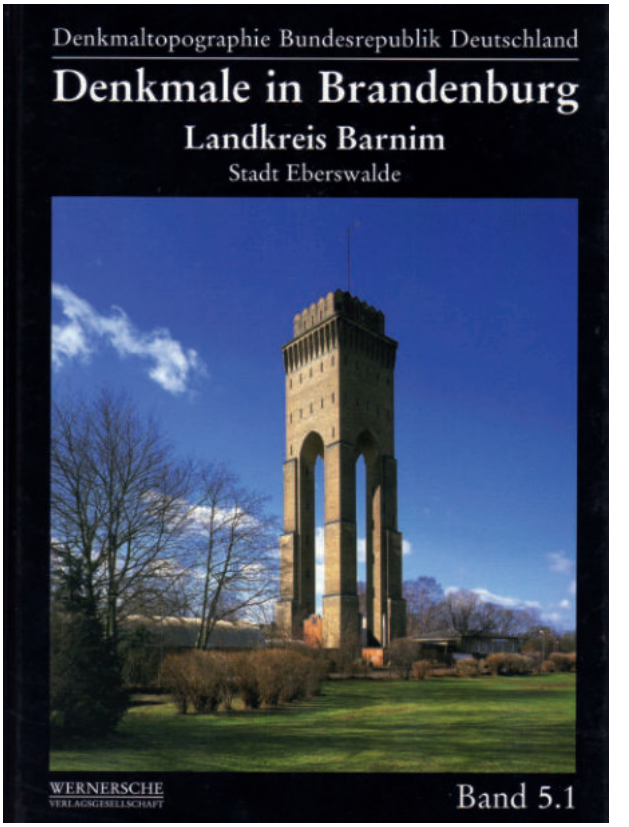
Lüdersdorf, Vorlaubenhaus »Loewinghus«, Zustand des Hauses im Jahr 1998.

Denkmalbestands war in den Kreislisten für Bernau und Eberswalde erfasst.[25] Alle drei Listen besaßen einen formal gleichen, nämlich nach Denkmalgattungen untergliederten Aufbau. Jede der insgesamt fünf Gattungen[26], so das dahinter stehende parteipolitische Kalkül, sollte angemessen vertreten sein und vor allem die Zahl der geschützten Kirchen und Herrenhäuser nicht die der Denkmale zur Geschichte der Arbeiterbewegung auffallend überschreiten. Andererseits spiegelte sich in dieser Auffächerung die ab den frühen 1970er Jahren in vielen europäischen Ländern einsetzende Erweiterung des Denkmalbegriffs wider.[27] Als erhaltenswert galten nun nicht allein Bauten und Anlagen, die sich durch ein hohes Alter, eine künstlerisch herausragende Gestaltung oder durch Seltenheit auszeichneten. Aufnahme fanden jetzt vermehrt auch materielle Zeugnisse der politischen Zeitgeschichte, der historischen Alltagskultur, der Produktions- und Verkehrsgeschichte, des Städtebaus sowie der Garten- und Landschaftsgestaltung. Zu den typischen Neuaufnahmen dieser Phase gehörten im Kreisgebiet z. B. die katholischen Kirchen in Bernau und Biesenthal, das Ensemble der Hellmühle in Biesenthal, der S-Bahnhof in Röntgental, der Forstbotanische Garten in Eberswalde und die sieben Feldbacköfen in Danewitz. Nach Mitte der 1980er Jahre gab es Bemühungen, insbesondere die Kreislisten nochmals zu erweitern und zu qualifizieren. Wie schon zuvor suchten Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft wegen des enormen Mangels an Baukapazitäten, aber auch aus Ignoranz gegenüber bestimmten historischen Epochen und Strömungen, die Ausweisung neuer Denkmale zu begrenzen bzw. ganz zu verhindern.[28] Auch kam es während dieser Zeitspanne im Kreisgebiet zur Streichung von Listenpositionen, weil die staatlichen oder kommunalen Eigentümer weder willens noch ökonomisch in der Lage waren, die betreffenden Bauwerke denkmalgerecht zu sanieren.[29]

Die per Gesetz geschützten Denkmale wurden der Öffentlichkeit vor 1989 zudem in einer Reihe von Publikationen bekannt gemacht. Eine Art Kurzinventar für den Brandenburger Raum entstand innerhalb der Reihe »Die

Bau- und Kunstdenkmale der DDR«. Sie wurde ab 1978 vom Institut für Denkmalpflege der DDR (IfD) herausgegeben und war gemäß der DDR-Verwaltungsstruktur in Bezirksbände untergliedert. Wie bereits im Titel anklingt, beschränkt sich das Werk inhaltlich auf architektur- und kunstgeschichtlich bedeutsame Objekte. Den damaligen Denkmalbestand der Kreise Bernau und Eberswalde enthält der 1980 erschiene Band zu Frankfurt/Oder, topografisch nach Orten sortiert und in Form bebilderter Kurztexte.[30] Die Reihe erfreute sich allgemein großer Beliebtheit, ebenso wie andere, entweder vom IfD selbst oder in Zusammenarbeit mit Dritten realisierte Veröffentlichungen zum Denkmalbestand, die mitunter gegen staatliche Widerstände zu Wege gebracht werden mussten.[31]

In vollem Umfang wurden eine flächendeckende Erfassung des historischen Erbes und eine Aufnahme von Neuzugängen in die Denkmalliste erst nach der deutschen Wiedervereinigung möglich. 1991 wurde diese Aufgabe per Gesetzt dem kurz zuvor neu gegründeten Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege[32] zugewiesen. Sie obliegt bis heute dem dort angesiedelten Dezernat Inventarisation. Innerhalb der seither verflossenen Zeitspanne hat sich die Zahl der gesetzlich geschützten Denkmale im gesamten Land Brandenburg beträchtlich erhöht. In der Denkmalliste des Landkreises Barnim sind – gemessen am Jahr 1989 – heute etwa dreimal so viele Positionen verzeichnet. Etliche der zur DDR-Zeit durch Beschluss der Räte der Kreise Bernau und Eberswalde zu Denkmalen erklärte Bauten und Anlagen wurden von der Fachbehörde zudem nachträglich überprüft und mit einer rechtssicheren Denkmalbeurteilung versehen. Zu den wichtigsten Arbeitszielen des Dezernats gehörte von Beginn an die Beteiligung an der Publikationsreihe »Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland«.[33] Anliegen dieser Reihe ist es, den erhaltenswerten Bestand eines abgegrenzten Territoriums systematisch und flächendeckend zu erfassen und, geordnet nach topografischen Gesichtspunkten, in Text und Bild vorzustellen. Als Anhang beigefügte Denkmalkarten ermöglichen zudem einen raschen Überblick über alle bereits geschützten oder als denkmalwert erkannten Bauten und Anlagen eines Ortes. Für den Landkreis Barnim konnte bislang nur der erste Band fertiggestellt werden.[34] Er enthält sämtliche im Stadtgebiet Eberswalde bereits als Denkmal eingetragenen oder für eine Unterschutzstellung vorgesehenen Bauten und Anlagen. Daneben lassen sich in den vom Landesdenkmalamt (BLDAM) seit 1991 herausgegeben Publikationsreihen vertiefende Artikel und Aufsätze zu denkmalgeschützten Objekten in Kreisgebiet finden.[35]



Buchcover Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Band 5.1, erschienen 1997.

Dem Erbe eine Zukunft ermöglichen – Denkmale als Fixpunkte regionaler Kultur-, Freizeit- und Tourismusangebote

Denkmale prägen nicht nur das Erscheinungsbild einer Landschaft oder Gegend, sie tragen zugleich maßgeblich zum Heimatgefühl der dort lebenden Menschen bei. Durch ihren besonderen Wiedererkennungswert fördern sie Vertrautheit und Verbundenheit der Einheimischen mit ihrer Region. Sie halten Erinnerungen an historische Ereignisse und Personen wach, erzählen von früheren Generationen und von deren Lebens- und Arbeits-



Chorin, Klosteranlage von Nordwesten, Lithographie von Paul Rudolph Brecht, 1854.

bedingungen. Auch für Ausflügler und Touristen stellen die baulichen Hinterlassenschaften einer Gegend meist attraktive Ziele dar. Sie ermöglichen ihnen, sich ein genaueres Bild vom jeweiligen Gebiet und seinen oft über Jahrhunderte gewachsenen Eigenheiten zu verschaffen und sich neue Geschichtskenntnisse anzueignen.

Allerdings erschließt sich das bauliche Erbe einer Region nur selten im Selbstlauf. Es gehörte von jeher zu den Aufgaben der staatlichen Denkmalpflege, der Allgemeinheit die nötigen Kenntnisse über das jeweilige Denkmal und seine Bedeutung im Kontext der geschichtlichen Entwicklung nahezubringen. Zugleich müssen die Denkmalbehörden daran mitwirken, bei Bedarf tragfähige Nutzungskonzepte für solche Bauten und Anlagen zu finden, bei denen eine Beibehaltung der ursprünglichen Funktion nicht mehr gefragt oder möglich ist. Hier sind oft kreative Ideen und unkonventionelle Lösungen gefragt, um die Denkmale in ihrer substanziellen und ideellen Einzigartigkeit über einen langen Zeitraum hinweg zu sichern. Die institutionalisierte Denkmalpflege kann diese notwendigen Findungsprozesse in der Regel nur beratend begleiten. Bei der Umsetzung bedarf es unabdingbar der Mitwirkung vieler anderer gesellschaftlicher Kräfte. Bereits im Grundsatzpapier der 1964 verabschiedeten »Charta von Venedig« wurde betont, dass es sich bei Denkmalen um ein gemeinsames Erbe handele und damit eine kollektive Verantwortung bestehe, den überkommenen Bestand in seiner ganzen Fülle und Authentizität zu bewahren.[36]

Im Landkreis Barnim hat sich während der letzten drei Jahrzehnte in dieser Hinsicht enorm viel getan. Inzwischen existiert ein dichtes Netz unterschiedlichster Akteure, die durch ihr berufliches oder privates Engagement maßgeblich zur Akzeptanz und Durchsetzung denkmalpflegerischer Anliegen auf verschiedenen Ebenen beitragen. Neben Mitarbeitern kommunaler Behörden, Institutionen und Einrichtungen gehören dazu Kirchengemeinden, Geschichtsvereine, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt viele Denkmaleigentümer selbst. Sie sind es, die sich abseits jeglicher Renditeerwartung für die Erhaltung des regionalen baulichen Erbes stark machen und an der Entwicklung geeigneter Nutzungskonzepte mitwirken.

Umgesetzt werden dabei bevorzugt Projekte, die eine kulturelle Nachnutzung im weitesten Sinn beinhalten und damit zugleich sicherstellen, dass die jeweiligen Bauten oder Anlagen weiterhin für Einheimische und ebenso für auswärtige Gäste und Touristen zugänglich und als Denkmal erlebbar bleiben.

Als ein frühes und zugleich charakteristisches Beispiel für die Verzahnung denkmalpflegerischer, kultureller und touristischer Zielsetzungen kann das Kloster Chorin gelten. Das Ensemble liegt abseits des gleichnamigen Dorfes, am waldreichen nordöstlichen Rand des heutigen Kreisgebiets.[37] Das Kloster war nach Aufgabe einer ersten, jedoch nicht fertiggestellten Anlage ab 1273 am jetzigen Standort durch Zisterziensermönche in Formen der norddeutschen Backsteingotik errichtet worden. Als Stifter fungierten die askanischen Markgrafen Johann I. und Otto III. Sie statteten das Kloster großzügig mit Landbesitz und wirtschaftlichen Privilegien aus. Bis 1466 wuchs der Klosterbesitz durch Zukauf und Schenkungen von Ländereien beträchtlich an.[38]

Im Zuge der Reformation kam es 1539 zur Aufhebung des Klosters. Die zugehörigen Landgüter ließ der brandenburgische Kurfürst seinem Dominialbesitz einverleiben, und in die Klostergebäude zog der Verwaltungssitz des neu gegründeten Domänenamtes Chorin ein. Schäden im Dreißigjährigen Krieg sowie ausbleibende Reparaturen und Teilabrisse im 17. und 18. Jahrhundert führten nach und nach zum Verfall der mittelalterlichen Gemäuer. Einige Klausurgebäude und sogar die Klosterkirche wurden durch landwirtschaftliche Nutzungen geschädigt und als Steinbruch missbraucht. Um 1800 standen große Teile des Ensembles nur noch als Ruine. Weder vom preußischen Herrscherhaus noch von der Allgemeinheit wurde der noch immer eindrucksvollen Architektur irgendein besonderer Kunst- und Zeugniswert beigemessen.

Dass sich dies ab dem frühen 19. Jahrhundert änderte, ist maßgeblich den Aktivitäten Karl Friedrich Schinkels zu verdanken. Bereits kurz nach seiner Anstellung bei der preußischen Oberbaudeputation hatte er die ruinösen Baulichkeiten in Chorin 1810 erstmals begutachtet. Das Gesehene begeisterte ihn aus künstlerischen und, dem Zeitgeist der Periode nach 1806 entsprechend, ebenso aus national-patriotischen Gründen. Während der Folgejahre war er bestrebt, dieses »Denkmal altdeutscher Baukunst« in das öffentliche Bewusstsein zu heben und zugleich auf dessen akute Gefährdung hinzuweisen. Seine Begegnung mit der Choriner Anlage dürfte das oben erwähnte Memorandum von 1815 maßgeblich mit inspiriert haben.



Chorin, Blick in die 2017 eröffnete Dauerausstellung.

Seither ist die Erhaltungs- und Nutzungsgeschichte der Anlage in engster Weise mit der Entwicklung der staatlichen Denkmalpflege und zugleich mit den Anfängen des modernen Fremdenverkehrs in der Mark Brandenburg verwoben.[39] Schon bald nach der »Wiederentdeckung« zog es Liebhaber mittelalterlicher Baukunst ebenso hierher wie viele Künstler, die das Ensemble im Sinne romantischer Ruinenbegeisterung pittoresk ins Bild zu setzten suchten.[40] Auch publizistisch fand Chorin nun erstmals Beachtung. Eine für damalige Verhältnisse besonders ausführliche Beschreibung und Würdigung der Klosterruine bot ein 1829 erschienenes Werk von Johann Joachim Bellermann, der sich zuvor mehrfach als Badegast in Neustadt-Eberswalde aufgehalten hatte.[41] In seiner Publikation lenkte er den Blick zugleich auf weitere in der Stadt und ihrer Umgebung überkommene Bauten.



Chorin, Klosteranlage von Süden, 2008.

Wie andernorts wuchs auch in diesem Teil der Mark das Interesse an der Erkundung und Erhaltung des mittelalterlichen Bauerbes spürbar an.

1885 wurden der Kreuzgang und die Kirchenruine für jedermann zur Besichtigung freigegeben. Chorin entwickelte sich während der folgenden Jahrzehnte zu einem der beliebtesten Ausflugsziele der Mark.[42] Hauptsächlich kamen Tagesbesucher aus der nahen Hauptstadt Berlin, die inzwischen bequem mit der Bahn hierher anreisen konnten. Nach 1900 wurde das Klostergelände wegen seiner grandiosen Architekturkulisse zum Schauplatz eines Massengottesdienstes auserkoren und damit als stimmungsvolle Kulisse für Großveranstaltungen entdeckt. In den Jahren der Weimarer Republik schwoll der Strom der Besucher weiter an. Allein während der Saison 1930 wurden deutlich über 30.000 Eintrittskarten verkauft, nicht eingerechnet die zahllosen Reise- und Schülergruppen mit nochmals Tausenden von Teilnehmern. Schattenseite dieser Entwicklung war, dass Unachtsamkeit und Vandalismus zunahmen und immer häufiger zu Schäden an den mittelalterlichen Bauten führten. Nach 1933 gab es Versuche seitens der NSDAP, das Gelände ideologisch zu vereinnahmen. Einen Höhepunkt bildete in dieser Hinsicht die 1934 anlässlich des 600-jährigen Jubiläums der Klostergründung angesetzte Festwoche, zu der man 14.000 Gäste herbeitrommelte.[43] In den Kriegs- und Nachkriegsjahren sank die Zahl der Touristen, vergrößerte sich aber seit den frühen 1950er Jahren wieder kontinuierlich. Zu einem überregional geschätzten Höhepunkt profilierte sich ab 1964 der »Choriner Musiksommer«, eine Konzertreihe, die in ganz bescheidenem Rahmen begonnen hatte, bald aber das Publikum in Scharen anzog. Inzwischen werden jährlich rund 25.000 Zuhörer gezählt.

Angebote, die unmittelbar vor Ort über die Historie des Bauensembles informierten, gab es indes lange Zeit kaum. Zu einer Stätte der »Volksbildung«, wie sie Schinkel in seinem Memorandum gefordert hatte, entwickelte sich Chorin erst in den vergangenen Jahrzehnten. Seit 1991 konnten im Zuge umfangreicher Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten einige bis dahin unzugängliche Teile des Klausurbereichs öffentlich zugänglich und der Kernbereich der Anlage so in ein museal begehbares



Oderberg, Wohnhaus Oberkietz 28, 2002.

Architekturzeugnis verwandelt werden. Bei ihrem Rundgang können Besucher viel über das Leben der einstigen Zisterziensermönche sowie über die Bedeutung des Choriner Konvents im Kontext der brandenburgischen Landesgeschichte erfahren. In der Dauerausstellung werden zudem die nun seit über 200 Jahren anhaltende Erforschung und denkmalgerechte Erhaltung der Klosterruine thematisiert. Wer sein Wissen über das hochrangige Denkmal vertiefen möchte, findet informativen Lesestoff im Besucherzentrum, das 1998 in einem früheren Stallgebäude südlich der Hauptanlage eingerichtet wurde und auch Räume für Vorträge, Seminare und Workshops beherbergt. Zur kulturhistorischen Wissensvermittlung tragen seit vielen Jahren die Mitglieder des Chorin Verein e. V. durch ihre profunden Führungen, Vorträge und Publikationen bei.[44] Ihnen ist es ganz wesentlich mit zu verdanken, dass es heute jährlich mehr als 150.000 Menschen an diesen einst so stillen Ort zieht. Die Westfassade der Klosterkirche wird inzwischen bundesweit als ein touristisches Markenzeichen der brandenburgischen Region verstanden.

Wie das Choriner Kloster, so weisen auch die Gründungskerne der Städte Oderberg und Eberswalde in die Periode der Eroberung und gezielten Besiedlung des Barnim während des 13. Jahrhunderts zurück. Oderberg lag anfangs direkt am Ufer der Oder. Bereits um 1214 hatte der askanische Markgraf Albrecht II. auf einem Steilhang oberhalb des Stroms eine Burg anlegen lassen. In deren Schutz konnte sich bald darauf eine Kaufmannsiedlung entfalten. 1231 kam es in deren Nähe zur Gründung eines Klosters, genannt Gottesstadt. Aus alten Urkunden geht ferner hervor, dass 1247 eine Pfarrkirche vorhanden war. 1259 wird Oderberg in Quellen erstmals als civitas (Stadt) bezeichnet. Aufgrund ihrer militärisch und wirtschaftlich günstigen Lage am Verlauf der Heer- und Handelsstraße Berlin-Stettin kam ihr innerhalb der Region eine Schlüsselstellung zu. Die urbane Entfaltung endete jedoch 1317 ziemlich jäh; Grund war die Verlegung der Handelsstraße nach Westen über Eberswalde. Die Einkünfte der Einwohner minderten sich in der Folge spürbar und die Stadt verlor nach und nach wichtige Rechte und Privilegien. Weiter ins Abseits ge-



Oderberg, Raddampfer »Riesa« am Südufer der Alten Oder, 2014.

riet Oderberg aufgrund umfangreicher Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg und während der katastrophalen Stadtbrände 1670 und 1672. Als zusätzliches Hemmnis erwies sich die 1753 unter König Friedrich II. vorgenommene Verlegung des Oder-Flussbetts. Vom einst unmittelbar am Ort vorbeiführenden Hauptstrom verblieb nur ein bescheidener Flussarm. Oderberg führte künftig das geruhsame Dasein einer märkischen Kleinstadt. Ihre Bewohner lebten von Kleinhandel und Handwerk, wobei der Fischerei bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eine bedeutende Rolle zukam.[45]

Oderbergs Altstadtkern wurde schon zur DDR-Zeit unter Denkmalschutz gestellt.[46] Zum Schutzumfang gehört der seit dem Mittelalter bewahrte, in seinen Grundzügen von der beengten Geländetopografie bestimmte Grundriss der Stadtanlage. Dessen Rückgrat bilden zwei im rechten Winkel verlaufende Hauptstraßenzüge, von denen einige kleine Gassen abzweigen. Im Winkelbereich lag früher der rechteckige Marktplatz (heute größtenteils überbaut), und an dessen Nordseite grenzt seit alters die Stadtpfarrkirche St. Nikolai. Westlich dieses Stadtkerns und ehemals durch einen Taleinschnitt von diesem räumlich abgetrennt, befindet sich der sogenannte Kietz. Er wurde im 13. Jahrhundert und vermutlich noch lange danach von Slawen bewohnt.

In beiden Teilen der Altstadt sind zudem zahlreiche historische Wohnhäuser überkommen, darunter viele, die nach älterer Bautradition mit dem Giebel zur Straße ausgerichtet sind. Bei nicht wenigen dürfte es sich im Ursprung um Fachwerkgebäude des 17. oder frühen 18. Jahrhunderts handeln; systematische Untersuchungen liegen dazu bisher nicht vor. Bekannt ist das Baujahr des ansehnlichen Fachwerkwohnhauses Oberkietz 29. Es wurde 1680 errichtet und zählt damit zu den ältesten erhaltenen Wohngebäuden im Landkreis.

Den auffälligsten Blickpunkt innerhalb der lebhaften Oderberger Stadtsilhouette bildet die Nikolaikirche mit ihrem markanten, seitlich angeordneten Turm. Sie wurde 1853–55 anstelle eines mittelalterlichen Vorgängerbaus[47] in neogotischen Formen errichtet. An den Planungen war der namhafte Berliner Architekt und Schinkelschüler Friedrich August Stüler beteiligt. Im Inneren

des Bauwerks blieb die einheitliche neogotische Ausstattung erhalten. Der stimmungsvolle Raum dient nach wie vor kirchlichen Zwecken, wird aber darüber hinaus auch für Musikaufführungen und kleine Ausstellungen genutzt. Ein ungewöhnliches und auf dem Wasserweg aus Sachsen »zugewandertes« Denkmal befindet sich außerhalb des Stadtkerns, am Südufer der Alten Oder. Gemeint ist der Raddampfer »Riesa«, ein 1897 von Stapel gegangener Oberdeckdampfer, der 1976 nach langer Betriebsdauer stillgelegt und hierher überführt wurde. Heute bildet er als begehbares technisches Denkmal das zentrale Ausstellungsstück des Oderberger Museums für Binnenschifffahrt. Im Museum werden neben historischer Schiffstechnik auch Exponate aus der Geschichte des Ortes und seiner Umgebung gezeigt, wobei Fischerei und Flößerei die thematischen Schwerpunkte bilden. Der einstige Salon des Dampfers steht Besuchern mehrmals im Jahr als Stätte für Kleinkunstabende und gesellige Veranstaltungen offen.

Ebenfalls am Nordrand des Barnimhochplateaus liegt die Kreisstadt Eberswalde. Ihr heutiges Stadtgebiet, das sich bandartig über etwa zehn Kilometer entlang des Finowkanals erstreckt, ging aus dem Zusammenschluss mehrerer Orte hervor. Der städtische Siedlungskern befindet sich am östlichen Ende dieses Siedlungsbandes. Seine ovale Grundform, das gitterartige Straßenraster mit zentralem Markt und dem etwas höher gelegenen Kirchplatz südlich davon lassen bis heute die planmäßige Stadtgründung des mittleren bis späten 13. Jahrhunderts gut erkennen.[48]

Der Stadtkern besaß bis in das Frühjahr 1945 hinein eine intakte Struktur. Dies änderte sich nach einem Bombardement in der Nacht zum 26. April. Von den damaligen Zerstörungen waren vor allem der Bereich westlich des Marktes und das Gebiet um den Kirchplatz betroffen. Die entstandenen Lücken blieben zur DDR-Zeit überwiegend unbebaut, die unzerstörten Altbauten verfielen zusehends. Erst nach 1990 konnten die denkmalgeschützten Gebäude, meist im Rahmen öffentlicher Förderprogramme, umfassend instand gesetzt werden. Inzwischen präsentieren sich viele Quartiere wieder in städtebaulich ansprechender Gestalt. Ganz besonders gilt das für den Marktplatz, der mit Fertigstellung des Paul-Wunderlich-Hauses eine Neugeburt als »gute Stube« der



Eberswalde, Stadtpfarrkirche St. Maria Magdalena von Südwesten, 1997.

Stadt erlebte. Zwei Mal wöchentlich und an den jährlich wiederkehrenden Höhepunkten können Händler und Kunsthandwerker hier ihre Waren feilbieten. Darüber hinaus dient der Platz vor allem während der Sommersaison als attraktive Kulisse für Freiluftveranstaltungen verschiedenster Art. Genannt seien beispielweise das im Juni jährlich stattfindende Kulturfest »FinE« (Fest in Eberswalde) oder die mit »Guten Morgen Eberswalde« betitelte Reihe, bei der in wöchentlichem Abstand künstlerische Darbietungen aus verschiedenen Sparten auf die Bühne gebracht werden.

Größtes und zugleich ältestes Bauwerk im Altstadtkern ist die Stadtpfarrkirche St. Maria Magdalena. Sie wurde im späten 13. Jahrhundert als dreischiffige Basilika mit Polygonalchor und Westturm in Backsteinmauerwerk errichtet und gehört zu den bedeutendsten hochgotischen Stadtkirchen der Mark Brandenburg. Landesweit einmalig ist der figürliche Schmuck aus Terrakotta am Haupt- und an den beiden Nebenportalen. Der Westturm, heute das Wahrzeichen der Altstadt, entstand erst 1876 nach Entwurf des Berliner Baustadtrats Hermann



Eberswalde, Adler-Apotheke (heute Museum), 2019.

Blankenstein. Damals erhielt die Kirche auch eine neue Ausstattung in gotisierendem Stil. Zu den wenigen verbliebenen älteren Stücken gehören das bronzene Taufbecken aus dem frühen 14. Jahrhundert und der reich in Formen der Spätrenaissance gestaltete Altar.[49] Gäste können die Kirche zu festgelegten Öffnungszeiten oder im Rahmen von Führungen kennenlernen. Gelegenheit, in das sehenswerte Innere des Bauwerks zu gelangen und zugleich am regen Eberswalder Kulturleben teilzuhaben, bieten von der Kirchengemeinde oder der Stadtverwaltung organisierte Ausstellungen und musikalische Darbietungen.

Beim Rundgang durch den Altstadtkern trifft man insbesondere am Markt, aber auch in anderen Quartieren noch auf etliche Bürgerhäuser des 17.–19. Jahrhunderts. Unter diesen sticht die einstige Adlerapotheke wegen ihres Alters und ihrer Fachwerkarchitektur besonders hervor. Das ausgesprochen stattliche Eckgebäude wurde um 1665 erbaut und diente bis 1986 als Wohnhaus und Apotheke.[50] 1990–97 erfolgte eine umfassende Sanierung dieses hochrangigen Denkmals. Ziel war es dabei einerseits, wichtige historische Strukturen zurückzugewinnen, andererseits sollte das Gebäude für eine künftige Nutzung als Stadtmuseum ertüchtigt werden. Vom Gelingen des Projekts kann man sich bei einem Besuch des Hauses selbst überzeugen, denn im Rahmen der musealen Nutzung sind die meisten Räume öffentlich zugänglich. Erläuternde Texte verweisen auf die vielen erhaltenen Spuren der Vergangenheit im Gebäude und machen die Adlerapotheke so zu einem begehbaren Exponat der Eberswalder Stadtgeschichte. In der Dauerausstellung des Museums wird dem Besucher anhand aussagekräftiger Sammlungsobjekte die Entwicklung des heutigen Stadtgebiets von den frühgeschichtlichen Anfängen bis in die späte DDR-Zeit geboten. Thematische Schwerpunkte bilden dabei die Anlage des Finowkanals, die sich anschließende Industrialisierung des Finowtals sowie der Aufstieg Eberswaldes zur Kur- und Ausflugsstadt und zum bedeutenden Standort der forstwissenschaftlichen Lehre. Unter Bezugnahme auf das jeweilige Jahresthema der überregionalen Plattform »Kulturland Brandenburg« werden vom Museumsteam zudem temporäre Ausstellungen erarbei-



Eberswalde, Sonderausstellung im Museum zum Lutherjahr 2017.

tet, wobei sich der Sammlungsbestand mitunter als erstaunliche Schatzgrube erweist. Anliegen des Hauses ist es darüber hinaus, mit speziellen museumsdidaktischen Angeboten ein junges Publikum für stadt- und regionalgeschichtliche Themen zu begeistern. Erwähnt sei, dass die Adlerapotheke nicht nur Standort des Museums ist, sondern auch die Tourist-Information und das Kulturamt der Stadt beherbergt.

Nur wenige Schritte westlich der Altstadt erstreckt sich die aus einer friderizianischen Messerschmiedekolonie hervorgegangene Schicklervorstadt. Erhalten blieb dort das 1793 für den Eisenwarenfabrikanten David Schickler erbaute Wohnhaus, das 1830 vom Staat erworben und zum künftigen Sitz der neun Jahre zuvor in Berlin gegründeten Forstakademie bestimmt wurde. Aus dieser kleinen, aber renommierten Lehranstalt ging im Verlauf der letzten 200 Jahre die heutige Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) hervor. Dem ersten bescheidenen Gebäude folgten am Standort bald weitere Bauten.[51] Das heute zu großen Teilen als Denkmal geschützte Ensemble dient der Hochschule als Hauptsitz und Stadtcampus. Weiter westlich gibt es außerdem einen Waldcampus, zu dem ebenfalls mehrere denkmalgeschützte Gebäude gehören.[52]

Auf die fundamentale Bedeutung des Finowkanals für die nachmittelalterliche Geschichte der Stadt und ihr damit verbundenes enormes Wachstum ist in einem der vorangegangenen Kapitel bereits ausführlich eingegangen worden.[53] Zahlreiche überkommene Bauten und Anlagen geben bis heute Zeugnis dieser Entwicklung. Überwiegend handelt es sich um die ältesten Teile komplexer Werksanlagen; fast alle wurden nach 1990 stillgelegt. Welche davon Denkmalwert besitzen bzw. schon in der Denkmalliste verzeichnet sind, lässt sich dem oben erwähnten Topografieband zur Stadt Eberswalde entnehmen. An einigen der traditionsreichen Standorte haben sich im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte kleine Firmen und Gewerbebetriebe angesiedelt, andere stehen seit ihrer Schließung leer und sind dem Verfall preisgegeben.

Erfreulich positiv verlief die Entwicklung im Fall der ehemaligen Eisenspalterei.[54] 2002 fand auf dem Gelände



Blechenhaus, erbaut 1816, auf dem Gelände der Landesgartenschau.

die zweite Brandenburgische Landesgartenschau unter dem Motto »Blütenträume am Finowkanal« statt. Im Vorfeld konnten mehrere der dort befindlichen denkmalgeschützten Bauten und Anlagen behutsam saniert werden, darunter das 1816–18 nach englischem Vorbild erbaute Eisenwalzwerk. Bereits 1830 hatte der Maler Carl Blechen dieses Gebäude zum Bildmotiv für sein später berühmtes Ölgemälde *Walzwerk Neustadt- Eberswalde* gewählt[55] und damit eine der ersten Industriedarstellungen der deutschen Kunst geschaffen. Im Gebäudeinneren befindet sich heute das Atelier eines Kunstschmieds, der Neugierigen gern Einblick gewährt. Das 17 Hektar große Areal der Landesgartenschau wurde nach 2002 als Freizeitpark unter dem Namen »Familiengarten Eberswalde« in städtische Trägerschaft übernommen. Vor allem Kindern stehen dort zahlreiche Möglichkeiten offen, sich spielerisch und kreativ zu betätigen. Auf der großen Freilichtbühne können Gäste im Sommer den Open-Air-Konzerten populärer Künstler lauschen. Ein früheres Gebäude zur Hufeisenproduktion dient heute als städtische Veranstaltungshalle, andere der geschützten Baulichkeiten können begangen werden und sind mitunter durch visuelle oder akustische Installationen originell in Szene gesetzt. Der als technisches Denkmal geschützte, von einem benachbarten Industriegelände hierher verbrachte Montagekran »Eber« aus dem Jahr 1954 wurde in einen Aussichtsturm verwandelt und avancierte zum Wahrzeichen des »Familiengartens«.[56]

Zu den besonders sehenswerten Standorten der historischen Industrielandschaft am Finowkanal gehört auch die Messingwerksiedlung.[57] Sie ist seit 1996 als Denkmalbereich geschützt. 1696/97 war an dieser Stelle eine Messingmanufaktur mit Wohnsiedlung gegründet worden; im späten 19. Jahrhundert gingen daraus die Hirsch-Messing- und Kupferwerke hervor. Das Werk wurde bald verlegt; die Siedlung entwickelte sich zum Wohnsitz der Stammbelegschaft. Zwischen 1917 und 1920 war der Berliner Architekt Paul Mebes[58] hier als Werksarchitekt tätig. Nach seinen Plänen entstanden in der Siedlung mehrere bemerkenswerte Bauten.[59] Zur Architekturikone des industriellen Finowtals wurde der von ihm entworfene und 1918 fertiggestellte Wasserturm am Nordrand der Siedlung.[60]

Das in eigenwilligen expressionistischen Formen gestaltete Turmbauwerk aus gelbem Ziegelmauerwerk diente anfangs zugleich als patriotische Gedenkstätte des Ersten Weltkriegs. 1964 war der Turm stillgelegt worden und geriet in Verfall. 2004–11 erfolgte etappenweise eine grundlegende Sanierung des Bauwerks. Außerordentlich aktiv vorangetrieben wurde das Sanierungsprojekt vom Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e. V., der den Turm nunmehr als informatives Regionalmuseum mit einer Dauerausstellung zur über 300-jährigen Entwicklungsgeschichte des Werksstandorts betreibt und auch Führungen durch die Siedlung anbietet. Die Turmobergeschosse sind heute barrierefrei erreichbar. Vom Dachgeschoss in 44 Metern Höhe bietet sich dem Besucher ein grandioser Blick über den Barnim und das Finowtal.

Der aus dem einstigen Flüsschen Finow hervorgegangene Finowkanal ist eine der ältesten künstlichen Wasserstraßen in Deutschland. Er verbindet die Havel mit der Oder und ermöglichte damit einst günstige Schiffstransporte zwischen der Residenzstadt Berlin und der Hafen-



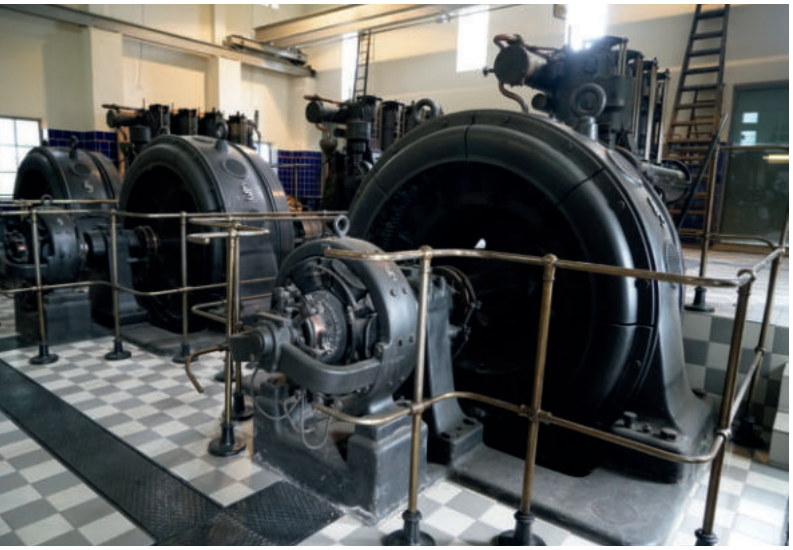
Flyer des Messingwerker Förder-vereins.



Messingwerk, Wasserturm, Blick vom Turmfuß zum Behältergeschoss, 2010.

Finowkanal, Ragöser Schleuse, 2011.





Schiffshebewerk Niederfinow, Dieselkraftwerk, 2018.



Blick in das Innere des Hebewerkgerüstes, 2004.

stadt Stettin. Die Erstanlage von 1603 wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört. Der zweite, unter Friedrich dem Großen in den Jahren 1743–46 entstandene Kanal blieb erhalten und steht heute im Abschnitt zwischen Zerpenschleuse und Liepe unter Denkmalschutz.[61] Zur DDR-Zeit nutzten die am Ufer befindlichen Großbetriebe den Kanal zur Abwasserentsorgung. Nach 1990 wurde die alte Wasserstraße über viele Jahre hinweg renaturiert und gleichzeitig im Rahmen eines regionalen Infrastrukturprogramms zu einem touristischen Anziehungspunkt entwickelt. Im Fokus stand dabei der zur historischen Anlage gehörende Treidelweg, den man als Radwanderweg im Sinne eines Industrielehrpfads mit Wegeleitsystemen und Informationstafeln ausstattete. Auch vom Wasser aus lassen sich die historische Industrielandschaft und die denkmalgeschützten Schleusenanlagen per Kanu, Ruder- oder Tretboot bestens erkunden. Nicht wenige der Industriebauten stehen allerdings seit 1990 leer und sind in ihrer Substanz akut gefährdet.[62]

Parallel zum Finowkanal entstand in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg der Oder-Havel-Kanal (früher Hohenzollernkanal). An seinem östlichen Ende befindet sich das weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannte Schiffshebewerk Niederfinow.[63] Es wurde 1927–34 erbaut und ersetzte funktional eine mit dem Kanalbau angelegte, in Teilen noch heute vorhandene und als Denkmal geschützte Schleusentreppe. Beide Bauwerke wurden für dieselbe Aufgabe errichtet: Mit ihrer Hilfe konnten Wasserfahrzeuge den Höhenunterschied zwischen dem Kanal und der Oder – immerhin 36 Meter – überwinden. Das Schiffshebewerk verkürzte diesen Vorgang allerdings erheblich. Die imposante Stahlkonstruktion besteht aus einer 156 Meter langen Kanalbrücke und einem Hebegerüst mit wassergefülltem Trog. In diesem werden die Schiffe nach dem Prinzip eines Fahrstuhls auf einfache, aber effiziente Weise durch Gegengewichte hinauf bzw. hinunter befördert. Das Schiffshebewerk war bereits zur DDR-Zeit als technisches Denkmal in die Zentrale Denkmalliste der DDR aufgenommen worden. 2007 wurde es als »Historisches Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst in Deutschland« ausgezeichnet. Das eindrucksvolle Bauwerk gehört zu den meistbesuchten Sehenswürdigkeiten im Land Brandenburg. Rund 150.000 Besucher kommen jährlich hierher, um den Betrieb der Anlage als Beobachter von Land aus oder in ganz unmittelbarer Weise als Freizeitkapitäne mitzuerleben. Technikgeschichtlich bedeutsam ist auch das 1927 am Standort eingerichtete kleine Kraftwerk zur Bau- und Notstromversorgung des Schiffshebewerks. Es musste im Zusammenhang mit dem jetzigen Niederfinower Neubauprojekt versetzt werden, doch blieb die gesamte Ausrüstung bis auf das letzte Schräubchen erhalten.

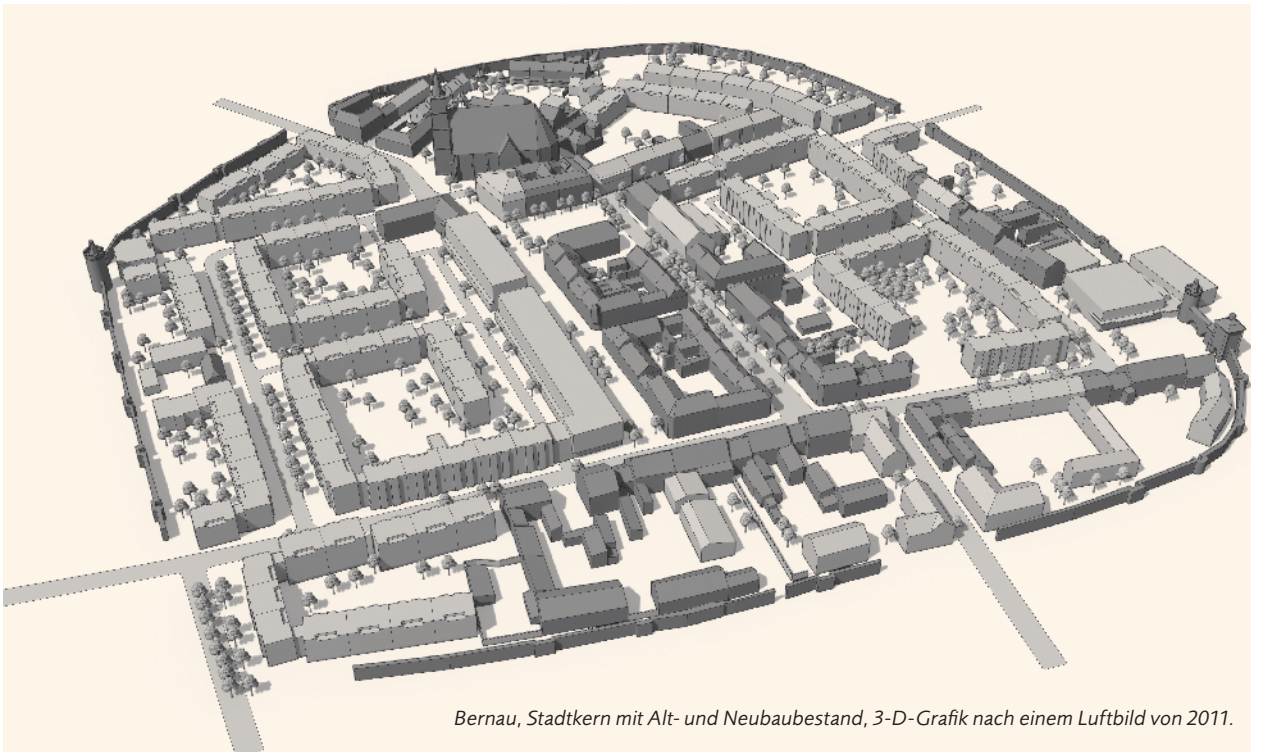
Zweitgrößte Kommune im heutigen Barnimer Kreisgebiet ist die bereits um 1230 gegründete Stadt Bernau. Zur



Schiffshebewerk von Südwesten, 2013.

ihrem Gedeihen hatten im Mittelalter vor allem das Tuchmachergewerk und die Bierbrauerei beigetragen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg verlor Bernau an Bedeutung.[64] Ihren mittelalterlich geprägten Kern konnte sich die Stadt jedoch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten die kleinteilig bebauten Quartiere allerding zunehmend in Verfall und wurden von den baupolitischen Entscheidungsträgern bald als nicht mehr reparabel eingestuft. Und so beschloss man, in Bernau ein Modell zu erproben: Aus der Altstadt sollte ein neuer sozialistischer Stadtkern werden – errichtet in Plattenbauweise. Die Flächenabrisse begannen in den späten 1970er Jahren, der »Stadtumbau« dauerten bis 1989 an. Von den Denkmalbehörden unterbreitete Vorschläge oder fachliche Einwände fanden im Verlauf dieses Prozesses aus ökonomischen Gründen kaum Akzeptanz, blieben jedoch nicht gänzlich erfolglos. Erhalten werden konnten der planmäßig im 13. Jahrhundert angelegte Stadtgrundriss und sämtliche aus dem Mittelalter überkommenen Bauten. Dem Abriss entgingen zudem einige öffentliche Gebäude und Bürgerhäuser.[65]

Dass sich der Stadtkern trotz der radikalen Erneuerungen zur DDR-Zeit noch heute in seiner annähernd



Bernau, Stadtkern mit Alt- und Neubaubestand, 3-D-Grafik nach einem Luftbild von 2011.



Bernau, Steintor und Pulverturm, 2017.

runden Grundform und seinen Abmessungen gut erkennen lässt, ist vor allem der umfangreich bewahrten Stadtbefestigung zu verdanken. Von der ursprünglich 1.500 Meter langen, vorwiegend aus Feldstein erbauten, ehemals mit 42 Weichhäusern und drei Stadttoren bestückten Stadtmauer sind mehr als Dreiviertel erhalten. Auch der später als Stadtpark hergerichtete ehemalige Wall-Graben-Bereich zeichnet sich noch deutlich ab. Von den ehemals drei Stadttoren hat nur das Steintor im südöstlichen Mauerabschnitt die Zeiten überdauert. Der viergeschossige, quadratische Backsteinturm mit spitzbogiger Durchfahrt entstand in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts; das abschließende Mansarddach mit dem schmucken Uhrtürmchen kam erst 1752 hinzu. Nach Norden schließt sich ein Mauerabschnitt mit Wehrgang an, und etwas weiter folgt der sogenannte Hungerturm, ein Backsteinturm mit Zinnenkranz. Seit dem 19. Jahrhundert hat sich dieses malerische Ensemble zum Wahrzeichen der Stadt entwickelt. Im Steintor befindet sich seit 1882 das Bernauer Heimatmuseum mit seiner sehenswerten Sammlung.

Ein städtebaulich wie baukünstlerisch herausragendes Zeugnis der norddeutschen Backsteinarchitektur ist die Stadtpfarrkirche St. Marien. Das Bauwerk stammt im Kern aus der Phase unmittelbar nach der Stadtgründung, wurde jedoch ab dem späten Mittelalter im Stil der Spätgotik zur vierschiffigen Hallenkirche mit Hallenumgangschor um- und ausgebaut. Durch ihre imposante Baumasse prägt sie Bernaus Altstadtsilhouette entscheidend mit. Erst beim Näherkommen erschließen sich die ansprechenden Architekturdetails und das Maßwerkdekor des Außenbaus. Der prächtige, mit spätgotischen Gewölben versehene Innenraum erfreut durch eine reiche Ausstattung, zu der mehrere überregional herausragende Einzelstücke gehören. Sehenswert ist besonders der mit sechs Flügeln ausgestatte Hauptaltar von 1519. Er weist ein umfangreiches, teils figürliches, teils gemaltes Bildprogramm auf und gehört zu den Hauptwerken seiner Gattung in der Mark Brandenburg. An den Brüstungen der dreiseitigen Empore von 1614 fallen zahlreiche Ölbilder mit Szenen aus dem Alten Testament ins Auge, an den Wänden lassen sich mittelalterliche Malereien entdecken. Zahlreiche Epitaphe, Grabmäler und Totenkronen erinnern an einstige Bewohner Bernaus – die Aufzählung ließe sich um vieles fortsetzen.[66] Im November 2015 wurde Bernau (und zweitweise sogar der Kirchenraum selbst) zum Schauplatz einer Fachtagung, auf der in mehreren Vorträgen die hier vorhandenen Zeugnisse sakraler Bild- und Handwerkskunst thematisiert und jüngste Restaurierungsergebnisse vorgestellt wurden.[67] Seit 1991 hat es sich der Förderverein St. Marien e. V. zur Aufgabe gemacht, das Bauwerk selbst und dessen wertvolle Ausstattung einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zudem organisiert der Verein das jährliche Festival Alte Musik, das sich inzwischen zu einem festen Bestandteil des Bernauer Kulturlebens entwickelt hat.

Vom sozialistischen Stadtumbau der späten DDR-Jahre blieben einige für die Geschichte und das Erscheinungsbild der Bernauer Altstadt wichtige Gebäude verschont. Zu nennen sind die in Backstein erbaute Lateinschule aus dem 16. Jahrhundert, das Gasthaus »Schwarzer Adler« mit seinen spätgotischen Stern- und Netzgewölben sowie das 1582/83 als Fachwerkbau entstandene »Kantorhaus«. Im Bereich des Markts und entlang der Brüder-, Brauer- und der Berliner Straße finden sich zudem noch





Bernau, l. Stadtpfarrkirche St. Marien von Nordosten, 2010 und r. Hauptaltar, Festseite, 1998.

ansehnliche Gebäude aus jüngeren Stilepochen. Alle zusammen bilden die stimmungsvolle Kulisse für das jährlich im Frühsommer stattfindende Bernauer Hussitenfest, das mit Festumzug, Kunst- und Handwerkermarkt sowie allerlei mittelalterlich eingefärbten Spektakeln nicht nur Einheimische, sondern auch Gäste aus ganz Brandenburg und der nahen Hauptstadt Berlin anlockt. Hintergrund des Festes ist die erfolgreiche Abwehr des Hussitenheers, das im Jahr 1432 vor Bernaus Toren stand.

Etwa fünf Kilometer nordwestlich des Stadtkerns befindet sich die einstige Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB). Das 1928–30 nach Plänen des damaligen Bauhaus-Direktors Hannes Meyer und seines Kollegen Hans Wittwer entstandene Ensemble umfasst mehrere für Lern-, Freizeit- und Wohnzwecke konzipierte Einzelgebäude. Sie sind nach außen einheitlich mit gelbem Klinker verblendet und reihen sich als spannungsvoll gestaffelte kubische Baukörper auf einem annähernd Z-förmigem Grundriss aneinander. Ein überdachter Gang aus Glas verbindet die Gebäude über die gesamte Länge. Zur Ursprungsanlage gehören außerdem vier eingeschossige, ebenfalls in Zackenform aneinandergereihte und stilistisch dem Hauptbau entsprechende Lehrerwohnhäuser. Das geschickt in seine Umgebung eingebettete Ensemble besticht im Ganzen wie im Detail durch seine konsequent sachliche, funktionale Architektursprache. Der einstige Schulkomplex zählt heute zu den Inkunabeln der Klassischen Moderne.[68] Am 9. Juli 2017 wurde die Bernauer Anlage im Verbund mit den Bauhaus-Denkmalen in Weimar und Dessau von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

Wie bereits erwähnt, war die ADGB-Bundesschule bereits zur DDR-Zeit als Architekturdenkmal geschützt. Dennoch wurden an den zugehörigen Gebäuden unpassende, teils sogar mir Substanzverlusten einhergehende Veränderungen vorgenommen. Bemühungen innerhalb und außerhalb der Denkmalpflege, das Ensemble zu bewahren und bekannter zu machen, stießen damals immer wieder an politische Grenzen. Erst nach 1989 änderten sich die Erhaltungsvoraussetzungen grundlegend. Schon bald wurden erste denkmalpflegerische Konzepte erarbeitet, doch fehlte es zunächst an Mitteln und Nutzungs-





Bernau, Hussitenfest 2018.

ideen. 2001 wechselte der einstige ADGB-Schulkomplex in das Eigentum der Handwerkskammer Berlin, unter deren Bauträgerschaft 2003–11 eine umfassende denkmalgerechte Sanierung und Rekonstruktion der Gesamtanlage erfolgte. Heute nutzt die HWK den »Meyer-Wittwer-Bau« für Ausbildungslehrgänge.

Vor 1989 hatten sich nur wenige, meist architekturgeschichtlich besonders interessierte Touristen auf das Gelände der einstigen ADGB-Schule vorgewagt. Dies änderte sich nach dem Ende der deutschen Teilung. Vor allem seit 2011 wachsen die Besucherzahlen kontinuierlich an. Zu verdanken ist dies ganz wesentlich dem 1990 gegründete Verein »baudenkmal bundesschule bernau e. V.«, dessen Mitglieder durch zahlreiche Aktivitäten und Publikationen unermüdlich dazu beitrugen, dieses bedeutende Baudenkmal stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben.[69] Schon kurz nach seiner Gründung hatte der Verein in einem der früheren Lehrerhäuser ein Informations- und Kommunikationszentrum eingerichtet. Dort präsentiert er bis heute eine kleine Ausstellung zur Geschichte der Anlage. Darüber hinaus nutzt der Verein die Räume für verschiedene Veranstaltungen und Bildungsprojekte rund um die Bauhaus-Thematik. In Absprache mit der HWK bietet der Verein außerdem Gruppenführungen durch die Innenräume des Schulensembles an.

Die Umgebung der Städte Eberswalde und Bernau war von jeher land- und forstwirtschaftlich geprägt und ist es in weiten Teilen noch heute. In den Denkmallisten der einstigen Kreise Bernau und Eberswalde spiegelte sich diese Situation allerdings kaum wider. Das änderte sich mit der Neuausrichtung und Umstrukturierung des Denkmalschutzes nach der politischen Wende. Auf Grundlage des 1991 verabschiedeten Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes entwickelte sich die Erfassung, Bewertung und Unterschutzstellung des baulichen Erbes in den Dörfern rasch zu einer Schwerpunktaufgabe der Inventarisation. Im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahrzehnte hat sich die Zahl der eingetragenen Denkmale in den ländlichen Gemeinden insgesamt mehr als verdreifacht. Zugleich erweiterte sich das Spektrum der als schützenswert eingestuften Bauten und Anlagen beträchtlich. Noch zur DDR-Zeit waren – nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen – oft nur die mittelalterlichen Feldsteinkirchen und die künstlerisch hochrangigen Herrenhäuser in die Liste aufgenommen worden. Heute werden auch Dorfkirchen aus jüngeren Stilepochen oder die zu einstigen Gutsanlagen gehörenden Wohn- und Wirtschaftsgebäude als denkmalwert erachtet. Gleiches gilt für bäuerliche Gehöfte und für die oft unscheinbaren Funktionsbauten, die früher das Bild der Dörfer ganz selbstverständlich mitprägten. Im Fall einiger Orte gelang es, die alten Dorfkerne als Flächendenkmale auszuweisen bzw. nachträglich zu begründen.

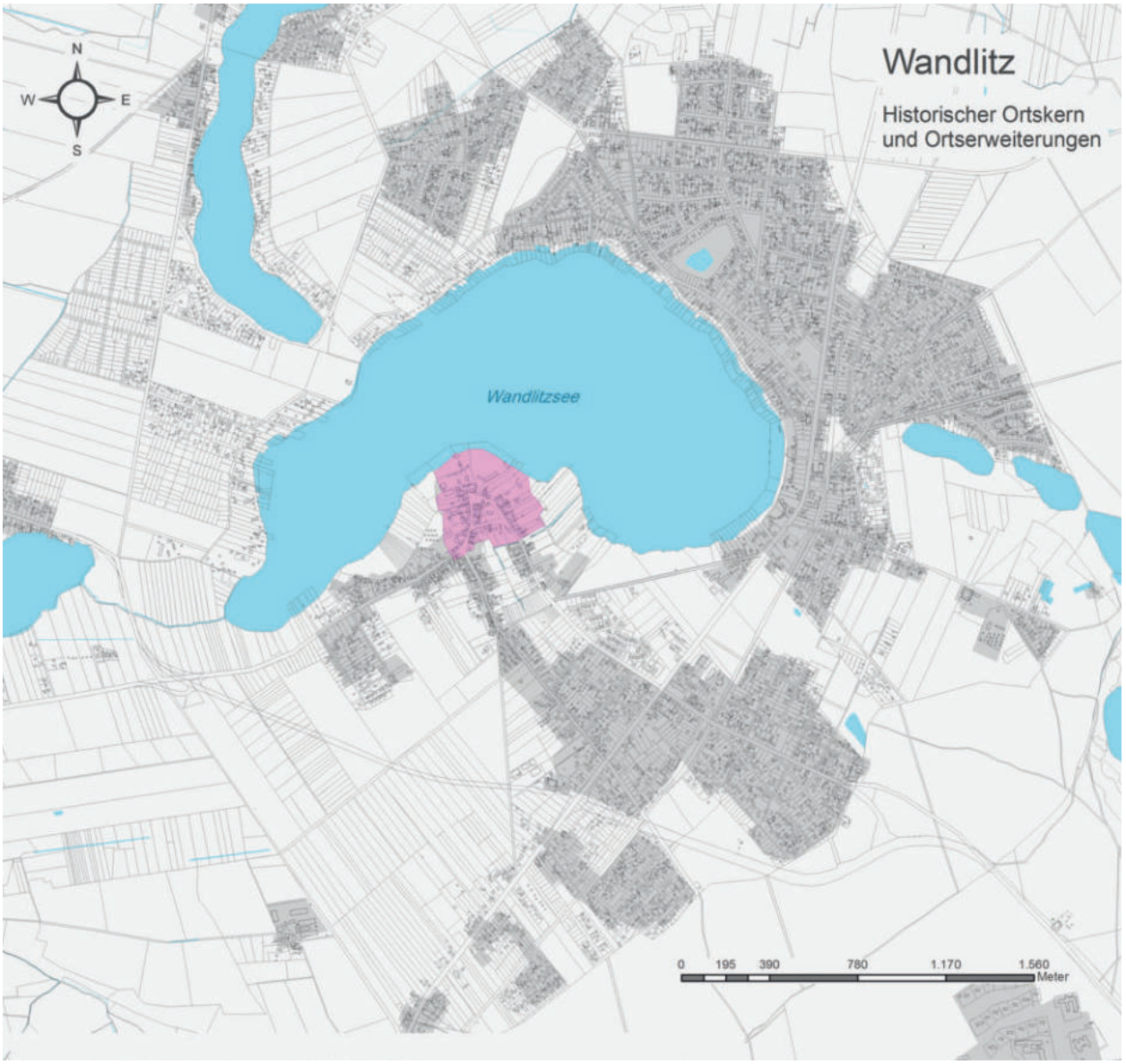






Bernau, Bundesschule des ADGB, Hauptgebäude, Verbindungsgang innen und Informationstafel, 2006.

Ein Beispiel dafür ist das einstige Fischerdorf Wandlitz. Der Ort ist namentlich vielen vertraut, denn seit Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte er sich aufgrund seiner landschaftlich bevorzugten Lage zu einem beliebten Wochenendziel der Berliner. Nach Inbetriebnahme der »Heidekrautbahn« entstanden hier vermehrt Sommerhäuser, bald auch dauerhafte Wohnsitze. Das Dorf wuchs schließlich um ein Vielfaches über seine ursprüngliche Größe hinaus. Heute zählt Wandlitz zu den ausufernden Siedlungen im Speckgürtel von Berlin. Doch lässt sich der mittelalterliche Kern des Ortes noch deutlich ausmachen. Er befindet sich auf einer Ausbuchtung am Südufer des Wandlitzsees. Im Ursprung handelt es sich um ein Platzdorf mit zentralem Anger. Dass hier bereits 1242 ein Dorf vorhanden war, belegen alte Urkunden. Bis 1542 befand sich Wandlitz im Besitz des



Wandlitz, Ortslage mit denkmalgeschütztem historischen Ortskern.

Klosters Lehnin, später gehörte das Dorf zum Domänenamt Mühlenbeck. Die Einwohner lebten von Landwirtschaft und Fischerei.[70] Ältestes bauliches Zeugnis der Ortsgeschichte ist die sehenswerte spätmittelalterliche Feldsteinkirche auf dem Anger. Erhalten sind außerdem die Dorfschule und mehrere Hofanlagen mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden des 19. Jahrhunderts. Dazu gehört auch der frühere Dorfgasthof »Goldener Löwe«. Der Saalanbau des Gasthofs stammt aus dem Jahr 1899. Er wird heute als »Kulturbühne« mit abwechslungsreichem und niveauvollem Programm genutzt. Ganz in der Nähe des denkmalgeschützten Dorfkerns befindet sich seit 2013 das Barnim Panorama. Der in Anlehnung an einen bäuerlichen Dreiseithof gestaltete Neubau beherbergt die größte agrarhistorische Sammlung des Landes Brandenburg. Zahlreiche der seit 1955 zusammengetragenen Objekte können in der musealen Dauerausstellung besichtigt werden. Außerdem befindet sich in dem Gebäude das Besucherinformationszentrum des Naturparks Barnim; hier erfahren die Gäste viel Wissenswertes zur Geschichte und Eigenart der Barnimer Natur- und Kulturlandschaft. Bereichert wird das Angebot durch themati-



Wandlitz, Ortskern, Kulturbühne »Goldener Löwe«, 2019.

sche Sonderausstellungen sowie Mitmach-Projekte und kulturelle Veranstaltungen. Alljährlich findet im Frühsommer ein Museumsfest mit ländlich-traditionellem Flair statt. In die Festfläche wird dann auch der schöne alte Dorfkern einbezogen.

Zu den ältesten Barnimer Ortsgründungen gehört das Angerdorf Hohenfinow[71], dessen Dorfkern ebenfalls als Flächendenkmal ausgewiesen ist. Der Ort besaß anfangs herausgehobene Bedeutung – dafür spricht jedenfalls die im mittleren 13. Jahrhundert erbaute Feldsteinkirche. Sie ist, ganz in der Art damaliger Stadtkirchen, als dreischiffige Basilika mit Rechteckchor, Halbrundapsis und dreiteiligem Westquerbau, ausgeführt worden. Teile des Westbaus sowie die Seitenschiffe wurden im Dreißigjährigen Krieg zerstört und danach nicht wieder aufgebaut. Der verbliebene Kirchensaal erfuhr 1906–10 eine tiefgreifende Neugestaltung nebst farbenfreudiger Ausmalung, die 2004 restauriert wurde. Günstige Gelegenheiten zur Besichtigung des bemerkenswerten Sakralbaus bieten die hier mehrmals im Jahr stattfindenden Konzerte sowie das jährliche Lindenblütenfest. Aber auch zu anderen Zeiten ist der Zugang nach Voranmeldung möglich.

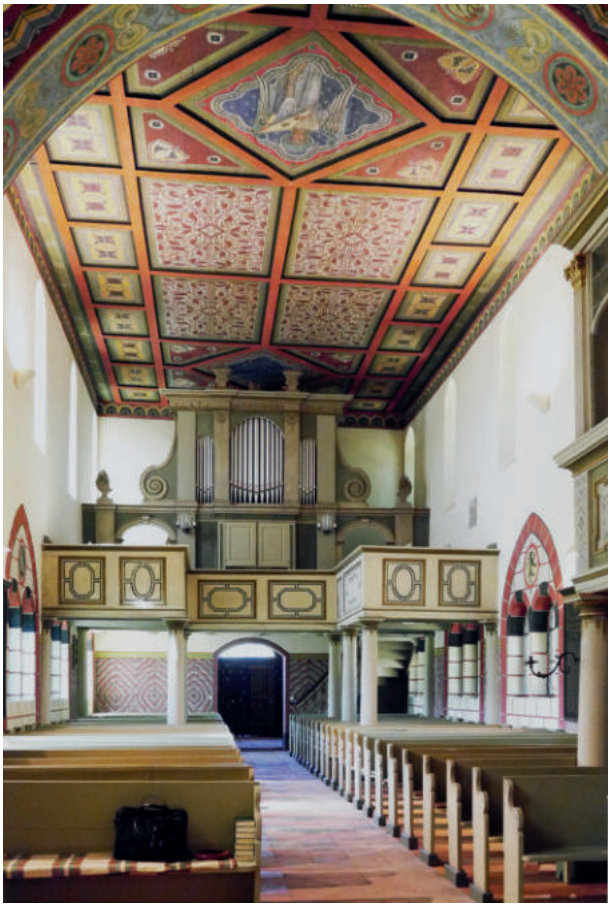
Nördlich des Kirchhofs erstreckt sich der ungewöhnlich breite, seitlich mit Linden in Doppelreihen bepflanzte Anger. Er ist nahezu unbebaut, lediglich an der Kirchhofgrenze steht in Querausrichtung zum Anger ein altes Fachwerkwohnhaus. Sein Standort auf dem Anger verrät, dass es einst zur Unterbringung der ärmsten Dorfbewohner diente. Bauhistorisch dokumentiert das Gebäude einen seit dem späten 18. Jahrhundert in der Barnimer Region sehr weit verbreiteten Haustyp mit quergegliedertem Grundriss und zentraler Schwarzer Küche. 1992–2000 wurde der Fachwerkbau denkmalgerecht mit Fördergeldern saniert. Seitdem nutzen es die Hohenfinower als Gemeindezentrum und Heimatstube.

Hohenfinow, Wohnhaus auf dem Anger, 2015.





Hohenfinow, Kirche von Südwesten.



Inneres nach Osten, 2015.

Am südlichen Ende des langgestreckten Angers liegt der frühere Gutsbereich. Von der einst bedeutenden Anlage sind nur noch wenige Gebäude und geringe Teile des einstigen Parks vorhanden. Das dreiflügelige Herrenhaus, das 1680–85 nach Plänen des namhaften niederländischen Baumeistes Cornelis Ryckwaert errichtet worden war, erlitt im Zweiten Weltkrieg partielle Schäden und wurde 1961 abgetragen. Zuletzt hatte das Gut der Familie v. Bethmann Hollweg gehört. Als Politiker bekannt wurde Theobald v. Bethmann Hollweg, der 1909 unter Kaiser Wilhelm II. zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten aufgestiegen war. Sein Grab erhielt er hier in Hohenfinow, in der repräsentativ gestalteten, heute denkmalgeschützten Familiengrabstätte am südlichen Ortsrand.

Der nordwestliche Teil des Landkreises ist nur dünn besiedelt und weist dementsprechend eine vergleichsweise geringe Dichte an geschützten Bauten und Anlagen auf. Gleichwohl birgt dieser wald- und wasserreiche Naturraum nördlich des Finowtals eine historische Erinnerungslandschaft besonderer Art. Bereits im Mittelalter diente das heute als Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin bekannte Gebiet den brandenburgischen Markgrafen, Kurfürsten und Königen als herrschaftliches Jagdrevier und politischer Rückzugsort. Teils damit zusammenhängend spielte die Forstwirtschaft über Jahrhunderte eine Hauptrolle im Leben der hier ansässigen Menschen. Beide Traditionsstränge bestimmten bis in die jüngste Vergangenheit hinein den Fortgang der Entwicklung. Doch gewann die Gegend spätestens seit Fontanes Kapitel zum Werbellinsee[72] (1863) auch Bedeutung als Ziel für Urlauber und Erholungssuche.

Das älteste überkommene profane Bauwerk des Gebiets ist das Jagdschloss in Groß Schönebeck. Es ging aus einer wahrscheinlich noch unter den askanischen Markgrafen angelegten Wasserburg hervor. Anstelle der Burg

ließ sich der damalige Kurfürst Joachim II. um 1540 ein Jagdhaus errichten.[73] Der erhaltene Dachstuhl von 1662 weist auf einen Wiederaufbau des Gebäudes nach Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg hin. Sein jetziges architektonisches Erscheinungsbild erhielt das kleine zweigeschossige Schloss erst im Zuge eines Umbaus ab 1834. Prägend für die Ansicht ist seitdem das von vier schlanken Ecktürmchen flankierte Zeltdach, aus dessen Spitze ein stattlicher, mit Zinnen versehener Schornstein aufragt. Seit 1991 befindet sich in dem Gebäude das Schorfheide-Museum. Hier sowie in zwei zur Anlage gehörenden jüngeren Wirtschaftsgebäuden wird seit mehreren Jahren die Dauerausstellung »Jagd und Macht« präsentiert. Sie vermittelt umfangreiche und informative Einblicke in das Thema, wobei weitere geschichtsträchtige Orte und Bauten einbezogen werden.[74]

Zu diesen gehört u. a. das einstige königliche Jagdschloss Hubertusstock am Westufer des Werbellinsees. Es wurde 1847–49 im Auftrag des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. im Stil eines alpenländischen Landhauses erbaut. Kaiser Wilhelm II. nutzte es häufig für Jagdaufenthalte. 1973 ließen die DDR-Spitzenfunktionäre das zwischenzeitlich durch einen Brand zerstörte Gebäude umfangreich erneuern und luden hochrangige Politiker aus Ost und West zu Staatsjagden und auch zu informellen Gesprächen am prachtvollen Kamin ein. Heute können sich heiratswillige Paare dort das Ja-Wort geben.

Auch das Städtchen Joachimsthal entstand in der Nähe einer alten Askanierburg[75] und eines später etwas entfernt davon errichteten kurfürstlichen Jagdhauses. 1577 kam es in der Nachbarschaft des Jagdhauses zur Ansiedlung einer Glashütte. 1603 erhob Kurfürst Joachim Friedrich die Siedlung zur Stadt, 1607 wandelte er sein Jagdhaus in eine Fürstenschule um, die bald unter dem Namen Joachimsthalsches Gymnasium überregionale Bekanntheit erlangte. Nach Vorbild der sächsischen Fürstenschulen sollten begabte Knaben hier eine solide voruniversitäre Ausbildung erhalten. Der Schulbetrieb währte jedoch nicht lange, denn die inzwischen um mehrere Gebäude erweiterte Anlage wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört und später in Berlin wiedergegründet. Joachimsthal bestand als bescheidenes Ackerbürgerstädtchen fort und wurde im 19. Jahrhundert als idyllisch gelegener Ausflugs- und Erholungsort entdeckt.



Groß Schönebeck, Jagdschloss, 2019.

Joachimsthal, Wasserturm (Biorama), 2013.



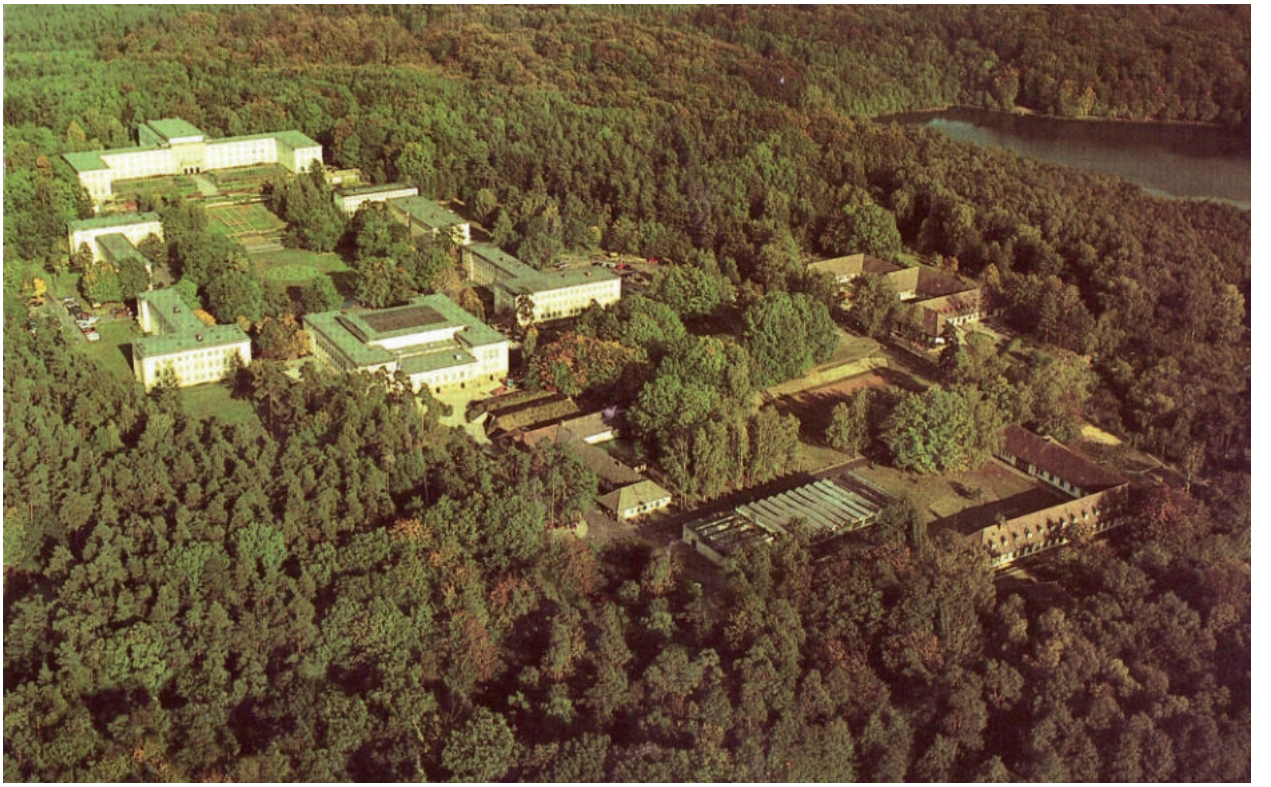


Joachimsthal, Kaiserbahnhof, 2013.

Städtebauliche Dominante im Ortszentrum ist die evangelische Stadtkirche, die im Kern einen Bau von 1735–38 birgt, 1817–20 aber unter Mitwirkung Schinkels im Stil der Neogotik umgebaut wurde. Im Umfeld der Kirche stößt der Besucher auf einige ansehnliche Gebäude des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Zu einem touristischen Anziehungspunkt hat sich der einstige städtische Wasserturm entwickelt. Er wurde 2003 von einem Künstlerehepaar erworben und, fachlich begleitet durch die Denkmalbehörden, zum privaten Wohn- und zugleich öffentlichen Aussichtsturm umgebaut. Die über eine angefügte Außentreppe erreichbare Aussichtsplattform bietet bei klarem Wetter einen weiten Blick über die wald- und seenreiche Umgebung des Biosphärenreservats. In der benachbarten »Weißen Villa« befindet sich ein Ausstellungs- und Kommunikationsforum für Umwelt, Kunst, Wissenschaft.[76]

Ganz in der Nähe liegt an der Bahnstrecke Eberswalde-Templin der ehemalige Kaiserbahnhof. Er entstand 1898 als Empfangsbahnhof für Wilhelm II. und sein Jagdgefolge. Von hier fuhr man mit der Kutsche bzw. später mit dem Automobil weiter nach Hubertusstock. Das kleine denkmalgeschützte Ensemble aus schmuckvollen Fachwerkbauten wurde Anfang der 2000er Jahre aufwendig saniert. Nach Abschluss der Arbeiten funktionierte der Heimatverein Joachimsthal e. V. die einstige Empfangshalle zum »ersten Deutschen Hörspielbahnhof« um. Während der Sommermonate wird Gästen und Einheimischen hier ein abwechslungsreiches Hörspiel-Programm geboten. Auch für Lesungen und andere Kleinkunstformate steht der Raum zur Verfügung. Gleich nebenan befindet sich die Tourist-Information des Ortes.

Sowohl am Werbellinsee als auch im bewaldeten Teil des Niederbarnim weiter südlich befinden sich weitere denkmalgeschützte Bauten und Anlagen mit besonderem zeithistorischen Hintergrund. Dazu zählen der einstige Jagdsitz des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am Westufer und die ehemalige Pionierrepublik »Ernst Thälmann«[77] am Ostufer des Werbellinsees, ferner der einstige Landsitz des Reichpropagandaministers Joseph Goebbels am Bogensee, der ab 1946 zur Hochschule der Freien Deutschen Jugend (FDJ) umgewandelt und durch einen statt-



Bogensee, Jugendhochschule der FDJ, um 1995.

Bogensee, Führung über das Gelände, 2010.





Eingang Barnim Panorama, 2019.

lichen Baukomplex erweitert wurde;[78] außerdem der sogenannte Honecker-Bunker im Nachbarort Prenden und auch die Wohnsiedlung der DDR-Politbüromitglieder zwischen Bernau und Wandlitz.[79] Wegen ihrer politisch belasteten Vergangenheit war die Schutzwürdigkeit dieser Anlagen der Allgemeinheit anfangs nicht immer leicht zu vermitteln, denn viele meinten, Denkmalausweisungen müssten mit der Absicht verknüpft sein, eine Person, ein Ereignis oder eine Leistung zu würdigen. Heute sind die genannten Standorte als geschichtliche Erinnerungsstätten im Kreisgebiet zwar weitgehend akzeptiert, jedoch als Besuchsziele und Lernorte entweder noch nicht oder nur in ersten Ansätzen entwickelt. Im Mai 2016 eröffnete im Barnim Panorama eine Ausstellung zur Geschichte der Politbürosiedlung unter dem Titel »Waldsiedlung Wandlitz« – eine Landschaft der Macht. Die Besucherzahlen und das rege Echo in den Medien belegen, dass an der Aufarbeitung und Vermittlung dieser speziellen Hinterlassenschaften des 20. Jahrhunderts nicht nur im Kreisgebiet, sondern weit darüber hinaus ein großes Interesse besteht.

1 Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Wieviel Denkmal brauchen wir? Dokumentation der Baukulturwerkstatt am 19. September 2012 in Berlin, S. 6. Die Angabe bezieht sich auf einen bundesweiten Durchschnitt; im Landkreis Barnim ist der Anteil vermutlich geringer (zwei bis drei Prozent).

2 Mit Stand Dezember 2018 waren in der Denkmalliste des Landkreises Barnim 575 Einzeldenkmale und neun Flächendenkmale verzeichnet. Die Denkmalliste ist digital unter: https://bldam-brandenburg.de/denkmalinformationen/denkmalliste-denkmaldatenbank abrufbar; sie wird vierteljährlich aktualisiert.

3 Einerseits handelt es sich um sogenannte Denkmale mit Gebietscharakter – diese waren bereits zur DDR-Zeit als Denkmale geschützt. Andererseits um Denkmalbereiche, die nach 1990 durch eine von der jeweiligen Kommune beschlossene Satzung als Denkmale ausgewiesen wurden..

4 Es handelt sich um den Eckwohnblock Brüderstraße 28/30 und Parkstraße 1/3 in Bernau. Die Eintragung erfolgte im März 2017. Vgl. dazu die Beiträge zum Bernauer Stadtumbau von Ludwig Deiters, Robert Wohlfeil und Ilona Rohowski; in: Brandenburgische Denkmalpflege, Neue Folge, Jg. 3(2017), Heft 2, S. 57–83.

5 Ausgenommen sind alle zu musealen Sammlungen oder Archiven gehörenden beweglichen Kunstgüter.

6 Bericht der Kgl. Oberbaudeputation vom 17. August 1815, hier zitiert aus: Rita Mohr de Pérez, Die Anfänge der staatlichen Denkmalpflege in Deutschland. Ermittlung und Erhaltung althertümlicher Merkwürdigkeiten (= Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg, hrsg. vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Bd. 4) Worms 2001, S. 273–76. Der Band enthält eine ausführliche Darstellung auch der nachfolgenden Entwicklungsetappen. Zur frühen Entwicklung der Inventarisation in Brandenburg vgl. außerdem: Andreas Meinecke, Preußische Denkmalpflege im Kaiserreich. Die Provinz Brandenburg und Berlin, Abschnitt II - Die Inventarisierung und Listung von Baudenkmalen in Brandenburg und Berlin, S. 445–459.

7 Ferdinand v. Quast war 1843 von Friedrich Wilhelm IV. in dieses Amt berufen worden, übte es aber nur in beratender Funktion und ohne Besoldung aus. Der von ihm erstellte Fragebogen umfasste mehr als 200 Fragen. Zum Wirken v. Quasts auf denkmalpflegerischem Gebiet vgl. vor allem Detlef Karg (Hrsg.), Zum 200. Geburtstag von Ferdinand von Quast (1807–1877). Erster preußischer Konservator der Kunstdenkmäler (= Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Nr. 18), Berlin 2007.

8 Zur Entwicklung der Inventarisation in Brandenburg in der Zeit von 1871 bis zum Ende der Weimarer Republik vgl. Ralph Paschke, Inventarisation – Grundlage der staatlichen Denkmalpflege seit Ferdinand von Quast, in: Denkmalpflege und Gesellschaft. Detlef Karg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Thomas Drachenberg, Axel Klausmeier, Ralph Paschke und Michael Rohde, Rostock 2010, S. 39–46.

9 Rudolf Bergau und Mitarbeiter (Bearb.), Inventar der Bau- und Kunst-Denkmäler in der Provinz Brandenburg, Berlin 1885.

10 Zum ersten besoldeten Provinzialkonservator Brandenburgs wurde 1892 der Landesbaurat Karl Gustav Bluth ernannt; er bekleidete das Amt bis 1901. Ihm folgten im Amt: Landesbauinspektor Georg Büttner (1901–1907), Landesbaurat Theodor Goecke (1908–1919) und Professor Erich Blunck (1919–1944).

11 Anfangs vor allen in Form von Zeitungsbeilagen, später kamen Stadt- und Ortschroniken und nach 1900 sogenannte Heimatkalender hinzu.

12 Meinecke, Preußische Denkmalpflege im Kaiserreich, S. 454, und Paschke Inventarisation – Grundlage der staatlichen Denkmalpflege seit Ferdinand von Quast, S. 42. Überlegungen/Vorschläge zu einem möglichst einheitlichen Aufbau der künftigen Inventarbände hatte Hans Lutsch in einem Aufsatz beigesteuert. Vgl. O. A. (Hans Lutsch), Die formale Gestaltung der Kunstdenkmäler-Verzeichnisse der preußischen Provinzen, in: Die Denkmalpflege 3/1902, Nr. 10, S. 76–79.

13 Blunck äußerte sich dazu 1934 im Vorwort zum Angermünder Inventarband (vgl. Anm. 15). Vermutlich fehlte es noch an Abbildungen. Über den Verbleib des Manuskripts ist nichts bekannt.

14 Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, hrsg. vom Brandenburgischen Provinzialverband, Bd. 3, T. 4 Die Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, bearb. von Heinrich Jerchel u. Joachim Seeger. Mitarb.: Siegfried Harder, Berlin 1939.

15 Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, hrsg. vom Brandenburgischen Provinzialverband, Bd. 3, T. 3. Die Kunstdenkmäler des Kreises Angermünde, bearb. von Friedrich Solger, Otto Korn u. Paul Eichholz, Berlin, 1934.

16 Dehio, Georg, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler (Bd. 2): Nordostdeutschland, Berlin, 1906.
Bereits um 1900 war in Kunsthistorikerkreisen ein Streit darüber entbrannt, ob Denkmalinventare als streng wissenschaftliche Werke vor allem für Fachkreise oder besser als knappe und leicht verständliche Darstellungen zum Gebrauch auch für interessierte Laien erstellt werden sollten. In diesem Zusammenhang hatte Dehio 1899 die Erarbeitung eines reichsweit einheitlichen Nachschlagewerks angeregt. Ab 1905 wurde das Projekt unter seiner Federführung in fünf Einzelbänden umgesetzt. Die Bände enthielten jedoch nur eine Auswahl des jeweiligen Denkmalbestands einer Region. Die Reihe erscheint in überarbeiteten Fassungen nach Dehios-Konzept bis heute und erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit.

17 In der DDR trat 1952 die Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale in Kraft, vgl. Gesetzblatt Nr. 84, S. 514 f. Darin wurde ein konstitutives Listensystem festgeschrieben; die Denkmale sollten laut § 7 der Verordnung durch die (damals noch bestehenden) Landesämter für Denkmalpflege in die Denkmalsliste eingetragen werden.

18 Sie wurden unter fachlicher Anleitung erfahrener Kunsthistoriker von sogenannten Beauftragten für Denkmalpflege durchgeführt. Die Ergebnisse hingen stark vom Wissen und dem Engagement der Erfasser ab. Vgl. dazu Ernst Badstübner, Denkmalerfassung und Inventarisation, in: Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke. Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41, hrsg. vom Landesdenkmalamt Berlin, S. 140.

19 Die ehrenamtlich Beauftragten wurden von den regional zuständigen Chefkonservatoren vorgeschlagen. Sie konnten gemeinsam mit den kommunalen Behörden Vorschläge für Unterschutzstellungen unterbreiteten. Vgl. dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Denkmalschutz_in_der_DDR (Stand 2.1.2019).

20 Die Kartei, soweit Teile des heutigen Landes Brandenburg betroffen sind, befindet sich heute im BLDAM und kann nach Anmeldung eingesehen werden.

21 Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I vom 25. Juni 1975, Nr. 26, S. 458–461.

22 Vgl. Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste vom 25. Dezember 1979, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Sonderdruck Nr. 1017 vom 5. Oktober 1979.

23 Vgl. Denkmalliste für den Bezirk Frankfurt/Oder (in der präzisierten Fassung). Beschluss des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) Nr. 0089 vom 25. Mai 1989.

24 Die Anlage war damals als Hochschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) »Fritz Heckert« in der Liste verzeichnet.

25 Diese Listen wurden seinerzeit nicht publiziert. Hektografierte Exemplare sind im BLDAM einsehbar.

26 Kategorie I – Denkmale zu Ereignissen oder Persönlichkeiten der Politik, Kunst und Wissenschaften; II – Denkmale zur Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten des Volkes; III – Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte; IV – Denkmale des Städtebaus und der Architektur; V – Denkmale der Landschafts- und Gartengestaltung.

27 Vor allem im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 begann sich allgemein die Auffassung durchzusetzen, dass sich der Denkmalschutz nicht auf künstlerisch hochrangige Objekte beschränken sollte. An Bedeutung gewann damals vor allem der städtebauliche Denkmalschutz. Vgl. dazu Willibald Sauerländer, Erweiterung des Denkmalbegriffs?, in: Denkmalpflege 1975,Dokumentation der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Goslar 15.–20. Juni 1975 (= Arbeitsheft zur Denkmalpflege in Niedersachsen), Hannover 1976, S. 187–201.

28 Ludwig Deiters/Ernst Wipprecht, Organisation und Praxis der Denkmalpflege in der DDR (Vorbemerkungen), in: Denkmalpflege in der DDR, S. 12f.

29 Aufgrund baulicher Vernachlässigung ging beispielsweise der als Vorlaubenhaus im 18. Jahrhundert erbaute, denkmalgeschützte Dorfkrug in Klosterfelde verloren.

30 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.), Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR, Bd. II, Bezirk Frankfurt/Oder, bearb. von der Abteilung Forschung, Heinrich Trost, Beate Becker, Horst Büttner, Ilse Schröder, Christa Stepansky, Berlin 1980.

31 Zum Beispiel: Gedenkstätten in der DDR (1974), Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (Heftreihe ab 1975), Dehio-Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler für die Bezirke Cottbus und Frankfurt/Oder (1987), Denkmale in Berlin und der Mark Brandenburg (1987).

32 Gegründet 1991, heute Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landemuseum (BLDAM).

33 Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland: Nach einheitlichen Richtlinien konzipierte Schriftenreihe, die den Denkmalbestand eines bestimmten Territoriums vollständig erfasst und im Sinne eines Kurzinventars darstellt. Der erste Band erschien 1980.

34 Ilona Rohowski u. a., Landkreis Barnim, T. 1: Stadt Eberswalde, Tornow, Sommerfelde (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale im Land Brandenburg, Bd. 5.1), Worms 1997.

35 So in der Reihe Brandenburgische Denkmalpflege und in den Arbeitsheften des Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum und ebenfalls im Dehio (= Georg Dehio, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Neubearb. besorgt durch Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, bearb. von Gerhard Vinken, Barbara Rimpel u. a.), München 2012.

36 Internationale Charta über die Konservierung und Restaurierung von Denkmälern und Ensembles (Denkmalbereiche), Venedig, 25. bis 31. Mai 1964, im Jahr 1965 von ICOMOS beschlossen.

37 Geografisch zählt das Gebiet nördlich des Finowtals bereits zur Uckermark. Bis 1952 gehörte Chorin zum Landkreis Uckermark.

38 Ausführlich zur Bau-, Nutzungs- und Restaurierungsgeschichte des Zisterzienserklosters vgl. Zeitschichten – Denkmalpflege in Brandenburg [eine Ausstellung des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums im Kloster Chorin, 24. Juni bis 31. Oktober 2005] , hrsg. vom Kloster Chorin u. d. Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum (= Choriner Kapitel, H. 140), Chorin 2005; Zisterzienserkloster Chorin. Geschichte – Forschung – Denkmalpflege (= Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg, Bd. 15), Worm 2013.

39 Gunter Nisch, Roland Schneider (unter Mitarb. von Manfred Krause), Restaurierung der Klosterruine Chorin vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1911, in: Zisterzienserkloster Chorin. Geschichte – Forschung – Denkmalpflege, S. 57–70; Gisela Gooß, Chorin. Ort der Kultur und der Begegnung. Nutzung und Bewirtschaftung, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 3 (1994), Heft 2, S. 13–19.

40 Iris Berndt, Kloster Chorin in der künstlerischen Wahrnehmung während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Zisterzienserkloster Chorin. Geschichte – Forschung –Denkmalpflege, S. 185–198.

41 Johann Joachim Bellermann, Neustadt-Eberswalde mit seinen Fabriken, Altertümern, Heilquellen, Umgebungen und seltnern Pflanzen, mit Beschreibung des Klosters Chorin, des Cisterzienser-Ordens und der vorhandenen Urkunden, Leipzig 1928, S. 74–116.

42 Zur Nutzungsgeschichte ab 1885 vgl. Franziska Siedler, Kloster Chorin von 1861 bis zur Gegenwart. Die Nutzung als Oberförsterei und Baudenkmal, in: Zisterzienserkloster Chorin. Geschichte – Forschung – Denkmalpflege, S. 47–52.

43 Ebd., S. 50f.

44 Vor allem durch die Publikationsreihe »Choriner Kapitel«. Aktuelle Infos und Veranstaltungshinweise sind unter http://www.kloster-chorin.org zu finden.

45 Zur Geschichte der Stadt vgl. Die Kunstdenkmäler des Kreises Angermünde, S. 155–163; Horst Fleischer, Chronik von Oderberg, Oderberg 2005.

46 Vgl. Denkmalliste des Kreises Eberswalde, beschlossen am 5. März 1986 durch den Rat des Kreises, Kategorie V – Denkmale des Städtebaus und der Architektur.

47 Die im 13. Jahrhundert errichtete Feldsteinkirche besaß einen kreuzförmigen Grundriss, wohl aufgrund der Enge des Bauplatzes. Zur ihrer Baugestalt und Nutzungsgeschichte vgl. Die Kunstdenkmäler des Kreises Angermünde, S. 166.

48 Zur Geschichte der Stadt vgl. v. a. Rudolf Schmidt, Geschichte der Stadt Eberswalde, Bd. 1 (bis 1740), Bd. 2 (1740–1940), Eberswalde 1939 und 1941.

49 Vgl. Rohowski, Denkmaltopographie, S. 42–51.

50 Ebd., S. 74–76.

51 Ebd., S. 125–27.

52 Sie gingen aus dem Institut für Waldschutz (1937/38) und dem Institut für Forstwissenschaften (1953–57) hervor. Vgl. Rohowski, Denkmaltopographie, S. 140f.

53 Vgl. dazu auch: Carsten Seifert, Das Finowtal im Barnim: Wiege der Brandenburgisch-preußischen Industrie, Berlin 1998.

54 Zur Bau- und Nutzungsgeschichte der Anlage vgl. ebd., S. 232–52.

55 Das Gemälde befindet sich in den Staatlichen Museum Berlin/Neue Nationalgalerie.

56 Vgl. https://www.familiengarten-eberswalde.de.

57 Zur Bau- und Nutzungsgeschichte der Siedlung vgl. Rohowski, Denkmaltopographie sowie Ilona Rohowski, Eberswalde. Die Messingwerksiedlung, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 9 H. 1 (2000), S. 23–32.

58 Paul Mebes war hier zusammen mit seinem Kollegen Paul Emmerich als Architekturbüro Mebes & Emmerich tätig.

59 Erwähnt sei die Wohnanlage am Gustav-Hirsch-Platz, für deren einfühlsame Sanierung die WHG 2001 den Bauherrenpreis des Landes Brandenburg erhielt.

60 Zur Bau- und Nutzungsgeschichte vgl. Carsten Seifert, Eberswalde. Der Wasserturm im Messingwerk, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 17, H. 2 (2008), S. 13–20.

61 Zur Baugeschichte des Kanals und der zugehörigen wasserbaulichen Anlagen vgl. Rohowski, Denkmaltopographie, S. 201ff.

62 Zu diesen gehört das 1908/09 als Muster-Großkraftwerk erbaute Märkische Elektrizitätswerk, konzipiert und entworfen von den

namhaften Pionieren des Kraftwerksbaus Georg Klingenberg und Werner Issel.

63 Entstehung und Beschreibung des Bauwerks vgl. v. a. Frauke Gränitz/Luise Grundmann, Um Eberswalde, Chorin und den Werbellin-See. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum Eberswalde, Hohenfinow und Joachimsthal (= Landschaften in Deutschland. Werte der deutschen Heimat, Bd. 64), Weimar 2002, S. 289 f.

64 Zur Geschichte der Stadt vom Mittelalter bis zur Reichgründung vgl. August Wernicke, Bernauer Stadt-Chronik, Bernau 1894; Die Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, S. 59–63).

65 Ludwig Deiters, Bernau bei Berlin: Über das Stadtbild und seinen Wandel in der Nachkriegszeit, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Neue Folge, Jg. 3, H. 2 (2017), S. 57–66; Robert Wohlfeil, Planungs- und Baugeschichte der sozialistischen Umgestaltung des Stadtkerns, ebd., S. 67–76; Ilona Rohowski, Typenwohnbau in Plattenoptik – ein Fall für die Denkmalpflege?, ebd., S. 77–83.

66 Vgl. Die Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, S. 66–88; Ernst Badstübner, Die Stadtkirche St. Marien zu Bernau, Berlin 1982 (=Deutscher Kunstführer, Bd. 431).

67 Die Vorträge der Tagung wurden anschließend publiziert. Vgl. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesamt (Hrsg.) Die Stadt in der Kirche. Die Marienkirche in Bernau und ihre Ausstattung, berarb. von Hartmut Kühn und Claudia Rückert (= Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Nr. 40, Berlin 2017.

68 Siehe Roland Schneider, Die Bundesschule des ADGB im Spannungsfeld zwischen Moderne und Geschichte, in: Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, 17 (2007), S. 91–95; Wolfgang Heyn (Red.) Bewahren – Sanieren – Nutzen: 25 Jahre Engagement für das Bauhaus-Denkmal Bundesschule Bernau; zum 25. Jahrestag der Gründung von baudenkmal bundesschule bernau e. V. (= (Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte/Baudenkmal Bundesschule Bernau, 8), Bernau 2015.

69 Über die Geschichte und die Ziele des Vereins informiert die Website: http://www.bauhaus-denkmal-bernau.de; dort sind auch Angaben zu aktuellen Vorhaben, zu Führungen und über die vom Verein herausgegebenen Publikationen zusammengestellt.

70 Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, S. 227 f.; Walter Blankenburg, Christine Papendieck, Kleine Wandlitzer Geschichte, Wandlitz 1990.

71 Zur Ortsgeschichte vgl. v. a. Gränitz/Grundmann, Um Eberswalde, S. 296–299.

72 Gemeint ist der Abschnitt Am Werbellin. Vgl. Theodor Fontane, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Bd. 1, Zweiter Teil: Das Oderland, Kapitel: Auf dem Hohen Barnim, Frankfurt am Main 1991, S. 1010–1013.

73 2017 wurde das Mauerwerk einer bauhistorischen Untersuchung unterzogen, in deren Zuge sich die angenommene Errichtungszeit bestätigte.

74 https://schorfheide-museum.de.

75 Burg Grimnitz. Reste der später nochmals umgebauten Anlage sind am nordöstlichen Ortsrand von Joachimsthal erhalten geblieben. Zur Geschichte der Stadt und zu den wichtigsten historischen Bauten vgl. Gränitz/Grundmann, Um Eberswalde, S. 103–109.

76 Ausführliche Informationen zum Biorama-Projekt unter http://www.biorama-projekt.org.

77 Zur Entstehungs- und Nutzungsgeschichte vgl. Ilona Rohowski, Joachimsthal. Die ehemalige Pionierrepublik »Wilhelm Pieck« am Werbellinsee, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Neue Folge, Jg. 1, H. 1, (2015), S. 37–48.

78 Ausführliches zur Anlage: Ilona Rohowski, Bogensee. Vom Goebbels-Landsitz zur Jugendhochschule »Wilhelm Pieck« der FDJ. Die bauliche Entwicklung des Ortes 1936–56, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 17, H. 1 (2008), S. 6–20.

79 Zur Ausstellung erschien als informative Begleitpublikation: Jürgen Danyel/Elke Kimmel, »Waldsiedlung Wandlitz«: eine Landschaft der Macht, Berlin 2016.



Auftritt der Musikkapelle »Original Hoch- und Deutschmeister« aus Wien im Kloster Chorin, 2008.



Landräte und Vorsitzende des Kreises 1815–2019

Niederbarnim (1815–1952) und Bernau (1952–1993)

Albrecht Wilhelm von Pannwitz
* 01.12.1754
† 05.01.1825
Landrat: 1787–1825

Carl von Voß
* 26.09.1786
† 03.02.1864
Landrat: 1825–1830

Eduard von der Schulenburg
* 22.08.1803
† 29.12.1870
Landrat: 1830–1833

Wilhelm von Massow
* 31.08.1802
† 24.09.1867
Landrat: 1834–1836

Friedrich Ludwig von Arnim
* 24.07.1796
† 27.04.1866
Landrat: 1836–1838

Hartmann Erasmus von Witzleben
* 09.12.1805
† 12.10.1878
Landrat: 1838–1842

Georg Carl August Scharnweber
* 17.04.1816
† 27.10.1894
Landrat: 1843–1891

Wilhelm Hans August von Waldow
* 31.10.1856
† 27.07.1937
Landrat: 1892–1898

Dr. Sigismund Johann Carl von Treskow
* 01.10.1864
† 23.05.1945
Landrat: 1898–1905

Siegfried Friedrich Wilhelm Erdmann von Rödern
* 27.07.1870
† 13.04.1954
Landrat: 1905–1911

Dr. Felix Emil Johannes Busch
* 18.08.1871
† 16.08.1938
Landrat: 1911–1917

Joachim von Bredow
* 29.09.1872
† 28.02.1926
Landrat: 1917–1920

Franz Schlemminger
* 30.12.1875
† unbekannt
Landrat: 1920–1933

Dr. Max Weiß
* 19.07.1874
† 1945
Landrat: 1933–1944

Oskar Funk
* 15.12.1896
† unbekannt
Landrat: 1944–1945

Karl Kracht
* 22.02.1906
† 1998
Landrat: 1945

Max Paatz
* 02.04.1899
† unbekannt
Landrat: 1945–1949

Arthur Bey
* 02.09.1899
† 1978
Landrat: 1949–1950

Herbert Kahlert
* 24.03.1909
† unbekannt
Landrat: 1950–1952

Paul, Wuttke
* 03.10.1908
† 22.12.1995
Vorsitzender des Rates: 1952–1954

Werner Albert Zeitz
* 25.04.1922
† 27.08.1988
Vorsitzender des Rates: 1954–1956

Otto Festner
* 14.02.1923
† 30.12.2005
Vorsitzender des Rates: 1956–1961

Alfred Paul Leonhardt
* 10.03.1919
† 23.01.1992
Vorsitzender des Rates: 1961–1962

Gerhard Heinrich Friedrich Müller
* 19.01.1926
† 03.08.1999
Vorsitzender des Rates: 1962–1965

Kurt Herbert Erich Schirmacher
* 08.07.1928
† 06.10.1989
Vorsitzender des Rates: 1965–1969

Heinz Lück
* 23.10.1929
† 26.07.1985
Vorsitzender des Rates: 1969–1977

Horst Günter *Ulbrich*
* 14.04.1928
† 09.08.2015
Vorsitzender des Rates: 1977–1981

Dr. Friedrich Wilhelm Ernst Panzlaff
* 22.08.1927
Vorsitzender des Rates: 1981–1983

Lutz Kramer
* 11.04.1939
Vorsitzender des Rates: 1983–1990

Dieter Hans Friese
* 11.03.1949
Landrat: 1990–1993

weiter
nach 1993 siehe Landräte Oberbarnim und Eberswalde

Oberbarnim (1815–1952), Eberswalde (1952–1993) und Barnim (1993–2019)

Friedrich Ludwig von Vernezobre
* 08.08.1776
† 24.06.1827
Landrat: 1810–1821

Alexander von der Schulenburg
* 21.02.1773
† 31.01.1850
Landrat: 1821–1825

Carl Eduard von Zedlitz-Trützschler
* 26.03.1800
† 26.12.1880
Landrat: 1825–1844

Alexis von Haeseler
* 06.03.1801
† 22.05.1889
Landrat: 1845–1874

Felix von Bethmann Hollweg
* 21.12.1824
† 20.02.1900
Landrat: 1874–1885

Theobald von Bethmann Hollweg
* 29.11.1856
† 02.01.1921
Landrat: 1885–1896

Heinrich von Oppen
* 06.04.1869
† 02.11.1925
Landrat: 1896–1909

Georg von Müffling (genannt Weiß)
* 25.07.1875
† 27.09.1957
Landrat: 1909–1919

Peter-Friedrich Mengel
* 21.03.1884
† 06.06.1967
Landrat: 1919–1932

Karl Ott
* 25.09.1879
† unbekannt
Landrat: 1932–1933

Dr. Albrecht von Thaer
* 05.03.1900
† 08.12.1946
Landrat: 1933–1945

Erich Hannemann
* 1900
† 1970
Landrat: 1945–1946

Dr. Wilhelm Eisenführ
* 1897
† 1970
Landrat: 1946–1950

Karl Tessen
* 15.03.1900
† 04.02.1965
Landrat/Vorsitzender des Rates: 1950–(1953)

Fritz Ebert
* 23.02.1926
† 10.11.1988
Vorsitzender des Rates: 1954–1956

Fred Otto Hirsch (amtierend)
* 03.02.1924
† 19.01.1986
Vorsitzender des Rates: 1956–1957

Artur Otto Ernst Skrodzki
* 03.09.1912
† 18.03.1974
Vorsitzender des Rates: 1957–1960

Hermann Heinrich August Mattscherodt
* 30.04.1920
† 17.07.1989
Vorsitzender des Rates: 1960–1964

Erich Paul Krause
* 15.03.1929
† 29.01.2006
Vorsitzender des Rates: 1964–1973

Gerhard Emil Wienke
* 09.02.1926
Vorsitzender des Rates: 1973–1976

Horst Copitzky
* 28.04.1928
† 26.10.1987
Vorsitzender des Rates: 1976–1981

Horst Kurt Schmidt
* 02.09.1928
† 13.11.2011
Vorsitzender des Rates: 1981–1989

Dr. Herbert Schneegaß
* 17.10.1936
Vorsitzender des Rates: 1989–1990

Bodo Horst Ihrke
* 26.02.1955
Landrat: 1990–2018

Daniel Kurth
* 27.10.1973
Landrat: ab 2018

Bürgermeister der Städte Bernau, Eberswalde und Finow 1809–2019

Bernau

Johann Georg Ludwig Braun
* 1763
† 10.(11.)10.1817
Polizeibürgermeister / Bürgermeister:
1795–1809/1809–1817

Christian Heinrich vom Juncker
* 1788
† 07.07.1847
Bürgermeister: 1818–1847

Ernst Tobias Böhmer
* 19.12.1819
† unbekannt
Bürgermeister: 1848–1850

Adolf Weckwarth
* 07.06.1811
† 1885
Bürgermeister: 1851–1854

August Wilhelm Petsch (Interim)
* unbekannt
† unbekannt
Bürgermeister: 1854–1857

Carl Ludwig Lange
* 03.02.1830
† unbekannt
Bürgermeister: 1857–1869

Julius Zimmermann
* 30.04.1834
† 11.04.1902
Bürgermeister: 1869–1875

Emil Kraatz
* 25.11.1848
† 1921
Bürgermeister: 1876–1880

Otto Paetzold
* 27.03.1849
† 28.11.1924
Bürgermeister: 1880–1916

Dr. Oswald Ferdinand Hermann Gericke
* 28.03.1883
† 27.05.1952
Bürgermeister: 1916–1928, 1945–1946

Dr. Heinrich Höhn
* 03.04.1885
† 25.11.1945
Bürgermeister: 1931–1945

Karl Kracht
* 22.02.1906
† 1998
Bürgermeister: 1945

Willi Karl Robert Toups
* 18.01.1904
† 17.02.1982
Bürgermeister: 1946–1951

Hans Wilhelm Alfred Paulini
* 31.08.1901
† 20.01.1979
Bürgermeister: 1951–1952

Otto Fritz Losensky
* 14.08.1897
† 04.12.1967
Bürgermeister: 1952–1961

Dr. Hans Ärmer
* 11.03.1930
Bürgermeister: 1961–1965

Ernst Julius Heinrich Hube
* 24.09.1920
† 1996
Bürgermeister: 1965–1979

Joachim Klein
* 25.05.1935
Bürgermeister: 1979–1990

Dr. Ulrich Manfred Gerber
* 08.03.1953
Bürgermeister: 1990–1993

Hubert Alfred Fritz Handke
* 19.12.1952
Bürgermeister: 1993–2014

Andre Stahl
* 21.07.1971
Bürgermeister: ab 2014

Finow 1935–1970

Paul Alfred Waldemar Sobirey
* 01.06.1882
† unbekannt
Bürgermeister: 1933–1945

Otto Brömme
* 06.10.1886
† 29.05.1955
Bürgermeister: 1945–1946

Walter Beitz
* 30.10.1903
† unbekannt
Bürgermeister: 1946–1947

Otto Brömme
* 06.10.1886
† 29.05.1955
Bürgermeister: 1947–1949

Ernst Friedrich Reinhold Duckert
* 11.10.1901
† 04.12.1975
Bürgermeister: 1949–1951

Erwin Walter Ernst Wackermann
* 10.05.1925
† 29.04.1952
Bürgermeister: 1951–1952

Siegfried Paul Oskar Krause
* 07.12.1926
Bürgermeister: 1952

Charlotte Herrmann, geb. Herold
* 11.08.1923
† unbekannt
Bürgermeister: 1953–1954

Willi Hermann Fritz Ladewig
* 03.05.1925
† 22.11.1974
Bürgermeister: 1954–1958

Willi Georg Bruno Manthe
* 29.10.1914
† 18.07.1981
Bürgermeister: 1958–1961

Gerhard Emil Wienke
* 09.02.1926
Bürgermeister: 1961–1963

Karl Paul Schmellentin
* 11.03.1909
† 09.11.1988
Bürgermeister: 1963–1970

Eberswalde

Ferdinand Wilhelm Peltre
* 25.01.1764
† 11.11.1842
Bürgermeister: 1809–1816

Heinrich August Behrens
* unbekannt
† Juni 1826
Bürgermeister: 1816–1826

August Heinrich Knönagel
* 1812
† 10.07.1856
Bürgermeister: 1826–1848

Julius Rudolph Pohle
* 1812
† unbekannt
Bürgermeister: 1848–1851

Ferdinand Oelzen
* 1814
† unbekannt
Bürgermeister: 1852–1853

Rudolph Friedrich Eduard Michaelis
* 03.07.1823
† 17.03.1888
Bürgermeister: 1854–1883

Gustav Richard Fels
* 23.02.1842
† 29.09.1922
Bürgermeister: 1884–1895

Ernst Hopf
* 03.11.1862
† 26.12.1948
Bürgermeister: 1895–1928
(ab 1917 Oberbürgermeister)

Dr. Wilhelm Führ
* 25.07.1883
† 25.02.1966
Oberbürgermeister: 1928–1937

Dr. Rudolf Schwalbe
* 15.07.1905
† unbekannt
Oberbürgermeister: 1938–1944/45
Mit Unterbrechung: Wehrdienst von 1940–1944

August Kremzow
* 01.08.1876
† 05.03.1957
Oberbürgermeister: 1945

Robert Kröger
* 20.12.1889 (?)
† 18.05.1947
Oberbürgermeister: 1945

Harald Albrecht
* 15.02.1902
† unbekannt
Oberbürgermeister: 1945

Dr. Wilhelm Kurt Göhre
* 14.03.1891
† 26.03.1959
Oberbürgermeister: 1945–1949

Otto Wilhelm Wohmann
* 21.11.1905
† unbekannt
Oberbürgermeister: 1949–1950

Frieda Sanne
* 16.02.1899
† 19.01.1984
Oberbürgermeister: 1950–1953

Leopold Hiersche
* 29.09.1905
† unbekannt
Bürgermeister: 1953–1963

Gerhard Wienke
* 09.02.1926
† unbekannt
Bürgermeister: 1963–1965

Willi Schlöricke
* 18.11.1926
† 08.09.1991
Bürgermeister: 1965–1970

Zusammenschluss Eberswalde und Finow 1970

Helmut Mündlein
* 28.05.1925
† unbekannt
Bürgermeister: 1970–1973

Willi Schlöricke
* 18.11.1926
† 08.09.1991
Bürgermeister: 1973–1983

Horst Copitzky
* 28.04.1928
† 26.10.1987
Bürgermeister: 1983–1986

Klaus Quahl
* 30.09.1950
Bürgermeister: 1986–1990

Dr. Hans Mai
* 29.05.1944
Bürgermeister: 1990–1995

Reinhard Schulz
* 01.06.1952
Bürgermeister: 1995–2006

Friedhelm Boginski
* 07.11.1955
Bürgermeister: ab 2006

Weiterführende Literatur (Auswahl)

zusammengestellt von Lucas Lebrenz

Arendt, Ludwig: Unsere Kreisstadt Eberswalde. Stoffsammlung für den Heimatkundeunterricht, Eberswalde 1955.

Ders./Fischer, Ingrid: Eberswalde, in: Irene Diekmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Brandenburg, Berlin 1995, S. 83–100.

Aurich, Hermann: Wo und wie unser Papiergeld gemacht wird, in: Die Provinz Brandenburg in Wort und Bild, Berlin 1900, S. 291–302.

Ders.: Die Industrie am Finowkanal. Bilder aus dem Industrieleben am Finowkanal. Bd. 1: Eberswalde 1906, und Bd. 2: Eberswalde 1907.

Barthel, Rolf: Eberswalde, in: Enders, Lieselott/Engel, Evamaria/Heinrich, Gerd/Schich, Winfried (Hrsg.): Städtebuch Brandenburg und Berlin, Berlin/Köln/Stuttgart 2000, S. 114–123.

Bellermann, Joh[ann] Joachim: Neustadt-Eberswalde mit seinen Fabriken, Alterthümern, Heilquellen, Umgebungen (...), Berlin 1829.

Beling, Johann Albrecht Eberswalder Chronik aus dem Jahr 1769 (Manuskript).

Bergau, R.: Inventar der Bau- und Kunstdenkmäler in der Provinz Brandenburg, Berlin 1885, S. 327–333.

Berkholz, Stefan: Goebbels' Waldhof am Bogensee. Vom Liebesnest zur DDR-Propagandastätte, Berlin 2004.

Bilder aus der Märkischen Industrie. Festschrift zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Märkischen Bezirksvereins des Vereins Deutscher Ingenieure 1887–1912, Frankfurt (Oder) 1912.

Bodenschatz, Harald/Lorenz, Werner/Seifert, Carsten: Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie, 2. Aufl., Berlin 2000.

Bohle-Heintzenberg, Sabine/Hamm, Manfred: Architektur und Schönheit. Die Schinkelschule in Berlin und Brandenburg (Eberswalde, Wassertürme der ehemaligen Provinzial-Irrenheil- und Pflegeanstalt), Berlin 1997.

Bohm, Eberhard: Teltow und Barnim. Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte und Landesgliederung brandenburgischer Landschaften im Mittelalter (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 83), Garz/Köln/Wien 1978.

Boldt, Friedrich: Zur ältesten Geschichte des Barnim und der Stadt Eberswalde, Eberswalde 1884.

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.): Zisterzienserkloster Chorin. Geschichte –Forschung –Denkmalpflege (= Forschungen und Beiträge zur Denkmalpflege im Land Brandenburg, Bd. 15), Worms 2013.

Bussemer, Sixten: Genese, Verteilungsmuster und Stoffbestand periglaziärer Deckserien auf dem Barnim. Ein Beitrag zur weichselspätglazialen Landschaftsentwicklung im älteren Jungmoränengebiet Norddeutschlands, Berlin 1993.

Ciesla, Burghard/Suter, Helmut: Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide, 2., durchges. Aufl., Berlin-Brandenburg 2016.

Crewe, Martina: Serwest-Buchholz. Alte Orte mit wechselvoller Vergangenheit 1258–2008, Serwest 2008.

Danckelmann, Bernhard: Die Forstakademie Eberswalde von 1830–1880, Berlin 1880.

Danyel, Jürgen/Kimmel, Elke: Waldsiedlung Wandlitz. Eine Landschaft der Macht, Berlin 2016.

Das Märkische Elektrizitätswerk. Ein Überblick über die ersten 25 Jahre seiner Entwicklung, Berlin 1934.

Dehio, Georg: Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler: Brandenburg. Neubearb. v. Gerhard Vinken u. a., Berlin 2000, S. 249–256.

Dehmlow, F.: Die Vor- und Frühgeschichte des Oberbarnim, in: Heimatbuch Oberbarnim-Eberswalde, Detmold 1972.

Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Bezirk Frankfurt/Oder, Berlin 1980, S. 147–152, 160.

Dinger, Walter: Der Kreis Niederbarnim. Ein Heimatbuch, Kiel 1967.

Dörr, Julius: Oberbarnim vor 100 Jahren, Freienwalde 1906.

Eberswalde. Die grüne Hochschulstadt der Mark. o. O., o. J. (1935).

Eberswalde, in: Bilder aus der märkischen Industrie, Frankfurt (Oder) 1912, S. 85 ff.

Eberswalde und Finow. Die Mittelpunkte des nordmärkischen Industriegebietes, Potsdam 1936.

Eberswalde. Führer durch die Stadt und ihre Umgebung. Bearbeitet von Eckstein, G. Schulz und Zillich, Eberswalde o. J. [um 1930].

Eberswalder Ausgrabungs(Ge)schichten. Archäologie und Geschichte einer märkischen Stadt. Ausstellungsbegleitband, Eberswalde 2004.

Eckardstein, Arnold von (Hrsg.): Heimatbuch Oberbarnim-Eberswalde, Waddenhausen 1972.

Eichholz, Paul (bearb.): Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. Bd. 3,4: Kreis Niederbarnim, Berlin 1939.

Enders, Liselott (bearb.) unter Mitarbeit von Margot Beck: Historisches Ortslexikon für Brandenburg. T. 6: Barnim (= Veröffentlichungen des Staatsarchives Potsdam, Bd. 16), Weimar 1980.

Festschrift zur Hundert-Jahr-Feier der Forstlichen Hochschule Eberswalde 1830–1930, Eberswalde 1930.

Fege, Klaus [Red.]: 200 Jahre Produktion von handgeschöpftem Büttenpapier. Ein Beitrag zur Geschichte der Papierfabrik Wolfswinkel, Eberswalde-Finow 1981.

Festschrift zur Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, o. O. o. J. (1914).

Festschrift zur Hundert-Jahr-Feier der Forstlichen Hochschule Eberswalde. 1830–1930, Eberswalde 1930.

Fidicin, Ernst: Geschichte des Kreises Niederbarnim und der in demselben belegten Städte, Rittergüter, Dörfer usw. (= Die Territorien der Mark Brandenburg oder Geschichte der einzelnen Kreise, Städte, Rittergüter und Dörfer in derselben als Fortsetzung des Landbuchs Kaiser Karls IV.; Bd. 1, T. 2), Berlin 1857.

Ders.: Geschichte des Kreises Oberbarnim und der in demselben belegten Städte, Rittergüter, Dörfer usw. (= Territorien; Bd. 2, T. 2), Berlin 1858.

Fischbach, Friedrich Ludwig Joseph: Statistisch-topographische Städte-Beschreibungen der Mark Brandenburg. Des ersten Theils, erster Bd., enthaltend den Ober-Barnimschen Kreis, Berlin/Potsdam 1786.

Fischer, Ingrid: Eberswalde, in: Irene Diekmann (Hrsg.): Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2008, S. 52–84.

Franke, Ellen/Schich, Winfried: Die Besiedlung des Barnim im 13. Jahrhundert auf der Grundlage verschiedener Quellengattungen, in: Biermann, Felix P./Mangelsdorf, Günter (Hrsg.): Die bäuerliche Ostsiedlung des Mittelalters in Nordostdeutschland. Untersuchungen zum Landesausbau des 12. bis 14. Jahrhunderts im ländlichen Raum. Beiträge einer interdisziplinären Tagung des Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte der Universität Greifswald, 16. und 17. April 2004, Frankfurt a. M. u. a. 2005.

Franz Seiffert & Co. Maschinenfabrik, Eisengiesserei und Kesselschmiede [Werkskatalog], Berlin/Eberswalde 1901/02.

Franz Seiffert & Co, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Berlin o. J.

Friske, Matthias: Die mittelalterlichen Kirchen auf dem Barnim. Geschichte – Architektur – Ausstattung (= Kirchen im ländlichen Raum, Bd. 1), Berlin 2001.

Fritze, Wolfgang Hermann: Zu Deutung und ursprünglicher Beziehung des Landnamens »Barnim«, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 37, Berlin 1986, S. 41–50.

Ders.: Das Vordringen deutscher Herrschaft in Teltow und Barnim, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 22 (1971), S. 81–154.

Gahrig, Werner: Unterwegs zu den Hugenotten im Land Brandenburg. Historische Ausflüge, Berlin 2000.

Gärtner, P.: Beiträge zur Landschaftsgeschichte des Westlichen Barnim, in: Berliner Geographische Arbeiten, H. 77, Berlin 1993, S. 1–120.

Gerlach, Rolf: Zepernick b. Berlin. Das Domdorf im Spiegel alter Akten, Berlin 2001.

Gesch, Karl: Eberswalde als Wirtschaftszentrum der nördlichen Mark Brandenburg. Statistische und andere wissenswerte Aufzeichnungen aus dem Verbreitungsgebiet des »Märkischen Stadt- und Landboten«, Eberswalde o. J. (um 1930).

Giertz, Alexander: Bausteine zu einer Geschichte des Barnim, sowie seiner Dörfer Petershagen und Eggersdorf. Chronik nach den Quellen, T. 1: Geschichte, Petershagen bei Fredersdorf 1901; T. 2: Urkunden-Sammlung, ebd. 1903; T. 3: Nachbarorte, ebd. 1903.

Govedarica, Blagoje: Kochstelle im Lehmboden. Bronzezeitliche Erdherde aus Schwanebeck, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2010, Stuttgart 2012, S. 61–63.

Grothe, Anja: Erzwungene Dienstleistung. Arbeitslage und Wirtschaftsbetrieb bei Groß Schönebeck, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2006, Stuttgart 2007, S. 129–131.

Grünwald, Klaus/Schopper, Franz: Vor Kap Hoorn gesunken. Notbergung des Kajüteninhalts eines Kaffenkahns im Werbellinsee, Landkreis Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1998, Stuttgart 1999, S. 146f.

Haberland, Georg: Groß-Berlin. Ein Beitrag zur Eingemeindungsfrage, Berlin 1904.

Halle, W.: Heimatkunde des Kreises Oberbarnim, Finow 1933.

Härtel, Christian (Hrsg.): Landschaftspark Finowtal. Ein Industriegebiet im Wandel, Berlin-Brandenburg 2002.

Heidemann, Franziska (Hrsg.): Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause Luxemburg. Karl IV., Wenzel, Sigismund und Johann sowie deren Hauptmänner 1373–1415, Warendorf 2016.

Heine, Brigitta/Neitmann, Klaus (Hrsg.): Kreise und Landräte auf dem Barnim vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 17; Barnimer Historische Forschungen, Bd. 1), Berlin-Brandenburg 2015.

Heydick, Lutz/Hoppe, Günther/John, Jürgen (Hrsg): Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Leipzig 1987, S. 353–359.

Hoffmeister, Detlev/Hübener, Kristina (Hrsg.): Medizin trifft Geschichte. Werner Forßmann Symposium 2011 (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 20), Berlin 2011.

Jerchel, Heinrich/Seeger, Joachim (bearb.): Die Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim (= Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. Bd. 3. T. 4), Berlin 1939.

Kamke, Hans-Ulrich: Barnim und Lebus. Studien zur Entstehung und Entwicklung agarischer Strukturen zwischen Havel und Oder (= Deutsche Hochschulschriften, Bd. 1106), Egelsbach u. a. 1996.

Kimmel, Elke/Schmid-Rathjen, Claudia: Waldsiedlung Wandlitz. Eine Region und die Staatsmacht, Berlin 2016.

Kirsch, Kerstin: Die Slawen im Nordosten Brandenburgs. Die slawische Besiedlung von Uckermark und Barnim zwischen dem 7. und 12. Jahrhundert (= Entdeckungen entlang der märkischen Eiszeitstraße, Bd. 15), Eberswalde 2012.

Kittel, Erich: Die Erbhöfe und Güter des Barnim 1608/1652. Verzeichnisse der Lehnsleute, Bauern, Kossäten und Knechte, Bernburg 1937.

Kleßen, Reinhard/Nitz, Bernhard/Schirrmeister, Lutz: Spätglazialaltholozäne Landschaftsgeschichte auf dem nördlichen Barnim. Komplettierung eines Modells der Beckenentwicklung im norddeutschen Tiefland (= Arbeitsberichte des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 4), Berlin 1994.

Knop, Helmut: Finow in historischen Fotos, Eberswalde-Finow 1992.

Kossinna, Gustaf: Der Goldfund vom Messingwerk bei Eberswalde und die goldenen Kultgefäße der Germanen (= Mannus-Bibliothek, Bd. 12), Würzburg 1913.

Krause, Hermann (Hrsg.): Eberswalder Bauwerke aus neuerer Zeit, Eberswalde 1901.

Krause, Manfred: Chorin – Chorinchen – Chorin. Historische Annalen 1258–2007, Chorin 2007.

Krauskopf, Christof: Mittelalterliche Holzkonstruktionen in Nordostbrandenburg. Die archäologischen Befunde aus Eberswalde, in: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit 24 (2012), S. 141–150.

Kunger, Johann Wilhelm: Chronik von Neustadt-Eberswalde. Mit näherer Beschreibung der Umgegend und einer Sammlung Original-Urkunden dieser Stadt, Neustadt-Eberswalde 1842.

Kunstanstalt F. Kemnitz (Hrsg.): Eberswalde, Bade-, Brunnen-, Luftkurort und Sommerfrische, Eberswalde 1905.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Dezernat Öffentlichkeitsarbeit, Land Brandenburg: Historisches Gemeindeverzeichnis des Landes Brandenburg 1875 bis 1999, T. 2: Landkreis Barnim, Potsdam 2001.

Mangelsdorf, Frank (Hrsg.): Einst und Jetzt. Landkreis Barnim, Berlin 2013.

Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.

Michas, Uwe: Befestigungsanlagen zwischen Havel und Oder in Hoch- und Spätmittelalter. Zusammenfassende Untersuchungen für das 12. bis 16. Jh. auf dem Barnim und dem Nordteltow (= Materialien zur Archäologie in Brandenburg, Bd. 10), Rahden/Westf. 2016.

Milnik, Albrecht: Eberswalde – Heimstatt forstlicher Lehre und Forschung, Eberswalde 1993.

Nüske, Jörg (zugest.): Brodowin mit Pehlitz. Ökodorf zwischen sieben Seen 1258–2007, Brodowin 2007.

Pfannschmidt, Martin: Die Industriesiedlung in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, Berlin/Stuttgart 1937.

Rohlfien, Klaus: Die Gründung und Entwicklung der Stadt Eberswalde, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1984, Eberswalde o. J., S. 41–53.

Ders.: Eberswalde, Waldstadt am Rande des Barnim, Eberswalde o. J.

Rehberg, Max/Weiß, M. (Hrsg.): Zwischen Schorfheide und Spree. Heimatbuch des Kreises Niederbarnim, Berlin 1941.

Rohowski, Ilona: Landkreis Barnim. T. 1: Stadt Eberswalde (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale in Brandenburg, Bd. 5.1), Worms am Rhein 1997.

Rosenow, F.: Eberswalde – Die Geburtsstätte des drahtlosen Rundfunks in Deutschland, in: Heimatkalender Eberswalde 1 (1960), S. 122 ff.

Schlaak, Norbert: Studie zur Landschaftsgenese im Raum Nordbarnim und Eberswalder Urstromtal (= Berliner geographische Arbeiten, Bd. 76), Berlin 1993.

Schlimpert, Gerhard: Die Ortsnamen des Barnim (= Brandenburgisches Namenbuch. T. 5 sowie Berliner Beiträge zur Namenforschung, Bd. 6), Weimar 1984.

Schmidt, Rudolf: Amtsdörfer im Kreise Oberbarnim, Bd. 1: Danewitz, Beerbaum, Hohenstein, Buchholz, Hirschfelde, Ladeburg, Bad Freienwalde 1937; Bd. 2: Melchow, Schönholz, Rüdnitz, Ruhldorf, Tempelfelde, Trampe, Bad Freienwalde 1938.

Ders.: Geschichte der Stadt Eberswalde. Bd. 1: Bis zum Jahre 1740, Eberswalde 1939 (Reprint, Eberswalde 1992); Bd. 2: Von 1740 bis 1940, Eberswalde 1941 (Reprint, Eberswalde 1994).

Ders.: Stadtchronik Eberswalde 1938–Nov. 1944, unveröffentl. Manuskript.

Ders.: Das Finowtal in Sage und Geschichte, Sitte und Brauch (= Oberbarnimer Heimatbücher, Bd. 1), Freienwalde 1924 (Reprint, Potsdam 2018).

Ders.: Geschichte der Stadt Biesenthal, 2. verb. und stark erw. Aufl., Eberswalde 1941.

Ders.: Wriezen. Geschichte der Stadt in Einzeldarstellungen. Bd. 1, Bad Freienwalde 1931; Bd. 2, Bad Freienwalde 1932.

Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Busch, Felix: Aus dem Leben eines königlich-preußischen Landrats (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 8), 2. Aufl., Berlin 2000.

Schroeder, Johannes H. (Hrsg.): Nordwestlicher Barnim – Eberswalder Urstromtal. Naturpark Barnim (= Führer zur Geologie von Berlin und Brandenburg, Bd. 5). Berlin 2004.

Schuchhardt, Carl: Der Goldfund vom Messingwerk bei Eberswalde, Berlin 1914.

Schünemann, Erika/Schünemann, Helmut: Hohenfinow. Ort am Rande des Barnim. Chronik 1258 – 1334 – 2007, Hohenfinow 2008.

Schwermer, Alfons: Der Einfluss Berlins auf die Bevölkerungsverhältnisse der benachbarten Landkreise, Bielefeld 1937.

Siedler, Eduard Jobst: Märkischer Städtebau im Mittelalter. Beiträge zur Geschichte der Entstehung, Planung und baulichen Entwicklung der märkischen Städte, Berlin 1914, S. 65 f.

Stadt Eberswalde (Hrsg.): Stadtzentrum Eberswalde. Stadtsanierung 1992–2004, Eberswalde 2004.

Stadtverwaltung Eberswalde-Finow (Hrsg.): Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1992.

Suter, Helmut: Das Jagdrevier der Könige. Die Schorfheide von 1820 bis zum Halali 1918, Berlin-Brandenburg 2015.

Többe-Wehberg, Karin: Geschichte von Liepe. Ein Fischerdorf wandelt sich 1258–2008, Liepe 2008.

Waack, Ulrich: Kirchenbau und Ökonomie. Zur Beziehung zwischen baulichen Merkmalen mittelalterlicher Dorfkirchen auf dem Barnim und dessen Wirtschafts- und Siedlungsgeschichte (= Kirchen im ländlichen Raum, Bd. 4), Berlin 2009.

Wilke, Claudia: Die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim im Kaiserreich. Eine biographisch-verwaltungsgeschichtliche Studie zur Leistungsverwaltung in der Provinz Brandenburg (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 2), Potsdam 1998.

Zühlke, Dietrich: Um Eberswalde, Chorin und den Werbellin-See. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme in den Gebieten Joachimsthal, Groß Ziethen, Eberswalde und Hohenfinow (= Werte unserer Heimat. Heimatkundliche Bestandsaufnahme in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 34), Berlin 1981.

Abbildungsnachweis

Arbeitsstelle Medizingeschichte: 198, 199, 206, 207, 210 (r.), 216 (u.)
Archäologie-Manufaktur: 33 (o.)
Archäologisches Informations- und Dolumentationszentrum (AIDZ), Ortsakte Biesenthal:13 (r.)
Archiv be.bra verlag: 322
Archiv der Stiftung Sankt Georgen-Hospital zu Bernau: 204
Archiv Nowe, Waltraud: 187 (o.)
Archiv Suter: 180, 181, 186 (o./u.l.), 193 (o.r.)
Brandenburg. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Düsseldorf 1929: 211 (a. Abb.)
Bauhaus-Archiv Berlin: 157 (u.)
Beck, Friedrich u. a.: Aus tausend Jahren deutscher Geschichte. Dokumente aus Archiven der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1989: 44
Beck, Friedrich/Henning, Eckardt (Hrsg.): Brandenburgisches Biographisches Lexikon (BBL), Berlin 2002: 210 (l.)
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz: 56
BMW Group Archiv, München: 162 (a. Abb.), 163
Bohm, Eberhard: Teltow und Barnim. Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte und Landesgliederung brandenburgischer Landschaften im Mittelalter (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 83), Garz/Köln/Wien 1978: 45
Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM): 148 (u.), 203 (l./r.), 309, 310, 311, 313, 323 (o.l.), 335 (o./u.)
BLDAM, Matthias Baxmann: 306, 318, 323 (u.), 324 (l./r.), 325 (o.), 333 (u.)
BLDAM, Marcus Cante: 315, 326, 329 (u.r.)
BLDAM, Fleming Bau: 18 (o.), 19, 24 (o.r.)
BLDAM, Wera Groß: 332 (l./r.)
BLDAM, Anja Grothe: 34 (M.)
BLDAM, Christof Krauskopf: 32 (o.l./o.r.), 33, 35 (n. J. Wacker)
BLDAM, Christof Krauskopf (Datengrundlage AIDZ): 11, 12, 13 (l.), 24 (u.), 26 (o.)
BLDAM, Christof Krauskopf (Datengrundlage AIDZ) nach Eberhard Bönisch, Bronze- und frühe Eisenzeit in der Niederlausitz – Lausitzer Kultur, in: Franz Schopper/Detlev Dähnert, Archäologie in der Niederlausitz, Cottbus 2012: 20 (u.)
BLDAM, Christof Krauskopf (Datengrundlage AIDZ) nach Meyer/Brumlich, Eisenzeit: 23 (u.)
BLDAM, Günther Matthes (Bearb.) nach Edwin Collins: 25
BLDAM, Dieter Möller: 312, 317, 319, 327 (r.)
BLDAM, Ilona Rohowski: 320, 327 (l.), 331 (u.)
BLDAM, Uta Schaubs: 323 (o.r.)
BLDAM, Roland Schneider: 316, 329 (o./u.l.)
BLDAM, Kartenbearbeitung Kerstin Scholz: 330
BLDAM, Detlef Sommer: 15 (u.), 21, 34 (l.)
BLDAM, Karin Sommer: 23 (o.l.)
BLDAM, Joachim Wacker: 27 (u.), 29, 31 (u.)
BLDAM, Regina Wunder: 334
Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA): 40, 42, 43, 46, 47, 48, 52, 54, 55, 57, 85, 86, 99 (o.l./o.r./u.r.), 185, 194, 195, 215 (o.)
Brandenburgklinik Berlin–Brandenburg GmbH: 295 (u.r.)
Bratring, Friedrich Wilhelm August: Statistische Beschreibung der Mark Brandenburg, Beikarte, Ausschnitt: 112
BStU: 193 (u.l.)
Bundesarchiv (Bild 102-03658A, Pahl, Georg): 192 (u.)
Bundesarchiv (Bild 183-R15121): 192 (o.)
Bundesarchiv (Bild 183-1988-0818-405, Franke, Klaus): 193 (u.r.)
Bundesarchiv (Bildarchiv W. Ulbricht, Nr. 641010): 193 (M.l.)
Bürgerstiftung Barnim Uckermark: 286, 287, 289
CTG Computer Mielenz: 88, 252, 308
Daluege, Artur: Die Chronik der märkischen Stadt Bernau. Nach den Aufzeichnungen der Chroniken von Seiler und Wernicke, Berlin 1937: 202
Der Architekt, Jg. 2, Wien 1896: 214
Deutsches Technikmuseum Berlin, Historisches Archiv: 152
Die Erweiterungsbauten des Auguste-Viktoria-Heims in Eberswalde, Berlin 1928: 216 (o.)
Dirks, Ulrich: Ohne Spuren im Sand. Ein Gefäßfund der Oderschnurkeramik bei Oderberg, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2012, Stuttgart 2014: 17 (u.)
Dressler, Torsten/Pytlik, Matthias: Spione in Biesenthal? Funkgerät aus dem Kalten Krieg vom Schlossberg in Biesenthal, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2014, Stuttgart 2016: 34 (r.)
Duncker, Alexander: Die ländlichen Wohnsitze, Schlösser und Residenzen der ritterschaftlichen Grundbesitzer in der preußischen Monarchie nebst den Königlichen Familien-, Haus-Fideicommiss- und Schatull-Gütern in naturgetreuen, künstlerisch ausgeführten, farbigen Darstellungen nebst begleitendem Text, Bd. 6: 117 (o.l.)
Duncker, Alexander: Die ländlichen Wohnsitze, Schlösser und Residenzen der ritterschaftlichen Grundbesitzer in der preußischen Monarchie nebst den Königlichen Familien-, Haus-Fideicommiss- und Schatull-Gütern in naturgetreuen, künstlerisch ausgeführten, farbigen Darstellungen nebst begleitendem Text, Bd. 7: 116 (o.l.)
Eulenspiegel, 2. Oktoberheft, Nr. 41, Titelseite, Berlin 1956: 172
Faron-Bartels, Renata: Häuser und Speichergruben. Eine Siedlung der jüngsten Bronze- und vorrömischen Eisenzeit bei Lindenberg, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2015, Stuttgart 2017: 23 (o.r.)
Fischer, Bernd: 27 (o.)
Fischer, Bernd/Bönisch, Eberhard: Mittelsteinzeitliches Camp bei Horno, in: Schopper, Franz/Dähnert, Detlev (Hrsg.): Archäologie in der Niederlausitz. Frühe Geschichte einer Region im Herzen Europas, Cottbus 2012: 15 (o.)
Florini, Francisci Philippi: Oeconomus prudens et legalis. Erster Theil, Nürnberg-Frankfurt-Leipzig 1722: 124 (o.l./u.l.)
Florini, Francisci Philippi: Oeconomus prudens et legalis. Zweiter Theil, Nürnberg-Frankfurt-Leipzig 1722: 124 (o.r./u.r.)
Forst und Jagd, H. 2, Neue Ausgabe, 1954: 184 (u.)
Fünf Jahre Aufbauarbeit im Kreis Niederbarnim. 1. April 1933 bis 31. März 1938. Verwaltungsbericht: 90, 91 (a. Abb.), 98, 99 (u.l.)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK): 174, 175, 176 (l./r.), 177, 193 (o.l.)
Geobasis-DE/LGB 2018: 31 (o.)
Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg, 20. Dezember 1946: 95
GLG, Abt. Öffentlichkeitsarbeit: 217 (u.), 294, 295 (l./o.r.)
Govedarica, Blagoje: Kochstelle im Lehmboden. Bronzezeitliche Erdherde aus Schwanebeck, Lkr. Barnim, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2010, Stuttgart 2012: 22 (u.l./u.r.)
Gramsch, Bernhard: Probegrabung auf dem spätpaläolithischen Rastplatz bei Münchehofe, Kr. Strausberg, in: Ausgrabungen und Funde 1959: 14 (o./u.)
Grönwald, Holger: 18 (u.)
Hahn-Weishaupt, Andrea: Lange Siedlungsgeschichte im Barnim. Neolithische Funde in Beiersdorf, Lkr. Märkisch-Oderland, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2016, Stuttgart 2018: 17 (o.l./o.r.)
Heimann, Heinz-Dieter/Neitmann, Klaus/Schich, Winfried (Hrsg.): Brandenburgisches Klosterbuch, Berlin-Brandenburg 2007, Bd. I.: 53
Henker, Jens: 30 (o.l.)
Historischer Atlas von Brandenburg, N. F., Lfg. 3: Brandenburgische Besitzstandskarte des 14. Jahrhunderts. Der ritterschaftliche, geistliche, städtische, markgräfliche und sonstige Besitz um 1375, Berlin 2002: 50
Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 27: Spitäler, Elendengilden und Kalandsbruderschaften bis 1520, bearb. v. Gerd Heinrich (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin), Berlin 1969: 200
Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 31: Besitzstand in Brandenburg um 1800, bearb. v. Gerd Heinrich (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin), Berlin 1971: 76/77
Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lfg. 33: Besitzstand und Säkularisation in Brandenburg um die Mitte des 16. Jahrhunderts, bearb. v. Gerd Heinrich (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin), Berlin 1971: 65, 115
Kirsch, Eberhard: 30 (o.r.)
Knötel, Richard: 83
Kreisarchiv Barnim, Eberswalde: 62, 66, 67 (l./r.), 69 (o.), 71 (o.r.), 72, 78 (o.l./u.l./r.), 79 (l./r.), 93 (a. Abb.), 96 (a. Abb.), 97 (a. Abb.), 100, 101 (a. Abb.), 103 (a. Abb.), 132/133, 145 (o./u.), 151 (o./u.), 155, 179 (r.), 186 (u.r.), 213, 215 (u.), 217, 222, 224 (l./r.), 225, 228, 230, 232, 233, 236, 237, 238, 239 (a. Abb.), 240 (a. Abb.), 241 (l./r.), 242, 243, 244
Kunstdenkmäler des Kreises Angermünde, H. IV, Berlin 1929: 117, 118, 119, 121, 126, 130
Kunstdenkmäler des Kreises Niederbarnim, Berlin 1939: 116 (o.r./u.), 117 (o.r.), 123, 131
Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), Kartengrundlage: 16
Landeskunde der Provinz Brandenburg, Bd. 3: Die Volkskunde, Berlin 1912: 127 (o.l./o.r.)
Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Landesluftbildsammelstelle: 160, 258, 290
Landkreis Barnim, GIS-Koordination: 261
LBV Raumbeobachtung: 279
Lehmphul, Ralf: In/unter/auf der Düne. Eine endneolithische bis früheisenzeitliche Siedlungsstratigrafie aus Altgaul, Lkr. Märkisch-Oderland, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2009, Stuttgart 2011: 20 (o.), 24 (o.l.)
Marchionatus Brandenburgicus, Olaf Ionnas Gotho 1662: 122
Meisner, Heinrich (Hrsg.): Ansichten Märkischer und Pommerscher Städte aus den Jahren 1710–1715. Nach den Originalzeichnungen Daniel Petzolds, Berlin 1913: 68, 70
Merian, Matthaeus: Topographia Germaniae. Brandenburg Pommern 1652, Faksimile der Erstausgabe, Kassel u. a. 2005: 51, 59, 205 (o.)
Michas, Uwe/Vietze, Hans-Peter: Gehöftsiedlung der späten Bronzezeit. Ausgrabungen in Berlin-Pankow, Schönerlinder Straße, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1999, Stuttgart 2000: 22 (o.)
Museum Eberswalde: 73, 153, 157 (o.), 165, 166, 205 (u.), 208 (a. Abb.), 245, 246
Pressestelle des Landkreises: 253 (o.l./o.r.), 257, 259, 264 (l./r.), 265 (l./r.), 269 (o.), 271, 273 (u.), 278, 280, 292, 301
Preußische Gesetzsammlung 1806–08: 134
Preußische Gesetzsammlung 1815: 82
Preußische Gesetzsammlung 1872: 89
Rühs, Klaus-Dieter: 138
Sächsische Landesbibliothek, Kartensammlung: 125
Schirmer, Kai: Nun auch Slawen in Berlin-Biesdorf. Fortsetzung der Siedlungsgrabung in Habichtshorst, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 2007, Stuttgart 2009: 26 (u.)
Schliebenow, Reinhard: 273 (o.)
Schorfheide-Museum: 183 (l./r.), 184 (o.), 186 (M.)
Schuchhardt, Carl: Der Goldfund vom Messingwerk bei Eberswalde, Berlin 1914: 9
Siemens Historical Institute, Berlin: 156 (a. Abb.)
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung: 140/141, 143, 144, 147, 159
Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kupferstichkabinett: 146, 148 (o.)
Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nationalgalerie: 149 (r.)
Stackebrandt, Werner/Dietrich Franke (Hrsg.): Geologie von Brandenburg, Stuttgart 2015: 10
Stadt Eberswalde, Marco Walther: 321
Stapel, Torsten: 7 (2 Abb.), 69 (u.), 71 (u.r.), 75 (2 Abb.), 179 (l.), 187 (u.), 250, 267 (l./r.), 268, 269 (u.l./r.), 272 (a. Abb., außer M.r.), 277 (a. Abb.), 282 (a.Abb.), 283 (a. Abb.), 293, 296, 297, 298 (a. Abb.), 299 (a. Abb.), 328 (l./r.), 331 (o.), 333 (o.), 336, 340–341
Stegnitz, Carmen: 272 (Mitte r.)
Stiftung Stadtmuseum Berlin: 149 (l.)
Stimme des Waldes, Betriebszeitung des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes in Gr.-Schönebeck, 1. Jg., Nr. 1 v. September 1955: 188
Wikipedia: 58 (a. Abb.), 71 (l.), 78 (o.r.)
Wohlfeil, Robert: 325 (u.)
Zeitschrift für Bauwesen 4 (1854): 314

Die Autorinnen und Autoren

STEFFEN ALISCH, Dr. phil., Jg. 1964. Seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, vorher langjähriger Mitarbeiter im Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte Geschichte der DDR und des geteilten Berlins, DDR-Strafvollzug.

WOLFGANG BLÖß, Archivar i. R., .Jg. 1932. Veröffentlichungen zur preußischen und deutschen Verwaltungsgeschichte sowie zur brandenburgischen Landesgeschichte 1945–1952.

BRIGITTA HEINE, Jg. 1961. Leiterin des Kreisarchivs Barnim in Eberswalde. Veröffentlichungen zur Kreis- und Regionalgeschichte.

CHRISTIANE BÜCHNER, Dr. rer. pol., Jg. 1956. Seit 1994 Geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam. Forschungen zu Problemen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Verwaltungsreformen der lokalen und regionalen Ebene sowie zur Landes- und Kommunalpolitik in Brandenburg und in den Bundesländern.

JOCHEN FRANZKE, Prof. Dr. habil. pol., Jg. 1954. Seit Februar 2008 außerplanmäßiger Professor für Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam. Von 2008 bis 2012 Honorarprofessor an der Hochschule für Humanistische Wissenschaften und Journalistik in Poznan (Polen). Weitere Lehrtätigkeiten u. a. an der Volkwirtschaftsakademie Potsdam, an der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan, Fakultät für Politische Wissenschaften und Journalismus sowie an der Karls-Universität Prag.

FRANK GÖSE, Prof. Dr. phil., Jg. 1957. Seit 2007 außerplanmäßiger Professor im Arbeitsgebiet Frühe Neuzeit an der Universität Potsdam. Seit 2006 stellvertretender Vorsitzender der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. und stellvertretender Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V. Forschungsschwerpunkte: Brandenburgische Landesgeschichte der Frühen Neuzeit, Geschichte des frühneuzeitlichen Adels in den norddeutschen Reichsterritorien, Militärgeschichte, vergleichende Landesgeschichte.

HEINRICH KAAK, PD Dr. phil., Jg. 1950. Habilitation 2007 an der Leibniz Universität Hannover, wissenschaftliche Mitarbeit und Lehre am dortigen Historischen Seminar, 2013 Umhabilitierung an die Universität Potsdam mit Schwerpunkt Landesgeschichte Brandenburg-Preußens. Tätigkeiten u. a. am Brandenburgischen Landeshauptarchiv, am Stadtgeschichtlichen Museum Spandau und an der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V. Forschungsgebiete: ostelbische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Geschichte des Johanniterordens, Stadtgeschichte Berlins und Brandenburgs.

CHRISTOF KRAUSKOPF, Dr. phil., Jg. 1965. Seit 2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums. Lehrtätigkeit an der Technischen Universität Berlin und an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Burgenvereinigung. Forschungsschwerpunkte: Adel, Burgen und materielle Kultur des Mittelalters.

KRISTINA HÜBENER, Dr. phil., Jg. 1956. Akademische Mitarbeiterin an der Professur Geschichte des 19./20. Jahrhunderts des Historischen Instituts der Universität Potsdam. Seit 1996 Geschäftsführerin der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. Veröffentlichungen zur brandenburgischen Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, zur Verwaltungsgeschichte sowie zur brandenburgischen Medizingeschichte.

LUCAS LEBRENZ, Jg. 1999. Seit 2017 Bachelorstudent der Geschichte, Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam. Studentischer Mitarbeiter im Projekt »Grenzregime« bei Prof. Dr. Manfred Görtemaker. Interessengebiet: brandenburgisch-preußische Geschichte.

KLAUS NEITMANN, Prof. Dr. phil., Jg. 1954. Seit 1993 Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Vorsitzender der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. und seit 2014 außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Archivwissenschaft, brandenburgische Landesgeschichte, Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen und im Baltikum.

ILONA ROHOWSKI, Dipl.-phil., Jg. 1957. Seit 1991 Referentin im Dezernat Inventarisation des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum. Publikationen zum Denkmalbestand in Brandenburg mit den Schwerpunkten Barnim und Uckermark.

CARSTEN SEIFERT, Jg. 1962. Stadt- und Regionalplaner mit den Interessenschwerpunkten Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der Region Berlin-Brandenburg. Veröffentlichungen u. a. zur Städtebaukunst der Stadt Brandenburg an der Havel und zum Finowtal im Barnim.

HELMUT SUTER, Jg. 1953, ehrenamtl. Leiter des Schorfheidemuseums in Groß Schönebeck. Lebt in Groß Schönebeck und ist Jagdhistoriker. Zahlreiche Publikationen zur Jagdgeschichte.

Dank

Die Brandenburgische Historische Kommission e.V. und das Kreisarchiv des Landkreises Barnim bedanken sich für die freundliche Unterstützung bei zahlreichen Personen und Institutionen, einschließlich den Bildgebern:

Dr. Claudia Schmid-Rathjen
Oliver Köhler, Pressestelle des Landkreises Barnim
Klaus-Dieter Rühs
Torsten Stapel

Bauhaus-Archiv, Berlin (Erika Babatz)
BMW Group Archiv, München (Ruth Standfuss)
Kreisarchiv Barnim (Petra Gerloff, Sylke Möritz)
Museum Eberswalde (Birgit Klitzke, Wolfgang Stohr)
Siemens Historical Institute, Berlin (Christoph Frank)
Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kupferstichkabinett (Andreas Heese)
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung (Holger Scheerschmidt)
Stadt- und Landesbibliothek Potsdam (Marlies Sell)
Stiftung Stadtmuseum Berlin (Robert Wein).

Den Mitarbeiterinnen des Kreisarchivs Barnim, Petra Gerloff und Sylke Möritz, danken wir für ihre mühevolle Recherchetätigkeiten und die geduldige Begleitung des Bandes. Christian Fuchs und Kai Rehbaum haben in bewährter Weise den Band Korrektur gelesen. Besonderer Dank gilt Dr. Kristina Hübener von der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. und Lucas Lebrenz, durch deren fachlich versierte Mitarbeit dieses Projekt erst realisiert werden konnte.

Folgende Institutionen haben durch ihre finanzielle Unterstützung die Herausgabe des Buches ermöglicht:

Landkreis Barnim
Wir gestalten Zukunft.

Michels Kliniken
Brandenburgklinik
Berlin-Brandenburg

GLG

Sparkasse Barnim